

Günter Zemella

Deutschland im Fadenkreuz



**Der zweite Dreißigjährige Krieg 1914-1945
Zwischen Lüge und Wahrheit**



Lektorat, Bildauswahl

Firma SAMO s.r.o.

firmasamo@googlemail.com

Satz/Umbruch, Bildbearbeitung, Umschlaggestaltung

libergraphix

www.libergraphix.de

info@libergraphix.de

©2013

Urheberrecht bei/Copyright by:

Klosterhaus-Verlag

Klosterhof 4

37194 Wahlsburg

Tel.: 05572-7310

Fax: 05572-999823

klosterhausverlag@gmx.de

www.klosterhausbuch.de

ISBN 978-3-941730-08-3

Inhaltsverzeichnis

1. Kurzbiographie des Autors.....	9
1.1 Warum dieses Buch?.....	9
1.2 Vorbemerkung.....	10
2. Die wahren Ursachen des Ersten und des Zweiten Weltkrieges... 18	
3. Der Erste Weltkrieg 1914-1918.....	26
3.1 Das Versailler Diktat 1919 - Ausgangspunkt der europäischen Katastrophe.....	31
3.2 Wie kam Hitler 1933 an die Macht, und was faszinierte die Menschen an ihm?.....	42
3.3 Woran ist die Abrüstung 1934 gescheitert?.....	53
3.4 Welche Mächte begannen ab 1934 mit dem Wettrüsten?.....	60
4. Wie kam es zur Rheinlandbesetzung 1936?.....	64
5. Wie kam es zum „Anschluß“ Österreichs 1938? - Eine Chronologie der Ereignisse.....	69
6. Wie kam es zur Sudetenkrise 1938 und zum „Anschluß“ des Sudetenlandes an Deutschland? - Eine Chronologie der Ereignisse.....	81
7. Der Zweite Weltkrieg 1939-1945.....	109
7.1 Wie kam es zum „Überfall“ auf Polen 1939? - Eine Chronologie der Ereignisse.....	109
7.2 Wie kam es zum „Überfall“ auf die Sowjetunion 1941? - Eine Chronologie der Ereignisse.....	208
8. Der Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung.....	290
8.1 Die Völkerrechtswidrigkeit des Bombenkrieges gegen die Zivilbevölkerung.....	290
8.2 Die vorherrschende Geschichtsschreibung zu den deutschen	

Luftangriffen.....	291
8.3 Wie kam es zu den alliierten Bombenangriffen auf Deutschland?.....	295
8.4 Die Verantwortlichen des Bombenterrors.....	298
8.5 Bilanz des Bombenkrieges gegen Deutschland.....	316
8.6 Zerstörung von Kulturgütern.....	318
8.7 Zerstörung Stettins am 17./29./30. August 1944.....	320
8.8 Zerstörung Königsbergs am 29./30. August 1944.....	321
8.9 Zerstörung Allensteins am 22. Januar 1945.....	325
8.10 Zerstörung Danzigs am 9. März 1945.....	326
8.11 Zerstörung von Leobschütz (OS) am 16. März 1945 - Leobschützer Todeszug.....	328
8.12 Zerstörung Ratibors (Oberschlesien) am 31. März 1945.....	330
8.13 Zerstörung von Neiße (Oberschlesien) am 31. März 1945.....	331
8.14 1. April 1945: Beginn der Zerstörung Breslaus.....	332
9. Das Deutschlandbild der Anglo-Amerikaner.....	335
9.1 Der Kaufman-Plan: Sterilisation der Deutschen.....	335
9.2 Ernest Hemingway: Sterilisation als Endlösung.....	336
9.3 Der Hooton-Plan: Bevölkerungsvermischung durch Immigration.....	337
9.4 Der Nizer-Plan: Nachkriegs-Deutschland muß total umgestaltet werden.....	338
9.5 Der Morgenthau-Plan: Deindustrialisierung und Agrarisierung Deutschlands.....	342
9.6 Andere antideutsche Stimmen.....	344
10. Wie kam es zum Genozid an 15 Millionen Deutschen?.....	348
10.1 Vorgeschichte der Vertreibung - die Rolle der Westmächte.....	348
10.2 Chronologie der Ereignisse.....	352
10.3 Die Vertreibung der Sudetendeutschen und die Annexion des Sudetenlandes.....	398
10.4 Der Bericht des Komitees gegen Massenvertreibung.....	401
10.5 Das Massaker von Prag.....	403
10.6 Das Massaker von Postelberg.....	407
10.7 Das Massaker von Lodenitz.....	409

10.8	Das Massaker von Libeznice/Rothkirchen.....	410
10.9	Das Massaker von Nachod.....	411
10.10	Das Massaker von Prerau.....	412
10.11	Das „Blutgericht von Landskron" - Volksgericht auf tschechisch.....	413
10.12	Der Todesmarsch von Brünn.....	415
10.13	Das Massaker von Aussig.....	418
10.14	Weitere tschechische Nachkriegsverbrechen im Sommer 1945.....	421
10.15	Prager Erzbischof verteidigt Vertreibung der Sudetendeutschen.....	422
10.16	Ein Fazit.....	424
11.	Die Vertreibung der Ostdeutschen und die Annexion der Ostpro- vmzen durch Polen.....	426
11.1	Das Polnische Nachkriegs-KZ Lamsdorf.....	432
11.2	„Aus einem Totenland" - Eine historische Reportage aus Polen 1945.....	437
11.3	Deportationsbericht des Nachrichtenmagazins Der Spiegel vom 25. Januar 1947.....	441
11.4	Das Massaker von Niederkaina.....	442
11.5	Die Rolle des polnischen Klerus bei der Entdeutschung der eroberten Gebiete.....	443
11.6	Der Raub Stettins 1945.....	450
11.7	Ein Fazit.....	452
12.	„Auge um Auge" - Jüdische Verbrechen an Deutschen in Ostdeutschland 1945.....	454
12.1	Die Geschehnisse im Lager Potulice.....	457
12.2	Die Geschehnisse im Lager Myslowitz, Grottkau.....	458
12.3	Die Geschehnisse in Gleiwitz.....	459
12.4	Die Geschehnisse in Breslau.....	460
12.5	Die Geschehnisse in Neiße, Glatz und Ottmachau.....	460
13.	Der Krieg auf dem Balkan.....	462

14. Die Vertreibung der Deutschen aus Jugoslawien.....	464
14.1 Das Massaker von Cilli.....	465
14.2 Das Massaker von Dobrava.....	466
14.3 Das Massaker von Lese (Liescha).....	468
14.4 Das Massaker in der Vojvodina/Banat.....	469
14.5 Das Massaker von Rab.....	471
14.6 Das Massaker von Bleiburg und weitere Verbrechen des Tito-Regimes.....	471
15. Die Vertreibung der Deutschen aus Ungarn.....	476
16. Die Vertreibung der Deutschen aus Rumänien.....	479
17. Rheinwiesenerlager - der elende Tod deutscher Kriegsgefangener.....	481
18. Die Hauptakteure im Zweiten Weltkrieg.....	483
18.1 Die Rolle Stalins.....	483
18.2 Die Rolle Churchills.....	489
18.3 Die Rolle Roosevelts.....	494
18.4 Die Rolle Hitlers.....	514
18.5 Die Rolle Frankreichs.....	522
18.6 Die Rolle Polens.....	525
19. 50 Thesen zur Vertreibung der Deutschen.....	534
20. Literaturverzeichnis	549

1. Kurzbiographie des Autors

Geboren 1940 in Streitkirch, Kreis Ratibor/Oberschlesie'n. Im März 1945 Flucht mit Familie nach Bayern. Im Oktober 1945 Rückkehr in die oberschlesische Heimat. Von 1947 bis 1958 polnische Volksschule und Lyzeum in Ratibor. Im Mai 1958 Abitur. Im Oktober 1958 Beginn des Studiums der Rechtswissenschaften an der Universität Breslau. Im November 1958 Umsiedlung in die BRD und Fortsetzung des Studiums an der Universität in Frankfurt/M. Nach Abschluss des Studiums Gerichtsreferendar. Bis zur Pensionierung Tätigkeit bei einer Bausparkasse. Verheiratet seit 1964, drei Kinder, acht Enkelkinder. Nach einer Oberschenkelamputation 1953 und einem schweren Schlaganfall 2008 auf den Rollator bzw. Rollstuhl angewiesen.

1.1 Warum dieses Buch?

Die hierzulande vorherrschende Geschichtsschreibung orientiert sich nicht immer an der historischen Wahrheit, sondern sie folgt oft dem Gebot der «politischen Korrektheit» (PC). Dementsprechend vermittelt sie ein einseitiges Geschichtsbild, bei dem es vorrangig um deutsche Schuld und Sühne geht. Die PC wird dann fragwürdig, «wenn Historiker ihre Darstellungen nach dem politisch gewünschten Urteil ausrichten, also unbequeme Quellen manipulieren oder verschweigen, essentielle Tatsachen übergehen und wichtige Fragen nicht mehr stellen oder zu stellen wagen». (Franz Uhle-Wettler¹) Dies geschieht häufiger, als allgemein angenommen wird. Insbesondere bei der Darstellung der Jahre von 1914 bis 1945 und der ersten Jahre der alliierten Besatzung ist der Einfluss der PC besonders stark. Der Journalist Johannes Gross charakterisierte diese Vorgabe in seiner 1989 erschienenen Schrift «Phönix in Asche» mit den treffenden Worten: «Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewusstseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draussen.» Kaum 20 Jahre nach dem Untergang des Nationalsozialismus entstand unter «antifaschistischen» Vorzeichen ein neuer totalitärer Staats- und Gesellschaftsmythos mit seinem «Sieg der Gesinnung über die Urteilskraft, neuen Zentren politischer

1 Franz Uhle-Wettler (* 30. Oktober 1927 in Eisleben) ist Generalleutnant a.D. der Bundeswehr und Militärhistoriker.

Heilsgewissheit, wirklichkeitsüberlegener Besserwisserei, von penetrantem Moralismus und eifernder Intoleranz». (Hermann Lübbe²) Doch die zentralen Kategorien geschichtswissenschaftlicher Erkenntnis seien nun einmal nicht «Schuld und Sühne», sondern «Ursache und Wirkung». Ganz ähnlich haben sich 2008 französische Historiker in ihrem «Appell von Blois» für die Freiheit der Geschichtsforschung und gegen «die retrospektive Moralisierung der Geschichte ausgesprochen und festgestellt, «dass es in einem freiheitlichen Staat keiner politischen Autorität zusteht, die historische Wahrheit zu definieren». Diese Grenzziehung wird auch deutschen Politikern zur Beachtung empfohlen, wenn sie sich öffentlich etwa zur angeblichen deutschen Alleinschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 1939 oder – ebenso leichtfertig – über 1945 als Datum der «Befreiung» der Deutschen durch die Alliierten äussern. (Klaus Hornung, *Die Canossa-Republik*, in: *Junge Freiheit* 11/11, 11.03.2011)

Die Frage, wer die beiden Weltkriege mit ihren katastrophalen Folgen für Deutschland und Europa verursachte, ist bis heute, fast 70 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht, nur von wenigen Historikern wahrheitsgemäss beantwortet worden. Dieses Buch will einen weiteren Beitrag leisten, diese auch heute noch aktuelle, besonders von der jungen Generation immer wieder gestellte Frage, durch Fakten möglichst sachlich und wertfrei zu beantworten.

1.2 Vorbemerkung

«Die Welt weiss alles, was die Deutschen begangen haben, sie weiss aber nichts darüber, was den Deutschen angetan wurde.»

Patrick J. Buchanan, ehemaliger amerikanischer Präsidentschaftskandidat

«Die Machthaber brachten es durch täglich dröhnende Propaganda, durch Geschichtsfälschung, durch Repressionen so weit, ganze Völker mit dieser Krankheit (Gedächtnisverlust) zu infizieren. Und schon sagt sich die Gesellschaft los von ihren Vorfahren, von ihrer Vergangenheit. (...) Wichtige Ereignisse, Tatsachen, Namen, ganze historische Schichten fallen aus. Die folgende Generation

2 Der Philosoph Hermann Lübbe (* 31. Dezember 1926 in Aurich) war ordentlicher Professor für Philosophie und Politische Theorie an der Universität Zürich und Präsident der Allgemeinen Gesellschaft für Philosophie.

wächst mit einem dauerhaften, künstlich erzeugten, künstlich erhaltenen Erinnerungsverlust heran.»

Anton Antonow-Owssejenko, *Stalin – Porträt einer Tyrannei*, Vorwort, S. XVI.

«Wer die Geschichte eines Volkes verbiegt, macht es krank.»

Paul Schmidt-Carell

«Es gibt kein gutmütigeres, aber auch kein leichtgläubigeres Volk als das deutsche. Keine Lüge kann grob genug ersonnen werden, die Deutschen glauben sie. Um eine Parole, die man ihnen gab, verfolgen sie ihre Landsleute mit grösserer Erbitterung als ihre wirklichen Feinde.»

Napoleon Bonaparte

«Der Sieg über ein Land ist erst dann vollständig, wenn die Kriegspropaganda der Sieger Eingang in die Schulbücher des besiegten Landes gefunden hat und sie von den nachfolgenden Generationen als unbestreitbare Wahrheit geglaubt wird.»

Walter Lippmann, US-amerikanischer Journalist und Schriftsteller

Die heutigen Verhältnisse, Zustände und Strukturen in Deutschland und Europa lassen sich nur aus der Kenntnis der Vergangenheit verstehen. Ohne dieses Wissen vermögen wir nicht wirklich zu beurteilen, warum Deutschland, Europa und die Welt so (geworden) ist, wie sie sind. Im privaten wie im öffentlichen Leben geschieht nichts ohne Grund. Geschichtliche Ereignisse kommen ebenso wenig überraschend wie Blitz und Donner aus heiterem Himmel. Immer geht ihnen ein impulsgebendes Ereignis voraus. Jede Geschichte hat ihre Vorgeschichte. Bei der Darstellung und Bewertung historischer Vorgänge kommt es darauf an, zu begreifen, was Ursache (Aktion) und was Wirkung (Reaktion) eines Geschehnisses ist. Geschichte, also all das, was im Laufe der Zeit geschehen ist, was sich im Einzelnen zugetragen hat, ist immer ein komplexer politischer Vorgang. Solche Ereignisse dürfen deshalb niemals isoliert dargestellt und monokausal erklärt und beurteilt werden. Nach einem bekannten Ausspruch wird die Geschichte von den Siegern geschrieben, selbstverständlich immer auch nach deren politischer Interessenlage und den vorherrschenden ideologischen Grundpositionen. Das führt zu einem einseitigen, die Sieger entlastenden und die Besiegten belastenden Geschichtsbild, bei dem die Wahrheit oft auf der Strecke bleibt. Es spricht Bände, dass die Siegermächte sich sofort nach Kriegsende darauf einigten, die Frage nach der Schuld der Mitverursacher des Krieges in den Nürnberger Prozessen

nicht zuzulassen. Damit wurde damals schon durch eine gezielte Auswahl der zu verhandelnden Vorkriegsereignisse ausgeblendet, was die Sieger belasten könnte. Während die Siegermächte alle deutschen Archive beschlagnahmt haben und alles belastende Dokumentenmaterial gegen Deutschland einsetzen, halten sie ihre eigenen Archive nach wie vor weitgehend unter Verschluss. Daher muss – sofern die Originalquellen nicht zur Verfügung stehen – auf Hilfsquellen, wie zeitgeschichtliche Bücher, Aussagen von Zeitzeugen und Erlebnisberichte von Betroffenen, zurückgegriffen werden. Die Geschichtsschreibung sollte jedenfalls das Geschehene möglichst wahrheitsgemäss wiedergeben – ohne interessengeleitete Fälschungen, Weglassungen, Verkürzungen und ohne eine moralisierende Bewertung der Ereignisse. Um es mit den Worten des Historikers Leopold von Ranke (1795-1886) zu sagen: Geschichte sollte nur «sagen, wie es eigentlich gewesen» ist. Das klingt einfach, ist es aber nicht, wenn man berücksichtigt, welche handfeste Interessen die Geschichtsschreibung oft begleiten bzw. diese manipulieren. Der französische Historiker Philipp Gautier stellt hierzu fest: «Die Geschichte, wie sie heute geschrieben und vermittelt wird, ist zu oft ein grobes Gemisch aus Unwahrheiten, Überbleibseln der alliierten Propaganda im Zweiten Weltkrieg, Halbheiten, Märchen und Mythen, die zur Indoktrinierung des Heeres der Trottel zubereitet werden.» (Gautier, S. 27)

Um den Blick von sich und ihren Untaten abzulenken, halten die Alliierten seit dem deutschen Zusammenbruch auf der für sie bequemen und sie entlastenden Formel fest: «Hitler war an allem schuld.» Hitler war so sehr an allem schuld, dass diese Phrase zum festen Bestandteil aller öffentlichen Erklärungen geworden ist und gewissermassen zur deutschen Staatsraison gehört. Was immer dieser Mann gedacht, gewünscht, gefordert oder getan hat – es muss abgrundtief böse, verbrecherisch oder wahnsinnig, ja teuflisch gewesen sein. Aber von keinem dieser erlauchten Redner bzw. Historiker haben wir bisher ein kritisches Wort über seine Gegner Stalin, Churchill und Roosevelt vernommen. Im Gegenteil: Sie erstrecken nunmehr die Schuld auf alle Deutschen und machen das ganze deutsche Volk kollektiv für alles Geschehene verantwortlich und haftbar. So wurde es zum «Tätervolk» erklärt, zum «Verbrechervolk» in Europa gemacht, während die anderen Völker als «unschuldige Opfer der deutschen Aggression» betrachtet werden. Die Kriegsschuld Deutschlands und der Deutschen wurde hierzulande zum unumstösslichen Geschichtsdogma erhoben, das geradezu als unantastbar gilt. Die Faktenlage erfordert jedoch zwingend eine Revision dieses einseitigen, unweisen und unehrlichen Geschichtsbildes, an dem die Funktionseliten und die

bestallte Historikerzunft wider besseres Wissen bis heute eisern festhalten. Sollen dadurch die an Deutschland und den Deutschen im und insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg begangenen Massenverbrechen verdeckt und gerechtfertigt werden? «Wahrheit kann niemals Revanchismus sein», sagte der russisch-jüdische Schriftsteller Lew Kopelew. Der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog gab die einzig richtige Antwort, als er 1994 erklärte: «Gute Nachbarschaft kann nur wachsen, wenn unsere Völker sich dem Grauen ihrer jüngsten Geschichte mit dem Mut zur vollen Wahrheit stellen. Nichts hinzufügen, aber auch nichts weglassen, nichts verschweigen und nichts aufrechnen.» Zum Thema «Verzicht auf Wahrheit» sagte Kardinal Josef Ratzinger, der spätere Papst Benedikt XVI., 1997 zu den vertriebenen Sudetendeutschen: «Wenn Sie der verlorenen Heimat gedenken, dann steht das Unrecht der Vertreibung wieder vor Ihren Augen, das 15 Millionen Deutschen nach dem Kriege oft unter schrecklichen Bedingungen widerfahren ist. Die Weltöffentlichkeit hört aus vielen Gründen nicht gern davon, es passt nicht in ihr Geschichtsbild hinein. Sie drängt dazu, dieses Unrecht zu verschweigen, und auch Wohlgesinnte meinen, dass man um der Versöhnung willen nicht mehr davon sprechen solle. Aber eine Liebe, die den Verzicht auf die Wahrheit voraussetzt, ist keine wahre Liebe. Sie hätte ein schlechtes Fundament. Aus der Psychologie wissen wir, dass Verschwiegendes und Verdrängtes im Menschen weiterwirkt und, wenn es keinen Ausweg findet, zur Vergiftung von innen her wird. Was im Leben des Einzelnen gilt, das gilt auch für die Völker. Unterdrückte Wahrheiten werden zu gefährlichen Mächten, die den Organismus von innen her vergiften und irgendwo herausbrechen. Nur die Annahme von Wahrheit kann heilen.

Liebe braucht Wahrheit und kann nicht ohne sie sein.» Diese Aussage kann man nur unterstreichen und durch die Feststellung ergänzen, dass es ohne Wahrheit und Gerechtigkeit, ohne Anerkennung der Vertreibung als himmelschreiendes Unrecht und unverjährbares Verbrechen gegen das Völkerrecht eine echte und dauerhafte Versöhnung mit unseren Nachbarn in der Tschechei und in Polen nicht geben kann. Der frühere US-Präsident George W. Bush nannte in einem Gespräch mit Dr. Marianne Bouvier, Leiterin des «Institute for German American Relations», die Vertreibung der Deutschen «einen der schlimmsten Fälle kultureller Ausrottung». Wörtlich sagte der Präsident: «Eine moralische Nation darf niemals hinnehmen, dass ein Volk wegen seiner Rasse oder Kultur ausgerottet wird. Es ist erschreckend, dass Menschen auch im zurückliegenden halben Jahrhundert (...) immer noch auf diese furchtbare Praxis verfallen sind. Einer der

schwersten Fälle kultureller Ausrottung traf vor 55 Jahren die Deutschen (...). Ethnische Säuberung ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, gleichgültig, wer sie an wem verübt. Ich unterstütze die Aufgabe des Instituts für deutsch-amerikanische Beziehungen, die Öffentlichkeit über die Tragödie der Entwurzelung (engl., displacement) von 15-17 Millionen unschuldigen deutschen Frauen und Kindern aufzuklären. Diese unschuldigen Seelen wurden Opfer der schlimmsten Zeit ethnischer Säuberung in der ganzen Weltgeschichte, der ‚ethnischen Säuberung von 1944-1950‘. Die Bundesregierung gab sich unwissend über diese Äusserungen von Bush.³ Anlässlich der Verleihung der «Martin-Buber-Plakette» an Richard von Weizsäcker im November 2003 sagte der ehemalige niederländische Ministerpräsident Dries van Agt in seiner Laudatio unter anderem: «Wer Versöhnung anstrebt, soll dazu bereit sein, die volle Wahrheit anzuerkennen.» (Zitiert nach Alfred Zips, *Kriegsende*, S. 3)

Eine Richtigstellung des offiziellen Geschichtsbildes ist auch deshalb geboten, weil für das Jahr 2014 ein neues deutsch-polnisches Geschichtsbuch angekündigt ist. Von diesem Projekt ist zu erwarten, dass die polnische Sichtweise der Geschichtsschreibung sich durchsetzen und in die deutschen Schulbücher übernommen wird: Alles bis zur Elbe sei urslawisches Territorium gewesen, seit dem Mittelalter seien dessen Einwohner von Deutschen gewaltsam unterworfen worden, danach sei es «immer hin und her» gegangen (analog zu Elsass-Lothringen). Jedenfalls hätten die deutschen Eindringlinge die Kultur der Autochtonen mit allen Mitteln, etwa der Einführung «wesensfremder Pflugformen», zerstört. Trotzdem sei es Polen gelungen, in der Folge ein friedliches und blühendes Gemeinwesen aufzubauen, dem sich die Umwohnenden freudig anschlossen. Die Herrlichkeit habe bis zum 18. Jahrhundert gedauert, als das polnische Staatswesen erneut deutschen imperialen Gelüsten zum Opfer gefallen sei. Das alles seien Belege für den «Drang nach Osten», in den sich nahtlos der Angriff von 1939 auf das «friedliebende, demokratische Polen» füge, das dann gerechterweise zu den Siegern von 1945 gehörte und die lange verlorenen Westgebiete zurückerhielt. Was mit der kleinen Zahl deutscher Einwohner in diesen Räumen geschehen sei, gehöre bis heute zu den «Rätseln der Geschichte».

In diesem Zusammenhang wird eventuell auf bedauerliche Probleme bei der «geordneten Umsiedlung» verwiesen. Dieser polnischen Sicht der Dinge, der sich

³ www.republikasilesia.com

die deutsche Seite lange Zeit verweigert hat, scheint sich nun weitestgehend durchgesetzt zu haben, auch weil die deutschen Funktionseleiten nichts mehr fürchten als den Vorwurf des «Geschichtsrevisionismus» und die Vertriebenenfunktionäre den des «Revanchismus». (Karlheinz Weissmann, *Gegenaufklärung*, in: *Junge Freiheit* 24/12, 8. Juni 2012)

Eine Richtigstellung ist noch aus einem weiteren Grund zwingend erforderlich. Kürzlich legte die «Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung» als Träger der Gedenkstätte des in Berlin geplanten Zentrums gegen Vertreibungen eine erweiterte Konzeption sowie «Leitlinien für die geplante Dauerausstellung» vor. Die Wurzeln der «Zwangsmigration» werden von den Ausstellungsmachern in dem Versuch gesehen, das «Prinzip des ethnisch homogenen Nationalstaats» umzusetzen. Die theoretische Grundlage für Genozide sei mit dem Zusammenwirken des Prinzips der Volksgemeinschaft, dem massiven Antisemitismus und der zielgerichteten Verfolgung der Idee, «Lebensraum» im Osten zu erobern, durch die Nationalsozialisten geschaffen worden. Schliesslich seien diese Planungen mit der auf eine «Neuordnung» setzenden Kriegsführung auch praktisch umgesetzt worden. Dies habe wiederum die Grundlage dafür geschaffen, dass etwa in Polen die vorherigen Vertreibungsphantasien einer politischen Minderheit gegenüber der deutschen Bevölkerung ein grösseres Gewicht erhalten hätten und letztlich am Ende des Krieges in die Tat umgesetzt wurden. Für die Ausstellungsmacher steht also fest, dass letztlich die nationalsozialistische Politik dafür verantwortlich war, dass die Deutschen aus ihren historischen Ostprovinzen vertrieben wurden und diese für Deutschland verloren gingen. (Ekkehard Schultz, *Zentraler Platz im nationalen Gedächtnis* und Christian Schwiesselmann, *Wieder auf der Flucht*, in: *Junge Freiheit*, 37/12, 7.9.2012)

Die Behauptung, dass die Vertreibungspläne der Polen lediglich blosse «Vertreibungsphantasien einer politischen Minderheit» waren, ist grundfalsch. Wahr ist, dass massgebliche politische Kreise in Polen bereits in den zwanziger und dreissiger Jahren konkrete Expansionspläne (.Appetit auf deutsches Land») in Bezug auf die deutschen Ostprovinzen hatten und diese durch eine erwartete «grosse Katastrophe» Deutschlands zu realisieren trachteten. In diesen Rahmen passen auch die Präventivkriegspläne der polnischen Regierung gegen Deutschland in den dreissiger Jahren. Die Kernaussage der Ausstellungsmacher, dass letztlich die nationalsozialistische Politik für die Vertreibung der Deutschen und den Verlust der historischen deutschen Ostprovinzen verantwortlich sei, entbehrt daher

jeglicher Grundlage. Abschliessend noch ein kleiner Hinweis: Das vorliegende Buch ist kein wissenschaftliches Werk, sondern die Arbeit eines zeitgeschichtlich interessierten Laien, der sich selbst die Aufgabe gestellt hat, durch Quellenstudien herauszufinden, wie es zur europäischen Katastrophe des Zweiten Weltkrieges und zur Vertreibung der Deutschen kommen konnte. Die in dieser Schrift zusammengestellten Daten und Fakten mögen den Leser veranlassen, sich selbst ein Urteil über die grösste Tragödie des 20. Jahrhunderts zu bilden. Die Schrift ist allen Opfern des Zweiten Weltkrieges und der Vertreibung nach der «Befreiung» gewidmet. Den Deutschen, die wehrlos und schuldlos ermordet, gefoltert, vergewaltigt, dem Hungertod ausgeliefert, in Bombennächten verbrannt und verstümmelt, gewaltsam von Haus und Hof vertrieben wurden, den Überlebenden, die trotz ihres grausamen Schicksals nach dem Krieg mithalfen, das total zerstörte (Rest-)Deutschland wiederaufzubauen und sich hier eine neue Heimat schufen. Vor allem aber widme ich diese Schrift den zahllosen Kindern, die durch Hunger, Terror, Gewalt und Mord umkamen. Dieses Buch ist auch meinen Kindern Klaudia, Gerd und Markus sowie meinen Enkelkindern Wibke, Swana, Leonie, Jannes, Milena, Jule, Linda und Vera zugeeignet. Ich hoffe und wünsche, sie mögen sich anhand dieses Buches über das furchtbare Leiden ihrer Vorfachergeneration informieren. Was damals den Deutschen von den Siegerstaaten angetan wurde, darf niemals vergessen werden, weil auch das zur Wahrheit gehört.

Danksagung

Besonderen Dank schulde ich Herrn Alfred E. Zips, Oberstleutnant a. D. (Bw), für das Korrekturlesen, für die Aufbereitung der Quellenlage und für die vielen wertvollen Anregungen und Hinweise bei der Fertigstellung des Buchmanuskriptes. Herzlichen Dank sage ich auch meiner lieben Frau Marlies für die tägliche Hilfe und Unterstützung, ohne die ich das Vorhaben nicht hätte realisieren können.

Schwäbisch Hall, im September 2013.

2. Die wahren Ursachen des Ersten und des Zweiten Weltkrieges

«Germaniam esse delendam.» – «Deutschland muss zerstört werden.»

Die Londoner Zeitung *Saturday Review* am 1.2.1896.

«Ich betrachte diesen Krieg gegen einen deutschen Angriff samt und sonders als einen Dreissigjährigen Krieg von 1914 an...» Winston Churchill in einem Schreiben vom 20. Februar 1944 an Josef Stalin. Hermann Lutz, *«Verbrecher-Volk» im Herzen Europas?*, Tübingen, 1959, Geleitwort, S. XX; siehe auch «Fakten, Zitate, Dokumente» unter www.obereschlesien-aktuell.de

«Wir Deutschen sind in diesem Jahrhundert jedenfalls – nächst den Juden – das am meisten geschmähte Volk, geschulmeistert zuerst von den Nazi-Führern, jetzt von den Antifaschisten'. Kaum war das, was Goebbels ‚Volksaufklärung‘ und Hitler ‚nationale Erziehung‘ nannte, vorüber, da wurde diesem Volk nach 1945 auch schon eine ‚Umerziehung‘ zuteil. Umerziehung zur Demokratie, deren wesentlicher Inhalt aus Antifaschismus besteht.» Arno Plack, *Wie oft wird Hitler noch besiegt?*, S. 59.

Die Deutschen mussten in ihrer über 2000-jährigen Geschichte zweimal einen Dreissigjährigen Krieg über sich ergehen lassen. Der Erste Dreissigjährige Krieg von 1618 bis 1648 war ein Konflikt um die Hegemonie in Deutschland und Europa und zugleich ein Religionskrieg. In ihm entluden sich sowohl die Gegensätze zwischen der Katholischen Liga mit den kaiserlichen Truppen und der Protestantischen Union innerhalb des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation⁴ als auch der habsburgisch-französische Gegensatz auf europäischer Ebene. Gemeinsam mit ihren jeweiligen Verbündeten im Reich trugen die habsburgischen Mächte Österreich und Spanien ihre dynastischen Interessenkonflikte mit Frankreich, den Niederlanden, Dänemark und Schweden aus. Als Auslöser des-

4 Das war die offizielle Bezeichnung für den Herrschaftsbereich der römisch-deutschen Kaiser vom Mittelalter bis 1806. Der Name des Reiches leitet sich vom Anspruch der mittelalterlichen Herrscher ab, die Tradition des antiken Römischen Reiches fortzusetzen und die Herrschaft als Gottes heiligen Willen im christlichen Sinne zu legitimieren. Zur Unterscheidung vom 1871 gegründeten Deutschen Reich wird es auch als das «Alte Reich» bezeichnet.

(Wikipedia, *Heiliges Römisches Reich*)

Krieges gilt der Aufstand der böhmischen Stände und der Zweite Prager Fenstersturz vom 23. Mai 1618.⁵ Insgesamt folgten in den 30 Jahren von 1618 bis 1648 vier Konflikte aufeinander, die von der Geschichtswissenschaft nach den jeweiligen Gegnern des Kaisers und der Habsburger Mächte als Böhmisches-Pfälzisches, Dänisch-Niedersächsisches, Schwedisches und Schwedisch-Französisches Krieg bezeichnet wurden. Zwei Versuche, den Konflikt zu beenden, der Friede von Lübeck 1629 und der Friede von Prag 1635, scheiterten daran, dass sie nicht die Interessen aller direkt oder indirekt Beteiligten berücksichtigten. Dies gelang erst dem gesamteuropäischen Friedenskongress von Münster und Osnabrück (1641-1648). Am 24. Oktober 1648 endete der Krieg in Deutschland. Seine Feldzüge und Schlachten hatten überwiegend auf dem Gebiet des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation stattgefunden. Die Kriegshandlungen selbst, aber auch die durch sie verursachten Hungersnöte und Seuchen verheerten und entvölkerten ganze Landstriche. In Teilen Süddeutschlands etwa überlebte nur ein Drittel der Bevölkerung. Nach den wirtschaftlichen und sozialen Verwüstungen benötigten einige vom Krieg betroffene Territorien mehr als ein Jahrhundert, um sich von deren Folgen zu erholen. Dass das Reich sich seit Mitte des 18. Jahrhunderts immer weniger gegen die expansive Politik innerer und äusserer Mächte zu schützen vermochte, war sein grösstes Defizit und eine der Ursachen seines Unterganges. Durch die Napoleonischen Kriege und die daraus resultierende Gründung des Rheinbundes war es nahezu handlungsunfähig geworden. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation erlosch am 6. August 1806 mit der Niederlegung der Reichskrone durch Kaiser Franz II.

Den Zweiten Dreissigjährigen Krieg musste das 1871 gegründete Deutsche Reich von 1914 bis 1945 hinnehmen. Auch in diesem Krieg ging es vor allem um die Erringung der Vorherrschaft in Europa. Der Begriff «Dreissigjähriger Krieg» soll den chronologischen und inhaltlichen Zusammenhang zwischen dem Ersten Weltkrieg, der Zwischenkriegszeit und dem Zweiten Weltkrieg verdeutlichen. Er wird seit Beginn der vierziger Jahre vor allem ausserhalb Deutschlands verwendet. (Wikipedia, *Zweiter Dreissigjähriger Krieg*)

5 Der Fenstersturz erfolgte als «Fanal» während des Böhmisches Ständeaufstandes. Die überwiegend protestantischen Stände warfen ihrem katholischen Landesherrn, Kaiser Matthias, und dem 1617 zum Nachfolger gewählten böhmischen König Ferdinand von Steiermark (nach 1619 auch Kaiser) vor, die von Kaiser Rudolf II. im Majestätsbrief von 1609 zugestandene Religionsfreiheit der Protestanten zu verletzen. (Wikipedia, *Dreissigjähriger Krieg*)

Der Weg zum Zweiten Dreissigjährigen Krieg führte über den Ersten Weltkrieg und das Versailler Diktat zum Zweiten Weltkrieg mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945. Die Einigung des Reiches nach dem Sieg im französisch-deutschen Krieg von 1870/71 hat in Deutschland zu einem grossen wirtschaftlichen Aufschwung geführt. Begünstigt durch die Rückgewinnung des alten Reichslandes Lothringen mit seinen grossen Eisenerzvorkommen, nahm die Stahlindustrie einen schnellen Aufschwung und überflügelte noch vor der Jahrhundertwende die englische. Der deutsche Kohlenbergbau arbeitete nach 1871 auch für den Export und verdoppelte seine Förderungen in kurzer Zeit. Im Ruhrgebiet, an der Saar und in Lothringen sowie in Oberschlesien wurde auf der Grundlage bedeutender Kohle- und Eisenerzlager in wenigen Jahrzehnten eine Schwerindustrie aufgebaut, die sich bis zum Ersten Weltkrieg zur bedeutendsten Europas entwickelte. Der deutsche Welthandel nahm zu, übertraf bald den Frankreichs und Englands und stand bereits um 1900 hinter dem der USA an zweiter Stelle weltweit. Der vorher den Weltmarkt beherrschenden englischen Fertigung entstand somit in der deutschen ein Konkurrent. Schon 1887 wurde durch die englische Gesetzgebung das «Made in Germany» für alle aus Deutschland eingeführten Waren angeordnet. Doch das zur Abwertung deutscher Erzeugnisse gedachte Zeichen erwies sich bald als ein besonderes Gütezeichen und wurde in der Welt gleichbedeutend für höchste Qualität und Zuverlässigkeit. So gewann das Deutsche Reich, nur noch von den USA überboten, auf den Gebieten der industriellen und wirtschaftlichen Erzeugung, des Exports, des Handels und des Verkehrs in wenigen Jahrzehnten eine Weltmachtstellung. Hinzu kamen technische Spitzenleistungen deutscher Ingenieure, z.B. im Automobil- und im Schiffsbau.

All diese Erfolge führten im Ausland zu Neid, zu Missgunst, ja zum Hass gegen das Reich. Bereits kurz nach der Reichsgründung erklärte der spätere englische

Premierminister Benjamin Disraeli am 9. Februar 1871 im Unterhaus: „Die Deutsche Reichsgründung ist ein grösseres politisches Ereignis als die Französische Revolution... Die Folgen sind kaum vorhersehbar, und neue unbekannte Ziele und Gefahren drohen... die ‚Balance of Power‘ ist gänzlich zerstört, und England ist ein Land, das darunter am meisten leiden wird.“ (Zips, *Zitatensammlung*, S. 15).



Der konservative Politiker und erfolgreiche Romanschriftsteller Benjamin Disraeli (1804-1881), seit 1876 1. Earl of Beaconsfield, war zwei Mal, 1868 und 1874 bis 1880, britischer Premierminister.

Am 1. Februar 1896 – wiederholt am 11. September 1897 – erschien in der englischen Wochenschrift *Saturday Review* von dem Wissenschaftler und Politiker P.C. Mitchell ein Artikel mit Gedanken zum deutsch-englischen Verhältnis, worin die Deutschen als eine fremde, schädliche Rasse bezeichnet werden, die zu bekämpfen sei. Mitchell schrieb unter anderem:

«Wäre morgen jeder Deutsche beseitigt, es gäbe kein englisches Geschäft noch irgendein englisches Unternehmen, das nicht wüchse. Hier wird der erste grosse Artenkampf der Zukunft sichtbar. Hier sind zwei wachsende Nationen, die rund um die Erde aufeinanderdrücken. Eine von beiden muss das Feld räumen, eine von beiden wird das Feld räumen.» Und als Folgerung daraus wurde empfohlen:

«Erstens, schweisst unsere Kolonien in einen Bund zusammen, eine geographische Aufspaltung der angelsächsischen Rasse muss verhindert werden. Zweitens: Macht Euch fertig zum Kampf mit Deutschland, denn Germaniam esse delendam.» In wichtigen politischen Kreisen Englands fiel diese Losung auf fruchtbaren Boden und bestimmte fortan das Richtmass des Handelns. Nicht ganz zu Unrecht sollte später der Erste Weltkrieg ein Wirtschaftskrieg genannt werden, bei dem es um die Vorherrschaft auf den Weltmärkten ging. Gegen die schon vorher England überflügelnden USA zeigte England diese feindselige Haltung allerdings nicht. (Kosiek, 56 ff.)

Als 1933 in Deutschland die Nationalsozialisten an die Macht kamen, gelang es ihnen, die Massenarbeitslosigkeit rasch zu beseitigen und einen neuen Wirtschaftsaufschwung herbeizuführen. Dieser Erfolg rief erneut die ehemaligen Gegner auf den Plan, die nun alles daran setzten, das Deutsche Reich endgültig zu zerschlagen. Das belegen zahlreiche Aussagen westlicher und östlicher Politiker und Publizisten, die der Leser selbst nachlesen möge. Hierzulande wird in Politik und Publizistik nahezu übereinstimmend behauptet, Deutschland trage die überwiegende Schuld am Ausbruch des Ersten und die Alleinschuld an der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Diese These wird von der politischen und medialen Klasse zum Geschichtsdogma erklärt, das zu hinterfragen geradezu als Sakrileg gilt. Am 1. August 1989 sagte der ehemalige Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in einer Regierungserklärung: «Hitler hat den Krieg gewollt, geplant und entfesselt. Daran gab und gibt es nichts zu deuteln. Wir müssen entschieden allen Versuchen entgegenzutreten, dieses Urteil abzuschwächen.» Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel erklärte am 16. März 2007 in Warschau: «Eine Revision des Geschichtsbildes darf es durch Deutschland nicht geben und wird es nicht geben.»

Die offizielle Geschichtsschreibung lässt sich vereinfachend in folgende Sätze zusammenfassen. Das Deutsche Reich unter Kaiser Wilhelm II. hat den Ersten Weltkrieg begonnen, um die Vorherrschaft in Europa zu erringen. Hitler-Deutschland hat den Zweiten Weltkrieg vom Zaun gebrochen und Polen und die Sowjetunion «überfallen», um Raum im Osten zu gewinnen und die Weltherrschaft zu erobern. Deutschland wird also als Aggressor betrachtet. Deshalb werden die Deutschen für alle Kriegsfolgen allein verantwortlich gemacht. Insoweit wird insbesondere auf diverse «Spiegel»-Publikationen hingewiesen.⁶ Die Frage, ob und inwieweit andere Staaten und Mächte die europäische Katastrophe (mit)verursacht haben, wird von den Medien und in den offiziellen Darstellungen

6 *Spiegel* Spezial, Nr. 1/2004, *Die Ur-Katastrophe des 20. Jahrhunderts – Spiegel-Titelgeschichte*, Nr. 28/6.7.2009, *90 Jahre Versailler Vertrag. Der verschenkte Frieden. Warum auf den Ersten Weltkrieg ein zweiter folgen musste –*, Titelgeschichte, Nr. 35/24.8.2009, *Der Krieg der Deutschen. 1939: Als ein Volk die Welt überfiel.*

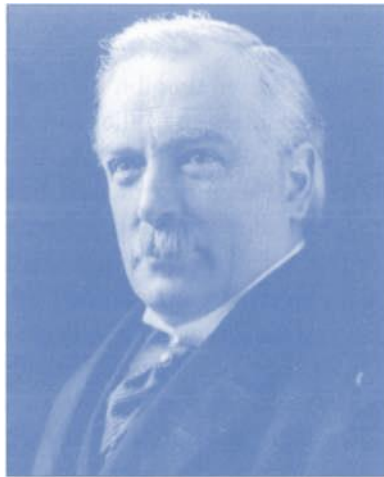
weitgehend ausgeklammert. Weil die Deutschen die Alleinschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges tragen, so wird argumentiert, habe sich Deutschland auch alle schrecklichen Folgen des Krieges selbst zuzuschreiben. Den Deutschen wird wider besseres Wissen unterstellt, den Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung und zivile Einrichtungen begonnen zu haben. Die Vertreibung von 15 Millionen Deutschen aus ihren seit Jahrhunderten besiedelten und entwickelten Gebieten – Ostpreussen, Pommern, Schlesien, Sudetenland; um nur einige der bekanntesten zu nennen – wird als unmittelbare Folge des Krieges und als gerechte Strafe für den angeblich durch Deutschland ausgelösten Krieg bezeichnet.

Im Rahmen dieser Arbeit kann nur auf mehr oder weniger bekannte, anerkannte und veröffentlichte Tatsachen hingewiesen werden, die letztlich das europäische Desaster ausgelöst haben. Der Erste Weltkrieg und das «Versailler Friedensdiktat» von 1919 waren die Urkatastrophe schlechthin. Darin sind sich die meisten Historiker inzwischen einig. In Versailles wurde der Grundstein für den Zweiten Weltkrieg gelegt, denn hier schufen die Siegermächte Frankreich und Grossbritannien die Voraussetzungen und Bedingungen für die späteren Konflikte und für den Machtaufstieg Hitlers. Hier beschloss die Sieger, den Krieg gegen Deutschland mit anderen Mitteln fortzusetzen.

Weitblickende Staatsmänner, Historiker und Militärs sahen schon damals voraus, dass der Gewaltfriede von Versailles zu

neuem Krieg führen wird. So zum Beispiel der britische Premierminister Lloyd George: «Wir haben ein schriftliches Dokument, das uns den Krieg in zwanzig Jahren garantiert. (...) Wenn Sie einem Volk (Deutschland) Bedingungen auferlegen, die es unmöglich erfüllen kann, dann zwingen sie es dazu, entweder den Vertrag zu brechen oder Krieg zu führen. Entweder wir modifizieren diesen (Versailler) Vertrag und machen ihn für das deutsche Volk erträglich oder es wird, wenn die neue Generation herangewachsen ist, es wieder versuchen.»

(Des Griffin, S. 169/170)



Der letzte Liberale, der von 1916 bis 1922 britischer Premierminister gewesen war: David Lloyd George (1863-1945).

In einer Denkschrift an den französischen Ministerpräsidenten Clemenceau schrieb Lloyd George im März 1919: «Man mag Deutschland alles nehmen, man mag ihm seine Waffen, seine Kolonien, seine Provinzen, sein Geld nehmen, es ist ganz gleich – wenn Deutschland sich durch den Frieden von 1919 betrogen fühlt, wird es Mittel und Wege finden, um sich an seinen Besiegern zu rächen. Ich kann keine stärkere Ursache für einen neuen Krieg erkennen, als wenn man das deutsche Volk, das sich im Kriege als eine der mächtigsten Rassen der Erde gezeigt hat, rings mit einer Menge von kleinen Staaten umgibt, die noch niemals sich selbst regiert haben, die aber mit ihren Grenzen Millionen von Deutschen umschlossen werden. Wenn wir Deutschland ungerechte und entehrende Bedingungen auferlegen, so wird keine verantwortliche deutsche Regierung zur Unterschrift bereit sein. ... Unter allen Umständen scheint es mir nötig zu sein, dass wir einen Frieden zu schaffen bemüht sind, als seien wir unparteiische Schiedsrichter, die nichts mehr wissen von den Leidenschaften des Krieges. Aber Ungerechtigkeit und Anmassung, ausgespielt in der Stunde des Triumphes, werden nie vergessen und vergeben werden. Aus diesem Grunde bin ich auf das Schärfste dagegen, mehr Deutsche, als unerlässlich nötig ist, der deutschen Herrschaft zu entziehen, um sie einer anderen Nation zu unterstellen... Der Vorschlag der polnischen Kommission, 2.100.000 Deutsche der Aufsicht eines Volkes von anderer Religion zu unterstellen, das noch niemals im Laufe seiner Geschichte die Fähigkeit zur Selbstregierung bewiesen hat, muss meiner Beurteilung nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Osteuropa führen...» (Ullmann, S. 315)

Selbst der «Bellizist» Churchill, damals Abgeordneter der Konservativen, erkannte schon frühzeitig die Brisanz der Danzig- und Korridorfrage, indem er am 24. November 1932 in einer Rede vor dem Unterhaus erklärte: «Wenn die englische Regierung wirklich wünscht, etwas zur Förderung des Friedens zu tun, dann sollte sie die Führung übernehmen und die Frage Danzigs und des Korridors ihrerseits wieder aufrollen, solange die Siegerstaaten noch überlegen sind. Wenn diese Fragen nicht gelöst werden, kann keine Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden bestehen.» (Schultze-Rhonhof, S. 411)

3. Der Erste Weltkrieg 1914-1918

«Wir sind wahrscheinlich töricht, dass wir keinen Grund finden, um Deutschland den Krieg zu erklären, ehe es zu viele Schiffe baut und uns den Handel wegnimmt... Vielleicht ist das aber eine Frage der Erhaltung unserer Vorherrschaft.» Der ehemalige englische Premier Lord Balfour gegenüber dem US-Diplomaten White in einem Gespräch im Jahre 1910 in London. (Schultze-Rhonhof, S. 33)

«Dieser Krieg ist ein heiliger Krieg der Zivilisation gegen die Barbarei.»⁷ *Le Matin* vom 4. 8. 1914, Artikelüberschrift. (Bruendel, S. 38)

Die Zeitschrift *Excelsior* zeigte am 6. August 1914 ein Bild des deutschen Kaisers unter der Überschrift *Le chefdes Barbare*(ebda.)

«Der Krieg gegen Deutschland ist ein Kampf der Zivilisation gegen die Barbarei.»⁸ Der jüdisch-französische Philosoph und Literatur-Nobelpreisträger Henri Bergson am 8. August 1914 in einem Vortrag in Paris. (a.a.O., S. 39, und *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 7.11.2007, Artikel *Barbaren sind immer die anderen*)

«Unter Staaten gilt nur eine Rechtskraft, das Recht des Stärkeren. Es ist also ganz verständlich, dass es immer Kriege zwischen Staaten geben wird. (...) Der Staat, der sich nur auf Frieden aufbaut, ist kein echter Staat. Der Staat offenbart seine ganze Bedeutung nur durch seine Kriegsbereitschaft...» Adolf Lasson, deutsch-jüdischer Philosoph, in: *Das Kulturideal und der Krieg*, Berlin, 1868. (Zitiert bei Nizer, S. 155/156)

«Muss die Kultur über Berge von Leichen, durch Ozeane von Tränen ihre Dome errichten unter der Todesrassel der Sieger? Ja, sie muss! Die Macht des Siegers ist das höchste Gesetz der Moral, vor dem sich der Besiegte zu beugen hat.» Karl A. Kuhn in seinem 1914 erschienenen Buch *Die wahren Kriegsursachen*. (Zitiert bei Nizer, S. 155)

7 Im französischen Original: «La guerre sainte de la civilisation contre la barbarie».

8 Im französischen Original: «La lutte engagée contre l'Allemagne est la lutte même de la civilisation contre le barbarie.»

Deutschland hat den Ersten Weltkrieg weder gewollt noch ihn angezettelt. Zu seinem Entstehen haben vor allem die europäischen Grossmächte Russland, Frankreich und Grossbritannien beigetragen. Nach Gründung des Deutschen Reiches 1871 verbündeten sich diese drei Mächte gegen Deutschland. Infolge der Nichtverlängerung des Rückversicherungsvertrages durch das Deutsche Reich schloss Russland 1894 mit Frankreich den Zweibund. 1904 folgte der Zweibund zwischen England und Frankreich, die «Entente cordiale» (dt., «herzliches Einvernehmen»). 1907 wurde in St. Petersburg schliesslich der Zweibund zwischen Grossbritannien und Frankreich zur Triple Entente mit Russland erweitert, die zur Grundlage für das britisch-russische Kriegsverständnis von 1914 wurde. Aufgrund der Bündnisverpflichtung gegenüber der Donau-Monarchie wurde das deutsche Kaiserreich, dessen wachsende wirtschaftliche und militärische Potenz die konkurrierenden Grossmächte – allen voran Grossbritannien – ausschalten wollten, nach dem Mord von Sarajewo in den sich abzeichnenden Krieg hineingezogen. Die deutsche Schuld am Kriege wurde von den Westalliierten zuerst in der «Mantelnote» vom 16. Juni 1919 ausgesprochen. Dies war ein von «der Gesamtheit der zivilisierten Welt» bestätigter Urteilsspruch der Sieger und besagte, dass dieser Krieg «das grösste Verbrechen gegen die Menschheit» gewesen sei, das «eine sich für zivilisiert ausgebende Nation niemals mit Bewusstsein begangen» habe. Es seien Barbareien verübt worden, «vor welchen die Völker unterster Kulturstufe zurückgeschreckt» worden wären. Deutschlands Verhalten sei «in der Geschichte der Menschheit fast beispiellos», seine Verantwortlichkeit umfasse sieben Millionen Tote sowie mehr als zwanzig Millionen Verwundete und andere Leidtragende des Krieges. Hierfür müsse das deutsche Volk die Verantwortung übernehmen.⁹ Die Anklage gegen Deutschland wurde im Namen sämtlicher siebenundzwanzig damals in Paris versammelten alliierten und assoziierten Mächte verkündet, zu denen Haiti und Liberia, der Hedschas und Siam gehörten.

9 In Fortsetzung dieser Denkweise erklärte auf US-amerikanischer Seite 1944 Unterstaatssekretär Sumner Welles, Deutschland müsse nach dem erfochtenen Sieg «im Lichte der krassen Tatsache» behandelt werden, dass es «zweimal innerhalb eines Vierteljahrhunderts der Menschheit Krieg und Verwüstung gebracht hat». (Lutz, S. 21)



Deutsches Antipropagandaplakat aus dem Ersten Weltkrieg; gedruckt in der Graphischen Kunstanstalt Dr. Seile & Co. G.m.b.H., Berlin.

Die Anklage der Westmächte richtete sich auch gegen das republikanische und demokratische Deutschland, das auf diese Weise als Auswurf, als die barbarischste Nation, die die Welt bisher gekannt hat, als Feind der Zivilisation – kurzum, als verbrecherische Nation und «Paria Europas» – gebrandmarkt wurde. Eine gerissene alliierte Kriegspropaganda brachte es fertig, dass die breite Öffentlichkeit im Ausland irrtümlicherweise daran glaubte, dass der „Hunne“ systematisch Säuglinge auf Bajonettspiesse, Kindern die Hände abhackte, Nonnen vergewaltigte, Kriegsgefangene ans Kreuz schlug und aus ihren gekochten Leichen Seife herstellte. Hierbei erwies sich die britische Propaganda als überaus wirksam, namentlich in den Vereinigten Staaten, wo die breiten Massen bald das Ringen von 1914 bis 1918 als einen Konflikt zwischen den Kräften des

Guten und den Kräften des Bösen betrachteten; eine geistige Einstellung, die unvermeidlich auch auf die «Friedensstifter» von 1919 einen grossen Einfluss ausübte. Der Versailler Urteilsspruch bildete den geistigen Kern des europäischen Dramas in dem Zeitraum zwischen den beiden Weltkriegen – dem «zwanzigjährigen Waffenstillstand». (Lutz, S. 19-20, 69, 71 79-80)

Der Krieg wurde von den französischen Medien und Gelehrten sogleich als fundamentale kulturelle Auseinandersetzung gedeutet. Im Rahmen der beginnenden undifferenzierten französischen Hasskampagne gegen Deutschland verstiegen sich verschiedene Wissenschaftler zu der Behauptung, das Barbarentum – verstanden als Verlogenheit, Derbheit und Grausamkeit – sei ein deutsches Rassemerkmal und bereits anhand der Physiognomie der Deutschen zu erkennen. Dieser rassistisch aufgeladene Barbarenbegriff implizierte eine kategorische Ablehnung des Feindes, die jede Verständigung ausschloss. In der Konsequenz wurden die deutschen Kulturleistungen herabgewürdigt und die wissenschaftlichen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen. (Bruendel, S. 39)

Wieweit Hassdenken und selbsterzeugte Trugbilder auch in den USA grassierten, zeigt das Sitzungsprotokoll des US-Kongresses vom 10. Januar 1918. Dort ist das folgende Gebet vermerkt, mit dem die Abgeordneten den Tag begannen: «Allmächtiger Gott, unser Himmlischer Vater, wir danken Dir und freuen uns, dass diese Regierung auf dem Glauben an Dich und Dein Wort gegründet ist... Du weisst, O Herr, dass wir in einem Kampf auf Leben und Tod mit der ehrlosesten, niederträchtigsten, habgierigsten, missgünstigsten, blutdürstigsten, wollüstigsten und lasterhaftesten Nation stehen, die je das Buch der Geschichte beleidigt hat. Du weisst, dass Deutschland so viele Tränen der Menschheit verursacht hat, dass sich ein neues Meer damit anfüllt. Wir beten zu Dir, dass Du Deinen mächtigen Arm entblösst und die Horde hungriger, wölfischer Hunnen zurückwirfst, von deren Fängen frisches und geronnenes Blut herabläuft... Segne unsere Alliierten, und möge der Sieg unser sein... Du sollst für immer gelobt sein durch Jesus Christus. Amen.» Von diesem Berg von Hass und Selbstbetrug kamen die politischen Eliten Englands, Frankreichs und Amerikas nicht mehr herunter, als sie 1919 mit den Deutschen Frieden schlossen. (Schultze-Rhonhof, S. 70/71)

Was immer die Alliierten als Kriegsziele im Ersten und Zweiten Weltkrieg angaben, lässt sich auf die kurze Formel bringen: Wir wollen Deutschland vernichten. In der Tat ging es den Alliierten bereits im Ersten Weltkrieg vor allem darum, das Deutsche Reich als Grossmacht zu erledigen und gleichzeitig das Habsburgerreich zu zerschlagen. Die Note der französischen Regierung an den US-Aussenminister Robert Lansing vom 28. November 1918 sprach das deutlich aus: «Deutschland Friedenspräliminarien diskussionslos aufzuerlegen, um das Auseinanderfallen der Länder zu fördern, aus denen es besteht.» Ein weiteres Kriegsziel war der Sturz der deutschen Regierung. Wer eine so weitgesteckte und von langer Hand vorbereitete Strategie verfolgte, wollte sich bei seinem «Kreuzzug gegen die Barbarei» und gegen den «preussischen Militarismus» nicht auf halbem Wege durch einen «faulen

11 Inwieweit geronnenes Blut «herablaufen» kann, bleibt das Miraculum der gläubigen Beter.



Robert Lansing (1864-1928) war von 1915 bis 1920 Außenminister (Secretary of State) der Vereinigten Staaten von Amerika.

Frieden» stoppen lassen. In Paris und London dominierten die Anhänger von Lloyd Georges Parole, den Krieg bis zum «Knockout» der Deutschen fortzusetzen. Daher liefen die Friedensinitiativen der Mittelmächte Ende 1916 genauso ins Leere wie die Friedensresolution des Reichstages im Juli 1917.¹² Die USA haben sich, ungeachtet der Friedens- und Völkerbundrhetorik ihres Präsidenten Wilson, mit ihrem Kriegseintritt eifrig daran beteiligt, die Deutschen als «natürlichen Feind der Freiheit» und damit als nicht friedensfähig zu stigmatisieren. Als der militärische Sieg dann im November 1918 errungen war, folgte mit gnadenloser Konsequenz der «Diktat- und Gewaltfrieden» von Versailles. Nach dem Urteil vieler Historiker verdient diese Abmachung nicht den Namen eines «Vertrages», da man den Deutschen, den «Verbrechern an der Menschheit», keine Verhandlungen zugestanden hat. Der Vernichtungswille der Westmächte führte

schnurgerade zum Versailler Diktatfrieden, der Europas Weltstellung zerstört und in Deutschland letztlich dazu beigetragen hat, Adolf Hitler mit seiner allgemein akzeptierten Revisionspolitik der Bedingungen von 1919 ins Reichskanzleramt zu bringen. Versailles ist damit, wie Theodor Heuss es 1932 nannte, «die eigentliche Kraftquelle der NS-Bewegung» gewesen. (Oliver Busch, *Bis zum Untergang des Deutschen Reiches. Friedensbemühungen im Ersten Weltkrieg: Der Vernichtungswille der Entente blockte alles ab*, in: *Junge Freiheit*, 35/13, 23.8.2013)

Für den Zweiten Weltkrieg lautete das britische Kriegsziel klar und eindeutig: «Dieser Krieg ist ein englischer Krieg, und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands.» So Winston Churchill in einer Rundfunkansprache am 3. September 1939 anlässlich der britisch-französischen Kriegserklärung an Deutschland. (Hedin, S. 173, 175)

3.1 Das Versailler Diktat 1919 - Ausgangspunkt der europäischen Katastrophe

«Man kann sagen, dass der Friedensvertrag von Versailles den ewigen Krieg organisiert.» Jacques Bainville, *Frankreichs Kriegsziel*, S. 57.

«Wir haben einen Friedensvertrag, aber er wird keinen dauerhaften Frieden bringen, weil er auf dem Treibsand des Eigennutzes gegründet ist.» Robert Lansing, US-Aussenminister (1915-1920), am 8. 5. 1919.

«Die Versailler Friedensverträge werden die Quelle eines neuen Krieges. Dies ist so sicher wie die Wiederkehr des Tages nach entschwindender Nacht.» Robert Lansing in seinem 1921 erschienenen Hauptwerk *Peace negotiations*.

«Der grösste Fluch von Versailles war der Artikel 231, der Deutschland die Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges zuwies.» Henry Kissinger, US-Aussenminister, in: *Die Vernunft der Nationen*.

«Deutschland wurde ein Frieden aufgezwungen, aber das war ein Frieden von Wucherern und Würgern, ein Frieden von Schlächtern, denn Deutschland und Österreich wurden ausgeplündert und zerstückelt. Man nahm ihm alle Existenzmittel, liess die Kinder hungern und des Hungers sterben. Das ist ein ungeheuerlicher Raubfrieden.» W.I. Lenin, *Über Krieg, Armee und Militärwissenschaft*, Berlin, 1958, 1. Bd., S. 569, 600, 774.

Wider besseres Wissen, von Unvernunft und Ressentiments, Hass und Rache motiviert, bürdeten die Siegermächte Deutschland in Art. 231 des Versailler Diktats die Alleinschuld für den Ersten Weltkrieg auf. Sie trennten willkürlich deutsches Gebiet vom Deutschen Reich ab und überliessen es ohne Volksabstimmung den neu gegründeten Staaten Polen und Tschechoslowakei. Um Polen den Zugang zur Ostsee zu verschaffen, trennten sie fast die ganze Provinz Westpreussen mit ihrer Küste vom Reich und traten diese Gebiete an den mit deutscher Hilfe 1916 neugegründeten polnischen Staat ab. Dazu kam noch die Provinz Posen. Die Polen besetzten diese Gebiete bereits im Dezember 1918, ohne das Ergebnis der Versailler Konferenz abzuwarten. Ebenso verfuhr die Sieger mit Ostoberschlesien (mit den Städten Kattowitz, Königshütte und Tarnowitz).¹⁰ Die rein deutsche Stadt Danzig wurde

der Aufsicht des Völkerbundes unterstellt, ohne jemals deren Bewohner zu fragen. Durch diese Massnahmen der Sieger wurde in der Mitte Europa ein dauerndes Konfliktpotenzial geschaffen, das früher oder später zu einem neuen Krieg führen musste. Zudem belasteten die Sieger die junge deutsche Demokratie mit absolut unerfüllbaren Reparationen, die das Land letztlich wirtschaftlich ruinierten. Vor allem Frankreich trug durch die völkerrechtswidrige Besetzung des Rheinlandes und durch dessen wirtschaftliche Ausbeutung zu einer Verelendung Deutschlands wesentlich bei. Zu den weiteren Massnahmen der Siegermächte gehören ferner die vollständige Entwaffnung Deutschlands, die Wegnahme seiner Kolonien und die Hungerblockade.¹¹ Dank des Versailler Diktats und seiner verheerenden Folgen für Deutschland (Gebietsverluste, Reparationen, Hyperinflation, Massenarbeitslosigkeit, Radikalisierung des politischen Lebens) konnte Hitler die Sympathien der brei-

10 Die Einwohner von Kattowitz und Königshütte hatten zu 85,4% bzw. 74,7% für das Verbleiben bei Deutschland gestimmt. (Zayas, Alfred M. de, *Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen*, München, 2. Auflage, 1978, Anm. 3 SW, 199)

11 Mit der völkerrechtswidrigen Hungerblockade wollten die Engländer Deutschland aushungern. Nach den Ermittlungen einer dänischen Untersuchungskommission fielen ihr 800.000 Menschen zum Opfer. Am grössten war die Sterblichkeit unter Kindern im Alter von fünf bis fünfzehn Jahren, bei denen die Todesfälle um 55% zunahmen. Eine ganze Generation wuchs in einer Epoche der Unterernährung und des Elends auf, wie wir dergleichen in unserem Land in der neuesten Geschichte niemals erlebt haben. Diese schreckliche Lage blieb der Aussenwelt fast unbekannt. Dieses Aushungern und Massensterben ging «still, unauffällig und unter Zensur» vor sich, bemerkte der englische Professor Thomas A. Bailey. (Lutz, S. 82 f.)

ten Massen gewinnen und schliesslich legal die Macht durch Wahlen übernehmen.

Das Diktat von Versailles mit seinen 440 Artikeln ist sicher das grösste politische Verbrechen des 20. Jahrhunderts. Es wurde ein «Frieden» unter Verlängerung der Hungerblockade und mit Androhung des militärischen Einmarsches den von den Verhandlungen ausgeschlossenen Besiegten diktiert, wie er bis dahin in der neueren Geschichte ohne Beispiel war. Darüber hinaus hat das Versailler Diktat den Zweiten Weltkrieg geradezu vorprogrammiert, weil durch die willkürliche Abtrennung jahrhundertalter deutscher Siedlungsgebiete im Zentrum Europas ein Konfliktpotential geschaffen worden war, das letztlich zum Kriegsausbruch von 1939 führte. Die drei

vorherrschenden Motive der Versailler Friedenskonferenz waren: erstens, die getreuen Verbündeten zu belohnen; zweitens, den besiegten Feind mit Strenge zu bestrafen und drittens, ein neues Gleichgewicht der Kräfte zu schaffen. So Professor Philip Marshall Brown von der Universität Princeton in einer Stellungnahme zur Regelung der österreichischen Frage, (de Zayas, S. 47)



Käthe Kollwitz (1867-1945) bekannteste Zeichnung: «Hungernde deutsche Kinder».

Der Text des Diktates wurde am 7. Mai 1919 – dem Jahrestag der Versenkung der «Lusitania»¹² – den deutschen Vertretern übergeben. Zu der Zeit tagte noch die deutsche Nationalversammlung in Weimar. Der spätere Reichskanzler und Reichsaussenminister Gustav Stresemann erklärte damals: «Der Vertrag (Stresemann nannte das Diktat tatsächlich einen Vertrag!) entehrt nicht die Besiegten, er entehrt nur die Sieger.» Ministerpräsident Philipp Scheidemann (SPD) nannte auf einer

¹² Am 7. Mai 1915 wurde der britische Luxusdampfer «Lusitania» vor der irischen Küste von einem deutschen U-Boot versenkt. Den über 2.000 Passagieren und der Öffentlichkeit wurde verschwiegen, dass in New York riesige Mengen Kriegsmaterial und Munition geladen worden waren. Zu diesem Zeitpunkt waren die USA offiziell noch «neutral». Diese Katastrophe war in den USA ein willkommener Anlass zur Kriegshetze gegen Deutschland.

Sondertagung der Nationalversammlung am 12. Mai 1919 in Berlin die Bedingungen unerträglich und unerfüllbar und rief aus: «Welche Hand müsste nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt?» Aus Protest trat er von seinem Amt als Regierungschef zurück. Konstantin Fehrenbach (Zentrum), Präsident der Nationalversammlung, erklärte: «Dieser Vertrag ist die Verewigung des Krieges. Auch in Zukunft werden deutsche Frauen Kinder gebären, und diese Kinder werden die Sklavenketten zerbrechen und die Schmach abwaschen, die unserem deutschen Antlitz zugefügt ist... Memore estote, inimici, ex ossibus ultor!»¹³ Der damalige Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) urteilte am 15. Mai 1919: «Niemals darf ein Volk von siebzig Millionen sich solch schmachvolle Bedingungen gefallen lassen.» In heutigen deutschen Geschichtsbüchern werden die Umstände um den Diktatfrieden und sein Inhalt durch Weglassen wichtiger Tatsachen verfälscht. Vom deutschen Protest gegen das Diktat von Versailles, von der Verlängerung der Hungerblockade, von der Einmarschdrohung und dem Ultimatum der Alliierten ist nicht die Rede. Nach Unterzeichnung des Diktats schrieb der französische Diplomat Paul Cambon (1843-1924) an seinen Sohn: «Jetzt ist der Friede also unterzeichnet. Mir kommt er vor wie ein Haufen Sprengkörper, die eines Tages in allen Teilen der Welt losgehen.» 1932 schrieb Theodor Heuss in seinem Buch *Hitlers Weg*. – «Die Geburtsstätte der nationalsozialistischen Bewegung ist nicht München, sondern Versailles.» Er hatte klar erkannt, dass sich der Kampf gegen die Ungerechtigkeit des Versailler Diktats eine organisatorische Form geben musste. Lenin äusserte sich auf dem II. Kongress der Kommunistischen Internationale am 19. Juni 1920 über Versailles: «Der Krieg hat ihnen (gemeint sind die besiegten Völker) durch den Versailler Vertrag Bedingungen auferlegt, die diesen fortgeschrittenen Völkern koloniale Abhängigkeit, Elend, Hunger, Ruin und Rechtlosigkeit brachten... Der Versailler Vertrag hat für Deutschland und eine ganze Reihe besiegter Länder Verhältnisse geschaffen, unter denen eine wirtschaftliche Existenz materiell unmöglich ist, Verhältnisse völliger Rechtlosigkeit und Erniedrigung!» (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 240 ff; Lutz, S. 50 ff.)

Der britische Historiker Davies räumt immerhin ein, dass die Friedenskonferenz «von den Siegern konzipiert, von den Siegern organisiert und von den Siegern durchgeführt» worden sei. Die Vertreter von Staaten und Nationen, über deren Zukunft entschieden wurde, seien «als Bittsteller und Abhängige auf der Konferenz» erschienen, und ihre Einwände seien «zum grossen Teil entsprechend ihrem Status als Freund oder Feind akzeptiert oder zurückgewiesen» worden. (Davies, S. 227)

13 dt., «Denkt daran, Feinde, aus unseren Gebeinen wird ein Rächer erstehen!»

Den bei weitem «offenkundigsten Fehler des sogenannten Versailler Systems» sieht Davies in der Tatsache, «dass die unruhigsten Gegenden Europas im Osten lagen, weit ausserhalb der Reichweite des Völkerbunds». (S. 231) Über die Gründe der Unruhen in diesen Gebieten, die von den Siegern unter eklatanter Verletzung des Selbstbestimmungsrechts fremden Staaten überlassen wurden, schweigt sich Davies aber aus. Nachfolgend der wesentliche Inhalt des Versailler Diktates:

- **Kriegsschuldartikel 231:**

Im Artikel 231 heisst es: «Die alliierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.» Dieser Artikel war der Dreh- und Angelpunkt des gesamten Versailler Vertragswerkes. Die Alleinschuld des Deutschen Reiches und seines Verbündeten Österreich-Ungarn am Ausbruch des Weltkrieges war die Grundlage für Gebietsabtretungen, umfassende Rüstungsbeschränkungen und faktisch unbegrenzte Reparationszahlungen durch Deutschland. Das alliierte Diktat unterzeichneten im Auftrag der Reichsregierung der Sozialdemokrat Hermann Müller und der Zentrumspolitiker Johannes Bell, die durch die Novemberrevolution in ihre Ämter gelangt waren. Dies führte in der Folge dazu, dass die Sozialdemokratie von grossen Teilen des deutschen Volkes für den «Dolchstoss», für die katastrophalen Friedensbedingungen und für die gesamte Nachkriegsmisere verantwortlich gemacht wurde. Die deutschnationale Rechte in der Weimarer Republik war damit von Anfang an in einer starken Position. (Post, S. 49-50)

Im Sommer 1924 glaubte die Reichsregierung, sie könne die Kriegsschuldfrage mit einiger Aussicht auf Erfolg nochmals aufwerfen. Nachdem eine Einigung über den Dawes-Plan¹⁷ erzielt worden war, veröffentlichte die deutsche Regierung am 29. August 1924 folgende Erklärung in Berlin: «Die Regierung kann... diesen bedeutsamen Augenblick nicht vorübergehen lassen, ohne in der Kriegsschuldfrage, die seit 1919 mit schwerem Drucke auf der Seele des deutschen Volkes lastet, klar und unzweideutig ihren Standpunkt darzulegen. Die uns durch den Versailler Vertrag unter dem Druck übermächtiger Gewalt auferlegte Feststellung, dass Deutschland den Weltkrieg durch seinen Angriff entfesselt habe, widerspricht den Tatsachen der Geschichte. Die Reichsregierung erklärt

daher, dass sie diese Feststellung nicht anerkennt. Es ist eine gerechte Forderung des deutschen Volkes, von der Bürde dieser falschen Anklage befreit zu werden. Solange das nicht geschehen ist und solange ein Mitglied der Völkergemeinschaft zum Verbrecher an der Menschheit gestempelt wird, kann die wahre Verständigung und Versöhnung zwischen den Völkern nicht vollendet werden.» Die Feststellung der Reichsregierung drückte das Empfinden der gesamten deutschen Nation aus. Wie zu erwarten, wurde diese Erklärung von Grossbritannien und Frankreich zurückgewiesen. Auch weitere Eingaben der Reichsregierung fanden bei den Alliierten kein Gehör. (Lutz, S. 192 ff.)

Gebietsverluste:

- Elsass-Lothringen wurde ohne Volksabstimmung und ohne Entschädigung an Frankreich abgetreten.

17 Der Dawes-Plan vom 16. August 1924 regelte die Reparationszahlungen Deutschlands an die Siegermächte des Ersten Weltkrieges. Diese sollten nunmehr der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Weimarer Republik angepasst werden und sie nicht länger überfordern. Zugleich wurde eine internationale Anleihe aufgelegt, mit der die deutsche Wirtschaft angekurbelt wurde.

(Wikipedia, Dawes-Plan)

- Eupen-Malmedy wurde nach einer «Volksbefragung», die den Namen nicht veränderte, an Belgien abgetreten.¹⁴
- Nord-Schleswig wurde nach einer Abstimmung – eine spezielle Festlegung der Abstimmungszonen und ein bestimmter Abstimmungsmodus bevorteilten hierbei die Dänen – an Dänemark abgetreten.¹⁵

14 Die «Volksbefragung» von 1920 ging als «petite farce beige» in die Geschichte Belgiens ein. Sie war weder frei, noch geheim, noch unbeeinflusst. Die Bürger hatten lediglich die Möglichkeit, gegen die belgische Annexion zu protestieren, indem sie sich in öffentliche Listen in Malmedy oder Eupen eintrugen. Da die ersten Protestierer aber unter grossen Druck kamen (Ausweisung, Ausschluss vom Geldumtausch und bei der Verteilung von Lebensmittelkarten, Entlassung u.a.), wagten nur 271 der 33.726 Wahlberechtigten ihre Eintragung. Insgesamt wurde nur je eine Liste in Eupen und Malmedy ausgelegt. Unter fadenscheinigen Ausreden und Androhung von Repressalien wurde den Eintragungswilligen häufig der Zugang erschwert oder unmöglich gemacht.

15 Die Grenzen wurden nicht – wie im Versailler Vertrag bestimmt – einvernehmlich und auch nicht durch die Bevölkerung Schleswigs festgelegt, sondern durch Dänemark, das bei der alliierten Kommission sowohl die Aufteilung in von Dänemark definierte Abstimmungszonen sowie unterschiedliche Modalitäten der Abstimmung in diesen durchsetzte, so dass eine nördliche Zone (1. Abstimmungszone), in der en bloc als Ganzes abgestimmt wurde und eine 2. Abstimmungszone, in der anschliessend Stadt für Stadt und Gemeinde für Gemeinde abgestimmt wurde, eingerichtet wurden, mit

- Danzig wurde ohne Volksabstimmung oder -befragung als «Freie Stadt» dem Völkerbund unterstellt und in einer Zollunion mit Polen verbunden. Die äusseren Angelegenheiten Danzigs wurden von Warschau vertreten.
- Die Provinzen Posen und Westpreussen, Teile Ostpreussens, Brandenburgs und Niederschlesiens wurden ohne Volksabstimmung, der Grossteil Ost-Oberschlesiens (das oberschlesische Kohlerevier mit den Städten Tarnowitz, Beuthen und Kattowitz) entgegen den Ergebnissen einer durchgeführten Volksabstimmung an Polen abgetreten. Polen erhielt dadurch einen 100 km breiten Korridor zur Ostsee, der Ostpreussen vom übrigen Reich trennte.
- Das Hultschiner Ländchen wurde ohne Volksabstimmung der Tschechoslowakei übergeben.
- Das Memelland wurde ohne Volksabstimmung von Deutschland abgetrennt und vorläufig unter französische Verwaltung gestellt.
- Durch den Vertrag von St.-Germain wurde das Sudetenland (Deutschböhmen) mit seiner deutschsprachigen Bevölkerung von 3,5 Millionen ohne Volksabstimmung der neu gegründeten Tschechoslowakei zugeschlagen.¹⁶
- Südtirol ging ohne Volksabstimmung an Italien.¹⁷

Insgesamt verlor Deutschland durch den Versailler Vertrag 12 Prozent seiner Bodenfläche (= 70.579 qkm) mit 10 Prozent der Bevölkerung, 33 Prozent seiner Kohlen- und 75 Prozent seiner Eisenerzvorkommen. (Post, S. 42 ff.)

Weitere Beschränkungen und Verzichte:

- Das linke Rheinufer und ein Gebietsstreifen von 50 km Breite am rechten Ufer wurde entmilitarisiert.
- Das Rheinland wurde von den Siegermächten befristet besetzt. Dessen Räumung sollte bis spätestens 1935 erfolgen. Die Befristung der Rheinlandbesetzung hatten die Angelsachsen den Franzosen, deren Ziel ursprünglich die Abtrennung des Rheinlands vom Reich gewesen war, nur schwer abringen können.

dem Ziel, anschliessend die Grenze entsprechend den Ergebnissen weiter zu verschieben.

¹⁶ Ebenso wie Italiens Premierminister Orlando mussten Masaryk und Benes, die auch auf Seiten der Alliierten gekämpft hatten, eine Anerkennung für ihre guten Dienste erhalten. Offensichtlich war die einzig denkbare Belohnung die Zuweisung des deutsch besiedelten Sudetenlandes an den neuen tschechoslowakischen Staat, (de Zayas, S. 42)

¹⁷ Italien erhielt das österreichische Südtirol, obwohl das Gebirgsland nicht von Italienern, sondern von zweihunderttausend deutschen Österreichern bewohnt war, die sich heftig gegen die Fremdherrschaft auflehnten. Ihre Appelle blieben jedoch ungehört. (de Zayas, S. 42)

- Das Saargebiet wurde für 15 Jahre unter französische Verwaltung gestellt, wobei Frankreich das Recht zur Nutzung der Bergwerke erhielt. Nach dieser Frist sollte die Bevölkerung in einer Volksabstimmung über das weitere Schicksal des Saarlandes entscheiden.
- Der Beitritt Österreichs zum Deutschen Reich wurde verboten.
- Deutschland verlor seine Kolonien, die dem Völkerbund unterstellt wurden, der sie als Mandatsgebiete an interessierte Siegermächte übergab.
- Der mit Russland geschlossene Friedensvertrag von Brest-Litowsk wurde aufgehoben.
- Die allgemeine Wehrpflicht wurde abgeschafft.
- Deutschland musste alle Grosskampfschiffe, 8 leichte Kreuzer, 50 moderne Zerstörer und sämtliche U-Boote ausliefern oder abwracken.
- Deutschland wurde nur ein Berufsheer von 100.000 Mann gestattet. Der Besitz von schwerer Artillerie, Panzern, Flugzeugen, U-Booten und chemischen Waffen wurden verboten.
- Der deutsche Kaiser Wilhelm II. sollte «wegen schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der Heiligkeit der Verträge» vor ein alliiertes Sondergericht gestellt werden. Da die Regierung des neutralen Holland sich standhaft weigerte, den Kaiser auszuliefern, fand der geplante Prozess nicht statt.
- Der deutschen Regierung wurde auferlegt, alle «Kriegsverbrecher» zur Aburteilung an die Alliierten auszuliefern. Anfang Februar 1920 erhielt die Reichsregierung eine Liste mit den Namen von 895 angeblichen Kriegsverbrechern. Darunter befanden sich zehn deutsche Fürsten (Kronprinz Wilhelm, Kronprinz Rupprecht von Bayern, Herzog Albrecht von Württemberg), die Generalfeldmarschälle Hindenburg und Mackensen, die Generale Below, Falkenhausen, Falkenhayn, Ludendorff und Kuck, die Admirale Iripitz, Behnke, Hipper, Scheer, nahezu alle U-Bootkommandanten und schliesslich hohe Staatsbeamte, an der Spitze Reichskanzler Bethmann-Hollweg. Die Veröffentlichung dieser Liste löste in Deutschland einen derartigen Proteststurm aus, dass die Alliierten schliesslich einwilligten, die Aburteilung der Kriegsverbrecher deutschen Gerichten zu überlassen. (Post, S. 55)
- **Reparationen:** Als die deutsche Regierung den «Friedensvertrag» unterschrieb, rechnete sie damit, dass die Sieger etwa 30 Milliarden Reichs- bzw. Goldmark als Reparationen fordern würden. Im Januar 1921 setzte eine interalliierte Kon-

ferenz in Paris die deutschen Reparationsleistungen auf insgesamt 226 Milliarden Goldmark, zu zahlen in einem Zeitraum von 42 Jahren, fest.¹⁸ Die Reichsregierung erklärte sich ausserstande, diese Forderung erfüllen zu können. Ende April 1921 wurde die Endsumme von der alliierten Reparationskommission auf 132 Milliarden Goldmark herabgesetzt, was die deutschen Zahlungsmöglichkeiten aber immer noch weit überstieg. Ausserdem wurden Sachlieferungen von Kohle, Verkehrs- und Transportmitteln, Maschinen, Lokomotiven, Farbstoffen, Chemikalien, Unterseekabel, Vieh, 1/4 der Fischfangflotte und alle Handelsschiffe gefordert. Das Beharren der Alliierten auf ihren zum Teil unerfüllbaren Forderungen erweckten in Deutschland den Eindruck, dass absichtlich unerfüllbare Forderungen gestellt wurden, um Deutschland zur gegebenen Zeit der Unredlichkeit zu beschuldigen und um Sanktionen zu verhängen, wie es ja auch alsbald geschah. (Post, S. 56; Lutz, S. 89)

- **Folgen des Versailler Diktats:** Das Deutsche Reich wurde durch die territorialen Abtretungen in seiner Wirtschaftskraft erheblich geschwächt. Grosse Teile seiner Schwerindustrie wurden getroffen, die Förderung von Steinkohle und Eisenerz, die Produktion von Roheisen und Stahl. Der Verlust Posens und Westpreussens verringerte die Lebensmittelproduktion in starkem Mass, ein Verlust, den die deutsche Landwirtschaft zunächst nicht ausgleichen konnte. Deutschlands Bevölkerung verringerte sich um sieben Millionen Menschen, von denen in den Folgejahren etwa eine Million ins Reich strömte, vor allem aus Elsass-Lothringen und aus den an Polen abgetretenen Gebieten. Durch den fast vollständigen Verlust der Handelsflotte und durch den Verlust des völkerrechtswidrig beschlagnahmten deutschen Auslandsvermögens wurde der deutsche Aussenhandel schwer beeinträchtigt. Da das Deutsche Reich seine Armee nach Art. 159 ff. des Versailler Diktats auf eine Stärke von 115.000 Soldaten (100.000 Heer und 15.000 Marine) verkleinern musste, die anderen Unterzeichnerstaaten ihren Abrüstungsverpflichtungen aus dem Vertrag aber nicht nachkamen, war es in der Folgezeit gegenüber seinen Nachbarländern militärisch schutzlos. Bereits 1921 drohten die Siegerstaaten im Londoner-Ultimatum mit einer Besetzung des

18 Die Schatten von Versailles fallen bis in unsere heutige Zeit. Aus einem Bericht des Bundesfinanzministeriums geht hervor, dass allein im Jahre 2002 zur Tilgung von Schulden aus Staatsanleihen des Deutschen Reiches zwischen 1924 bis 1930, eingegangen zur Begleichung von Reparationsforderungen, 1,8 Millionen Euro sowie weitere 2,3 Millionen Euro an entstandenen Zinsen aufgebracht werden mussten. In diesem Zusammenhang wurde bekannt, dass die Bundesrepublik ihren «Versailler Verpflichtungen» bis zum Jahre 2010 mit nochmaligen 95 Millionen Euro nachzukommen hatte – ohne dass darin die Zinszahlungen enthalten sind, die etwa das Dreifache dieser Summe ausmachen dürften. (*Junge Freiheit*, 27109, 26.06.2009)

Ruhrgebiets. 1923 wurde es dann von französischen und belgischen Truppen tatsächlich besetzt.

Dass die Siegermächte das Deutsche Reich von den Verhandlungen ausschlossen und ihm nur am Schluss schriftliche Eingaben gestatteten, diskreditierte den Versailler Vertrag in der deutschen Öffentlichkeit als «Diktat von Versailles». Es war erklärtes Ziel der deutschen Aussenpolitik, diese «Fesseln von Versailles abzuschütteln». Die Art seines Zustandekommens und insbesondere die Gebietsabtretungen mit mehrheitlich deutschen Bevölkerungsgruppen beschädigten nachhaltig das Ansehen der Westmächte und das Vertrauen in die Staatsform der Demokratie. Quer durch alle deutsche Parteien stiess der Vertrag auf heftige Ablehnung. Der Weimarer Regierung wurde von einigen Gruppen zudem vorgeworfen, durch die Annahme der Vertragsbedingungen die Interessen des Reiches verraten zu haben. Es wurde eine Revision des als «Schandfrieden» oder «Schanddiktat von Versailles» bezeichneten Vertrages gefordert. Manche Historiker sahen in dem Vertrag eine wichtige Ursache für den Aufstieg des Nationalsozialismus.

(Wikipedia, *Friedensvertrag von Versailles*)

Das von Deutschland erpresste Bekenntnis seiner alleinigen Schuld am Krieg war die Krönung der Demütigungen. Sie rief die leidenschaftliche Empörung aller Deutschen von Links bis Rechts hervor. Das von den Siegermächten gefällte Schuldurteil und die dem deutschen Volk zuteil gewordene Behandlung untergrub seinen Glauben an die Integrität und Rechtschaffenheit der Alliierten. Mit klarem Blick hat John Foster Dulles, der spätere US-Aussenminister, die überragende Bedeutung dieser Frage für den Lauf der europäischen Ereignisse in den dreissiger Jahren erkannt. Im November 1938, kurz nachdem ein Krieg wegen der sudetendeutschen Frage abgewendet werden konnte, legte er die nachstehenden Gedanken nieder: «Im Lichte späterer Entwicklungen mag es sein, dass dieser Artikel der wichtigste Einzelartikel in dem Vertrag war. Durch ihn wurde in den deutschen Augen Deutschland mit der moralischen Schuld am Weltkrieg gebrandmarkt, und das deutsche Volk wurde, unter Androhung massenweisen Verhungerns und militärischer Verwüstung, gezwungen, dieses Urteil als wahr anzuerkennen. Es war die Auflehnung des deutschen Volkes gegen diesen Vertragsartikel, die vor allem andern den Grund legte für das Deutschland, das wir heute vor uns haben. So wurde ein Gefühl der Ungerechtigkeit erzeugt und eine Reaktion auf die zur Last gelegte moralische Minderwertigkeit, die so heftig waren, dass sie sich leicht zur Kapitalisierung durch Führer eigneten, die es verstanden, die Gemüter aufzureizen und ihre Erregung in

bestimmte Bahnen zu lenken.» Das Versailler Diktat brachte den Deutschen die Erkenntnis, dass Macht der einzige Faktor ist, der in auswärtigen Beziehungen wirklich zählt. Daher löste es allgemeine Befriedigung unter den Deutschen aus, als Reichskanzler Hitler am 30. Januar 1937 in einer feierlichen Kundgebung Deutschlands Unterschrift unter die erzwungene Erklärung von 1919, dass es für den Krieg verantwortlich sei, zurückzog. Obwohl Hitlers Erklärung mehr Symbolcharakter als Rechtswirkung hatte, verdient es Beachtung, dass damals keine der alliierten Mächte Einspruch gegen sein Vorgehen erhob. (Lutz, S. 28-29, 93, 96)

3.2 Wie kam Hitler 1933 an die Macht, und was faszinierte die Menschen an ihm?

«Man kann Hitlers System verabscheuen und dennoch seine politische Leistung bewundern. Wenn unser Land besiegt werden würde, hoffe ich, dass wir einen ebenso bewundernswerten Vorkämpfer finden, der uns wieder Mut gibt und uns auf unseren Platz unter den Nationen zurückführt.» Winston Churchill in einer Rede am ‚Armistice Day‘ 1937, in: Peter Nicoll, *Englands Krieg gegen Deutschland*, S. 42.

Heutzutage wird Hitler in den Medien als das personifizierte Böse, als ein Monstrum und eine Ausgeburt der Hölle dargestellt, der nichts anderes im Sinn hatte, als Europa und die Welt in Brand zu setzen und ins Unglück zu stürzen. Zu seiner Zeit war Hitler indes nicht nur bei den Deutschen sehr beliebt, sondern er wurde auch von führenden ausländischen Politikern und Staatsmännern geachtet und geschätzt. Unbestritten ist, dass Hitler legal an die Macht kam. Er hat die Macht nicht «ergriffen», also widerrechtlich erlangt, wie es immer wieder heisst, sondern er wurde am 30. Januar 1933 auf völlig legale, verfassungsmässige Weise vom Staatsoberhaupt Paul von Hindenburg in das Amt des Reichskanzlers berufen. Schon vor Hitler kamen andere in derselben Weise zu diesem Amt. In den letzten Jahren vor der Wahl Hitlers wurde nur noch per Notverordnung regiert. Dieser instabile Zustand war mit der Einsetzung Hitlers als Reichskanzler beendet. In der Verfassung war auch das Regieren über ein sogenanntes Ermächtigungsgesetz vorgesehen. Am 23. März 1933 stimmten die politischen Parteien mit überwältigender Mehrheit von 444 Ja-gegen 94 Nein-Stimmen dem «Ermächtigungsgesetz» zu. Das bedeutete nicht nur das Ende der Weimarer Verfassung, sondern beendete eine 14-jährige Periode politischer Unruhen, welche von marxistisch-bolschewistischen Aufwieglern jener Zeit bestimmt wurde. Von 1919 bis 1932 wechselten dreiundzwanzig Mal die Regierungen. Neben der Reichsregierung gab es 25 Länderregierungen mit einer Vielzahl von Abgeordneten. Alle erhielten nach ihrem Abgang üppige Renten, während

das einfache Volk in Armut lebte. Zu den linken Kampfgruppen gehörten der kommunistische «Rote Frontkämpferbund» und die Organisationen der SPD «Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold» und «Eiserne Front». Letztere war ein Zusammenschluss des «Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold», des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Afa-Bund), der SPD und des Arbeiter Turn- und Sportbundes (ATSB). Der jüdische Kommunist Gad Granach bestätigte in seinem 1997 erschienenen Buch «Heimat, los!» wie brisant die innenpolitische Lage 1933 war. Warum das deutsche Volk Hitler zur Macht verhalf und ihn mehrheitlich auch bis zum bitteren Ende unterstützte, ist heutzutage für viele Menschen unerklärlich und unverständlich. Insbesondere die junge Generation stellt immer wieder die Frage, warum ihre Väter und Grossväter seiner Bewegung folgten und ihm zujubelten. Warum Hitler an die Macht kam und was die Menschen an ihm faszinierte, kann man nur verstehen, wenn man sich die damaligen Verhältnisse in Deutschland vergegenwärtigt. Dazu seien einige Aussagen von zeitgenössischen Politikern und Zeitzeugen wiedergegeben. Hier zunächst einige Stimmen aus dem Ausland.

Der britische Buchautor William Harbutt Dawson fand, dass 1933 ein ganz anderes Deutschland existierte, als dies seine Feinde geplant hatten, und zwar deshalb, weil die Alliierten «ihr Äusserstes getan hatten, Deutschland zu schwächen und zu vernichten – an seinem Leib durch Annexionen, in seinen Finanzen durch die Reparationen, in seinem Ruf durch Verdrehungen und Verleumdungen, in seinem Geist durch eine Häufung von Schimpf und von Demütigungen jeder erdenklichen Art». Britische Diplomaten haben die Hauptschuld für das kurzlebige Bestehen der Weimarer Republik Frankreich zur Last gelegt. Lord Tyrrell, Botschafter in Paris, schrieb am 20. März 1933, dass die verhängnisvollen Fehler der französischen Nachkriegsdiplomatie die Diskreditierung der Weimarer Republik herbeiführten «und just die Reaktion, die wir nun erleben», nämlich Hitlers Wahlerfolg am 5. März. (Lutz, S. 134)

Selbst Winston Churchill bewunderte Hitler 1935 «für den Mut, die Beharrlichkeit und die vitale Kraft, die ihn befähigen, allen Mächten und Widerständen, die seinen Weg versperrten, zu trotzen oder sie herauszufordern, sie zu versöhnen oder sie zu überwinden». Noch 1937 äusserte sich Churchill positiv über Adolf Hitler, ehe er ihn drei Jahre später im Rausch der Kriegshetze zum Gangsterboss von «knapp 70 Millionen Hunnen, einige sind heilbar, andere zu töten», umfunktionierte. In seinem Buch *Grosse Zeitgenossen* bemerkte er: «Wer Herrn Hitler selbst begegnete (...),

fand einen hochkompetenten, kühlen, gut informierten Funktionär vor, mit angenehmen Umgangsformen und einem entwaffnenden Lächeln, und kaum jemand konnte sich seinem persönlichen Charme entziehen.» 1938 meinte Churchill, die bisherigen Leistungen des «Führers» seien weltgeschichtlich als Wunder anzusprechen. Wenn Grossbritannien im Krieg unterlegen wäre, hätte er gewünscht, dass es einen Hitler finden werde, damit dieser es zurück zu der ihm gebührenden Stellung unter den Nationen führe. Der amerikanische Präsident Herbert Hoover, der britische Aussenminister Sir John Simon und Avery Brundage, Präsident des US-amerikanischen Olympischen Komitees, fanden bis weit in die dreissiger Jahre hinein respektvolle Worte für die Leistungen des deutschen Diktators. Der britische Ex-Premier Lloyd George betrachtete Hitler als den grössten lebenden Deutschen, einen deutschen George Washington. Auch der französische Aussenminister Barthou sah in dem Diktator einen «wahren Friedensfreund», während sein Landsmann, der Schriftsteller Jules Romains, ihn als «Genie» betrachtete. Ähnlich zahlreich sind die Äusserungen europäischer und US-amerikanischer Prominenz über Hitlers «Charme, Intelligenz, angenehme Umgangsformen, sein entwaffnendes Lächeln» usw. Als der britisch-jüdische Verleger Victor Gollancz 1933 sein *Brown Book of Nazi Terror* herausbrachte, fand es bei der Presse im Allgemeinen wenig Gegenliebe. In einer Besprechung des *Braunbuches* in der *New York Times* konnte man am 15. Oktober 1933 nachlesen: «Hitler tut viel für Deutschland, seine Einigung der Deutschen, seine Schaffung eines spartanischen Staates, der durch Patriotismus belebt ist, seine Einschränkung der parlamentarischen Regierungsweise, die für den deutschen Charakter so ungeeignet ist, sein Schutz der Rechte des Privateigentums – all dies ist gut.» (Nawratil, S. 128 ff.)

Der britische Publizist und Leiter des *Daily Mail*, Harold Harmsworth, 1. Viscount Rothemere, schrieb in seinem 1939 erschienenen Buch *Warnungen und Prophezeiungen* über den Machtaufstieg und die Leistungen Hitlers unter anderem: «Deutschland hat eine neue Gangart menschlichen Bestrebens eingeschlagen. Es hat eine beispiellose nationale Triebkraft voll höchster politischer Dynamik erreicht. Deutschland ist das neue Sparta. Der gleiche Geist nationaler Zucht und Selbstaufopferung, der den wenigen Tausend Einwohnern eines kleinen griechischen Stadtstaates einen dauernden Platz in der Geschichte eintrug, wird jetzt wieder von 67 Millionen bewiesen, die in mancher Beziehung die klügsten, fleissigsten, kühnsten und tüchtigsten Menschen der Welt sind. Jeder, der Deutschland besucht, kann für seine Person die tatsächlichen Ergebnisse der Herrschaft Hitlers sehen. Ich will unten einige wenige der hervorragendsten erwähnen. (...) Nach kaum zwei Jahren seiner Verwaltung stehen folgende Ergebnisse auf dem Guthaben Hitlers: An

dem Tage, an dem er sein Amt antrat, gab es 6.014.000 Arbeitslose in Deutschland. Am 30. November dieses Jahres waren es 2.354.000. Die Zahlungsfähigkeit der zusammenbrechenden Staats- und Gemeindehaushalte ist wiederhergestellt worden... In den letzten zwei Monaten hat Deutschland eine günstige internationale Handelsbilanz aufgewiesen... Die Deutschen machen sich schnell von fremden ausländischen Rohstoffen unabhängig... Zweihundertfünfzigtausend junge Männer befinden sich in den Lagern des freiwilligen Arbeitsdienstes und ziehen aus der vortrefflichen körperlichen und sozialen Zucht Nutzen. Eintausendvierhundert englische Meilen schönster Autostrassen der Welt nähern sich der Vollendung und geben 95.000 Menschen direkte, 110.000 indirekte gutbezahlte Arbeit und Verwendung. 4.000 Meilen solcher Strassen sind geplant. Ein solcher Geist nationaler Einigkeit ist geschaffen worden, dass in den letzten zwei Monaten eine ungeheure Barsumme für die Winterhilfe gesammelt worden ist... Jeder ehrliche Mensch, der Deutschland in den Tagen vor Hitler kannte, wird einräumen, dass diese Taten ein Wunder nationaler Wiedergeburt darstellen. (...) Fast alle über das nationalsozialistische System selbst in unseren vertrauenswürdigsten Zeitungen veröffentlichten Nachrichten sind reiner Unsinn. Diese haben zum Beispiel den Eindruck verbreitet, dass die deutschen Juden ein fast gehetztes Dasein führen. Ich habe aber in deutschen Hotels und Restaurants häufig fröhliche und festliche Gesellschaften deutscher Juden gesehen, die keine Anzeichen von Unsicherheit oder Leiden aufweisen... Ich sehe Deutschland heute wirklich als die stärkste Macht des europäischen Kontinents an; denn was' ihm an materieller Ausrüstung fehlt, ist mehr als genug durch den herrlichen Geist der Nation und das höchste Vertrauen zu ihrem Führer wettgemacht. Wir haben keinen Grund zu Streitigkeiten mit diesen Leuten. Ihren Interessen wird ebenso wie unseren und denen der gesamten zivilisierten Welt am besten durch enge und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen uns gedient sein... Wir und die Deutschen sind blutsverwandt, und unsere Völker haben, wie Hitler zu mir bemerkte, nur ein einziges Mal gegeneinander gekämpft, sind aber in vielen Feldzügen treue Verbündete gewesen. Der deutsche Kanzler drückte wiederholt in unseren Unterredungen den Wunsch für eine vollständige englisch-deutsche Verständigung aus, die er für einen sicheren Weg zum Frieden hält.» (Rothemere, S. 199-203)

Der in Berlin 1907 als Raimund Pretzel geborene deutsch-jüdische Publizist Sebastian Haffner, der im Jahre 1938 nach London emigrierte, beschreibt in seinem 1978 erschienenen Buch *Anmerkungen zu Hitler* die Leistungen Hitlers und die damalige Massenstimmung in Deutschland wie folgt: «Unter diesen positiven Leistungen Hitlers muss an erster Stelle sein Wirtschaftswunder genannt werden. Den Aus-

druck gab es damals noch nicht; er ist erst für den überraschend schnellen Wiederaufbau und die Wiederankurbelungsleistung nach dem Zweiten Weltkrieg geprägt worden. Aber er passt noch viel besser auf das, was im Deutschland der mittleren dreissiger Jahre unter Hitler vor sich ging. Viel tiefer und stärker war damals der Eindruck, dass ein wirkliches Wunder vollbracht wurde; und dass der Mann, der es vollbrachte, also Hitler, ein Wundertäter war. Im Januar 1933, als Hitler Reichskanzler wurde, gab es in Deutschland sechs Millionen Arbeitslose. Drei kurze Jahre später, 1936, herrschte Vollbeschäftigung. Aus schreiender Not und Massenelend war allgemein ein bescheiden-behaglicher Wohlstand geworden. Fast ebenso wichtig: An die Stelle von Ratlosigkeit und Hoffnungslosigkeit waren Zuversicht und Selbstvertrauen getreten. Und noch wunderbarer: Der Übergang von Depression zu Wirtschaftsblüte war ohne Inflation erreicht worden, bei völlig stabilen Löhnen und Preisen... Man kann sich die dankbare Verblüffung, mit der die Deutschen auf dieses Wunder reagierten und die insbesondere die deutsche Arbeiterschaft nach 1933 in hellen Haufen von der SPD und KPD zu Hitler umschwenken liess, gar nicht gross genug vorstellen. Sie beherrschte in den Jahren 1936-1938 die deutsche Massenstimmung absolut und verwies jeden, der Hitler immer noch ablehnte, in die Rolle eines querulantischen Nörglers. Der Mann mag seine Fehler haben, aber er hat uns wieder Arbeit und Brot gegeben – das war in diesen Jahren die millionenfache Stimme der ehemaligen SPD- und KPD-Wähler, die noch 1933 die grosse Masse der Hitlergegner gebildet hatten.» (Haffner, S. 31 f.)

In den Kriegsjahren rief Haffner in einem Zeitungsartikel zum Massenmord an Deutschen auf. Im August-Heft 1942 der Londoner Zeitschrift *World Review* gab Haffner seine Vorstellungen über die Behandlung der Deutschen nach einem alliierten Sieg preis: «Glücklicherweise ist der ‚harte Kern‘ der Nazirevolutionäre in der ‚SS‘ konzentriert und daher leicht zu liquidieren. Die ‚SS‘ ist in jeder Beziehung die menschliche Komponente des Nazismus. Sie ist die Trägerin des nazistischen Gedankenguts. Freilich wird ihre Auslöschung nicht die Idee an sich töten können, aber doch ihre aktive politische Kraft für die entscheidenden nächsten zehn Jahre. Dadurch wird der Weg für einen Wiederaufbau Europas mit Deutschland frei. Nur die Ausrottung muss vorangehen... Das ist nun eine durchaus grausige Angelegenheit. Aller Wahrscheinlichkeit nach müssen mehr als 500.000 junge Männer hingerichtet werden, sei es nach einem kriegsgerichtlichen Schnellverfahren (jede Massenjustiz ist summarisch) oder sogar ohne eine solche Zeremonie. Selbst wenn man ihre tatsächliche Tötung vermeiden will und statt dessen aus der ‚SS‘ eine Reihe von Zwangsarbeiterdivisionen für lebenslängliche internationale Strafarbeit bilden will, dann bedeutet das nichts anderes als ihren lebendigen Tod...» Wegen dieser

offensichtlichen Aufforderung zum Völkermord wurde Sebastian Haffner zu keinem Zeitpunkt zur Rechenschaft gezogen.
(*Der Grosse Wendig*, Band 2, S. 390/391)

Hier sei auch die Meinung des damals 22-jährigen Helmut Sündermann, seit 1937 stellvertretender Reichspressechef der NSDAP und der Reichsregierung, angeführt. Aus der Vorgeschichte des 30. Januar 1933 werde deutlich sichtbar, was das deutsche Volk damals von Hitler erwartete. Es sei in jenen dramatischen Monaten, in denen über 6 Millionen Arbeitslose wöchentlich an den Schaltern der Arbeitsämter Schlange standen, im Volk nicht um staatsrechtliche Probleme oder um Fragen des Nationalstolzes gegangen. Hitler sei damals vor allem als ein «Mann der Tat» gewählt worden, von dem man erwartete, was er versprach: «Freiheit und Brot», wobei unter «Freiheit» nationale Befreiung von den Versailler Beschränkungen und unter «Brot» umfassende Arbeitsbeschaffung verstanden wurde. Die Funktion des Reichstages sei seit Jahren bedeutungslos geworden, und niemand habe eine Ausschaltung rechtsstaatlicher Sicherungen erwartet. Was Hitler unter «nationaler Wiedergeburt» verstanden hätte, sei deutlich genug in seinem Parteiprogramm ausgedrückt worden, dessen erster Punkt bereits nicht geringe aussenpolitische Konflikte ankündigte: «Wir fordern den Zusammenschluss aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu einem Gross-Deutschland.» Auch kräftige Sozialrevolutionäre Töne seien vernehmbar gewesen: «Gemeinnutz geht vor Eigennutz», «Brechung der Zinsknechtschaft». Gründlichere Kenner Hitlers hätten schliesslich noch gewusst, was er in seinem Buch «Mein Kampf» an Fernzielen entwickelt hatte. Darin sei der Gedanke einer «rassischen Regeneration» verfochten und schliesslich die Aufgabe formuliert worden, «zwischen der Zahl und dem Wachstum des Volkes einerseits und der Grösse und Güte des Grundes und Bodens andererseits ein gesundes, lebensfähiges, natürliches Verhältnis» zu schaffen. (*Mein Kampf*, S. 728) Hitler habe in seinem Buch keinen Zweifel gelassen, dass für solche Absichten die «Grenzen von 1914» nicht genügten, und er habe klargemacht, in welcher Richtung er die Raumausdehnung suchen wollte: «Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten.» (*Mein Kampf*, S. 742; in: Sündermann, S. 22 ff.)

Der Freudenstädter Gerhard Hertel, Soldat im Zweiten Weltkrieg, hielt seine Erlebnisse in der Hitlerzeit in einem Tagebuch fest. In seinem Buch *Die Zerstörung von Freudenstadt. Das Schicksal von Freudenstadt am 16./17. April 1945* schildert er, wie er diese Zeit erlebte: «Als Hitler an die Macht kam, war ich 9 Jahre alt. In meinem Elternhaus war man alles andere als nazistisch. (...) Die Nazis waren von

Anfang an bei uns zu Hause verhasst. Der Vater war gemässigt deutschnational... Das Vaterländische, Patriotische, war für ihn, den nüchternen Geschäftsmann ‚Klimbim‘... Aber mehr als vom Vater wurde ich vom Onkel, der keine Kinder hatte, geprägt. Er war ein ‚echter Deutschnationaler‘; stundenlang konnte er aus seiner Soldatenzeit erzählen... Da entstand auch die Liebe zum Elsass, als einem deutschen Land, mit Strassburg, der wunderschönen Stadt, das nach 1918 von den Franzosen annektiert wurde. Aber auch der Korridor, der von den Polen geraubt, wurde der kindlichen Seele unerträglich. Und so war es nur folgerichtig, dass ich im Scharnhorst¹⁹ nach der Melodie von ‚Deutschland hoch in Ehren...‘ voller Inbrunst den Text sang: ‚Denk daran, denk daran, was der Feind uns angetan.‘ Gott und Vaterland, das waren für den Jungen, den Schauer der Ehrfurcht durchrieselten, wenn die Nationalhymne oder der Choral ‚Eine feste Burg ist unser Gott‘ gesungen wurden, nahezu das Gleiche: Grosses und Erhabenes, ein Wert, für den zu sterben lohnte. In diesem Scharnhorst war ich zu Hause; gestandene Männer in der Uniform der Feldgrauen gaben dem vaterländischen Ernst dieser Organisation ihren Ausdruck. Männer, die mein Vater sein könnten. Nicht so wie in diesem Pöbelhaufen des Jungvolks und der Hitler-Jugend, wo kleine Angeber zu ‚Führern‘ wurden, über Gleichaltrige befahlen wollten und statt der erhabenen vaterländischen Gesänge dumme Seeräuberlieder sangen. Das lehnte ich ab, bestärkt durch das Elternhaus, in dem die Mutter davon ausging, dass Fürsten zum Regieren geboren seien, nicht solche Parvenüs wie der Adolf oder vor allem seine ‚Adölfle‘.» (Hertel, S. 21/22)

«In der Bibel fand ich den Satz aus dem Brief des Petrus: ‚Dienet einander, ein jeder mit der Gabe, die er empfangen hat.‘ Da tat sich bei mir etwas auf. (...) Nicht um für sich mehr zu verdienen und damit mehr zu gelten, sondern um zu dienen, so wie Hitler das in seinem Buch geschrieben hatte. Denn Hitler wollte ja diesen nationalen, diesen über dem Eigennutz stehenden Sozialstaat. Hitler war ja Sozialist, Anhänger eines Sozialismus, der sich allerdings nur auf das eigene Volk bezog. Also musste dieser Hitler gegen die Trägheit und Dummheit der im Alten beharrenden Volksmasse unterstützt werden. So geschah meine erste Annäherung an Hitler, an den Mann des Volkes, mit dessen persönlichem Schicksal mich so viel verband. (...) Nun wurden die Juden, von denen ich viele als freundliche Geschäftspartner meines Vaters kannte, zum grossen Zerstörervolk. (...) Dann stieg aus dem Judentum auf

¹⁹ Der «Scharnhorst-Bund deutscher Jungmannen» war eine Jugendorganisation in der Zeit der Weimarer Republik, die bis zur Machtübernahme durch Adolf Hitler existierte. Danach wurden alle «Jungmannen» in die Hitlerjugend übernommen.

die Welt der Freimaurer, die mit ‚Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit‘ wiederum das Nationale zu zerstören trachteten; der Geist der französischen Revolution, in der der Adel, die Blonden vernichtet wurden... Und schliesslich der ‚Sozialismus‘ der Juden Marx und Lassalle mit der Schreckensherrschaft der russischen Bolschewiken, die der Inbegriff des Reiches der Finsternis sind. Und hinter allem der internationale Jude, gegen den Hitler antrat, der Seher und Führer, der die Welt hineinführte in diesen Kampf des Lichtes gegen die Finsternis, so wie es uralter Germanenglaube war...So war ich nun doch Nazi geworden...» (Hertel, S. 23-25)

Helmut Eberspächer, Jahrgang 1926, der nach der Ausbildung zum SS-Geheimagenten nach dem Krieg bekannter Steuerberater und Metallindustrieller im Stuttgarter Raum wurde, beschreibt in seinem autobiografischen Buch *Von Hitler zu Jesus. Leben zwischen Zeitgeist und Gott*, Holzgerlingen, 2007 die Erlebnisse eines «Normalbürgers» im Dritten Reich wie folgt: «Ein Jahr vor der Machtergreifung durch Hitlers Nationalsozialisten herrschte in Deutschland eine deprimierende Arbeitslosigkeit und viel Not. Es wimmelte nur so von Bettlern, Räubern und Dieben in Stadt und Land... Ich wurde in den letzten Jahren wiederholt gefragt, wie wir diesen Hitler-Terror nur aushalten konnten, und mit einem gewissen Vorwurf kam die Frage, warum wir uns nicht gewehrt haben? Man geht davon aus, dass eine Gegenwehr doch möglich gewesen wäre und vielleicht auch Erfolg gehabt hätte. Nun – ich persönlich habe in meinem Umfeld die Anfänge des Dritten Reiches durchaus positiv erlebt. Meine Eltern und auch die Nachbarn, die ich kannte, waren froh, nachdem die durch Nachkriegszeit, Inflation und den Vertrag von Versailles entstandene allgemeine Not in Deutschland alles niedergedrückt hatte, nun eine geordnete Zukunftsperspektive zu finden. Wohltuend hob sich die neue Ordnung gegen das Chaos in der demokratischen Weimarer Republik ab! In ganz Deutschland wurde es als bahnbrechende Tat Adolf Hitlers gefeiert und anerkannt, als er sich weigerte, die Reparationen an die Siegermächte weiter zu bezahlen. Das deutsche Volk blutete ja aus und verarmte. Den Versailler Vertrag empfand die Bevölkerung als tiefe Demütigung und Ungerechtigkeit. Deshalb wurden alle Bemühungen des Führers, diesen Vertrag rückgängig zu machen, positiv begrüsst und als gerechtfertigt empfunden. Viele Politiker, die an den Verhandlungen teilgenommen hatten, waren sich über die weitreichenden Folgen von Versailles im klaren: Es war gefährlicher Nährboden für einen neuen Krieg. Diese politische und wirtschaftliche Bürde zog sich nach dem Ersten Weltkrieg als eine untragbare Last durch die Weimarer Republik.

Nicht nur, dass die Reparationsforderungen finanziell von Deutschland keineswegs geleistet werden konnten – ganz zu schweigen von den nicht zu erbringenden Sachleistungen... Gläubige Christen, kritische, hoch gebildete Bürger und sogar Marxisten waren schon wenige Monate nach der Machtergreifung von Hitlers unleugbaren Leistungen und nicht abreissenden ‚Wundertaten‘ verblüfft. Wenn sie anfänglich dagegen waren, fragten sie sich jetzt, ob sie sich denn in der Beurteilung nicht gründlich geirrt hätten. Sie mussten zur Kenntnis nehmen, was vor ihren Augen geschah. Alles hatte sich positiv verändert, die Wirtschaft und auch die Moral. In wenigen Jahren geschah Unmögliches. Dass dies alles von Anfang an auf Krieg und Massenmord hinauslief, überstieg die Vorstellungskraft der über 90% des deutschen Volkes, die Hitler aktiv oder passiv unterstützten. Das Volk stand bis auf wenige Ausnahmen hinter diesem Führer, nicht nur wegen der Propaganda ‚Ein Volk, ein Reich, ein Führer‘, sondern auch wegen seiner greifbaren Erfolge und Leistungen... Zumindest in der Vorkriegszeit galten die Meldungen der deutschen Presse und des Rundfunks als Wahrheit. Das Vertrauen in die Sicherheit der Währung war hoch. Das Ideal der Volksgemeinschaft wurde von der Bevölkerung in der Regel hoch angesehen... Der Beginn des Feldzuges gegen Russland und die Ausweitung des Krieges waren unerwünscht, denn viele hofften immer noch auf einen baldigen Frieden... Die Luftangriffe der Briten und Amerikaner auf deutsche Städte wurden als Terrorangriffe betrachtet, die den Zweck hatten, die Moral der deutschen Bevölkerung zu zerbrechen.» (Eberspächer, S. 201-204)

Zum Verhältnis der Kirchen zu Hitler und zum NS-Staat sei folgendes angemerkt: Manche Theologen bezeichneten Hitler als den Antichrist. Trotzdem hat er seine katholische Kirchenzugehörigkeit nie aufgegeben und den Spitzen der Parteiführung den Kirchenaustritt sogar ausdrücklich verboten. Er war sich offenkundig darüber im klaren, dass ein Streit um religiöse Fragen in den Auseinandersetzungen, die das Reich zu bestehen hatte, nicht nur nicht angezeigt war, sondern vermieden werden musste. Eine öffentliche Verfügung von Rudolf Hess in seiner Eigenschaft als «Stellvertreter des Führers der NSDAP» besagte schon am 14. Oktober 1933: «Der Glaube ist eines Jeden eigenste Angelegenheit, die er nur vor seinem Gewissen zu verantworten hat; Gewissenszwang darf nicht ausgeübt werden.» Die Kirchen haben stets eine grosse Anpassungsfähigkeit an die herrschenden politischen Systeme bewiesen. Vor 1914 unterstützten sie die Monarchie, dann die Weimarer und Wiener Demokratie, ab 1933 die Dollfuss- und Schuschnigg-Diktatur und das Dritte Reich. Nicht alle Kirchenvertreter machten die politischen Umbrüche mit, doch die Mehrheit folgte jeweils dem Zug der Zeit und prägte das Bild der Kirche in der Öffentlichkeit. Anfänglich hatten die Kirchen ebenso wie der grösste Teil des

Bürgertums in Hitler und der NSDAP einen vorwiegend christlich gesinnten Bundesgenossen gegen den Kommunismus und dessen Parole «Religion ist Opium fürs Volk» erblickt, weshalb das Zentrum ihm 1933 zum Ermächtigungsgesetz verhalf und sich zugunsten einer einheitlichen Nationalpartei selbst auflöste. Als Reichskanzler schloss er dafür mit dem Vatikan das Konkordat. Allmählich entpuppte sich Hitler jedoch als ebenso gefährlicher Widersacher des Christentums wie Marx, Lenin und Stalin. Trotzdem hielten ihm die meisten Kirchenvertreter die Treue. So brachte der *Evangelische Beobachter* von Halle/Saale am 8. April 1939 unter der Überschrift *Wofür wir dem Führer zu danken haben – Zum 20. April 1939* ein grosses Lob an Hitler für seine aussenpolitischen und sozialen Massnahmen. Das Lob endete mit den Worten: «Gott segne den Führer!» Auch im Zweiten Weltkrieg predigten die Kirchen loyal an der Front und in der Heimat für Führer, Volk, Vaterland und für den Sieg, ungeachtet dessen, dass viele Pfarrer aus Widerstandskreisen in Gefängnissen und Konzentrationslagern politisch verfolgt waren. Wenige Jahre später verkündete die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) in ihrem «Stuttgarter Schuldbekennnis» vom 19. Oktober 1945 die kirchliche Rechtfertigung für die Kollektivschuldthese und die Umerziehung. (Sündermann, S. 69; *Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 505 ff.; Orthbandt/Teuffen, S. 626/627)

Abschliessend noch ein kurzer Auszug aus dem Buch von Friedrich von Unruh *Klage um Deutschland*, 1973: «Man braucht die Erfolge der ersten Jahre nicht aufzuzählen. Sie sind bekannt. Sie waren gewaltig und unbestreitbar. Grösste Versprechungen wurden verwirklicht. Was keiner Regierung vorher gelungen war, ging wie durch Zauberei in Erfüllung. Nicht einmal das Ausland, dessen Eingreifen als gewiss galt, rührte sich. Aufrüstung, Rheinlandbesetzung, schliesslich Kündigung des Versailler Vertrages lösten keinen Gegenschlag aus. Staatsmänner von Weltrang bescheinigten Hitler seine Aufrichtigkeit, seine Führungskraft, sein Genie. Lloyd George nannte ihn den George Washington Deutschlands, Churchill bewunderte seine Taten und zählte sie zu den ‚bemerkenswertesten der gesamten Geschichte‘. Chamberlain war, nachdem er den deutschen Regierungschef kennen gelernt hatte, tief beeindruckt. Mit erdrückender Stimmenzahl hatte der Reichstag Hitler das Ermächtigungsgesetz und damit die Freiheit zur Diktatur gewährt. Im gleichen, international weitverbreiteten Blatt²⁰ legten achthundertachtzig der bekanntesten deutschen Dichter und Schriftsteller ungenötigt das ‚Gelöbnis treuester Gefolgschaft‘ für den neuen Mann ab. Wer wie Hitler aus kleinen Verhältnissen kam, nahm die

20 Gemeint ist die *Vossische Zeitung* vom 26.10.1933.

Sozialethik ernst. Wer wie er den Krieg mitgekämpft hatte, wusste, was die Frontkämpfer wollten... Mit Millionen von Gläubigen hinter sich revolutionierte er die Gesellschaft. Gemeinsinn, Kameradschaft und Opferwille rückten in der Werteskala hoch auf. Volksgemeinschaft schien wirklich zu werden. Der Parteien- und Klassenkampf war verstummt. Eine neue, einmütige Stimmung herrschte. Begeisterung überwog die Skepsis. Wer Deutschland durchreiste, sah frohe, vom Elend dumpfer Jahre befreite Gesichter. Der ‚Führer‘ hatte die Herzen gewonnen. Kritik an ihm galt als Sakrileg. ‚Die Alten vertrauten ihm, die Jungen vergötterten ihn‘, formulierte Lloyd George.» (Friedrich Franz von Unruh, S. 27 f., 48 f.)

3.3 Woran ist die Abrüstung 1934 gescheitert?

In der offiziellen Geschichtsschreibung wird die Ansicht vertreten, Hitler habe durch seine starre Haltung die Abrüstungsbemühungen der Siegerstaaten von 1918 zum Scheitern gebracht und den Rüstungswettkampf ab 1934 ausgelöst. Das trifft nicht zu. Richtig ist, dass Deutschland nach 1919 abrüstete, während die Siegermächte ihre Versprechen nicht hielten und damit das Versailler Abkommen verletzen. Darüber hinaus bemühte sich die Reichsregierung vor und nach 1933 um eine Begrenzung der Rüstung in Europa und insbesondere um ein Verbot des Bombenkrieges. Das Versailler Diktat hatte Deutschland zu fast totaler Abrüstung verpflichtet. Im Endergebnis standen danach 100.000 deutschen Soldaten mit einer unzureichenden Bewaffnung Millionen aktiver Soldaten und Reservisten in den Nachbarländern gegenüber, die selbst nicht daran dachten, abzurüsten. Bereits vier Jahre nach dem Ersten Weltkrieg hatte das Deutsche Reich über Einrichtungen des Völkerbundes vergeblich versucht, den Abwurf von Spreng- und Brandbomben auf offene Städte ächten zu lassen. Die vom Völkerbund zwischen dem 11. Dezember 1922 und dem 6. Februar 1923 geführte Konferenz zur Einführung einer Luftkriegsordnung scheiterte.

Am 2. Februar 1932 trat in Genf eine internationale Abrüstungskonferenz zusammen, die mit Unterbrechungen bis zum 11. Juni 1934 tagte. Der deutsche Vertreter, Rudolph Nadolny, forderte neben der Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands eine allgemeine Abrüstung der Nachbarländer oder die Erlaubnis, die Reichswehr von 100.000 auf 300.000 Mann aufzustocken. Am 18. Februar 1932 trug die deutsche Delegation die Auffassung der Reichsregierung vor, eine wirksame, alle Rüstungsfaktoren umfassende Rüstungsverminderung und -begrenzung durchzuführen. Sie forderte ein Verbot jeglicher Luftstreitkräfte und die Zerstörung bereits vorhandener Waffen. Danach unterbreitete sie folgende, die Luftstreitkräfte

betreffenden Vorschläge: «Die Unterhaltung jeglicher Luftstreitkräfte wird verboten. Das gesamte bisher im Dienst, in der Reserve oder auf Lager befindliche Material der Luftstreitkräfte ist zu zerstören, mit Ausnahme der Waffen, die auf die den Land- und Seestreitkräften zugebilligten Bestände übernommen werden. Das Abwerfen von Kampfmitteln jeder Art aus Luftfahrzeugen sowie die Vorbereitung hierfür ist ohne jede Einschränkung zu untersagen.» Die deutsche Delegation versuchte immer wieder, ein grundsätzliches Verbot von Luftangriffen gegen zivile Ziele durchzusetzen. Dafür gab es nicht nur humanitäre Gründe: Deutschland, im Herzen Europas gelegen, war von feindlichen Mächten umgeben und leicht aus der Luft angreifbar. Ausserdem war es wirtschaftlich kaum in der Lage, eine kostspielige und aufwendige Luftaufrüstung durchzuführen, da es durch die Folgen des Versailler Diktats und der Wirtschaftskrise viel zu geschwächt war und im Übrigen nur über wenige Rohstoffe verfügte. Am 22. Juni 1932 unterbreitete der US-amerikanische Delegierte Gilbert im Namen von Präsident Hoover einen ersten seriösen Abrüstungsvorschlag. Der amerikanische Plan sah folgendes vor: «1. Bezüglich der Landstreitkräfte: Verminderung um ein Drittel der Stärken, wobei im Übrigen jedes Land das Recht auf eine Bereitschaftspolizei erhält, die im Durchschnitt der Stärke angepasst ist, die Deutschland durch die Friedensverträge zugebilligt wurde. Vollständige Vernichtung der Panzerkampfwagen und der schweren Artillerie; 2. Bezüglich der Seestreitkräfte: Vernichtung eines Drittels der Tonnage und der Zahl der Schlachtschiffe, eines Viertels der Tonnage der Flugzeugträger, der Kreuzer und der Zerstörer, eines Drittels der Tonnage der Unterseeboote; 3. Bezüglich der Luftstreitkräfte: Vernichtung aller Bombenflugzeuge und Verbot aller Luftbombardements.» Während Deutschland und die UdSSR den Plan begrüßten und Italien ihn annahm, wurde der Plan von Frankreich mit der Begründung torpediert, dieser Plan trage der Vielschichtigkeit der Probleme nicht genügend Rechnung, und vor allem berücksichtige er «nicht die kollektive Sicherheit, auf die Frankreich so grossen Wert legt». So der französische Delegierte A. Tardieu. In Anbetracht des hohen Ansehens von US-Präsident Hoover konnte man aber nicht umhin, den Vorschlag zu beachten. Dank der Bemühungen Frankreichs und mit Unterstützung des seinerzeitigen tschechoslowakischen Aussenministers Edvard Beneš erhielt der Plan am 22. Juli 1932 folgenden unverbindlichen Wortlaut: «1. Es soll eine wesentliche Vernichtung der Weltrüstungen durchgeführt werden, die in ihrer Gesamtheit durch eine allgemeine Übereinkunft auf die Rüstungen zu Lande, zur See und in der Luft ausgedehnt werden soll; 2. Ein wesentliches Ziel ist die Verringerung der Angriffsmittel.» Der deutsche Vertreter erklärte dazu, dass Deutschland diesen nichtssagenden Text nur dann annehmen würde, wenn ihm die Gleichberechtigung zuerkannt

werde. Die Resolution wurde schliesslich angenommen, ohne dem deutschen Gesuch stattzugeben. Daraufhin legte der deutsche Vertreter Nadolny dem Konferenzrat folgende Erklärung vor: «Die deutsche Regierung ist bereit, sich an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz zu beteiligen... (...) Aber die Arbeit der deutschen Regierung ist nur möglich, wenn die endgültige Tätigkeit der Konferenz sich auf der Grundlage einer offenen und klaren Anerkennung der Gleichheit der Rechte unter den Nationen vollzieht. Die deutsche Regierung sieht sich gezwungen bekanntzugeben, dass sie sich nicht zu einer weiteren Arbeit verpflichten kann, wenn nicht eine befriedigende Lösung dieses für Deutschland entscheidenden Punktes bei der Wiederaufnahme der Konferenz gefunden wird.» Achtundvierzig Stunden später verliess die deutsche Delegation Genf. Hinter den Kulissen wurde nun nach Lösungen gesucht, die deutsche Delegation zurückzuholen.

Am 29. August 1932 gab Reichsaussenminister von Neurath den dringenden Bitten der Engländer, Italiener und Amerikaner, die den deutschen Standpunkt billigten, nach und erklärte sich bereit, den ersten Schritt zu machen. Er richtete folgende Note an die französische Regierung: «1. Die Entschliessungen der Abrüstungskonferenz haben für Deutschland keine Bedeutung, da die Resolution vom 22. Juli die Frage, ob diese Entschliessungen sich auch auf das Reich beziehen, völlig ausser acht lässt; 2. Die von der Konferenz erarbeitete Abrüstungsvereinbarung muss für Deutschland den Teil V des Friedensvertrags von Versailles, der damit ungültig wird, ersetzen. 3. Deutschland fordert die Gleichheit der militärischen Rechte, das heisst das Recht, selbst die Form der Streitkräfte zu bestimmen, deren es zu seiner Sicherheit bedarf. Wenn anders gehandelt würde, bliebe Deutschland in der Stellung einer Nation zweiter Klasse; 4. Deutschland ist bereit, auf alle Waffen zu verzichten, auf welche die anderen Mächte gleichfalls verzichten.» Am 11. September 1932 wies Frankreich die deutsche Auffassung zurück. Am 14. September setzte von Neurath den Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Arthur Henderson, davon in Kenntnis, dass Deutschland «seinen Platz in der Konferenz so lange nicht wieder einnehmen könne, wie die Frage der Gleichberechtigung nicht gelöst worden ist.» Am 28. September wurde die 13. Sitzungsperiode des Völkerbunds in Genf in Abwesenheit Deutschlands eröffnet. Nachdem Grossbritannien, Italien und Frankreich in einem gemeinsamen Kommuniqué die Gleichberechtigung Deutschlands grundsätzlich anerkannten, entschloss sich Deutschland, an der Konferenz wieder teilzunehmen. Während der Abrüstungskonferenz erklärte der britische Lord-Präsident Baldwin am 10. November 1932 im britischen Unterhaus: «Es ist für den Mann auf der Strasse gut zu wissen, dass es keine Macht auf der Erde gibt, die ihn davor schützen kann, bombardiert zu werden..., der Bomber wird immer durchkommen

(...) Die einzige Verteidigung ist der Angriff, d.h. also, man muss mehr Frauen und Kinder töten als der Feind, wenn man sich selber schützen will... Nach meiner Ansicht wird die Abrüstung den Krieg nicht aufhalten.» Im Dezember 1932 wurde nach wochenlangen Diskussionen endlich die Gleichberechtigung Deutschlands *pro forma* anerkannt. Auf Vorschlag Englands sollte die Gleichberechtigung jedoch erst innerhalb von fünf Jahren verwirklicht werden. Die Franzosen hielten die Fünfjahresfrist für zu kurz und forderten eine Doppelfrist von zweimal vier Jahren. (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 434 ff.; Rassinier, 61 ff.)

Im März 1933 begann eine neue Abrüstungskonferenz. Hitler setzte den Kurs der Weimarer Regierungen fort, indem er ein System kollektiver Sicherheit zur Verhinderung eines Angriffs anderer Staaten gegen Deutschland, eine allgemeine Abrüstung der Siegerstaaten, oder, wenn diese dazu nicht bereit seien, eine Verstärkung der Reichswehr auf 300.000 Mann forderte. Alle Staaten, ausser Frankreich, stimmten schliesslich einem britischen Kompromissvorschlag zu, auch Hitler in seiner Reichstagsrede am 13. Mai 1933 unter Hinweis auf die erfolgte deutsche Abrüstung. In seiner Rede begrüßte Hitler ebenso den Vorschlag von US-Präsident Franklin Delano Roosevelt nach Abschaffung schwerer Angriffswaffen. Am 17. Mai 1933 bot Hitler in einer Rede vor dem Reichstag den Verzicht auf Angriffswaffen an: «Deutschland ist jederzeit bereit, auf Angriffswaffen zu verzichten, wenn auch die übrige Welt ein Gleiches tut. Deutschland ist auch ohne Weiteres bereit, seine gesamte militärische Einrichtung überhaupt aufzulösen und den kleinen Rest der ihm verbliebenen Waffen zu zerstören, wenn die anliegenden Nationen ebenso restlos das gleiche tun würden. Deutschland ist bereit, jedem feierlichen Nichtangriffspakt beizutreten, denn Deutschland denkt nicht an einen Angriff, sondern an seine Sicherheit.» Der Reichstag stimmte der Erklärung mit Zuruf einmütig zu, einschliesslich der 81 Sozialdemokraten, die dort noch einen Sitz hatten. In dieser Rede kündigte Hitler gleichzeitig den Austritt aus dem Völkerbund an: «Als dauernd diffamiertes Volk würde es uns schwerfallen, noch weiterhin dem Völkerbund anzugehören.» (Rassinier, S. 68; Sündermann, S. 41)

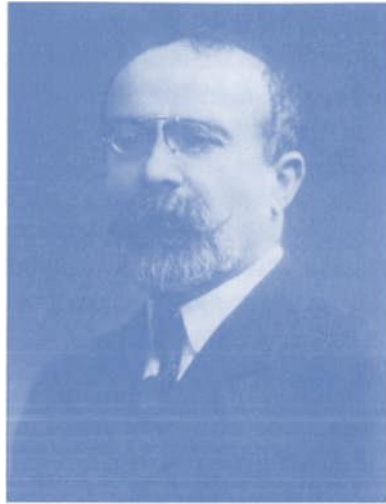
Am 12. Oktober 1933 setzte John Simon, der Leiter der amerikanischen Abordnung, den deutschen Verhandlungsleiter Nadolny von «der Unmöglichkeit, Deutschland eine Aufrüstung zuzugestehen, und der Notwendigkeit, vor der Kontrolle eine Prüfung einzuschalten», in Kenntnis. Von Abrüstung und Gleichberechtigung war keine Rede mehr. Nachdem bereits Japan und Brasilien ausgetreten waren, verliess nun am 14. Oktober 1933 auch Deutschland die Abrüstungskonferenz und erklärte am 19. Oktober 1933 seinen Austritt aus dem Völkerbund. Noch am Abend des 14.

Oktober 1933 begründete Hitler in einer Rundfunkrede seine Entscheidung wie folgt: «Wenn aber weiter der französische Ministerpräsident Daladier die Frage erhebt, warum denn Deutschland Waffen fordere, die doch später beseitigt werden müssten, so liegt hier ein Irrtum vor. Das deutsche Volk und die deutsche Regierung haben überhaupt keine Waffen, sondern die Gleichberechtigung gefordert. Wenn die Welt beschliesst, dass sämtliche Waffen bis zum letzten Maschinengewehr beseitigt werden: Wir sind bereit, sofort einer solchen Vereinbarung beizutreten. Wenn die Welt beschliesst, dass bestimmte Waffen zu vernichten sind, sind wir bereit, auf sie von vornherein zu verzichten. Wenn aber die Welt bestimmte Waffen jedem Volk billigt, sind wir nicht bereit, uns grundsätzlich als minderberechtigtes Volk davon ausschliessen zu lassen. Wir sind bereit, an allen Konferenzen teilzunehmen, wir sind bereit, alle Vereinbarungen zu unterschreiben – lediglich unter der Bedingung gleicher Rechte. (...) Entweder geniessen wir die gleichen Rechte wie alle, oder die Welt wird uns in Zukunft auf keiner Konferenz mehr sehen.» Ihren Standpunkt erläuterte die Reichsregierung nochmals am 19. Dezember 1933 und unterbreitete auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung neue substantielle Abrüstungsvorschläge.

(Rassinier, S. 71/72; *Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 438; Post, S. 105)

Am 29. Januar 1934 machte der britische Premierminister MacDonald neue Vorschläge zur Abrüstung, die Hitler begrüßte. Der französische Aussenminister Louis Barthou verkündete in der Note vom 17. April 1934 jedoch, dass sich Frankreich als Folge des «eigenmächtigen» Handelns der deutschen Regierung nicht mehr an Artikel 8 und Teil V des Völkerbundvertrages gebunden fühle, dass «die französische Regierung sich feierlich weigert, einer deutschen Wiederbewaffnung zuzustimmen», und dass Frankreich «von nun an seine Sicherheit mit eigenen Mitteln gewährleisten wird». Am 21. April 1934 erklärte der vormalige britische Ministerpräsident Lloyd George im Unterhaus: «Die Note ist eine Folge dessen, dass Frankreich sich jahrelang weigerte, seine Verpflichtung einzuhalten, selbst abzurüsten, und dass es auch nach Locarno seine Rüstung von Jahr zu Jahr steigerte.» In einer Unterhaus-Rede am 29. November 1934 kommentierte Lloyd George die verhängnisvolle Entwicklung mit den Worten: «Die Signaturmächte des Versailler Vertrages versprachen den Deutschen feierlich, man würde abrüsten, wenn Deutschland mit der Abrüstung vorangehe. Vierzehn Jahre hat Deutschland nun auf die Einhaltung dieses Versprechens gewartet. In dieser Zeit ist eine Reihe ausgesprochen friedfertiger Minister in Deutschland tätig gewesen. Minister, die nicht aufgehört

haben, die grossen Mächte zu beschwören, endlich mit der Einlösung des gegebenen Versprechens ernst zu machen. Man hat sich über diese deutschen Minister in einer Reihe von Pakten – davon einer ein ausgesprochener Anti-Kriegs-Pakt – lustig gemacht. In der Zwischenzeit haben alle Länder, mit Ausnahme Englands, ihre Kriegsbewaffnungen gesteigert und sogar den Nachbarn Deutschlands Geldanleihen zugestanden, mit denen diese wiederum gewaltige Militär-Organisationen dicht an Deutschlands Grenzen aufbauten. Können wir uns denn wundern, dass die Deutschen zu guter letzt zu einer Revolution und Revolte gegen diese chronische Betrügerei der grossen Mächte getrieben wurden? Diesem Zustande muss abgeholfen werden. England wird niemals eine Entwaffnung in Europa durchsetzen, bis das getan ist...» Mit der Barthou-Note verhinderte Frankreich eine allgemeine Abrüstung und öffnete dem Krieg Tür und Tor, indem es die Wiederaufnahme des Rüstungswettlaufs gestattete. Damit war das Scheitern der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes, eines wesentlichen Teiles der Versailler Friedensvereinbarungen, besiegelt. Selbst der Sozialist Leon Blum kritisierte am 14. Juni 1934 vor der französischen Abgeordnetenversammlung scharf die Regierung, indem er sagte: «Glauben Sie, dass Deutschland, ja sogar Hitler-Deutschland, eine solche Freiheit wiederaufzurüsten gehabt hätte, wenn eine gerechte Konvention über eine allgemeine Rüstungsbegrenzung zur gegebenen Zeit unterzeichnet worden wäre?» In der Folgezeit rüsteten alle europäischen Nationen, neben den USA und Japan, schnell auf, lediglich Berlin hielt sich noch zurück. 1935/1936 hatte Deutschland erneut die Beschränkung der Zulässigkeit von Luftbombardements auf die Gefechtszone vorgeschlagen, was einem Verbot strategischer Luftangriffe auf Ziele im Hinterland gleichgekommen wäre. Es scheiterte damit aus nachvollziehbaren Gründen unter anderem an England. (Rassinier, S. 80 ff.; *Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 435, 442 f.; Sündermann, S. 41; Baumfalk, S. 9-11; Schröcke, S. 75-76; Artikel *Militärhis-*



Louis Barthou (1862-1934), 1922 bis 1926 Vorsitzender der Reparationskommission, strebte als Frankreichs Aussenminister ab 1934 die erneute Einkreisung Deutschlands an.

toriker Horst Boog im Gespräch: Die Unmenschlichkeit einer schrankenlosen Luftkriegsführung, in: Junge Freiheit 31/32, 25. 7. 2003)

Am 19. März 1936 gab Botschafter von Ribbentrop vor dem Völkerbundsrat in London im Namen Hitlers folgende Erklärung ab: «Der deutsche Reichskanzler hat der Welt eine ganze Reihe von Friedensangeboten gemacht. Man hat nicht ein einziges davon aufgegriffen: Das Angebot zur absoluten Abrüstung: es wurde abgelehnt. Das Angebot zur allgemeinen Abrüstung: es wurde abgelehnt. Das Angebot eines allgemeinen, gleichen 200.000 Mann-Heeres: es wurde abgelehnt. Das Angebot eines 300.000 Mann-Heeres: es wurde abgelehnt. Das Angebot eines Luftpaktes: es wurde abgelehnt. Das Angebot zu einer grosszügigen Befriedung Europas in seiner Rede vom 21. Mai 1935: es wurde übergangen, ausgenommen jener Vorschlag, der dann später dem deutsch-englischen Flottenvertrag zugrunde gelegt wurde...» Es fand keine Debatte statt: Alle Mitglieder des Rates waren verlegen. In ihrem Namen nahm der Vorsitzende Bruce von Ribbentrops Erklärung lediglich zur Kenntnis und hob die Sitzung auf. Nach Wiederaufnahme hielt Bruce vor Schluss der Sitzung eine kurze Ansprache, in der er unter anderem feststellte: «Kanzler Hitler hat seinen Willen zur Zusammenarbeit erneuert; das ist uns heute morgen durch seinen persönlichen Vertreter versichert worden. Ich bin unter diesen Bedingungen überzeugt, dass eine Lösung gefunden werden wird.» Für Hitler war das eine lobende Anerkennung, aber die Würfel gegen ihn waren bereits gefallen. (Rassinier, S. 116 ff.)

3.4 Welche Mächte begannen ab 1934 mit dem Wettrüsten?

In der offiziellen Geschichtsschreibung wird behauptet, dass im Westen «niemand an Krieg dachte, an Pläne zur Wiederaufrüstung oder für erweiterte Schutzmassnahmen.» (so z.B. Davies, S. 66). Das Gegenteil trifft zu, wenn man sich die folgenden Fakten vor Augen führt: Am 23. Juli 1934 kündigte US-Präsident Roosevelt vor der Besatzung des Kreuzers «Houston» an, die US-amerikanische Flotte werde «bis zur äussersten Grenze ihrer Möglichkeiten ausgebaut», und dass «300.000 Tonnen neuer Einheiten» gebaut werden würden. Zur gleichen Zeit erklärte der Präsident der Luftfahrtkommission im Kriegsministerium, Newton Baker, die USA bräuchten «eine Luftwaffe von mindestens 2.320 Flugzeugen». Am 19. August 1934 gab Premierminister Baldwin vor dem britischen Unterhaus die Absicht bekannt, 41 neue Luftgeschwader aufzustellen und Flotte wie Armee zu verstärken. Die französische Luftflotte erhielt 1934 einen zusätzlichen Kredit von 3,5 Milliarden Franc. In Polen wurde am 24. September 1934 durch Marschall Józef Piłsudski

die allgemeine Wehrpflicht eingeführt, die alle Männer zwischen 17 und 60 Jahren und sogar Frauen betraf. Mussolini verkündete am 24. August 1934 die Absicht, das italienische Heer auf 600.000 Mann zu verstärken sowie die Flotte zu vergrößern. Am 28. Oktober 1934 gab der belgische König die Absicht bekannt, die belgischen Grenzbefestigungen zu modernisieren. Der tschechische Präsident Masaryk liess am 28. Dezember 1934 in der Tschechoslowakei die zweijährige Dienstzeit einführen. Sogar die Schweiz verlängerte am 6. Dezember 1934 die militärische Dienstpflicht um einen Monat. In der UdSSR wurde der Wehretat 1934 von 1,7 auf 5 Milliarden Rubel erhöht. Am 22. Februar 1934 verkündete der Stabschef der sowjetischen Luftstreitkräfte, Chripin, dass die Sowjetunion die grösste Luftmacht der Welt werden wolle. Am 25. Februar 1935 gab der Oberbefehlshaber der sowjetischen Ostseeflotte bekannt, dass diese verdoppelt werden wird. Am 30. Januar 1935 erklärte Kriegskommissar Michail Tuchatschewski auf dem VII. Allrussischen Rätekongress, dass die Rote Armee von 600.000 auf 940.000 Mann erhöht werde. Am 1. März 1935 unterbreitete Premierminister Baldwin dem britischen Kabinett einen umfangreichen Aufrüstungsplan für die drei Waffengattungen, für dessen Ausführung er nahezu unbegrenzte Geldmittel erhalten hatte. Die in seiner Unterhaus-Rede getroffene Feststellung, dass Englands Grenze am Rhein läge, war nicht gerade geeignet, die deutsche Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass Grossbritannien den deutschen Anliegen Verständnis entgegenbringe. Nach dem Scheitern der Abrüstungsverhandlungen und allen diesen Vorgängen der Aufrüstung in den anderen Staaten legte am 16. März 1935 auch Hitler dem Reichskabinett die Gesetzesvorlagen zur Einführung der allgemeinen Dienstpflicht vor. (Rassinier, S. 86 ff., S. 96; von Dirksen, S. 203; *Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 444-446)

Britische Luftrüstung: Bereits 1932 begann Grossbritannien mit einem Programm zur Reorganisation seiner Luftwaffe, wobei 52 neue Geschwader aufgestellt wurden, «um die unerträglich gewordene Unterlegenheit in der Luftrüstung zu beseitigen», so Premierminister Baldwin vor dem Unterhaus am 30. August 1934. Grossbritannien hatte sich also schon sehr früh auf einen strategischen Bombenkrieg festgelegt und den Aufbau von weiteren Luftgeschwadern angekündigt. 1935 begann man in England mit der Entwicklung von viermotorigen Langstreckenbomben, die für den geplanten strategischen Luftkrieg gegen deutsche Städte vorgesehen waren. Die Leistungsanforderungen für die neuen Bomber, die schliesslich zur Entwicklung der «Halifax» und der «Lancaster» führten, den Hauptstützen des Bomber Command, wurden 1936 festgelegt. Am 14. Juli 1936 wurde das «RAF Bomber Command» gegründet, das bis 1968 das Oberkommando über die Bomberflotte der Royal Air Force war. Der Begriff «Bomber Command» stand auch für die britische

Bomberflotte als solche. Seine Aufgabe war die Planung und Führung von strategischen Bombenangriffen. Bereits am 1. April 1918 wurde eine Kampfbombergruppe in der Royal Air Force mit der Bezeichnung «5 Group RAF» aufgestellt. Diese wurde nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wieder aufgelöst und am 1. September 1937 als Bomber Group No. 5 erneut gegründet. Auf das Konto dieser Bombergruppe geht die Einäscherung von Kassel, Darmstadt, Braunschweig, Heilbronn, Pforzheim, Dresden und Würzburg zurück. Insgesamt verfügte die Royal Air Force (RAF) während des Zweiten Weltkrieges über drei schwere viermotorige Bombertypen. Der bekannteste Bomber war die «Lancaster», deren Erstflug am 9. Januar 1941 stattfand und die 1942 in Dienst gestellt wurde. Von 1941 bis 1946 wurden in verschiedenen Versionen 7.377 «Lancaster»-Bomber hergestellt. Der zweite schwere Bomber der RAF war die «Halifax», deren Erstflug am 24. September 1939 stattfand. Von diesem Typ wurden 6.178 Maschinen gebaut. Der dritte viermotorige Bomber hiess «Stirling». Sein Erstflug war am 14. Mai 1939. Es wurden 2.380 Maschinen dieses Typs produziert. Die seit 1936 aufgebaute deutsche Luftwaffe war dagegen von Anfang an in jeder Hinsicht taktisch-operativ, das heisst nur auf die Unterstützung der kämpfenden Truppe ausgerichtet. (Wikipedia, *RAF Bomber Command* und *No. 5 Bomber Group* –, Grayling, S. 324 Anm. 15; *Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 439, 442; Wikipedia, *Avrò Lancaster, Halifax, Stirling*)

US-Luftrüstung: Im Jahre 1934 gab die US-Regierung die sofortige Entwicklung von viermotorigen überschweren Langstreckenbombern in Auftrag. Die viermotorige Boeing B-17 absolvierte am 28. Juni 1935 erfolgreich ihren Erstflug. Sie wurde im April 1938 in Dienst gestellt. Als «Fliegende Festung» bildete sie später den Kern der amerikanischen Fernbomberkräfte in Europa. Von diesem robusten Typ wurden 12.731 Stück gebaut. Er besass gute Höhenflugeigenschaften und eine starke Abwehrbewaffnung mit 13 Maschinengewehren. Mit diesem «Hammer» zerschlugen die Amerikaner später die deutsche Rüstungsindustrie. Doch die B-17 reichte ihnen nicht. Noch stärkere und leistungsfähigere Fernbomber mussten her. Mit der B-24 «Liberator» gab man einen weiteren viermotorigen Super-Bomber in Auftrag, dessen Erstflug am 29. Dezember 1939 stattfand und der aufgrund seiner grösseren Reichweite vor allem im Pazifik eingesetzt wurde. Insgesamt 18.482 Stück wurden davon im Zweiten Weltkrieg gebaut. Doch es wurde noch ein weiterer Super-Bomber entwickelt: die B-29, die für die Atombombenabwürfe in Hiroshima und Nagasaki verwendet wurde. Die B-29 «Superfortress» wurde am 8. Mai 1944 in Dienst gestellt. Von 1943 bis 1946 wurden insgesamt 3.970 Maschinen dieses Typs produziert. Diesen Massenvernichtungswaffen der Anglo-Amerikaner waren Deutschland und Japan nahezu hilflos ausgesetzt. (Müller, S. 31-34, 246;

Baumfalk, S. 16; Bavendamm, S. 327-337 mit Nachweisen; Wikipedia, Stichworte B-17, B-24, B-29)

Parallel zur Formulierung seines offensiven Luftkriegskonzeptes hat Präsident Roosevelt das Air Corps der US-Army zu einem Kriegsführungsinstrument verselbstständigt, zu den U.S. Army Air Forces (USAAF). Hierfür hatte er bereits 1935 mit der Bildung eines «Allgemeinen Hauptquartiers der Luftwaffe» den Grund gelegt. Roosevelt erkannte die überragende Bedeutung des Flugzeugs für die moderne Kriegsführung und forcierte die Aufrüstung konsequenter als andere politische und militärische Führer der dreissiger und vierziger Jahre. Man kann diesen Präsidenten daher zu recht als den Schöpfer der Luft-Supermacht USA bezeichnen, so wie er auch der Schöpfer der See-Supermacht USA gewesen ist. Der strategische Luftkrieg im Zweiten Weltkrieg hat freilich ein in seiner Art völlig neues Kriegsverbrechen geschaffen, das Bavendamm als «Holocaust aus der Luft» bezeichnet. (Müller, S. 31-34; Franz-Willing, S. 60; Baumfalk, S. 16; Bavendamm, S. 327-337)

4. Wie kam es zur Rheinlandbesetzung 1936?

Als Reaktion auf die Ratifizierung des französisch-sowjetischen Beistandsvertrages am 26. Februar 1936 liess Hitler am 7. März 1936 die entmilitarisierte Zone im Rheinland besetzen, um in diesem Gebiet die Souveränität und Wehrhoheit des Deutschen Reiches wiederherzustellen. Hitlers Einmarsch in das Rheinland erfolgte nach einer Reihe von Vertragsbrüchen der Alliierten. Mit der entmilitarisierten Zone hatten sich die Siegermächte des Ersten Weltkrieges (insbesondere Frankreich) ein Aufmarschgebiet gegen Deutschland gesichert, das eine ständige Bedrohung des Reiches war. Es wurde zudem nicht nur das gesamte linksrheinische Gebiet von deutschen Truppen «entmilitarisiert», sondern auch ein über 30 Kilometer breiter Streifen auf der rechten Rheinseite mit den Städten Köln, Koblenz und Mainz. Auch in diesem Bereich waren alliierte Truppen stationiert. (Rassinier, S. 115; *Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 447 ff.)

Manche Historiker sprechen heute von einem «Vertragsbruch» Hitlers, den dieser angeblich mit dem Einmarsch in das Rheinland begangen habe, und werfen ihm diesen Schritt als friedensgefährdende Handlung vor. Auch Davies hält diesen Vorgang für eine den Versailler Vertrag verletzende und «den Frieden gefährdende toll-

kühne Aktion». (S. 237, 240) Diese Auffassung teilte jedoch nicht einmal der damalige britische Aussenminister Eden, der am 18. März 1936 zwar einräumte, dass der Einmarsch der deutschen Truppen in das Rheinland eine Verletzung des Versailler Friedensvertrages darstelle, aber «keine Bedrohung des Friedens» sei. Die Aktion erfordere auch «nicht den unmittelbaren Gegenschlag, der in gewissen Fällen im Locarno-Pakt vorgesehen» sei. Zweifellos schwäche die Wiederbesetzung des Rheinlandes die Macht Frankreichs; aber «sie schwächt in keiner Weise seine Sicherheit». Davies und andere interessengeleiteten Historiker verschweigen geflüssentlich die Vertragsbrüche, die schon vorher die Alliierten gegen das Versailler Diktat selbst verübt oder geduldet hatten. Dazu gehören die

Besetzung der «Sanktionsstädte»: Am 8. März 1921 besetzten Franzosen und Belgier völkerrechtswidrig die «Sanktionsstädte» Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort als Pfand für die deutschen Reparationslieferun-

gen. Dies war ein einseitiger kriegerischer Akt, der nach der Völkerbundakte unzulässig war.

- **Besetzung des Ruhrgebietes:** Am 11. Januar 1923 marschierten französische und belgische Truppen mit fünf Divisionen in das Ruhrgebiet ein und besetzten es in den folgenden Tagen. Die Besetzung wurde mit der nicht vollständigen Erfüllung der Reparationsleistungen an Frankreich begründet – zum vorbestimmten Termin fehlten noch einige Lieferungen von Holz für Telegraphenstangen. Die grossen Werke, vor allem Deutschlands berühmte Waffenschmiede Krupp in Essen, wurden besetzt. Nach der Besetzung setzte eine grosse Verhaftungswelle ein. Übergriffe besonders der farbigen Besatzungstruppen demütigten die Bevölkerung.²¹ In Bochum wurde am 15. Januar auf einen «Die

21 Essen wurde am 13. Januar 1923 besetzt. Die Requisitionen von Wohnungen und anderen Unterkunftsräumen sowie von Lieferungen jeder Art nahmen einen ungeheuren Umfang an. Lohngelder wurden geraubt. Die Lohngelder für die Gussstahlfabrik wurden von der Reichsbank aus den hinteren Ausgängen und zum Teil in nicht auffälligen Waschkörben ohne Begleitschutz abgeholt. Unliebsame oder verdächtige Personen wurden ausgewiesen oder verhaftet. Die Zahl der Ausgewiesenen stieg auf 170.000. Allein im Regierungsbezirk Düsseldorf wurden von amtlichen Personen ausgewiesen: 5 Oberbürgermeister, 6 Landräte, 2 Polizeipräsidenten, 2 Regierungsräte, 27 Bürgermeister, 19 Beigeordnete. Dies sind nur Zahlen aus der allgemeinen Verwaltung. Viele Personen fielen französischen Kugeln zum Opfer. Hohe Geldstrafen wegen vermeintlicher oder geringfügiger Vergehen namentlich gegen Leiter industrieller Werke und des Bergbaus waren an der Tagesordnung. Die Bevölkerung wurde schwer bedrängt und bedrückt. (Mönnich, S. 225)

Wacht am Rhein» singenden Aufmarsch vor allem Jugendlicher geschossen. Die Banken wurden beschlagnahmt, ihre Geldbestände für Frankreich geraubt. Die deutsche Polizei wurde entwaffnet und teilweise ins nicht besetzte Gebiet abgeschoben. Die Reichsregierung protestierte und rief ihre Botschafter aus Paris und Brüssel ab. Die USA zogen ihre Truppen aus dem Rheinland ab. Am 13. Januar verkündete Reichskanzler Cuno den «passiven Widerstand»; die Kohlelieferungen nach Frankreich wurden eingestellt.²² Die Bevölkerung an

22 Bei einem Gespräch am 18. März 1923 in Hamm dankte Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) den Gewerkschaften sowie den Arbeitgeberverbänden für den von ihnen geleisteten Widerstand gegen die französische und belgische Besetzung des Ruhrgebiets. (*Historisches Kalenderblatt*, in: *Junge Freiheit* 12/13 vom 15. 3. 2013)



Albert Leo Schlageter (1894-1923).

der Ruhr unterstützte diesen passiven Widerstand. Im ganzen Reich liefen Hilfsaktionen für das Ruhrgebiet an. Das Reich zahlte die Arbeitslosenunterstützung für die Beschäftigten, die ihre Arbeit niederlegten. Verkehr, Wasser- und Stromversorgung für die französischen Truppen brachen zusammen. Die deutschen Bergarbeiterverbände lehnten es ab, unter französischen Bajonetten zu arbeiten und stellten die Förderung ein, so dass im folgenden halben Jahr weniger Kohlen für Frankreich gefördert wurden als vorher in einem Monat. Anfang Februar besetzten französische Truppen auch Kehl, Appenweier und Offenburg als französische Brückenköpfe auf rechtsrheinischem Gebiet. Doch bald regte sich auch aktiver

Widerstand. Ehemalige Freikorpsführer und Grenzlandkämpfer wie Dr. Steinacher aus dem Kärntner Abwehrkampf und der Baltikum- und Annaberg-Kämpfer Albert Leo Schlageter bildeten Widerstandsgruppen. Eisenbahnlinien für den Abtransport der Kohle nach Frankreich wurden gesprengt. Am 31. März 1923 drangen französische Truppen in die Essener Krupp-Werke ein, fühlten sich dann von den unbewaffneten Arbeitern bedroht und eröffneten das Feuer auf diese, so dass 13 Tote und viele Verletzte am Boden liegen blieben. Die Beerdigung wurde mit rund einer halben Million Teilnehmer zu einer gewaltigen Kundgebung gegen den Besatzungsterror. Deutscher Protest gegen diesen Übergriff der Truppen wurde mit der Verhaftung von Krupp-Direktoren und zweier ehemaligen Minister bei den Trauerfeierlichkeiten beantwortet. Am 8. Mai 1923 verurteilte ein französisches Militärgericht den Firmenbesitzer Krupp von Bohlen und Halbach und drei seiner Direktoren sowie weitere Werksangehörige zu hohen Gefängnisstrafen.²³

²³ Der Vorgang am Ostersonntag in der Kruppschen Fabrik hat in der ganzen Welt ungeheures Aufsehen erregt. Er führte zu dem sogenannten Krupp-Prozess gegen die leitenden Fabrikdirektoren. Das französische Kriegsgericht in Werden verurteilte Direktor von Bohlen zu 15 Jahren Gefängnis und zu 100

Die Reichsregierung unterstützte den passiven Widerstand der Bevölkerung an der Ruhr moralisch und finanziell nach Kräften, doch die hohen Kosten zerrütteten mit der Zeit die Reichsfinanzen völlig. Mehrere Verhandlungsangebote wurden von den Franzosen abgelehnt oder gar nicht beantwortet. In dieser hoffnungslosen Lage trat am 13. August 1923 Reichskanzler Cuno zurück, nachdem die SPD, die schon seit Wochen für eine Aufgabe des passiven Widerstandes eintrat, einen Misstrauensantrag am 11. August gegen den Kanzler durchgesetzt hatte. Für einen US-Dollar waren nun über 1 Million Mark zu zahlen. Eine neu gebildete Grosse Koalition von SPD, DVP, Zentrum und Demokraten unter Gustav Stresemann (DVP) appellierte erneut an Frankreich und bot weitere Garantien für den Abzug. Doch Poincaré antwortete nicht. Am 5. September 1923 war der US-Dollar schon 33 Millionen Mark wert. England fand sich auch nicht bereit, auf Frankreich zur Beendigung der Ruhrbesetzung einzuwirken, obwohl es sich davon distanziert hatte. Schliesslich glaubte die Reichsregierung, den Ruhrkampf einfach nicht mehr unterstützen zu können. Unruhen im übrigen Reich traten hinzu. Die Reichsregierung gab dann den passiven Widerstand auf. In einer Erklärung der Regierung vom 26. September 1923 «An das deutsche Volk» hiess es dazu: «Über 180.000 deutsche Männer, Frauen, Greise und Kinder sind von Haus und Hof vertrieben worden. Für Millionen Deutsche gibt es den Begriff der Freiheit nicht mehr. Gewalttaten ohne Zahl haben den Weg der Okkupation begleitet. Mehr als hundert Volksgenossen haben ihr Leben dahingehen müssen. Hunderte schmachten noch in den Gefängnissen... Um das Leben von Volk und Staat zu erhalten, stehen wir heute vor der bitteren Notwendigkeit, den Kampf abzubrechen.»

Im Ruhrkampf wurden über 130 Deutsche getötet und viele Hunderte verletzt. Zehn Männer wurden von französischen Gerichten zum Tode, viele zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt, die teilweise in Frankreich in der berüchtigten Strafanstalt St.-Martin-de-Re verbüsst werden mussten. Im Mai 1924 waren noch über 1.700 Verurteilte in Haft. Über 150.000 wurden aus dem Ruhrgebiet ausgewiesen. Trotz des Abbruchs des passiven Widerstandes hielt Frankreich seine terroristische Besetzung des Ruhrgebietes noch zwei Jahre lang aufrecht. Am 11. Oktober 1923 waren für einen US-Dollar 5 Milliarden, am 2. November 320 Milliarden Mark zu zahlen.

Millionen Mark Geldstrafe und nahm ihn sofort in Haft. Die weiteren Krupp-Direktoren erhielten Gefängnisstrafen von 15 bis 20 Jahren und Geldstrafen von je 100 Millionen Mark. Ein Betriebsführer wurde mit 10 Jahren Gefängnis und 50 Millionen Mark Geldstrafe bestraft. Ein Betriebsratsmitglied erhielt 6 Monate Gefängnis. (Mönnich, S. 226)

Aufgrund der alliierten Ausplünderung, Ausbeutung und widerrechtlichen Besetzung war Deutschland finanziell und wirtschaftlich völlig am Ende. (Kosiek, S. 156 ff.; Zentner, S. 83; *Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 441)

- **Gründung der Rheinischen Republik:** Am 30. September 1923 wollten die Separatisten bei einer Grossveranstaltung in Düsseldorf ihre Rheinische Republik ausrufen. Es kam zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und dem bewaffneten «Rheinlandschutz», einer mit zwielichtigen Elementen durchsetzten Selbstschutzeinheit. Als viele Demonstranten zu fliehen begannen, griff die Besatzungsmacht ein, nahm einen Teil der Polizei gefangen und lieferte den entwaffneten Rest den wütenden Separatisten aus. Die Bilanz dieses Blutsonntags von Düsseldorf: 17 Tote (darunter fünf Polizisten) sowie 146 Verwundete. Im Morgengrauen des 21. Oktober 1923 wurde im Kaisersaal des Aachener Rathauses von den Anhängern verschiedener separatistischen Vereinigungen, mit Unterstützung bzw. «wohlwollender Neutralität» der französischen und belgischen Besatzer, die Rheinische Republik ausgerufen.²⁴ (Manfred Müller, *Gegen den Widerstand von rechts und links*, in: *Junge Freiheit*, 43/13, 18.10. 2013)

5. Wie kam es zum «Anschluss» Österreichs 1938? – Eine Chronologie der Ereignisse

Österreich war in der Vergangenheit immer ein Teil Deutschlands gewesen. Es hatte bis 1806 zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation und seit 1815 zum Deutschen Bund gehört. Zur staatsrechtlichen Trennung war es erst 1866 infolge des preussisch-österreichischen Krieges gekommen, als es darum ging, ob ein geeintes Deutschland von den Habsburgern oder den Hohenzollern regiert werden sollte. Wien war lange Zeit die Hauptstadt des Reiches. Nicht umsonst werden auch heute noch die Reichsinsignien in der Hofburg aufbewahrt. Nachdem die Habsburgermonarchie 1918 zerfallen war und nachdem das Deutsche Reich und Österreich

24 Der als Schieber bekannte Likörfabrikant Leo Deckers besetzte, geduldet von den belgischen Besatzern, mit 250 schwerbewaffneten Separatisten Aachens Verwaltungsgebäude. Der frz. Hochkommissar und Präsident der Rheinlandkommission, Paul Tirard, erkannte die Herrschaft der Separatisten am 26. Oktober 1923 als legitime Regierung an. «Ministerpräsident» wurde der Redakteur Josef Friedrich Matthes. «Regierungssitz» war Koblenz. Die Separatisten versuchten ihre Herrschaft mit Hilfe von ihr rekrutierten Schutztruppen aufrechtzuerhalten. Der Unterhalt der Truppen wurde durch «Requirierungen» bei der Bevölkerung bestritten, wodurch die Situation an vielen Orten eskalierte. Die direkte Herrschaft der Separatisten endete etwa am 20. November 1923.

Republiken geworden waren, erschien es nur natürlich, Österreich mit dem Reich wiederzuvereinigen.

Nach der hierzulande herrschenden Geschichtslehre wird Österreich als das erste Opfer Hitlers betrachtet, der bekanntlich selbst Österreicher war. So wird immer wiederholt von der «Annexion Österreichs» oder aber vom «Anschluss» gesprochen. Nach Meinung der etablierten Historiker fiel Österreich «Hitler als Folge der von den Nazis gesteuerten Subversion im Inneren in den Schoss», (so z.B. Davies, S. 239) Welche konkreten Subversionsakte die Nationalsozialisten in Österreich begingen, um das Land an Deutschland «anzuschliessen», und welche Ereignisse dem «Anschluss» vorausgingen, darüber schweigt sich der englische Historiker allerdings aus. Wie sich die Dinge wirklich entwickelt haben, die letztlich zum «Anschluss» führten, ist aus der nachfolgenden Chronologie der Ereignisse ersichtlich:

- **Vorläufige österreichische Regierung:** Am 30. Oktober 1918 beschloss die deutsch-österreichische Nationalversammlung ein provisorisches Staatsgrundgesetz und bildete eine vorläufige Regierung aus Staatssekretären. Es wurde auch über den Namen des neu zu gründenden Staates beraten. Der erste Regierungschef, Karl Renner (Sozialdemokrat), wollte zunächst die Bezeichnung «Südostdeutschland» wählen, um keinesfalls die Nachfolgelasten Österreich-Ungarn übernehmen zu müssen. Die ab 7. November 1918 einsetzende innenpolitische Umsturzbewegung im ganzen deutschen Reichsgebiet veränderte und klärte die Lage. Nach Abdankung Kaiser Wilhelms II. und der Landesfürsten wurde in Berlin am 9. November 1918 die Republik ausgerufen. (Sündermann, S. 101/102)
- **Ausrufung der Republik Deutsch-Osterreich:** Am 12. November 1918 trat die deutsch-österreichische Nationalversammlung erneut zusammen und fasste folgenden Beschluss: „Artikel 1: Deutsch-Österreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volke eingesetzt. Artikel 2: Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik. Besondere Gesetze regeln die Teilnahme Deutsch-Österreichs an der Gesetzgebung und Verwaltung der Deutschen Republik sowie die Ausdehnung des Geltungsbereiches von Gesetzen und Einrichtungen der Deutschen Republik auf Deutsch-Österreich.“ Dieser Beschluss wurde ohne Gegenstimme gefasst und von Staatskanzler Renner eindrucksvoll begründet. Ende November 1918 hatte die neue

deutsche Regierung, der Berliner «Rat der Volksbeauftragten», die «Vereinigung aller deutschen Stämme in einem grossen Gesamtstaat» mit «freudiger Begeisterung» begrüsst, ohne jedoch durch sofortiges Handeln entsprechende Tatsachen zu schaffen. (Sündermann, S. 102; Post, S. 33-34; Rassinier, S. 149)

- **Erklärung von Staatskanzler Karl Renner:** Am 13. November 1918 erklärte der sozialdemokratische Staatskanzler Karl Renner vor der Nationalversammlung: «Unser grosses Volk ist in Not und Unglück; das Volk, dessen Stolz es immer war, das Volk der Dichter und Denker zu heissen, unser deutsches Volk des Humanismus... ist im Unglück tief gebeugt! Aber gerade in dieser Stunde, da es so leicht und bequem und vielleicht auch so verführerisch wäre, seine Rechnung abgesondert zu stellen und vielleicht von der List der Feinde Vorteile zu erhaschen, in dieser Stunde soll unser Volk in allen Gauen wissen: wir sind ein Stamm und eine Schicksalsgemeinschaft.» (Rassinier, S. 150; Sündermann, S. 102)
- **Hoffnung auf Vereinigung:** Am 4. Februar 1919 erklärte der Präsident der österreichischen Nationalversammlung vor der deutschen Nationalversammlung in Weimar, die Bevölkerung Deutsch-Österreichs hege «die Hoffnung und die Überzeugung», dass es gelingen werde, «die Einheit und Freiheit des deutschen Volkes zu verwirklichen und Deutsch-Österreich mit dem deutschen Mutterland für alle Zeiten zu vereinigen». (Post, S. 34)
- **Anschluss-Beschluss:** Am 21. Februar 1919 beschloss die Weimarer Nationalversammlung einstimmig die Vereinigung Deutschlands und Österreichs. Seit dem 17. März 1919 nahmen zwei österreichische Regierungsvertreter an der Arbeit des deutschen Verfassungsausschusses teil. Die Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 sah in Artikel 61 Absatz 2 ausdrücklich den Anschluss «Deutsch-Österreichs» vor. In Artikel 63 Absatz 3 wurde bestimmt: «Deutsch-Österreich erhält nach seinem Anschluss an das Deutsche Reich das Recht der Teilnahme am Reichsrat mit der seiner Bevölkerung entsprechenden Stimmenzahl. Bis dahin haben die Vertreter Deutsch-Österreichs beratende Stimme.» (Sündermann, S. 103; Post, S. 34; *Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 515)

- **Bestätigung des Anschluss-Beschlusses:** Am 12. März 1919 wurde der Anschluss-Beschluss der deutsch-österreichischen Nationalversammlung nach ihrer Neuwahl nochmals ausdrücklich wiederholt. Staatssekretär Otto Bauer berichtete damals den Abgeordneten: «Wir haben der deutschen Reichsregierung im Wesentlichen ein Verhandlungsprogramm vorgelegt. Der Zusammenschluss, der wirtschaftliche und staatliche Zusammenschluss, erfordert eine umfassende gesetzgeberische und organisatorische Arbeit. Darüber müssen die beiden Teile zunächst Verhandlungen führen, Verhandlungen über eine Anzahl der verschiedenartigsten Einzelfragen. Wir haben also der deutschen Reichsregierung vorgeschlagen, wie diese Verhandlungen geführt werden sollen, und die deutsche Reichsregierung hat unseren Vorschlag ohne jede Änderung angenommen...» (Sündermann, Anm. S. 103/104)
- **Alliiertes Anschlussverbot:** Die Verträge von Versailles vom 28. Juni 1919 und von Saint Germain vom 10. September 1919, die Deutschland und Österreich von den Siegermächten diktiert wurden, enthielten in Artikel 80 bzw. 88 ein kategorisches Anschlussverbot. Die alliierten Friedensbedingungen verlangten von Österreich die Abtretung von Deutsch-Böhmen und Deutsch-Mähren an die Tschechoslowakei, von Südtirol an Italien und von Teilen Kärntens an Jugoslawien. Der Traditionsname «Deutsch-Österreich» wurde verboten. In Artikel 8 des Versailler Diktats und in Artikel 88 des Diktats von St.-Germain wurde die «Unabhängigkeit Österreichs» für unabänderlich erklärt. (Sündermann, S. 105; Post, S. 34)
- **Alliiertes Ultimatum:** Am 2. September 1919 wurde die deutsche Reichsregierung durch ein Ultimatum gezwungen, die Vereinigung mit Deutsch-Österreich für ungültig zu erklären. Für die Alliierten war das Selbstbestimmungsrecht der Völker in erster Linie ein Instrument zur Durchsetzung ihrer Interessen und kein universelles völkerrechtliches Prinzip. (Post, S. 35)
- **Protestresolution:** Am 9. September 1919 protestierte die deutsch-österreichische Nationalversammlung gegen die alliierten Friedensbedingungen mit folgender Resolution: «Die Nationalversammlung erhebt vor aller Welt feierlich ihren Protest dagegen, dass der Friedensvertrag von St.-Germain unter dem Vorwande, die Unabhängigkeit Deutsch-Österreichs zu schützen, dem deutsch-österreichischen Volk sein Selbstbestimmungsrecht nimmt, ihm die Erfüllung seines Herzenswunsches, seine wirtschaftliche, kulturelle und politische Lebensnotwendigkeit, die Vereinigung Deutsch-Österreichs mit dem deutschen

Mutterland, verweigert. Die Nationalversammlung spricht die Hoffnung aus, dass, sobald der Friede den Geist nationaler Gehässigkeit und Feindseligkeit, den der Krieg hervorgerufen hat, überwunden haben wird, der Völkerbund auch dem deutschen Volke das Recht auf Einheit und Freiheit der Nation, das er allen anderen Völkern gewährt, nicht dauernd verweigern werde. In schmerzlicher Enttäuschung legt sie Verwahrung ein gegen den leider unwiderruflichen Beschluss der alliierten und assoziierten Mächte, dreieinhalb Millionen Sudetendeutsche von den Alpendeutschen, mit denen sie seit Jahrhunderten eine politische und wirtschaftliche Gemeinschaft bilden, gewaltsam loszureissen, sie ihrer nationalen Freiheit zu berauben und unter die Fremdherrschaft eines Volkes zu stellen, das sich in eben demselben Friedensvertrag als ihr Feind bekennt. Ohne alle Macht, dieses Unheil abzuwenden und Europa die unvermeidlichen Wirren zu ersparen (...) legt die deutschösterreichische Nationalversammlung die geschichtliche Verantwortung für diesen Ratschluss auf das Gewissen jener Mächte, die ihn trotz unserer ernstesten Warnungen vollziehen.» Professor Philip Marshall Brown von der Universität Princeton äusserte sich zu dieser Regelung der österreichischen Frage: «Im Fall Österreich-Ungarn (...) liegt es klar zutage, dass keine einmütige Absicht vorlag, ‚eine Gerechtigkeit, die keinen anderen Standard kennt als die gleichen Rechte der verschiedenen betroffenen Völker‘, auszuloten...» (de Zayas, S. 46; Post, S. 34)

- **Erzwungene Namensänderung:** Am 21. Oktober 1919 wurde die deutsch-österreichische Nationalversammlung gezwungen, ihren Namen zu ändern. Dieses Gesetz wurde noch im «Staats-Gesetzblatt für den Staat Deutsch-Österreich» bekanntgemacht und gibt in seinem ersten Artikel deutlich kund, worum es sich handelt: «Deutsch-Österreich in seiner durch den Staatsvertrag von St.-Germain bestimmten Abgrenzung ist eine demokratische Republik unter dem Namen ‚Republik Österreich‘.» Als einige Jahre danach der spätere französische Ministerpräsident Léon Blum anlässlich der zweiten Internationale in Wien darauf angesprochen wurde, dass die Verträge von Versailles und St.-Germain ein Unrecht seien, antwortete er knapp und treffend: «Sie sind auch ein Unsinn. Sie enthalten Dinge, die gegen die Vernunft, die Notwendigkeit und Natürlichkeit der Entwicklung gerichtet sind.» Dem ist auch aus heutiger Sicht nichts hinzuzufügen. (Sündermann, S. 105/106)
- **Trotz Anschlussverbot – der Anschlussgedanke lebt weiter:** Der Gedanke des Anschlusses an das Reich war Bestandteil der Programme fast aller politischen Parteien Österreichs. 1921 wurden mehrere Probeabstimmungen über

den Anschluss in Österreich durchgeführt. Am 24. April 1921 stimmten in Tirol 98,8% für den Anschluss, 1% dagegen, bei 85,2% Wahlbeteiligung. Am 29. Mai 1921 votierten in Salzburg 99,3% für den Anschluss. Daraufhin wurden sofort weitere Abstimmungen von den Alliierten in Österreich verboten, für den Übertretungsfall wurde eine Hungerblockade angedroht. Insbesondere Frankreich, Italien und die «Kleine Entente»²⁵ hatten gegen die Anschlussbewegung in Österreich Einspruch erhoben. (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 515)

- **Wirtschaftskrise in Österreich:** Unvermeidlich wurde der Anschluss nicht nur durch die einmütige Stimmung der österreichischen Bevölkerung für Deutschland, sondern auch durch die seit 1931 in Österreich anhaltende schwere Wirtschaftskrise. Schon 1922 war Österreich wirtschaftlich nahe am Zusammenbruch. Es wurde ihm eine Anleihe gewährt, für die Frankreich, England, Italien und die Tschecho-Slowakei die Garantie übernahmen. Dabei wurde Österreich die nochmalige Anerkennung des Anschlussverbotes abgepresst. In diesem berühmten «Genfer Protokoll» vom 4. Oktober 1922 wurden noch weitere wirtschaftliche Unterdrückungsmaßnahmen gegen Österreich festgelegt. Die österreichische Regierung musste nicht nur das Anschlussverbot bestätigen, sondern sich auch aller «Verhandlungen und aller wirtschaftlichen und finanziellen Bindungen enthalten, die seine Unabhängigkeit direkt oder indirekt beeinträchtigen könnten». Die Finanzkontrollkommission des Völkerbundes überwachte also die Verwendung der Kredite und vor allem natürlich die Beziehungen Wiens zu Berlin. 1933 belief sich das österreichische Haushaltsdefizit auf 5 Milliarden Kronen. Man zählte fast eine Million Arbeitslose (rund 25% der arbeitsfähigen Bevölkerung). Den Sozialdemokraten, die 1919 in Österreich und in Deutschland die Macht übernahmen, war es nicht gelungen, diese Lage zu meistern, ebenso wenig den Christlichsozialen, die ihnen an der Macht gefolgt waren und zunächst mit ihrer Unterstützung rechnen konnten. Dann aber erfolgte der Bruch zwischen den beiden Parteien. (Sündermann, S. 106; Rassinier, S. 152 f.)
- **Deutsch-österreichische Zollunion:** Als der Völkerbund die Einigung Europas forderte und als ersten Schritt Zollabkommen zwischen Nachbarstaaten vorschlug, schlossen die reichsdeutsche Regierung Brüning (Zentrum) und die

25 «Kleine Entente» nannte sich das Bündnis der Tschecho-Slowakei mit Rumänien und Jugoslawien, das 1920/21 mit Unterstützung Frankreichs zustande kam. Vor allem betrieb der tschechische Ministerpräsident und Außenminister Benes von Prag aus dieses Bündnis.

österreichische Regierung Schober nach Geheimverhandlungen am 5. März 1931 einen Zollunionsvertrag zwischen beiden Ländern. Von diesem Plan wurden bereits am 18. März 1931 in allen Zeitungen sensationelle Details veröffentlicht. Drei Tage später zeigte der Unterstaatssekretär im britischen Ausenministerium Robert Vansittart, ein extremer Deutschenhasser, dem österreichischen Gesandten ein «Gesicht voll Ablehnung». Dem deutschen Botschafter eröffnete er, es wäre Pflicht der Reichsregierung gewesen, die «beteiligten Parteien» – womit er offenbar die Versailler Mächte meinte – vorher zu befragen. Der französische Ministerrat beschloss, sofort ein Veto einzulegen, «weil sonst diese erste Verletzung der europäischen Ordnung nicht die einzige bliebe». Ausenminister Briand fand es sogar angezeigt, in seiner Rede zu verkünden, er habe schon vor Jahren in Genf dem deutschen Reichskanzler in Bezug auf einen Anschluss Österreichs gesagt: «Wenn Sie das wollen, so gehen wir dem Krieg entgegen.» Nach wirtschaftlichem Druck Frankreichs (Zurückziehung der Kredite), der beinahe zum österreichischen Staatsbankrott führte, musste jedoch diese von zwei demokratisch gewählten Regierungen beschlossene Zollunion aufgegeben werden. Aber nach wie vor forderten alle Parteien in Berlin und Wien den Anschluss Österreichs an das Reich unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht. Mit dem Anwachsen der NSDAP in Deutschland wuchs auch deren Bedeutung in Österreich.

(Sündermann, S. 110 f; *Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 518)

- **Machtübernahme durch Dollfuss:** Am 21. Mai 1932 kam der Christlichsoziale Engelbert Dollfuss in Österreich an die Macht. Er glaubte, mit autoritären Mitteln aus der verzwickten Lage herauszukommen, indem er den Nationalrat ausschaltete und Wahlen bis auf weiteres abschaffte. Am 19. Juni 1933 wurde die NSDAP verboten, im Februar 1934 folgte das Verbot der sozialdemokratischen und aller anderen Parteien. Doch die Lage in Österreich wurde noch schlimmer. Die österreichischen Arbeitnehmer konnten die grossartigen Erfolge wahrnehmen, die Hitler im Reich in seinem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit errungen hatte, und den Wohlstand, der in die deutschen Familien zurückgekehrt war. Sie führten alle ihre Nöte nun darauf zurück, dass Österreich von Deutschland getrennt war, und sie glaubten, dass sie bei einem Anschluss

zwangsläufig den gleichen Wohlstand erreichen würden wie ihre deutschen Landsleute. Für die Österreicher zählte vor allem, dass Hitler und der Nationalsozialismus in Deutschland wieder Arbeitsplätze geschaffen hatten. Im Übrigen nahmen sich die Österreicher die Saarländer zum Vorbild. Trotz der Anti-Hitler-Propaganda hatten die sich am 13. Januar 1935 mit 90,8% der abgegebenen Stimmen für die Rückgliederung des Saarlandes an das Deutsche Reich ausgesprochen. Solche Argumente waren nicht ohne Schlagkraft. Auf die öffentliche Meinung wirkten sie allerdings nicht so unmittelbar, wie die österreichischen Nationalsozialisten es erhofften. Im Glauben, sie könnten die Macht an sich reißen, führten sie am 25. Juli 1934 einen Putsch gegen das Regime von Bundeskanzler Dollfuß aus, der unglücklicherweise mit der – von den Urhebern nicht vorgesehenen – Tötung Dollfuß' endete. Die Sache war offensichtlich schlecht vorbereitet gewesen und die Öffentlichkeit den Putschisten nicht günstig gesonnen. Sie wurden verhaftet und zum grossen Teil gehängt. (Rassinier, S. 154 f.; Post, S. 203 f.; Sündermann, S. 117)



Engelbert Dollfuß (1892-1934) fungierte von 1931 bis 1933 als Landwirtschaftsminister und von 1932 bis 1934 als Bundeskanzler. Dollfuß war Begründer des austro-faschistischen Ständestaates.

Machtübernahme durch Schuschnigg:

Am 29. Juli 1934 folgte Kurt Schuschnigg, ein weiterer Christlichsozialer, Dollfuß im Kanzleramt. Wie Dollfuß regierte er Österreich als Diktator ohne Parlament, aber viel ungeschickter als sein Vorgänger. Am 9. März 1938 beschloß Schuschnigg, die Frage der Unabhängigkeit Österreichs zum Gegenstand einer Volksabstimmung zu machen, die am 13. März stattfinden sollte. Die Zeit von nur vier Tagen war natürlich viel zu kurz, um eine ordnungsgemäße Volksbefragung in einem Land durchzuführen, in dem es nicht einmal Wahllisten gab. Hitler forderte Schuschnigg auf, diese Volksbefra-

gung abzusetzen und sie durch eine andere zu ersetzen, die nach dem Modell der SaarAbstimmung durchgeführt und deren Vorbereitung allerdings längere Zeit erfordern würde. Schuschnigg lehnte ab und wandte sich an Mussolini. Dieser riet, von dem Projekt Volksabstimmung abzusehen, was Schuschnigg aber ebenfalls zurückwies. Die Folgen kennen wir. (Rassinier, S. 155 f.; Post, S. 205 f.)



Italien für Trennungslinie zwischen Reich und Österreich:

Im September 1934 reiste Bundeskanzler Schuschnigg nach Genf, wo er beim Völkerbund freundlich empfangen wurde. Dort war die italienische Delegation die besondere Befürworterin einer internationalen Festlegung der Trennungslinie zwischen dem Reich und Österreich. Am 27. September 1934 bekannten sich in Genf die Vertreter Frankreichs, Englands und Italiens «mit voller Kraft» erneut zu der «Notwendigkeit, die Unabhängigkeit und Integrität Österreichs den bestehenden Verträgen gemäss zu erhalten» (Sündermann, S. 119)

Kurt Schuschnigg (1897-1977) war während der Zeit des von ihm als Justizminister mitkonzipierten austro-faschistischen Ständestaates vom 29. Juli 1934 bis zum 11. März 1938 diktatorisch regierender Bundeskanzler des Bundesstaates Österreich.

- **Entente gegen Aufkündigung von Verträgen:** Im April 1935 bekräftigte die in der österreichischen Frage erneuerte Entente Englands und Frankreichs mit Italien auf der gemeinsamen Konferenz in Stresa in einer dramatischen Erklärung gegenüber Hitler die Gültigkeit aller Pariser Verträge: «Die drei Mächte, deren Politik die gemeinsame Aufrechterhaltung des Friedens im Rahmen des Völkerbundes zum Ziele hat, stellen ihre volle Übereinstimmung fest in dem Willen, sich mit allen geeigneten Mitteln jeder einseitigen Aufkündigung von Verträgen zu widersetzen, durch die der Frieden in Europa gefährdet werden

könnte. Sie werden zu diesem Zweck in enger und freundschaftlicher Zusammenarbeit handeln.» Zum Glück für Hitler zerbrach diese «Stresa-Front» noch im Herbst 1935 am italienischen Abessinien-Abenteuer. Die britische Regierung fürchtete damals um die Suez-Route, die ihr wichtiger war als Mitteleuropa und der Völkerbund. Deshalb kam es zu den berüchtigten «Sanktionen» gegen Italien und in deren Folge zur deutsch-italienischen Annäherung. (Sündermann, S. 119)

- **Britischer Politiker für Anschluss:** Am 29. Juni 1937 umriss der bekannte britische Politiker Lord Lothian (der als Philip Kerr bereits an der Versailler Konferenz teilgenommen hatte) die Lage in Europa treffend mit den Worten: «Wenn nun der Grundsatz der Selbstbestimmung zugunsten Deutschlands in der gleichen Weise zur Anwendung käme, wie er gegen Deutschland angewandt wurde, so würde das bedeuten: den Wiedereintritt Österreichs in das Deutsche Reich, die Vereinigung der Sudetendeutschen, Danzigs und möglicherweise Memels mit Deutschland, sowie gewisse Bereinigungen mit Polen in Schlesien und im Korridor.» (Sündermann, S. 51)
- **Das Berchtesgadener Abkommen:** Am 12. Februar 1938 trafen sich Hitler und Schuschnigg auf dem Obersalzberg und trafen ein Abkommen über die beiderseitige Zusammenarbeit in aussenpolitischen Fragen und über Massnahmen zur legalen Betätigung der österreichischen Nationalsozialisten. Es wurde und wird immer wieder behauptet, das Abkommen sei unter «brutalem Druck» zustande gekommen. Der deutsche Botschafter in Wien, von Papen, der bei den Gesprächen selbst zugegen war, stellte hierzu fest, dass Schuschnigg «immer und zu jeder Zeit die völlige Freiheit der Entschliessung gehabt habe. Der Bundeskanzler meinte dazu, er habe tatsächlich unter einem starken seelischen Druck gestanden, das könne er nicht leugnen.» ADAP I Dok. 327; Sündermann, S. 131, 134; Wikipedia, *Berchtesgadener Abkommen*)
- **Der Anschluss:** Am 12. März 1938 marschierten am frühen Morgen Verbände der deutschen Armee und Einheiten der Waffen-SS über die deutsch-österreichische Grenze. Dieser Einmarsch wird auch als «Blumenfeldzug» bezeichnet, weil viele Fahrzeuge der deutschen Wehrmacht mit Blumen geschmückt waren und nicht ein einziger Schuss fiel. Die deutschen Truppen wurden mit beispiellosem Jubel in Österreich empfangen. Nach dem Einmarsch und dem Anschluss Österreichs an das Reich wurde eine Volksabstimmung für den 10. April 1938 angesetzt. Sie ergab in Österreich bei einer Beteiligung von 99,7%

eine Zustimmung zum Anschluss von 99,6%. Die Deutschen im Reichsgebiet stimmten mit 99,0% für den Anschluss. Auch beide Kirchen sowie führende Vertreter der Sozialdemokratie hatten in Österreich für das «Ja» zum Anschluss aufgerufen, (siehe weiter unten) Die führenden Politiker der britischen Regierung, MacDonald, Sir John Simon, Eden, Chamberlain, Halifax und andere waren davon überzeugt, dass Österreich zum Deutschen Reich zurückkehren müsse. Frankreich und England hatten daher schon vor der Volksabstimmung die Vereinigung am 2. April 1938 praktisch anerkannt.

(*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 513 f.)

- **Zustimmungserklärungen der Kirchen:** Am Tag des Anschlusses erklärten die evangelischen Bischöfe Österreichs in einem Aufruf ihre einmütige Zustimmung zum Anschluss an das Deutsche Reich. Auch die katholischen Bischöfe Österreichs befürworteten die Vereinigung Deutsch-Österreichs mit dem Reich. Die Erklärung vom 18. März 1938 hat folgenden Wortlaut: «Feierliche Erklärung! Aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen erklären wir unterzeichnenden Bischöfe der österreichischen Kirchenprovinz anlässlich der grossen geschichtlichen Geschehnisse in Deutsch-Österreich: Wir erkennen freudig an, dass die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozialpolitik für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet. Wir sind auch der Überzeugung, dass durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden gottlosen Bolschewismus abgewehrt wurde. Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen und werden auch die Gläubigen in diesem Sinne ermahnen. Am Tage der Volksabstimmung ist es für uns Bischöfe selbstverständliche nationale Pflicht, uns als Deut-

sche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, dass sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind. Wien, am 18. März 1938.» Die Erklärung wurde von allen katholischen Bischöfen Österreichs unterschrieben. Auch die österreichischen Sozialdemokraten stimmten dem Anschluss zu. Ihr Führer Karl Renner gab am 3. April 1938 folgende Erklärung im *Neuen Wiener Tagblatt* ab: ‚Als Sozialdemokrat und somit als Verfechter des Selbstbestimmungsrechts der Nationen, als erster Kanzler der Republik Deutsch-Österreich und als gewesener Präsident ihrer Friedensdelegation zu Saint-Germain werde ich mit ‚Ja‘ stimmen.› Und weiter: «... der Anschluss (ist) nunmehr geschichtliche Tatsache, und diese betrachte ich als wahrhafte Genugtuung für die Demütigungen von 1918 und 1919, für St.-Germain und Versailles. Ich müsste meine ganze Vergangenheit als theoretischer Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechts der Nationen wie als deutsch-österreichischer Staatsmann verleugnen, wenn ich die grosse geschichtliche Tat des Wiederezusammenschlusses der Deutschen Nation nicht mit freudigem Herzen begrüßte.» Dieser Sozialdemokrat wurde ebenso wenig der Zusammenarbeit mit dem Nationalsozialismus bezichtigt wie die Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche Österreichs. Der Anschluss war, wenn auch von den Nationalsozialisten herbeigeführt, ein demokratischer, gerechter und vernünftiger Gedanke. Kein Historiker kann bezweifeln, dass die überwältigende Mehrheit der Österreicher damals für die Wiedervereinigung mit dem Reich war. Der Anschluss von 1938 war die Verwirklichung des von den Siegermächten proklamierten, den Besiegten aber vorenthaltenen Selbstbestimmungsrechts. (Rassinier, S. 146 ff., 163 ff; *Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 513 ff., 517 ff.; Sündermann, S. 157)

- **Alliierte wollen Österreich wiederherstellen:** Am 1. November 1943 verkündeten erstmals die Alliierten des Zweiten Weltkrieges bei Abschluss der Außenministerkonferenz zwischen Molotow (UdSSR), Hull (USA) und Eden (Grossbritannien) in Moskau, dass «Deutschland auf die Grenzen von 1937 zu reduzieren» und Österreich wieder herzustellen sei. Endgültig wurde Österreichs Nachkriegsschicksal am 1. Dezember 1943 auf der Stalin-Roosevelt-Churchill-Konferenz in Teheran besiegelt. (Sündermann, S. 158)

6. Wie kam es zur Sudetenkrise 1938 und zum «Anschluss» des Sudetenlandes an Deutschland? – Eine Chronologie der Ereignisse

Zum besseren Verständnis der Sudetenkrise, die durch das Münchener Abkommen friedlich gelöst wurde, müssen vorweg einige geschichtliche Fakten genannt werden. Seit jeher und vor den Tschechen siedelten germanische Stämme in Böhmen und Mähren. Das Egerland kam erst am Ende des Mittelalters (nach 1315) von Bayern an Böhmen. In Prag wurde 1348 die erste deutsche Universität gegründet. Bis 1918/19 gehörten Böhmen und Mähren rund ein ganzes Jahrtausend ohne Unterbrechung zum Deutschen Reich oder nach 1806 zum deutschen Österreich (Habsburger Monarchie). Durch das Diktat von Saint-Germain 1919 sind die sudetendeutschen Gebiete der Republik Deutsch-Österreich entzogen und der neugebildeten Tschecho-Slowakei zugeschlagen worden. 3,5 Millionen Deutsche wurden gegen ihren ausdrücklich geäußerten Willen und gewaltsam in das neue Staatsgebilde gezwungen. Aus diesem Grunde wurde ein Minderheitenschutzvertrag geschlossen, der allerdings nur auf dem Papier stand. Von Beginn an wurden nicht nur die Deutschen, sondern auch die Ungarn, Slowaken, Ruthenen, Ukrainer und Polen von den Tschechen, die zahlenmässig nicht einmal die absolute Mehrheit im Staat hatten, unterdrückt. Nach dem Anschluss Österreichs an das Reich 1938 ergab sich auch für die Sudetendeutschen eine veränderte Lage. Im Laufe des Jahres kam es zu Spannungen zwischen der Tschecho-Slowakei und dem Deutschen Reich. Vor allem die provokante und unberechtigte tschechische Mobilmachung vom 20. Mai 1938 gegen das Reich verschärfte die Krise. Hinzu kam, dass sich im Jahre 1938 die englische Führung stark in der Sudetenfrage engagierte. Hitler forderte ein Ende des Terrors gegen die Sudetendeutschen. Nicht nur die Deutschen, auch die Slowaken, Polen, Ungarn und Ruthenen forderten nun ihre Rechte. Der Nationalitätenstaat Tschecho-Slowakei stürzte in eine Krise. Schon Ende Februar 1938 tauchte die Forderung der Slowaken nach Loslösung von Prag auf. Auch die Polen forderten in scharfer Form die Rückgabe des Olsa-Gebietes. Nachdem Lord Runciman als offizieller Vertreter Englands im August und September 1938 einen mehrwöchigen Informationsbesuch in der Tschecho-Slowakei gemacht hatte, empfahl er die Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland. Am 15. September 1938 traf sich Chamberlain mit Hitler auf dem Obersalzberg und befürwortete offiziell die Abtretung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich. Auf der Viererkonferenz in München (Hitler, Mussolini, Daladier und Chamberlain) wurden dann nur noch die Modalitäten der Gebietsübertragung geregelt, worüber bereits am 15. und 21. September

1938 zwischen Prag, London und Paris grundsätzliches Einvernehmen erzielt worden war. Prag stimmte dem «Münchener Abkommen» letztlich zu, auch wenn es unter diplomatischem Druck zustande kam, was bei vielen völkerrechtlichen Abmachungen durchaus gängige Praxis ist. Entgegen anderslautenden Behauptungen wurden die Tschechen aus dem Deutschland angegliederten Sudetenland weder vertrieben noch enteignet. (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 556 ff.)

Viele Historiker behaupten, Hitler habe das Sudetenland «geschluckt», (so z.B. Davies S. 96) Er habe «die deutschen Separatisten des sogenannten Sudetenlandes» angestachelt und Ängste geschürt, indem er behauptet habe, dass «das Los der Sudetendeutschen unerträglich geworden» sei. (S. 237, 239)²⁶ Es wird von einer «Anexion des Sudetenlandes» gesprochen (S. 240), obwohl doch Grossbritannien und Frankreich der Abtretung zugestimmt und die Münchener Konferenz auf Initiative des britischen Premierministers Chamberlain abgehalten wurde. Das Münchener Abkommen halten Historiker wie Davies für eine Folge der verfehlten Appeasement-Politik Chamberlains. (S. 239, 241) Wie es zur Sudetenkrise kam, die trotz des Widerstandes kriegsbereiter Kreise um Churchill & Co. friedlich gelöst wurde, zeigt die folgende Chronologie der Ereignisse.

- **Pittsburger Vertrag:** Am 30. Mai 1918 wurde unter Führung des späteren tschechoslowakischen Präsidenten Tomáš Garrigue Masaryk in Pittsburg/USA ein Abkommen zwischen tschechischen und slowakischen Exilgruppen geschlossen, in dem diese die Grundlagen für den zu gründenden gemeinsamen Staat festlegten. Den slowakischen Vertretern wurde Autonomie und Gleichberechtigung im zukünftigen Staat zugesichert. Bald darauf gelang es Masaryk, durch persönliche Beziehungen Kontakt zu Präsident Wilson und dessen Berater «Oberst» House aufzunehmen. Es gelang ihm, bei Wilson den Eindruck zu erwecken, es handle sich in den Grenzbezirken um eine «Mischbevölkerung».

26 Die Sudetendeutschen beklagten sich z.B. darüber, dass ihr Anteil am Staatsdienst nicht repräsentativ sei. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass die tschechische Regierung diese Beschwerden übergang, bis sich 1937 die Aufmerksamkeit der Welt auf das Land richtete und die Regierung reichlich spät zugab, die deutsche Vertretung im Staatsdienst sei tatsächlich unangemessen gering. Auch die Tatsache, dass die meisten öffentlichen Ämter in vorwiegend deutschen Gebieten mit Tschechen besetzt wurden, die sehr oft wenig oder gar nicht deutsch sprachen, verbitterte die Deutschen genau wie die Gepflogenheit, Staatsaufträge in deutschen Gebieten mit tschechischen statt mit deutschen Unternehmen abzuschliessen. Ausserdem sah man in der offiziellen, ausschliesslichen Verwendung des Tschechischen in den zentralen Ministerien eine Form der Diskriminierung, aus der hervorging, dass die Angehörigen der tschechischen Mehrheit Vorteile genossen, die im Missverhältnis zu ihrer Zahl standen, (de Zayas, S. 50)

Das «historische» Böhmen sollte ungeschmälert zum Staatsgebiet der tschechischen Republik erklärt werden.

(Wikipedia, *Pittsburger Abkommen*; Sündermann, S. 96, 98)

- **Tschechen als «Siegerstaat» anerkannt:** Am 3. September 1918 empfing Masaryk vom amerikanischen Aussenminister Lansing eine schriftliche Erklärung, in der es hiess: «Da die tschechoslowakischen Völker gegen Deutschland und Österreich-Ungarn zu den Waffen griffen, organisierte Armeen unter Offizieren eigener Nationalität und in Übereinstimmung mit den Vorschriften und der Praxis bei den zivilisierten Nationen aufstellten, (...) erkennt die Regierung der Vereinigten Staaten an, dass der Kriegszustand zwischen den in dieser Weise organisierten Tschechoslowaken und den Deutschen und Österreich-Ungarn besteht. Sie erkennt auch den tschechoslowakischen Nationalrat als de facto kriegführende Regierung an, die berechtigt ist, die militärischen und politischen Angelegenheiten der Tschechoslowakei zu leiten.» Mit dieser Erklärung wurden die Tschechen als «Siegerstaat» anerkannt und ihrem Anspruch auf Böhmen und Mähren in Paris nicht widersprochen.
(Sündermann, S. 96, 98-99)
- **Gegen Annexion von deutschen Gebieten:** Am 21. Oktober 1918 traten die deutschen Abgeordneten des bisherigen österreichischen Parlamentes als «deutsch-österreichische Nationalversammlung» zusammen. In der hierbei abgegebenen Erklärung hiess es: «Das deutsche Volk in Österreich ist entschlossen, seine künftige staatliche Ordnung selbst zu bestimmen, einen selbständigen deutsch-österreichischen Staat zu bilden und seine Beziehungen zu den anderen Nationen durch freie Vereinbarung mit ihnen zu regeln. Der deutsch-österreichische Staat beansprucht die Gebietsgewalt über das ganze deutsche Siedlungsgebiet, insbesondere auch in den Sudetenländern. Jeder Annexion von deutschen Gebieten, die von deutschen Bauern, Arbeitern und Bürgern bewohnt werden, durch andere Nationen, wird sich der deutsch-österreichische Staat widersetzen...» (Sündermann, S. 101; Rassinier, S. 150)
- **Gründung der Tschechoslowakei:** Am 28. Oktober 1918 wurde in Prag die Tschechoslowakei von Tomáš Masaryk, dem ersten Staatspräsidenten, und Edvard Beneš, seinem Amtsnachfolger ab 1935, gegründet. Sie war ein Kunststaat ohne historisches Vorbild. Der neue Staat sollte eine Demokratie nach

Schweizer Vorbild werden, in der alle Nationalitäten gleichberechtigt sein sollten. Aber in der Praxis waren die Tschechen, die nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung ausmachten, die beherrschende ethnische Gruppe, während die Slowaken deutlich zurückgesetzt wurden. Die Deutschböhmen, die überwiegend im Sudetengebiet und in Prag siedelten, sowie die Deutschmährer lehnten als ehemalige Bürger der k.u.k.-Monarchie den neuen Staat ab und wollten bei Österreich bleiben oder sich Deutschland anschliessen. Wegen der strategischen und wirtschaftlichen Bedeutung des Sudetengebietes wollten die Tschechen dies aber unter keinen Umständen zulassen. Sie verboten den Deutschen Anfang März 1919 die Teilnahme an den Wahlen zur österreichischen Nationalversammlung und schlugen mehrere deutsche Demonstrationen blutig nieder. Ebenso wie die Deutschen lehnten auch die polnischen, ungarischen und ukrainischen Minderheiten den tschechoslowakischen Staat ab und wünschten den Anschluss an ihre Heimatländer. Kaum hatten Masaryk und Beneš ihre in Paris konstituierte und von den Alliierten anerkannte Regierung nach Prag verlegt und sich eine bewaffnete Macht geschaffen, begannen sie planmässig, die deutschen Gebiete militärisch zu besetzen. Zuerst wurden die nordböhmischen Eisenbahnknotenpunkte der tschechischen Kontrolle unterstellt, im Dezember dann die grossen Städte besetzt. Am 12. Dezember 1918 fielen Reichenberg, am 18. Dezember Troppau, Hauptstadt der am 29. Oktober 1918 neu gebildeten deutsch-österreichischen Provinz «Sudetenland», in die Hand der Tschechen, die ihre Herrschaft eilig durch die Verhaftung von über 4.000 Geiseln absicherten. (Post, S. 30-31; de Zayas, S. 49; Sündermann, S. 100, siehe dort auch Eintrag unter 4. März 1919)

- **Gewalt entscheidet:** Anfang November 1918 wurde in Verhandlungen mit den Vertretern des «Národní výbor» (dt., Nationalausschuss) dem führenden sudetendeutschen Sozialdemokraten Josef Seliger erklärt: «Das Selbstbestimmungsrecht ist zwar eine schöne Phrase – aber jetzt entscheidet, da die Entente gesiegt hat, Gewalt.» Noch vor der offiziellen Autorisierung durch die Entente begann die tschechischoslowakische Miliz, das Sudetenland zu besetzen, (de Zayas, S. 44)
- **Gegen Annexion von deutschen Gebieten:** Am 22. November 1918 nahm die Österreichische Provisorische Nationalversammlung ein Gesetz über die Grenzen Deutsch-Österreichs an, erklärte die Zugehörigkeit Deutsch-Österreichs zum Deutschen Reich und bekräftigte ihre Meinung wie folgt: «Der Deutsch-Österreichische Staat beansprucht die Gebietsgewalt über das ganze deutsche

Siedlungsgebiet, insbesondere auch in den Sudetenländern. Jeder Annexion von Gebieten, die von deutschen Bauern, Arbeitern und Bürgern bewohnt werden, durch andere Nationen wird sich der deutsch-österreichische Staat widersetzen.» (Rassinier, S. 150)

- **Frankreich und Grossbritannien lehnen Volksabstimmung im Sudetenland ab:** Am 12. Dezember 1918 übersandte die deutsch-österreichische Regierung Präsident Wilson die folgende Note: «Aus einer Mitteilung der tschechoslowakischen Regierung ist zu ersehen, dass die alliierten Mächte angeblich die Absicht haben, die grossen, zusammenhängenden Gebiete Böhmens und Mährens, die von mehr als drei Millionen Deutschen bewohnt werden, dem tschechoslowakischen Staat einzuverleiben. Über den deutschen Charakter der in Rede stehenden Gegenden kann kein Zweifel obwalten. Ihre Bevölkerung hat bei verschiedenen Gelegenheiten ihren heissen Wunsch zu erkennen gegeben, ihre Freiheit aufrechtzuerhalten und vom tschechoslowakischen Staat unabhängig zu bleiben. Dieser Wunsch hat vor allem in einhelligen Erklärungen der auf Grund allgemeinen Wahlrechts gewählten Abgeordneten Ausdruck gefunden. Sollten die alliierten Mächte in dieser Hinsicht jedoch Zweifel hegen, so schlägt die deutsch-österreichische Regierung vor, die Lage unverzüglich durch eine unter neutraler Aufsicht stattfindende Volksabstimmung, die nicht nur unter Gewährleistung freier Stimmabgabe, sondern auch unter Inachtnahme anderer Garantien stattfinden müsste, zu klären. In jedem Fall ersucht die deutsch-österreichische Regierung die alliierten Mächte, über das Schicksal der fraglichen Bevölkerung nicht anders als auf Grund des Ergebnisses einer solchen Volksabstimmung entscheiden zu wollen...» Die französische Regierung wies den Appell am 20. Dezember 1918 zurück. Grossbritannien prüfte ihn und lehnte schliesslich eine Volksabstimmung im Januar 1919 ab. (de Zayas, S. 44)
- **Massaker an Sudetendeutschen:** Am 3. und 4. März 1919 demonstrierten Hunderttausende von Sudetendeutschen, darunter viele Frauen und Kinder, in mehreren Städten (unter anderem in Aussig, Eger, Karlsbad, Sternberg, Mies) für einen Verbleib des Sudetenlandes bei Deutsch-Österreich. Im Verlauf dieser friedlichen Kundgebungen wurden 54 Deutsche von tschechischen Truppen getötet und vierundachtzig schwer verletzt. Unter den Toten waren 20 Frauen und Mädchen, ein 80-Jähriger und Buben im Alter von 11 bis 14. Der Widerstand gegen das tschechische Regime erwies sich aber letztlich als aussichtslos.

An jenem 4. März 1919 behauptete Beneš auf einer Sitzung in Paris gegenüber den Alliierten, dass «99 Prozent der Deutschen Böhmens Anhänger des Verbleibens ihres Gebietes bei Böhmen» seien (!). Die *Neue Zürcher Zeitung* schrieb am 7. März 1919: «Die Ereignisse in Deutschböhmen und die Akte der tschechischen Brutalität gegen deutsch-böhmische Demonstranten erregen die grösste Erbitterung... Es ist zweifelsfrei, dass die tschechische Regierung beabsichtigt, ihre Gewalt- und Schreckensherrschaft auf das äusserste zu treiben... Die Wirkung dieser unbeschreiblichen Gewalttaten kann selbstverständlich nur die sein, dass sich das Verhältnis zwischen Deutschböhmen und der tschechischen Regierung unversöhnlich gestaltet und dass seit den Schiesereien jede Möglichkeit einer Verständigung ausgeschlossen erscheint. Die tschechische Regierung irrt, wenn sie glaubt, den Widerstand der dreieinhalb Millionen Deutschböhmen mit terroristischen Mitteln unterdrücken zu können.» (Wikipedia; d'Argile, S. 26; *Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 297 f.; de Zayas, S. 49)

- **Protest gegen gewaltsame Besetzung:** Am 5. März 1919 erklärte der österreichische Staatskanzler Karl Renner (Sozialdemokrat) vor der Nationalversammlung: «Die konstituierende Nationalversammlung erhebt gegen die gewaltsame Besetzung der Länder Deutschböhmen und Sudetenland, des Kreises Südmähren und des Böhmerwaldes, der Einschlussgebiete von Brünn, Iglau und Olmütz, ferner der südlichen Grenzgebiete von Steiermark und Kärnten sowie jenem Teil von Südtirol, der vom Königreich Italien besetzt ist, kraft des Selbstbestimmungsrechts der Nationen und eigener freier Beitrittserklärung als unverzichtbare Bestandteile der Republik Deutsch-Österreich Einspruch.» Die sich abzeichnende ungünstige Entwicklung veranlasste etwa dreihunderttausend Sudetendeutsche zur Auswanderung nach Österreich und Deutschland. Doch über drei Millionen zogen es vor, im Lande zu bleiben, in dem ihre Vorfahren seit Jahrhunderten lebten. Sie waren tief empört, über Nacht zur «Minderheit» geworden zu sein und beharrten auf ihrem Entschluss, sich mindestens einen gewissen Grad von Autonomie von der neuen tschechoslowakischen Mehrheit zu erkämpfen. (Schütz/v. Preradovich, S. 85/86; de Zayas, S. 47)
- **Warnungen der Coolidge-Kommission:** Die US-amerikanische Expertenkommission in Paris unter Leitung von Harvard-Professor Archibald Cary Coolidge warnte in einem Bericht vom 10. März 1919 an die US-amerikanische

Delegation bei den Friedensverhandlungen davor, die Deutschen unter Fremdherrschaft zu stellen: «... Würde man den Tschechoslowaken das ganze Gebiet zuerkennen, das sie beanspruchen, so wäre das nicht nur eine Ungerechtigkeit gegenüber vielen Millionen Menschen, die nicht unter tschechische Herrschaft gelangen wollen, sondern es wäre auch für die Zukunft des neuen Staates gefährlich und vielleicht verhängnisvoll... Das Blut, das am 4. März geflossen ist, als tschechische Soldaten in mehreren Städten auf die deutsche Menge feuerten, ist (...) auf eine Art und Weise vergossen worden, die nur schwer verziehen werden kann...» Doch die Empfehlungen der Coolidge-Kommission und die wiederholten Proteste der österreichischen Regierung wurden in der endgültigen Grenzziehung völlig missachtet. Alle umstrittenen Gebiete gingen ohne Volksabstimmung an die Tschechoslowakei. (de Zayas, S. 44/45)

- **Kampf um Selbstbestimmung:** Am 1. Juni 1920 bekräftigte der deutsche parlamentarische Verband vor dem tschechoslowakischen Parlament in Prag den festen Willen der Sudetendeutschen, ihre Angelegenheiten in eigene Hände zu nehmen: «Die Tschechoslowakische Republik ist das Ergebnis eines einseitigen Willensaktes und hat diese Gebiete widerrechtlich mit Waffengewalt besetzt. Die deutschen Sudetenländer sind in der Tat um ihren Willen niemals befragt worden, und das Ergebnis der Friedensverträge ist daher mit Beziehung auf sie die Sanktionierung eines Gewalt-, aber niemals eines Rechtszustandes. Wir verwerfen daher die Fabel vom rein tschechischen Staate und von der tschechoslowakischen Nation', sowie von der tschechoslowakischen Sprache' als mit den Tatsachen handgreiflich im Widerspruch stehend. Wir werden niemals die Tschechen als Herren anerkennen, niemals uns als Knechte in diesem Staat fügen. Unrecht kann auch durch tausendjährige Übung niemals Recht werden, solange es nicht von den Betroffenen selbst auf Grund freier Entschliessung anerkannt wurde, und wir verkünden demnach feierlich, dass wir niemals aufhören werden, die Selbstbestimmung unseres Volkes zu fordern, dass wir dies als den obersten Grundsatz aller unserer Massnahmen und unseres Verhältnisses zu diesem Staate, den gegenwärtigen Zustand als unser unwürdig und mit den Grundsätzen moderner Entwicklung unvereinbar betrachten...» Der Kampf um Selbstbestimmung sollte noch 18 Jahre dauern, bis die Forderungen der Sudetendeutschen endlich anerkannt wurden: durch das Münchener Abkommen von 1938. (de Zayas, 47-49)
- **Deutsche an Galgen und Kandelabern aufhängen:** Am 29. Oktober 1920 schrieb Edvard Beneš in einem Beitrag in *Ceske Slovo* (dt., Tschechische

Stimme), dem Parteiorgan der Tschecho-slowakischen Nationalen Sozialistischen Partei, deren Mitglied er war, man sollte «den Deutschen nicht die Gleichberechtigung geben, sondern sie lieber an Galgen und Kandelabern aufhängen». Nach seiner Rückkehr aus dem Exil 1945 machte Beneš seine Drohung wahr. (Sie hierzu auch die Artikel *Tschechen als Kriegstreiber* und *Die Mitschuld tschechischer Chauvinisten (1900 bis 1948) an der europäischen Urkatastrophe und an der Vertreibung*, in: *Euro-Kurier* 10/2011, S. 12-13; Hans Meiser, *Tschechen als Kriegstreiber*, Grabert-Verlag, 2011)

- **Tschechische Benešlinie:** Die sogenannte «Benešlinie» war ein umfangreiches, dem System der Maginotlinie angepassten Bunkersystem, das die Tschechen vor allem in den von Deutschen bewohnten Gebieten errichtet hatten. Es galt als eines der besten Festungsbau-systeme des 20. Jahrhunderts. Die ersten Befestigungsobjekte wurden bereits 1933 errichtet, die restlichen Teile wurden zwischen Winter 1934 und Oktober 1938 gebaut. Fast alle diese Bunker lagen unmittelbar an der deutschen Grenze. (Sündermann, S. 53; Wikipedia, *tschechoslowakischer Wall, tschechische Benešlinie*)
- **Die Sudetenkrise verschärft sich:** Am 1. Oktober 1933 gründete der Turnlehrer Konrad Henlein in Eger die «Sudetendeutsche Heimatfront», die sich zu den Parlamentswahlen in «Sudetendeutsche Partei» (SdP) umbenennen musste und bei den Wahlen im Mai 1935 die stärkste Partei des Staates wurde. Henlein telegraphierte dem Präsidenten Masaryk seine Bereitschaft zur Mitarbeit im Staate, wurde jedoch keiner Antwort gewürdigt. Nach dem Anschluss Österreichs an das Reich 1938 ergab sich auch für die Sudetendeutschen eine veränderte Lage. Die Partei Henleins wuchs weiter sehr schnell, auch aufgrund der wirtschaftlichen Not der Sudetendeutschen. Von insgesamt 800.000 Arbeitslosen in der Tschecho-Slowakei waren rund 500.000 Sudetendeutsche. (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 556 ff.)
- **Chamberlain lehnt Garantie für Tschechoslowakei ab:** In einem Brief vom 20. März 1938 an seine Schwester beurteilte Neville Chamberlain die europäische Lage pessimistisch: „Angesichts einer französischen Regierung, in die man nicht das geringste Vertrauen setzen kann, (...) angesichts der Russen, die alles daransetzen, uns in einen Krieg mit Deutschland zu stürzen..., kann man wirklich sagen, dass die Aussichten mehr als düster sind... Es ist also unmöglich, der Tschechoslowakei zu helfen. Ein Hilfeversprechen für dieses Land ist nichts als ein Vorwand, um Deutschland den Krieg zu erklären. Davon kann

keine Rede sein, es sei denn, man hätte eine wirkliche Chance, es schnell in die Knie zu zwingen, und dafür sehe ich keinerlei Anzeichen. Ich habe deshalb den Gedanken aufgegeben, der Tschechoslowakei Garantien zu geben.»

(Post, S. 242 f.)

- **Karlsbader Programm:** Am 24. April 1938 verkündete Konrad Henlein, der Führer der Sudetendeutschen Partei, sein sogenanntes «Karlsbader Programm» beim Jugendkongress der SdP in Karlsbad. Es bestand aus acht Punkten, die als Grundlage für eine Regelung der sudetendeutschen Beschwerden innerhalb des tschechoslowakischen Staates dienen sollten: Volle Gleichberechtigung mit dem tschechischen Volk; Anerkennung der deutschen Volksgruppe als Rechtspersönlichkeit, die berechtigt war, diese Gleichberechtigung zu sichern; Festlegung des sudetendeutschen Siedlungsgebietes; deutsche Selbstverwaltung in deutschen Siedlungsgebieten; gesetzlicher Schutz für die Deutschen, die nicht in vorwiegend von Deutschen bewohnten Gebieten lebten; Aufhebung ungerechter Massnahmen, die den Deutschen seit 1918 zugefügt worden waren; Anerkennung des Grundsatzes «Im deutschen Gebiet deutsche öffentliche Angestellte» und vollständige Freiheit, sich zur «deutschen Weltanschauung» zu bekennen. Wie vorauszusehen, lehnte Präsident Beneš das Karlsbader Programm ab, weil er verschiedene Punkte für unannehmbar hielt, (de Zayas, S. 51/52)
- **Churchill für Krieg gegen Deutschland:** Winston Churchill, der über gute Kontakte nach Prag verfügte, forderte am 21. April 1938 die tschechoslowakische Regierung auf, die Nationalsozialisten zu provozieren. Gemäss einer im Prager Aussenministerium gefertigten Notiz sagte Churchill wörtlich: «Er würde 50:1 wetten, dass Deutschland in nächster Zeit die Tschechoslowakei nicht angreifen werde. Er sagte ausdrücklich, er würde es vorziehen, wenn die Tschechoslowakei einen Krieg hervorrufen würde.» Zugleich sagte er für das Jahr 1938 den sicheren Sieg in einem solchen Konflikt voraus. (Stefan Scheil in der Kolumne *Wofür wir etwas können*, in: *Junge Freiheit* vom 28. September 2013)
- **Chamberlain zur Sudetenkrise:** Anlässlich der britisch-französischen Regierungsbesprechungen vom 28. bis 29. April 1938 in London äusserte der britische Premier Chamberlain gegenüber Ministerpräsident Daladier und Aussenminister Bonnet über die Verhältnisse in der Tschechoslowakei: «Wenn Beneš die von ihm (1919) annektierte deutsche Minderheit als gleichberechtigte

Staatsbürger behandelt hätte, wozu er sich 1919 verpflichtet hatte, gäbe es die derzeitige Krise nicht.» Man beschloss, gemeinsam auf Beneš in dem Sinne einzuwirken, er möge Henleins Forderungen nach Autonomie für die sudetendeutschen Gebiete stattgeben. (Schütz/v. Preradovich, S. 194)

- **Tschechoslowakische Teilmobilmachung:** Die tschechische Regierung ordnete am 20. Mai 1938 eine Teilmobilmachung an und begründete diesen Akt mit der Beschuldigung, deutsche Truppen zögen sich an den tschechischen Grenzen zusammen. Prag verbreitete die Nachricht, Deutschland habe seine Streitkräfte mobilisiert, ein Krieg stehe unmittelbar bevor, und die tschechische Regierung habe daher 180.000 Reservisten einberufen. Diese Sensationsmeldung erschien in der gesamten Weltpresse. Der angebliche deutsche Truppenaufmarsch erwies sich als reines Phantasieprodukt der tschechischen Regierung. Als in den nächsten Tagen nichts geschah, was auf einen bevorstehenden Krieg hindeutete, kommentierte die Presse in Prag, Paris, London und New York, Hitler habe «klein beigegeben», das Bekanntwerden der Mobilisierungsmassnahmen habe ihn «zum Nachgeben gezwungen», er sei «nicht fähig, seine Drohungen in die Tat umzusetzen», und seine Erklärungen zum Sudetenproblem seien «nichts als Wind». Nach Ansicht des damaligen deutschen Botschafters in London, von Dirksen, erfolgte die Auslösung der Sudetenkrise einseitig und einwandfrei von Prag aus. Die Weltpresse sei mit Nachrichten über einen bevorstehenden deutschen Überfall auf die Tschechoslowakei überschwemmt worden. Höchste Aufregung habe sich in den europäischen Hauptstädten breitgemacht. Die deutsche Botschaft in London hatte weder einen Anhaltspunkt für aggressive Absichten auf deutscher Seite noch Nachrichten über eine bedrohliche Lage an der Grenze. Allerdings hätte die Erschiessung zweier sudetendeutscher Motorradfahrer durch einen tschechischen Gendarmen wegen angeblicher Nichtbeachtung eines Halte-Signals leicht zu einem gefährlichen Aufflammen führen können. (Post, S. 237; Hoggan, S. 146; Radio Prag: <http://archiv.radio.cz/deutsche/geschichte/>; von Dirksen, S. 212)
- **Fall «Grün» – Vorbereitung der Aktion gegen die Tschechoslowakei:** Am 7. Juli 1938 gab Hitler seinen Generalen Jodl und Keitel «allgemeine strategische Anweisungen» für die in Zukunft möglichen militärischen Verwicklungen. Dabei führte Hitler unter anderem aus: «Als Nahziel steht die Lösung der tschechischen Frage im Vordergrund meiner politischen Absichten. Ich bin entschlossen, ab 1. Oktober jede günstige politische Gelegenheit zur Verwirklichung dieses Ziels auszunutzen. Ich werde mich aber zur Aktion gegen die

Tschechei nur entschliessen, wenn ich, wie beim Einmarsch in Österreich, der festen Überzeugung bin, dass Frankreich nicht marschiert und damit auch England nicht eingreift. Die Vorbereitungen der Wehrmacht haben sich dabei zu erstrecken: a) auf die gründliche Vorbereitung der Aktion gegen die Tschechoslowakei (Fall ‚Grün‘); b) auf die Aufrechterhaltung des bisherigen Falles ‚Rot‘ (Aufmarsch gegen den Westen); c) auf Sondervorbereitungen in Form von Studien und Überlegungen innerhalb des Oberkommandos; d) auf vorbereitende Massnahmen, falls deutsches Hoheitsgebiet plötzlich überraschend und in feindlicher Absicht durch eine fremde Macht verletzt wird.» (Post, S. 239)

- **Hitler will keinen Krieg:** Am 19. August 1938 telegraphierte der britische Botschafter in Berlin, Henderson, an Aussenminister Halifax in 13 Punkten seine Ansicht über die aktuelle deutsche Lage. Hitler wolle weder den Krieg noch Zuflucht dazu nehmen, solange «ihn die Lage nicht dazu zwingt». Im Augenblick suche er nur den durch den 21. Mai hervorgerufenen Eindruck einer Niederlage auszumerzen. Trotz dieser Überzeugung empfahl Henderson seiner Regierung, den Krieg besser jetzt als später zu beginnen. Diese Empfehlung des britischen Botschafters zeigt, dass sich England bereits damals mit dem Gedanken eines Präventivkrieges gegen Deutschland trug.
(A. v. Ribbentrop, S. 98/99)
- **Standrecht im Sudetenland:** Im Sudetengebiet kam es im September 1938 zu zahlreichen Zwischenfällen und blutigen Zusammenstössen.

Prag meldete 23 Todesopfer, davon 13 Tschechen, sowie eine grosse Anzahl von Verletzten. Am 13. September verhängte die tschechische Regierung in den sudetendeutschen Bezirken das Standrecht. Am 15. September verlas der Führer der Sudetendeutschen, Henlein, im deutschen Rundfunk eine Erklärung, der zufolge das tschechische Unterdrückungssystem «gegen das wehrlose Sudetendeutschtum» nunmehr «seinen Höhepunkt erreicht» habe. «Dadurch hat das tschechische Volk aller Welt vor Augen geführt, dass ein Zusammenleben mit ihm in einem Staat endgültig unmöglich geworden ist.» Hitler erklärte auf dem Nürnberger Parteitag der NSDAP am 11. September 1938, er werde die Unterdrückung der Deutschen in der Tschechoslowakei nicht länger dulden.
(Post, S. 254; Schütz/v. Preradovich, S. 196)

- **Hitler fordert Ende der Unterdrückung und Selbstbestimmung:** Am 12. September 1938 ging Hitler in einer Rede auf das gespannte Verhältnis zur Tschechoslowakei ein und sagte unter anderem: «Ich stelle die Forderung, dass die Unterdrückung der dreieinhalb Millionen Deutschen in der Tschechoslowakei aufhört und an deren Stelle das freie Recht der Selbstbestimmung tritt. Es würde uns leid tun, wenn darüber unser Verhältnis zu den anderen europäischen Staaten getrübt oder Schaden nehmen würde. Allein die Schuld läge nicht bei uns... Ich bin keineswegs gewillt, hier im Herzen des deutschen Lebensraumes durch die Tüchtigkeit anderer Staatsmänner ein zweites Palästina entstehen zu lassen. Die armen Araber sind wehrlos und vielleicht verlassen. Die Deutschen in der Tschechoslowakei aber sind weder wehrlos noch sind sie verlassen. Das möge man zur Kenntnis nehmen.» (Post, S. 253)
- **Beneš will Krieg statt Autonomie:** Am 14. September 1938 schrieb der amerikanische Botschafter in Paris, William Bullitt, in einem Bericht an Außenminister Cordell Hull: «In den letzten Tagen haben die französischen Zeitungen viele Landkarten veröffentlicht, aus denen die volkszugehörige Aufteilung der Tschechoslowakei hervorgeht... Warum sollen wir Frankreichs ganze Jugend auslöschen und den Kontinent Europa zerstören lassen, nur um die Herrschaft von sieben Millionen Tschechen über drei Millionen zweihunderttausend Deut-



William Bullitt (1891-1967) war der erste US-amerikanische Botschafter in der Sowjetunion. Im August 1936 ernannte ihn Roosevelt zum Botschafter in Frankreich. In dieser Zeit warnte Bullitt vor einer Beteiligung der USA an einem künftigen europäischen Krieg. Er war Kriegsgegner und versuchte, eine deutsch-französische Verständigung zu vermitteln.

sche zu sichern?» Bullitt schloß sarkastisch: «Bei der allgemeinen Ansicht der Franzosen und Briten, daß Benes im innersten Herzen beschlossen habe, lieber einen allgemeinen europäischen Krieg zu provozieren als eine vollständige Autonomie der unterworfenen Nationalitäten in der Tschechoslowakei hinzunehmen, wird zweifellos starker Druck auf Prag angesetzt werden...» (de Zayas, S. 53)

Runciman-Bericht: Nach dem Scheitern seiner Vermittlermission in der Tschechoslowakei erstattete Lord Walter Runciman dem Foreign Office am 16. September 1938 einen Bericht, in dem er die tschechische Politik gegenüber den Sudetendeutschen scharf kritisierte. Er schrieb unter anderem: «Es ist hart, von einer fremden Rasse regiert zu werden, und mein Eindruck ist, daß die tschechische Verwaltung im Sudetengebiet (...) so viel kleinliche Intoleranz und Diskriminierung an den Tag legte, dass sich die Unzufriedenheit der

deutschen Bevölkerung unvermeidlich zur Empörung fortentwickeln musste... Es wurde für mich zur Selbstverständlichkeit, dass jene Grenzgebiete zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland, in denen die Sudetenbevölkerung eine bedeutende Mehrheit ausmacht, sofort das volle Selbstbestimmungsrecht erhalten müssen. Wenn, wie ich glaube, eine bestimmte Gebietsabtretung unvermeidlich ist, so wäre es wünschenswert, dass dies rasch und ohne Verzögerung geschieht. Es besteht eine reale Gefahr, sogar die Gefahr eines Bürgerkrieges, falls diese Ungewissheit andauert... Jedwedes Plebiszit und Referendum bezüglich dieser hauptsächlich deutschen Gebiete wäre (...) eine reine Formsache. Der überwiegende Teil ihrer Bevölkerung wünscht eine Verschmelzung mit Deutschland...» (Post, S. 251 ff.; d'Argile, S. 34/35)

- Beneš-Necas-Papier – Teilabtretung gegen Massenvertreibung:**
 Der damalige Sozialminister der Regierung Beneš, Jaromir Necas, flog Mitte September 1938 mit der Anweisung von Beneš nach Paris, den Westmächten ein geheimes Angebot Prags mit dem Ziel zu unterbreiten, eine Teilabtretung des Sudetenlandes bei gleichzeitiger Massenvertreibung der Deutschen zu erreichen. Der lange geheimgehaltene Brief Beneš' lautet im Wesentlichen: «1. Niemals zugeben, dass gesagt werden könnte, der Plan stamme von den Tschechoslowaken. 2. Alles muss äusserst geheim gehalten werden, veröffentlicht werden darf nichts. 3. Der Umfang des Gebietes, das wir abtreten könnten, muss zwischen Franzosen und Engländern nach unseren genauen Angaben geheim abgesprochen werden. Sonst besteht die Gefahr, dass sie, wenn sie unsere prinzipielle Zustimmung kennen, am Ende Hitler nachgeben und ihm alles geben. 4. Danach muss der ganze Plan Hitler als letzte Konzession aufgezwungen werden. 5. Das bedeutet, dass Deutschland so und so viele Tausend Quadratkilometer (ich selbst weiss es nicht, aber es würden ungefähr 4-6.000 km² sein – in dieser Sache darf man sich nicht binden) unter der Bedingung erhalten würde, wenigstens 1.500.000 bis 2.000.000 der deutschen Bevölkerung zu übernehmen. Dies würde daher eine Ortsverlagerung der Bevölkerung bedeuten, wobei Demokraten, Sozialisten und Juden bei uns bleiben würden.» Am 17. September 1938 übermittelte Necas dieses Geheimangebot nach London und Paris. Offensichtlich wollte damit Beneš verhindern, dass sich Paris und London für eine Volksabstimmung aussprachen.
 (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 559 f.)
- Tschechoslowakei akzeptiert Abtretung:** In einer gemeinsamen Note vom 19. September 1938 empfahlen die britische und französische Regierung der tschechoslowakischen Regierung, die Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland zu akzeptieren. In der Antwortnote vom 21. September 1938 teilte die tschechoslowakische Regierung London und Paris mit, dass die tschechoslowakische Regierung «durch die Umstände und einem unerhörten Druck nachgebend die anglo-französischen Vorschläge schmerzerfüllt» annimmt. (Schütz/v. Preradovich: S. 198/199)
- Churchill gegen Verständigung:** Am 20. September 1938 reiste Churchill nach Paris, um die Minister Mandel und Reynaud vor der sich abzeichnenden Verständigung in der Sudetenfrage zu warnen. Von seinem Zureden ermutigt, rief Mandel Beneš in Prag an und trug ihm folgendes vor: «Sie stehen an der Spitze eines freien und unabhängigen Volkes. Weder Paris noch London haben

das Recht, Ihnen Ihre Haltung zu diktieren. Wenn Ihr Gebiet verletzt wird, sollten Sie keine Sekunde zögern, den Befehl an Ihre Armee zu geben, die Heimat zu verteidigen. Wenn Sie es tun, retten Sie Europa vor dem Hitlerismus, denn ich kann Ihnen sagen, wenn Sie in Notwehr den ersten Schuss abgeben, wird der Widerhall in der Welt gewaltig sein. Die Kanonen Frankreichs, Grossbritanniens und auch Sowjetrusslands werden wie von selbst zu schiessen beginnen! Die ganze Welt wird ihnen folgen, und Deutschland wird innerhalb von sechs Monaten ohne Mussolini und innerhalb von drei Monaten mit Mussolini geschlagen.» (Rassinier, S. 189 ff.; Post, S. 261 ff.)

- **Polnisches Ultimatum:** Am 20. September 1938 forderte Polen in einem Ultimatum an Prag die Abtretung des Olsagebietes um Teschen, das mehrheitlich von Polen besiedelt war und ihm 1919 von den Tschechen gewaltsam entrissen wurde. Der französische Botschafter in Warschau, Noel, berichtete nach Paris über sein Gespräch mit Oberst Beck, dem polnischen Aussenminister: «Aus den Reden des Herrn Beck (...) hat sich bei mir der Eindruck gebildet, dass die polnische Regierung sehr ernsthaft den Gedanken erwägt, eine militärische Aktion im Gebiet von Teschen auszulösen.» (Kosiek, S. 287; Post, S. 264; Davies, S. 228)
- **Verhandlungen zur Lösung der Sudetenfrage:** Vom 22. bis 29. September 1938 verhandelten Chamberlain und Hitler in Bad Godesberg, Berchtesgaden und München über den Abschluss eines Abkommens in der Sudetenfrage. Hitler sagte Chamberlain zu, nicht in die Tschechoslowakei einzumarschieren, solange die Verhandlungen andauerten. Und: Die Sudeten «sind die letzte territoriale Forderung, die ich in Europa zu stellen habe», und «wir wollen gar keine Tschechen!» (Rassinier, S. 217)
- **Tschechoslowakische Mobilmachung:** Am 23. September 1938 um 2.30 Uhr verkündete Staatspräsident Beneš im Rundfunk die allgemeine Mobilmachung in der Tschechoslowakei. Diese wurde von England und Frankreich gebilligt. In Frankreich wurden in der Nacht vom 23. auf den 24. September 600.000 Reservisten einberufen. In Polen und Ungarn befanden sich die Streitkräfte bereits in Kriegsbereitschaft. England setzte seine Kriegsflotte am 27. September 1938 in Alarmbereitschaft. Auch Italien mobilisierte seine Marine und zog in den Alpen, auf Sizilien und in Libyen mehrere Divisionen zusammen. (Rassinier, S. 190; Post, S. 270, 276)

- **Deutsche Zurückhaltung ein Zeichen der Schwäche:** Am 24. September 1938 erklärte der tschechische Außenminister Kamil Krofta gegenüber einer Gruppe von ausländischen Diplomaten: «Nachdem unsere Mobilmachung angelaufen ist, sind weitere Zugeständnisse von unserer Seite nicht mehr möglich. Wir haben das gefährliche Stadium hinter uns gebracht, die militärische Lage ist gut. Wir hatten gestern einen ersten Angriff der Luftwaffe erwartet, der die Zusammenziehung unserer Truppen verhindern sollte. Er hat nicht stattgefunden. Man muss diese Zurückhaltung in Berlin als ein Zeichen der Schwäche auslegen. Wenn unsere Mobilmachung morgen und übermorgen normal verläuft, werden 40 tschechische Divisionen 80 deutschen Divisionen gegenüberstehen.» Am selben Tag beschloss der Ministerrat nach kurzer Beratung einstimmig, das «Godesberger Memorandum» zurückzuweisen. (Rassinier, S. 198 ff.; Post, S. 271)
- **Abtretung oder Krieg:** Am Nachmittag des 25. September 1938 überreichte der Prager Gesandte in London, Jan Masaryk, Chamberlain und Halifax die negative Antwort seiner Regierung zum deutschen Memorandum in der Sudetenfrage. 'Der britische Botschafter in Frankreich, Sir Eric Phipps, berichtete per Telegramm aus Paris, für den Krieg sei nur eine «kleine und korrupte» Clique von Kommunisten, die «von Moskau bezahlt» werde und «seit Monaten auf Krieg» hinarbeite. Der britische Botschafter Sir Neville Henderson warnte aus Berlin: «Jeder Schritt, der die Tschechen zu Verzögerungen oder zu Ausflüchten ermutigen könnte, müsste verheerende Folgen haben, und nur die sofortige Übergabe der Gebiete, in deren Abtretung sie zuletzt eingewilligt haben, kann sie vor der vollkommenen Tragödie retten.» In einem weiteren Telegramm schrieb Henderson, die britische Regierung könnte den Krieg verhindern, «wenn sie in Prag absolut klarmachte, dass die tschechoslowakische Regierung den deutschen Plan annehmen müsse, andernfalls sie jeden Anspruch auf die Unterstützung der Westmächte verwirken würde». (Post, S. 272)
- **Churchill fordert Grossbündnis gegen Deutschland:** Am 26. September 1938 forderte Churchill im Unterhaus ein «offensives und defensives Grossbündnis zwischen Frankreich, England und Russland». Am selben Tag bekundete der Chef der Labour Party, Attlee, die Absicht, «eine englisch-französisch-russische Einheitsfront» gegen Deutschland zu bilden. Damit sprachen sich beide Politiker gegen die Verständigungspolitik Chamberlains aus. (Rassinier, S. 135; Post, S. 275)

- **Hitler würdigt Friedensbemühungen Chamberlains:** In einer Rede am 26. September 1938 im Berliner Sportpalast hob Hitler die Bemühungen Chamberlains zur Verhinderung des Krieges hervor und fuhr dann fort: «Ich habe Herrn Beneš ein Angebot gemacht, das nichts anderes ist als die Realisierung dessen, was er selbst schon zugesichert hat. Er hat jetzt die Entscheidung in seiner Hand, Frieden oder Krieg! Er wird entweder dieses Angebot akzeptieren, oder wir werden diese Freiheit uns selbst holen!» Unmittelbar nachdem er seine Rede beendet hatte, erhielt Hitler die um 20 Uhr verbreitete Erklärung des Foreign Office, in der es hiess, dass Frankreich bei einem deutschen Angriff auf die Tschechoslowakei diesem Staat Hilfe gewähren würde und dass in diesem Falle Grossbritannien und Russland an seiner Seite stünden.»
(Post, S. 277/278)
- **Deutsches Ultimatum:** Am 27. September 1938 führte der Chamberlain beigeordnete britische Staatssekretär Horace Wilson mit Hitler ein Gespräch, in dem sich Hitler bereit erklärte, tschechische Unterhändler unter zwei Bedingungen zu empfangen: Die tschechische Regierung müsse sein Memorandum annehmen, und sie müsse ihm am 1. Oktober die abzutretenden Gebiete übergeben. Er erwarte die Antwort der Tschechen bis zum 28. September, 14 Uhr. Das Ergebnis fasste der britische Botschafter Henderson so zusammen: «Die Lage ist jetzt völlig klar. Wenn Prag bis morgen, den 28. September, 14 Uhr, nicht das deutsche Memorandum annimmt oder seine Truppen aus dem Sudetenland zurückzieht, wird Hitler die allgemeine Mobilmachung anordnen und Frankreich ebenfalls. Wenn die britische Nation wünscht, sich in einen Krieg einzulassen, ist nichts zu machen, als sich auf ihn vorzubereiten.»
(Rassinier, S. 199; Post, S. 278)
- **Hitler betont Prinzip der Selbstbestimmung:** Am 27. September 1938 beantwortete Hitler die Botschaft von Roosevelt vom 26. September. In seinem Telegramm an den Präsidenten unterstrich er die Bedeutung des Prinzips der Selbstbestimmung und wies auf den Verrat dieses Grundsatzes durch Präsident Wilson hin, der der gewaltsamen Einverleibung der Sudetendeutschen in den künstlichen tschechoslowakischen Staat seine Zustimmung gegeben hätte. Wenn sich Roosevelt «die ganze Entwicklung des sudetendeutschen Problems» vor Augen halte, dann werde er erkennen, «dass die deutsche Regierung es wahrlich weder an Geduld noch am aufrichtigen Willen zur friedlichen Verständigung hat fehlen lassen». (Post, S. 278/279)

- **Britischer Lösungsvorschlag:** Am 28. September 1938 regte Chamberlain in einem Brief an Hitler an, zur Lösung der Sudetenfrage eine Konferenz von Vertretern Deutschlands, Frankreichs, Grossbritanniens, Italiens und der Tschechoslowakei einzuberufen. Er erklärte sich bereit, sofort nach Berlin zu kommen und versicherte, dass Grossbritannien und Frankreich dafür sorgen würden, dass alle tschechischen Zusagen «fair, vollständig und sogleich ausgeführt würden». Gleichzeitig bat er in einer persönlichen Botschaft an Mussolini um Unterstützung der britischen Bemühungen zur Erhaltung des Friedens. Auf Bitten des Duce verschob Hitler die deutsche Mobilmachung um 24 Stunden. (Rassinier, S. 204; Post, S. 281/282)
- **Münchener Abkommen:** Am 29. September 1938 wurde das Münchener Abkommen zwischen Deutschland, Grossbritannien, Frankreich und Italien unterzeichnet, in dem die Bedingungen und Modalitäten der Abtretung des Sudetenlandes aufgrund der bereits zuvor erzielten grundsätzlichen Übereinkunft festgelegt wurden. Die wesentlichen Punkte dieses Abkommens lauten:
 1. Die Räumung der vorwiegend deutsch bewohnten Sudetengebiete beginnt am 1. Oktober und ist bis zum 10. Oktober 1938 abzuschliessen.
 2. Ein internationaler Ausschuss unter tschechischer Beteiligung bestimmt zusätzliche Gebiete, in denen die spätere Zugehörigkeit durch eine Volksabstimmung geklärt wird.
 3. Ein Optionsrecht für Tschechen und Sudetendeutsche innerhalb von sechs Monaten stellt einen freiwilligen Bevölkerungsaustausch sicher. Tschechen aus den Sudetengebieten können nach eigener Entscheidung in die Tschechoslowakei übersiedeln und Sudetendeutsche aus dem Rest der Tschechoslowakei in die Sudetengebiete.
 4. Die tschechoslowakische Regierung entlässt alle Sudetendeutschen, die dieses wünschen, aus dem Militär- und Polizeidienst.
 5. Beim Rückzug der Tschechen werden keine bestehenden Einrichtungen zerstört.

Das Münchener Abkommen der vier Mächte wurde den Tschechen von den Botschaftern Englands und Frankreichs wie ein Urteil mit der dringenden Empfehlung eröffnet, es unverzüglich anzunehmen. Deutschland hat in München weder in dem Vertrag noch im «Zusatz» des Vertrages eine Garantie für den weiteren Bestand der Tschechoslowakei gegeben. In der Zusatzvereinbarung heisst es lediglich: «Sobald die Frage der polnischen und ungarischen Minderheiten in der Tschechoslowakei geregelt ist, werden Deutschland und Italien

ihrerseits der Tschechoslowakei eine Garantie geben.» Noch während die tschechische Regierung in Prag beriet, ob sie das «Diktat von München» akzeptieren soll, meldete sich der polnische Botschafter mit einem Ultimatum und verlangte die Herausgabe des Teschener Gebietes innerhalb von nur zwölf Stunden. Im Weigerungsfall drohte die polnische Regierung der Tschechoslowakei mit Krieg. Die Tschechen gaben nach. Teschen wechselte den Besitzer. Für das deutsch-polnische Verhältnis ist von Bedeutung, dass die polnische Regierung zunächst die Erwartung hegte, Teschen auf der Konferenz von München mit deutscher Hilfe zu erhalten. Nach dem Selbstvortrag ohne deutsches Zutun sah man in Warschau später keinen Grund mehr, den Deutschen dafür in der Danzig-Frage Dank zu zeigen. Dies wiederum erwartete Hitler von den Polen. (Schultze-Rhonhof, S. 179-181)

- **Britische Zustimmung:** Am 5. Oktober 1938 billigte das britische Unterhaus das Münchener Abkommen mit 369 gegen 150 Stimmen. Gegen das Abkommen stimmten unter anderem Churchill, Eden und Duff Cooper. Premierminister Chamberlain verband mit der Abstimmung die Annahme eines umfangreichen Rüstungsprogramms, das unter anderem den Bau von mehreren tausend Flugzeugen, eine Erhöhung der Militärkredite, die Verstärkung der Feuerkraft der Flotte vorsah. Dieses Programm wurde einstimmig angenommen. Churchill sprach bezüglich des Abkommens von einer «Niederlage erster Ordnung, die Frankreich und England erlitten haben...», von der Notwendigkeit, «die Nazimacht durch ein Bündnis niederzuschlagen, das unter anderem Frankreich, England, Russland, die Vereinigten Staaten einschliessen müsse.» (Rassinier, S. 214 ff.; Post, S. 289)
- **Deutsche Grenzsicherungsmaßnahmen:** Am 21. Oktober 1938 übernahm General Jan Syrový die Regierungsgeschäfte in Prag. Er liess die Rüstungsfabriken Böhmens (unter anderem die Pilsener Skoda-Werke) weiterhin auf vollen Touren laufen und reorganisierte die Armee auf der Grundlage ihrer früheren Stärke. Nachdem sich Churchill am 16. Oktober erneut im Rundfunk gegen die Münchener Verträge aussprach, entschied sich Hitler für Massnahmen «zur Verstärkung der Sicherung der Grenzen des Reiches». Er äusserte: «Es muss möglich sein, die Rest-Tschechei jederzeit zerschlagen zu können, wenn sie etwa eine deutsch-feindliche Politik betreiben würde.» (Rassinier, S. 216/217)
- **Entledigung der Deutschen:** Kaum zwei Monate nach dem Münchner Abkommen begann Beneš im Exil, über einen Bevölkerungsaustausch als Lösung

des deutschen «Minderheiten»-Problems in seinem Land nachzudenken. In einer Rundfunkrede im Dezember 1938 erklärte er in London: «Wir müssen uns all jener Deutschen entledigen, die 1938 dem tschechoslowakischen Staat den Dolch in den Rücken gestossen haben.» Nach Kriegsausbruch bestanden im tschechischen Exil in Paris schon genauere Pläne zur Vertreibung der Deutschen aus dem Sudetenland, (de Zayas, S. 55; *Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 574)

- **Zusammenbruch der Tschecho-Slowakei:** Nach dem Münchener Abkommen zeichnete sich eine immer stärker werdende Auflösung des Vielvölkerstaates Tschecho-Slowakei ab. Die Slowakei hatte am 22. November 1938 entsprechend dem tschechoslowakischen Verfassungsgesetz die Autonomie erhalten und einen eigenen Landtag in Pressburg errichtet. In einer Abstimmung hatten sich 98 Prozent ihrer Bewohner für die Autonomie erklärt, wollten also los von Prag. Am 10. März 1939 setzte Staatspräsident Emil Hácha (auf Druck von Beneš?) von Prag aus den am 23. Februar 1939 vom slowakischen Landtag zum slowakischen Regierungschef gewählten Pater Dr. Jozef Tiso und dessen ganze Regierung ab, besetzte Pressburg mit tschechischem Militär und löste den slowakischen Landtag auf. Eine neue slowakische Regierung kam nicht zustande. Am Morgen des 14. März stimmte der von Tiso einberufene Landtag in Pressburg einstimmig für die Unabhängigkeit der Slowakei. Damit war die Tschecho-Slowakei praktisch von innen her auseinandergebrochen. Nach Unabhängigkeitserklärungen und Beschlüssen ihrer neuen Regierungen stellten sich die Slowakei und die Karpaten-Ukraine unter den Schutz des Deutschen Reiches. Hitler übernahm den Schutz der Slowakei, nicht den Rutheniens, auf das Ungarn Ansprüche erhob. Noch am 14. März marschierte Ungarn nach einem 12-Stunden-Ultimatum an Prag in Ruthenien ein. Angesichts dieser sich zuspitzenden Situation der Auflösung der Tschecho-Slowakei schlug der britische Botschafter in Berlin, Neville Henderson, am 14. März 1939 dem tschechischen Gesandten in Berlin, Vojtech Mastny, dringend vor, dafür zu sorgen, dass der tschechische Außenminister Frantisek Chvalkovsky sofort nach Berlin komme und die Lage mit Hitler bespreche. Háchas folgender Besuch in Berlin mit seinem Außenminister ging also auf britische Anregung zurück. Er wurde nicht von Hitler veranlasst. (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 566 ff.)
- **Hácha in Berlin:** Am 14. März 1939 reiste Hácha nach Berlin und versicherte Hitler, dass er mit dem früheren Regime und seiner deutschfeindlichen Politik nichts zu tun haben wolle. Zum Schluss seiner Ausführungen erklärte er: «Ich

lege das Schicksal meines Volkes in Ihre Hände in der Überzeugung, dass ich es in gar keine besseren legen könnte.» Hitler erwiderte unter anderem: «Die Tschechoslowakei hat dem Reich gegenüber stets eine feindliche Gesinnung gehegt. Im Jahre 1936, als ich das Rheinland wiederbesetzte, hat die Prager Regierung eine Note an Paris gerichtet und den Vorschlag gemacht, uns in den Rücken zu fallen, falls Frankreich beschlösse, militärische Gegenmassnahmen zu ergreifen. In Genf hat Beneš stets feindselig Stellung gegen Deutschland und Italien bezogen. Im Jahre 1938 hat er mobilgemacht, obwohl ich noch keinerlei derartige Massnahmen ergriffen hatte. Von diesem Augenblick an ist die Situation nun so unerträglich geworden, dass ich am 30. Mai beschloss, die Konsequenzen daraus zu ziehen.» Hitler beklagte weiter, dass die tschechische Armee immer noch nicht abgerüstet habe, weil sie auf eine Revanche hoffe: «Man hat sich geweigert, Ihre Armee auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren, das der Grösse Ihres Staates entspricht. Was soll das heissen? Doch nichts anderes, als dass sie einen aussenpolitischen Auftrag zu erfüllen hat, denn die Unterhaltung dieser Armee ist eine ungeheure Belastung für einen so kleinen Staat wie den Ihren. Auch der Geist Ihrer Armee hat sich nicht gewandelt. Ich weiss, was in ihr vorgeht: Sie wartet mit Ungeduld auf die Stunde der Rache. So sind bei mir am letzten Sonntag (dem 12. März) die Würfel gefallen, und ich habe der Wehrmacht den Befehl gegeben, in die Rest-Tschechei einzurücken und sie in das Deutsche Reich einzugliedern.» Dem tschechischen Volk sicherte er zu, «ihm eine Autonomie zu gewähren, die weit über alles hinausgeht, wovon es zu Zeiten Österreichs hätte träumen können». (Post, S. 306/307)

- **Deutscher Einmarsch in die Tschechei:** Nach Hachas Zustimmung zur Protektoratslösung liess Hitler die deutschen Truppen am 15. März 1939 in die Tschechei einmarschieren. Weder England noch Frankreich hatten im Münchener Abkommen vom 29. September 1938 eine Garantie für die Tschechoslowakei abgegeben. Sie waren also keine Garantiemächte, die bei Vorgängen um Prag zu konsultieren gewesen wären. Hitler begründete die Übernahme der Tschechei zum einen mit einem Gewohnheitsrecht aus der tausendjährigen gemeinsamen deutschtschechischen Geschichte und zum anderen mit der Gefahr, die stets von einer französischen oder sowjetischen Nutzung der tschechischen Militärflugplätze gegen Deutschland ausgegangen sei (Tschechei als «sowjetischer Flugzeugträger» in Mitteleuropa). Hácha wurde nach Kriegsende verhaftet und auf Anordnung des aus dem Exil heimgekehrten Beneš ohne Prozess im Juni 1945 in einem Prager Kerker nach grauenhafter Folter ermordet. (Schultze-Rhonhof, S. 334; *Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 566 ff.)

- **Protektorat:** Am 16. März 1939 verkündete Hitler in Prag die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren. Präsident Hácha führte weiter die Landesregierung. Die souveränen Rechte hinsichtlich der Landesverteidigung, der Aussenpolitik, der Finanz- und Wirtschaftspolitik übte fortan das Deutsche Reich aus. Böhmen und Mähren wurden Bestandteil des deutschen Zollgebiets. Die tschechische Armee wurde von 150.000 auf 7.000 Mann reduziert. Die Wehrmacht fand in der Tschechei militärisches Gerät in beträchtlichem Umfang vor, unter anderem: 1.582 Flugzeuge, 501 Flakgeschütze, 2.175 schwere und leichte Geschütze, 785 Minenwerfer, 468 Panzerkampfwagen, eine Vielzahl von Spezialfahrzeugen, 43.876 Maschinengewehre, 114.000 Pistolen, 1.090.000 Gewehre. Hitlers Behauptung, dass die Tschechoslowakei in Koalition mit anderen Militärmächten eine Bedrohung für das Reich darstellen könne, war also nicht völlig aus der Luft gegriffen. Das in der Tschechoslowakei erbeutete Kriegsmaterial bedeutete eine willkommene Verstärkung für die deutsche Wehrmacht, deren Rüstungsstand nach wie vor zu wünschen übrig liess. (Post, S. 308/309)

Im Übrigen muss in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, dass im Gegensatz zur tschechischen Regierungszeit ab 1919, in der die Rechte der deutschen und anderer Minderheiten immer mehr beschnitten wurden, die tschechische Bevölkerung unter Hitler kaum zu leiden hatte. Die nationale Autonomie der Tschechei wurde kaum angetastet. Über dem Land wehte weiterhin die tschechische Fahne, die tschechische Polizei sorgte für Ruhe und Ordnung. Es ist eine geschichtliche Tatsache, dass viele Tschechen freiwillige Mitarbeiter Hitlers waren. Denen, die nicht offen oder geheim Sabotage betrieben, wurde kein Haar gekrümmt. Die Tschechen waren vom Kriegsdienst befreit. Es ist eine Tatsache, dass die Nationalsozialisten in der Tschechei mehr investierten als herausholten und dass die Tschechei weniger unter dem Krieg zu leiden hatte als die meisten anderen Länder Europas. (Reichenberger, S. 86)

- **Reaktionen der Westmächte:** Die Nachricht von der Besetzung der Rest-Tschechei und der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren löste bei den Westmächten und auch in der westlichen Presse einen Sturm der Entrüstung aus. Im Weissen Haus veröffentlichte das State Department folgendes Kommuniqué: «Die Regierung der Vereinigten Staaten, die sich auf die Grundsätze der menschlichen Freiheit und der Demokratie gründet und sich ihnen geweiht hat, kann nicht umhin, öffentlich auszusprechen, dass unser Land all die Geschehnisse verdammt, die zu der zeitweiligen Auslöschung der Freiheit

eines freien und unabhängigen Volkes geführt haben, mit dem das Volk der Vereinigten Staaten seit der Gründung der Tschechoslowakischen Republik besonders enge freundschaftliche Beziehungen unterhalten hat... Es ist offenkundig, dass solche Handlungen zügelloser Gesetzlosigkeit und willkürlicher Gewalt den Weltfrieden und selbst das Gefüge der modernen Zivilisation bedrohen.» (Rassinier, S. 228/229) Ähnliche regierungsamtliche Töne waren 1919 von jenseits des Atlantik nicht zu hören, als über drei Millionen Deutsche gegen ihren Willen Staatsbürger der Tschecho-Slowakei geworden sind.

- **Die Tilea-Lüge:** Zur Vergiftung der internationalen Atmosphäre und zur Mobilisierung der Weltmeinung gegen Deutschland trug im Frühjahr 1939 wesentlich die sogenannte «Tilea-Lüge» bei. Am 17. März 1939 verbreitete der rumänische Gesandte in London, Virgil Tilea, die gut ins britische Konzept passende Behauptung, dass Deutschland, das in diesen Tagen gerade Wirtschaftsverhandlungen mit Rumänien in Bukarest führte, dem rumänischen Staat «ein Ultimatum gestellt» habe, um den rumänischen Ölexport unter Kontrolle zu bekommen. Es bestünde die Gefahr eines unmittelbar bevorstehenden deutschen Einfalls in Rumänien. Das war für Vansittart ein willkommenes Anlass, sofort die Londoner *Times* und den *Daily Telegraph* hiervon zu unterrichten. Die britischen Zeitungen nützten diese Falschmeldung umgehend aus, um damit die angebliche Welteroberungspolitik Hitlers zu beweisen. In fast der gesamten englischen Presse wie auch bei den meisten Unterhausabgeordneten erhob sich nach dieser Meldung ein Sturm der Entrüstung und Empörung. Erneut schaltete sich Viscount Halifax ein, der in der Nacht vom 14. auf den 15. März 1939 vom US-Präsidenten Roosevelt die Warnung erhalten hatte, dass die Stimmung in den USA antienglisch werden könne, wenn Grossbritannien nicht eine scharfe Politik gegen Deutschland einschlage. Daraufhin hielt Chamberlain am 17. März 1939 in Birmingham eine (von Halifax verfasste) aggressive Rede, in der er unter anderem auch behauptete, dass Hitler die Welt erobern wolle. Tileas Behauptung war jedoch eine perfide Lüge. Das beweist auch die unmittelbar darauf erfolgende Erklärung des rumänischen Aussenministers Grigore Gafencu gegenüber dem britischen Gesandten in Rumänien, Reginald Hoare: «Die deutsch-rumänischen Verhandlungen verlaufen weiterhin normal. Die Meldungen über ein deutsches Ultimatum entbehren jeglicher Grundlage...» Der Wirtschaftsvertrag wurde dann auch am 23. März 1939 unterzeichnet. Hoare forderte deswegen Halifax am 18. März dringend auf, die britischen Pressemeldungen über Tileas Aussage zu unterbinden, weil kein Wort daran wahr sei. Trotz der daraufhin erfolgenden offiziellen Dementis wurde die panikartige

Stimmung in England nicht beruhigt, denn sie wurden der Presse nicht mitgeteilt. Die Londoner Abendzeitungen, die französischen und US-amerikanischen Zeitungen meldeten am nächsten Morgen, dass der Einmarsch der deutschen Truppen in Rumänien bevorstehe. Noch am selben Abend suchte der britische Botschafter, Sir Erich Phipps, den französischen Ministerpräsidenten Daladier zu einer dringenden Aussprache auf. Daladier rief seine Minister auf der Stelle zusammen und unterrichtete sie, dass «Grossbritannien sich entschlossen hat, die Grenzen Rumäniens zu garantieren». Das war aus der Luft gegriffen: Grossbritannien hat niemals die rumänischen Grenzen garantiert, Rumänien hat auch niemals darum gebeten. So ergibt sich eindeutig, dass die «Tilea-Lüge» planmässig vom Londoner Aussenministerium in die Welt gesetzt wurde, um gegenüber der Öffentlichkeit angebliche «Welteroberungspläne» Hitlers zu behaupten und sie auf einen Krieg gegen «Hitlers Gewalt Herrschaft» einzustimmen. (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 571 ff.; Rassinier, S. 232 ff.; A. v. Ribbentrop, S. 252; Schultze-Rhonhof, S. 454)

- **USA zum Eingreifen bereit:** Am 18. März 1939 erklärte der US-amerikanische Aussenminister Hull gegenüber dem belgischen Sonderbeauftragten in Washington, Prinz Eugène II. de Ligne: «Wenn an Ihren Grenzen ein Krieg ausbricht, können Sie gewiss sein, dass wir dann eingreifen werden! Ich kann Ihnen jetzt noch nicht sagen, ob das nach drei Tagen, drei Wochen oder drei Monaten sein wird, aber wir werden marschieren!» (Rassinier, S. 229; Schütz/v. Preradovich, S. 204)
- **Alliierter Protest:** Am 20. März 1939 protestierten Grossbritannien und Frankreich energisch gegen die Errichtung des Protektorats. Die USA erklärten gleichzeitig, dass sie keine legale Berechtigung für diese Oberhoheit anerkennen. Der französische Aussenminister Georges Bonnet teilte dem Botschafter der UdSSR, Jakow Sacharowitsch Suriz, mit, es sei jetzt «ein günstiger Augenblick gegeben, dass Paris und Moskau sich miteinander abstimmen und sich bereitfinden, gemeinsam jedem neuen Aggressionsversuch Hitlers entgegenzutreten». (Rassinier, S. 228/229)
- **Stalins «Kastanien-Rede»:** Am 20. März 1939 erklärte Stalin vor dem XVIII. Parteikongress: «Die englische, französische und amerikanische Presse hetzt die Sowjetunion gegen Deutschland auf, um einen Konflikt zu provozieren... Russland denkt gar nicht daran, für andere die Kastanien aus dem Feuer zu holen...» (Ruland, S. 305)

- **Attentat auf Heydrich – NS-Vergeltungsmassnahme in Lidice:** Am 27. Mai 1942 wurde ein Attentat auf den Stellvertreter des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren, Reinhard Heydrich, verübt. Er starb wenige Tage danach an den erlittenen Verletzungen. Die Ermordung Heydrichs wurde durch die tschechische Exilregierung in London im Dezember 1941 beschlossen. Da offensichtlich vor Ort im Protektorat keine Attentäter gegen den Deutschen zu finden waren, liess Beneš aus seinem Exil in Grossbritannien zwei Agenten, die für das Attentat ausgebildeten Unteroffiziere, den Tschechen Jan Kubis und den Slowaken Jozef Gabcik, einfliegen, die mit Fallschirmen Ende 1941 über Böhmen absprangen. Mit zwei weiteren Attentätern verübten die Genannten am 27. Mai 1942 auf Heydrich bei dessen morgendlicher Fahrt zur Dienststelle im offenen Wagen ohne Sicherheitsbegleitung einen Anschlag, indem sie auf ihn schossen und eine Handgranate in das Auto warfen. Heydrich wurde dabei schwer verletzt, die vier Täter konnten entkommen. Nach der Mordtat gingen bei der deutschen Polizei Hinweise darauf ein, dass die gesuchten Attentäter im Dorf Lidice bei Kladno Unterstützung gefunden hätten. Daraufhin wurden die männlichen Einwohner des Dorfes – es soll sich um 172 Männer über 15 Jahre gehandelt haben – auf deutschen Befehl von Prager Polizeibeamten erschossen. Die rund 200 Frauen des Dorfes wurden in die Konzentrationslager Ravensbrück und Auschwitz gebracht, die etwa 100 Kinder auf Heime verteilt und die Gebäude des Dorfes dem Erdboden gleichgemacht. Lidice war ein verbrecherischer Akt. Die Hintermänner des Attentats hatten mit dem Preis der vielen unschuldigen Opfer ihr Ziel erreicht, dass das bis dahin gute Verhältnis zwischen Tschechen und Deutschen nachhaltig gestört wurde. Der britische Labourabgeordnete Ronald T. Paget erklärte nach dem Krieg: «Es habe oft zur Taktik des Partisanenkrieges gehört, Repressalien zu provozieren, um den Hass gegen die Besatzer zu verstärken und mehr Menschen zum Widerstand anzuhalten. Das war der Grund, warum wir ein Kommando zur Ermordung Heydrichs in die Tschechoslowakei einfliegen...» (*Der Grosse Wendig*, Band 4, S. 431 f.; de Zayas, S. 57 und S. 205, Anm. 51)

7. Der Zweite Weltkrieg 1939-1945

«Dieser Krieg ist ein englischer Krieg, und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands». Winston Churchill am 3. September 1939 nach der Kriegserklärung Grossbritanniens an Deutschland. (Hedin, S. 175)

«Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, dass wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren konnten.» Artikel *Learning to live with the Germans* in der englische Sonntagszeitung *Sunday Correspondent* vom 16. September 1989.

«Hitlers Braunhemden und Mussolinis Schwarzhemden schienen am Anfang bedeutungslos, ja sogar lächerlich zu sein. Aber letztendlich war ein Weltkrieg nötig, um sie zu unterdrücken.» *Daily Herald* vom 6. September 1947, zitiert in dem Buch von Morris Beckman *The 43-Group, Antifaschistischer Kampf in Grossbritannien 1946-1950*, deutsche Ausgabe, 1995, S. 90.

«Es ist Zeit, einen Weltkrieg gegen den Terrorismus zu führen... Die ganze Welt muss jetzt einen Weltkrieg gegen die Feinde Israels führen, nach dem was in New York und Washington passierte.» Israels Ex-Premierminister Ehud Barak, zitiert in *Le Monde* vom 13.9.2001.

7.1 Wie kam es zum «Überfall»²⁷ auf Polen 1939? – Eine Chronologie der Ereignisse

«Wir sind uns bewusst, dass der Krieg zwischen Polen und Deutschland nicht vermieden werden kann. Wir müssen uns systematisch und energisch für diesen Krieg vorbereiten.» Die dem polnischen Staatspräsidenten Józef Piłsudski nahestehende Zeitschrift *Mocarstwowiec* (Organ der polnischen Organisation «Ligader Grossmacht») 1930. (Schultze-Rhonhof, S. 401)

²⁷ In Polen selbst wird der deutsche Angriff nicht als «Überfall», sondern als «Septemberkampagne» («Kampania wrzesniowa») oder als «Verteidigungskrieg von 1939» («Wojna obronna 1939 roku») bezeichnet. (Wikipedia, *Polenfeldzug*)

«Polen will den Krieg mit Deutschland, und Deutschland wird ihn nicht verhindern können, selbst wenn es das wollte.» Marschall Edward Ryzd-Smigly, Generalinspekteur und Oberbefehlshaber der polnischen Armee, im Juni 1939 vor hohen polnischen Offizieren. (Zitiert aus Heinz Splittgerber, *Unkenntnis oder Infamie?*, S. 7)

«Danzig muss polnisch bleiben, und Deutschland muss gezwungen werden, den ostpreussischen Raum ohne Bevölkerung an Polen abzutreten.» Die Wochenschrift *Narod w walce* (dt., *Volk im Krieg*) am 20. Juli 1939. (Schultze-Rhonhof, S. 402)

«Ich habe keine Veranlassung, mit der deutschen Regierung zu verhandeln. (...) Wenn es zu einem Krieg kommt, wird eine Revolution in Deutschland ausbrechen, und die polnischen Truppen werden dann auf Berlin marschieren». Der polnische Botschafter Lipski am 31. August 1939 zu Sir Ogilvie-Forbes, britischer Geschäftsträger in Berlin. (Post, 418; Rassiniere, S. 295)

«Die Nachricht vom deutschen Überfall auf Polen haben wir (...) mit Erleichterung, mit befreitem Aufatmen zur Kenntnis genommen. Und als am 3. September Frankreich und Grossbritannien Deutschland den Krieg erklärten, konnte sich das Volk vor lauter Glück kaum beherrschen. Die Stimmung war – und nicht nur in Warschau – enthusiastisch.» Marcel Reich-Ranicki, Literaturkritiker, in seiner Autobiographie *Mein Leben*, München, 2000, S. 169.²⁸

«Wenn Deutschland noch einmal Europa destabilisiert, dann wird Deutschland nicht mehr geteilt, sondern von der Landkarte gefegt werden. Ost und West haben die notwendige Technik, um dieses Verdikt auch vollstrecken zu können. Wenn Deutschland wieder anfängt, bleibt keine andere Lösung.»

Lech Walesa, polnischer Ex-Staatspräsident und Friedensnobelpreisträger, in einem Interview mit der niederländischen Wochenzeitung *Elsevier* am 7. April 1990. Das Interview wurde teilweise nachgedruckt und mit einer Karikatur versehen von *Le Monde* und *Der Spiegel*, 15/1990, 9. April 1990.

28 1946 wurde Reich-Ranicki zur polnischen Militärmission in Berlin delegiert, die hauptsächlich damit beschäftigt war, die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten zu unterstützen. Sein Aufgabenbereich bleibt bis heute weitgehend im Dunkeln. Dazu hatte sich Reich-Ranicki in den neunziger Jahren wie folgt geäußert: «Was geht es die Deutschen an, was ich in polnischen Diensten getan habe?» Von polnischen Diensten wurden an Deutschen Verbrechen begangen, die bis heute ungehört sind. Gerhard Gnauck, *Amnesien eines Kritikers*, in: *Junge Freiheit* 29/09, 10. Juli 2009.

Um den Weg in den deutsch-polnischen Krieg von 1939 besser verstehen zu können, sei eine kurze Übersicht der Geschichte Polens vorangestellt. Die geschriebene Geschichte Polens beginnt mit der Taufe des Herzogs Mieszko I. («Misaca») im Jahre 966 und der Entwicklung eines ersten Staatsgebildes auf dem Gebiet um die späteren Städte Posen, Gnesen und Kaiisch unter den Piasten, den Fürsten der Polanen.²⁹ Die politisch motivierte Annahme des Christentums schützte Mieszko I. vor der (Zwangs-)Missionierung und führte zur Christianisierung seines Herrschaftsbereiches. Aus seinem Herzogtum, zu dem der Stamm der Polanen gehörte, ging das durch Kaiser und Papst anerkannte und gegen Ende der Epoche der Piasten (960-1386) fest etablierte Königreich Polen hervor. Seit dem Spätmittelalter bis in die Neuzeit war Polen durch eine Personalunion mit Litauen dynastisch verbunden. Ab 1386 stieg die Union mit dem Grossfürstentum Litauen unter dem von dort stammenden Herrschergeschlecht der Jagiellonen (1386-1572) zu einer europäischen Grossmacht auf, deren Staatsgebiet von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, «von Meer zu Meer», (poln., «od morza do morza») reichte. Ab 1569 wurde die Union Polens mit Litauen in einem gemeinsamen Staat gefestigt. Die von 1572 bis 1795 bestehende ‚Adelsrepublik‘ (Rzecz-pospolita = «gemeinsame Sache») manifestierte sich als Wahlmonarchie. Die sich verstärkenden strukturellen Missstände, bedingt durch zahlreiche Kriege mit den Nachbarn, Bürgerkriege, Aufstände der ukrainischen Kosaken, den Unwillen zur Reform bei den Verantwortungsträgern, dazu Egoismen bei mehreren Wahl-Königen und im Adel, führten zur Schwächung des polnischen Staates. Die diplomatische und militärische Einmischung der Nachbarstaaten Russland, Preussen und der Habsburger Monarchie bewirkte schliesslich den vollständigen Zusammenbruch des polnischen Staates durch die drei Teilungen in den Jahren 1772, 1792 und 1795. Dadurch verschwand Polen von 1795 bis 1918 als souveräner Staat von den Landkarten Europas. Nach der staatlichen «Wiedergeburt» als Zweite Republik nach dem Ende des Ersten Weltkrieges 1918 war die polnische Geschichte durch eine mühsame staatliche Reorganisation und mehrere militärische Konflikte mit nahezu allen Nachbarstaaten gekennzeichnet. (Wikipedia, *Geschichte Polens*)

Nach den Vorstellungen des US-Präsidenten Woodrow Wilson sollte Polen als «ein unabhängiger polnischer Staat errichtet werden, der die von unbestreitbar polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete umfassen und dem ein freier und sicherer Zugang zum Meer gewährleistet werden und dessen politische und wirtschaftliche

29 Der Name Polanen (ruthenisch, Poljanen) entstammt ursprünglich von Polan ab, was im Altslawischen die Bezeichnung für einen «Feldbewohner» war. (Wikipedia, *Polanen*)

Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit durch internationale Abmachungen garantiert werden sollen» (Punkt 13 des 14-Punkte-Programms Wilsons vom 8. Januar 1918). Wilson hat dabei offensichtlich an Gebiete mit polnischen Bevölkerungsmehrheiten gedacht, da er in seinen Verlautbarungen stets das Selbstbestimmungsrecht der Völker betonte. Die besiegten Nationen vertrauten darauf, dass die Neuordnung der Grenzen unter Anwendung dieses Prinzips zustande kommen werde. Das versprochene Selbstbestimmungsrecht der Völker wurde jedoch in den Verträgen von Versailles und Saint-Germain nicht eingehalten. Im Gegenteil: Der neu gegründete Staat Polen bekam von den Siegermächten Land und Menschen aus dem Bestand der Nachbarvölker zugesprochen. Dabei befanden sich viele Millionen Menschen, die keine Polen waren und es auch nicht werden wollten. Im Falle Danzigs und des «Korridor» löste der dauerhafte Bruch des Selbstbestimmungsrechts den Zweiten Weltkrieg aus. (Schultze-Rhonhof, S. 357 ff.)

Heute sieht sich Polen gern als ein Opferstaat nicht nur des 20. Jahrhunderts. Es wird auch vom Ausland vielfach als unschuldiges Opfer des deutschen «Überfalls» 1939 betrachtet. Die historischen Tatsachen sprechen jedoch gegen eine solche Bewertung. Richtig ist vielmehr, dass Polen von 1918 bis 1939 ein Aggressorstaat war, der in dieser Zeit einige seiner Nachbarn überfallen (mehr dazu siehe anschließende «Chronologie der Ereignisse») und ihnen mehrheitlich nicht-polnische Gebiete geraubt hat. In den erworbenen Gebieten hat Polen sofort scharfe Polonisierungsmassnahmen durchgeführt, die jeweiligen Minderheiten unterdrückt oder zur Flucht getrieben. Die polnische Regierung drohte sogar, Deutschland mit einem Krieg zu überziehen. Im Oktober 1931 setzte der seinerzeitige De-facto-Staats- und Regierungschef in Warschau, Marschall Józef Piłsudski, US-Präsident Hoover davon in Kenntnis, «dass Polen einen drohenden Angriff irregulärer deutscher Truppen entgegentreten und in Deutschland einmarschieren müsse, um die Dinge ein für allemal zu regeln». 1932 gelang Piłsudski ein Schachzug gegenüber den bis dahin vertraglich verbundenen Ländern Deutschland und Sowjetunion. Am 25. Juli 1932 schlossen Warschau und Moskau einen polnisch-sowjetischen Nichtangriffspakt. Mit dem Vertrag sicherte die Sowjetunion den Polen zu, «dem Deutschen Reich im Falle eines polnisch-deutschen Konflikts weder unmittelbar noch mittelbar Hilfe und Beistand zu leisten». Der Pakt hielt der polnischen Regierung für alle eventuellen Auseinandersetzungen mit dem Deutschen Reich im Westen den Rücken gegenüber Russland frei.

Fünf Wochen nach Hitlers Amtsantritt, am 6. März 1933, liess Marschall Piłsudski ein Bataillon Marineinfanterie auf der Westerplatte an der Zufahrt zum Danziger

Hafen stationieren. Auf Druck des Völkerbundes mussten die polnischen Soldaten wieder abziehen. 1933 unternahm Piłsudski drei Versuche, Frankreich zu einem gemeinsamen Angriffskrieg gegen Deutschland zu bewegen. Die Versuche sind als «Piłsudskis Präventivkriegspläne» bekannt geworden. Auch der britische Historiker Norman Davies räumt ein, dass Piłsudski «der einzige europäische Staatsmann war, der bei seinen westlichen Partnern das Thema eines Präventivkrieges gegen Deutschland erörtert hatte». (Davies, S. 236) «Präventiv» deshalb, weil der polnische Marschall offensichtlich den damaligen Bemühungen des Deutschen Reiches zuvorkommen wollte, bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen eine Lockerung der Versailler Rüstungsbeschränkungen zu erreichen. Der Versuch der deutschen Regierung noch unter Kanzler Brüning, eine solche Änderung des Vertrages zu erreichen, und der Aufbau einer Heimwehr der Danziger Bürger waren für Piłsudski Rechtfertigung genug, Deutschland zu «bestrafen» und daraus weitere Territorialgewinne zu erzielen. Der erste Versuch, die französische Regierung zu einem Angriffskrieg gegen Deutschland zu bewegen, fand im Februar 1933 statt. Piłsudski liess bei den Franzosen in aller Diskretion sondieren, ob Frankreich zu einem Krieg bereit sei, um Deutschland zur Einhaltung der Versailler Bestimmungen zu zwingen. Frankreich ging jedoch nicht darauf ein, weil es sich an das Angriffsverbot aus dem «Kellog-Pakt» gebunden fühlte. Die zweite polnische Sondierung in Paris in Richtung Präventivkrieg fand Mitte April 1933 statt. In Polen fanden damals gerade antideutsche Unruhen statt. Marschall Piłsudski liess seine Truppen in Pommerellen, vor Danzig und an der Grenze zu Ostpreussen aufmarschieren, um die Deutschen zu provozieren. Frankreich zeigte auch nach der zweiten Sondierung Piłsudskis keine Neigung, sich auf einen gemeinsamen Krieg an der Seite Polens gegen Deutschland einzulassen. Unterdessen bot Hitler Piłsudski einen Freundschafts- und Nichtangriffsvertrag an. Am 24. November legte der deutsche Botschafter von Moltke den Vertragsentwurf im polnischen Aussenministerium vor. Dann herrschte für sechs Wochen Funkstille zwischen Warschau und Berlin. Piłsudski versuchte in dieser Zeit ein drittes Mal, Paris zu animieren, einer zukünftigen Wiederaufrüstung Deutschlands durch einen Präventivkrieg zuvorzukommen. Als Frankreich ihm erneut die kalte Schulter zeigt, entschloss sich der polnische Staatschef, seine Aussenpolitik zu ändern. Am 26. Januar 1934 unterzeichneten Reichsaussenminister Konstantin von Neurath und der polnische Botschafter Lipski in Berlin den auf zehn Jahre befristeten deutsch-polnischen Freundschafts- und Nichtangriffspakt. (Schultze-Rhonhof, 402 ff.)

Die Medien und etablierte Historiker sprechen immer wieder davon, dass «Hitler Polen überfallen» habe (Davies, S. 99), dass er «unter minimalen Opfern Polen»

überfiel und dass Stalin «sich an der Invasion Polens» beteiligt hatte (S. 103), dass Hitler «Polen nur unter der geheim gehaltenen Voraussetzung überfallen (hatte), dass Stalin nachziehen würde». (S. 131) Bezüglich der deutschen Minderheiten in Polen behauptet Davies, das NS-Regime habe in den dreissiger Jahren begonnen, «die Unzufriedenheit unter den Deutschen in benachbarten Ländern zu schüren und dadurch den Frieden zu stören. (...) Und in der Freien Stadt Danzig (...) förderten sie eine Kampagne zur Wiedervereinigung mit dem Reich.» (S. 237) Weiter behauptet Davies, die NS-Propaganda habe «seit den zwanziger Jahren aus dem wichtigsten Ziel keinen Hehl gemacht, sich Deutschlands sogenannten Lebensraum im Osten einzuverleiben – was zunächst die Eroberung Polens bedeutete». (S. 244) Immerhin räumt Davies ein, dass Grossbritannien und Frankreich «die Polen gedrängt hatten, eine feste Haltung» gegen Deutschland einzunehmen. (S. 245) Im Klartext kann das wohl nur heissen, dass Polen jede Forderung Deutschlands, und sei sie noch so berechtigt, ablehnen sollte. Dementsprechend kompromisslos verhielten sich die polnischen Politiker.

Nach allgemeinem Sprachverständnis bedeutet der Begriff «Überfall» den Angriff auf einen unvorbereiteten, ahnungslosen Gegner. Mit dem Ausdruck «Invasion» wird der widerrechtliche Einfall in ein fremdes Staatsgebiet und dessen gewaltsame Inbesitznahme verstanden. Nach der Faktenlage war der deutsche Einmarsch nach Polen weder ein Überfall noch eine widerrechtliche Invasion auf einen unvorbereiteten und ahnungslosen Gegner, sondern ein Angriff auf ein zum Krieg gut vorbereitetes und entschlossenes Land. Polen bereitete sich auf diesen Krieg planmässig vor (Teilmobilmachung im März 1939, Generalmobilmachung am 30. August 1939). Es erwartete, ja wünschte sich den baldigen Kriegsausbruch geradezu herbei, um endlich seine lang gehegten territorialen Ansprüche verwirklichen zu können. Dem deutschen «Überfall» gingen zahlreiche Gewalttaten und Provokationen der Polen voraus. Er erfolgte also weder überraschend noch unerwartet oder gar heimtückisch. Der Zweite Weltkrieg wurde durch den deutsch-polnischen Konflikt wegen der Danzig- und Korridorfrage und wegen der völkerrechtswidrigen Unterdrückung und Vertreibung der deutschen Minderheit durch die Polen ausgelöst. Die nachfolgende Chronologie dokumentiert den Expansionsdrang und die Repressionspolitik Polens gegenüber der deutschen Minderheit. Sie zeigt auch, wie sich die beiderseitigen Beziehungen allmählich zuspitzten und wie die kompromisslose Haltung der Polen, die mit der vollen Rückendeckung der Briten und Franzosen rechnen konnten, eine friedliche Konfliktlösung unmöglich machte.

- **Königsberg und Danzig müssen polnisch werden:** In einer Denkschrift vom April 1917 an den damaligen englischen Außenminister Balfour, die auch führenden Politikern der Entente-Mächte zugestellt wurde, erklärte Roman Dmowski, später Mitunterzeichner des Versailler Diktats und neben Piłsudski einer der Vorkämpfer für die Wiedererrichtung Polens u.a.: «...Königsberg muss sich zugleich mit dem die Stadt umgebenden Land, da es zum geographischen Gebiet Polens gehört, früher oder später ökonomisch mit Polen verbinden, in unser Wirtschaftssystem aufgehen... Die Zugehörigkeit Ostpreussens



Roman Dmowski (1864-1939) war als pan-slawisch und pro-russisch eingestellter «Vater des polnischen Nationalismus» ein erbitterter Feind Józef Pilsudskis. Letzterer war auf das mehrheitlich von Weissrussen, Ukrainern und Juden besiedelte «Ostpolen» fixiert. Dmowski hingegen propagierte die «Rückeroberung» des «ehemaligen Westpolens auf deutschem Gebiet».

zu Deutschland schafft einen pathologischen Zustand. An Polen zurückgegeben, wird Danzig von neuem der Haupthafen dieses grossen und reichen Landes sein, und seine Bevölkerung wird schnell wachsen durch die polnische Einwanderung. Das heutige Danzig ist deutsch; aber unter normalen Bedingungen,

d.h. unter Bedingungen einer natürlichen Entwicklung (sie!), wird es unweigerlich eine polnische Stadt werden.»

(Fuchs, S. 50, zitiert aus Dmowski, *Polnische Politik*)

«Magna Charta» des polnischen Expansionismus: In einer Denkschrift an US-Präsident Wilson vom 8. Oktober 1918 fasste Dmowski die polnischen Gebietsforderungen wie folgt zusammen: «Das polnische Gebiet im preussischen Staat zerfällt in vier Provinzen: Posen, Westpreussen, Ostpreussen und Schlesien. (...)

1. Posen: ...Es kann kein Zweifel bestehen an dem Recht des polnischen Volkes auf Posen. Es ist ein wesentlicher Teil Polens und einer der wichtigsten Teile für die künftige Entwicklung des polnischen Volkes...
2. Westpreussen: ...Die amtlichen Ziffern über Danzig stellen diese Stadt als rein deutsch hin. Indessen zeigen private Forschungen auf polnischem Wege, dass fast die Hälfte der Bevölkerung polnisch ist, wenn auch oberflächlich germanisiert... Westpreussen muss nach dem Krieg aus folgendem Grunde zum polnischen Staat gehören:
 - a) es war ein unabtrennbarer Teil des polnischen Staates vor den Teilungen,
 - b) es ist polnisch aufgrund der polnischen Nationalität der Mehrheit seiner Bewohner, mit Ausnahme weniger Kreise, die allerdings germanisiert worden sind...

3. Ostpreussen: ... In sprachlicher Hinsicht ist der grösste Teil des Gebietes Deutsch. In geographischer Hinsicht gehört es zum polnischen Gebiet. In historischer und ethnographischer Hinsicht ist das Land nicht deutsch, da seine Bewohner die Preussen waren, ein Zweig des litauischen Stammes, der später vom Ritterorden germanisiert worden ist. In wirtschaftlicher Hinsicht ist es ein Land, das sich in völliger Stagnation befindet. (...)

Schlesien:... Sehr wichtige Gründe sprechen für den Anschluss Oberschlesiens und dreier Kreise Mittelschlesiens an Polen. Diese Gründe sind die folgenden:

a) In geschichtlicher Hinsicht ist dies ein altes polnisches Gebiet (es heisst sogar Altpolen), das dreimal seine Herren gewechselt hat, jetzt aber, dank einer vor verhältnismässig kurzer Zeit erfolgten Eroberung, preussisch ist.

b) In nationaler Hinsicht ist es ebenfalls polnisch, da die Deutschen dort nur einen sehr geringen Bruchteil der Bevölkerung bilden,

c) Geographisch gehört es zu Polen und bildet eine unbedingt nötige Verbindung zwischen Polen und der Tschechoslowakei, d) Die Gewinnung des schlesischen Kohlebeckens durch Polen würde für dessen industrielle Entwicklung sichere Grundlagen schaffen und aus Polen einen ernsthaften Konkurrenten Deutschlands auf den Märkten Osteuropas machen... Das polnische Schlesien enthält den dritten Teil seines Kohlevorrates. Das Posener polnische Gebiet liegt nur zwei Eisenbahnstunden von Berlin. Das polnische Gebiet Westpreussens endlich bildet die Verbindung zwischen dem eigentlichen Deutschland und dem Königsberger Land, dem deutschen Vorposten, von dem aus Deutschland Russland überwacht, und der Basis für deutsche Einflüsse in den baltischen Provinzen (Kurland, Livland, Estland), wo das deutsche Element, wenn auch nicht sehr zahlreich, doch in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht dominiert...» (Fuchs, S. 52-55)

- **Gründung der Republik Polen:** Am 3. November 1918 proklamierte Marschall Józef Piłsudski die Republik Polen, die zu diesem Zeitpunkt im Wesentlichen aus dem Grossherzogtum Warschau und Westgalizien bestand. Am 13. Dezember 1918 brach die polnische Regierung die Beziehungen zum Deutschen Reich ab. Polen betrachtete sich fortan als Siegermacht. Noch im Dezember 1918 besetzten polnische Truppen die deutsche Provinz Posen, deren Bevölkerung in ihrem Ostteil mehrheitlich polnisch war. Der neue territoriale Besitzstand erschien den Eliten des neuen polnischen Staates keineswegs genügend, sie forderten als Minimum die Wiederherstellung des historischen Polens in den Grenzen von 1772. Mit seinen territorialen Forderungen machte

sich das neue Polen nahezu jedes Nachbarland zu einem potenziellen Gegner. (Post, S. 31 f.; Schultze-Rhonhof, S. 371)

- **Bewusste Irreführungen:** Anfang November 1918 erklärte Dmowski anlässlich seiner Audienz bei Wilson: «Herr Präsident, Sie wissen zweifellos, wie Ihre amerikanischen Polen sich mit dieser Frage (den polnischen Gebietsforderungen) befassen. Die an ihrer Spitze stehenden Leute stammen hauptsächlich aus dem von Preussen geraubten polnischen Gebiete. Wenn wir heute nicht die gebührende Grenze gegenüber Deutschland erhalten, wenn wir nur Posen, aber Schlesien und unsere Ostseeküste mit Danzig nicht bekommen, wird keiner von ihnen verstehen, warum das geschah. Das sind aber Leute, die heute fest an Sie glauben...» Anscheinend hat jene Drohung Dmowskis angesichts der damals bevorstehenden Kongresswahlen ihre Wirkung auf Wilson nicht verfehlt. (Fuchs, S. 55/56)

Die ersten KZ in Europa: Die ersten Konzentrationslager in Europa wurden nach Gründung des polnischen Staates im Posener Gebiet von Polen für Deutsche und andere Nationalitäten errichtet. Vom Herbst 1918 an wurden in den Lagern Szczypiorno und Stralkowo mehr als 8.000 Deutsche interniert, von denen viele nicht überlebten. 1919 hielt man in Szczypiorno u.a. den ehemaligen preussischen Landrat und späteren Sejmabgeordneten Eugen Naumann für sechs Monate fest. Von 1920 bis 1924 wurden dort Soldaten der Volksrepublik Ukraine interniert. Mehr als 1 Million Deutsche verliessen infolge der Unterdrückungsmassnahmen und Enteignungen von 1919 bis 1938 ihre von den Polen okkupierte Heimat. Auch 557.000 Juden flohen aus Polen nach Deutschland. (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 528; Wikipedia, *Szczypiorno*; Roland Bohlinger, *Die polnischen Konzentrationslager*, unter www.heimwerker.x-sites.de)

- **Posener Aufstand:** Mit dem Posener Aufstand am 26. Dezember 1918 begann die gewaltsame Besetzung des Posener Landes durch polnische Streitkräfte und die Vertreibung der deutschen Verwaltung sowie die Amtsenthebung der Beamten aus der in ihrem Westteil mehrheitlich deutsch besiedelten Provinz Posen. Eine deutsche Rückgewinnung Posens wurde von den Alliierten untersagt. Am 17. Februar 1919 wurde ein Waffenstillstand für die Posener Front geschlossen. Die gewaltsame polnische Inbesitznahme erfolgte, bevor die Friedensverhandlungen in Versailles begannen, die das Posener Land ohne Volks-

abstimmung Polen zusprachen. Gleichzeitig mit dem Posener Aufstand unternahmen polnische Truppen den Versuch, auch das mehrheitlich deutsch besiedelte Westpreussen zu erobern. Der Versuch scheiterte am monatelangen Widerstand deutscher Freiwilliger des Grenzschutzes. Obwohl in den für Volksabstimmungen vorgesehenen wenigen Kreisen West- und Ostpreussens am 11. Juli 1920 jeweils mehr als 90 Prozent der Bevölkerung für Deutschland stimmten, wurde das zu mehr als 95 Prozent deutsche Danzig eine «Freie Stadt» und musste das restliche Westpreussen ohne die Abstimmungsgebiete an Polen abgetreten werden. (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 311 ff.; Schultze-Rhonhof, S. 371; Post, S. 32; Wikipedia, *Posener Aufstand*)

- **Hass und Kampf gegen Deutsche:** Am 21. Januar 1919 veröffentlichte der *Dziennik Posenanski* (dt., *Posener Tagblatt*) einen Artikel über das deutsch-polnische Verhältnis. Darin war u.a. zu lesen: «Die Deutschen müssen sich das einmal klar ins Bewusstsein zurückrufen, dass, solange sie die polnischen Landesteile (zu denen die Polen Ostpreussen, Schlesien, Pommern usw. rechnen; Anm. d. A.) besitzen werden, das einzige Verhältnis, das zwischen ihnen und uns obwalten kann, das des Hasses und des Kampfes ist. Die Deutschen irren, die da meinen, dass eine redliche, sogar gewichtige Zugeständnisse mit sich bringende Politik dieses grundsätzliche Verhältnis geändert hätte...» (Fuchs, S. 168)
- **Polnische Gebietsansprüche in Versailles:** Im Februar 1919 forderte die polnische Delegation auf der Versailler Siegerkonferenz neben der Abtretung der Landesteile Westpreussen, Posen und Ost-Oberschlesien mit zwei Millionen deutschen Staatsbürgern ausserdem die Angliederung ganz Oberschlesiens, Ostpommerns, ganz Westpreussens, einschliesslich der rein deutschsprachigen Kreise, zudem des Ermlandes und der Masuren sowie des Memellandes an das neue Polen. Damit verlangte Polen mehr, als es seit 1772 in den drei Teilungen verloren hatte. Die letztgenannten Forderungen scheiterten allerdings am Einspruch der Siegermächte England und Italien. Der britische Premier Lloyd George beurteilte die Forderungen Polens mit Weitsicht, als er am 25. März 1919 sagte: «Der Vorschlag der polnischen Kommission, 2,1 Millionen Deutsche der Aufsicht eines Volkes von anderer Religion zu unterstellen, das noch niemals im Laufe der Geschichte die Fähigkeit zu stabiler Selbstregierung bewiesen hat, muss meiner Beurteilung nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Osteuropa führen...» Der damalige italienische Ministerpräsident Graf Sforza spottete über die polnischen Ansprüche in seinen Erinnerungen: «Diese

Polen waren fürchterlich hartnäckig, mit dem Erfolg, dass jedem übel wurde von ihren ewigen Ansprüchen. Wenn es nach ihnen gegangen wäre, wäre halb Europa ehemals polnisch gewesen und hätte wieder polnisch werden müssen.» (Schultze-Rhonhof, S. 370/371; Post, S. 31/32; Fuchs, S. 57)

- **Sammeldenschrift der polnischen Sachverständigenkommission:**

Im März 1919 legte diese Kommission auf der Pariser Friedenskonferenz eine sogenannte «Sammeldenschrift» vor, in der sich z.B. die folgenden Sätze finden: «Die Germanisierung Danzigs ist oberflächlich; und sobald die Polen das Recht haben werden, sich in der Stadt niederzulassen, wird sie wieder polnisch werden... Danzig wird bald eine vorwiegend polnische Stadt werden, und das ohne irgendeinen Druck und ohne quälende Massnahmen von Seiten der polnischen Autoritäten... Die Einstimmigkeit der öffentlichen Meinung in Polen betreffend Danzig ist derart vollständig, dass ein dauernder Friede solange unmöglich sein würde, als die Mündungen des nationalen polnischen Flusses in den Händen der Feinde Polens bleiben würden... Ferner muss, um Attentate gegen das mit Polen vereinigte Danzig zu verhüten, das ganze Weichseldelta mit Elbing an Polen angeschlossen werden... Die territoriale Isolierung Ostpreussens, dieses Herdes des preussischen Militarismus, ist notwendig für einen dauernden Frieden und muss zu einer freiwilligen und fortschreitenden Entdeutschung (im Original: *degermanisation*) dieses wichtigen strategischen Gebietes führen, von welchem aus die preussische Dynastie ausgezogen ist, um die Welt zu erobern (sie!). (...) Polen muss eine Grenzziehung zu seinem Vorteil in allen Fällen erhalten, wo eine unerbittlich streng ethnographische Grenze aus geographischen, ökonomischen oder strategischen Gründen der Verbesserung bedarf...» Die Denkschrift wurde von damals sehr bekannten polnischen Gelehrten verfasst. (Fuchs, S. 58/59)

- **Polens Einfall in Ostgalizien:** 1919 fiel die polnische «Haller-Armee» unter General Josef Haller de Hallenberg in das bis dahin zu Österreich, nunmehr zur Ukraine, gehörende Ostgalizien ein, wo sich gerade die Westukrainische Volksrepublik bilden wollte. Die Polen eroberten Lemberg und vertrieben bis zum 17. Juli 1919 die letzten ukrainischen Truppen. Gegen den Protest der mehrheitlich ukrainischen Bevölkerung sprach am 21. November 1919 die Alliierte Botschafterkonferenz Polen ein 25-jähriges Mandat über Ostgalizien zu, am 15. März 1923 zudem die volle Hoheit über das Land. (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 312)

- **Polens Einfall in Litauen:** Das vorher russisch besetzte Litauen war 1915 von deutschen Truppen befreit worden. Am 16. Februar 1918 wurde in der Hauptstadt Vilnius (Wilna) das selbständige Litauen ausgerufen, das der deutsche Reichstag im März 1918 anerkannte. Nach dem Abzug der deutschen Truppen im Januar 1919 einigten sich Moskau und Warschau, die zunächst beide Mittellitauen mit Vilnius abwechselnd besetzt und beansprucht hatten, darauf, dass dieser Landesteil bei Litauen bleibe. Am 9. Oktober 1919 überfiel in einem militärischen Handstreich der polnische General Lucjan Zeligowski Mittellitauen erneut und eroberte Vilnius. Die gewaltsame polnische Eroberung wurde von der Alliierten Botschafterkonferenz am 15. März 1923 als polnischer Besitz bestätigt, was Litauen bis 1938 nicht anerkannte.
(*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 312)
- **Herabdrücken des «fremden Elements»:** Der führende nationaldemokratische Politiker Stanislaw Grabski erklärte im Oktober 1919 im Hinblick auf die Deutschen in den neuerworbenen Gebieten, das «fremde Element» müsse von «14 oder sogar 20 v. H. auf 1 Vi v. H.» herabgedrückt werden – In Wirklichkeit gab es dort 35,4% Deutsche. Als Unterrichtsminister reduzierte Grabski zunächst die Zahl der deutschen Schulen, seine Kabinettskollegen sorgten dafür, dass das Erbrecht für Deutsche in einem breiten Grenzstreifen nicht mehr galt (Grenzzonengesetz) und dass Bauernhöfe massenhaft enteignet und zwangsgeräumt wurden. Dazu kam es zu tausendfach verfügten Ausweisungen von Deutschen und zu weiteren administrativen Diskriminierungen. In den Archiven des Völkerbundes in Genf lagern 20 Kisten mit Protesten und Petitionen ausgewiesener Deutscher aus der Vorkriegszeit. (Nawratil, S. 42)
- **Besetzung Oberschlesiens durch alliierte Truppen:** Anfang 1920 wurde Oberschlesien von französischen, britischen und italienischen Truppen besetzt. Unter Duldung der französischen Befehlshaber führten polnische Nationalisten einen rücksichtslosen Kampf gegen die deutsche Bevölkerung. Die Franzosen behinderten sogar die Abwehrmassnahmen der Deutschen gegen die immer stärker werdende Unterdrückung durch die Polen. Erst nach dem Eingreifen der Freiwilligenverbände (Selbstschutz Oberschlesien) gelang es, die Polen zurückzudrängen. (Zentner, S. 48)
- **Deutschland muss vollständig zerschmettert werden:** Im Februar 1920 gab General Jozef Dowbor-Musnicki, Organisator der polnischen Armee in Posen,

nach Inkrafttreten des Versailler Vertrages (Januar 1920) zugleich Oberbefehlshaber für die besetzten deutschen Gebiete, dem Berliner Korrespondenten Pariser Zeitungen, Bonnefon, ein Interview. Auf dessen Frage: «Glauben Sie an einen nahen Krieg?» erwiderte er u.a.: «Nicht in diesem Jahre, aber in 15 Jahren. In diesem Augenblick sind die Deutschen ganz und gar demoralisiert, aber es fehlt nur wenig für sie, um eine grosse Armee zu organisieren... Ich glaube nicht an die bolschewistische Gefahr für Polen. Es ist zu nationalistisch. Selbst die Sozialisten sind hier glühende Patrioten, und das Volk ist zu stolz auf seine wiedererstandene Freiheit, um sich anstecken oder zerdrücken zu lassen. (...) Wir werden nicht ruhig sein, wir werden uns nicht des Friedens erfreuen, solange nicht Deutschland vollständig zerschmettert ist. Es bleibt, unbeschadet seiner vorübergehenden Erniedrigung, gleichsam wie eine ewige Drohung, die über Polen und ganz Europa schwebt.» (Fuchs, S. 185-186)

- **Polens Einfall in die Ukraine:** Am 26. April 1920 fiel Piłsudski mit seinen Truppen über die Curzon-Grenze³⁰ hinweg in die von den Sowjets besetzte Ukraine ein und vertrieb zusammen mit dem nationalukrainischen General Symon Petljura die aufgrund der Revolutionswirren noch schwachen Bolschewisten. Der polnische Überfall, bei dem es zu zahlreichen Gewalttaten gegen die Ukrainer kam,³¹ erregte in der Ukraine und in Sowjet-Russland eine solche Welle des Patriotismus, dass sogar Brussilow, der letzte Oberbefehlshaber des Zaren Nikolaus II., alle zaristischen Offiziere beschwor, sich der Roten Armee gegen die eingefallenen Polen zur Verfügung zu stellen. Noch im Mai 1920 begann an der Westfront unter dem russischen Oberbefehlshaber M.N. Tuchatschewski die Gegenoffensive. Nach der Befreiung von Kiew, Minsk, Vilnius, Grodno und Bialystok rückten die russischen Truppen weiter auf Lemberg und Warschau vor. Als die Russen dann vor Warschau standen, baten die Polen die

30 Am 8. Dezember 1919 schlug der Oberste Rat der Alliierten als polnische Ostgrenze die «Curzon-Linie» vor, die ungefähr der polnischen Siedlungsgrenze entsprach; westlich dieser Linie war die Mehrheit der Bevölkerung polnisch, östlich davon weissrussisch oder ukrainisch. Die Polen wollten diese Grenze jedoch nicht akzeptieren. Ihnen schwebte die Grossmachtstellung Polens «in seinen ‚historischen‘ Grenzen von 1690» vor.

31 Nach der Eroberung der Westukraine durch Polen östlich der «Curzon-Linie» berichtete der französische Slawistikprofessor Martel: «Es wurde erschossen, gehängt, gefoltert, eingesperrt, beschlagnahmt... Viele ukrainische Priester wurden hingerichtet. Um Überfullungen zu vermeiden, machten die Polen keine Gefangenen... Die Gefängnisse von Lemberg quellen über von Ukrainern aller Schichten..., deren einziges Verbrechen darin bestand, Ukrainer zu sein oder ukrainisch zu sprechen.» (Schultze-Rhönhof, S. 392)

Alliierten um Hilfe. Der britische Aussenminister Curzon übermittelte im Juli 1920 einen Waffenstillstandsvorschlag mit der «Curzon-Linie» als Grenze. Engländer und Franzosen sandten zudem eine Beraterkommission unter dem Kommando des französischen Generals Weygand. Zusammen mit der polnischen Armeeführung gelang ihnen die Abwehr des sowjetischen Angriffs vor den Toren Warschaus, was am 19. August 1920 zum Sieg über die Russen, dem unerwarteten «Wunder an der Weichsel», führte. Am 12. Oktober 1920 wurde der Waffenstillstand und am 18. März 1921 der Frieden von Riga geschlossen. Dieser legte die Grenze zwischen Polen und der Sowjetunion nicht entlang der ethnographisch gerechteren «Curzon-Linie» fest, sondern 200 bis 300 Kilometer östlich davon. Am 15. März 1923 wurde die neue Grenze vom «Obersten Alliierten Rat» in Paris auf Fürsprache der Franzosen anerkannt, obwohl das Selbstbestimmungsrecht der betroffenen weissrussischen und ukrainischen Bevölkerungsteile eindeutig verletzt worden war. Grosse Teile mit ukrainischen und weissrussischen Menschen kamen unter die Herrschaft Warschaus. Das neue Polen war somit ein Vielvölkerstaat mit weissrussischen, ukrainischen, litauischen, jüdischen und deutschen Minderheiten, die zusammen fast ein Drittel der Bevölkerung ausmachten. Polen hatte einen starken Rückhalt insbesondere in Frankreich, weil man dort seine Machterweiterung auf Kosten Russlands nicht ungern sah, spielte doch Polen in der Nachkriegspolitik der Franzosen die Rolle eines «Wächters über Deutschland im Osten» und eines «Bollwerks gegenüber dem sowjetischen Russland». (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 263 ff.; 311 ff.; Post, S. 33)

- **Freie Stadt Danzig und Westerplatte:** Am 15. November 1920 wurde Danzig, die alte deutsche Hansestadt und Hauptstadt der Provinz Westpreussen, nach dem Beschluss der Siegermächte ohne Volksabstimmung vom Deutschen Reich getrennt und unter «den Schutz des Völkerbundes gestellt». Die Bürger Danzigs verloren die deutsche Staatsbürgerschaft und wurden zu Staatsbürgern eines neu gebildeten «Freistaates Danzig». In der Stadt und in deren Umland lebten zu der Zeit 340.000 Menschen. 97% waren Deutsche und 3% Polen. Die von der Bevölkerung mehrmals verlangte Volksabstimmung wurde vom Völkerbund abgelehnt. Den Polen wurden in Danzig weitgehende politische und wirtschaftliche Rechte eingeräumt, die später zu Streitigkeiten mit den Deutschen führten. Am 14. März 1924 beschloss der Völkerbundsrat, die Halbinsel «Westerplatte» im Danziger Hafen der polnischen Regierung zur Verfügung zu stellen und dort das Einlagern und Weiterbefördern von Kriegsmaterial zu

genehmigen. Der Danziger Senatspräsident Heinrich Sahn wehrte sich entschieden gegen die Einrichtung eines polnischen Munitionslagers. Allen Protesten Danzigs zum Trotz genehmigte der Völkerbundsrat den Polen die Aufstellung einer militärischen Wachmannschaft (zwei Offiziere, 20 Unteroffiziere und 66 Mannschaften) für die Westerplatte. Die Polen hatten das Munitionslager systematisch festungsartig ausgebaut. Früher war die Westerplatte eine der beliebtesten Seebäder der Danziger Bevölkerung. Anstelle der Erholungsstätten wurden nun Bunker gebaut, Ausschachtungs- und Planierungsarbeiten begannen, bald umgrenzte eine mächtige Ziegelmauer die hermetisch abgeschlossene Halbinsel. (Schultze-Rhonhof, S. 377 f.; Zentner, S. 48; Rüdiger Ruhnau, *Der Kampf um die Westerplatte*, in: *Ostpreussenblatt* vom 1. September 2001, www.webarchiv-server.de, siehe dort auch Eintrag März 1933)

- **Kleine Entente:** Polen schloss am 19. Februar 1921 mit Frankreich einen Bündnisvertrag, in dem sich beide Staaten versprachen, sich im Falle eines nicht provozierten Angriffs durch dritte Staaten gegenseitig beizustehen. Der Vertrag wurde durch eine geheime Militärkonvention ergänzt, die alle Einzelheiten der französischen Unterstützung im Falle eines deutschen oder sowjetischen Angriffs gegen Polen regelte. (Schultze-Rhonhof, S. 408; *Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 267)
- **Volksabstimmung in Oberschlesien:** Oberschlesien sollte ursprünglich ohne Abstimmung an Polen abgetreten werden, aber es gelang der deutschen Verhandlungsdelegation in Versailles, eine Volksbefragung zu erwirken. Bereits im August 1919 und im August 1920 hatten die Polen versucht, durch Aufstände die Volksabstimmung zu verhindern und vollendete Tatsachen zu schaffen. Als dann am 20. März 1921 die Volksabstimmung stattfand, wurde die polnische Seite massiv von den Franzosen, die die Hauptmasse der Besatzungstruppen stellten, unterstützt. Morde an Deutschen, Einschüchterungen, Vertreibungen und Verhinderung deutscher Wahlpropaganda waren an der Tagesordnung. Die Reichsregierung hat darüber in zwei Weissbüchern berichtet. In der Volksabstimmung votierten 717.122 = 59,6% Wähler für den Verbleib bei Deutschland und 433.514 = 40,4% Wähler für eine Abtretung an Polen. Daraufhin entschied die Botschafterkonferenz in Paris, Oberschlesien zu teilen und Ostoberschlesien mit den wichtigen Industriegebieten und einer Bevölkerung von über 400.000 Deutschen dem wiedergegründeten Polen anzugliedern. Polen erhielt 25 Prozent der Fläche, 42,5 Prozent der Bevölkerung mit oft mehrheitlich deutschen Städten wie Königshütte und Kattowitz und rund 85

Prozent der Kohlevorräte. (Wikipedia, *Volksabstimmung in Oberschlesien*; Zentner, S. 48; *Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 260 f.)

- **Polnische Aufstände in Oberschlesien:** Nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses in Oberschlesien löste der frühere polnische Reichstagsabgeordnete, Wojciech Korfanty, in der Nacht vom 2. zum 3. Mai 1921 den dritten Aufstand aus. Polnische Aufständische und reguläre polnische Truppen eroberten bis zum 5. Mai den Osten Oberschlesiens bis zum Oderlauf, ein Gebiet um ein Viertel grösser als das Saargebiet. Die Reichsregierung protestierte mehrmals bei den Regierungen der Siegermächte. Frankreich versuchte, die polnische Regierung unter ihren Schutz zu stellen und drohte, dass es einen Einsatz der Reichswehr in Oberschlesien als Bruch des Vertrages von Versailles ansehen und mit einer Besetzung des Ruhrgebietes ahnden werde. Ab dem 9. Mai 1921 versuchten die Polen, weiter nach Westen vorzustoßen. Freiwillige aus ganz Deutschland und aus Österreich bildeten nun Freikorps und begannen ab 21. Mai, das verlorene Land zurückzuerobern. Vom 21. bis 25. Mai lieferten sich Polen und deutsche Freikorps eine Entscheidungsschlacht am Anaberg. Der grösste Teil der polnischen Eroberungen konnte dabei für Deutschland zurückgewonnen werden. Noch als die Schlacht in vollem Gange war, gab die Reichsregierung in Berlin unter massivem Druck aus Paris per Erlass bekannt, dass jeder deutsche Freikorpsmitglied, der an den Kämpfen in Oberschlesien teilnimmt, mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 100.000 Mark bestraft wird. (Schultze-Rhonhof, S. 386 f.; Nawratil, S. 43)
- **«Jetzt kommt ihr alle dran»:** Im Frühjahr 1921 wurden in der Stadt Posen Plakate geklebt und Flugblätter verteilt, auf denen zu lesen war: «Mit diesem Besen werden wir die letzten Deutschen aus Polen hinausfegen. Wer noch im Juli da ist von dem deutschen Gesindel, wird ohne Ausnahme niedergemacht, und die grössten Hakatisten³² werden mit Benzin, Petroleum und Teer begossen, angesteckt und verbrannt... Jetzt kommt ihr alle dran, alle Ärzte, Pastoren, Rechtsanwälte, Domänenpächter, Ansiedler, Besitzer aller Art – wer Deutscher oder Jude ist.» (Siegfried Heppner, *Die mitteleuropäische Slawenfrage*, 1995, S. 110)

32 Das polnische Schimpfwort HKT = HaKaTa = Hakatist wurde für einen Feind Polens aus den Anfangsbuchstaben der Gründer des «Deutschen Ostmarkenvereins», Ferdinand von Hansemann-Pempowo, Rittergutsbesitzer, Hermann Kennemann-Klenka, Landesökonomierat, und Heinrich von Tiedemann-Seeheim, Rittergutsbesitzer, gebildet. (Wikipedia, *Deutscher Ostmarkenverein*)

- **Polnische Gebietsansprüche:** Die Polen waren mit der neuen Westgrenze keineswegs zufrieden. In zahlreichen amtlichen und privaten Erklärungen wurde eine weitere Revision der polnischen Westgrenze auf Kosten Deutschlands gefordert. So zum Beispiel von der Warschauer Zeitung *Die Republik Polen* vom 23. Mai 1922: «Die Zerreißung Oberschlesiens ist, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, eine Ungeheuerlichkeit. Ein unabhängiges Danzig sperrt uns den Zugang zum Meer, der pommerellische Korridor ist von zwei Seiten bedroht... Alle unsere polnischen Vereine müssen sich zusammenschließen, um den Kampf gegen das Deutschtum zu führen. Die Seebrise belebt die Phantasie der polnischen Patrioten (...) und diese Phantasie streckt die Arme aus nach den Westslawen an der Elbe und an der Oder... Von der Posener Hochschule aus sollten die Ermländer und Masuren gearbeitet werden, sogar die Lausitz mit ihren Bewohnern, den Wenden, soll in Angriff genommen werden... Der slawische Gedanke wird siegen!» (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 261/262)
- **Danzig je eher desto lieber Polen einverleiben:** Der von 1921 bis 1924 in der Freien Stadt Danzig amtierende polnische Generalkommissar, Leon Pluciriski, erklärte gemäss *Gazeta Warszawska* vom 29. Juni 1922: «Der Völkerbund hat die Selbständigkeit Danzigs gewährleistet. Polen aber erkennt diese im Grunde nicht an und möchte Danzig je eher desto lieber Polen einverleiben.» Zu dieser Zeit lebten im «Freistaat» 353.000 Deutsche (96,7%) und 12.000 Polen (3,3%). (Oscar Reile, *Der deutsche Geheimdienst im Zweiten Weltkrieg*, München, 1989, S. 29)
- **Flüchtlingsproblem in Oberschlesien:** Am 5. Oktober 1922 beklagte der preussische Landtag in Berlin das Flüchtlingsproblem in Oberschlesien. So müssten die Städte Hindenburg, Beuthen und Gleiwitz insgesamt über 20.000 Vertriebene aus dem polnisch okkupierten Teil Oberschlesiens aufnehmen. (Historisches Kalenderblatt, in: *Junge Freiheit* 41/12, 5. 10. 2012)
- **Kampforganisation gegen das Deutschtum in Polen:** Im Jahr 1922 wurde der sogenannte «Westmarkenverein» als Kampforganisation gegen das Deutschtum allgemein und besonders gegen die deutsche Minderheit in Polen gegründet. Der Verein hiess vollständig: *Verband zur Verteidigung der Westmarken* (poln. *Związek Obrony Kresow Zachodnich*) und hatte die Aufgabe, «den polnischen Besitzstand in den Westgebieten (d.h. Ostoberschlesien, Posen und Westpreussen) in allen Bereichen des Lebens zu befestigen». Demgemäss war

er von Anfang an die treibende Kraft der polnischen Enteignungspolitik und übte in diesem Sinne sowohl auf die Gesetzgebung wie auch auf die gesamte öffentliche Meinung (Presse, Rundfunk, andere Verbände usw.) stärksten Druck aus. Der Verein hatte seinen Hauptsitz in Posen und umfasste 1930 ungefähr 35.000 Mitglieder in nahezu 500 Ortsgruppen. (Fuchs, S. 115/116)

Der «Westmarkenverband» (ZOKZ, später PZZ) gab ein eigenes Mitteilungsorgan, die *Westwacht* (poln., *Straznica Zachodnia*), heraus und machte durch zahlreiche Propagandaveranstaltungen auf sich aufmerksam. Der Verband forderte seit seiner Gründung eine radikale «Entgermanisierung» der 1919/1920 gewonnenen Gebiete sowie eine weitere Ausdehnung Polens auf Kosten Deutschlands, vor allem in Richtung Ostpreussen und Oberschlesien. So bezeichnete der «Westmarkenverband» in seinem offiziellen Programm von April 1926 die Oder als «natürliche Grenze Polens» im Westen und gab die «aktuelle Devise» aus: «Von Stettin bis Polangen». Ende Juli 1930 forderte der Verband eine Ausdehnung nach Norden (Ostpreussen, Pommern): «Wir werden solange danach rufen und es verlangen, bis die polnische Fahne wieder in Danzig, über Ermland und Masuren, sowie fern an der Elbe, mindestens aber über Stolp wehen wird.» Man wollte die Westgrenze Polens weit nach Deutschland hinein verlegen, wenn möglich bis vor Berlin oder noch weiter bis ins Wendland. Zahlreiche politische und gesellschaftliche Kreise waren darüber hinaus der Ansicht, dass Polen durch den Versailler Vertrag noch nicht ausreichend saturiert worden sei. Entsprechende Forderungen wurden offen in der Presse, in Büchern und Broschüren und vor allem von Verbänden lautstark formuliert und waren dementsprechend auch in Deutschland bekannt. (Karl-Heinz Kühlmann, *Appetit auf deutsches Bauernland*, in: *Junge Freiheit* 46/10, 12.11. 2010)

- **Planmäßige Entdeutschung:** Die planmäßige Entdeutschung der in Versailles abgetretenen Gebiete wurde von den Polen ganz öffentlich verkündet. Am 10. April 1923 erklärte der damals amtierende polnische Ministerpräsident, General Wiadyslaw Sikorski, bei einer Rede im Posener Rathaus: «Es liegt in unmittelbarem Interesse der (polnischen) Minderheit, dass dieser historische Prozess, den man Entdeutschung der westlichen Wojwodschaften nennt, in einem möglichst kurzen und raschen Tempo vollführt werde... Der Starke hat immer Recht, und der Schwache wird als besiegt angesehen, und man schiebt ihn auf den zweiten Platz. Ich stelle fest, dass am Vortage der Aufnahme der Liquidie-

rungsaktion deutscher Güter, die der Herr Stadtpräsident erwähnte, unsere bisherige Nachgiebigkeit und unser Schwanken einer radikalen Änderung unterliegen müssen. Die Regierung, die ich repräsentiere, will, dass diese Angelegenheit innerhalb eines Jahres bestimmt geregelt wird.» (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 528/529)

- **Polen kann nur als Grossmacht existieren:** Am 28. April 1923 erklärte Polens Staatspräsident Stanislaw Wojciechowski zur polnischen Politik gegenüber Danzig: «Man muss Danzig alle lebenswichtigen Säfte unterbinden, und dies so lange, bis Danzig (...) eine loyale Zusammenarbeit sucht und Polen als Grossstaat und Macht anerkennt, die in Danzig nicht nur geschriebene, sondern auch natürliche Rechte hat.» Am 29. April 1924 erklärte das polnische Staatsoberhaupt im Posener Rathaus anlässlich der Eröffnung der dortigen Messe: «Die notwendige Bedingung unserer Existenz als Staat ist die Vereinigung aller polnischen Länder; denn Polen kann nur als Grossmacht existieren... Dank dem allgemeinen Kriege, den Anstrengungen unserer Väter und unseren eigenen Anstrengungen, die sich auch im Posener Aufstand gezeigt haben, haben wir viel erreicht von dem, was uns zustand. Aber man muss sagen, dass wir noch nicht alles erreicht haben, dass noch nicht alle polnischen Länder, nicht alle für die Vollkommenheit unseres Landes unerlässlichen Zentren mit der Mutter vereinigt sind...» (Fuchs, S. 99/100)
- **Petitionen und Proteste wegen diskriminierender Behandlung:** Zwischen 1919 und 1934 richteten die deutschen Behörden wegen der Verletzung des Minderheitenabkommens vom 28. Juli 1919 mehrere tausend Proteste an den Völkerbund. Bei den meisten Beschwerden ging es um die Frage der polnischen Staatsbürgerschaft und um die weitverbreitete Enteignung deutscher Bauernhöfe und Zwangsäumung der deutschen Besitzer, wozu die diskriminierende polnische Rechtsprechung beigetragen hatte. Ein typischer Fall von Zwangsäumung kam vor den Haager Gerichtshof, der am 10. September 1923 nach dem vorliegenden Tatbestand sein Gutachten abgab. Der Gerichtshof befand, «dass die angefochtenen Massnahmen praktisch eine Aufhebung legaler Rechte sind, die den Bauern vertraglich zustehen. Da sie (die Massnahmen) tatsächlich gegen eine Minderheit gerichtet sind, sie einer diskriminierenden und ungerechten Behandlung ausliefern, der andere Bürger mit Verträgen über Kauf und Pacht nicht unterworfen sind, stellen sie einen Bruch der von Polen eingegangenen Verpflichtungen innerhalb des Minderheitenabkommens dar.» Solche Fälle tauchten oft vor dem Gericht oder in Petitionen auf, die bis zum

Jahre 1934 dem Völkerbund zuzugingen, als die polnische Regierung sich schliesslich von dem Minderheitenschutzabkommen am 13. September 1934 lossagte, (de Zayas, S. 28/29)

- **Trotz Abstimmungsniederlage gibt Polen die Gebiete nicht auf:** Am 10. September 1923 veröffentlichte der ehemalige Plebiszitkommissar, Taddäus Ostrowski, in der *Gazeta Bydgoska* (dt., *Bromberger Zeitung*) einen Aufruf, in dem u.a. zu lesen war: «...Trotz der unglücklichen Abstimmung im Weichselgebiet, Ermland, Masuren und Oberschlesien gibt Polen das Recht auf den Besitz dieser Gebiete nicht auf. Als nach der Abstimmungsniederlage in Ostpreussen der dortige Polenverband die Landsleute bat, das Gebiet nicht zu verlassen, ist der grösste Teil der Polen dortgeblieben. Umso mehr, da die polnische Regierung durch Minister Dr. Wroblewski versicherte, dass keinem Polen in Deutschland ein Haar gekrümmt werde und dass Polen niemals seine Brüder vergessen wird. Jetzt muss man dieses Versprechen erfüllen.» (Fuchs, S. 121, unter Bezugnahme auf die *Deutsche Tageszeitung* vom 11. September 1923)
- **Gelegenheit für eine Aktion:** Am 21. November 1923 veröffentlichte die Warschauer Zeitung *Rzeczpospolita* (damals im Besitz Korfantys) einen Aufsatz, der von der «Polonia irredenta»³³ handelte: «...Es gibt gewissermassen zwei Polen: ein im Krieg erlangtes offizielles, für die übrige Welt geeintes Polen, und ein zweites inoffizielles, nichterlangtes, ‚unbefreites Polen‘, nämlich Ostpreussen, das Jahrhunderte lang durch Lehnrecht zu Polen gehörte. Bei einem gesunden Volkskörper hätte dieses andere, unbefreite Polen nicht aufhören müssen, Gedanken und Lippen jenes ersten Polen zu beschäftigen... Wir sprechen von einem ungeteilten Polen, von einem Polen, das heute für uns verloren gegangen ist, aber morgen schon unter gemeinsamem Dache mit uns leben wird! Die verhängnisvolle ostpreussische Abstimmung hat die Frage der Zugehörigkeit dieses Landes schändlich gefälscht. Die ‚Polonia irredenta bietet alle Möglichkeiten, zum Volksleben erweckt zu werden – wollen wir sie nur erwecken!« Dasselbe Blatt beschäftigte sich in einem Artikel vom 10. Dezember 1923 abermals mit der «Ostpreussischen Frage» und führte dazu u.a. aus: «Der Preusse fürchtet, dass die Zeit kommen wird, in der (...) Polen die Frage ganz Ostpreussens (...) aufrollen wird. In der Tat kann es sein, dass diese Stunde, in der Polen Gelegenheit haben wird, eine Aktion zur Rettung dieses

33 Irredenta; politische Unabhängigkeitsbewegung, die den Anschluss abgetrennter Gebiete an das Mutterland anstrebt.

wertvollen Volkes aus dem teutonischen Strudel zu unternehmen, früher schlagen wird, als wir es erwarten. Für die Zukunft des polnischen Staates sind diese Gebiete unentbehrlich.» (Fuchs, S. 169/170, unter Bezugnahme auf die *Vossische Zeitung* vom 22. November 1923 und die *Deutsche Zeitung* vom 3. Dezember 1923)

- **Polnische Expansionsziele und der unabwendbare Krieg mit Deutschland:**
1923 schrieb der spätere Vizepräsident Stanislaw Grabski, damals Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten im Parlament in Warschau, in seinen *Bemerkungen über den gegenwärtigen geschichtlichen Zeitpunkt in der Entwicklung Polens* über die «polnischen Gebiete» und «die Richtung der nationalen Expansion» folgendes: «...Vor allem besteht für die Machtpolitik Polens noch immer dasselbe grundlegende Dilemma, das auf unserer ganzen bisherigen Geschichte lastet, nämlich die Frage: Welche Richtung soll die Expansion des polnischen Volkes einschlagen? Die nördliche nach der Ostsee oder die südöstliche nach der Ukraine und dem Schwarzen Meer? (...) Entweder wir lenken die polnische Machtausdehnung ostwärts gegen Russland, indem wir uns die Periode seiner Ohnmacht zunutze machen, oder aber wir setzen unsere ganze uns zur Verfügung stehende Kraft dafür ein, dass die ostpreussische Frage durch Polen im Sinne Polens entschieden wird... In der neueren Geschichte findet sich kein Beispiel dafür, dass ein Volk auf irgendeinen seiner Bestandteile nur darum verzichtet hätte, weil es sich in dieser Zeit noch ausserhalb seiner Staatsgrenzen befand. (...) Ebenso kann das polnische Volk den Ausgang des Plebiszits in Masuren nie als einen endgültigen Spruch der Geschichte anerkennen. (...) Die Verbreitung des polnischen Buches und der polnischen Zeitung, der polnischen Zivilisation, der polnischen politischen Ideen, des polnischen Handels und der polnischen Industrie muss, trotz aller Hindernisse, unentwegt nach Norden drängen, d.h. zu den masurischen Seen und zum Baltischen Meere... Die polnische Arbeit in den Masuren und in Ermland muss künftig, auf lange Jahre hinaus, zum vaterländischen Programm unserer Jugend gehören...(...) Von der Energie, die wir in dieser Richtung entwickeln, hängt nicht nur die Grösse und die Macht Polens ab, sondern nahezu seine Existenz. Denn in der Tat, der Bestand der Republik Polen wird erst dann dauernd gesichert sein, wenn wir in dem mit Deutschland unabwendbaren Kriege siegen, in den sich Deutschland stürzen wird, sobald es sich von der im Weltkrieg davongetragenen Niederlage erholt hat.» (Fuchs, S. 76-79)

- **Zündstoff für einen neuen Weltbrand:** Am 17. März 1925 fasste der «Westmarkenverein» in Bromberg folgende Entschliessung: «Wir lenken die Aufmerksamkeit aller internationalen Faktoren (...) daraufhin, dass jede Anzweiflung der polnischen Grenzen den Zündstoff für einen neuen Weltbrand bilden muss. Wir machen die englische und alle diejenigen internationalen Politiker, die auf Kosten Polens den Frieden der Welt sichern wollen, darauf aufmerksam, dass der Hauptkessel, in dem dauernd der Vulkan der deutschen Vergeltung brennt, Ostpreussen ist, das uralte litauisch-polnische Land, das durch Raub seinen Besitzern entrissen worden ist... Wir fordern die Streichung Ostpreussens von der Karte Europas und die Zuteilung des nördlichen Teiles desselben an Litauen und des südlichen – Masuren und Ermland – an Polen. Erst dann wird sicher in Europa Frieden einkehren.» Bei Strassenkundgebungen wurden Tafeln mit folgenden Aufschriften getragen: «Wir werden Pommerellen mit der Waffe verteidigen!», «Wir gehen nicht wieder unter das kreuzritterliche Joch!», «Gebt uns Masuren und Ermland wieder!» (Fuchs, S. 116/117)
- **Mit dem Bajonett auf die Karte zeigen:** Über die Verwirklichung der polnischen Territorialziele schrieb die *Gazeta Warszawska* anlässlich der Graudenz-Pommerellen-Ausstellung³⁴ im Juni 1925: «... Der Korridor ist so, wie er jetzt ist, entschieden zu eng; früher oder später muss man ihn verbreitern. Die Deutschen haben die Dreistigkeit, Tag für Tag nach der Kassierung des Korridors zu brüllen. Die einzige Antwort auf dieses Gebrüll ist die entschiedene Forderung nach Erweiterung des Korridors, und zwar nach Westen und nach Osten, einschliesslich ganz Ermlands. Wenn wir mit dieser Idee nicht gleich hervortreten und zugleich mit dem Bajonett auf der Karte zeigen, wo der Korridor verbreitert werden muss, so wird das Gebrüll der deutschen Presse über den pommerellischen Korridor nicht still werden...» (Fuchs, S. 171)
- **Korrektur der Ostgrenzen notwendig:** Der deutsche Reichsaussenminister Gustav Stresemann bekräftigte in einem Brief vom 7. September 1925 die grundsätzliche Haltung Deutschlands gegenüber Polen: «Eine meiner wesentlichen Aufgaben ist die Korrektur der Ostgrenzen: Die Wiedergewinnung Danzigs, des polnischen Korridors und eine Korrektur der Grenzen Oberschlesiens: dass wir die Grenze im Osten nicht anerkennen, habe ich zum Leidwesen der

34 Pommerellen («Weichselpomern») ist eine sich über südöstliche Teile der Ostseeküste erstreckende historische Landschaft an der Weichselmündung.

polnischen Regierung einst in einer öffentlichen Rede im Auswärtigen Ausschuss zum Ausdruck gebracht, als ich erklärte, dass keine deutsche Regierung von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten jemals die Grenze des Versailler Vertrages anerkennen würde.» Der Verlust der gänzlich oder überwiegend deutsch bevölkerten Landesteile Danzig und Westpreussen wurde im Deutschen Reich nach 1920 von keiner politischen Kraft akzeptiert. Eine spätere Änderung der deutsch-polnischen Grenze war das gemeinsame Anliegen aller Parteien im Reichstag von ganz rechts bis ganz links. (Schultze-Rhonhof, S. 397)

- **Ohne Königsberg und ohne Ostpreussen kann Polen nicht existieren:** Am 9. Oktober 1925 konnte man in der *Gazeta Gdanska* (dt., *Danziger Zeitung*) lesen: «...Polen muss darauf bestehen, dass es ohne Königsberg, ohne ganz Ostpreussen nicht existieren kann. Wir müssen jetzt in Locarno fordern, dass ganz Ostpreussen liquidiert wird... Sollte dies nicht auf friedlichem Wege geschehen, dann gibt es ein zweites Tannenberg...» Gemeint war dabei jene Schlacht von 1410, in der ein polnisch-litauisches Heer das Heer des Deutschen Ordens geschlagen und dessen politischen Niedergang eingeleitet hatte. (Fuchs, S. 172; Schultze-Rhonhof, S. 401)
- **Polnische Agrargesetzgebung diskriminiert deutsche Landwirte:** Die polnische Agrargesetzgebung sah seit 1925 die Parzellierung des Grundbesitzes von mehr als 180 Hektar vor. Diese Massnahme traf vor allem die deutschen

³⁹ Die *Gazeta Gdanska* war trotz ihres Namens in Wirklichkeit keine in Danzig erscheinende Zeitung, vielmehr ein sogenanntes Kopfblatt, das auswärts hergestellt wurde und überdies seinen «Kopf»⁴ im Laufe der Jahre öfter gewechselt hat. (Fuchs, S. 171)

Landwirte in den westlichen Wojwodschaften Pommerns und Posens, wo der Anteil der deutschen Güter immerhin zwischen 35 und 60 Prozent betrug. Unter diesem Druck wanderten zwischen 1919 und 1926 weit über eine halbe Million Deutsche aus den ehemaligen Provinzen Posen und Westpreussen in das Deutsche Reich ab. (Grube/Fuchs, a.a.O., S. 15)

«So antworten wir»: In einer Rede vom 20. März 1926 forderte der bekannte und einflussreiche Sejm-Abgeordnete Stanislaw Stronski Ostpreussen und

Schlesien. Bei einer der vielen sogenannten ‚Abstimmungsfeiern‘, wie sie regelmässig am 20. März an vielen Orten Ostoberschlesiens abgehalten wurden, verkündete Stronski als Festredner u.a.: «Wenn die Deutschen von Grenzänderung sprechen und uns zurufen: Pommerellen! – so antworten wir: Ostpreussen! Wenn sie bestrebt sind, Oberschlesien zu rauben, so erinnern wir daran, dass uns 1919 das ganze Schlesien ohne Abstimmung zugesprochen wurde. Wir hatten die Mehrheit in viel grösserem Gebiete. Wenn die Deutschen rufen: Kattowitz! – dann rufen wir Gleiwitz, Gross-Strehlitz, Ratibor und Oppeln!» (Fuchs, S. 112)

Von Stettin bis Riga: Am 5. April 1926 gab die *Gazeta Gdanska* in einem Artikel für die Richtung der polnischen Expansion zwei Parolen aus: «...Preussen, das nach dem Korridor drängt und das uns von zwei Seiten umgibt, macht unsere Lage im Korridor geradezu tragisch. Wir müssen darum das Polentum im Korridor stärken, besonders aber die Masuren aus dem nationalen Scheintod erwecken und organisieren und eine starke Handels- und Kriegsflotte schaffen. Es hängt viel von Russland ab. Doch können wir uns mit Russland leicht verständigen und Russlands Expansionsgelüste auf Dehli und Kalkutta lenken, während wir selbstverständlich unseren Marsch auf Stettin und Königsberg richten. Die natürliche Grenze Polens ist im Westen die Oder., im Osten die Düna in ihrem Mittel- und Unterlauf. Darum lautet unsere Parole: Von Stettin bis Riga! Doch fürs erste wollen wir Russland nicht reizen, weil es Riga nicht für immer aufgeben möchte. Es wird uns auch so später gehören. Unsere jetzige Parole lautet: Von Stettin bis Polangen. Deutschland ist machtlos. England wird mit Russland zu tun haben,

und wir werden mit Hilfe Frankreichs freie Hand gegen Deutschland haben...» (Fuchs, S. 172/173, vgl. auch *Deutsche Zeitung* vom 24. April 1926)

Natürliche Grenzen Polens: Im Manifest des polnischen «Westmarkenvereins» vom April 1926 heisst es: «Die natürliche Grenze Polens ist im Westen die Oder, im Osten die Düna. (...) Unsere aktuelle Devise ist dies: von Stettin bis Polangen!» Polangen liegt nahe der nördlichen Grenze Litauens, diese Forderung schliesst also die Annexion ganz Litauens ein. Der polnische Ministerpräsident Antoni Ponikowski erklärte in Posen: «Der Prozentsatz der Nichtpolen ist bei uns entschieden zu hoch! Posen kann uns den Weg weisen, in welcher Weise der Prozentsatz der Fremden von 14 oder sogar 20% auf anderthalb

Prozent gebracht werden kann... Das polnische Land ist ausschliesslich für Polen da!» (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 262)

- **Ostpreussen umklammern:** Im Dezember 1927 schrieb das Lemberger Blatt *Slowo Polskie* (dt., *Polnisches Wort*) über Polens Angriffspläne gegen Litauen: «... Die litauische Frage gehört zu den wichtigsten Problemen der polnischen Politik. Der Versailler Friedensvertrag hat Polen die Möglichkeit gegeben, seinen Drang nach dem Norden zu verwirklichen. Auf diese Weise hat Polen zwei Fangarme erhalten, einen über Danzig und den anderen über Wilna und Kowno, die es Polen ermöglichen sollten, Ostpreussen zu umklammern und sich letzten Endes an der Meeresküste festzusetzen. Diesem Ziele stellt sich aber das jetzige Litauen, das unter deutschem und russischem Einflusse steht, entgegen.» Schon ein flüchtiger Blick auf die Landkarte bestätigt die ungeheure Gefahr, die Ostpreussen im Falle der Erneuerung der polnisch-litauischen Union drohen würde. (Fuchs, S. 137)
- **Für Polen ist noch ein Waffengang notwendig:** Am 19. Januar 1928 veranstaltete der «Verband der polnischen Reserveoffiziere» in Warschau ein Bankett, an dem führende Vertreter des Staates teilnahmen. Der Hauptredakteur des Militärblattes *Polska Zbrojna* (dt., *Bewaffnetes Polen*, Piłsudskis Leiborgan), Wladislaw Ludwig Evert, sagte in seiner Rede: «Nur durch Kampf und die Gewalt des Schwertes kann ein Staat erstarken. Die Majestät des selbständigen Polenstaates ist, obwohl sie in den Purpurmantel des Blutes bekleidet ist, noch nicht genügend erstarkt. Für Polen ist noch ein Waffengang notwendig. Nicht kleine Gruppen, sondern Hunderttausende müssen sich diesem blutigen Tanz noch einmal hingeben, damit die Ideen und Befehle des obersten Heerführers unter der Begleitung des Kampfgetöses in die Herzen der Polen eindringen können. Ich erhebe das Glas auf das Wohl des blitzenden Säbels, der den gordischen Knoten zerschneiden soll. Ich erhebe das Glas auf das Wohl des hochgezogenen Säbels des allerhöchsten Führers.» Der aktive Oberst der polnischen Armee, zugleich Leiter der militärischen Jugendausbildung, Ulrich, erwiderte darauf folgendes: «Polen hat nie richtig die Bedeutung des Meeres eingeschätzt. Es hat seinerzeit die Schlacht bei Tannenberg gewonnen, hat aber den preussischen Ritterorden nicht ins Meer versenkt und musste deshalb später seine Selbständigkeit verlieren. Das jetzige polnische Geschlecht muss diese versäumten Bemühungen nachholen.» (Fuchs, S. 133/134; *Polska Zbrojna* unter www.artinfo.pl)

- Polen durch Versailles geschädigt?** Im *Kurier Poznanski* (dt., Posener Kurier) vom 19. März 1928 und zugleich im *Slowo Pomorskie* (dt., *Pommersche Stimme*, Thorn) vom 25. März 1928 erschien ein Artikel von Professor Józef Kostrzewski über die «moralische Eroberung Pommerellens in der Meinung der Welt». Er empfahl die Herausgabe einer populären Broschüre, die die Bedeutung Pommerellens für Polen behandelt: «„In der Darstellung müsste darauf hingewiesen werden, dass neben dem Problem des sogenannten ‚Korridors‘ eine nicht weniger wichtige ostpreussische Frage besteht, die untrennbar mit diesem verbunden ist... Polen hat nicht nur nichts, was es den Deutschen abgeben könnte, sondern muss ihnen noch beträchtliche Gebiete rein polnischen Landes abnehmen. Nicht Deutschland ist durch das Traktat von Versailles geschädigt worden, sondern Polen, das sowohl in Pommerellen als auch in Posen nur einen Teil der Länder zurückerhielt, die uns zu Zeiten der Teilungen geraubt worden sind, während man den Rest den Deutschen liess und ihnen so geradezu eine Prämie für erfolgreiche Germanisierung auf diesen Gebieten verlieh.»‘ (Fuchs, S. 154)
- Militärische Vorbereitung der Jugend im polnischen Staatsinteresse:** Mitte August 1928, am Jahrestag des ersten Oberschlesischen Polenaufstandes, wurde der sogenannte «Marsch der Aufständischen an die Oder» gewissermassen symbolisch wiederholt. Diese Veranstaltung genoss lebhafte Unterstützung seitens der Wojwodschaft und aller politischen Behörden: Starosten (Landräte) und Bürgermeister begrüsst unterwegs die Aufständischen und bewirteten sie auf öffentliche Kosten. Am Endpunkt des Marsches hielt der Wojwode Michal Grazynski – gemäss Kattowitzer Meldung der *Deutschen Zeitung* vom 20. August 1928 – eine Rede folgenden Inhalts: «...Es sei noch nicht lange her, dass die Aufständischen mit der Waffe in der Hand zur Erringung der Freiheit an die Oder marschiert seien, um das verlorene Vaterland zu retten. Die Aufständischen seien damals mit dem Gedanken an die Oder gezogen, um hinter diesem Fluss die polnischen Herzen zu erreichen. (...) An der Oder fühlten sich die Aufständischen eins mit den Brüdern, die das Schicksal auf der anderen Seite der Oder in Ratibor, Kosel, Gross-Strehlitz und Oppeln gelassen habe. Der Aufständischenverband dient nicht der historischen Erinnerung, sondern der Gegenwart und habe vor allem die im Staatsinteresse liegende militärische Vorbereitung der Jugend übernommen.» (Fuchs, S. 130/131; siehe auch Eintrag vom 21. August 1929)

- **Neue Grenzen für Polen keineswegs befriedigend:** In der im Oktober 1928 erschienenen Schrift *Das polnische Pommerellen. Die Frage des sogenannten Korridors* schrieb K. Kierski, zuletzt Präsident der Generalprokuratur⁴⁰ in Posen, folgendes: «...Von vornherein müssen wir betonen, dass die im (Versailler) Vertrag festgelegten Grenzen keineswegs unsere nationalen und politischen Ansprüche befriedigt haben... Wir stehen unverbrüchlich zu dem Vertrag als der Grundlage des Friedens und tragen das uns in Wirklichkeit zugefügte Unrecht als Opfer für die Gesamtinteressen Europas.» (S. 13) Die in Versailles an Polen abgetretenen ehemals deutschen Gebiete – «ohne das heute verpreussste Danzig, ohne Flatow, Deutsch-Krone, Bütow, Lauenburg, Stolp usw.» – sind «...blutende Wunden am Körper Polens. (S. 26) ...

40 staatsanwaltschaftliche Behörde am Obersten Gerichtshof

Wenn die Deutschen Ansprüche auf Pommerellen oder ein anderes polnisches Gebiet wagen, so haben wir ein unbestreitbares Recht, von ihnen die Rückgabe alles dessen zu fordern, was sie uns im Laufe der Jahrhunderte raubten... Die Grenzen sind tatsächlich schlecht, verwundet, im Westen und im Norden so monströs wie nirgendwo..., man muss sie verbessern und ausgleichen, aber zugunsten Polens. (S. 28) ... Die Schaffung der Freien Stadt Danzig war ein schweres Unglück gegenüber Polen...» (S. 51) Am Schluss erklärte Kierski, dass durch den Weltkrieg und durch Versailles das Endziel noch nicht erreicht sei, nämlich: «...die drohende deutsche Macht zu vernichten, damit sie endlich aufhöre, den allgemeinen Frieden zu stören, und nicht mehr der Menschheit bei ihrer grossen zivilisatorischen Arbeit im Wege sei.» (Fuchs, S. 79/80)

- **Polen kann es sich leisten, Verträge zu achten oder nicht zu achten:** Die *Gazeta Warszawska* nahm am 2. Februar 1929 zur Minderheiten-Politik Polens Stellung: «Polen war im Jahre 1919 verpflichtet, den Minderheitenvertrag zu unterschreiben, weil dieser gleichzeitig mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages zusammenlief. Polen war damals noch kein Staat und musste sich somit allen Verpflichtungen fügen. Jetzt ist die Sache anders geworden. Polen ist ein Staat, der es sich leisten kann, Verträge zu achten oder nicht zu achten. Durch das zehnjährige Bestehen besitzt das polnische Volk schon genug Selbstbewusstsein, und durch die Notwendigkeit gezwungen, wird es versuchen, jede Kontrolle abzuwälzen.» In gleichem Sinne äusserte sich am 6. Februar 1930 ein Redner des Regierungsblocks gegenüber dem Vertreter der Deutschen Fraktion, dem Abgeordneten von Saenger: «Ich erkläre hiermit kategorisch, dass

wir keine Minderheitenschutz-Verträge anerkennen und grundsätzlich daran festhalten, dass der deutsche Grundbesitz in den Westgebieten restlos enteignet werden muss.» Dieses neue Selbstbewusstsein setzte der polnische Staat sofort in entsprechende Praxis um. Unter Bruch der Genfer Konvention wurde der Oberschlesische Sejm geschlossen und der Abgeordnete Otto Ulitz als Präsident des *Deutschen Volksbundes* verhaftet. Aufgrund gefälschter Dokumente wurde Ulitz zu fünf Monate Gefängnis verurteilt.

(Fuchs, S. 174; Wikipedia, *Otto Uhlitz*)

- **«Fort mit den Deutschen hinter die Oder!»** Die in Krakau erscheinende grösste Tageszeitung Polens, *Ilustrowany Kurjer Codzienny* (dt., *Illustrierter Tageskurier*), nahm am 20. April 1929 zum Pariser Schacht-Memorandum³⁵ Stellung: «Die letzte Bombe ist zugleich ein Beweis dafür, wie schädlich die Taktik der Defensive ist, die von Polen auf internationalem Boden seit Errichtung unseres Staates angewandt wird. Schon seit zehn Jahren strecken die Deutschen ihre Fühler nach der polnischen Weichsel aus, und wir verteidigen uns nur. Wir haben uns in Versailles verteidigt, indem wir auf die Linie der Mindestforderungen zurückgingen, wir verteidigten uns in der Frage Oberschlesiens, und wir verloren einen grossen Teil dieses alten Piastenlandes. Wir verteidigen uns jetzt, indem wir der Welt zeigen, dass die deutschen Ansprüche auf den Korridor, Schlesien oder das Posener Gebiet unbegründet sind. Aber unsere Politik hätte vom ersten Augenblick an in andere Richtung verlaufen müssen. In Versailles hätten wir bis zum äussersten um unser Danzig und unser Ostpreussen kämpfen müssen. Man hätte Tag für Tag die Welt daran erinnern sollen, dass die Deutschen, die in Ostpreussen wohnen, ein Zuwanderungselement sind und auf wildeste Kolonisierung zurückgeführt werden müssen, dass diese Germanisierung noch nicht die letzten Resultate gegeben habe. Man hat den Nationalgeist unter den Masuren getötet, man hat ihr Nationalbewusstsein geschwächt, aber die ethnographische Masse ist polnisch geblieben, und die Deutschen bilden nur eine dünne Oberschicht. Auf die deutsche Parole: ‚Die Weichsel muss unser werden!‘ müssen wir antworten: ‚Fort mit den Deutschen

35 Im April 1929 überreichte Dr. Schacht der Pariser Sachverständigenkonferenz eine Denkschrift, in der er davon sprach, dass die Zahlungsfähigkeit Deutschlands durch den Verlust wichtiger landwirtschaftlicher Überschussprovinzen (Posen, Westpreussen) und des ober-schlesischen Industriegebietes sowie durch die Abschntürung Ostpreussens wesentlich beeinträchtigt sei. Das genügte, um die gesamte polnische Presse – auch die gemässigte und selbst die offiziöse – in höchste Aufregung zu versetzen. Sie forderte fast durchweg eine Revision der Versailler Grenzen zugunsten Polens.

(Fuchs, S. 175)

hinter ihre natürliche Grenze! Fort hinter die Oder!' Das Opperlner Schlesien ist kernpolnisch, ebenso wie ganz Schlesien und ganz Pommerellen vor dem deutschen Ansturm polnisch gewesen sind! Wir haben den falschen Weg gewählt. Es ist Zeit, dass wir umkehren!» (Fuchs, S. 175/176, vgl. *Posener Tagblatt*, Nr. 92 vom 21. April 1929)

- **Polen zum Kampf um seine Westgrenzen bereit:** Bei einer Gedenkfeier anlässlich der zehnten Wiederkehr des «Tages von Versailles» sagte der ehemalige Minister, Stanislaw Grabski, in Krakau am 24. Juni 1929 gemäss *Ilustrowany Kurier Codzienny* vom 25. Juni 1929 folgendes: «Der Versailler Vertrag hat Polen die West-, Nordwest- und einen Teil der Südgrenze gegeben. Er hat aber, indem er Polen als unabhängigen Staat ins Leben rief, ihm auch eine solche Stellung in der Welt gesichert, dass Polen selbst daran gehen konnte, seine Ostgrenzen festzulegen. Heute, nach zehn Jahren, wird immer lauter und eindringlicher von einer Revision der Staatsgrenzen gesprochen, die durch den Versailler Vertrag geschaffen wurden. Es wird niemand behaupten, dass diese Grenzen unwandelbar und ewig wären. Wenn also z.B. die Deutschen erklären, dass die Einsetzung des pommerellischen Korridors und die Teilung Ostoberschlesiens nicht rationell gewesen wären, dann hat Polen keinen Grund, sie davon zu überzeugen, dass sein Zugang zum Meere wirklich ausreichend sei und Polens Grenze in Schlesien nicht auf der Oderlinie verlaufen müsste. Wenn die Deutschen einen Kampf um unsere Westgrenze wollen, dann sollte dieser Kampf aufgenommen werden; denn unsere Geschichte seit Boleslaw Chrobry lehrt, dass Polen immer an einem Frieden mit den Deutschen verlor und sich immer an einem Kriege mit ihnen stärkte, weil es diese Kriege stets gewann. (...) Aus dieser Tatsache ergibt sich als Gebot der Staatsvernunft ein möglichst enges und loyales Bündnis Polens mit Frankreich und der Wunsch, dass Frankreich immer so stark wie möglich sei...» Die *Deutsche Rundschau in Polen* (Bromberg), Nr. 146 vom 28. Juni 1929, widersprach in ihrem Bericht mit der Überschrift *Die Mythe von Versailles* besonders Grabskis Verherrlichung der angeblichen Verdienste Frankreichs: «Doch eine Richtigstellung kann uns niemand verwehren. Sie ist notwendig, weil die historische Legende in keinem Lande so schwer grassiert wie in der Ebene zwischen Weichsel und Bug. Die Franzosen haben Polens Unabhängigkeit nicht aus der Taufe gehoben. Das haben die verhassten Deutschen getan, ohne deren Kämpfe und Gräber heute in Warschau und vermutlich auch in Posen der mit Frankreich verbündete Moskowiter in seiner ganzen Unerbittlichkeit regieren würde.» (Fuchs, S. 101-103. Text der Rede von Grabski nach *Posener Tagblatt*, Nr. 144 vom 26. Juni 1929)

- **Wir werden uns rächen:** Am 29. Juni 1929 hielt der «Verband der polnischen Reserveoffiziere» in Kattowitz zur Erinnerung an Versailles eine Tagung ab. Major Ludyga-Laskowski sprach davon, dass der Verband jeden Angriff seitens des «Erbfeindes Deutschland» gegen die Integrität des polnischen Staates abzuwehren bereit sei, und fuhr dann fort: «Wenn jemand Grund zur Klage über ungerechte Grenzführung hat, so ist dies Polen. Daher muss dagegen protestiert werden, dass Gebiete, die seit Ewigkeit zur polnischen Erde gehören, und Kreise, die durch und durch polnisch sind, den Deutschen durch die Verträge gelassen wurden. (...) Wir versichern unseren Brüdern im Gedenken an die Taten an der Oder, bei Gogolin und anderen Orten, dass auch nicht ein Tropfen polnischen Blutes vergebens vergossen wurde. Wir werden uns für die an uns begangenen Taten rächen. Wir sind den Weg zur Freiheit geschritten, weil uns dies unser polnisches Blut befohlen hat...» (Fuchs, S. 134)
- **Oberschlesien uraltes Piastenland?** Am 18. August 1929 fand wieder eine Erinnerungsfeier zum Gedenken an den ersten Oberschlesischen Aufstand statt. Ihr widmete die *Gazeta Olsztynska* (dt. *Allensteiner Zeitung*), Nr. 193 vom 21. August 1929, einen längeren Aufsatz, in dem abermals die Person Michal Grazynskis hervortrat: ‚Am Sonntag feierte Oberschlesien und mit ihm ganz Polen den Jahrestag des ober-schlesischen Aufstandes, der, obwohl blutig unterdrückt, nicht ohne Einfluss geblieben ist auf den weiteren Verlauf der Dinge und auf die Vereinigung eines Teils Oberschlesiens, dieses uralten Piastenlandes, mit Polen, seinem Mutterlande. Die deutsche Presse bezeichnet den schlesischen Aufstand, diese edelste Regung der polnischen Herzen, als einen verbrecherischen Überfall. Die Polen warteten nicht auf die rechtliche Entscheidung in Paris, sondern schafften eine vollendete Tatsache. (...) Den deutschen Stimmen, wonach es in Schlesien gar keine polnische Bewegung gegeben habe, muss man eine Erklärung des schlesischen Wojwoden Dr. Grazynski entgegenhalten, der da schreibt:

‚Die schlesischen Aufstände sind die wunderbarste Blüte des Jahrhunderte hindurch in den tiefsten Tiefen der Seele des schlesischen Volkes schlummernden antideutschen Nationalgefühls...(...) Der schlesische Aufstand ist das vollkommenste und eindringlichste Bekenntnis des schlesischen Volkes dafür, dass es ein unlösbarer Teil des ganzen polnischen Volkes ist...’» (Fuchs, S. 131/132)

- **Polen von der Oder bis zum Dnjepr:** Mitte August 1929 wurde die Vereinigung des *Verbandes der Legionäre und Schützen* mit rund 30 weiteren polnischen Wehrverbänden auf der grossen Legionärstagung zu Neu-Sandez (poln., Nowy Sacz, Galizien) offiziell vollzogen, und zwar unter dem Namen *Föderation der polnischen Bünde zur Verteidigung des Vaterlandes*. Sie zählte neben einer halben Million wehrhafter Mitglieder noch 300.000 weitere und stellte ein starkes Machtinstrument des Staates dar. Ihr Hauptziel war: «Polen von der Oder bis zum Dnjepr und vom Baltischen bis zum Schwarzen Meere.» (Fuchs, S. 138)
- **Brutale Barbarei der Deutschen?** Fürst Janusz Radziwill, Führer der polnischen Konservativen und Vorstandsmitglied des Westmarkenvereins, damals auch Vorsitzender des Sejm-Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und Sprecher des Regierungsblocks, sagte im September 1929 bei einem Bankett in Warschau, an dem auch zahlreiche französische, tschechische und rumänische Politiker als Gäste teilnahmen: «Selbst die grösste Liebenswürdigkeit und das grösste Entgegenkommen Polens werden zwecklos bleiben gegenüber der brutalen Barbarei der Deutschen.» (Fuchs, S. 113/114)
- **Polnische Hasspsychose:** Die in Warschau erschienene Monatsschrift *Nowy Smiech* (dt., *Neues Lachen*) brachte in ihrer November-Nummer 1929 unter der Überschrift *Vierte Teilung Polens? Antwort an die deutschen Zeitungen* folgende Verse:

Was seid ihr doch im Auslande für eine Lumpenbande!
 Ihr schneidet Polen, wie es euch gefällt in Stücke:
 «Hier wird es unser und dort deren Anker sein.»
 Und ich sage euch, es nimmt ein schlechtes Ende.

Doch nicht für uns, für euch wird es
 Ein traurig Ende sein, dass euch der Schlag wird treffen.
 Darum warn' ich heute euch:
 Ihr werdet selbst vom Krebs der Gier gefressen.
 Und euer Hirn und Herz und Eingeweide wird er fressen,
 Sofern das deutsche Reptil ein Herz besitzt.
 Ihr werdet einmal eure Unabhängigkeit verlieren.
 Und so wird euer ganzes Spiel zu Ende gehen.

Es bedrückt euch unsere Freiheit, Dasein.
Frieden und des polnischen Adlers Flug.
Der Deutschen fernes Krächzen ist näher zu hören,
Und wieder wetzen sie der Hauer neue Spitzen.

Ihr deutschen Hunde! Eine Hündin eure Mutter war,
Satansmütter haben euer Geschlecht geboren,
Ihr begehret ewig, dass die Menschheit blute –
Doch wisst: das polnische Volk wird dann erwachen!

Ihr, die ihr ständig Krieg schnaubt,
Euer giftiger Atem wird euch ausgehen,
Und nicht unsere, sondern eure Teilung werdet ihr erleben,
Und dann wird in Europa ein Gelächter sein.

Dieser Hasserguss entstammte zwar einem polnisch-satirischen Blatt, trotzdem ändert das nichts an der Tatsache, dass diese Verse durchaus eine ernst zu nehmende Grundrichtung der polnischen Sinnesart der damaligen Zeit ausdrückten. (Fuchs, S. 182/183, gemäss *Die Ostmark, Zeitschrift des Deutschen Ostmarken Vereins*, Berlin, 1929, Nr. 12)

- **Polen kann leicht in Angriffsstellung übergehen:** Die *Gazeta Olsztynska* (dt., *Aliensteiner Zeitung*) vom 18. Dezember 1929 wandte sich scharf gegen einen Vortrag, den der Oberpräsident Siehr (Ostpreussen) kurz zuvor in München gehalten hatte. Sie beklagte sich über die angeblich «aggressive» Politik des seinerzeitigen Deutschland, um dann fortzufahren: «Heute lebt Polen angesichts der unbegründeten Ansprüche Deutschlands in Abwehrstellung, aus der es leicht in eine Angriffsstellung übergehen kann, nach dem Grundsatz, dass der Hieb die beste Verteidigung ist. Und das wird Polen insofern leichter fallen, als der Versailler Vertrag Polen nicht alle polnischen Landesteile zurückgegeben hat, und als Polen im Westen nicht die Grenzen erlangt hat, die es im Jahre 1772 (vor der ersten Teilung) besass. Von den Pommerellener Landesteilen sind noch etwa 38 v. H., von den grosspolnischen Landesteilen etwa 8 v. H. unter preussischer Herrschaft verblieben... Das gegenwärtige Polen, das durch das ständige deutsche Geschrei von der Änderung der Grenzen herausgefordert wird, kann die Rückgabe des Restes seiner Landesteile verlangen...»

Dasselbe Blatt – Nr. 272 vom 24. November 1929 – widmete wenige Wochen vorher unter der Überschrift *Ostpreussen in Todeszuckungen* der durch die Ausplünderung Deutschlands nach 1918 entstandenen katastrophalen Wirtschaftslage dieses deutschen Landesteils eine geradezu zynische Betrachtung, in der es abschliessend hiess: «Und doch muss Ostpreussen einmal aufhören, der Schmarotzer am Körper des Reiches zu sein. Je eher, desto besser.» (Fuchs, S. 178/179)

- **Von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer:** Die 1929 in Graudenz erschienene Schrift *Legende und Geschichte von der Weichsel, vom grossen König Chrobry und dem heiligen Adalbert* von J. A. Lukaszewicz, Pfarrer und Professor in Graudenz, ist ein Schulbeispiel dafür, in welchem Masse die katholische Kirche Polens an der Schürung des polnischen Chauvinismus und Antigermanismus beteiligt war. Die Schrift von Lukaszewicz war mit der Imprimatur des damaligen Bischofs von Kulm, Stanislaw Okoniewski, versehen. In ihr ist u.a. zu lesen: «...Dieses grosse Ziel (eines polnischen Imperiums) verlangt freigiebige Opfer an Blut und Besitz. Die Reihe dieser Opfer hat der heilige Adalbert begonnen. Nach ihm werden andere fallen, sie werden sterben unter übermenschlichen Anstrengungen, aber sie werden für die Ewigkeit leben im Namen des erretteten machtvollen Staates vom Meer zum Meer, von der Elbe bis an den Ural (sie!). Jeder Pole muss König des Geistes sein, damit ein polnisches Kaisertum im Osten Europas geschaffen werde... Das Vegetieren in engen Grenzen bedeutet Rückschritt und Vernichtung. Eine Lüge ist der Vorwurf, dass Polen annexionistische Pläne hege, der Vorwurf des Imperialismus usw. Wir haben ein Recht darauf, das wieder an uns zu nehmen, was die Polanen vor Otto I. im Westen und was sie vor den Warägo-Russen im Osten besaßen. Die Deutschen haben Polen an der Oder und an der Ostsee beraubt, und die Russen in Kiew und am Dnjestr und Bug. Wir müssen dies unbedingt zurückerhalten. Das ist kein Raub oder Imperialismus, das ist die Pflicht, geraubtes Erbgut wieder zurückzuholen. Die Ostsee muss unser Stützpunkt und das Schwarze Meer muss die Ergänzung der Grossmachtstellung Polens werden... Christus und Polen von Meer zu Meer – das ist die Losung für Polen. Polen für die Polen! ... Zuviel haben wir an die Deutschen, Litauer und Juden verschenkt. Wir haben schon die Hälfte des von Gott erhaltenen Erbes vertan...» (S. 47) Ferner enthält die Schrift Werbeaufträge für einen von Lukaszewicz gegründeten «Geotischen Bund». Darin heisst es auf S. 52: «...Die Polen werden sich niemals mit den heutigen Grenzen einverstanden erklären und werden immer danach streben, das ganze Erbe der Piasten

und Jagiellonen von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer zurückzuerwerben. Diese Erbschaft steht Polen klar zu. Es beweist dies klar die Geographie, die Hydrographie und die Geschichte... Das Traktat von Versailles ist halbe Arbeit und daher eine dauernde Quelle von Misshelligkeiten. Wenn Polen ganz Schlesiens mit Breslau und Pommerellen mit Danzig und Königsberg erhalten hätte, wären die Deutschen zur Ohnmacht verurteilt, und Europa hätte für ewig Ruhe...» (Fuchs, S. 82-85)

- **Den Deutschen kann man nicht vertrauen:** Das in Berlin erscheinende polnische Blatt *Dziennik Berlinski* (dt., *Berliner Tageblatt*) veröffentlichte am 10. Januar 1930 anlässlich der 2. Haager Konferenz einen Leitartikel (*Das Ende der Illusionen*), der folgenden Abschnitt enthielt: «Der Leiter der französischen Politik Briand³⁶ gab sich der Täuschung hin, dass das deutsche Volk wirklich allen Revancheplänen entsagt habe, und stützte auf diese Täuschung seine ganze Politik. Er war überzeugt, dass man für die Festigung des Friedens durch Zugeständnisse mehr erreichen könne. Er glaubte, dass Deutschland seine Verpflichtungen einlösen und freiwillig die Entschädigungen zahlen werde, weshalb man auf die Bürgschaften verzichten könne, die der Versailler Vertrag gewährte. Die Wirklichkeit zeigt, dass den Deutschen vertrauen – einen grundsätzlichen Fehler begehen heisst, denn das Halten von Versprechungen liegt nicht in ihrem Charakter. Sie fordern jetzt von Frankreich, dass es seine Verpflichtungen halte und das Rheinland räume, sie selbst aber erwecken schon heute durch ihr Verhalten die begründete Befürchtung, dass sie ihre eigenen Verpflichtungen zu halten nicht die Absicht haben...» Eine solche herausfordernde Sprache erlaubten sich auch andere polnischsprachige Zeitungen in Deutschland. (Fuchs, S. 179/180)
- **Wir Polen haben ein Recht auf diese Gebiete:** Bei einer Feier am 25. Januar 1930 in 'Ihorn anlässlich des zehnten Jahrestages der Besitzergreifung Pommerellens äusserte Dr. Bartoszewicz, der Vorsitzende des Hauptvorstandes der Christlich-Nationalen Partei Polens, u.a.: «Das Stückchen Pommerellen, das wir heute haben, hört nicht auf, eine Bedeutung für Polen zu haben. Wenn es zu klein ist, so muss man in Gott die Hoffnung setzen, dass es einst grösser werden wird. Wenn Danzig nicht Polen einverleibt wurde, wie man es hätte

36 Aristide Briand bekleidete zwischen 1909 und 1932 mit Unterbrechungen wechselnd die Ämter des französischen Ministerpräsidenten, des Unterrichts-, Justiz- und des Aussenministers.

machen können, so muss Polen alle Anstrengungen machen, damit dieser gegenwärtige Zustand nur eine vorübergehende Periode ist. Die Weichselmündung darf keinem anderen als nur Polen gehören. Wir haben aber noch eine andere Frage, die uns vielleicht am meisten schmerzt: das ist die ostpreussische Frage. (...) Wir Polen hatten stets und haben ein Recht auf diese Gebiete...» (Fuchs, S. 114/115 unter Bezugnahme auf die *Deutsche Rundschau*, Nr. 21 vom 26. Januar 1930; *Deutsche Tageszeitung* vom 27. Januar 1930)

- **Krieg zwischen Polen und Deutschland unvermeidbar:** Die Zeitschrift *Mocarstwowiec* (Organ der polnischen Organisation «Liga der Grossmacht») schrieb 1930: «Wir sind uns bewusst, dass der Krieg zwischen Polen und Deutschland nicht vermieden werden kann. Wir müssen uns systematisch und energisch für diesen Krieg vorbereiten. Die heutige Generation wird sehen, dass ein neuer Sieg bei Tannenberg³⁷ in die Seiten der Geschichte eingeschrie-

37 Gemeint ist der polnisch-litauische Sieg bei Tannenberg über den Deutschen Ritterorden im Jahre 1410.



Der Diplomat und Wirtschaftswissenschaftler August Zaleski (1883-1972) war von 1926 bis 1932 polnischer Außenminister. 1939 war er bis 1941 Außenminister der polnischen Exilregierung und von 1947 bis 1972 deren Staatspräsident.

ben wird. Aber wir müssen dies Tanenberg in den Vorstädten von Berlin schlagen. Unser Ideal ist, Polen mit den Grenzen an der Oder im Westen und der Neiße in der Lausitz abzurunden und Preußen vom Pregel bis zur Spree einzuverleiben. In diesem Krieg werden keine Gefangenen genommen. Es wird kein Platz für humanitäre Gefühle sein. Wir werden die ganze Welt mit unserem Krieg gegen Deutschland überraschen.» Im September 1930, drei Jahre vor Hitlers Machtergreifung, erklärte der damalige polnische Außenminister, August Zaleski, dem Präsidenten des Danziger Senats, Ernst Ziehm, daß nur ein polnisches Armee Korps die Danzig-Frage lösen könne. 1934 ließ die Polnische Akademie der Wissenschaften Bildpostkarten drucken, die den Polenkönig Boleslaw Chrobry vor einer Landkarte Polens zeigen, auf der Deutschland mit Ostpreussen, Schlesien, Pommern, der Mark Brandenburg

und Lübeck als Westteil Polens abgebildet ist. Im aufgedruckten Text steht: «In Polen lebt der Geist von Boleslaw dem Tapferen. Der kleinste Staub polnischen Bodens kehrt wieder zum Mutterland zurück.» Heute noch können die Besucher des litauischen Militärmuseums in Kaunas eine polnische Landkarte aus den dreissiger Jahren bestaunen, die die Mark Brandenburg mit Berlin, Pommern, Schlesien und Ostpreussen als verlorene polnische Gebiete zeigt. (Schultze-Rhonhof, S. 401)

In den dreissiger Jahren gab die Vereinigung polnischer Volksbüchereien Postkarten heraus, die «Polens historische Westgrenze» zeigten.

Diese verlief am östlichen Stadtrand von Berlin und umfasste ausser der oberen Elbe einschliesslich Dresdens auch die ganze Tschechoslowakei. Zwei Monate

vor Beginn des Zweiten Weltkrieges veröffentlichte die Zeitung *Dziennik Poznanski* (dt., *Posener Tagblatt*) eine Karte mit noch wesentlich weiter reichenden Zielvorstellungen. Nachdem die polnische «See- und Kolonialliga» in der Zwischenkriegszeit einen Anteil am deutschen Kolonialbesitz gefordert hatte, gab die antifaschistische Untergrundbewegung während des Krieges Vignetten heraus mit der Überschrift: «Darum kämpfen wir». Auf ihnen war ausser der Landkarte eines polnischen Grossreichs von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer auch eine Karte mit sämtlichen ehemals deutschen Afrika-Kolonien abgebildet. (Nawratil, S. 178)

- **Polnische Unterdrückung der Ukrainer:** Die britische Zeitung *Manchester Guardian* urteilte am 17. Oktober 1930 über die polnische Unterdrückung der Ukrainer: «Der polnische Terror in der Ukraine ist heute schlimmer als alles andere in Europa. Aus der Ukraine ist ein Land der Verzweiflung und Zerstörung geworden. Was umso aufreizender ist, als die Rechte der Ukrainer völkerrechtlich gewährleistet sind, während der Völkerbund allen Appellen und Darlegungen gegenüber taub ist und die übrige Welt nichts davon weiss und sich nicht darum kümmert.» (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 532)
- **Polnische Minderheitenpolitik:** Am 14. Dezember 1931 schrieb der *Manchester Guardian* über die polnische Minderheitenpolitik: «Die Minderheiten in Polen sollen verschwinden. Diese Politik wird rücksichtslos vorangetrieben, ohne die geringste Beachtung der öffentlichen Meinung in der Welt, der internationalen Verträge und des Völkerbundes. Die Ukraine ist unter polnischer Herrschaft zur Hölle geworden. Von Weissrussland kann man dasselbe mit noch grösserem Recht sagen. Das Ziel der polnischen Politik ist das Verschwinden der nationalen Minderheiten auf dem Papier und in der Wirklichkeit.» (Schultze-Rhonhof, S. 391/392)
- **Polnische Repressalien gegen Minderheiten:** Lord Noel-Buxton berichtete am 15. Juni 1932 vor dem Oberhaus in London über eine Tagung des Völkerbundesrates über die Lage der Minderheiten in Polen u.a.: «...Aus dem Korridor und aus Posen sind bereits nicht weniger als 1 Million Deutsche seit der Annexion abgewandert, weil sie die Bedingungen dort unerträglich finden... Im polnischen Teil Ostgaliziens wurden vom Ende des Krieges bis 1929 die Volksschulen um zwei Drittel vermindert. In den Universitäten, in denen die Ukrainer unter österreichischer Herrschaft elf Lehrstühle innehatten, besitzen sie

jetzt keinen, obwohl ihnen 1922 von der polnischen Regierung eine eigene Universität versprochen worden war... In der ganzen Ukraine gibt es überdies das System der polizeilichen Verfolgung... Wir können in diesem Zusammenhang eine besonders beklagenswerte Tatsache nicht beiseitelassen, nämlich die Folterung von Gefangenen in Gefängnissen und von Verdächtigen, die sich die Ungnade der polnischen Behörden zugezogen haben. Überzeugende Beweise dafür, dass in solchen Fällen mittelalterliche Foltern angewandt werden, liegen zu meinem Bedauern vor. Diese Darstellungen wurden im Völkerbundrat durch Lord Cecil als Delegiertem der britischen Regierung als das Gewissen der Menschheit erschütternd bezeichnet. Sie sind vom Rat nicht untersucht worden, wie das hätte erfolgen müssen... Ich möchte an ihre Not erinnern durch Verlesen der Worte eines ausgezeichneten Rechtsgelehrten... Sir Walter Napier schrieb folgendes: „Die Führer des Dorfes wurden umringt, in eine Scheune getrieben, entkleidet, niedergehalten und mit dicken Stöcken, die zum Dreschen gebraucht werden, geschlagen. Ärzten war es verboten, von den Städten in die Dörfer zu gehen... Wir dürfen nicht vergessen, dass Polen ganz besonders Ursache hat, diese Verträge zu beachten, denn die ihm zugestandenen Annexionen wurden ihm unter der Bedingung zugestanden, dass es diesen Gebieten Autonomie gewährt. Diese Bestimmung wurde von der Botschafterkonferenz 1923, in der unser Land führendes Mitglied war, aufgestellt...»

(Schultze-Rhonhof, S. 390 ff.)

- **Churchill zur Danzig- und Korridorfrage:** Churchill, damals Abgeordneter der Konservativen, sagte am 24. November 1932 in einer Rede vor dem Unterhaus zur Danzig- und Korridorfrage: «Wenn die englische Regierung wirklich wünscht, etwas zur Förderung des Friedens zu tun, dann sollte sie die Führung übernehmen und die Frage Danzigs und des Korridors ihrerseits wieder aufröhlen, solange die Siegerstaaten noch überlegen sind. Wenn diese Fragen nicht gelöst werden, kann keine Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden bestehen.» (Schultze-Rhonhof, S. 411)
- **Polnische Bodenenteignungen:** Der deutsche Generalkonsul in Posen meldete am 2. März 1933, dass der deutschen Minderheit in Polen seit 1919 über eine halbe Million Hektar meist landwirtschaftlich genutzten Bodens fortgenommen wurde und von mehreren tausend deutschen Schulen im Jahre 1919 heute nur noch 222 besucht werden können. (Schütz/v.Preradovich, S. 152/153)

- Besetzung der Westerplatte:** Im März 1933 besetzten polnische Marinesoldaten die Westerplatte, die zum Hoheitsgebiet der Freien Stadt Danzig gehörte. Bereits zu Beginn des Jahres 1933 wurde die polnische Wachmannschaft um mindestens 100 Mann verstärkt. Polen begründete diese Massnahmen mit angeblichen Drohungen der Danziger SA, das Munitionslager in Brand zu setzen. Die polnische Presse hatte schon wiederholt zur militärischen Besetzung der Freien Stadt aufgefordert. Der Streit um die Westerplatte kam wieder einmal auf die Tagesordnung des Völkerbundsrates. Vor dem Auftreten des Danziger Senatspräsidenten Ziehm in Genf brachte die internationale Presse sensationelle Berichte über den «Polnischen Coup auf Danzig». Überraschenderweise lenkte aber der polnische Aussenminister Beck ein. Nach der Erklärung Ziehms, der Senat könne für Ruhe und Ordnung in Danzig garantieren, antwortete Beck, sein Land würde die aus Sicherheitsgründen verstärkte Militärwache auf der Westerplatte zurückziehen. Obwohl die Westerplatte Hoheitsgebiet der Freien Stadt Danzig war, durfte der Danziger Polizeipräsident sie nur nach vorheriger Anmeldung betreten. Für den Unterhalt des polnischen Munitionsdepots musste der Danziger Senat drei Millionen Gulden beitragen. Beck gab in einer Unterredung 1938 mit dem Völkerbundskommissar zu, dass die «hybride Gründung» der Freien Stadt mit der Absicht stattgefunden habe, zwischen Polen und Deutschland dauernde Unstimmigkeiten zu schaffen. (Hofer, S. 40; Rüdiger Ruhнау, *Der Kampf um die Westerplatte*, *Ostpreussenblatt* vom 1. September 2001, www.webarchiv-server.de)
- Polen kündigt Minderheitenschutzabkommen:** In der Vollversammlung des Völkerbundes am 13. September 1934 erklärte Aussenminister Beck, seine Regierung sehe sich gezwungen, «von heute ab sich jeder Zusammenarbeit mit den internationalen Organen zu versagen, soweit es sich um die Kontrolle der Anwendung des Minderheitenschutzes durch Polen handelt», (de Zayas, S. 29)
- Polnische Angriffsdrohung:** Aussenminister Beck versicherte am 7. März 1936 dem französischen Botschafter, Léon Noel, Polen werde Deutschland angreifen, wenn Frankreich bereit sei, nach Westdeutschland einzumarschieren. Die Franzosen trauten den Polen jedoch keinen wirksamen Schlag gegen Deutschland zu. Frankreich war nicht daran interessiert, das Wagnis allein oder lediglich zusammen mit einem oder zwei östlichen europäischen Verbündeten zu unternehmen. So blieben Becks Bemühungen zunächst erfolglos, fast ganz Europa in einen Krieg zu stürzen. (Hoggan, S. 63)

- **Schikanen der Polen:** Der deutsche Generalkonsul in Kattowitz berichtete am 22. Dezember 1936 nach Berlin: «Die Not der deutschen Angestellten in Polnisch-Oberschlesien wächst mit jedem Monat und hat in letzter Zeit katastrophale Formen angenommen. Die entdeutschte Schwerindustrie sowie Handel und Gewerbe entziehen den deutschen Menschen planmässig jede Arbeitsmöglichkeit und werfen darüber hinaus durch Kündigungen der Werkwohnungen in vielen Fällen die Familien auf die Strasse. Die hoffnungslose Lage wird zur Verzweiflung gesteigert durch die Tatsache, dass die entlassenen Deutschen erfahrungsgemäss niemals mehr eine Verdienstmöglichkeit in Polen erhalten.» (Schütz/v. Preradovich, S. 175)
- **Polnische Juden für einen neuen Krieg:** Der US-amerikanische Botschafter, Angier Biddle, berichtete am 28. März 1938 aus Warschau, dass viele polnische Juden einen neuen europäischen Krieg begrüssen würden. Die Zerstörung des neuen polnischen Staates würde unter Umständen die Verhältnisse für die Juden verbessern, und viele von ihnen hielten die Sowjetunion im Vergleich zu Polen für ein wahres Paradies. Biddle fügte hinzu, die Lebensbedingungen für die Juden in Polen würden ständig ungünstiger. Jüdische wie auch polnische Führer setzten sich für ein Höchstmass jüdischer Auswanderung ein. (Hoggan, S. 207)
- **Entzug der Staatsangehörigkeit:** Im April 1938 beschloss die polnische Regierung (Aussenminister Beck), allen im Ausland lebenden polnischen Juden die Staatsangehörigkeit zu entziehen. Auf diese Weise sollten sie auf «kaltem Wege» ausgebürgert und ihre spätere Heimkehr ausgeschlossen werden. Der Entzug der Staatsbürgerschaft wurde am 5. Oktober 1938 als Gesetz in Warschau veröffentlicht. Die deutsche Regierung protestierte daraufhin in Polen, und wies die eigenen Behörden an, etwa 50.000 in Deutschland lebende polnische Juden nach Polen abzuschieben. Die polnische Polizei verhinderte die Rückkehr dieser Menschen und trieb sie an den Grenzen mit Bajonetten zurück. (Rassinier, S. 129 und S. 327, Anm. 98; Schultze-Rhonhof, S. 394/395)
- **Schweizer Diplomat über polnische Expansionspläne:** Der Schweizer Völkerbund-Kommissar in Danzig, Carl Burckhardt, berichtete in einem Brief vom 20. August 1938 über seine Gespräche mit Aussenminister Beck: «Beck... spielt ein doppeltes Spiel. Es ist ein Spiel, bei welchem man für Polen auf den höchsten Gewinn hofft, einen Gewinn, der sich ergeben soll aus einer schliesslichen und unvermeidlichen deutschen Katastrophe... Jetzt hofft man im Stillen

in Warschau nicht nur auf die bedingungslose Integration Danzigs in den polnischen Staatsbereich, sondern auf viel mehr, auf ganz Ostpreussen, auf Schlesien, ja auf Pommern. Im Jahre 1933 noch sprach man in Warschau vom polnischen Pommerellen, aber jetzt sagt man ‚unser Pommern‘. Beck macht eine rein polnische Politik, eine letzten Endes antideutsche Politik, eine nur scheinbar polnisch-deutsche Entspannungspolitik seit der Besetzung des Rheinlandes und der französischen Passivität bei Anlass dieses Vorganges. Aber man bemüht sich, die Deutschen ganz methodisch in ihren Fehlern zu bestärken...» (Nawratil, S. 183/184)

- **Polen annektiert Teschen:** Am 30. September 1938 überreichte die polnische Regierung in Prag ein Ultimatum und annektierte dann im Alleingang den reichen Industriebezirk Teschen, der allerdings einen grossen polnischen Bevölkerungsanteil hatte'. Polen ging soweit, etwa vierzigtausend Tschechen und Deutsche, die im Gebiet von Teschen lebten, kurzerhand in den Rumpfstaat Tschechoslowakei zu vertreiben, (de Zayas, S. 54)
- **Gefahr eines neuen Weltkrieges bei Machtwechsel in England:**
Am 9. Oktober 1938 sprach Hitler in Saarbrücken vor mehreren tausend Westwallarbeitern über die Gefahr eines neuen Weltkrieges bei einem Machtwechsel in England: «... Es braucht nur in England statt Chamberlain Herr Duff Cooper oder Herr Eden oder Herr Churchill an die Macht kommen, so wissen wir genau, dass es das Ziel dieser Männer wäre, sofort einen neuen Weltkrieg zu beginnen. Sie machen gar kein Hehl, sie sprechen das offen aus... Das verpflichtet uns, wachsam und auf des Reiches Schutz bedacht zu sein.» Eine Woche später, am 16. Oktober, hielt Churchill in den USA eine Rundfunkrede, in der er seine Kampfansage an das nationalsozialistische Deutschland vor einer US-amerikanischen Zuhörerschaft wiederholte. (Post, S. 290/291)
- **Acht-Punkte-Programm:** Die Reichsregierung unternahm insgesamt sechsmal vergeblich den Anlauf zu Verhandlungen mit Polen. Die Serie der Gespräche begann am 24. Oktober 1938 und setzte sich mit immer neuen Versuchen am 19. November 1938, am 5. Januar 1939, am 25. und 26. Januar, am 21. März und am 28. April fort, bis am 30. August 1939 die letzte Offerte an Polen ging. Am 24. Oktober 1938 schlug Reichsaussenminister Ribbentrop seinem polnischen Kollegen ein Acht-Punkte-Programm zur Lösung der deutsch-polnischen Probleme vor. Die acht Punkte blieben mit wenigen Abänderungen die Grundlage auch der späteren deutschen Angebote bis zu dem am 30. August

1939 erfolgten. Sie lauteten:

1. Die Freie Stadt Danzig kehrt zum Deutschen Reich zurück.
2. Durch den Korridor wird eine exterritoriale, zu Deutschland gehörende Autobahn und eine mehrgleisige Eisenbahnstrecke gebaut.
3. Polen erhält im Gebiet von Danzig ebenfalls eine exterritoriale Autobahn und Eisenbahn sowie einen Freihafen.
4. Polen erhält im Gebiet von Danzig eine Absatzgarantie für seine Waren im Danziger Gebiet.
5. Die beiden Staaten anerkennen ihre gemeinsamen Grenzen (Garantie) oder die beiderseitigen Territorien.
6. Die Geltungsdauer des deutsch-polnischen Vertrages wird von bisher zehn auf künftig fünfundzwanzig Jahre verlängert.
7. Polen tritt dem Antikomintern-Vertrag bei.
8. Die beiden Länder fügen ihrem Vertrag eine Konsultationsklausel bei.»
Letztlich wurden alle deutschen Vorschläge von polnischer Seite mit voller Rückendeckung der Briten und Franzosen abgelehnt. (Post, S. 300/301; Schultze-Rhonhof, S. 417 f.)

- **Kein Entgegenkommen Polens:** Der Aussenminister Beck wurde von Hitler am 5./6. Januar 1939 auf dem Obersalzberg empfangen. Hitler unterbreitete ein zweites Mal den Vorschlag vom Oktober 1938 und bot erneut die Anerkennung der von Polen völkerrechtswidrigerweise besetzten deutschen Gebiete als polnischen Bestand. Er verlangte dafür Danzig und exterritoriale Transitwege. Den Danzig-Vorschlag brachte Hitler auf die Formel: «Danzig kommt politisch zur deutschen Gemeinschaft und bleibt wirtschaftlich bei Polen.» Selbst der Korridor sollte dabei polnisch bleiben. Auch diesmal kam ihm Oberst Beck kein Stück entgegen. Beck erwiderte, die Ansichten Hitlers über Danzig «sind sicherlich nicht geeignet, die zwischen unseren Ländern bestehenden Schwierigkeiten zu beheben. Ganz im Gegenteil! Für Danzig gibt es keine politische Entschädigung, und deshalb kann diese Frage nicht auf dem Wege eines Ausgleichs geregelt werden!» Hitler versicherte in versöhnlichem Ton, es ginge lediglich darum, eine gerechte Lösung zu finden, die die Interessen aller Beteiligten berücksichtige. (Schultze-Rhonhof, S. 418; Post, S. 301/302)
- **Potocki-Bericht – Kriegspsychose in USA:** Am 12. Januar 1939 berichtete der polnische Botschafter in Washington, Graf Jerzy Potocki, der für eine Verständigung mit Deutschland eintrat, an den polnischen Aussenminister über die

Situation in den Vereinigten Staaten unter anderem: Die Stimmung in den USA zeichne sich durch einen immer mehr zunehmenden Hass gegen den Faschismus aus, besonders gegen Hitler und überhaupt gegen alles, was mit dem Nationalsozialismus zusammenhänge. Die Propaganda sei vor allem in jüdischen Händen, ihnen gehörten fast zu 100% das Radio, der Film, die Presse und die Zeitschriften. Diese Propaganda werde zwar sehr grob gehandhabt und Deutschland so schlecht wie möglich hingestellt, wirke aber doch so gründlich, weil das hiesige Publikum vollständig unwissend sei und keine Ahnung von der Lage in Europa habe. Die meisten Amerikaner hielten Hitler und den Nationalsozialismus für das grösste Übel und die grösste Gefahr in der Welt. Redner aller Art, besonders auch Emigranten aus Deutschland und der Tschechoslowakei, hetzten durch die verschiedensten Verleumdungen das hiesige Publikum auf. Sie priesen die amerikanische Freiheit im Gegensatz zu den totalitären Staaten. In dieser sehr gut durchdachten Kampagne werde Sowjetrußland fast ganz ausgeschaltet und dem US-amerikanischen Volk eingeredet, dass der Frieden in Europa nur noch an einem Faden hänge, ein Krieg sei unvermeidlich. Dabei werde dem US-amerikanischen Volk unzweideutig klargemacht, dass die USA im Falle eines Weltkrieges auch aktiv vorgehen müssten, um Freiheit und Demokratie in der Welt zu verteidigen. Präsident Roosevelt verfolge einen doppelten Zweck:

1. Er wolle die Aufmerksamkeit der US-amerikanischen Bevölkerung von den innenpolitischen Problemen ablenken.
2. Durch die Schaffung einer Kriegsstimmung und die Gerüchte über eine in Europa drohenden Kriegsgefahr wolle er das Volk dazu veranlassen, das enorme Aufrüstungsprogramm anzunehmen, das über die Verteidigungsbedürfnisse der Vereinigten Staaten hinausgehe. Präsident Roosevelt sei ein geschickter politischer Spieler und Kenner der US-amerikanischen Psychologie, der die Aufmerksamkeit des Publikums von der innerpolitischen Lage ablenke, um es für die Aussenpolitik zu interessieren. Man müsse nur die angebliche Kriegsgefahr richtig inszenieren, die wegen Hitler über der Welt hänge und ein Gespenst schaffen, das von einem Angriff der totalitären Staaten auf die Vereinigten Staaten fabuliere.³⁸ Roosevelt habe das Münchener Abkommen als eine Kapitulation Frankreichs und Englands vor dem kampflustigen deutschen Militä-

38 Nach diesem bewährten Rezept verfahren die US-amerikanischen Präsidenten mit Unterstützung ihrer britischen Satrapen auch in der Gegenwart. So hat Präsident George W. Bush jun. die unmittelbare Kriegsgefahr für die USA durch Einsatz von Massenvernichtungsmitteln seitens des Saddam-Regimes heraufbeschworen, um dieses Land anzugreifen. Auch hier waren die Hauptdrahtzieher der

rismus hingestellt. Hitler habe Chamberlain die Pistole auf die Brust gesetzt. Frankreich und England hätten also gar keine Wahl gehabt und mussten einen schändlichen Frieden schliessen. Das Vorgehen gegen die Juden in Deutschland und das Emigrantenproblem würden den herrschenden Hass immer neu schüren gegen alles, was irgendwie mit dem deutschen Nationalsozialismus zusammenhängt. An dieser Aktion hätten z.B. folgende jüdische Intellektuelle teilgenommen: Baruch, der Gouverneur des Staates New York, Lehmann, der neuernannte Richter des Obersten Gerichtes, Frankfurter, der Schatzsekretär Morgenthau und andere, die mit dem Präsidenten Roosevelt persönlich befreundet seien. Sie wollten, dass der Präsident als Vorkämpfer der Menschenrechte die Unruhestifter bestrafen sollte. Diese Gruppe von Leuten nahmen die höchsten Stellungen in der US-amerikanischen Regierung ein und stellten sich als Vertreter des «wahren Amerikanismus» und als «Verteidiger der Demokratie» hin. Sie seien im Grunde durch die unzerreissbaren Bande mit dem internationalen Judentum verbunden. Für diese jüdische Internationale, die vor allem die Interessen ihrer Rasse im Auge habe, sei das Herausstellen des Präsidenten der Vereinigten Staaten auf diesen «idealsten» Posten eines Verteidigers der Menschenrechte ein genialer Schachzug gewesen. Sie hätten auf diese Weise einen sehr gefährlichen Herd für Hass und Feindseligkeit auf dieser Halbkugel geschaffen und die Welt in zwei feindliche Lager geteilt. Roosevelt seien die Grundlagen in die Hand gegeben worden, um die kolossale Aufrüstung für den künftigen Krieg zu schaffen, dem «die Juden mit vollem Bewusstsein» zustrebten. (Schröcke, Dokumentenanhang S. 266/268; Rassinier, S. 219-220. Der vollständige Wortlaut des Potocki-Berichts ist abgedruckt in: *Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 601/603)

Botschafter Potocki meldete aus Washington, der Krieg gegen Deutschland sei dort zu diesem Zeitpunkt bereits praktisch beschlossene Sache. Die Pariser Kollegen bestätigten diese Information. In London gesellte sich der dortige polnische Botschafter, Graf Edward Raczyński, an die Seite der wachsenden Kriegspartei um Winston Churchill. Aus London kam dann im März 1939 das finale Signal. Die britische Regierung gab Polen eine militärische Beistandsgarantie, die auch für den Fall einer polnischen Provokation oder Militäraktion gegen Deutschland galt. (Stefan Scheil, *Diplomatie für das Alibi*,

jüdische Präsidentenberater Richard Perle und der damalige Vize-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz. Dieses «Superhirn der US-Regierung» und der «schärfste Scharfmacher der Bush-Administration» wurde nach Erfüllung seines Auftrages von Bush zum Präsidenten der Weltbank nominiert. (*Haller Tagblatt*, 17.3.2005)

in: *Junge Freiheit* 36/12, 31.8. 2012)

- **Roosevelt gegen deutsch-polnische Verständigung:** Joseph Kennedy (Vater von John F. Kennedy), von 1938 bis 1940 US-Botschafter in London, besttigte wiederholt, dass Roosevelt die englische und die französische Regierung schon im Januar 1939 bedrängt hatte, den Danzig-Wünschen der Reichsregierung entgegenzutreten und den Polen eine Garantie zu geben. Zu dieser Zeit hatte Hitler die Tschechei noch nicht besetzen lassen und damit noch keinen Grund geliefert, eine Danzig-Regelung zu torpedieren. Ohne Roosevelt – so Kennedy – hätte Grossbritannien diesen «gigantischsten Fehler seiner Geschichte» nicht begangen. Während der ersten deutschen Sondierungen zu Danzig hatte Roosevelt ausserdem die polnische Regierung aufgefordert, die deutschen Wünsche abzuweisen. Damit hatte der US-amerikanische Präsident den Kriegsausbruch heraufbeschworen. Der Garantie Englands folgte später notwendigerweise die Kriegserklärung der Briten und Franzosen, die aus dem deutsch-polnischen Vier-Wochen-Krieg einen Weltkrieg von sechs Jahren werden liess. (Gerd Schultze-Rhonhof, *Roosevelt wollte von Anfang an den Krieg*», in: *Junge Freiheit* 23/12, 1.6.2012)
- **Polnischer «Operationsplan West»:** Bereits in der zweiten Februarhälfte 1939 erarbeitete der polnische Generalstab die Leitlinien für Operationen der Streitkräfte in einem Krieg gegen Deutschland und legte die Anfangsaufgaben für die polnischen Armeen fest. Am 4. März 1939 begann der sogenannte Hauptstab seine Arbeit am «Plan Operacyjny Zachód» (dt., «Operationsplan West»), genau einen Monat, bevor Hitler der Wehrmachtsführung die Arbeit am «Fall Weiss» (Codename für den Polenfeldzug) befahl. (Schultze-Rhonhof, S. 420)
- **Antideutsche Grossdemonstration in Warschau:** Am 24. Februar 1939 fand vor der deutschen Botschaft in Warschau eine grosse antideutsche Demonstration statt, die Botschafter Moltke als die schlimmste seit dem Abschluss des Paktes von 1934 bezeichnete. Tausende von Polen sangen das berühmte Rota-Lied («...bald kommt der Waffen ehernes Gericht...»), ausserdem ertönten Rufe wie «Nieder mit Hitler!», «Nieder mit der prodeutschen Politik!», «Weg mit den deutschen Hunden!» und «Lang lebe das polnische Danzig!». Man beschränkte sich aber nicht auf Hassgesänge und Schlagworte. Das deutsche Botschaftsgebäude wurde an diesem und am nächsten Tag während einer erneuten Demonstration mit Steinen beworfen. (Hoggan, S. 382)

- **Antideutsche Ausschreitungen in Krakau:** Der deutsche Konsul in Krakau, August Schillinger, der von den Polen am 30. August 1939 ermordet wurde, berichtete an das Auswärtige Amt über antideutsche Ausschreitungen am 24. Februar 1939 in Krakau: «Das Studentenheim der deutschen Hochschüler in Krakau war gestern Abend um 9 Uhr der Schauplatz einer wüsten deutschfeindlichen Demonstration. Aus einer Anzahl von 200-300 Personen drang eine Gruppe von etwa 15 polnischen Studenten mit Knüppeln und Totschlägern in das deutsche Studentenheim ein. Sie überfielen die dort anwesenden deutschen Hochschüler und Hochschülerinnen, wobei ein Hochschüler derartig blutig geschlagen wurde, dass er sofort in ein Krankenhaus gebracht werden musste. Einer der Eindringlinge zerstörte die Lichtleitung, dann begann ein unerhörtes Zertrümmern der Einrichtung. (...) Erst nach längerer Zeit, nachdem die Studenten sich entfernt hatten, kam die Polizei und nahm ein Protokoll auf.» (*Das Weissbuch – Dokumente zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges*; Berlin, 1939, S. 176/177, Faksimilenachdruck durch ATB, Die Buchmacher, Langenau, 4. Auflage, 2000)
- **Kein polnisches München:** Am 18. März 1939 erklärte der britische Außenminister Halifax vor dem Kabinett: «Die Verständigungspolitik hat Schiffbruch erlitten. Sie ist in Prag zu Grabe getragen worden... Es darf nicht zu einem polnischen München kommen. Wenn England den Frieden retten und Hitler daran hindern will, einen weiteren Sprung nach vorn zu tun, dann muss es sich zu etwas entschliessen, was es bisher stets abgelehnt hat: Es muss Verpflichtungen in Osteuropa übernehmen und die Grenzen Polens und Rumäniens garantieren. Es muss sogar noch weiter gehen und dieses Bündnis durch eine Einbeziehung Russlands zu stärken suchen... Sollte das Kabinett nicht dazu bereit sein, diesen Schritt zu tun, dann möge es die Macht anderen übergeben, die es an seiner Stelle tun werden!» (Post, S. 311/312)
- **Hitlers weiteres Angebot an Polen:** In einer Note vom 21. März 1939 an Warschau bekundete die Reichsregierung, dass die Korridorregelung allgemein als die schwerste Belastung des Versailler Vertrages empfunden werde. Keine frühere Regierung sei in der Lage gewesen, auf die deutschen Revisionsansprüche zu verzichten, ohne dass sie innerhalb von 48 Stunden vom Reichstag fortgefegt worden wäre. Der Führer denke anders über das Korridorproblem.

Er erkenne die Berechtigung des polnischen Anspruchs auf einen freien Zugang zum Meer an. Er sei der einzige Staatsmann, der einen endgültigen Verzicht auf den Korridor aussprechen könne. Voraussetzung hierfür sei aber die Rückkehr des rein deutschen Danzig zum Reich sowie die Schaffung einer exterritorialen Bahn- und Autoverbindung zwischen dem Reich und Ostpreussen. Man könne auf folgender Basis eine Lösung finden: Rückkehr Danzigs zum Reich, exterritoriale Eisenbahn- und Autoverbindung zwischen Ostpreussen und dem Reich und hierfür Garantie des Korridors. (Schütz/v. Preradovich, S. 204/205)

- **Polnische Teilmobilmachung:** Aussenminister Beck ordnete mit Zustimmung der militärischen Führung am 23. März 1939 eine Teilmobilmachung der polnischen Armee an. Die Stärke der polnischen Armee wurde innerhalb von 24 Stunden verdoppelt. Der britische Botschafter in Warschau, Kennard, berichtete nach London, viele Diplomaten seien der Ansicht, Polen wolle einen Krieg provozieren. Polens Marschall Rydz-Smigly begründete die Teilmobilmachung damit, die Deutschen wollten Danzig annektieren. Der Marschall liess sieben Armeestäbe aufstellen und in ihre Kriegshauptquartiere einrücken, wo sie bis zu Kriegsbeginn verblieben. Er erhöhte die Truppenstärke der Armee um über 330.000 Soldaten und liess Kampfverbände in Richtung Danzig und Pommerellen aufmarschieren. Ebenfalls noch am gleichen Tage erhielten die obersten Befehlshaber der jeweiligen Waffengattungen den derzeit gültigen Aufmarschplan für einen Krieg gegen Deutschland. Die Polen planten sofort nach Ausbruch der Feindseligkeiten den Vormarsch nach Berlin. Sie hofften, Berlin in einem Überraschungsangriff nehmen zu können. (Post, S. 313; Schultze-Rhonhof, S. 420 f.; Hoggan, S. 424)
- **Danzig – «unser Territorium»:** Oberst Beck erklärte am 24. März 1939 in einer internen Konferenz: «Wir werden uns schlagen.» Er akzeptierte die britische Garantie und bezeichnete Danzig als «unser Territorium», obwohl die Freie Stadt nicht zum polnischen Staat gehörte, sondern dem Völkerbund unterstand. Gleichwohl erhob Beck Danzig mit seiner 97%-igen deutschen Bevölkerung zum Symbol Polens. Nachdem der polnische Botschafter in Paris, Lukaszewicz, von US-Botschafter Bullitt gehört hatte, dass die Vereinigten Staaten Mittel besäßen, mit denen sie einen wirklichen «Zwang auf England ausüben könnten» und diesen anwenden würden, war Beck der britischen Garantie sicher und glaubte ausserdem an den Schutz der USA. (A. v. Ribbentrop, S. 253/254)

- **Hitler setzt auf gewaltfreie Lösung:** Aus den Akten des deutschen Auswärtigen Amtes ergibt sich, dass Hitler immer noch auf eine gewaltfreie Lösung der Danziger Frage setzte. Am 25. März 1939 ist dort als «Weisung des Führers» notiert: «Führer will Danziger Frage jedoch nicht gewaltsam lösen. Möchte Polen nicht dadurch in die Arme Englands treiben...» (Schultze-Rhonhof, S. 439)
- **Anschluss Danzigs an das Reich bedeutet Krieg:** Am 26. März 1939 übergab der polnische Botschafter Lipski Außenminister Ribbentrop ein Antwortmemorandum der polnischen Regierung. In diesem Memorandum wurden die deutschen Vorschläge vom 24. Oktober 1938 von Polen endgültig abgelehnt. Lipski erklärte wörtlich: «Ich habe die unangenehme Pflicht, darauf hinzuweisen, dass jegliche weitere Verfolgung dieser deutschen Pläne, insbesondere insoweit sie die Rückkehr Danzigs zum Reich betreffen, den Krieg mit Polen bedeutet.» Auf die Einlassung Lipskis zum Thema Krieg antwortete Ribbentrop angesichts des Aufmarsches polnischer Truppen am Rand des Danziger Gebiets, «dass z.B. eine Verletzung des Danziger Hoheitsgebiets durch polnische Truppen von Deutschland in der gleichen Weise wie eine Verletzung der Reichsgrenzen betrachtet werden würde». Die polnische Regierung erklärte hier und mehrmals später, dass Polen bei einem Anschluss Danzigs Krieg mit Deutschland führen würde. Sie schaffte den Anlass für den Krieg, indem sie ein lokales, nicht kriegswichtiges Problem, bei dem nicht einmal polnisches Territorium, sondern eine Stadt mit 97% deutscher Bevölkerung betroffen war, zum Kriegsgrund erklärte. Mit dieser vorgezogenen Kriegserklärung trug Polen zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 wesentlich bei. (A. v. Ribbentrop, S. 253/254; Schultze-Rhonhof, S. 551/552; Sündermann, S. 59; Hoggan, S. 432)

- **Antideutsche Demonstration:** Am 26. März 1939 hielt der Westmarken-Verband in Bromberg eine öffentliche Versammlung ab, an der Tausende von Polen aus Westpreussen teilnahmen. Die Deutschen wurden mit zündenden Hetzreden diffamiert. Das Publikum antwortete mit erregten Zwischenrufen: «Nieder mit Hitler!», «Wir wollen Danzig!» und «Wir wollen Königsberg!». Nach der Versammlung zogen die Polen scharenweise durch die Strassen und begannen Schlägereien mit allen Deutschen, die ihnen gerade begegneten. Im Gan**zen habe allen Grund, dem Ausgang eines deutsch-polnischen Kampfes vertrauensvoll entgegenzusehen. In dem Artikel *Wir sind bereit* wurde behauptet, Polen habe viele Vorteile auf seiner Seite, die einen militärischen Sieg über



Der polnische General Janusz Julian Gluchowski (1888-1964).

Deutschland gewährleisten. Polnische Soldaten seien den deutschen Soldaten überlegen, auch Polens Ausrüstung sei besser.

Der polnische Heldengeist stehe hoch über allem, was Deutschland zu bieten habe. Nach Äusserung des stellvertretenden Kriegsministers, General Janusz Gtuchowski, sei die deutsche Wehrmacht nichts weiter als ein Riesenbluff. Die Deutschen litten unter einem verhängnisvollen Mangel an ausgebildeten Reservisten. Die Frage eines Pressevertreters, ob Polen Deutschland auch vom militärischen Standpunkt aus überlegen sei, beantwortete Gluch-

**zen Land liefen Gerüchte um, der Krieg sei ausgebrochen, deutsche und polnische Truppen kämpften bereits in Oderberg. Die Zeitschrift

Polska Zbrojna (dt., *Wehrhaftes Polen*) versicherte der Öffentlichkeit, Potoski mit «Ja, gewiss!» Am nächsten Tag beklagte sich Ribbentrop bei Lipski über die Verfolgungen der Deutschen in Bromberg und anderen Orten. (Hoggan, S. 434 f.)

- **Wahl zwischen Verzicht oder Krieg:** Am 28. März 1939 stellte Aussenminister Beck gegenüber dem deutschen Botschafter in Warschau, Moltke, klar, was

mit den vorausgegangenen Drohungen gemeint war. Die Feststellung des deutschen Aussenministers, «ein polnischer Angriff gegen die Freie Stadt Danzig würde durch die Reichsregierung als ein Angriff gegen Deutschland betrachtet», beantwortete er mit der eigenen Feststellung, «dass jede Intervention der deutschen Regierung für eine Änderung des bestehenden Status quo in Danzig als ein Angriff gegen Polen betrachtet werden wird». Damit bekräftigte Beck noch einmal offiziell, dass jede Änderung in Danzig im Sinne deutscher Wünsche einen Krieg zwischen Polen und Deutschland auslösen werde. Nun war klar, dass es für Deutschland nur noch die Wahl zwischen Verzicht auf Danzig oder Krieg mit Polen gab. (Schultze-Rhonhof, S. 424; Hoggan, S. 435)

- **Britische Garantieerklärung – Blankoscheck für Polen:** Am 31. März 1939 gab die britische Regierung Polen eine Sicherheitsgarantie, die Premierminister Chamberlain im Unterhaus begründete und die folgendermassen lautete: «Für den Fall irgendeiner Aktion, die die polnische Unabhängigkeit bedroht und die die polnische Regierung für so lebenswichtig ansieht, dass sie ihr mit nationalen Streitkräften Widerstand leistet, würde sich die britische Regierung für verpflichtet fühlen, der polnischen Regierung alle in ihrer Macht stehende Hilfe sofort zu gewähren. Sie hat der polnischen Regierung eine entsprechende Zusicherung gegeben.» Dank der britischen Garantie konnte nun allein Aussenminister Beck darüber entscheiden, ob die polnische Unabhängigkeit bedroht sei, ob polnische Lebensinteressen auf dem Spiel stünden und ob die polnischen Streitkräfte Widerstand leisten müssten. Die Entscheidungsgewalt über Krieg und Frieden war auf Warschau übergegangen.⁴⁵ Am 31. März 1939 leistete auch Paris die erbetene Garantieerklärung gegenüber Warschau. Die britischen und französischen Garantien lieferten Polen faktisch einen Blankoscheck, der es Warschau von nun an ermöglichte, alle Verhandlungsangebote Deutschlands abzulehnen. Sollte die Reichsregierung etwas unternehmen, was eine – nach polnischer Ansicht – «lebenswichtige Angelegenheit» betraf, war Deutschland automatisch der Schuldige. Der «schwarze Peter» lag auf jeden Fall bei Deutschland. Unmittelbar nach dieser Garantieerklärung verschärfte sich die Spannungen zwischen Polen und Deutschland. Gleichzeitig kam es zu immer schlimmeren Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit in Polen. Deutsche Bauernhöfe wurden angezündet und ihre Besitzer vertrieben, in den Städten wurden Deutsche misshandelt oder sogar umgebracht. In Deutschland kümmerten sich Auffanglager bis Mitte August um 78.000 Geflohene oder Vertriebene. Etwa 18.000 Verfolgte konnten sich nach Danzig retten. (Post, S. 314 f.; A. v. Ribbentrop, S. 253/254; *Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 640/641;

Schultze-Rhonhof, 442/443, 450)

- **Grossbritannien sagt Polen die Abtretung Ostpreussens und eines weiteren Teiles von Oberschlesien zu:** Anfang April 1939 reiste Aussenminister Beck nach London, um über die Formalisierung des Beistandspaktes zu verhandeln. Auf seiner Agenda standen offiziell die Punkte «Kolonien, Juden und Danzig». Dabei bedeutete der Punkt «Juden» die offen erhobene Forderung der polnischen Regierung nach Auswanderung aller polnischen Juden nach Afrika. In London konnte Beck weder die Zusage für den Erwerb ehemals deutscher

45 Hierzu bemerkte *Der Spiegel*: «Das britisch-polnische Abkommen vom 31. März 1939 gab Beck die Macht zu entscheiden, ob ein bestimmtes Vorgehen der Deutschen aggressiv sei oder nicht. Sollte er sich im bejahenden Sinn entscheiden, dann würde England Polen unterstützen und mit ihm zusammen Krieg gegen Deutschland führen müssen. Die Briten, sagte der französische Ministerpräsident Daladier zu seinen Ministern, waren bereit, als ihre Grenze nicht den Rhein, sondern die Weichsel anzusehen. An der Mündung der Weichsel lag Danzig.» (Martin Gilbert und Richard Gott: *Herz Hitler will den Frieden retten. Das doppelte Spiel Englands im Sommer 1939, Der Spiegel* 34/1964, 26.8.1964)

Kolonien noch für die Auswanderung aller Juden aus Polen erreichen. Der in London schliesslich gezahlte Preis für Polens Waffengang gegen Deutschland bestand stattdessen aus einem englisch-polnischen Abkommen über die Abtretung von Teilen Ostdeutschlands. Nach Aussage des im Exil lebenden früheren Reichskanzlers Heinrich Brüning, der das entsprechende Abkommen gesehen haben will, sagten die Briten den Polen die Abtretung Ostpreussens und des Restes des 1922 geteilten Oberschlesiens zu. In London konnte man während des Krieges übrigens wieder Henryk Baginski antreffen, der seine Eroberungspläne jetzt in englischer Übersetzung präsentierte. (Stefan Scheil: *Deutsche ausrotten*, in: *Zuerst!* vom 5. Mai 2013; derselbe: *Dem Appeasement folgte das allgemeine Säbelrasseln*, in: *Junge Freiheit*, 38/10, 17. 9. 2010; Wikipedia, *britisch-französische Garantieerklärung*)

- **Weisung für den «Fall Weiss»:** Am 3. April 1939 unterzeichnete Hitler als Oberster Befehlshaber der Wehrmacht eine Weisung an das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) für den «Fall Weiss». In dem Auftrag, einen Angriff gegen Polen vorzubereiten, heisst es unter anderem: «Die gegenwärtige Haltung Polens erfordert es, über die bearbeitete ‚Grenzsicherung Ost‘ hinaus die militärischen Vorbereitungen zu treffen, um nötigenfalls jede Bedrohung von dieser Seite auszuschliessen.» Als Zielsetzung wurde in der Weisung definiert:

«... Die politische Führung sieht es als ihre Aufgabe an, Polen in diesem Fall womöglich zu isolieren, d.h. den Krieg auf Polen zu beschränken... Die Isolierung Polens wird umso eher auch über den Kriegsausbruch hinaus erhalten bleiben, je mehr es gelingt, den Krieg mit überraschenden Schlägen zu eröffnen und zu schnellen Erfolgen zu führen.» Dieser Weisung war ein Schreiben beigefügt, dem zufolge die Bearbeitung von «Fall Weiss» so zu erfolgen habe, «dass die Durchführung ab 1. September 1939 jederzeit möglich ist».
(Post, S. 315/316; Schultze-Rhonhof, S. 424 f.)

- **Antideutsche Ausschreitungen:** Der deutsche Generalkonsul in Danzig berichtete am 13. April 1939 nach Berlin: «In zahlreichen, in der Nähe der Danziger Grenze gelegenen Ortschaften Pommerellens haben sich deutschfeindliche Ausschreitungen in der letzten Zeit erheblich verstärkt.»
(Schütz/v. Preradovjch, S. 205)
- **Der Krieg in Europa ist eine beschlossene Sache:** US-Botschafter in Paris, William Bullitt, sagte zu dem US-Reporter Karl von Wiegand am 25. April 1939: «Der Krieg in Europa ist eine beschlossene Sache... Amerika wird nach Grossbritannien in den Krieg eintreten:» (*Chicago Herald vom 23. April 1944*; Ludwig Leher, *Das Tribunal*, 1965, S. 162)
- **Kündigung des deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrages:** Hitler sah in der polnischen Teilmobilmachung als Antwort auf sein Verhandlungsangebot und im britisch-polnischen Abkommen, das sich allein gegen Deutschland richtete, einen Bruch des deutsch-polnischen Freundschafts- und Nichtangriffsvertrages von 1934. In einem Memorandum am 27. April 1939 an die polnische Regierung sprach er daher die Aufkündigung dieses Vertrages aus. In einer Reichstagsrede tags darauf erkannte er noch einmal Polens Anspruch auf Westpreussen-Pommerellen und den eigenen Zugang zur Ostsee an. Er bot an, neue vertragliche Regelungen zwischen beiden Staaten auszuhandeln.
(Schultze-Rhonhof, S. 425)
- **Hitlers Angebot an Polen:** Nachdem Hitler die Weisung für den Fall «Weiss» gegeben hatte, unterbreitete er der polnischen Regierung am 28. April 1939 noch ein weiteres Mal sein Angebot:

1. Danzig kehrt als Freistaat in den Rahmen des Deutschen Reiches zurück.
 2. Deutschland erhält durch den Korridor eine Strasse und eine Eisenbahnlinie zur eigenen Verfügung mit dem gleichen exterritorialen Charakter für Deutschland wie der Korridor ihn für Polen besitzt. Dafür ist Deutschland bereit:
 3. Sämtliche wirtschaftlichen Rechte Polens in Danzig anzuerkennen.
 4. Polen in Danzig einen Freihafen beliebiger Grösse und bei vollständigem freiem Zugang zu garantieren.
 5. damit die Grenzen zwischen Deutschland und Polen endgültig als gegeben hinzunehmen und zu akzeptieren und
 6. einen 25-jährigen Nichtangriffspakt mit Polen abzuschliessen.
- (Schultze-Rhonhof, S. 440/441)

Die Warschauer Regierung lehnte auch dieses ausserordentlich grosszügige deutsche Angebot ab. Das Blatt der polnischen Armee *Polska Zbrojna* (dt., *Wehrhaftes Polen*) schrieb auf die Rede Hitlers: «Was Danzig betrifft, so liegt es an der Mündung der Weichsel, eines Flusses, der von der Quelle bis zur Mündung polnisch ist. Die Polonisierung Danzigs ist unvermeidlich, und das Schicksal dieses kleinen Provinzstaates ist auf völlig natürliche Weise entschieden.» Dem polnischen Wochenblatt *Prosto z Mostu* (dt., *Direkt von der Brücke*) war jedoch diese Entwicklung der «natürlichen Polonisierung» noch zu langsam. Es fasste seine Forderungen in einer brutalen Kriegsdrohung zusammen: «Entweder die Deutschen erkennen unsere Ansprüche in ihrer Gesamtheit an..., dass Danzig im Gebiet des polnischen Lebensraumes gelegen ist, oder sie tun das nicht. Die Nichtanerkennung unserer Rechte diktiert uns nur einen einzigen Ausweg: den Krieg!» Doch Danzig war nur der Anfang des polnischen Expansionsdranges. Schlagzeilen wie «Ganz Ostpreussen, Schlesien und Pommern bis zur Oder müssen die Grenzen des neuen Grosspolens sein» sorgten für Aufsehen in der polnischen Presse. Der *Polnische Kurier*, der zunächst «den Deutschen die Knochen so zerschlagen» wollte, «dass sie diese in ihrem ganzen Lebensraum wieder zusammensuchen müssten», berichtete am 20. Mai 1939 triumphierend: «Die Karten für die neuen Grenzen sind bereits fertig. Sie reichen bis Stettin und dicht vor Berlin, das gar nicht Berlin heisst, sondern eine slawische Siedlung mit dem Namen Bralin ist.» Diese kleine Auslese aus der polnischen Presse zeigt, welche unheilvollen Einfluss die britische Garantieerklärung auf die Polen hatte. (Bathe, Einleitung S. XI-XV)

- **Aufruf des «Allpolnischen Jugendverbandes»:** Am 4. Mai 1939 rief der Allpolnische Jugendverband in Posen aus: «1410 hat man die Deutschen bei Tanenberg geschlagen. Jetzt aber werden wir sie bei Berlin zusammenhauen. Danzig, Ostpreussen, Schlesien sind Mindestforderungen. Durch diesen gewaltigen Sieg wird Polen ganz Europa beherrschen.» (Schütz/v. Preradovich, S. 206)
- **Deutsche Forderungen legitim:** Der englische Botschafter Henderson schrieb am 4. Mai 1939 aus Berlin an seinen Aussenminister: «Wieder einmal ist die deutsche Sache weit davon entfernt, ungerechtfertigt oder unmoralisch zu sein. Meine These war immer, dass Deutschland nicht zur Normalität zurückkehren kann, ... solange nicht seine legitimen Forderungen erfüllt worden sind. Die Danzig-Korridor-Frage war zusammen mit dem Memelproblem eine von diesen... Nach Aussage meines belgischen Kollegen betrachten fast alle diplomatischen Vertreter hier das deutsche Angebot als ein überraschend günstiges. Auch der holländische Gesandte, der US-amerikanische Geschäftsträger und mein südafrikanischer Kollege haben zu mir in diesem Sinne gesprochen...» (Schultze-Rhonhof, S. 426/427)
- **Für Danzig sterben?** Der französische Politiker Marcel Deat veröffentlichte am 5. Mai 1939 in der Zeitung *L'Oeuvre* einen Artikel unter dem Titel *Faut-il mourir pour Danzig?* (dt., *Muss man für Danzig sterben?*). Darin forderte er, dass Frankreich einen Krieg mit Deutschland wegen Danzig vermeiden sollte. Wörtlich schrieb er: «Für Danzig sterben? – Nein! – Dass die Polen nach ganz eigenmächtigem Urteil und nach ihrem Belieben zu den Waffen greifen könnten, mit der Gewissheit, dass England und Frankreich automatisch in den Krieg treten werden, kommt mir wie ein Wahnsinn vor!» (Wikipedia, *Marcel Deat* und *Bathe*, Einleitung S. XIV)
- **Warschau auf Kriegskurs:** Aussenminister Beck begründete am 5. Mai 1939 vor dem Sejm in Warschau seine Politik des Status quo und der Zurückweisung der deutschen Forderungen. Der Status der Freien Stadt – so sagte er – beruhe nicht auf den Verträgen von Versailles, sondern auf der jahrhundertelangen Zugehörigkeit der Stadt zu Polen. Der Reichtum Danzigs sei das Ergebnis des Aussenhandels, den Polen auf der Weichsel über Danzigs Hafen treibe. Dass die Weichsel in den vergangenen 19 Jahren unter polnischer Verwaltung versandet war und dass dort kein Schiff mehr fuhr, verschwieg er. Beck fragte vor dem Plenum des Parlaments, was Deutschland Polen im Tausch für Danzig

anzubieten habe. Das Angebot der deutschen Reichsregierung, alle Gebietserwerbungen ehemals deutscher Territorien durch Polen nach dem Ersten Weltkrieg als endgültig polnisch anzuerkennen, sei kein Angebot. Diese Gebiete seien «de jure und de facto längst unbestreitbar polnisch». So sei die deutsche Forderung nach Danzig und nach exterritorialen Transportwegen nichts anderes als ein Nehmen ohne Gegenleistung. Abschliessend erklärte Beck: «Eine Nation, die sich selbst achtet, macht keine einseitigen Zugeständnisse.» (Schultze-Rhonhof, S. 425/426; Post, S. 321)

- **Britische Drohung:** Der britische Aussenminister Halifax antwortete auf Becks Rede mit einer offiziellen Warnung an Deutschland, das Britische Empire werde mit dem Ziel kämpfen, das Deutsche Reich zu vernichten, wenn Hitler je den Versuch mache, Danzig aus der polnischen Umklammerung zu befreien. Der britische Botschafter Henderson überreichte diese Drohung am 15. Mai 1939 in Berlin. (Hoggan, S. 514)

Gemeinsames polnisch-französisches Vorgehen – Kasprzycki-Gamelin-Konvention: Nach der englischen und französischen Garantieerklärung für Polen vom 31. März 1939 fanden vom 15. bis 19. Mai 1939 auch polnisch-französische Generalstabsbesprechungen in Paris statt. Der polnische Kriegsminister, General Tadeusz Kasprzycki, und sein Generalstabschef besprachen in Paris mit General Gamelin, wie Frankreich Polen in einem eventuellen Krieg mit Deutschland unterstützen würde. Das generelle Ergebnis war das gegenseitige Versprechen, im Falle eines Krieges gemeinsam gegen Deutschland vorzugehen. Polen stellte dabei in Aussicht, der deutschen Wehrmacht grösstmögliche Verluste beizubringen und sich



Der polnische General Tadeusz Kasprzycki war von 1935 bis 1939 polnischer Kriegsminister.

nicht vor Beginn der französisch-britischen Operationen im Westen geschlagen zu geben. Sobald die Wehrmacht selbst angeschlagen ist, sollte Ostpreussen angegriffen werden. Am 19. Mai endete die Besprechung der beiden Kriegsminister mit einer schriftlichen Vereinbarung, welche die französische Armee verpflichtete, ab dem 15. Tag zu einer Offensive gegen Deutschland anzutreten. Während dieser Militärverhandlungen fragten Mitglieder der französischen Delegation General Kasprzycki, ob die polnischen Grenzbefestigungen einem deutschen Angriff standhalten würden. Er antwortete: «Wir haben keine Befestigungen, denn wir gedenken einen Bewegungskrieg zu führen und gleich bei Beginn der Operationen in Deutschland einzufallen.» Als am selben Tage der damalige französische Aussenminister Georges Bonnet dem polnischen

Botschafter in Paris, Lukaszewicz, bei einer Unterredung warnend vorhielt, dass Hitler die polnische Armee innerhalb von drei Wochen zu besiegen gedenke (was dann bekanntlich auch geschah), antwortete dieser entrüstet: «Im Gegenteil, die polnische Armee wird vom ersten Tage an nach Deutschland eindringen.» (Schultze-Rhonhof, S. 450 ff., 483/484; d'Argile, S. 96; *Der Grosse Wendig* Band 1, S. 551/552)

- **Deutschland als Todfeind -Terror gegen Deutsche:** Nach der Rede Becks vom 5. Mai 1939 gewann die polnische Öffentlichkeit den Eindruck, dass der Krieg unvermeidlich sei. Deutschland wurde faktisch zum Todfeind Polens und der Polen gemacht. Zu jener Zeit lebten noch über eine Million Deutsche in Polen. Sie hauptsächlich waren in den folgenden Wochen die Opfer der sich verschärfenden Krise, die Tausenden das Leben kostete. Der Vertreter der deutschen Minderheit, Rudolf Wiesner, beklagte sich bei Ministerpräsident Felicjan Slawoj Skladkowski mehrmals über die Massenverhaftungen und Gewaltakte gegenüber seinen Landsleuten. Er wies auf die Welle öffentlicher Gewalttätigkeiten gegen Deutsche in Tomaszow bei Lodz vom 13. bis 15. Mai, am 21. und 22. Mai in Konstantynow, am 22. und 23. Juni 1939 in Pabianice hin und protestierte gegen die Beschlagnahme der Sporthalle des deutschen Turnvereins in Pabianice am 23. Juni. Beim Überfall auf das deutsche Gymnasium in Pabianice wurde erhebliche Sachschaden angerichtet und zahlreiche Bücher zerstört. Ähnliche Überfälle wurden auf die Gebäude des Kirchenchorvereins, des Hospizes der Baptistengemeinde und der christlichen Gewerkschaft unternommen. Man drang in die Buchhandlung Keil ein und vernichtete den gesamten Bestand an deutschen Büchern. Wiesners Appelle und Beschwerden blieben erfolglos. Die Leiter der deutschen Organisationen in Polen mussten erkennen, dass sie trotz ihrer Loyalität bei den Verantwortlichen in Polen nichts auszurichten vermochten. Nach den Ausschreitungen im Mai 1939 setzte sich der Terror gegen die Deutschen in Polen unvermindert fort. Auf dem Lande wie in der Stadt Posen wurden Volksdeutsche mit Anrufen «Wenn es jetzt zum Kriege kommt, werden wir Euch alle aufhängen» bedacht. (Hoggan, S. 514-517)

Die Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit wurden von einem Pressefeldzug begleitet, der auf die Annexion deutscher Gebiete zielte. Die *Polska Zbrojna* schrieb am 6. Mai 1939 von der Wiedergeburt des polnischen Geistes westlicher Expansion im 11. und 12. Jahrhundert. Der *Ilustrowany Kurjer* behauptete, in Westoberschlesien müssten angeblich 900.000 Polen unter deutscher Bedrückung leben. Am 10. Mai 1939 gab die *Gazeta Polska* an, Ostpreus-

sen bekäme bald polnischen Charakter, weil die Deutschen aus diesem Gebiet nach Westen abwanderten, während die dort verbleibende polnische Bevölkerung sich vermehre. Man betrachte es als ein Unglück für Ostpreussen, dass es immer noch zum Deutschen Reich gehöre. Der *Kurjer Warszawski* brachte am 17. Mai 1939 eine Landkarte, auf der weite Strecken deutschen Gebietes mit nennenswerten polnischen Minderheiten gezeigt wurden. In den Hauptverkehrsstrassen polnischer Städte wurden annexionistische Landkarten in Form von Plakaten angebracht. Diese Karten zeigten polnische Flaggen auf deutschen Städten bis Stettin. Oft war darauf auch bekundet: «Wir suchen keinen Krieg! Doch wenn er uns aufgezwungen wird, werden wir uns altes polnisches, von Polen bewohntes Gebiet zurückholen.» Der deutsche Geschäftsträger Hans Thomsen meldete am 17. Mai 1939 aus Washington, Präsident Roosevelt habe im Senatsausschuss für Wehrangelegenheiten geäußert, es wäre doch eine sehr gute Sache, wenn Hitler und Mussolini ermordet werden würden.

(Hoggan, S. 518-520)

- **«Gang gegen die Deutschen»:** In einem Bericht des Leiters der Ostabteilung des britischen Foreign Office über seine Polenreise im Juni 1939 heisst es, dass hochgestellte polnische Gesprächspartner aus Politik und Militär von einer unabwendbaren kriegerischen Auseinandersetzung mit dem Deutschen Reich ausgingen, die man zwar nicht selber vom Zaume brechen wolle, die dann aber trotz eigener militärischer Überlegenheit zu einem europäischen Krieg eskalieren müsse. Die polnischen Gesprächspartner hätten ihrer Überzeugung Ausdruck gegeben, dass Polen bei dem erwarteten schnellen Sieg weitere Gebietsgewinne verzeichnen werde. Die Menschen in Polen verlange es nach einem «Gang gegen die Deutschen», und es gebe .Appetit auf deutsches Bauernland». Der wurde letztlich mit der Unterzeichnung des Grenzenerkennungsvertrages vom 14. November 1990 gestillt. (Karl-Heinz Kuhlmann, *Appetit auf deutsches Bauernland*, in: *Junge Freiheit* 46/10, 12. 11. 2010)
- **Erfundene Alarmnachricht:** In den ersten Julitagen 1939 erschütterte eine kurze, aber heftige Krise die Welt, als US-amerikanische Pressemeldungen aus Warschau verkündeten, Hitler werde jetzt von Danzig aus gegen Polen los schlagen. Ähnlich wie bei der tschechischen Wochenendkrise Ende Mai 1938 handelte es sich nur um erfundene Alarmnachrichten, die sich bald als völlig haltlos herausstellten. Aber der Ausbruch einer fast panischen Aufregung bewies, dass ein Funke genügen würde, um eine Explosion zu erzeugen. (von Dirksen, S. 250)

- **Aufstachelung der Polen:** Der britische Botschafter in Berlin, Neville Henderson, schrieb am 18. Juli 1939 in einem Bericht nach London: «Hitler mag schon glauben, dass England in jedem Falle Krieg mit Deutschland führen will. Wenn er es noch nicht glaubt, so fehlt nicht mehr viel, ihn zu einer solchen Meinung zu bringen... Auch ich halte es – seien wir ehrlich – nicht für politisch klug oder gar fair, die Polen übermässig aufzustacheln...» (Schultze-Rhonhof, S. 456)
- **Danziger Zollinspektorenstreit:** Ein Streit zwischen Polen und dem Danziger Senat um den Zolldienst im Freistaat sorgte für eine zusätzliche Belastung des deutsch-polnischen Verhältnisses. Ab Mai 1939 verschärfen sich die Kontrollen und das Verhalten der polnischen Zollbeamten gegenüber den Danzigern im kleinen Grenzverkehr, der für die Menschen dort in ihrer Insellage von besonderer Bedeutung war. Des weiteren massen sich die polnischen Zollbeamten gegenüber ihren deutschen Kollegen Befehlsbefugnisse an, die sie so nicht hatten. Und zur Verärgerung der deutschen Seite wurde die Zahl der polnischen Zollbeamten ohne erkennbaren Grund noch wesentlich erhöht. Die deutschen Beamten arbeiteten daraufhin mit den polnischen nicht mehr recht zusammen. Dieser Umstand wiederum verzögerte die Ausfuhr Danziger Agrar- und Fischereiprodukte, die im heißen Sommer 1939 besonders leicht verderben. In dieser angespannten Lage beschwerte sich der Präsident des Danziger Senats, Greiser, beim polnischen Generalkommissar Marian Chodacki über die beschriebenen Vorfälle und kündigte an, dass deutsche Zollbeamte von den polnischen in Zukunft keine Weisungen mehr entgegennehmen würden. Am 5. August schickte Chodacki Senatspräsident Greiser als Antwort postwendend ein Ultimatum, diese Weisung bis 18 Uhr des gleichen Tages zurückzunehmen, andernfalls «die polnische Regierung unverzüglich Vergeltung gegen die freie Stadt anwenden» werde. Ausserdem teilte Chodacki mit, dass der polnische Zoll ab sofort bewaffnet werde. Hitler drängte den Senatspräsidenten, für Entspannung zu sorgen und «die Angelegenheit nicht noch mehr zu vergiften». Es gelang Greiser, Chodacki zu bewegen, das Ultimatum aufzuheben. So belanglos dieser Zwischenfall auch scheinbar war, er zeigte doch, wie nah die Welt am Rand des Krieges stand.

Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, übermittelte dem polnischen Geschäftsträger in Berlin die Missbilligung der Reichsregierung zum Zollinspektorenstreit, zum Ultimatum und zur Drohung gegenüber der Danziger Bevölkerung. Der nahm Rücksprache mit seinem Ministerium in Warschau und teilte von Weizsäcker tags darauf offiziell mit, dass Polen jede

Einmischung der Reichsregierung in die polnisch-Danziger Beziehungen als ‚Angriffshandlung‘ betrachten werde. Das polnische Aussenamt gab damit zu verstehen, dass schon jede Parteinahme der Reichsregierung zu Gunsten Danzigs und zu Lasten Polens Krieg bedeuten würde. Hitler war über das polnische Ultimatum sehr empört und sprach nun davon, dass «die Grenze seiner Duldsamkeit erreicht» sei. Polens Presse goss noch zusätzlich Öl ins Feuer, indem sie schrieb, Hitler habe im Zollstreit «klein beigegeben» und eine einzige ein wenig schroffe Note habe genügt, «ihn in die Knie zu zwingen». Der damalige deutsche Botschafter in London, von Dirksen, wies den englischen Aussenminister und andere englische Politiker auf die Äusserung Chodackis hin, wonach eine Öffnung der Danziger Zollgrenzen nach Ostpreussen den Kriegsfall bedeuten würde. (Schultze-Rhonhof, S. 427, 475 f.; von Dirksen, S. 247)

Zuspitzung der Lage in Danzig und in Polen: Bereits Ende März 1939 wurde in polnischen Zeitungen in Westpreussen-Pommerellen zum Boykott der Deutschen aufgerufen. In 13 Punkten wurde die polnische Bevölkerung aufgefordert, deutsche Geschäfte, Marktstände und Lokale zu boykottieren, deutsche Aufschriften und Reklamen zu entfernen, keine deutsche Geschäfts- und Amtspost mehr zu bearbeiten, keine deutschen Jugendlichen mehr einzustellen, den Grunderwerb durch Deutsche zu verbieten und deutsche evangelisch-lutherische Kirchen an die römisch-katholische Kirche zu übergeben. Ab Mai 1939 nahmen die Ausschreitungen der Polen gegen Deutsche schlimme Formen an. Auf dem Lande wurden deutsche Höfe in grosser Zahl von Polen angezündet, die Bauern vertrieben, Menschen in den Städten verprügelt, in Einzelfällen totgeschlagen. Deutsche katholische Gottesdienste wurden so häufig gestürmt und aufgelöst, dass sich der Vatikan genötigt sah, dies bei der polnischen Regierung zu beklagen. Die Reichsregierung musste im Sommer 1939 Auffanglager einrichten, um den Strom der deutschen Flüchtlinge bewältigen zu können. Ab Juni 1939 fuhren polnische Militärtransporte durch das Danziger Gebiet, ohne dass sie, wie es vereinbart war, vorher beim Danziger Senat angemeldet wurden. Die polnische Militärbesatzung im Munitionsdepot auf der Westerplatte wurde auf 240 Soldaten verstärkt, obwohl der Völkerbund nur 88 zugelassen hatte. Die Zahl der polnischen Zöllner, ursprünglich sechs Beamte, wurde inzwischen auf 110 aufgestockt. Die Beschwerden des Danziger Senats wegen der Militärtransporte und der Verstärkung des Zollpersonals wurden vom polnischen Generalkommissar Chodacki zurückgewiesen. Im Juli/August 1939 spitzte sich in Polen und an den polnisch-deutschen Grenzen die Lage weiter

zu. Im Juli erreichten die deutschfeindlichen Demonstrationen in Polens Städten einen neuen Höhepunkt. Deutsche Geschäfte, Betriebe und weitere deutsche Schulen mussten auf Anordnung polnischer Behörden schliessen. In Ost-Oberschlesien wurden deutschsprachige Arbeiter und leitende Angestellte in Massen entlassen. Von Anfang Juli bis Mitte August meldeten die deutschen Konsulate in Polen viele hundert Überfälle auf Volksdeutsche. Das Spektrum reichte vom Verprügeln bis zur Entmannung. Auf deutscher Seite wurden die polnischen Ausschreitungen gegen Angehörige der deutschen Minderheit inzwischen durch staatliche Repressalien gegen Polen im Reichsgebiet vergolten. Den Ausweisungen von Deutschen dort folgten Ausweisungen von Polen hier. Das alles heizte die antideutsche Stimmung in Polen nur noch an.

Derweilen rumorte es in Danzig. Die Danziger forderten auf Grossveranstaltungen mit der Parole «Heim ins Reich» den Anschluss an das Mutterland. Die SS-Heimwehr trat im August zum ersten Mal öffentlich mit einer Parade in den Strassen Danzigs auf. Bei einer Massenveranstaltung warf Gauleiter Forster den Briten und Franzosen vor, sich unberechtigt in Danziger Angelegenheiten einzumischen und dabei Partei für Polen zu ergreifen: «Es geht sie gar nichts an, wie wir unsere Zukunft gestalten wollen. Wir Danziger kümmern uns auch nicht darum, wie die Engländer und Franzosen sich ihr Schicksal zu gestalten versuchen.» Auch im Ausland wurde der Krieg herbeigeredet und die Stimmung angeheizt, obwohl zu der Zeit die Reichsregierung noch immer versuchte, in der Danzig- und Korridor-Frage auf dem Verhandlungsweg zum Ziel zu kommen. In der letzten Woche vor dem Kriegsausbruch versuchten polnische Flak-Batterien ein paar Mal, Passagiermaschinen der Deutschen Luft Hansa auf ihrem Flug von Berlin nach Königsberg über der Ostsee abzuschiessen. Es kam auch zu zahlreichen Schiessereien an den Grenzübergängen zwischen polnischen und deutschen Zollbeamten und Soldaten, wobei es viele Tote gab. Das «Abfackeln» deutscher Bauernhöfe im polnischen Grenzland ging unvermindert weiter. Im August 1939 griffen die Überfälle und Brandstiftungen der Polen auch auf die deutsche Seite der Grenze über.

(Schultze-Rhonhof, S. 473 ff.)

- **Polen will Krieg mit Deutschland:** In Krakau fanden in der ersten Augustwoche 1939 drei Tage währende Feierlichkeiten zum Gedenken an die Piłsudski-Legionen statt, die zu Anfang des Ersten Weltkrieges auf deutscher Seite gegen die Streitkräfte des zaristischen Russlands angetreten waren. Über-

all war das von der Regierung herausgegebene Schlagwort der Feier angeschlagen: «Wir sind nicht Österreich oder die Tschechoslowakei! Wir sind anders!» Marschall Rydz-Smigly hielt am 6. August 1939 eine grosse Festrede, in der er versicherte, Polen sei bereit, es im Streit um Danzig mit jedem Vorgehen der Gegenseite aufzunehmen. Polen respektiere den Frieden, «aber keine Macht kann uns davon überzeugen, dass das Wort ‚Frieden‘ für einige Leute ‚Nehmen‘ bedeutet und für andere ‚Geben‘. Die Menge antwortete ihm mit dem begeisterten Ruf: ‚Wir wollen Danzig!‘» Vor einer Offiziersversammlung in Krakau sprach der Marschall Klartext: «Polen will den Krieg mit Deutschland, und Deutschland wird ihn nicht verhindern können, selbst wenn es das wollte.» (Hoggan, S. 554/555; *Der Grosse Wendig*, Band 3, S. 265)

- **Demütigung Deutschlands:** Der britische Botschafter Henderson kommentierte den Danzig-Vorfall in einem Brief vom 8. August 1939 an Aussenminister Halifax so: «Die Elemente, die dazu neigen, Deutschland zu demütigen, werden durch Presseartikel in England und Polen bestärkt... Es mag sein, dass die Demütigung für Hitler heilsam ist, aber wenn diese gefährliche Politik nicht die der Regierung seiner Majestät ist, so schlage ich ernstlich vor, dass sowohl in Warschau als auch in London das Äusserste getan werden sollte, um zu verhindern, dass Hitler in den nächsten paar Wochen in eine Lage getrieben wird, in der des Diktators Stolz ihm nicht mehr gestatten werde, langsam zu treten, selbst wenn er es wollte.» (Schultze-Rhonhof, S. 476)
- **Leiden der deutschen Minderheit muss aufhören:** Hitler erklärte in einem Gespräch am 12. August 1939 mit dem Völkerbund-Kommissar Carl J. Burckhardt laut dessen Tagebuchaufzeichnung: «Wenn die Polen Danzig absolut in Ruhe lassen, wenn sie nicht versuchen, mich mit falschen Karten zu überstechen, dann kann ich warten. Aber eine Bedingung ist, dass die Leiden unserer Minderheiten in Polen aufhören.» (A. v. Ribbentrop, S. 327)
- **Flucht vor Terror:** Die polnischen Behörden leiteten am 14. August 1939 in Ostoberschlesien eine Massenverhaftungsaktion gegen die deutsche Minderheit ein und begannen, die noch bestehenden deutschen Geschäfte, Klubs und Wohlfahrtseinrichtungen zu schliessen und zu konfiszieren. In der polnischen Bevölkerung herrschte wilde Erregung, weil Viktor Szwagiel, einer ihrer Polizeibeamten, in den ersten Tagen der Verhaftungen von einem Mitglied der Jungdeutschen Partei angeschossen und verletzt worden war. Die verhafteten Deutschen wurden in Zwangsmärschen ins Innere des Landes getrieben. Tau-

sende von Deutschen versuchten, über die Grenze nach Deutschland zu entkommen. Manchmal halfen ihnen dabei sogenannte Schmuggler, die sie über die «grüne Grenze» abseits der Hauptstrassen und Zollstationen gegen ein Entgelt von 10 bis zu 600 Zloty führten. Die deutsche Presse tadelte die Massenverhaftungen und warnte die Polen, die Deutschen in ihrem Lande als hilflose Geiseln zu betrachten, die man ungestraft abschlachten könne. (Hoggan, S. 597 ff.)

Als Hitler immer entschiedener Verhandlungen über die Angliederung Danzigs und eine Garantie für sichere Verkehrsverbindungen ins abgetrennte Ostpreussen forderte, nahm die Feindschaft der Polen gegen die deutsche Minderheit noch schärfere Formen an. Es kam zu einer Serie von Zwischenfällen und Schusswechseln an der Grenze und zu Terrorakten gegen Volksdeutsche. Die Zerstörung deutscher Geschäfte und Brandstiftungen von deutschen Bauernhöfen steigerten sich zum Pogrom. Nach der Rückgliederung des Memellandes in das Reich im März 1939 wurde die Lage der Volksdeutschen in Polen nahezu unerträglich. Mitte August 1939 begann man deshalb mit ihrem Abtransport nach Innerpolen. Im Sommer 1939 wurde die Zahl der Volksdeutschen, die dem Terror entkommen und Polen «illegal» verlassen wollten, immer grösser. Bis Mitte August waren über 76.000 Menschen ins Reich geflohen und 18.000 zusätzlich ins Danziger Gebiet. Die Danziger demonstrierten noch energischer für ihre Wiedervereinigung mit Deutschland. Die Berichte und Schilderungen der Geflohenen verschärfen zusätzlich das ohnehin angespannte deutsch-polnische Verhältnis in den letzten Wochen und Tagen vor dem Kriegsausbruch. Staatssekretär Ernst von Weizsäcker, damals Stellvertreter des Aussenministers, schrieb über die anhaltenden Spannungen zwischen dem Reich und Polen: «Unsere diplomatischen und Konsularberichte aus Polen zeigten, wie 1939 die Welle immer höher auflief und das ursprüngliche Problem, Danzig und Passage durch den Korridor, überdeckte.» (Schultze-Rhonhof, S. 396 und 442 f.)

- **Polnische Armee einmarschbereit:** Der polnische Botschafter in Paris, Lukasiewicz, erklärte am 15. August 1939 gegenüber dem französischen Aussenminister Georges Bonnet auf dessen Bemerkung, dass Hitler sich stark mache, in drei Wochen das Schicksal der polnischen Armee zu bestimmen: «Im Gegenteil, in den ersten Tagen wird die polnische Armee in Deutschland einmarschieren.» (d'Argile, S. 96)

- **Polen mit oder ohne Hilfe einmarschbereit:** Am 16. August 1939 erfuhr das Auswärtige Amt, dass Polen zu keinem Kompromiss in der Danzig-Frage bereit sei. Der polnische Botschafter beim Vatikan, August Papée, erteilte dem Kardinal und Staatssekretär Luigi Maglione am 16. August eine negative Antwort auf dessen Vorschlag, Polen möge zur Erhaltung des Friedens beitragen und es Deutschland gestatten, Danzig zurückzugewinnen. In seiner Antwort erklärte Papée, Polen werde mit oder ohne englische oder französische Hilfe nach Deutschland einmarschieren, falls Hitler den Versuch mache, Danzig für das Reich zurückzugewinnen. (Hoggan, S. 598)
- **Polnisches Wirtschaftsembargo gegen Danzig:** Generalkommissar Chodacki erklärte am Morgen des 16. August 1939 dem Danziger Senatspräsidenten Greiser, der polnische Wirtschaftsboykott gegen Danziger Erzeugnisse werde solange fortgesetzt, bis Danzig uneingeschränkt das Recht der polnischen Zollbeamten auf Ausübung ihrer Funktionen im Gesamtgebiet der Freien Stadt anerkenne. Der polnische Diplomat behauptete, Danzig würde in dieser Frage schon längst kapituliert haben, wenn es der Stadt nicht darum ginge, unentdeckt deutsche Waffen und Munition auszuladen. Greiser lehnte es ab, sich dieser umfassenden polnischen Forderung zu beugen, da sie nach den zwischen Danzig und Polen vertraglich festgelegten Beziehungen jeder Grundlage entbehre. (Hoggan, S. 611)
- **Appell des britischen Botschafters:** Der britische Botschafter Nevile Henderson teilte am 16. August 1939 seiner Regierung folgendes mit: «Wenn ein Waffenstillstand bewahrt werden soll – und dies ist die letzte Hoffnung –, dann muss die Misshandlung der deutschen Minderheiten in Polen beendet werden. Ich wünschte, dass einige englische Zeitungen Korrespondenten dorthin schickten, um sich selbst – und Sie zu informieren. Weizsäcker hat mich in dieser Frage schon sehr gedrängt.

Unsere Botschaft in Warschau weiss nichts darüber, ebenso wenig, wie ich etwas darüber weiss, was in den deutschen Provinzen geschieht.» (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 547)

- **Hitler für direkte Gespräche mit Polen:** Hitler liess am 20. August 1939 durch seinen Beauftragten Fritz Hesse der britischen Regierung mitteilen, dass eine Regelung der Danzig-Frage zwischen den beiden Regierungen, die es an-

gehe, besprochen werden müsse. Die britische Regierung war jedoch nicht bereit, vermittelnd auf Polen einzuwirken. Im Gegenteil: Mit dem Garantievertrag vom 26. August 1939 gab sie Polen freie Hand, wohl wissend, dass dies Krieg bedeuten musste. Sir Alexander Cadogan, von 1938 bis 1946 Unterstaatssekretär im Foreign Office, bemerkte dazu nach dem Kriege: «Natürlich konnte unsere Garantie Polen im Falle eines Angriffs keinerlei Schutz bieten... Man könnte das sogar für zynisch halten... Vielleicht war es das auch. Aber es brachte uns den Krieg..., und am Ende haben wir mit unseren Verbündeten den Krieg gewonnen.» (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 641)

- **Bereit, mit dem Teufel einen Pakt abzuschliessen:** Die Warschauer Zeitung *Depesza* schrieb am 20. August 1939: «Wir sind bereit, mit dem Teufel einen Pakt abzuschliessen, wenn er uns im Kampf gegen Hitler hilft. Hört ihr: Gegen Deutschland, nicht nur gegen Hitler. Das deutsche Blut wird in einem kommenden Krieg in solchen Strömen vergossen werden, wie dies seit Entstehung der Welt noch nicht gesehen worden ist.» Der flämische Schriftsteller Ward Hermans meinte dazu am 30. August 1939: «Die Polen haben das letzte Gefühl für Mass und Grösse verloren. Jeder Ausländer, der in Polen die neuen Landkarten betrachtet, worauf ein grosser Teil Deutschlands bis in die Nähe von Berlin, weiter Böhmen, Mähren, die Slowakei und ein riesiger Teil Russlands in der überaus reichen Phantasie der Polen bereits annektiert sind, muss denken, dass Polen eine riesige Irrenanstalt geworden ist.» (Friedrich Lenz, *Nie wieder München*, Heidelberg, 1964, Bd. I, S. 207)
- **Polnischer Flakbeschuss auf deutsche Zivilflugzeuge:** In der letzten Woche vor dem Kriegsausbruch beschossen polnische Flakbatterien auf der Hela-Halbinsel mehrmals Passagiermaschinen der Deutschen Lufthansa auf ihrem Flug von Berlin nach Königsberg über der Ostsee. Die beiden Condor-Maschinen mit der deutschen Verhandlungsdelegation aus Moskau mussten ab Königsberg wegen der Gefahr des Flakbeschusses mit Jagdschutz weiterfliegen.³⁹

39 Dies belegt auch der Erlebnisbericht des Chefdolmetschers im Auswärtigen Amt, Dr. Paul Schmidt. In seinem 1952 erschienenen Buch *Statist auf diplomatischer Bühne 1923-45* berichtet er über die drohende Kriegsgefahr in Europa wie folgt: «Im Laufe des Sommers verstärkte sich die Spannung in Europa fast täglich. In allen Ländern begann man mehr oder weniger offen mit Kriegsvorbereitungen. Drohende, warnende oder herausfordernde Reden füllten den Äther und die Spalten der Zeitungen...(S. 437). ...Ich hatte bei einem kurzen Besuch im Flughafenrestaurant (bei einer Zwischenlandung in Königsberg am 24. August nach den Verhandlungen in Moskau) die Mitteilung verpasst, dass beide Maschinen mit Jägerschutz (!) fliegen sollten, da in den letzten Tagen mehrfach Lufthansa-

Die Polen gaben zu, am 24. August lediglich auf ein deutsches Flugzeug geschossen zu haben, weil dieses angeblich polnisches Hoheitsgebiet überflogen habe. Am 26. August schoss ein polnisches Kriegsschiff auf ein deutsches Verkehrsflugzeug, in dem sich Staatssekretär Wilhelm Stukardt vom Reichsinnenministerium auf seiner Rückkehr aus Danzig befand. Die Bevölkerung auf der deutschen Seite sah den Flüchtlingsstrom, die Schiessereien und die Angriffe auf die deutschen Bauern jenseits der Grenze mit zunehmendem Entsetzen. Sie erwartete, dass man dem Treiben bald ein Ende setzt. (Schultze-Rhonhof, S. 443, 479, 506; Schmidt, S. 447; Hoggan, S. 634, 680; Bathe, Einleitung S. XVII)

- **Friedensappell des Papstes:** Am 24. August 1939 richtete Papst Pius XII. einen Appell an die Welt, keinen Krieg wegen Danzig zu beginnen. Er bat die Botschafter Grossbritanniens, Frankreichs, Italiens, Polens und Deutschlands, am 31. August 1939 zur Audienz im Vatikan zu erscheinen. Der polnische Botschafter beim Vatikan, Kazimierz Papée, vermochte dem Papst keine Zusage zu geben, dass Polen mit Deutschland verhandeln werde. Der päpstliche Nuntius in Warschau, Cortesi, versuchte daraufhin, auf Beck einzuwirken, doch noch mit den Deutschen Gespräche zu führen. Zornentbrannt warf Beck dem päpstlichen Nuntius vor, er arbeite für die Deutschen. Dann beklagte er sich, Papst Pius befehle ihm, sich Deutschland zu beugen. Cortesi war nicht imstande, den erregten Aussenminister zu beruhigen. (Hoggan, S. 743)
- **Deutsches Friedensangebot an England:** In einem Gespräch mit dem englischen Botschafter Henderson bezeichnete Hitler am 25. August 1939 die Behauptung, dass Deutschland die Welt erobern wolle, als lächerlich. Hitler wörtlich: «Das Britische Weltreich umfasst 40 Millionen Quadratkilometer, Russland 19 Millionen Quadratkilometer und Amerika 9,5 Millionen Quadratkilometer, während Deutschland noch nicht 600.000 Quadratkilometer umfasst. Wer also die Welt erobern will, ist leicht zu erkennen.» Zu Polen und England äusserte sich Hitler: «Aber die polnischen Provokationen sind unerträglich ge-

Maschinen von der polnischen Flak unter Feuer genommen worden waren. Soweit war also in der Zwischenzeit die deutsch-polnische Spannung schon gestiegen Auch er (der Pilot) erzählte mir von den Beschiessungen durch die polnische Flak. ‚Wir sind nicht so fein wie die da‘, damit meinte er Ribbentrop und seine Delegation, ‚wir kriegen keinen Jägerschutz, aber wir fliegen weit auf die Ostsee hinaus, da können uns die Polen nichts anhaben, ausser wenn sie mit Jägern kommen, dann können sie uns zur Landung zwingen.‘« (S. 447)

worden. Wenn die polnische Regierung die Verantwortung bestreitet, so beweist das nur, dass sie selbst keinen Einfluss mehr auf ihre Unterorgane besitzt... Das Problem Danzigs und des Korridors muss gelöst werden. Der britische Premierminister hat eine Rede gehalten, die nicht im Geringsten geeignet ist, einen Wandel der deutschen Einstellung herbeizuführen. Aus dieser Rede kann höchstens ein blutiger und unübersehbarer Krieg zwischen Deutschland und England entstehen, der unendlich viel blutiger sein wird als der von 1914 bis 1918.» Das Abkommen mit Russland sei bedingungslos und bedeute eine Wende in der Aussenpolitik des Reiches auf sehr lange Zeit. Er, Hitler, habe immer eine Verständigung mit England herbeigewünscht. Daher sei er bereit, mit England «Abmachungen zu treffen, die nicht nur unter allen Umständen die Existenz des Britischen Reiches garantieren würden, sondern denen zufolge Deutschland dem Britischen Reich Hilfe leisten würde, ganz gleich, wo immer eine solche Hilfe erforderlich sein sollte...» (Post, S. 384 ff.)

- **Britisch-polnischer Beistandspakt mit geheimem Zusatzprotokoll:** Am Tag des Hitler-Angebots an England, am 25. August 1939, schlossen London und Warschau das Beistandsabkommen, das sich Beck und Halifax bereits am 6. April 1939 in London zugesichert hatten. Diesem Beistandspakt war, was die deutsche Führung erst später erfahren hatte, ein geheimes Protokoll beige-fügt, dessen Artikel 1 bestimmte: «Unter dem Ausdruck ‚eine europäische Macht‘, der in diesem Abkommen angewandt wird, soll Deutschland verstanden werden.» Damit war klar, dass England Polen seine Unterstützung und Hilfe für den Fall eines direkten Angriffs oder einer «indirekten Bedrohung» durch Deutschland versprach, nicht aber für den Fall einer Aggression durch die Sowjetunion. Das Beistandsabkommen war ein Freibrief für Polen, den deutschen Druck zum Anschluss Danzigs an das Reich zur «indirekten Bedrohung» zu erklären und darauf militärisch zu reagieren. Mit der Zusage aus London war man nun in Warschau nicht mehr bereit, in der Danzig-Frage auch nur einen einzigen Schritt auf Deutschland zuzugehen. (Post, S. 386 ff.; Schultze-Rhonhof, S. 457 f.)
- **Dokumentarberichte über polnische Ausschreitungen:** Im Auswärtigen Amt gingen laufend Berichte über Ausschreitungen gegen Deutsche in Polen ein. Jeden Tag trafen mehr als zehn ausführliche Meldungen ein. Seit März 1939 waren über 1.500 Dokumentarberichte archiviert worden, die ein erschütterndes Bild der Grausamkeit und des menschlichen Elends boten. Die Spalten

der deutschen Presse füllten sich in wachsender Masse mit ausführlichen Berichten über Zwischenfälle gegen die Volksdeutschen in Polen. Der *Völkische Beobachter* gab bekannt, dass es bis zum 20. August 1939 über 80.000 Flüchtlingen gelungen sei, reichsdeutschen Boden zu erreichen, einigen sogar von Wolhynien her, nahe der sowjetischen Grenze. Die westlichen Diplomaten in Berlin stellten fest, dass Polen nunmehr pauschal von Misshandlungen der polnischen Minderheit in Deutschland sprach, wobei niemals von einzelnen Vorfällen die Rede war. Die deutsche Regierung riet den Deutschen in Polen, unter keinen Umständen Widerstand gegen polnische Übergriffe zu leisten, wenn es Krieg mit Polen gebe. Es wurde ihnen klargemacht, ein Widerstand gegen solche Angriffe an einer einzigen Stelle werde sich unheilvoll für die deutsche Minderheit im übrigen Polen auswirken. (Hoggan, S. 634, 653)

- **Wiederholte Rücknahme des Angriffsbefehls gegen Polen:** In einem Gespräch mit dem englischen Botschafter Henderson am 25. August 1939 erklärte Hitler, dass Deutschland die «mazedonischen Zustände» und Provokationen an seiner Ostgrenze auf die Dauer nicht hinnehmen könne und wolle und die Danziger Frage geregelt werden müsse. Das dürfe für England nicht den Bündnisfall gegenüber Polen bedeuten. Gleichzeitig ersuchte Hitler den Botschafter, selbst nach London zu reisen, um dieses seiner Regierung vorzutragen. In der Hoffnung, nun bei England Verständnis zu finden und die Auseinandersetzung mit Polen örtlich begrenzen zu können, gab Hitler an diesem 25. August um 15.00 Uhr den Angriffsbefehl gegen Polen für den folgenden Tag. Hitler hatte angeordnet, man müsse die Operation so vorbereiten, dass die Marschbefehle jederzeit und bis zur letzten Minute rückgängig gemacht werden könnten. Er rechnete wohl damit, dass Oberst Beck, wenn überhaupt, erst in der letzten Minute nachgeben würde. In Warschau war Beck davon überzeugt, dass Hitler bluffte, als er drohte, er werde am 26. August in Polen einmarschieren und dass es lediglich ein Einschüchterungsmanöver war. Nach dem Gespräch mit Henderson rief Hitler Keitel an: «Verschieben Sie bis 15.00 Uhr die Truppenbewegungen für den morgigen Einmarsch in Polen!»

Die Tage vom 26. bis 28. August waren von zahlreichen Gesprächen und Verhandlungen zwischen deutschen, englischen, französischen, italienischen Regierungsvertretern und der Vermittlungsaktivität des schwedischen Industriellen Birger Dahlerus ausgefüllt. Den 29. August 1939 prägte eine allgemeine

Mobilmachung. In Frankreich wurden 600.000 Mann in ihre Kasernen befohlen. In Italien zog Mussolini die Truppen an der französisch-italienischen Grenze zusammen und liess seine Luftwaffe überall (Libyen, Äthiopien, Sardinien, Sizilien) in Alarmbereitschaft versetzen. In der Slowakei stellte die Regierung ihr Staatsgebiet der Wehrmacht zur Verfügung. In Belgien wurden zwölf Divisionen wieder einberufen. In Spanien befestigte General Franco die Pyrenäengrenze. Ungarn machte mobil gegen Rumänien, Rumänien seinerseits gegen Ungarn. Sogar die Schweiz ordnete die Einberufung der Grenzschutztruppen an. Die besorgniserregendste Mobilmachung wurde aber in Polen am frühen Nachmittag verfügt, obwohl Beck noch am Vortag den Engländern versprach, direkte Verhandlungen mit Berlin zu führen. Die entrüsteten Botschafter Frankreichs und Englands, Leon Noel und Sir Howard Kennard, legten in Warschau scharfen Protest ein. In Berlin sorgte diese Generalmobilmachung für eine umso grössere Erregung, als im Laufe der Nacht alarmierende Berichte über die Beschiessung deutscher Verkehrsflugzeuge durch polnische Flugabwehrgeschütze sowie Grenzverletzungen sich auf Hitlers Schreibtisch häuften. Die deutschen Generale waren höchst besorgt, man müsse sofort handeln, oder dann die ganze Sache auf das nächste Frühjahr verschieben. Sie waren eher für eine sofortige Aktion, da Polen nicht nachgeben würde. Auf jeden Fall dürfe kein Befehl erteilt werden, der wie in den fünf letzten Tagen durch einen Gegenbefehl aufgehoben werde. Es werde bald Winter, der die Operationen stoppen könnte, noch bevor sie erfolgreich zu Ende geführt seien. Hitler, der die Forderungen seiner Generale nicht zu berücksichtigen pflegte, hörte diesmal auf sie. Falls die Verhandlungen nicht innerhalb von achtundvierzig Stunden zum Ziel führen, werde er mit Polen abrechnen. (Kosiek, S. 305 f.; Rassinier, S. 278 ff.)

- **Polnische Generalmobilmachung:** Nach der Teilmobilisierung der polnischen Streitkräfte vom 23. März 1939 ordnete der polnische Ministerrat am 29. August 1939 die allgemeine Mobilmachung an, die am 30. August um 16.00 Uhr in Kraft trat. Aussenminister Beck setzte die Botschafter Englands und Frankreichs davon in Kenntnis. Im Verlauf dieses Nachmittags wurde auch in Berlin die Nachricht von der polnischen Generalmobilmachung bekannt. Keitel, Jodl und Brauchitsch begaben sich zu Hitler und erklärten, ein weiteres Hinausschieben des Angriffstermins würde die Durchführung des ganzen Feldzugs gefährden. Hitler erklärte seinen Militärs, er setze für die Verhandlungen noch eine Frist von 48 Stunden. Sollte bis dahin kein Erfolg erzielt sein, werde der

Feldzug beginnen. Warschau versetzte die polnische Bevölkerung mit der Ankündigung kommender Offensiven bis nach Berlin und neuen Grenzen an der Oder in Kriegsbereitschaft. Grossflächige polnische Propaganda-Plakate zeigten einen kampfbereiten Soldaten, dessen Zielrichtung durch die Worte: «Nach Berlin» – «Nach Berlin» klar vorgegeben war. Als die deutschen Truppen bereits weit auf polnisches Territorium vorgestossen waren, unterrichteten am 6. September polnische Offiziere ihre Einheiten über das «Vorrücken der polnischen Armee nach Berlin». Den Mannschaften wurde mitgeteilt, dass die polnischen Truppen bereits Danzig, halb Ostpreussen und Gleiwitz besetzt hätten. (Rassinier, S. 288 ff.; Post, S. 403; *Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 535; Stefan Scheil, *Deutsch-polnischer Nervenkrieg. Grenzwiszenfalle im Sommer 1939. Der Rundfunksender Gleiwitz als Symbol der Eskalation der Kriegsschuldfrage*, in: *Junge Freiheit* 36/09, 28. 8. 2009)

- **Ermordung des deutschen Generalkonsuls in Krakau:** Am 30. August 1939, dem Tag der polnischen Generalmobilmachung, wurde der deutsche Generalkonsul in Krakau, August Schillinger, gemeinsam mit seiner Sekretärin von Polen ermordet. Beuthen wurde bereits am 28. August 1939 von polnischer Artillerie unter Feuer genommen, (de.pluspedia.org; www.opfergang.de/dok; Schultze-Rhonhof, S. 479)
- **Fristverlängerung:** Am 30. August 1939 verlängerte Hitler die Frist für die Annahme der deutschen Vorschläge durch die polnische Regierung auf den 31. August, 24.00 Uhr. Die deutschen Bedingungen waren alles andere als masslos. Hitler verzichtete auf die Provinz Posen und akzeptierte eine von Göring empfohlene Volksabstimmung im Korridor. In Warschau war Oberst Beck weiterhin davon überzeugt, dass Hitler immer noch blufft. Die Informationen, die er aus Deutschland erhielt, sprachen von einer Unzufriedenheit der Generale, aber auch vom Rücktritt des Generalstabschefs Halder, der oppositionellen Haltung von Brauchitschs, einem Nervenzusammenbruch des Führers, einem Staatsstreich, den die Generale vorbereiteten und unmittelbar nach der Kriegserklärung Frankreichs und Englands auszulösen gedachten. Um 23.00 Uhr rechnete von Ribbentrop nicht mehr mit dem Eintreffen eines polnischen Bevollmächtigten.
- **Auf nach Berlin:** Dem polnischen Generalstab und der polnischen Führung war vor Kriegsausbruch nur teilweise klar, dass Polens Streitkräfte inzwischen denen der Wehrmacht materiell und operativ unterlegen waren. Hinzu kamen

Missverständnisse über das Ausmass der französischen Entlastungsoffensive und die Überschätzung der Bereitschaft der Westmächte, Polen mit vollem Einsatz zu unterstützen. So meinte der Kriegsminister Tadeusz Kasprzycki: «Man rät uns zum Bau von Festungen und zur Vorbereitung eines Verteidigungskrieges, empfiehlt uns Rückzugsmanöver und Widerstand an unseren Flussläufen. Nichts davon werden wir tun. Wir kennen nur die Offensive, und im Angriff werden wir siegen.» Die Devise lautete «Marsz na Berlin! Marsz na Berlin!» (dt., «Auf nach Berlin!»). (Wikipedia, *Polenfeldzug*)

- **Hitlers letztes Angebot an Polen:** Am 30. August 1939 beauftragte Göring Dahlems, seine Sondermission fortzusetzen und ein drittes Mal nach London zu fliegen. Hitler liess die Sowjetregierung durch Ribbentrop über alle deutschen Schritte in der polnischen Frage unterrichten. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS veröffentlichte ein Kommuniqué, in dem die Verstärkung der Roten Armee an den westlichen Grenzen der UdSSR angekündigt wurde. Hitler versammelte in der Reichskanzlei eine Reihe von Diplomaten und Juristen, um die deutschen Vorschläge «für eine Lösung des Danzig- und des Korridor-Problems» auszuarbeiten. Am späten Nachmittag war dieses Dokument, das später als «Hitlers sechzehn Punkte» bekannt wurde, fertiggestellt. Das Dokument lautet gekürzt:
 1. Die Freie Stadt Danzig kehrt auf Grund ihres rein deutschen Charakters sowie des einmütigen Willens ihrer Bevölkerung sofort in das Deutsche Reich zurück.
 2. Das Gebiet des sogenannten Korridors (...) wird über seine Zugehörigkeit zu Deutschland oder zu Polen selbst entscheiden.
 3. Zu diesem Zweck wird dieses Gebiet eine Abstimmung vornehmen... Zur Sicherung einer objektiven Abstimmung sowie zur Gewährleistung der dafür notwendigen umfangreichen Vorarbeiten wird dieses erwähnte Gebiet ähnlich dem Saargebiet einer sofort zu bildenden internationalen Kommission unterstellt, die von den vier Grossmächten Italien, Sowjetunion, Frankreich, England gebildet wird...
 4. Von diesem Gebiet bleibt ausgenommen der polnische Hafen Gdingen, der grundsätzlich polnisches Hoheitsgebiet ist, insoweit er sich territorial auf die polnische Siedlung beschränkt. Die näheren Grenzen dieser polnischen Hafenstadt wären zwischen Deutschland und Polen festzulegen und nötigenfalls durch ein internationales Schiedsgericht festzusetzen.

5. Um die notwendige Zeit für die erforderlichen umfangreichen Arbeiten zur Durchführung einer gerechten Abstimmung sicherzustellen, wird diese Abstimmung nicht vor Ablauf von zwölf Monaten stattfinden.
6. Um während dieser Zeit Deutschland seine Verbindung mit Ostpreussen und Polen seine Verbindung mit dem Meere unbeschränkt zu garantieren, werden Strassen und Eisenbahnen festgelegt, die einen freien Transitverkehr ermöglichen...
7. Über die Zugehörigkeit des Gebietes entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
8. Um nach erfolgter Abstimmung – ganz gleich wie diese ausgehen möge – die Sicherheit des freien Verkehrs Deutschlands mit seiner Provinz Danzig-Ostpreussen und Polen seine Verbindung mit dem Meere zu garantieren, wird, falls das Abstimmungsgebiet an Polen fällt, Deutschland eine exterritoriale Verkehrszone... gegeben zur Anlage einer Reichsautobahn sowie einer viergleisigen Eisenbahnlinie... Fällt die Abstimmung zugunsten Deutschlands aus, erhält Polen zum freien und uneingeschränkten Verkehr nach seinem Hafen Gdingen die gleichen Rechte einer ebenso exterritorialen Strassen- bzw. Eisenbahnverbindung, wie sie Deutschland zustehen würden.
9. Im Falle des Zurückfallens des Korridors an das Deutsche Reich erklärt sich dieses bereit, einen Bevölkerungsaustausch mit Polen in dem Ausmass vorzunehmen, als der Korridor hierfür geeignet ist.
10. Die etwa von Polen gewünschten Sonderrechte im Hafen von Danzig würden paritätisch ausgehandelt werden mit gleichen Rechten Deutschlands im Hafen von Gdingen.
11. Um in diesem Gebiet jedes Gefühl einer Bedrohung auf beiden Seiten zu beseitigen, würden Danzig und Gdingen den Charakter reiner Handelsstädte erhalten, d.h. ohne militärische Anlagen und militärische Befestigungen.
12. Die Halbinsel Heia... würde in jedem Fall ebenfalls zu demilitarisieren sein.
13. Da die Deutsche Reichsregierung heftigste Beschwerden gegen die polnische Minderheitenbehandlung vorzubringen hat, die Polnische Regierung ihrerseits glaubt, auch Beschwerden gegen Deutschland vorbringen zu müssen, erklären sich beide Parteien damit einverstanden, dass diese Beschwerden einer international zusammengesetzten Untersuchungskommission unterbreitet werden, die die Aufgabe hat, alle Be-

schwerden über wirtschaftliche oder physische Schädigungen sowie sonstige terroristische Akte zu untersuchen...

14. Um den in Polen verbleibenden Deutschen sowie den in Deutschland verbleibenden Polen das Gefühl der internationalen Rechtlosigkeit zu nehmen... kommen Deutschland und Polen überein, die Rechte der beiderseitigen Minderheiten durch umfassendste und bindende Vereinbarungen zu sichern, um diesen Minderheiten die Erhaltung, freie Entwicklung und Betätigung ihres Volkstums zu gewährleisten...
15. Im Fall einer Vereinbarung auf der Grundlage dieser Vorschläge erklären sich Deutschland und Polen bereit, die sofortige Demobilisierung ihrer Streitkräfte anzuordnen und durchzuführen.
16. Die zur Beschleunigung der obigen Abmachungen erforderlichen weiteren Massnahmen werden zwischen Deutschland und Polen gemeinsam vereinbart. Der vorliegenden Abmachung ist eine Karte beigelegt.»

Diese 16 Punkte waren das sechste und letzte Angebot von deutscher Seite. Keine Regierung der Weimarer Republik, auch nicht die Kommunisten, waren zu so weitgehenden Zugeständnissen bereit. Außenminister Beck wollte weder den Zeitdruck noch den Verhandlungsort Berlin akzeptieren. Er wies Lipski an, den neuen deutschen Vorschlag nicht entgegenzunehmen. (Post, S. 407-410; Schultze-Rhonhof, S. 429; *Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 633 ff.; Bathe, Einleitung S. XIX)

- **Polen nicht verhandlungsbereit:** Am Nachmittag des 30. August 1939 teilte der britische Botschafter in Warschau, Sir Kennard, der britischen Regierung telegraphisch mit, «dass es unmöglich wäre, die polnische Regierung zu veranlassen, Herrn Beck oder irgendeinen Vertreter sofort nach Berlin zu schicken, um eine Regelung auf der von Herrn Hitler vorgeschlagenen Basis zu besprechen». Die polnische Regierung «würde zweifellos eher kämpfen und untergehen, als dass sie eine solche Demütigung hinnähme». Am Abend des 31. August erklärte der polnische Botschafter in Paris, Lukasiewicz, die deutschen Vorschläge seien «so masslos, dass die deutsche Regierung wahnsinnig geworden sein muss oder heute eine regelrechte Herausforderung betreibt, um die Polnische Regierung anzustacheln». (Post, S. 412 f.)
- **Letzter Friedensversuch des Papstes:** In Anbetracht dessen, dass sich in der Wilhelmstrasse⁴⁰ noch immer kein polnischer Bevollmächtigter eingefunden hatte, obwohl die von Hitler gesetzte Frist – er hatte sie seit dem 26. August

40 Sitz des deutschen Auswärtigen Amtes.

ständig verlängert – um Mitternacht zu Ende gegangen war, hatte Papst Pius XII. am 30. August 1939 einen letzten Schritt unternommen und um 13 Uhr den Botschaftern Deutschlands, Polens, Grossbritanniens, Frankreichs und Italiens folgende Note überreichen lassen: «Seine Heiligkeit bittet im Namen Gottes inständig die Regierungen Deutschlands und Polens, alles zu tun, um irgendeinen Zwischenfall zu vermeiden, von jeder Massnahme Abstand zu nehmen, die geeignet wäre, die gegenwärtige Spannung zu verschärfen. Sie bittet die britische, französische und italienische Regierung, seine Ersuchen zu unterstützen.» Der Note war ein «Friedensplan» beigelegt.
(Rassinier, S. 249/250)

- **Polnische Absage für Verhandlungen:** Kurz nach Mitternacht kehrte Birger Dahlerus aus London zurück und begab sich sofort zu Göring. Am 31. August 1939 suchte er um 10 Uhr die polnische Botschaft auf und übergab dem polnischen Geschäftsträger Lipski Hitlers 16-Punkte-Angebot. Lipski erwiderte darauf: «Warum soll ich auch nur das geringste Interesse für die deutschen Noten oder Angebote zeigen? Ich habe keine Veranlassung, mit der deutschen Regierung zu verhandeln... Wenn es zu einem Kriege zwischen Deutschland und Polen kommt, wird in Deutschland eine Revolution ausbrechen, und die polnischen Truppen werden dann auf Berlin marschieren.» Um 14 Uhr erhielt Lipski von Oberst Beck telegraphisch folgende geheime Instruktionen: «Lassen Sie sich unter keinen Umständen in sachliche Diskussionen ein; wenn die Reichsregierung mündliche oder schriftliche Vorschläge macht, müssen Sie erklären, dass Sie keinerlei Vollmachten haben, solche Vorschläge entgegenzunehmen oder zu diskutieren, und dass Sie ausschliesslich obige Mitteilung Ihrer Regierung zu übermitteln und erst weitere Instruktionen einzuholen haben.» Der Text dieser geheimen Instruktionen wurde von der deutschen Funkaufklärung entschlüsselt und der Reichsregierung zur Kenntnis gebracht. Die deutsche Regierung wusste also, dass Polen keine Verhandlungen mehr wollte, sondern offenbar den Krieg suchte. Am 31. August riet zwar England offiziell Polen noch, auf Deutschlands Verhandlungsangebot doch einzugehen, setzte aber keinen Nachdruck dahinter, so dass sich Warschau darüber hinwegsetzte. Am Abend des 31. August erschien der polnische Botschafter Lipski noch einmal bei Reichsaussenminister Ribbentrop, musste jedoch, mehrfach danach gefragt, erklären, dass er keinerlei Vollmachten zu irgendeiner Verhandlung habe. (Rassinier, S. 295 ff.; Post, S. 416-418, 420 ff.; Schultze-Rhonhof, S. 484, 527)

- **Polnisches Desinteresse:** Am 31. August 1939 begab sich Dahlerus in Begleitung des britischen Geschäftsträgers in Berlin, Sir Ogilvie-Forbes, zur polnischen Botschaft. Botschafter Lipski antwortete ihnen: «Ich habe kein Interesse an Gesprächen. Wenn es zu einem Krieg kommt, wird eine Revolution in Deutschland ausbrechen, und die polnischen Truppen werden dann auf Berlin marschieren...» Um 18.30 Uhr fand sich Lipski in der Wilhelmstrasse ein. Von Ribbentrop fragte den polnischen Botschafter, ob er eine Verhandlungsvollmacht habe. Auf dessen negative Antwort liess er ihn von einem Bediensteten hinausbegleiten. Um 21.15 Uhr gab der Reichsrundfunk den Wortlaut des deutschen Angebots bekannt und versah ihn mit folgendem Kommentar: «Somit haben der Führer und die Deutsche Reichsregierung nun zwei Tage vergeblich auf das Eintreffen eines bevollmächtigten polnischen Unterhändlers gewartet. Unter diesen Umständen sieht die Deutsche Regierung auch diesmal ihre Vorschläge als de facto abgelehnt an, obwohl sie auch der englischen Regierung bekanntgegeben worden sind, und mehr als loyal, fair und erfüllbar gewesen wären.» Um 21.30 Uhr unterzeichnete Hitler die Weisung Nr. 1 für den Angriff am Morgen des 1. September um 4.45 Uhr. (Kosiek, S. 305 (Einleitung); Rassinier, S. 278 ff.)

Angriffsbefehl gegen Polen: Am 25. August 1939 erteilte Hitler um 15.02 Uhr den Befehl zur Durchführung von «Fall Weiss» (Codename für den Polenfeldzug). Dies war der letztmögliche Zeitpunkt für die Erteilung des Angriffsbefehls, falls die Offensive gegen Polen am nächsten Morgen anlaufen sollte. Um 17.30 Uhr traf der französische Botschafter Coulondre in der Reichskanzlei ein. Hitler erklärte ihm, dass er keine feindseligen Gefühle gegen Frankreich hege. Er habe persönlich auf Elsass-Lothringen verzichtet und die deutsch-französische Grenze anerkannt. Er wolle keinen Konflikt mit Frankreich. Der Gedanke, dass er wegen Polen mit Frankreich kämpfen müsste, sei ihm ausserordentlich schmerzlich. Die polnischen Herausforderungen hätten jedoch eine unerträgliche Lage für das Reich geschaffen, die nicht länger andauern könne. Er habe vor mehreren Monaten Polen, als er die Rückkehr Danzigs und einen schmalen Gebietsstreifen als Verbindung dieser Stadt mit Ostpreussen forderte, ausserordentlich vernünftige Vorschläge gemacht. Aber die britische Garantieerklärung habe die polnische Unnachgiebigkeit geweckt. Die polnische Regierung habe nicht nur seine Vorschläge zurückgewiesen, sondern sie habe auch die deutschen Minderheiten auf das Schlimmste misshandelt. Ausserdem habe sie Mobilisierungsmassnahmen getroffen. Er habe anfänglich der deutschen Presse vorgeschrieben, nichts über die von den Deutschen erduldeten Misshandlungen

zu veröffentlichen. Gegenwärtig sei die Lage jedoch untragbar. Es seien sogar Fälle von Entmannung vorgekommen. In deutschen Aufnahmelagern befänden sich über 70.000 Flüchtlinge. Sieben Deutsche seien gestern von der polnischen Polizei in Bielitz getötet worden, und in Lodz seien dreissig deutsche Reservisten mit Maschinengewehren niedergemacht worden. Deutsche Flugzeuge könnten nicht mehr von Deutschland nach Ostpreussen fliegen, ohne unter Kanonenfeuer genommen zu werden. Ihre Route sei abgeändert worden, aber jetzt würden sie auch über dem Meer angegriffen. Es sei einer Grossmacht unwürdig, derartige Beleidigungen stillschweigend zu ertragen. Frankreich würde so etwas ebenso wenig dulden. Diese Dinge haben lange genug andauert, und auf neue Herausforderungen werde er, Hitler, mit Gewalt antworten. Er werde Frankreich nicht angreifen, aber, wenn es in den Konflikt eingreife, so werde er bis zum Ende gehen. Eines sei aber gewiss: vor allem werde deutsches und französisches Blut, das Blut zweier gleich tapferer Völker fliessen. Coulondre gab nur eine kurze Erklärung ab. Als Soldat gebe er sein Ehrenwort, dass Frankreich Polen, falls es angegriffen würde, mit seinen Streitkräften zur Seite stehen werde. Sein Land werde es der polnischen Regierung an Mahnungen zur Vorsicht nicht fehlen lassen. Hitler erwiderte, dass er dies glaube, und fügte hinzu, er glaube auch, dass Oberst Beck gemässigt sei, aber die Lage nicht mehr unter Kontrolle habe. Als Coulondre daraufhin an die Schrecken des Krieges erinnerte, stellte Hitler die Frage, warum Frankreich Polen einen Blankoscheck gegeben habe. Der Botschafter verwies auf die Besetzung Prags, die Frankreich veranlasst habe, seine Bündnisse zu festigen; es sei aber der heisseste Wunsch der französischen Republik, den Frieden zu bewahren, und sie werde Warschau weiterhin zur Mässigung anhalten.» (Post, S. 387-389)

- **Kein polnischer Unterhändler zu erwarten:** Kurz nach 24 Uhr, am 1. September 1939, suchte Henderson Ribbentrop auf dessen Bitten in der Reichskanzlei auf. Zunächst trug Henderson die Botschaften vor, die er soeben vom Foreign Office erhalten hatte. In der ersten heisst es, «es sei unvernünftig anzunehmen, dass die britische Regierung innerhalb von vierundzwanzig Stunden die Warschauer Regierung veranlassen könne, einen Unterhändler nach Berlin zu schicken». Dazu bemerkte Ribbentrop, die Fristen seien verstrichen. Ausserdem fragte er, wo nun der polnische Unterhändler sei? Als Antwort verlas Henderson die zweite Note Chamberlains: «Wir sind bei der polnischen Regierung vorstellig geworden und haben ihr empfohlen, weitere Grenzzwischenfälle zu vermeiden. Man kann von ihr aber nur dann vollständige Zurückhaltung erwarten, wenn die Deutsche Regierung die gleiche Haltung einnimmt. Es sind

Berichte im Umlauf, nach denen die Deutschen in Polen Sabotageakte verüben, die die schärfsten Gegenmassnahmen der polnischen Regierung rechtfertigen würden.» Ribbentrop entgegnet darauf gereizt, dass die Polen und nicht die Deutschen die Provokateure seien. Henderson empfahl darauf, die Reichsregierung solle ihre Vorschläge dem polnischen Botschafter übergeben und ihn bitten, diese an seine Regierung weiterzuleiten. Ribbentrop verlangte, «dass ein bevollmächtigter Unterhändler hier nach Berlin kommt, der verantwortlich im Namen seiner Regierung mit uns verhandeln kann!» Abschliessend las Ribbentrop die 16 Punkte, die Hitler für eine Lösung der deutsch-polnischen Probleme ausgearbeitet hatte, Henderson vor und gab zu den einzelnen Punkten Erläuterungen. (Post, S. 416)

- **Sprengung der Weichselbrücke bei Dirschau am 1. September 1939:** Die Weichselbrücke zwischen Dirschau und Marienburg wurde nach zwölf Jahren Bauzeit 1857 vollendet. Sie war eine kombinierte Strassen-Schienen-Brücke. Die Bahnverbindung war strategisch wichtig, weil auf ihr der Verkehr nach Königsberg lief. Nach dem Ersten Weltkrieg fiel die Brücke aufgrund der Schaffung des polnischen Korridors an Polen. Die polnische Regierung hatte wegen der sich abzeichnenden Kriegsgefahr mit Deutschland Anfang August 1939 die Brücke mit Toren, Schienensperren und Sprengladungen versehen lassen. Dies blieb der deutschen Aufklärung nicht verborgen. Es wurde eine Kommandoaktion geplant. Ein planmässiger deutscher Güterzug sollte die Brücke unmittelbar vor Kriegsbeginn überfahren und somit für die Öffnung der Sperren und Tore sorgen. Deutsche Schlachtfieger sollten die Zündkabel bei Kriegsbeginn zerbomben und den Unterstand, aus dem heraus die Zündung erfolgen würde, vernichten. Um 4.26 Uhr des 1. Septembers 1939 starteten drei Ju 87 B-1 in Elbing. Um 4.33 Uhr zerstörten sie die Zündkabel zur Brücke und den Unterstand, von dem aus die Sprengung durchgeführt werden sollte. Den deutschen Zügen blieb die Zufahrt zur Brücke verwehrt. Die installierten Sperren und die geschlossenen Tore der Brücke verhinderten den Einsatz des Kommandotrupps und des ihm folgenden Panzerzuges. Da der Güterzug die Brücke nicht wie geplant überfahren konnte, kam der Panzerzug hinter ihm schon vor der Brücke zum Stehen und konnte so seine Feuerkraft nicht wirkungsvoll einsetzen. 100 m vor der Brücke verliessen die deutschen Truppen den Güterzug, konnten sich der Brücke aber nicht erfolgreich nähern. Den polnischen Verteidigern gelang es inzwischen, neue Verbindungen zu den Sprengladungen zu schaffen. Um 6.10 Uhr gelang es ihnen, den Lisauer Brückenpfeiler zu sprengen, um 6.40 Uhr auch den auf der Dirschauer Seite. Die ersten beiden Felder

der Brücke stürzten in den Fluss.

(Wikipedia, *Angriff auf die Weichselbrücke bei Dirschau*)

- **Deutscher Angriffsbefehl:** Hitler übergab um 21 Uhr dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Keitel, die «Weisung Nr. 1 für die Kriegsführung». Diese lautete:
 1. Nachdem alle politischen Möglichkeiten erschöpft sind, um auf friedlichem Wege eine für Deutschland unerträgliche Lage an seiner Ostgrenze zu beseitigen, habe ich mich zur gewaltsamen Lösung entschlossen.
 2. Der Angriff gegen Polen ist nach den für Fall Weiss getroffenen Vorbereitungen zu führen... Angriffstag: 1. September 1939, Angriffszeit: 4 Uhr 45.
 3. Im Westen kommt es darauf an, die Verantwortung für die Eröffnung der Feindseligkeiten eindeutig England und Frankreich zu überlassen. Geringfügigen Grenzverletzungen ist zunächst rein örtlich entgegenzutreten. Die von uns Holland, Belgien, Luxemburg und der Schweiz zugesicherte Neutralität ist peinlich zu achten. Die deutsche Westgrenze ist zu Lande an keiner Stelle ohne meine ausdrückliche Genehmigung zu überschreiten...
 4. Eröffnen Frankreich und England die Feindseligkeiten gegen Deutschland, so ist es Aufgabe der im Westen operierenden Teile der Wehrmacht, unter möglicher Schonung der Kräfte die Voraussetzungen für den siegreichen Abschluss der Operationen gegen Polen zu erhalten.»

(Post, S. 423; Schütz/v. Preradovich, S. 211)
- **Krieg mit Polen unvermeidlich:** Um 23 Uhr meldete der Warschauer Sender: «Deutschland hat vergeblich auf einen Abgesandten Polens gewartet. Die Antwort waren die militärischen Massnahmen der polnischen Regierung. Keine Worte können jetzt mehr die Aggressionspläne der neuen Hunnen verschleiern. Deutschland strebt die Herrschaft über Europa an... Dieser unverschämte Vorschlag beweist deutlich, wie notwendig die militärischen Massnahmen der polnischen Regierung gewesen sind.» Um 24 Uhr meldete der polnische Rundfunk: «Wir sind auf dem siegreichen Vormarsch nach Berlin und werden Ende der Woche in Berlin sein. Die deutschen Truppen gehen an der ganzen Front in Unordnung zurück.» Nach der polnischen Rundfunksendung gab Ribbentrop in der Wilhelmstrasse zu, der regelrechte Krieg zwischen Deutschland und Polen sei nun unvermeidlich, und der deutsche Vormarsch werde nicht noch einmal widerrufen. In der Nacht zum 1. September wurde die oberschlesische Stadt Beuthen von polnischer Artillerie beschossen. Zwei Bewohner wurden

getötet, 35 verwundet. (Schröcke, S. 114/115; Hoggan, S. 750; Bathe, Einleitung, S. XX)

- **Einmarsch nach Polen:** Als Hitler erkennen musste, dass offensichtlich eine militärische Auseinandersetzung mit Polen nicht zu umgehen war, liess er in den frühen Morgenstunden des 1. September 1939 das deutsche Heer nach Polen einmarschieren. Gleichzeitig donnerten die ersten Geschützsalven des Schulschiffes «Schleswig Holstein» gegen die befestigte Westerplatte. Hitler ging von der Hoffnung aus, dass sich Frankreich und England wie bisher mit papierenen Protesten begnügen und später die vollendeten Tatsachen anerkennen würden. Um 10 Uhr hielt Hitler eine Rede vor dem Reichstag, in der er unter anderem ausführte: «Man hat versucht, das (polnische) Vorgehen gegen die Volksdeutschen damit zu entschuldigen, dass man erklärte, sie hätten Provokationen begangen. Ich weiss nicht, worin die Provokationen' der Kinder und Frauen bestehen sollen, die man misshandelt und verschleppt oder die Provokationen' derer, die man in tierischer, sadistischer Weise gequält und schliesslich getötet hat. Eines aber weiss ich: dass es keine Grossmacht von Ehre gibt, die auf Dauer solchen Zuständen ruhig zusehen würde... Ich habe trotzdem noch einen letzten Versuch gemacht... (und) ...einen Vermittlungsvorschlag der englischen Regierung angenommen... Und ich bin dann mit meiner Regierung zwei volle Tage gesessen und habe gewartet, ob es der polnischen Regierung passt, nun endlich einen Bevollmächtigten zu schicken oder nicht... Dann sind diese Vermittlungsvorschläge gescheitert, denn unterdes war als Antwort auf diesen Vermittlungsvorschlag erstens die polnische Generalmobilmachung gekommen und zweitens neue schwere Greuelthaten... Ich habe mich nun entschlossen, mit Polen in der gleichen Sprache zu reden, die Polen seit Monaten uns gegenüber anwendet. (...) Polen hat heute Nacht zum ersten Mal auf unser eigenes Territorium mit regulären Soldaten geschossen. Seit 5.45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen! Und von jetzt ab wird Bombe mit Bombe vergolten! Wer mit Gift kämpft, wird mit Giftgas bekämpft. Wer selbst sich von den Regeln einer humanitären Kriegführung entfernt, kann von uns nichts anderes erwarten, als dass wir den gleichen Schritt tun...» (Post, S. 425; Adolf Hitlers Rede vor dem Reichstag am 1. September 1939 unter www.georg-elsler-arbeitskreis.de)
- **Bombardierung der polnischen Grenzstadt Wieluh:** Am ersten Kriegstag griff die deutsche Luftwaffe eine im Raum Wieluh stationierte polnische Division an. Infolge schlechter Sicht kam es zu Bombenfehlabwürfen auf Wieluri

selbst. Dabei fanden etwa 150 Zivilisten den Tod. In den Medien wird immer wieder behauptet, die Bombardierung Wieluns am 1. September 1939 durch die Luftwaffe sei ein Terrorangriff gegen die Zivilbevölkerung gewesen. Diese Behauptung ist falsch. Richtig ist: Die deutsche Luftwaffe hatte den strikten Befehl, Luftangriffe auf Zivilpersonen zu vermeiden. Zu Beginn des Polenfeldzuges führte die Luftwaffe zahlreiche Luftangriffe auf polnische Flugplätze, Strassenkreuzungen und militärische Einrichtungen durch, nicht jedoch auf zivile Ziele. Die Bomben auf die (zudem) befestigte Stadt Wieluh galten nur militärischen Zielen. Sie dienten ausschliesslich der Unterstützung der Bodentruppen. Ziele waren eine am Abend vorher festgestellte polnische Division und eine Kavalleriebrigade. Wieluh war zudem ein wichtiger und frontnaher Verkehrsknotenpunkt. Wegen Bodennebels wurden aber Ziele verfehlt. Obwohl es subjektiv von Betroffenen so empfunden werden konnte, war dies kein beabsichtigter Angriff auf zivile Ziele. Das stellte auch der französische Luftwaffenattache, General Armengaud, fest. In einem Bericht vom 14. September 1939 nach Paris schrieb er: «Die deutsche Luftwaffe hat die Bevölkerung nicht angegriffen. Ich muss unterstreichen, dass die deutsche Luftwaffe nach den Kriegsgesetzen gehandelt hat; sie hat nur militärische Ziele angegriffen, und wenn oft Zivilpersonen getötet oder verwundet worden sind, so deswegen, weil sie sich neben diesen militärischen Zielen befanden. Es ist wichtig, dass man das in Frankreich und England erfährt, damit keine Repressalien unternommen werden, wo kein Anlass zu Repressalien ist, und damit nicht von uns aus einen totalen Luftkrieg entfesselt wird.» Bei dem Luftangriff kamen nach polnischen Angaben ca. 150 Zivilisten um.⁴¹ In der westlichen Presse wurden Aufnahmen ermordeter Volksdeutscher als unschuldige polnische Opfer des deutschen Luftkrieges veröffentlicht. Ebenso wenig wie im Falle Wieluri kann der deutsche Luftangriff auf Warschau am 25. September 1939 als Beginn des Luftkrieges gegen zivile Ziele angesehen werden. (Schultze-Rhonhof, S. 533; Hoggan, S. 766; *Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 688-690)

- **Jagd auf Deutsche:** Bereits mehrere Monate vor dem Krieg hatten der polnische Rundfunk und die Presse einen nationalistischen Propagandafeldzug gegen die im Lande lebenden Minderheiten geführt, der in der Feststellung gipfelte, «dass im Kriegsfall kein einheimischer Feind lebend entrinnen wird».

41 Die oft in der polnischen Literatur genannte und von Wikipedia kritiklos übernommene Zahl von 1.200 Bombenopfern ist eine reine Propagandazahl.

Die Rede von einer bevorstehenden «Bartholomäus-Nacht» ging um, und wohlmeinende Polen warnten deutsche Nachbarn, sich im Kriegsfall auf das Schlimmste gefasst zu machen. Schon vor Kriegsbeginn wurden zwei grosse Konzentrationslager – vor allem für Angehörige der deutschen und der ukrainischen Führungsschicht – eingerichtet. Am 1. September 1939 begann dann die angekündigte «Jagd auf Deutsche» (poln., «Polowanie na Niemcow»). (Nawratil, S. 44)

Bei Kriegsausbruch begannen in Polen, zum Teil unterstützt durch das Militär, grausame Repressalien gegen Deutsche, die noch im polnischen Herrschaftsbereich lebten. In einer Welle von Hausdurchsuchungen, Plünderungen, Verhaftungen, Vertreibungen, Misshandlungen, Vergewaltigungen und Ermordungen mussten über 5.000 dieser polnischen Staatsbürger mit deutscher Muttersprache ihr Leben lassen. Das grösste Blutbad mit etwa 1.000 Ermordeten fand am dritten Kriegstag in der Stadt Bromberg statt. Polnische Heckenschützen eröffneten vor allem in den Städten sofort nach Abzug der polnischen Truppen ihren Partisanenkampf gegen deutsche Truppen. Das führte von Kriegsbeginn an zu harten Reaktionen und Auseinandersetzungen zwischen deutschem Militär und polnischer Bevölkerung. Die grossen Opferzahlen unter der deutschen und der polnischen Zivilbevölkerung steigerten noch einmal den Hass in beiden Völkern. (Schultze-Rhonhof, S. 533 f.; siehe auch Eintrag vom 3. September 1939)

- **Mussolinis Eingreifen – Frankreich beugt sich britischem Druck:** Am 2. September 1939 griff Mussolini in das Geschehen ein und schlug folgende Sofortregelung vor:
 - zunächst Waffenstillstand, der die Armeen lässt, wo sie jetzt sind;
 - Einberufung einer Konferenz zwischen Deutschland, Polen, England, Frankreich, Italien innerhalb von 2-3 Tagen zur Lösung des polnisch-deutschen Streites.

Der Vorschlag Mussolinis entsprach genau dem, was Hitler wünschte (er hatte bei der Ankündigung des deutschen Einmarsches in Polen das Wort «Krieg» vermieden und nur von «zurückschiessen» gesprochen). Der Vorschlag ist deshalb so aufschlussreich, weil Frankreichs Bündnisverhältnis zu Polen beträchtlich bedeutsamer und tiefgreifender war als das Englands. Der Vorschlag Mussolinis wurde am gleichen Tag von der amtlichen französischen Nachrichtenagentur HAVAS wie folgt bekanntgegeben: «Die französische Regierung ist

gestern, wie andere Regierungen, mit einem italienischen Vorschlag zur Regelung der europäischen Schwierigkeiten befasst worden. Nach Beratung über diesen Vorschlag hat die französische Regierung eine positive Antwort gegeben.» Es bedurfte, wie aktenkundig wurde, eines entschiedenen britischen Druckes auf die französische Regierung, um sie zur Änderung ihrer Haltung und zum Anschluss an die englische Kriegserklärung am darauffolgenden Tag zu veranlassen. (Sündermann, S. 65/66; Bathe, S. 17. Einen guten Überblick über die 28 (!) gescheiterten Friedensinitiativen bietet *Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 640-654)

- **Deutsche Rückzugsbereitschaft:** Am Abend des 2. September 1939 beauftragte Ribbentrop den deutschen Botschaftsrat in London, Hesse, der englischen Regierung folgendes zur Kenntnis zu bringen: «Bitte gehen Sie sofort zu ihrem Vertrauensmann ... und erklären Sie ihm folgendes: Der Führer ist bereit, aus Polen wieder herauszugehen und Schadenersatz für den bereits angerichteten Schaden anzubieten, unter der Voraussetzung, dass wir Danzig und die Strasse durch den Korridor erhalten, wenn England im deutsch-polnischen Konflikt die Vermittlung übernimmt.» (Schröcke, S. 116; *Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 643)
- **Kriegserklärung Grossbritanniens und Frankreichs – britisches Hauptkriegsziel:** Am 3. September 1939 überreichte der britische Botschafter Neville Henderson um 9 Uhr im Auswärtigen Amt ein bis 11 Uhr befristetes Ultimatum, dem zufolge Grossbritannien sich von diesem Zeitpunkt an als mit Deutschland im Krieg befindlich betrachten würde, wenn es von der deutschen Regierung bis dahin nicht eine Zusicherung zur Einstellung der Feindseligkeiten und zum Rückzug der deutschen Truppen aus Polen erhielt. Zum britischen Ultimatum bemerkte Aussenminister Halifax: «Jetzt haben wir Hitler zum Kriege gezwungen, so dass er nicht mehr auf friedlichem Wege ein Stück des Versailler Vertrages nach dem anderen aufheben kann.» Um 12 Uhr überreichte der französische Botschafter Robert Coulondre das Ultimatum der französischen Regierung. Die Annahmefrist war auf 17 Uhr festgesetzt. In einer Rundfunkansprache stellte Churchill am 3. September 1939 offiziell und unmissverständlich klar: «Dieser Krieg ist ein englischer Krieg, und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands.» Die Tageszeitung *Daily Mail* unterstrich diese ungeheuerliche Aussage mit den Worten: «Die Erörterung der Kriegsziele ist sinnlos; das einzige, was wir zu tun haben, ist Deutschland zu vernichten.»

Hierzu bemerkt Sven Hedin in seinem Buch: «Es wäre gut, wenn die, die die ganze Schuld am Kriege auf Deutschland schieben, sich erinnern würden, dass deutsche Redner und Staatsmänner niemals Englands Vernichtung als Kriegsziel oder Wunsch genannt haben.» (Hedin, S. 175 f.)

- **Der Krieg gegen Polen wird zum Weltkrieg:** Den Kriegserklärungen Grossbritanniens und Frankreichs schlossen sich am gleichen Tage fast der gesamte Commonwealth und einige der französischen Kolonien an. Am 3. September waren es Australien, Burma, Ceylon, Indien, Jordanien, Kambodscha, Laos, Marokko, Neuseeland, Tunesien und Vietnam. Am 6. September folgten die Südafrikanische Union und der Irak und am 10. September Kanada. Der Krieg um die Stadt Danzig und den Korridor wurde binnen zweier Tage zu einem Weltkrieg ausgedehnt. (Schultze-Rhonhof, S. 533)
- **Bromberger Blutsonntag:** Am 3. September 1939 ermordeten Polen, darunter auch zurückflutende polnische Soldaten, offenbar nach vorher schon erstellten Listen, Tausende von Deutschen in Bromberg und weiteren Orten. Der polnische Historiker Janusz Piekalkiewicz nimmt eine Zahl von 5.000 bis 6.000 ermordeten Volksdeutschen an. Deutsche Quellen von 1939 geben für die Zeit vom 31. August bis 17. November 1939 eine Zahl von 5.437 Toten unter den Volksdeutschen an. Polen gab selbst die Täterschaft am «Bromberger Blutsonntag» zu, als am 9. September 1939 der polnische Sender in Wilna die Warschauer Bevölkerung aufforderte, sich ein Beispiel an den Bromberger Mördern der Deutschen zu nehmen und im Kampf gegen die Deutschen alle erdenklichen Mittel anzuwenden. Der US-amerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred-Maurice de Zayas hält über die Bromberger Ereignisse fest: «Bei den Haussuchungen (in Bromberg) wurden zunächst von den Soldaten und dem Mob sämtliches Geld und Wertsachen gestohlen, die Wohnungen auch sonst ausgeplündert und völlig verwüstet. Die Männer der Familie..., vom 13-jährigen oder gar 10-jährigen Jungen bis zum 70- oder 80-jährigen Greis, wurden in fast allen Fällen in viehischer Weise umgebracht... Zumeist wurden die Ermordeten mit Brechstangen, Seitengewehren, Gewehrkolben, Knütteln derart zusammengeschlagen, dass ihre Gesichter bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt wurden... In anderen Fällen mussten sie die Ermordung der Angehörigen ansehen, um dann selbst als Opfer erschlagen oder erschossen zu werden.» (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 684-687)

Ein schwedischer Pressevertreter, Christer Jäderlund, hat folgenden Bericht über seine Eindrücke verfasst: «Eine fürchterliche Bartholomäusnacht' fand in Bromberg statt, bevor die deutschen Truppen die Stadt besetzten... Eine unbeschreibliche Schreckensstimmung lagert noch heute über der Stadt. Der Sonntag war fürchterlich. Nach dem Abzug der polnischen Truppen und vor der Ankunft der deutschen Wehrmacht entstand in der Stadt ein schreckliches Massaker. Die Anzahl der ermordeten und scheusslich verstümmelten Menschen – Deutsche und Polen, die als deutschfreundlich verdächtig waren – wird auf etwa 1.000 berechnet. Ich photographierte selbst eine ganze Reihe der grossen Leichenhaufen, die noch heute, teils auf den Strassen, teils in den Wäldern sowie in den Gärten umherlagen. Die Photographien sind jedoch zu grässlich, um in einer Zeitung veröffentlicht zu werden...» Ein

deutscher Offizier, der in Berlin die deutsche Presse über seine Eindrücke in Bromberg zu unterrichten hatte, erklärte: «Ich habe in Bromberg und um Bromberg die Opfer einer systematischen Menschenschlächtereie gesehen, für die es in der Geschichte der Menschheit keine Vergleichsmöglichkeit gibt. (...) Man weiss noch nicht, wieviele Leichen in die Netze oder in die Weichsel geworfen wurden. Man hat auch noch keinerlei Angaben darüber, wie viele Volksdeutsche von den Polen verschleppt worden sind und irgendwo in der Umgebung von Bromberg umgebracht wurden...» (Nawratil, S. 44-46; Bathe, S. 45/46)

- **«Verbrannte Erde»:** Am 5. September 1939 befahl das polnische Oberkommando der in Nordwestpolen eingesetzten Armee Rudnicki, vor den deutschen Truppen auszuweichen, dabei die Nahrungsmittel im aufgegebenen Landstrich zu vernichten und dem Feind «verödetes, zerstörtes Land» zurückzulassen. Hier wurde zum ersten Mal im Zweiten Weltkrieg von einer Kriegspartei die Taktik der «verbrannten Erde» praktiziert. (Schultze-Rhonhof, S. 534)
- **Polnische Falschmeldungen:** Am 6. September 1939 berichtete die polnische Tageszeitung *Express Poranny* (dt., *Morgenexpress*), dass die französische Armee ins Rheinland einmarschiert sei und dass die polnische Luftwaffe Berlin bombardiere. Am 13. September titelte diese Zeitung: «Deutsche Offensive in Polen zusammengebrochen», obwohl die Wehrmacht bereits ganz Westpolen besetzt hatte. (Schultze-Rhonhof, S. 534.)
- **Sowjetischer Einmarsch:** Am 17. September 1939 marschierten sowjetische Truppen in Ostpolen ein und besetzen es bis zu der im deutsch-russischen Vertrag vorgesehenen Linie. Gegen den Einmarsch der Russen blieb ein Protest

der Westmächte jedoch aus. Stalin rechtfertigte den Angriff auf Polen als notwendigen Schutz der Ukrainer und Weissrussen auf polnischem Gebiet. Während der Eroberung des ostpolnischen Gebietes hat sich die Rote Armee zahlreicher Kriegsverbrechen schuldig gemacht. Der polnische Historiker Andrzej Friszke beziffert die Opfer auf 2.500 ermordete Kriegsgefangene (Soldaten und Polizisten) und mehrere Hundert Zivilisten. Gleichzeitig rief die sowjetische Militärführung die ukrainische und weissrussische Zivilbevölkerung zu Mord und Gewalt an Polen auf. Die am meisten bekannt gewordenen Verbrechen fanden später in Katyn und Umgebung statt (siehe *Das Massaker von Katyn*). (Wikipedia, *Sowjetische Besetzung Ostpolens*)

- **Sowjetische Note an die ausländischen Regierungen:** In der Note der Sowjetregierung an die kriegführenden Mächte vom 17. September 1939, die u.a. dem deutschen Botschafter in Moskau überreicht wurde, heisst es abschliessend: «Gleichzeitig beabsichtigt die Sowjetregierung, alle Massnahmen zu treffen, um das polnische Volk aus dem unglückseligen Krieg herauszuführen, in den es durch seine unvernünftigen Führer gestürzt wurde und ihm die Möglichkeit zu geben, ein friedliches Leben wieder aufzunehmen.» (Bathe, S. 79)
- **Wehrmachtsbericht vom 17. September 1939:** Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt: «Warschau ist eng umschlossen. Um die Bevölkerung der polnischen Hauptstadt vor schwerstem Leid und Schrecken zu bewahren, hat die deutsche Wehrmacht den Versuch unternommen, durch einen Offizier den polnischen Militärbefehlshaber von Warschau zur Aufgabe seines zwecklosen Widerstandes in einer offenen Millionenstadt zu veranlassen. Der polnische Militärbefehlshaber in Warschau hat es abgelehnt, den deutschen Offizier zu empfangen...» (Bathe, S. 75/76)
- **Wehrmachtsbericht vom 19. September 1939:** «Vor Warschau hat nach Ausbleiben des polnischen Parlamentärs die Kampfätigkeit wieder begonnen. Die Stadt wird von den Polen ohne Rücksicht auf die Bevölkerung, die über eine Million Menschen beträgt, verteidigt...» (Bathe, S. 86)
- **Wehrmachtsbericht vom 22. September 1939:**» 178 Angehörige des diplomatischen Korps und 1.200 sonstige Ausländer konnten gestern Warschau auf dem von den deutschen Kommandostellen bestimmten Wege verlassen. Sie wurden von deutschen Offizieren in bereitgestellten Zügen noch in der Nacht

nach Königsberg befördert. Sämtliche Ausländer sind wohlbehalten und unverletzt...» (Bathe, S. 101)

- **Deutscher Luftangriff auf Warschau:** Am 25. September 1939 wurde Warschau von der deutschen Luftwaffe massiv bombardiert. Dabei wurde die Stadt teilweise zerstört. Es gab zahlreiche Tote unter den Einwohnern.

Zu den Gründen des Luftangriffs auf Warschau: Warschau war eine unbestreitbar verteidigte Stadt. Obwohl der Feldzug in Polen bereits am 19. September 1939 praktisch beendet war, wurde die polnische Hauptstadt von der polnischen Führung zur Festung erklärt. Im Vertrauen auf eine Entlastungsoffensive der verbündeten Westmächte sollte ein letzter Verzweigungskampf geführt werden. Die Stadt wurde insgesamt fünfmal zur Kapitulation aufgefordert. Die polnische Führung lehnte die Übergabe aber stets ab. Trotzdem wurde die Stadt nicht sofort aus der Luft angegriffen. Um die Zivilbevölkerung zu schonen, wurde diese durch Lautsprecher und Flugblätter aufgefordert, auf das östliche Weichselufer auszuweichen. Darauf setzten die in Warschau ansässigen ausländischen Diplomaten ihren Auszug aus der Festung durch. 178 Diplomaten und 1.200 Ausländer wurden am 23. September von deutschen Offizieren empfangen und noch in der Nacht mit Zügen nach Königsberg und dann weiter über Kopenhagen in ihre jeweiligen Heimatländer verbracht. Erst danach erfolgte am 25. September der einzige deutsche Luftangriff mit etwa 400 Flugzeugen, die in mehreren Anflügen insgesamt 560 Tonnen Spreng- und 77 Tonnen Brandbomben abwarfen und in der Stadt starke Zerstörungen verursachten. Vereinzelt benutzte die Luftwaffe Transportflugzeuge als «Behelfsbomber», weil sie einen Teil ihrer Bomberverbände bereits nach Westen verlegt hatte. Präzisionsangriffe waren damit nicht möglich. Infolge der Streuung wurden auch deutsche Truppen getroffen. Die Zahl der zivilen Opfer ist nicht bekannt. Am 29. September kapitulierten die polnischen Verteidiger mit 120.000 Mann. Wäre die Kapitulation rechtzeitig erfolgt, wären der Stadt die Verwüstungen erspart geblieben. (Baumfalk, S. 25/26; Müller, S. 54/55) In der SWR-Sendung «Der Bombenkrieg» am 17. März 2005 wurde die Zahl der Toten des Bombenangriffs auf Warschau mit 20.000 und der Zerstörungsgrad mit 10% (in Wikipedia 12%) angegeben.

Die Frage, ob der deutsche Luftangriff auf Warschau der erste «Terrorangriff des Zweiten Weltkrieges» war, muss nach den vorliegenden Dokumenten eindeutig verneint werden. In den täglichen Weisungen des Oberbefehlshabers der

Luftwaffe wurde der Befehl mehrmals wiederholt, nur militärische Ziele anzugreifen. Und selbst diese Ziele «sind in dichtbesiedelten Stadtteilen auszusparen» (Weisung für den 2. September). In dem von Göring unterzeichneten Befehl für den nächsten Grossangriff auf Warschau am 17. September hiess es, es seien in erster Linie «Versorgungseinrichtungen, Kasernen, Munitionslager, das Wojwodschaftsgebäude, die Zitadelle, das Kriegsministerium, das Generalinspektorat, die hauptsächlichsten Verkehrszentren und erkannte Batteriestellungen» zu zerstören. Schon acht Tage vor dem Angriff begannen die deutschen Versuche, die Polen zur kampflosen Übergabe der Stadt zu bewegen, «um nutzloses Blutvergiessen und die Zerstörung der Stadt zu verhindern». Die Flugblattaktion wurde viermal wiederholt. Die polnische Führung wurde darauf hingewiesen, dass sie bei Fortsetzung des sinnlosen Widerstandes für die dabei eintretenden Verluste im Stadtgebiet von Warschau verantwortlich sei. Aber die Polen reagieren nicht. Sie hoben neue Stellungen aus, zogen Schützengräben durch die Strassen und machten Häuserblocks zu Festungen. Weit mehr als 100.000 Soldaten verbarrikadierten sich in Warschau für den erwarteten Strassenkampf. Erst dann schlug die Luftwaffe zu. Ab 8 Uhr des 25. September luden Bomber und Stukas ihre vernichtende Last pausenlos über der Weststadt ab. Dieser Angriff galt also nicht der Stadt, sondern der belagerten Festung Warschau. Ziele waren nicht die Wohnviertel, sondern das tiefgestaffelte Verteidigungssystem, das die 100.000 Soldaten in der Hauptstadt angelegt hatten. Eine gerechte Beurteilung des Geschehens kann die Tatsache nicht einfach ausser acht lassen, dass von deutscher Seite der ehrliche Versuch gemacht worden ist, Stadt und Menschen zu schonen. (Bekker, S. 66-69)

- **Hitlers Friedenskampagne vom 19. September 1939:** Auch nach dem zu erwartenden Sieg über Polen zeigte sich Hitler zu einem Ausgleich bereit. Am 19. September 1939 leitete er in Danzig mit einer Rundfunkrede eine offizielle, mehr als einen Monat dauernde deutsche Friedenskampagne ein. Hitler beschwor im Danziger Artushof und vor dem Reichstag die Westmächte noch einmal um Frieden und versicherte, keine Forderungen gegen sie zu haben. Belgien und die Niederlande schlossen sich diesem Friedensappell an, während Frankreich und England den deutschen Appell im Oktober ablehnten und England im November auch den Appell Belgiens und Hollands zurückwies. Während neutrale Zeitungen in ihren Kommentaren zur «Führerrede» die Argumente Hitlers durchaus positiv fanden, schrieb die Nachrichtenagentur *Reuter*, Hitler habe den «üblichen schamlosen» Versuch unternommen, Frankreich von England zu trennen. Weitere deutsche Versuche, den Frieden zu retten, wurden

allesamt von England zurückgewiesen.
(*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 644 ff.)

- **Deutsch-sowjetische Friedensaktion vom 28. September 1939:** In der gemeinsamen Erklärung der deutschen Reichsregierung und der Regierung der UdSSR vom 28. September 1939 heisst es u.a., «dass es den wahren Interessen aller Völker entsprechen würde, dem gegenwärtig zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich andererseits bestehenden Kriegszustand ein Ende zu machen. (...) Sollten jedoch die Bemühungen der beiden Regierungen erfolglos bleiben, so würde damit die Tatsache festgestellt sein, dass England und Frankreich für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich sind, wobei im Falle einer Fortdauer des Krieges die Regierungen Deutschlands und der UdSSR sich gegenseitig über die erforderlichen Massnahmen konsultieren werden.» (Bathe, S. 140/141)
- **Hitlers Vorschlag für eine europäische Friedenskonferenz:** Nach vorausgegangenem Sondierungsgesprächen zwischen dem US-Ölmagnaten William Rhodes Davis mit Feldmarschall Göring griff Hitler in seiner Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939 die vorgeschlagene US-amerikanische Vermittlung für eine europäische Friedenskonferenz auf. Er sprach sich für eine baldige Konferenz der führenden Staaten Europas aus und erklärte, dass der Krieg im Westen wahrscheinlich Millionen Opfer kosten, aber kein einziges Problem lösen würde. Deutschland habe keine Forderungen an England und Frankreich, aber eine Wiederherstellung der Versailler Ordnung sei unmöglich. Um in Europa einen dauerhaften Frieden zu schaffen, müssten zwei Probleme gelöst werden:
 1. Die Regelung der durch das Auseinanderfallen Polens entstehenden Fragen. Das Problem der Behebung jener internationalen Besorgnisse, die politisch und wirtschaftlich das Leben der Völker erschweren. Die Ziele der Reichsregierung in Bezug auf die Ordnung der Verhältnisse in dem Raum, der westlich der deutsch-sowjetrussischen Demarkationslinie als deutsche Einflussphäre anerkannt ist, sind:
 - a. Die Schaffung einer Reichsgrenze, die (...) den historischen, ethnographischen und wirtschaftlichen Bedingungen entspricht.
 - b. Die Ordnung des gesamten Lebensraumes nach Nationalitäten, das heisst: eine Lösung jener Minoritätenfragen, die nicht nur diesen Raum berühren, sondern darüber hinaus fast alle süd- und südosteuropäischen Staaten betreffen.

- aa) In diesem Zusammenhang der Versuch einer Ordnung und Regelung des jüdischen Problems,
- bb) Der Neuaufbau des Verkehrs- und Wirtschaftslebens zum Nutzen aller in diesem Raum lebenden Menschen,
- cc) Die Garantierung der Sicherheit dieses ganzen Gebietes und dd) Die Herstellung eines polnischen Staates, der in seinem Aufbau und in seiner Führung die Garantie bietet, dass weder ein neuer Brandherd gegen das Deutsche Reich noch eine Intrigenzentrale gegen Deutschland und Russland gebildet wird... Die zweite und weitaus wichtigere Aufgabe ist aber die Herstellung nicht nur der Überzeugung, sondern auch des Gefühls einer europäischen Sicherheit. Dazu ist notwendig, dass
 - A) eine unbedingte Klarheit über die Ziele der Aussenpolitik der europäischen Staaten eintritt. (...) Die Reichsregierung stellt dabei an die Spitze dieser Erklärung die Feststellung, dass der Versailler Vertrag für sie nicht mehr als bestehend angesehen wird, beziehungsweise dass die deutsche Reichsregierung und mit ihr das ganze deutsche Volk keine Ursache und keinen Anlass für irgendeine weitere Revision erblicken. (...)
 - B) Die Forderung nach einem wirklichen Aufblühen der internationalen Wirtschaft in Verbindung mit der Steigerung des Handels und des Verkehrs setzt die In-Ordnung-Bringung der Binnenwirtschaften beziehungsweise der Produktion innerhalb der einzelnen Staaten voraus. Zur Erleichterung des Austauschs dieser Produktionen muss man zu einer Neuordnung der Märkte kommen und zu einer endgültigen Regelung der Währungen, um so die Hindernisse für einen freien Handel allmählich abzubauen.
 - C) Die wichtigste Voraussetzung aber für ein wirkliches Aufblühen der europäischen und auch aussereuropäischen Wirtschaft ist die Herstellung eines unbedingt garantierten Friedens und eines Gefühls der Sicherheit der einzelnen Völker. Diese Sicherheit wird nicht nur ermöglicht durch die endgültige Sanktionierung des europäischen Status, sondern vor allem durch die Zurückführung der Rüstungen auf ein vernünftiges und auch wirtschaftlich tragbares Ausmass.»

Davis schrieb am 11. Oktober 1939 dem US-Präsidenten einen Brief, in dem er ausführlich alle Einzelheiten seiner Unterredung mit Göring schilderte und Roosevelt darauf hinwies, dass Hitlers Rede vom 6. Oktober in sehr versöhnlichem Ton gehalten sei, was darauf schliessen lasse, dass der Reichskanzler den

Gedanken einer US-amerikanischen Vermittlung unterstützte. Aber Davis erhielt auf seinen Brief weder eine Antwort noch eine Einladung ins Weisse Haus. Offenbar war Roosevelt weder an einer Vermittlung noch an einer europäischen Friedenskonferenz interessiert. (Post, S. 444 ff.)

- **Polnische Kriegsgefangene:** Mehr als 400.000 polnische Soldaten gerieten 1939 in deutsche Kriegsgefangenschaft. Sie wurden ins Reich verbracht und dort sofort in der deutschen Industrie, vor allem aber in der Landwirtschaft, eingesetzt. Gemäss Art. 75 der Kriegsgefangenenkonvention von 1929 hätten die Gefangenen nach der Kapitulation der polnischen Armee entlassen werden müssen. Den polnischen Soldaten wurde aber der Kriegsgefangenen-Status aberkannt, wodurch bis auf ca. 35.000 Soldaten in den «Zivilstatus» überführt wurden. Zusammen mit den zivilen Zwangsarbeitern, anderen Gruppen und den polnischen Männern, die in der Wehrmacht dienten, wurden bei Kriegsende etwa 2,4 Millionen Polen für deutsche Zwecke eingesetzt. Da sie überwiegend in der Landwirtschaft arbeiteten, war ihr Los einigermassen erträglich. (Zips, *Kriegsende*, S. 17/18)

7.2 Wie kam es zum «Überfall» auf die Sowjetunion 1941? – Eine Chronologie der Ereignisse

«Die Rote Armee ist ein bewaffneter Truppenteil der Weltrevolution.» Das Organ der Roten Armee, *Krasnaja Swesda* (dt., *Roter Stern*) am 21. Februar 1929. (Adamheit, S. 266)

«In den Zeitungen, im Radio riefen wir auf zur heiligen Rache.» Lew Kopelew, *Aufbewahren für alle Zeit*, dtv, München, 1985, S. 19.

«Das Ziel heiligt die Mittel. Unser grosses Ziel war der Sieg des Weltkommunismus; um seinetwillen kann man und muss man lügen, rauben, Hunderttausende, ja Millionen von Menschen vernichten – alle, die diesem Ziel hinderlich im Wege stehen oder im Wege stehen könnten.» (a.a.O., S. 53)

«Wir müssen, wenn dies erforderlich ist, angreifen» *Leningradskaja Prawda* am 22. Februar 1941. (Adamheit, S. 289)

«Im Februar 1941 ernannte Stalin Marschall Schukow zu seinem Generalstabschef. In dieser Funktion bereitete Schukow den Krieg gegen Deutschland vor. Stalin hatte

den Befehl zur heimlichen Mobilmachung am 19. August 1939 erteilt. Von diesem Tag an war der Krieg nicht mehr aufzuhalten. Deshalb ist der 19. 8. 1939 der Tag, an dem Stalin den Zweiten Weltkrieg auslöste. Die heimliche Mobilmachung sollte mit dem Angriff auf Deutschland und Rumänien am 6. Juni 1941 abgeschlossen werden.» (Viktor Suworow, *Der Tag M*, S. 73/74; ders., *Der Eisbrecher*, S. 429 ff.)

Die meisten westlichen Historiker räumen inzwischen ein, dass «Stalins Regime ein massenmörderisches Monstrum» war und dass «weitreichende Berichtigungen am herkömmlichen (Geschichts-)Bild erforderlich» seien, (so z.B. Davies, S. 19) Warum sich die westlichen Demokratien mit Stalins massenmörderischem Terrorssystem verbündet haben, um gemeinsam Deutschland zu zerstören, darüber schweigen sich Davies und seine Kollegen bis heute allerdings aus. Immerhin gibt Davies zu, dass die sowjetische Militärdoktrin von der Verteidigung auf Angriff umgestellt worden ist, da sie «im Angriff die beste Verteidigung sah». Dementsprechend sei die in den dreissiger Jahren errichtete defensive «Stalin-Linie» aufgegeben worden und ein «Grossteil der Streitkräfte an ungeschützte vorgeschobene Standorte verlegt worden». Allerdings habe «der unkonventionelle Truppenaufmarsch auf falschen militärischen Einschätzungen, nicht auf Angriffsplänen» beruht. Stalins erste Reaktion am 22. Juni 1941 sei der Befehl gewesen, dass die Truppen vorrücken sollten. Diese Vorwärtsstrategie habe dazu geführt, dass in den Anfangstagen des deutschen Angriffs etwa 1.500 sowjetische Flugzeuge am Boden zerstört, Tausende sowjetischer Panzer ausgeschaltet und fast zwei Millionen sowjetische Soldaten gefangen genommen worden seien. (Davies, S. 163/164) Über die Logistik der beiden Seiten schreibt Davies: «Die Rote Armee konnte auf unerschöpfliche menschliche Reserven zurückgreifen und hatte sechs Eisenbahnlinien, entlang derer sie aufmarschieren lassen konnte. Die Deutschen hingegen hatten nur wenige Reserven, und ihnen stand nur eine Bahnlinie zur Verfügung, um den entscheidenden Mittelabschnitt zu versorgen.» (S. 167/168) Die Disziplin in der Roten Armee hält Davies für «unvorstellbar grausam». Um sie durchzusetzen, seien allein in den Jahren 1941/42 198.000 Mann vom NKWD erschossen worden – «pour encourager les autres», «um den anderen Mut zu machen». (S. 170) An anderer Stelle behauptet Davies, Moskau habe im Gegensatz zu Berlin keine Drohungen ausgestossen, «keine äusseren Zeichen von Kriegsvorbereitungen» erkennen und «keine gefechtsbereiten Divisionen» aufmarschieren lassen. (S. 252) Stalins Handlungen und Nichthandlungen in jenen Monaten seien noch immer eines der grössten Rätsel des Krieges. Aus deutschen Quellen sei «mit aller Klarheit ersichtlich, dass die Rote Armee und die Rote Luftwaffe sich nicht entsprechend auf Verteidigung» eingestellt hätten. Mit Sicherheit sei Stalin «durch Meldungen von der Grenze und von Eisenbahnern,

durch den Vertreter des militärischen Geheimdienstes in Berlin, durch den NKWD-Agenten in Warschau, durch Churchill, dessen Operation ‚Ultra es ermöglichte, die deutschen Weisungen zu lesen, und vor allem durch seinen eigenen Meisterspion in Tokio, Richard Sorge, gebührend gewarnt» worden. (S. 264/265) Warum Davies dann vor dem Hintergrund seiner eigenen Aussagen von einem «Überfall» auf die Sowjetunion spricht, bleibt sein Geheimnis. Die nachfolgende Chronologie dokumentiert die Ereignisse seit Stalins Machtübernahme 1924 bis zum deutschen Angriff auf die hochgerüstete und jederzeit angriffsbereitete Sowjetunion. Darüberhinaus werden die Ereignisse bis Potsdam 1945 erfasst.

- **Machtübernahme Stalins:** Josef Wissarionowitsch Dschugaschwili (Kampfname «Stalin», dt., «der Stählernde») war ab 1922 Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU). Nach Lenins Tod 1924 gelang es ihm, alle innerparteilichen Gegner (Trotzki, Sinowjew, Kamenew) auszuschalten. Ab 1927 war Stalin bis zu seinem Tod 1953 uneingeschränkter Alleinherrscher in der Sowjetunion.
- **Wer hat die Macht in der Sowjetunion?** Ab Mitte der zwanziger Jahre erhob sich in der Sowjetunion eine neue Welle des Antisemitismus. In der *Kleinen Jüdischen Enzyklopädie*, Jerusalem, 1976, Band 8, Sp. 161, heisst es dazu: «Obwohl die offizielle sowjetische Propaganda behauptete, der Antisemitismus in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre sei ein ‚Erbe der Vergangenheit‘ gewesen, (...) belegen die Fakten, dass er im Wesentlichen aus dem ganz spezifischen Aufeinanderprallen unterschiedlicher sozialer Kräfte in den grossen Städten entstand, das sich in jenen Jahren ergab.» Dazu habe «die weitverbreitete Meinung» beigetragen, «die Juden, die den harten Kern der Bolschewiken darstellten, hätten die Macht im Lande usurpiert». Bereits in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre schrieb I. M. Bickerman 1923 in grösster Sorge: «Der Jude ist jetzt an allen Ecken und Enden und auf jeder Stufe der Macht zu finden. Der Russe sieht ihn überall: An der Spitze der alten Kapitale Moskau und der Hauptstadt an der Newa sowie an der Spitze der Roten Armee, dieses perfekten Selbstvernichtungsmechanismus. Er sieht, dass der Prospekt des Hl. Wladimir jetzt den ruhmreichen Namen Nachimson trägt... Der russische Mensch sieht den Juden jetzt in der Funktion des Richters wie des Henkers, er trifft auf Schritt und Tritt Juden an, die keine Kommunisten sind, sondern genau solche Habenichtse wie er selbst, die aber trotzdem das Sagen haben und die Sache der Sowjetmacht vorantreiben... Es ist kein Wunder, dass der russische Mensch, wenn er die Vergangenheit mit der Gegenwart vergleicht, sich in der

Meinung bestätigt findet, dass die jetzige Staatsmacht eine jüdische ist... dass es die Juden sind, für die sie existiert und deren Sache sie fördert – darin bestätigen ihn diese Machthaber selbst.» (Solschenizyn, Band 2, S. 210/211)

- **Ermordung des ukrainischen Regierungschefs Petljura:** Am 25. Mai 1926 wurde Symon Petljura, militärischer Oberbefehlshaber (Ataman) und 1919 Regierungschef der autonomen Ukraine, in Paris von dem aus der Ukraine stammenden jüdischen Anarchisten Scholom Schwarzbard auf offener Strasse niedergeschossen, woraufhin er kurz danach starb. In der Ukraine war es 1919 zu zahlreichen antisemitischen Pogromen gekommen, für die Petljura verantwortlich gemacht wurde. Im Gerichtsprozess von 1927 in Paris versuchten die Strafverteidiger, den Mord als gerechte Rache an dem Nationalisten Petljura zu rechtfertigen: «Der Angeklagte wollte und musste das Problem des Antisemitismus vor dem Gewissen der Welt aufwerfen.» Der Täter wurde von dem französischen Gericht freigesprochen und aus der Haft entlassen, weil er in Vergeltung für den Tod von 15 Familienmitgliedern, darunter seiner Eltern, gehandelt habe. (Solschenizyn, Band 2, S. 204)
- **Stalin über den Völkerbund und den «Geist von Locarno»:** Auf dem 15. Parteitag der KPdSU im Dezember 1927 sagte Stalin über den Völkerbund: «Betrachten wir den Völkerbund, der nach Ansicht der verlogenen bürgerlichen Presse und der nicht weniger verlogenen sozialdemokratischen Presse ein Werkzeug des Friedens sein soll. Wozu führt das Geschwätz des Völkerbundes über die Fragen des Friedens, der Abrüstung, der Einschränkung der Rüstungen? Zu nichts Gutem, zu nichts anderem als dem Betrug an den Massen, neuen fieberhaften Rüstungen, neuer Verschärfung der heranreifenden Konflikte... Oder nehmen wir z.B. das jetzige System der ‚Freundschaftsverträge‘ der kapitalistischen Staaten... Ist das nicht ein System zur Vorbereitung neuer Kriege und der Gruppierung der Kräfte für die künftigen militärischen Konflikte?... Das Wachstum der Rüstungen rechtfertigte man früher durch das Vorhandensein des in Waffen starrenden Deutschland. Jetzt fällt diese ‚Rechtfertigung‘ fort. Ist es etwa nicht klar, dass das Anwachsen der Rüstungen durch die Unvermeidlichkeit neuer imperialistischer Kriege zwischen den ‚Mächten‘ diktiert wird, dass der ‚Geist des Krieges‘ der Hauptinhalt des ‚Geistes von Locarno‘ ist.» (Adamheit, S. 105)

- Zwangskollektivierung und Liquidierung des Kulakentums – Die grosse Hungersnot:** In der Sowjetunion wurde im Winter 1929/1930 die zwangsweise Kollektivierung der Landwirtschaft und die totale Liquidierung des «Kulakentums»⁴⁹ durchgesetzt. Die führende Bauernschicht wurde rücksichtslos enteignet und zwangsdeportiert. Die kleinen Bauern wurden in das Kollektivsystem überführt. Das Ziel war die vollständige politische Beherrschung der zum Landproletariat gewordenen Bauern, die Intensivierung, Rationalisierung und Technisierung der rückständigen Landwirtschaft. Bis zu acht Millionen Menschen verhungerten bei diesem Prozess. In einem Bericht der Deutschen Botschaft hiess es: «In den Provinzstädten türmen sich die Leichen in den Strassen...» In diesem Winter 1929/1930 wurde auch die Intelligenzschicht in der Ukraine und in Weissrussland liquidiert. Die grosse Hungersnot der Jahre 1932 bis 1933 überstieg jedes vorstellbare Mass, war jedoch in Moskau kaum zu bemerken. Die Zahl der Opfer wurde auf zehn Millionen Menschen geschätzt. Zehn Jahre später bestätigte Stalin diese Schätzung Churchill gegenüber: «Zehn Millionen – es war furchtbar! Aber notwendig...» (Ruland, S. 242, 245)

Über die Entkulakisierung schreibt Solschenizyn: «Die Pest der Entkulakisierung hatte nicht Tausenden, sondern Millionen von Bauern weder Wohnrecht noch das Recht auf ihr Leben belassen. Doch alle sowjetischen Schreiber – darunter nicht wenige Juden – verloren keine einzige Silbe über diese eiskalte Vernichtung des russischen Bauerntums. Mit ihnen schwieg auch der ganze Westen... Es sprengt beinahe das Fassungsvermögen: 15 Millionen (...) wurden ruiniert, auf ihren Höfen wie Vieh zusammengetrieben und zu ihrer Vernich-

49 Der Begriff Kulak (russisch für «Faust») war im Russischen eine seit dem 19. Jahrhundert verwendete Bezeichnung für relativ wohlhabende Bauern. Nach der Oktoberrevolution von 1917 und im Rahmen der Kollektivierung der Landwirtschaft von 1928 bis 1933 unter Stalin wurde die Bedeutung des Begriffs «Kulak» in der Agitation der Bolschewisten mehr und mehr auf alle selbstständigen Bauern ausgedehnt. (Wikipedia, *Kulak*)

tung in die Taiga und Tundra deportiert. Mit den fanatischen Scharen der städtischen Aktivisten strömten auch Juden begeistert hinaus, die Kollektivierung zu vollziehen und eine sichtbare und schlimme Erinnerung an sich zu hinterlassen. (...) Schon bald, 1932/33, krepiereten in Russland und der Ukraine fünf

oder sechs Millionen Menschen an Hunger, und das am Rande Europas!⁴² Doch die freie Presse der freien Welt bewahrte vollkommenes Schweigen...» (Solschenizyn, Band 2, S. 319)

- **Bolschewistische Kultursäuberung:** 1930 begann in Russland die Rodung der lebendigen Wurzeln des nationalen und historischen Lebens. In Hunderten von Städten und Tausenden von Dörfern zerstörten die «ideologischen Kurpfuscher» die Kirchen. In Moskau wurde die Erlöser-Kathedrale gesprengt, wertvolle Ikonen und kostbare alte Bücher wurden verbrannt. Die Bibliotheken wurden von den russischen Philosophen des 20. Jahrhunderts und generell von aller ideologisch fremden Literatur gesäubert. (Lew Kopelew, *Und schuf mir einen Götzen*, dtv, München, 4. Auflage, 1983, S. 147/148)
- **Sowjetische Kriegsdoktrin:** 1930 erschien im Staatsverlag in Moskau das Buch von L. S. Degtjarew *Die politische Arbeit in der Roten Armee im Kriege*, das als Lehrbuch in der Roten Armee weit verbreitet war. Darin ist unter anderem zu lesen: «Der proletarische Staat oder eine für ihre nationale Befreiung kämpfende unterdrückte Nation führen immer, unabhängig davon, wer angefangen hat, einen Verteidigungs-, d.h. einen gerechten Krieg... Gleichzeitig wird jeder Krieg, den die Sowjetunion führen wird, im historisch-politischen Sinne ein Verteidigungskrieg und gerecht sein, unabhängig davon, wer ihn zuerst beginnen wird.» Dabei spielt die Frage des ‚Angreifers‘ nicht die geringste Rolle: «Die Frage, wer als erster den Krieg begonnen hat, hat nicht die geringste Bedeutung» – sagt Degtjarew. (Adamheit, S. 31/32)
- **Kommunisten als Feinde des Antisemitismus:** Am 15. Januar 1931 erschien in der *New York Times* und danach in der gesamten Weltpresse eine demonstrative Erklärung Stalins gegenüber der Jüdischen Nachrichtenagentur: «Die Kommunisten können als konsequente Internationalisten nichts anderes sein als unversöhnliche und eingeschworene Feinde des Antisemitismus. In der UdSSR wird Antisemitismus strengstens gesetzlich geahndet als ein Phänomen, das der sowjetischen Ordnung zutiefst entgegengesetzt ist. Wer sich aktiv

⁴² Ein Wissenschaftler, der die Materialien der offiziellen sowjetischen Statistik auswertete, hat festgestellt, dass von 1931 bis 1934 durch Hunger und Zwangsmassnahmen nicht weniger als sechs Millionen Menschen umgekommen sind. Allein in den Jahren 1932 bis 1934 starben zweieinhalb Millionen unterernährter Neugeborener. (Lew Kopelew, *Und schuf mir einen Götzen*, dtv, München, 1983, S. 369)

antisemitisch betätigt, wird nach sowjetischem Recht mit der Todesstrafe bestraft.» (Solschenizyn, Band 2, S. 321)

- **Antideutscher Mordversuch:** Bei einem Attentat am 5. März 1932 wurde der deutsche Botschaftsrat in Moskau, Fritz von Twardowski, schwer verwundet. Die von der GPU geführte Untersuchung ergab, dass die beiden Attentäter Stern und Wassilew mit der polnischen Botschaft und anderen fanatisch anti-deutschen Kreisen in Verbindung standen. Sie wollten durch dieses Vorhaben die Sowjetunion in einen Konflikt mit Deutschland verwickeln und wurden dabei durch eine deutschfeindliche polnische Untergrundbewegung unterstützt. Nach einer anderen Version steckte die Komintern hinter diesem Anschlag, um in Deutschland eine revolutionäre Erhebung des Proletariats in Gang zu setzen. Die beiden Täter wurden zum Tode verurteilt und erschossen.
(von Dirksen, S. 111 f.)
- **Die USA erkennen die UdSSR diplomatisch an:** Am 16. November 1933 erkannten die USA die Sowjetunion diplomatisch an. Die Verhandlungen führten Henry Morgenthau jun., ein enger Vertrauter und Freund von Franklin D. Roosevelt, und der sowjetische Aussenminister Maxim Litwinow (recte: Meir Henoch Mojszewicz Wallach-Finkelstein). William C. Bullitt wurde bald darauf als US-Botschafter nach Moskau entsandt.
- **Aufrüstung in der UdSSR:** Die Sowjetunion erhöhte den Wehretat 1934 von 1,7 auf 5 Milliarden Rubel. Am 22. Februar 1934 verkündete der Stabschef der sowjetischen Luftstreitkräfte, Chripin, dass die Sowjetunion die grösste Luftmacht der Welt werden wolle. Am 25. Februar 1935 gab der Oberbefehlshaber der sowjetischen Ostseeflotte bekannt, dass diese verdoppelt werden solle. Am 30. Januar 1935 erklärte Kriegskommissar Tuchatschewski auf dem VII. Allrussischen Rätekongress, dass die Stärke der Roten Armee von 600.000 auf 940.000 Mann erhöht werde. (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 446)
- **Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund:** Am 18. September 1934 wurde Sowjetrussland in den Völkerbund aufgenommen, den es zuvor als «Banditenverein» und den Versailler Vertrag als «Diktat des Hasses und der Raubgier» betrachtete, das es so früh wie möglich zu zerreißen galt.
(Rassinier, S. 92)

- **Beziehungen der Sowjetunion zum «Herrenvolk»:** Wjatscheslaw Molotow (recte: Skrjabin), ein enger Vertrauter Stalins, erklärte am 28. Januar 1935 vor dem VII. Unionsrätekongress: «Die Sowjetunion hat niemals einen anderen Wunsch gehabt, als gute Beziehungen zu Deutschland zu unterhalten... Auch die deutschen Theorien vom Herrenvolk sind kein Hindernis für die Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen. Ohne von diesen Theorien eine hohe Meinung zu haben, verhehlen wir nicht unsere hohe Achtung vor dem deutschen Volk als einem der grossen Völker unserer Epoche...» Allerdings erklärte Lazar Kaganowitsch, ein enger Mitarbeiter Stalins: «Ich bedauere es sehr, dass Hitlers Politik unsere Regierung zwingt, von einer Fortführung der bisherigen guten Beziehungen zu Deutschland Abstand zu nehmen...» (Ruland, S. 277)
- **Französisch-sowjetischer Beistandspakt:** Am 2. Mai 1935 ersetzten Frankreich und die Sowjetunion den Nichtangriffspakt von 1932 durch einen neuen Beistandspakt. In einem Zusatzprotokoll sagten sich Paris und Moskau ihre Waffenhilfe auch für den Fall zu, dass eines ihrer Länder von einem Drittland angegriffen wird. Damit behielten sich Paris und Moskau vor, bei einem Streit mit dritten Staaten nach eigenem Ermessen zu entscheiden, wer der Aggressor ist. Da die inzwischen wieder gut aufgerüstete Sowjetunion nicht von den kleinen Baltenstaaten und auch nicht von den militärisch weit unterlegenen Polen oder Rumänen bedroht war, machte der Pakt nur in einem Krieg mit Deutschland Sinn.

Frankreich hatte sich jedoch im Locarno-Pakt von 1925 verpflichtet, keine militärischen Operationen gegen Deutschland mehr zu führen, es sei denn zur eigenen Verteidigung oder aufgrund seiner Verpflichtungen, die es gegenüber den Polen und den Tschechen eingegangen war. Ein französisches Versprechen, der Sowjetunion im Falle eines deutschsowjetischen Krieges mit Waffenhilfe beizustehen, war also ein Bruch des Paktes von Locarno. Am 25. Mai 1935 machte die deutsche Regierung in einem Memorandum an die französische Regierung geltend, dass der neue sowjetisch-französische Vertrag gegen die Völkerbundsatzung und auch gegen den Locarno-Pakt verstosse. Am 27. Februar 1936 wurde der sowjetisch-französische Beistandspakt ungeachtet dessen von der französischen Nationalversammlung ratifiziert. Für Hitler war dieser Vertrag ein Rückschlag in dem Bemühen, Deutschland nach aussen abzusichern. Sein Erfolg von 1934, der Nichtangriffspakt mit Polen, hatte Frankreichs Ring um Deutschland aufgebrochen. Nun stopfte Paris die Lücke mit einem neuen Waffenbruder. Für Deutschland war dies in Erinnerung an das

französisch-russische Zusammenspiel von 1914 eine schlechte Perspektive. Frankreich baute 1935 sein Bündnissystem ein weiteres Mal zu deutschen Lasten aus, so dass Deutschlands Grenze zu Frankreich schutzlos offenlag. Die Drohung Frankreichs während der oberschlesischen Kämpfe von 1921, in Deutschland einzumarschieren, und die ja tatsächlich erfolgten Einmärsche der Franzosen und Belgier vom 8. März 1921 und vom 11. Januar 1923 waren in Deutschland schliesslich nicht vergessen. Die französische Verletzung des Locarno-Vertrages durch den Abschluss des Beistandsabkommens mit der Sowjetunion war für Hitler Anlass, sich nun auch nicht mehr an diesen Pakt zu halten. Er fasste den politischen Entschluss, das von deutschen Truppen nicht geschützte Rheinland wieder zu besetzen. Am 14. Mai 1935 wurden in Moskau die Vertragsurkunden zum Beistandspakt ausgetauscht. Stalin erklärte dabei: «Frankreich soll seine Rüstung an die Bedürfnisse seiner Sicherheit anpassen.» (Schultze-Rhonhof, S. 95-105. [Eine Kurzfassung aus diesem Buch ist wiedergegeben unter www.vorkriegsgeschichte.de]; Rassinier, S. 94)

- **Tschechoslowakisch-sowjetischer Beistandspakt:** Am 16. Mai 1935 wurde in Prag zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjetunion ein Beistandspakt abgeschlossen. Eine Klausel dieses Beistandspakts bestimmte, dass «Hilfeleistungen nur dann erfolgen sollen», wenn Frankreich ebenfalls militärischen Beistand leistet. Der deutsche Diplomat Erich Kordt, während des Krieges Gesandter in Tokio und Nanking und überzeugter Gegner des Nationalsozialismus, sagte zu den beiden Bündnissen: «Die Isolierung Deutschlands schien vollständig zu sein... Dem deutschen Geschäftsträger (Botschafter) in Moskau hatten Litwinow und andere sowjetische Führer häufig zu verstehen gegeben, wie schwer es ihnen falle, mit den ‚kleinbürgerlichen Franzosen‘ und den ‚anmassenden Angelsachsen‘ in ein verträgliches Verhältnis zu kommen. Die Furcht, von ihnen nur benutzt und am Schlüsse fallen gelassen zu werden, ist in Kreisen der Sowjetregierung immer lebendig geblieben. Dieses Gefühl, sich nur auf die eigene Kraft verlassen zu können, war wohl auch einer der wesentlichen Gründe dafür, dass die sowjetische Aufrüstung parallel zu der deutschen, wenn auch mit weniger Propaganda, energisch betrieben wurde.» (Ruland, S. 279)
- **Grosser Terror:** In den Jahren von 1935 bis 1939 herrschte in der Sowjetunion ein Terror, der alles an Schrecken, Grausamkeit und Verängstigung

übertraf, was die Bevölkerung je erlebt hatte. Vier Jahre lang erschütterten Stalins Säuberungsprozesse das Land und hielten die Welt in Atem. Der «Rote Zar» duldete niemanden mehr um sich, der ihm gefährlich werden konnte. Er liquidierte jeden, der ihm nicht passte, lieferte jeden dem Henker aus, der seine Macht zu gefährden drohte oder seine Alleinherrschaft missbilligte. Fast alle alten Bolschewisten fielen dem Terror zum Opfer. Ausser den berühmten «Moskauer Schauprozessen» fanden während der «Grossen Säuberung» im ganzen Land Tausende anderer Prozesse statt. Nach dem Prozess gegen Marschall Tuchatschewski wurden insgesamt noch fünfzigtausend Offiziere der Roten Armee liquidiert. (Ruland, S. 283, 284 ff.)

- **Krieg ohne Kriegserklärung:** Am 4. März 1936 erklärte Stalin in einem Interview mit dem US-amerikanischen Journalisten Roy Howard: «Heutzutage pflegt man Kriege nicht zu erklären. Man beginnt sie einfach.» (Adamheit, S. 209)
- **Antikominternpakt:** Japan und das Deutsche Reich teilten eine anti-kommunistische Grundeinstellung. Auf japanische Initiative hin schlossen die beiden Staaten den auf fünf Jahre befristeten Antikominternpakt, der am 25. November 1936 durch den japanischen Sonderbotschafter Mushanoköji Kintomo und Joachim von Ribbentrop in Berlin unterzeichnet wurde. In ihm vereinbarten die beiden Staaten die Bekämpfung der 1919 gegründeten Kommunistischen Internationale (Komintern) und gegenseitige Information und Konsultationen. In einem geheimen Zusatzprotokoll verpflichteten sie sich zu Neutralität im Fall eines nicht provozierten Angriffs der Sowjetunion und versicherten, keine Verträge mit der Sowjetunion abzuschliessen, die dem antikommunistischen Geist des Abkommens zuwiderliefen. 1937 traten dem Abkommen Italien, 1939 der japanische Satellitenstaat Mandschukuo, Ungarn und Spanien sowie 1941 Bulgarien, Kroatien, das besetzte Dänemark, Finnland, Nanking-China, Rumänien und die Slowakei bei. (www.dhm.de)
- **NKWD-Befehl Nr. 00447 – Stalins Krieg gegen das eigene Volk:** Im Jahre 1937 wurden in der UdSSR öffentliche Schauprozesse durchgeführt, mit denen sich Stalin seiner Machtkonkurrenten im Staats- und Parteiapparat sowie in der Roten Armee entledigte. Zur gleichen Zeit unterlag während der sogenannten «Jeschowtschina» (so benannt nach dem damaligen Chef der Ge-

heimpolizei, Jeschow) von 1937/38 auch die einfache Bevölkerung einer massiven Unterdrückung. Die «Massenoperationen» wurden auf der Grundlage des Geheimbefehls Nr. 00447 des Volkskommissariats des Innern vom 30. Juli 1937 als «Operation zur Repression ehemaliger Kulaken, Krimineller und anderer antisowjetischer Elemente» durchgeführt. Unter den sogenannten «Kulaken» waren nur wenige ehemalige Grossbauern. Getroffen hat es meist Klein- und Mittelbauern sowie vom Lande stammende Arbeiter, die in irgendeiner Weise «auffällig» geworden waren oder das Missfallen der Kolchosleitungen oder der Dorfsowjets erregt hatten. Ähnliches galt für die als «Kriminelle» Verfolgten, bei denen es sich meist um Kleinkriminelle und «Personen ohne bestimmte Arbeit» handelte. Als «antisowjetische Elemente» wurden hingegen vor allem einfache Gemeindepriester und -aktivisten, das Fussvolk der «Ehemaligen» – zaristische Beamte, «Weissgardisten» und andere Gegner aus dem Bürgerkrieg (1917 bis 1922) – sowie als «Wirtschaftsschädlinge» denunzierte missliebige Facharbeiter und Ingenieure verfolgt und verurteilt. Die Verurteilung erfolgte jeweils nach einem geregelten Verfahren, in dem die «Schuld» der Betroffenen festgestellt wurde. Das Urteil wurde von einer «Troika» verkündet, die aus den regionalen Chefs von NKWD, Staatsanwaltschaft und Partei gebildet wurde. Die Troikas entschieden oft mehrere hundert Fälle pro Tag – und zwar nahezu ausnahmslos entweder im Sinne eines sofort zu vollstreckenden Todesurteils oder einer Verurteilung zu acht bis zehn Jahren Arbeitslager. Vom Politbüro wurden für die einzelnen Regionen Quoten an jeweils zum Tode oder zu Lagerhaft zu verurteilenden «Feinden» der verschiedenen Kategorien bestimmt. Dies führte in der Praxis zu einer schematischen, fliessbandartigen Bearbeitung der Fälle und zur Verurteilung der Opfer. Um die festgesetzten Quoten zu erreichen, wurden jedoch ihre banalen oder verjährten Verfehlungen und oft auch nur ihr «Klassen-Hintergrund» zu schweren antisowjetischen Verbrechen aufgebauscht und umgefälscht. Zudem wurden wiederholt die jeweiligen «Limits» erhöht und die ursprünglich bis Ende 1937 terminierte Operation immer wieder verlängert. Endgültig abgebrochen wurde diese «Massenaktion» erst im November 1938.

Die Bilanz des Befehls 00447, dessen Durchführung zu den grössten bürokratisch organisierten Verbrechen des 20. Jahrhunderts zählt, war verheerend. Zwischen Juli 1937 und November 1938 wurden etwa 800.000 Menschen verurteilt, davon rund die Hälfte zum Tode. Nahezu zeitgleich wurden, auf der Grundlage gesonderter Befehle, noch weitere «Massenaktionen» durchgeführt.

Dazu gehörten eine Reihe von «nationalen Operationen» gegen Polen, Deutsche, Letten, Finnen und andere Minderheiten, denen mehr als 350.000 Menschen zum Opfer fielen, von denen 250.000 erschossen wurden. Weitere Opfer forderten die «politischen Operationen» gegen diverse «rechte» Gruppen, «Rechtsabweichler», «Trotzkisten» etc. Eine unvollständige NKWD-Statistik spricht von rund 670.000 im Rahmen aller Massenoperationen Erschossenen und von insgesamt 1,5 Millionen Inhaftierten. Auf diese Weise wurde mitten im Frieden gut ein Prozent der Bevölkerung des Landes getötet oder in die Lager geschickt, in manchen Städten wie Nowosibirsk waren es fast fünf Prozent der erwachsenen männlichen Bevölkerung. Im Westen haben die in Osteuropa zum Grossen Terror veröffentlichten grossen Arbeiten kaum Aufmerksamkeit in den öffentlichen Medien gefunden. (Dag Krienen, *Totalitarismus in Reinkultur*, in: *Junge Freiheit* 51/11, 16.12. 2011; Wikipedia, *NKWD-Befehl Nr. 00447*)

- **Grossbündnis gegen Deutschland:** Am 26. September 1938 forderte Churchill im Unterhaus ein «offensives und defensives Grossbündnis zwischen Frankreich, England und Russland». Am selben Tag bekundete der Chef der Labour Party, Attlee, die Absicht, «eine englisch-französisch-russische Einheitsfront» gegen Deutschland zu bilden. Damit sprachen sich beide Politiker gegen die Verständigungspolitik Chamberlains aus. (Rassinier, S. 135; Post, S. 275)
- **«Faschistische Aggressoren»:** Im Jahre 1938 erschien in Moskau die *Geschichte der KPdSU(B)*. In diesem offiziellen Werk, das teilweise von Stalin selbst verfasst worden war, hiess es, der «zweite imperialistische Krieg» sei bereits in vollem Gange. Anzeichen dafür seien die Annexion Abessiniens durch Italien, die deutsch-italienische Intervention im Spanischen Bürgerkrieg, die Invasion Japans in Zentralchina, schliesslich die Revision der Versailler Ordnung durch Deutschland. Die Staaten und Völker würden sich bereits mitten in einem von den faschistischen Aggressoren entfesselten Krieg befinden. Die sowjetische Führung war davon überzeugt, es sei die Absicht der herrschenden Klassen Englands und Frankreichs, Deutschland im Bündnis mit Polen zu einem Angriff auf die UdSSR zu bewegen. Französische Politiker und Journalisten behaupteten gegenüber Vertretern Moskaus, das Hauptziel der deutschen Expansionsbestrebungen nach Osten sei die Ukraine. Die Moskauer Führung sah es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an, eine offene oder heimliche Koalition der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion zu verhindern. Sie forderte deshalb einerseits Frankreich, England und die USA auf, den

«aggressiven Mächten» Deutschland, Italien und Japan entgegenzutreten. Andererseits strebte Moskau eine Verbesserung der Beziehungen zu Berlin an, um – je nachdem, wie sich die Situation entwickelte – die kapitalistischen Imperialisten gegeneinander ausspielen zu können, so wie bereits Lenin es gefordert hatte. (Post, S. 327)

- **Pakt mit der Sowjetunion – Dauerausgleich oder nur Schachzug?**

Auf der Rückfahrt aus Warschau Ende Januar 1939 sagte Aussenminister von Ribbentrop zu seinen Mitarbeitern: «Jetzt bleibt uns nur der Ausweg, uns mit Russland zu einigen, wenn wir nicht völlig eingekreist werden wollen.» Ribbentrop dachte zweifellos an einen deutsch-russischen Dauerausgleich, während dieser Pakt von Hitler vor allem als ein tagespolitischer Schachzug angestrebt worden ist, der es ihm ermöglichte, die Polenfrage zu regeln und damit die US-amerikanisch-britische Politik zu parieren. (Sündermann, S. 62/63)

- **Rote Armee – neue Eidesformel:** Am 4. Januar 1939 wurde die Eidesformel von 1924 durch eine neue ersetzt. Mit Blick auf die westlichen Demokratien verschwand die weltrevolutionäre Phraseologie aus dem Eid, das Ziel der Weltrevolution wurde freilich nicht aufgegeben. Gemäss der neuen Eidesformel musste der Soldat feierlich geloben, «ein ehrlicher, tapferer, disziplinierter, wachsamer Kämpfer» zu sein und den militärischen Dienstanordnungen und Befehlen «widerspruchslos» nachzukommen. Wer den feierlichen Eid böswillig verletzte, den sollte die «harte Strafe des Sowjetgesetzes, der allgemeine Hass und die Verachtung der Werktätigen treffen». Vaterlandsverrat, d.h. alle Handlungen zum Nachteil der militärischen Macht der UdSSR, wurden bei Militärpersonen mit dem Tode bestraft, und bei Flucht ins Ausland haftete sogar die Sippe mit. Schon wenige Tage nach der Einführung der neuen Eidesformel, am 11. Januar 1939, schrieb die *Krasnaja Sivesda*, dass der Rotarmist ohne Erfüllung der in diesem Eid festgelegten Forderungen «weder den faschistischen Räubern das Rückgrat brechen noch den Weg für den Siegeszug des Kommunismus in die ganze Welt ebnen» könne, um dann wörtlich fortzufahren: «Der Eid aus dem Munde der Kämpfer der Roten Armee wird wie eine Verkündung der welthistorischen Siege der Roten Armee erklingen – der Siege, die die Fahne des Kommunismus über der ganzen Welt hissen werden.» Das gleiche Armeeblatt schrieb am 3. Februar 1939: «Die Sowjetunion ist die Stossbrigade des internationalen Proletariats. Die Werktätigen der ganzen Welt wissen, dass die Rote Armee jederzeit bereit ist, ihren internationalen Verpflich-

tungen nachzukommen.» Am 22. Februar 1940 veröffentlichte der Brigadekommissar N. Ossipow in der *Krasnaja Swesda* einen Aufsatz über die Rote Armee, dessen Kernsätze lauteten: «Im Gegensatz zu allen Armeen in der Welt... stellt sie die Armee der proletarischen Weltrevolution dar... Sie verteidigt das Vaterland der Werktätigen der ganzen Welt... Die Rote Armee kämpfte und kämpft für die Sache von Marx-Engels-Lenin-Stalin...» (Adamheit, S. 266/267; www.geschichte.digitale-sammlungen.de/sowjetunion/)

Stalins «Kastanien-Rede»: Am 20. März 1939 erklärte Stalin vor dem XVIII. Parteikongress: «Die englische, französische und amerikanische Presse hetzt die Sowjetunion gegen Deutschland auf, um einen Konflikt zu provozieren... Russland denkt gar nicht daran, für andere die Kastanien aus dem Feuer zu holen...» (Ruland, S. 305; Sündermann, S. 63)

Kliment Jefremowitsch Woroschilow (1881-1969), von 1925 bis 1940 Verteidigungsminister (Volkskommissar) der Sowjetunion, von 1953 bis 1960 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets



und damit Staatsoberhaupt des Landes, beteiligte sich während des Russischen Bürgerkrieges an der Bildung der Roten Armee und spielte eine wichtige Rolle beim Kampf um Zarizyn (ab 1925: Stalingrad, seit 1961: Wolgograd), wobei er eng mit Stalin zusammenarbeitete und unter anderem die Massenerschießungen von Offizieren der zaristischen Armee organisierte.

Politische Kommissare: Im März 1939 berichtete Kliment Jefremowitsch Woroschilow, von 1925 bis 1940 Verteidigungsminister (Volkskommissar) der Sowjetunion, auf dem XVIII. Parteikongress der KPdSU, dass die Zahl der politischen Kommissare binnen kürzester Frist von 15.000 auf

34.000 angewachsen sei und dass diese Kommissare, wie er unterstrich, «mit eisernem Besen die Armee von allem Verrat und aller Niedertracht gesäubert

haben und diese Arbeit auch weiter fortgesetzt werde», um die Armee der marxistisch-leninistischen Ideologie» reinzuhalten. Die Kriegsräte in den Bezirken waren gemäss neuem Ukas vom 12. August 1940 verpflichtet, «eine tägliche lebendige Kontrolle der politischen Arbeit in den Korps, Divisionen und Brigaden durchzuführen». (Adamheit, S. 282 ff.)

- **Russisches Doppelspiel:** Am 16. April 1939 begannen in Moskau die Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und Grossbritannien. Der britische Botschafter, William Seeds, fragte Litwinow offiziell: «Ist die Sowjetunion zu einem Dreier-Bündnis zwischen der UdSSR, England und Frankreich bereit? Ist sie ausserdem willens, die Grenzen von Rumänien und Polen zu garantieren?» Litwinow machte am nächsten Tag einen Gegenvorschlag. Er wünsche einen Beistandspakt zwischen den Westmächten und der Sowjetunion, eine gemeinsame Garantie für alle ost- und mitteleuropäischen Staaten und ein Militärabkommen. Das grosse Doppelspiel begann. (Ruland, S. 307)
- **Absetzung Litwinows:** Am 3. Mai 1939 setzte Stalin Litwinow vom Posten des Volkskommissars für Äusseres ab und ersetzte ihn durch Molotow, der als getreuer Gefolgsmann des sowjetischen Diktators galt. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den USA 1933, der Eintritt in den Völkerbund 1934, die Beistandsverträge mit Frankreich und der Tschechoslowakei 1935 werden als das Werk Litwinows angesehen. Stalin setzte Litwinow ab, weil er immer noch nach einer Verständigung mit den Westmächten drängte, Stalin aber inzwischen eine Verständigung mit Deutschland wollte. (Post, S. 331; Ruland, S. 308)
- **Fortsetzung der Gespräche mit Deutschland:** Am 31. Mai 1939 betonte Außenminister Molotow in einer Rede vor dem Obersten Sowjet:

«Trotz schwebender Verhandlungen mit England und Frankreich wird die Sowjetunion nicht auf sachliche Beziehungen zu Deutschland und Italien verzichten.» Er vermied jeden Ausfall gegen Deutschland und liess seine Bereitwilligkeit erkennen, die in Berlin begonnenen Gespräche fortzusetzen. (Ruland, S. 313)
- **Scheitern des britisch-französischen Militärpakts mit Stalin:** Bei den im Frühjahr und am 14. Juni 1939 wieder aufgenommenen Verhandlungen in Moskau ging es den Westmächten darum, die Einkreisungsfront um das Reich

durch Einbeziehung der UdSSR zu vollenden. Der Plan wurde vom britischen Aussenminister Halifax entwickelt, der nach dem Scheitern der Appeasement-Politik seines Premiers Chamberlain seit August 1938 die Aussenpolitik Grossbritanniens leitete. Zuvor hatte er sich der Unterstützung Roosevelts versichert, in dessen Interesse es lag, Deutschland weltpolitisch zu isolieren. London und Paris setzten alles daran, die Sowjets so rasch wie möglich auf die Seite der Westmächte zu ziehen. Doch Molotow hatte es bei den Verhandlungen mit den Briten und Franzosen nicht gerade eilig. Am 23. Juli 1939 liess der britische Delegationsleiter, Strang, seinen Minister Halifax wissen, dass die Besprechungen auf der Stelle traten. Die Unterredungen blieben letztlich ergebnislos, obwohl die Briten und Franzosen sogar die Einbeziehung der baltischen Staaten in die sowjetische Einflussphäre zugestanden. Als die Sowjets den heikels-ten Punkt ansprachen, ob Warschau der Roten Armee ein Durchmarschrecht zuerkenne, meldeten beide Delegationen Fehlanzeige. Polen würde der russischen Forderung niemals zustimmen. So scheiterte der geplante britisch-französische Militärpakt mit Stalin. Aber Moskau setzte Berlin durch die Verhandlungen mit London und Paris unter Zugzwang. (*Der Grosse Wendig*, Band 3, S. 243-249)

- **Sowjetische Aufmarschoptionen:** Am 11. August 1939 trafen Militärmission aus London und Paris in Moskau zu Gesprächen ein. Die Engländer und Franzosen konnten den Sowjets keine konkreten Angaben machen, wie und mit welchen Kräften sie ihren Krieg gegen Deutschland führen könnten. Die sowjetischen Verhandlungspartner unter Leitung von Marschall Woroschilow stellten fünf von Stalin gebilligte Aufmarschoptionen gegen Deutschland vor. Je nach Szenario boten sie an, 70 bis 100% der Streitkräfte gegen Deutschland aufzubieten, die auch die Briten und Franzosen einplanten. Die Rede war von maximal zwei Millionen Mann und 102 sowjetischen Divisionen, von Angriffen gegen Ostpreussen und gegen Schlesien, von 5.500 Flugzeugen, von Bombern mit Reichweiten bis zu 4.000 Kilometern und ausserdem vom Einsatz der sowjetischen Nordflotte und der Schwarzmeerflotte, um Deutschland von Erz- und Ölimporten abzuschneiden. Deutschland geriete damit, wenn auch die Sowjetunion auf der Seite Polens stünde, in einer Auseinandersetzung um Danzig in einen Zweifrontenkrieg mit einer Unterlegenheit an Kräften im Verhältnis von 2,5 zu 1. Marschall Woroschilow kommentierte die Pläne gegenüber der britischen und französischen Militärdelegation mit den Worten: «Die Operationen der sowjetischen Truppen gegen Ostpreussen und in Galizien, und die

Operationen Englands und Frankreichs im Westen würden das Ende Deutschlands bedeuten.» (Schultze-Rhonhof, S. 461 f.)

- **Kein Durchmarschrecht für die Rote Armee:** Am 14. August 1939 schickte Ribbentrop an den deutschen Botschafter in Moskau, Graf von der Schulenburg, ein Telegramm mit dem Auftrag, es unverzüglich Molotow vorzulegen und «dafür zu sorgen, dass auch Herr Stalin den Inhalt sofort erfährt». Darin versicherte er, Deutschland habe keinerlei aggressive Absichten gegen die UdSSR und wünsche eine endgültige Bereinigung der deutsch-sowjetischen Beziehungen auf freundschaftlicher Basis. Botschafter Schulenburg führte fast täglich lange Gespräche mit Aussenkommissar Molotow. Währenddessen verhandelte Marschall Woroschilow mit den englischen und französischen Militärmissionen. Er stellte die Frage: «Werden Polen und Rumänien der Roten Armee das Durchmarschrecht durch ihre Länder gestatten?» Warschau und Bukarest lehnten die sowjetische Forderung strikt ab. Der polnische Oberbefehlshaber, Marschall Rydz-Smigly, kommentierte: «Mit den Deutschen laufen wir Gefahr, unsere Freiheit zu verlieren. Mit den Russen verlieren wir unsere Seele.» (Ruland, S. 316)
- **Deutsch-sowjetischer Notenaustausch:** Am 17. August 1939 teilte Ribbentrop in einem Fernschreiben seinem Botschafter Schulenburg mit, Berlin habe alle Fragen des Kreml positiv beantwortet. Darin heisst es: «Der Führer ist der Auffassung, dass in Anbetracht der gegenwärtigen Lage und der Möglichkeit des jederzeitigen Eintretens ernster Ereignisse (bitte hierzu Herrn Molotow zu erklären, dass Deutschland nicht gewillt ist, die polnischen Provokationen auf die Dauer hinzunehmen) eine grundsätzliche und schnelle Klärung des deutsch-russischen Verhältnisses und der beiderseitigen Einstellung zu den aktuellen Fragen erwünscht ist...» Molotow erklärte dem deutschen Botschafter zu den Vorschlägen Berlins: «Der erste Schritt zu einer Verbesserung unserer Beziehung könnte der Abschluss eines neuen Handels- und Kreditabkommens sein.» In einer schriftlichen Antwortnote räumte Molotow ein, dass die Sowjetunion infolge der sowjetfeindlichen Haltung Deutschlands gezwungen gewesen sei, «erste Massnahmen zur Vorbereitung einer Abwehrfront gegen eine mögliche Aggression auf die Sowjetunion von Seiten Deutschlands zu ergreifen und dass die Sowjetunion niemals irgendwelche aggressiven Absichten gegen Deutschland gehabt hat.» (Ruland, S. 317 f.; Schultze-Rhonhof, S. 466)

- **Deutsch-sowjetisches Wirtschaftsabkommen:** Am 19. August 1939 um zwei Uhr nachts wurde in Berlin ein Wirtschaftsabkommen unterzeichnet, das der Sowjetunion einen Kredit von zweihundert Millionen Reichsmark für zwei Jahre zum Kauf deutscher Waren einräumte.
- **Stalin setzt auf Erschöpfungskrieg:** Im Herbst 1939 veröffentlichte die in Genf erscheinende Zeitschrift *Revue de Droit International* den Text einer Geheimrede, die Stalin am Abend des 19. August 1939 vor den Mitgliedern des Politbüros und russischen Spitzenfunktionären der Komintern gehalten haben soll. In dieser Rede erläuterte der sowjetische Diktator seine Beweggründe für den Abschluss eines Nichtangriffspaktes mit Deutschland: «Wir müssen den deutschen Vorschlag annehmen und die anglo-französischen Gesandten mit höflicher Ablehnung in ihre Länder zurückschicken. Für uns ist es offensichtlich, dass Polen ausgelöscht wird, sogar bevor England und Frankreich in der Lage sind, ihm zu Hilfe zu kommen. In diesem Fall überlässt uns Deutschland den Teil Polens bis an die Ränder von Warschau – das ukrainische Galizien eingeschlossen. Deutschland lässt uns volle Handlungsfreiheit in den drei baltischen Ländern. Es widersetzt sich nicht der Rückkehr Bessarabiens an Russland. Es ist bereit, uns Rumänien, Bulgarien und Ungarn als Einflusszone zu überlassen. (...) Dies für den Fall, dass Deutschland siegreich aus dem Krieg hervorgehen wird. Jedoch müssen wir die Möglichkeiten, die aus einer Niederlage Deutschlands folgen, ebenso vorhersehen wie die aus einem Sieg. Betrachten wir den Fall einer deutschen Niederlage. England und Frankreich werden stark genug sein, Berlin zu besetzen und Deutschland zu zerstören, und wir werden nicht in der Lage sein, diesem wirksam zu Hilfe zu kommen. Also ist es unser Ziel, dass Deutschland den Krieg so lange wie möglich führen kann, damit England und Frankreich ermattet und bis zu einem gewissen Grade erschöpft sind, dass sie nicht mehr in der Lage sind, Deutschland zu schlagen. (...) Es ist für uns wesentlich, dass dieser Krieg solange wie möglich dauert, damit sich die beiden Parteien erschöpfen. Aus diesen Gründen müssen wir das von Deutschland vorgeschlagene Bündnis annehmen und daran arbeiten, dass sich dieser Krieg, wenn er einmal erklärt ist, so lange wie möglich hinzieht...» Am 30. November 1939 dementierte Stalin in einem Interview in der *Pravda*, diese Rede je gehalten zu haben. Stalin erklärte unter anderem, dass 1. nicht Deutschland Frankreich und England den Krieg erklärt hätte, sondern diese Mächte Deutschland angegriffen und damit die Verantwortung für den gegenwärtigen Krieg auf sich genommen hätten. 2. Nach dem Ausbruch der Feind-

seligkeiten habe Deutschland Frankreich und England Friedensvorschläge gemacht, die von der Sowjetunion öffentlich unterstützt worden seien. 3. Die herrschenden Kreise Frankreichs und Englands hätten die deutschen Friedensvorschläge und die Bemühungen der Sowjetunion in verletzender Weise zurückgewiesen. Stalin: «Das sind Tatsachen.»

(Post, S. 356 ff.; *Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 745 ff.)

- **Unerträgliche Spannung zwischen Deutschland und Polen:** Am 20. August 1939 schickte Hitler über den Grafen Schulenburg ein persönliches Telegramm an Stalin. Darin begrüßte er die Unterzeichnung des neuen deutsch-sowjetischen Handelsabkommens und beseitigte alle Zweifel hinsichtlich des von Stalin gewünschten Protokolls. In dem Telegramm stellte Hitler ausserdem fest: «Die Spannungen zwischen Deutschland und Polen sind unerträglich geworden. Das polnische Benehmen gegenüber einer Grossmacht ist derartig, dass jeden Tag eine Krise entstehen kann. Angesichts dieser Wahrscheinlichkeit ist Deutschland von jetzt an auf jeden Fall entschlossen, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Interessen des Reiches zu wahren.» (Hoggan, S. 618)
- **Grundlage für die Beseitigung der Spannung:** Am Nachmittag des 21. August 1939 übergab Molotow dem deutschen Botschafter seine Antwort an Hitler. Darin hiess es, das Einverständnis der deutschen Regierung mit dem Abschluss eines Nichtangriffspaktes schaffe die Grundlage für die Beseitigung der polnischen Spannung und für Frieden und Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern. (Ruland, S. 319 f.)
- **Deutsch-sowjetischer Nichtangriffsvertrag («Hitler-Stalin-Pakt»):** Am 23. August 1939 wurde in Moskau der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag geschlossen. In dem Vertrag verpflichteten sich beide Parteien, «sich jedes Gewaltaktes, jeder aggressiven Handlung und jedes Angriffs gegeneinander, und zwar sowohl einzeln als auch gemeinsam mit anderen Mächten zu enthalten...» Neben Konsultationen über alle Fragen von gemeinsamen Interessen, sah der Vertrag eine zehnjährige Geltungsdauer mit automatischer Verlängerung um fünf Jahre vor. Die entscheidenden zwei Abschnitte des Geheimen Zusatzprotokolls lauten:
 1. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten

bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphären Deutschlands und der UdSSR. Hierbei wird das Interesse Litauens am Wilnaer Gebiet beiderseits anerkannt.

2. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staat gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt. Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden. In jedem Falle werden beide Regierungen diese Frage im Wege einer freundschaftlichen Verständigung lösen. Hinsichtlich des Südostens Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Von deutscher Seite wird das völlige politische Desinteressement an diesen Gebieten erklärt. Dieses Protokoll wird von beiden Seiten streng geheim behandelt werden.»

Nach Unterzeichnung des Nichtangriffspakts brachte Stalin einen Trinkspruch auf Hitler aus: «Ich weiss, wie sehr das deutsche Volk seinen Führer liebt; ich möchte deshalb auf seine Gesundheit trinken!» Nach Aussage Chruschtschows sagte Stalin tags darauf im vertrauten Kreis, durch diesen Vertrag werde die Sowjetunion vom Krieg ein wenig länger verschont. Sie könne neutral bleiben und Kräfte sammeln. Die Existenz des Geheimen Zusatzprotokolls zum Hitler-Stalin-Pakt wurde von der Sowjetunion jahrzehntelang geleugnet. Erst am 23. Dezember 1989 erklärte Alexander Jakowlew, enger Berater von Michael Gorbatschow, vor dem Kongress der Volksdeputierten der UdSSR: «Nachdem Stalin den Weg der Aufteilung der Beute mit einem Raubtier betreten hatte, begann er mit den benachbarten, vor allem kleinen Ländern, in einer Sprache von Ultimativen und Drohungen zu sprechen. Er fand keinen Anstoss daran, zur Waffengewalt zu greifen...» (Post, S. 361 ff. und S. 17; Schultze-Rhonhof, S. 468; Leonhard, S. 15 und 21)

- **Parallelgespräche mit Briten und Franzosen:** Während die deutsch-sowjetischen Verhandlungen liefen, verhandelten gleichzeitig noch immer die englischen und französischen Generale mit Marschall Woroschilow über eine Militärkonvention gegen Deutschland. Für Stalin war es jedoch viel verlockender, im Bunde mit Hitler die russischen Westprovinzen wiederzugewinnen, die Russland nach dem Ersten Weltkrieg verloren hatte, als sich als Verbündeter der Westmächte schützend vor Polen zu stellen. (Ruland, S. 323)

Stalins Täuschungsmanöver: Am 24. August 1939 äusserte Stalin bei einem Abendessen mit den Politbüromitgliedern, man habe Hitler vorläufig getäuscht, wobei er zu verstehen gab, dass er einen Krieg mit Deutschland für unvermeidlich halte und dieser durch den Vertrag nur aufgeschoben werde. Das Abkommen mit Deutschland sei ein Spiel, bei dem es darauf ankomme, wer wen überlisten werde. Zweifellos würde ein Krieg ausbrechen, aber die Sowjetunion würde nicht allein gegen Hitler und den Westen stehen; vielmehr werde Hitler Polen angreifen, woraufhin England und Frankreich ihm den Krieg erklären müssten. Für die Sowjetunion sei dies in militärischer wie in moralischer Hinsicht ein Vorteil. (Post, S. 369/370)

- **Der Verrat:** Am Vormittag des 24. August 1939 informierte der Zweite Sekretär der deutschen Botschaft in Moskau, Hans Herwarth von Bittenfeld, der zu den Oppositionskreisen im Auswärtigen Amt um Theodor Kordt zählte, seinen gleichrangigen Kollegen von der US-amerikanischen Botschaft, Charles Bohlen, über die Einzelheiten des Nichtangriffspaktes und des Geheimen Zusatzprotokolls. Bohlen teilte seinem Vorgesetzten, Botschafter Lawrence Steinhardt, die sensationellen Neuigkeiten mit, der sie unverzüglich nach Washington weiterleitete. Auf diesem Wege wurde Washington vom Inhalt des Hitler-Stalin-Paktes schneller unterrichtet als die deutschen Bündnispartner in Rom und Tokio. Weder Roosevelt noch Hull unternahmen in den folgenden Tagen etwas, um den befreundeten Regierungen in London, Paris und Warschau den Ernst der Lage klar zu machen. Die US-Regierung war die Einzige, die den Inhalt des Geheimen Zusatzprotokolls kannte. Dieses Protokoll konnte keine andere Bedeutung haben, als dass Hitler und Stalin einen gemeinsamen Angriff auf Polen vorbereiteten. (Post, S. 371/372)
- **Molotows Rede gegen englische und französische Kriegshetzer:**
In seiner Rede auf der Tagung des Obersten Sowjets am 31. August 1939 ging Aussenminister Molotow auch auf den Hitler-Stalin-Pakt ein. Er erklärte unter anderem: «Auch wenn ein militärischer Zusammenstoss in Europa nicht vermieden werden kann, wird das Ausmass eines solchen Krieges begrenzt sein. Nur die Vorkämpfer eines allgemeinen Krieges in Europa könnten damit unzufrieden sein.» Und weiter: «Die sowjetisch-deutsche Übereinkunft ist in der anglo-französischen und in der amerikanischen Presse und besonders in einigen ‚sozialistischen‘ Blättern heftig attackiert worden... Besonders scharf waren die Ausfälle französischer und englischer Sozialistenführer gegen das Abkommen... Diese Leute sind der festen Meinung, dass die Sowjetunion auf der

Seite Englands und Frankreichs gegen Deutschland kämpfen sollte. Man kann sich fragen, ob diese Kriegshetzer nicht den Verstand verloren haben. Wenn diese Herren unbedingt wünschen, in den Krieg zu ziehen, gut, dann sollten sie alleine gehen, ohne die Sowjetunion. (Leonhard, S. 50/51)

- **Gemeinsame deutsch-sowjetische Friedensinitiative:** In einer gemeinsamen Erklärung der Deutschen Reichsregierung und der Regierung der UdSSR vom 28. September 1939 wurden die Regierungen Englands und Frankreichs aufgefordert, den Kriegszustand zu beenden, andernfalls trügen sie allein die Verantwortung für die Fortdauer des Krieges. (Post, S. 437.)
- **Deutsch-sowjetischer Grenz- und Freundschaftsvertrag:** Am 29. September 1939 unterzeichneten Ribbentrop und Molotow in Moskau einen deutsch-russischen Grenz- und Freundschaftsvertrag, in dem Polen gemäss der geplanten Grenze geteilt und Litauen auf Russlands Drängen dessen Einflussgebiet zugeschlagen wurde. In einem geheimen Zusatzprotokoll verpflichteten sich beide Seiten, in ihren Gebieten keine polnische Agitation zu dulden. Stalin erklärte sich bereit, sofort mit der Lieferung von 300.000 Tonnen Öl zu beginnen. Am späten Nachmittag gab Molotow für seinen deutschen Kollegen Ribbentrop im Kreml ein grosses Bankett, an dem ausser Stalin viele der höchsten Sowjetführer teilnahmen, unter ihnen Mikojan, Woroschilow, Kaganowitsch und Berija. (Ruland, S. 339 f.)
- **England und Frankreich sind für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich:** Am 29. September 1939 wurde in Deutschland und in der Sowjetunion eine von Ribbentrop, Stalin und Molotow gemeinsam in Moskau formulierte «Erklärung der Deutschen Reichsregierung und der Regierung der UdSSR» veröffentlicht. Beide Seiten stellten darin fest, «durch den heute unterzeichneten Vertrag die sich aus dem Zerfall des polnischen Staates ergebenden Fragen endgültig geregelt und damit ein sicheres Fundament für einen dauerhaften Frieden in Osteuropa geschaffen zu haben». Sie verliehen übereinstimmend der Auffassung Ausdruck, «dass es dem wahren Interesse aller Völker entspräche, dem gegenwärtig zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich andererseits bestehenden Kriegszustand ein Ende zu machen. Die beiden Regierungen werden deshalb ihre gemeinsamen Bemühungen... darauf richten, dieses Ziel sobald wie möglich zu erreichen. Sollten jedoch die Bemühungen der beiden Regierungen erfolglos bleiben, so würde damit die Tatsache festge-

stellt sein, dass England und Frankreich für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich sind, wobei im Falle einer Fortdauer des Krieges die Regierungen Deutschlands und der UdSSR sich gegenseitig über die erforderlichen Massnahmen konsultieren werden.» (Ruland, S. 340 f.)

- **Beistandspakte:** Im September/Oktober 1939 schloss die Sowjetunion «Beistandspakte» mit Estland, Lettland und Litauen, nach denen diese Länder der UdSSR Militärstützpunkte einräumen mussten. Moskau drängte auf die Umbildung ihrer Regierungen, bis schliesslich im Sommer 1940 die drei baltischen Staaten der UdSSR eingegliedert wurden.
- **Hitlers Friedensappell:** Am 6. Oktober 1939 richtete Hitler in einer Rede vor dem Reichstag einen Friedensappell an die Westmächte auf der Basis der neuen politischen Lage nach dem Sieg über Polen. Hitlers Angebot wurde am 12. Oktober von Chamberlain ablehnend beantwortet. Die Führer der deutschen Kommunisten, die nach Moskau geflüchtet waren, wetteiferten mit heftigen Angriffen gegen Frankreich und England. Auch der ehemalige DDR-Chef, Walter Ulbricht, damals einer der Sekretäre der Komintern, setzte sich für Hitlers Friedensvorschläge ein und erklärte: «Das sowjetische Volk und die deutschen Arbeiter haben ein gemeinsames Interesse daran, den westlichen Kriegsplan zum Scheitern zu bringen.» (Ruland, S. 342)

Die Kriegsverantwortlichen: Nach dem sowjetischen Einmarsch in Polen am 17. September 1939, der Einverleibung des östlichen Polens in die Sowjetunion und dem zweiten Pakt zwischen der Sowjetunion und Deutschland – diesmal über «gemeinsame Grenzen und Freundschaft» – gab Molotow in seiner Rede vor dem Obersten Sowjet am 31. Oktober 1939 eine weitere Reorientierung der politischen Linie zugunsten Hitler-Deutschlands bekannt. Molotow erklärte unter anderem: «Jetzt erstrebt Deutschland den Frieden, während England und Frankreich dafür sind, den Krieg fortzusetzen. (...) So hat die britische Regierung proklamiert, dass der Krieg gegen Deutschland nicht mehr oder weniger die Vernichtung des Hitlerismus zum Ziel habe. Daraus ergibt sich, dass sowohl in England wie in Frankreich die Befürworter des Krieges gegen Deutschland eine Art weltanschaulichen Krieg nach der Art der alten Religionskriege erklärt haben. Die nationalsozialistische Weltanschauung kann, wie jedes andere Weltanschauungssystem, unterstützt oder abgelehnt werden. Jedermann wird aber begreifen, dass man eine Weltanschauung nicht

durch Gewalt vernichtet. Deshalb ist es unsinnig und sogar verbrecherisch, einen solchen Krieg zur Vernichtung des Hitlerismus zu führen, indem man ihm das Mäntelchen des Kampfes für die Demokratie umhängt.» (Leonhard, S. 72/73)

In derselben Rede erklärte Molotow weiter: «Unsere Beziehungen zu Deutschland haben sich fundamental verbessert. Wir waren schon immer der Auffassung, dass ein starkes Deutschland eine notwendige Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden in Europa ist. (...) Der ideologische Gegensatz zwischen der Sowjetunion und Deutschland darf auf keinen Fall einer engeren Zusammenarbeit mit Hitler im Wege stehen...» Auch in allen anderen Reden, die Molotow in den nächsten Wochen und Monaten hielt, klang immer wieder die These durch, dass Europa ein starkes Deutschland brauche und dass die Verantwortung für den Krieg in erster Linie auf England und Frankreich falle. Der von diesen Staaten verlängerte Krieg diene einzig und allein dem Zweck, England und Frankreich ihre Kolonien zu erhalten. Molotows Aussagen wurden von der gesamten sowjetischen Presse und vom gesamten Propaganda-Apparat der Komintern übernommen. (Ruland, S. 342 f.)

- **Sowjetischer Angriff gegen Finnland:** Drei Monate nach Hitlers Angriff auf Polen schritt Stalin zu einer «Strafexpedition» gegen den kleinen Nachbarn Finnland. Am 30. November 1939 griffen die Sowjets Finnland an, weil es die Forderungen Moskaus nach Abtretung der im Südwestteil des Finnischen Meerbusens liegenden Halbinsel Hangö «zur Sicherung Leningrads und Kronstadts» ablehnte. Die Antwort Stalins war der militärische Überfall zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Damit begann der finnisch-russische Winterkrieg. Stalin hatte sich einen Blitzkrieg nach dem Muster seines Verbündeten Hitler ausgerechnet. Was jedoch kam, war ein blutiger und verlustreicher Feldzug mit schweren sowjetischen Niederlagen. Die Westmächte kamen Finnland nicht zu Hilfe, nur der Völkerbund protestierte, allerdings ohne Erfolg gegen den Überfall. (Carell, *Unternehmen Barbarossa*, S. 192; Post, S. 451)
- **Vorabinformation an die Sowjetunion:** Am 7. Mai 1940 unterrichtete der deutsche Botschafter Schulenburg den sowjetischen Aussenkommissar Molotow über den bevorstehenden Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Belgien und Holland. Molotow liess deutlich erkennen, dass dieses Unternehmen ihm sehr willkommen sei, und erklärte: «Die Sowjetregierung hat volles Verständnis dafür, dass Deutschland sich gegen einen englisch-französischen Angriff

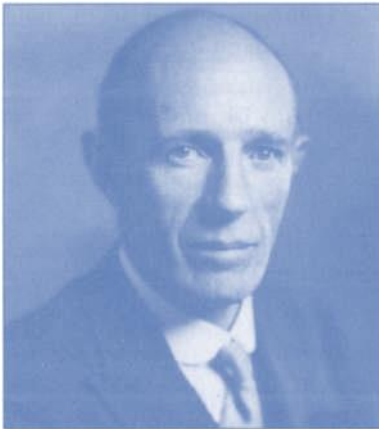
schützen muss.» Am 17. Juni liess Stalin durch Molotow an Schulenburg «die wärmsten Glückwünsche der Sowjetregierung zu dem glänzenden Erfolg der deutschen Wehrmacht» aussprechen. Gleichzeitig setzte Molotow den deutschen Botschafter davon in Kenntnis, «dass die Sowjetregierung Sonderbevollmächtigte in die baltischen Staaten entsandt habe, um dort die Bildung von neuen, der Sowjetregierung genehmen Regierungen sicherzustellen». (Ruland, S. 344/345)

- **Das Massaker von Katyn:** Zwischen dem 3. April und 19. Mai 1940 wurden etwa 4.400 polnische Offiziere in einem Wald bei Katyn, 20 km westlich der russischen Grossstadt Smolensk, von Angehörigen des NKWD ermordet. Dieses Massaker gehört zu einer Serie von Massenmorden an 24.000 bis 25.000 Offizieren, Reserveoffizieren, Polizisten und anderen Staatsbürgern Polens, darunter vielen Intellektuellen, an mindestens fünf verschiedenen Orten in den Sowjetrepubliken Russland, Ukraine und Weissrussland. Die Mordserie wurde auf Veranlassung des Diktators Stalin befohlen. Im Februar 1943 fanden Soldaten der Wehrmacht die Massengräber der bei Katyn Ermordeten. Auf Befehl Hitlers gab der Grossdeutsche Rundfunk die Funde am 13. April 1943 bekannt. Die Sowjetunion leugnete ihre Verantwortung, lehnte eine internationale Untersuchung ab und lastete das Verbrechen dem NS-Regime an. An dieser Geschichtsfälschung hielt bis 1990 der gesamte Ostblock fest. Der Massenmord von Katyn war auch zunächst ein Anklagepunkt 1946 in Nürnberg, obwohl die West-Alliierten spätestens seit 1943 die Täter kannten und dies trotzdem nicht revidierten oder sich gar entschuldigten. Am 30. Dezember 1945 wurden zehn deutsche Soldaten in Leningrad wegen des Verbrechens von Katyn verurteilt, sieben davon zum Tode, drei zu 20 Jahren Arbeitslager. Am 5. Januar 1946 wurden die Todesurteile vollstreckt. Die von der britischen Besatzungsmacht herausgegebenen *Norddeutschen Nachrichten* brachten am 4. Januar 1946 einen Bericht auf der Titelseite: «So war Katyn. Massenmord als Naziverbrechen aufgedeckt». US-General Lucius D. Clay urteilte 1950 über die Nürnberger Prozesse: «Sie wurden mit erhabener Würde und mit einem hohen Sinn für Gerechtigkeit geführt.» (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 751 ff. und Band 2, S. 492 f.)
- **Sowjetisches Ultimatum an Litauen:** Am 14. Juni 1940 forderte der sowjetische Aussenminister Molotow in einem ultimativen Schreiben an den litauischen Aussenminister «das Einverständnis zum unverzüglichen Einmarsch sowjetischer Truppen zur Besetzung der wichtigsten Zentren Litauens, um die

Durchführung des Beistandspaktes zu gewährleisten und Zwischenfällen vorzubeugen». (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 713)

- **Sowjetische Ansprüche:** Am 22. Juni 1940 überraschte Molotow Botschafter Schulenburg mit der Mitteilung, die Sowjetregierung habe beschlossen, «im Interesse der Wiederherstellung der Gerechtigkeit die Rückgliederung Bessarabiens – wenn nötig mit Gewalt – durchzuführen und auch Ansprüche auf die Nord-Bukowina geltend zu machen». Bessarabien gehörte von 1812 bis 1918 zu Russland, die Nord-Bukowina mit der Hauptstadt Tschernowitz dagegen war altes österreichisches Land. Dass Stalin auch nach Bessarabien und der Bukowina griff, verärgerte Hitler sehr. Schon die schnelle Liquidierung der baltischen Staaten erregte seinen Unwillen. (Ruland, S. 345/346)

- Sowjetunion annektiert Nord-Bukowina und Bessarabien:** Am 26. Juni 1940 verlangte Stalin von Rumänien ultimativ die Abtretung der Nord-Bukowina und Bessarabiens (Gebiet zwischen Dnjestr und Pruth). Die rumänische Regierung nahm das Ultimatum auf Anraten Deutschlands am 28. Juni 1940 an. Hitler wollte kriegerische Konflikte auf dem Balkan unter allen Umständen vermeiden, da diese nur England nutzen könnten. Die meisten Volksdeutschen wurden aus diesen Gebieten sowie aus Wolhynien ins Reich zurückgeholt und vorwiegend im Warthegau angesiedelt. Durch die Annexion dieser Gebiete näherte sich die Sowjetunion bedrohlich den rumänischen Erdölquellen, aus denen Deutschland zu einem grossen Teil versorgt wurde. Zu dieser Zeit lagen den sechs deutschen Reservedivisionen an der Grenze zwischen Polen und der Sowjetunion bereits 170 russische Heeresdivisionen gegenüber. (Post, S. 476; Ruland, S. 345 f.; Schultze-Rhonhof, S. 570)



Der britische Konservative Edward Frederick Lindley Wood, 1. Earl of Halifax (1881-1959), zwischen 1925 und 1934 auch bekannt als Lord Irwin und von 1934 bis 1944 als Viscount Halifax, wird als Architekt der AppeasementPolitik bezeichnet.

Deutschland eine Bedrohung für die Sowjetunion? Am 5. Juni 1940 informierte der US-amerikanische Botschafter in London, Joseph Kennedy, Washington über eine Unterredung mit Lord Halifax. In dem Bericht heisst es, Stalin habe den britischen Botschafter Crips bei einem Gespräch im Kreml erklärt, Deutschland sei die einzige wirkliche Bedrohung für die Sowjetunion. Die Situation Rußlands sei durch Hitler schwierig, wenn nicht gefährlich geworden. Er rechne für das Frühjahr 1941 mit einem Krieg gegen Deutschland. (Post, S. 478 f.)

Stalin ordnet Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland an:

In der US-amerikanischen Zeitschrift *Saturday Evening Post* vom 13. Mai

1950 veröffentlichte der frühere sowjetische General Alexei Markov einen bemerkenswerten Beitrag. Danach ordnete Stalin nach der Niederlage Frankreichs im Sommer 1940 «Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland an, weil

Hitler zu schnell gewann». Markov hatte im Frühjahr 1941 ein Truppenkommando an der sowjetisch-deutschen Demarkationslinie. Auf seine Frage, wie viel Zeit ihm für die Kampfausbildung seiner Mannschaften zur Verfügung stehe, erhielt er vom sowjetischen Generalstab die Antwort: «Bis Herbst; wir sind noch nicht fertig. Wir werden losschlagen, sobald es für uns günstig ist.» (Sündermann, Anm. S. 63)

- **Sowjetische Geheimgespräche:** Zwischen dem 14. und dem 19. Juli 1940 führte der jugoslawische Botschafter, Milan Gawrilowitsch, in Moskau geheime Gespräche mit den Botschaftern Englands, Frankreichs und der Türkei sowie mit Volkskommissar Molotow. Hitler gelangte aufgrund der ihm zugepielten Gesprächsberichte zu der Schlussfolgerung, dass Stalin keineswegs der zuverlässige Bündnispartner war, als der er sich nach aussen hin gab. Die sowjetische Führung wünschte offenbar eine Annäherung an Grossbritannien, versuchte die Balkanstaaten gegen Deutschland zu beeinflussen und rechnete in absehbarer Zeit mit einem Krieg gegen das Reich. (Post, S. 480 ff.)
- **Sowjetunion annektiert die baltischen Staaten:** Im Juni 1940 besetzte und annektierte die Sowjetunion die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Die zeitgemässe Geschichtsschreibung weist der Reichsregierung die Schuld an dieser Besetzung zu, weil in den deutschsowjetischen Verträgen vom 23. August 1939 und 28. September 1939 diese drei baltischen Staaten dem Interessensbereich der Sowjetunion zugeordnet worden seien. Dies war jedoch kein Freibrief für eine Annexion der betreffenden Gebiete. Einer sowjetischen Annexion des Baltikums durch Moskau hätte Deutschland niemals zugestimmt, denn sie lag gar nicht in seinem Interesse. Hinzu kam, dass Frankreich und Grossbritannien bereits am 22. April 1939 bzw. am 22. Juli 1939 einer Regelung zugestimmt hatten, die der Sowjetunion praktisch freie Hand gegenüber den baltischen Staaten einräumte. Die Westmächte hatten also als erste das Baltikum an Moskau «ausgeliefert». Erst unter dem Eindruck dieser bereits von den Westmächten gemachten Zugeständnisse an Moskau stimmte das Deutsche Reich nun ebenfalls Moskaus Forderung zu, das Baltikum der sowjetischen Interessenssphäre zuzuerkennen. Die deutsche Zustimmung erfolgte durch Reichsaussenminister Ribbentrop erst, nachdem Stalin versprochen hatte, dass er auch künftig nicht an der inneren Struktur dieser Staaten rühren wolle. Im Juni/Juli 1941 befreite die deutsche Wehrmacht das Baltikum von der bolschewistischen Schreckensherrschaft, die Zehntausende das Leben

durch direkte Liquidierungen oder im Zuge von Massendeportationen nach Sibirien gekostet hatte. Im Kampf für ihre Freiheit und staatliche Souveränität nahmen dann Zehntausende Esten, Letten und Litauer freiwillig auf deutscher Seite am Krieg gegen die Sowjetunion teil.

(*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 712 ff.)

- **Sowjetischer Aufmarschplan:** Am 18. September 1940, zwei Monate vor Molotows Reise nach Berlin, legten Generalstabchef Merezkow und der Volkskommissar für Verteidigung Timoschenko einen Operationsentwurf für einen Krieg gegen Deutschland und seine Verbündeten vor, den Stalin am 18. Oktober billigte. Dieses Dokument trug den Titel: «Überlegungen hinsichtlich der Grundlagen des strategischen Aufmarschs der Streitkräfte der Sowjetunion im Westen und im Osten für die Jahre 1940 und 1941». Darin wurden zwei verschiedene Operationen vorgeschlagen. (Post, S. 525, 556)

Dreimächtepakt: Der Dreimächte-Pakt war ein am 27. September 1940 auf Initiative Hitlers geschlossener Vertrag des Deutschen Reiches mit dem Königreich Italien und dem Kaiserreich Japan. Er wurde von den Vertragspartnern auch als Achse Berlin-Rom-Tokio bezeichnet. Der für zunächst zehn Jahre gültige Pakt erweiterte den Antikominternpakt und sah eine militärische Kooperation zwischen diesen drei Staaten vor. Neben der militärischen Zusammenarbeit wurden in dem Pakt auch die Interessensgebiete abgegrenzt. Während Japan den ostasiatischen Raum als Einflussgebiet zugesprochen bekam, wurde das Mittelmeer als originäre Einflussosphäre Italiens deklariert. Das Deutsche Reich sollte den osteuropäischen Raum als Einflussgebiet betrachten. Der Pakt gab auch der Sowjetunion eine Gelegenheit zum Beitritt. Um die Sowjetunion in den Dreibund einzubeziehen, wurde der sowjetische Außenminister Molotow nach Berlin eingeladen. (Wikipedia, *Dreimächtepakt* –, Schultze-Rhnhof, S. 570)

- **Deutsches Verhandlungsangebot:** Im Oktober 1940 beschloss Hitler, neue Verhandlungen mit der Sowjetunion aufzunehmen, um Stalins Absichten zu ergründen und Klarheit über dessen Politik zu erlangen. In einem 19 Seiten langen Brief, den Ribbentrop an Stalin schrieb, wurde die deutsche Außenpolitik der vergangenen Monate begründet und gerechtfertigt. In der Note wurde versichert, dass der am 27. September 1940 in Berlin unterzeichnete «Dreimächtepakt» die deutsch-sowjetischen Verträge in keiner Weise verletze. Ribbentrops Brief schloss mit einer Einladung an Molotow, Berlin zu besuchen.

Stalin dankte mit geschickt verhüllter, dennoch erkennbarer Ironie für «die lehrreiche Analyse der Ereignisse». Auch er sei der Ansicht, «dass eine auf der dauerhaften Grundlage einer langfristigen Abgrenzung der beiderseitigen Interessen beruhende weitere Verbesserung der Beziehungen durchaus möglich ist». (Ruland, S. 349)

- **Bruch mit Moskau:** Vom 12. bis 13. November 1940 führte Molotow, der mit über 60 Personen nach Berlin angereist war, ausführliche Gespräche mit Hitler und Ribbentrop. Mit Göring sprach er über die deutsch-sowjetischen Handelsbeziehungen und beklagte sich zunächst, dass Deutschland mit seinen Lieferungen an die Sowjetunion sehr im Rückstand sei. Der Reichsmarschall entschuldigte sich mit kriegsbedingt grossem Eigenbedarf. Molotow erklärte, dass das «Geheime Zusatzabkommen» vom August 1939 über die Aufteilung der Interessengebiete in Osteuropa ausgedient habe, und dass die Interessengrenzen neu ausgehandelt werden müssten. Er forderte von Deutschland, folgende Staaten und Gewässer als sowjetische Interessengebiete anzuerkennen: Finnland, die Donau, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, die Türkei mit dem Schwarzmeer-Ausgang, Iran, Griechenland, Jugoslawien, die Ostseeausgänge und Spitzbergen. Da die Sowjetunion alle Staaten, die 1939 ihrer Interessensphäre zugesprochen worden waren, inzwischen annektiert hatte, musste die deutsche Seite davon ausgehen, dass die UdSSR nun ebenfalls beabsichtigte, diese hier genannten Staaten zu unterwerfen. Das hätte Deutschland seiner Rohstofflieferanten, seiner Handelspartner in Süd-Osteuropa und seiner Bewegungsfreiheit in der Ostsee beraubt und dazu den Kommunismus bis zu den Grenzen Italiens und Deutschlands vorgelassen. Hitler, der mit dem geplanten neuerlichen Pakt mit Stalin eigentlich Grossbritannien zu einem schon mehrfach angebotenen Frieden bringen wollte, sah sich plötzlich der Gefahr einer britisch-russischen Zange ausgesetzt. (Schultze-Rhonhof, S. 570/571)

Molotow wollte von Hitler eindeutige Antworten auf konkrete Fragen. Hitler wich aber aus und sprach von der Notwendigkeit einer Verständigung mit Moskau, die bald nötig sein werde, um die «Konkursmasse» nach der «unvermeidlichen Niederlage Englands» gerecht aufzuteilen. Weil britische Bombenflugzeuge auf dem Weg nach Berlin waren, setzten die beiden Aussenminister ihre Gespräche im Luftschutzkeller fort. Molotow blieb unerschütterlich bei seinen Forderungen. Ribbentrop war nur bereit, die freie Durchfahrt durch die Dardanellen zu garantieren. Seinen Vorschlag, die UdSSR in den «Dreimächtepakt»

einzu beziehen und sie für Hitlers Pläne zu gewinnen – Europa und Asien zwischen Deutschland, Italien Japan und der UdSSR aufzuteilen –, machte Molotow davon abhängig, dass seine Forderungen erfüllt werden. Ribbentrop erklärte seinem sowjetischen Kollegen: «Keine Macht kann etwas daran ändern, dass für das britische Reich jetzt der Anfang vom Ende gekommen ist. England ist geschlagen. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann es seine Niederlage eingestehen wird.» Mit kaltunbewegtem Gesicht erwiderte Molotow: «Wenn England tatsächlich geschlagen und vernichtet ist, wie Sie und Herr Hitler behaupten: Weshalb müssen wir dann unsere Unterhaltung im Luftschutzkeller führen? Wem gehören denn die Flugzeuge, die über uns ihre Bomben abwerfen?» Der Besuch wurde trotz unüberbrückbarer Meinungsgegensätze mit einem freundlichen Kommuniqué – es sei «eine Übereinstimmung der Auffassungen» festgestellt worden – beendet. (Ruland, S. 350 ff.)

Sowjetführung hofft auf Zuspitzung des Krieges: Nach seiner Rückkehr am 14. November 1940 berichtete Molotow Stalin und dem Politbüro über seine Gespräche mit der deutschen Führung: «Hitler sucht unsere Unterstützung im Kampf mit England und seinen Verbündeten. Wir müssen auf die Zuspitzung ihrer Auseinandersetzungen warten. Er wird sich nicht entschliessen, einen Krieg an zwei Fronten zu führen. Ich glaube, wir haben Zeit, die Westgrenze zu verstärken. Jedoch müssen wir beide Möglichkeiten im Auge behalten. Schliesslich haben wir es mit einem Abenteuer zu tun.» Die sowjetische Führung rechnete also über kurz oder lang mit einem Krieg gegen Deutschland. (Post, S. 525)

- **Sowjetische Forderungen und Bedingungen:** In einem Memorandum vom 25. November 1940 fixierte Molotow noch einmal die sowjetischen Forderungen und wiederholte auch die Bedingungen, unter denen Moskau bereit sei, dem «Dreimächtepakt» beizutreten. In Molotows zusammenfassender Darlegung forderte die Sowjetunion u.a.:
 1. Die deutschen Truppen müssten sofort aus Finnland, das nach dem Übereinkommen von 1939 zur sowjetischen Einflussphäre gehört, zurückgezogen werden. Die Sowjetunion werde für friedliche Beziehungen zu Finnland sorgen und die deutschen Wirtschaftsinteressen in Finnland (Ausfuhr von Holz und Nickel) schützen.
 2. Die Sicherheit der Sowjetunion wird durch den Abschluss eines gegenseitigen Beistandspaktes zwischen der Sowjetunion und Bulgarien, das geographisch innerhalb der Sicherheitszone der Sowjetunion am Schwarzen Meer

liegt, sowie durch die Errichtung einer Basis für Land- und Seestreitkräfte der Sowjetunion im Gebiet des Bosphorus und der Dardanellen durch einen längerfristigen Pachtvertrag gewährleistet.

3. Das Gebiet südlich von Batum und Baku, in allgemeiner Richtung des Per-sischen Golfes, wird als Einflussphäre der Sowjetunion anerkannt.
4. Japan verzichtet auf seine Kohlen- und Olkonzessionen in NordSachalin. Der Entwurf eines Protokolls über die Abgrenzung der Interessensphären müsse dementsprechend abgeändert werden. (Ruland, S. 353 f.)

Ein Eingehen auf die sowjetischen Forderungen war für die deutsche Führung undenkbar. Eine sowjetische Vorherrschaft über Skandinavien und ganz Süd-osteuroopa hätte die völlige Abhängigkeit Deutschlands von sowjetischen Roh-stofflieferungen zur Folge gehabt, wodurch das Reich jederzeit durch Moskau erpressbar geworden wäre. Finnland, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und die Türkei wollte und konnte Hitler nicht preisgeben. Die Weigerung Stalins und Molotows, auf Hitlers Angebot einzugehen, könnte darin begründet gewesen sein, dass der britische Botschafter Stafford Crips bei seinen Gesprächen im Juli 1940 Moskau das britische Einverständnis für die sowjetische Vorherr-schaft über Osteuroopa angeboten hatte. Diese englische Offerte war für die Russen attraktiver als Hitlers vages Projekt einer sowjetischen Expansion in Richtung des Indischen Ozeans. Die Kontrolle über Osteuroopa bot der Sowjet-union langfristig die Chance, eine Vorherrschaft über den ganzen Kontinent zu errichten. Ausserdem glaubte Stalin, Hitler habe sich dem Projekt «Lebens-raum im Osten» verschrieben, und ein Krieg mit Deutschland sei ohnehin un-vermeidlich. Damit war der Bruch mit der Sowjetunion kaum noch zu verhin-dern. (Post, S. 526)

- **Weisung Barbarossa:** Nachdem Hitler über geheime Gespräche zwischen Moskau und Washington unterrichtet worden war und die Sowjets starke Trup-penverbände an der Grenze gegen Deutschland und gegen Rumänien aufge-stellt hatten, ordnete er am 18. Dezember 1940 in der sogenannten «Weisung Nr. 21 Fall Barbarossa» die Vorbereitung der Wehrmacht für einen Feldzug gegen die Sowjetunion an. Die Weisung begann mit den Worten: «Die Deut-sche Wehrmacht muss darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krie-ges gegen England Sowjetrussland in einem schnellen Feldzug niederzuwer-fen.» Ausdrücklich wurde betont, dass es sich um Vorsichtsmassnahmen für den Fall handelt, dass «Russland seine bisherige Haltung gegenüber uns ändern sollte». (Post, S. 530)

- **Sowjetische Angriffsvorbereitungen:** Nach Ansicht des polnischen Historikers Bogdan Musial bereitete sich Stalin spätestens ab Ende 1940 sehr intensiv auf einen Angriff gegen Deutschland vor, wobei er trotz zahlreicher Warnungen nicht an die Entschlossenheit Deutschlands glaubte, seinerseits schon bald anzugreifen. Er liess die Armee noch einmal grundlegend umstrukturieren, verstärken und umrüsten.

Im Frühjahr 1941 war Stalin nachweislich dabei, entlang der deutschsowjetischen Grenze die grösste Invasionsarmee aller Zeiten aufzustellen, um im geeigneten Moment seinen deutschen Verbündeten zu überfallen. Neue Flugplätze an der deutsch-sowjetischen Grenze wurden gebaut und die alten ausgebaut sowie die serienmässige Produktion von Kampfflugzeugen und Panzern aufgenommen, um die Streitkräfte im Laufe des Jahres 1941 umzurüsten. Die Eisenbahnlinien und Strassen bis zur deutschen Grenze hin wurden ausgebaut, Vorräte an Lebensmitteln, Treib- und Rohstoffen für den künftigen Krieg angelegt. Auch eine polnische Division liess Stalin im Juni 1941 aufstellen, die im Krieg gegen Deutschland eingesetzt werden sollte. Der Hauptstoss sollte durch das deutsch besetzte Polen gehen. Inmitten dieser Vorbereitungen, am 22. Juni 1941, griff Deutschland die Sowjetunion an, ohne dass Hitler und seine Generale von den auf Hochtouren laufenden sowjetischen Kriegsvorbereitungen in ihrer Gesamtheit und Grösse etwas geahnt hätten. Sie waren vor dem 22. Juni 1941 über den Stand der Kriegsvorbereitungen nicht «im Bilde», wie es Goebbels am 19. August 1941 in seinem Tagebuch formulierte. Hitler unterschätzte die Stärke der Roten Armee, erst recht aber den Umfang der Rüstung, zum Beispiel die der sowjetischen Panzerwaffe, die Stalin als die Waffe der Zukunft ansah. (Buchbesprechung von Hans-Joachim von Leesen, *Beutegier und Vernichtungswille*, in: *junge Freiheit* 34/10, 20.8.2010) Das 2010 erschienene Buch des polnischen Historikers Bogdan Musial trägt den Titel *Stalins Beutezug – Die Plünderung Deutschlands und der Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht*.

- **Sowjetische Rohstoffe und vorgetäuschte Friedensverhandlungen:** Am 10. Januar 1941 wurde das neue deutsch-sowjetischen Wirtschaftsabkommen unterzeichnet. Dem geplanten Umfang nach ging das Abkommen über das vom Februar 1940 weit hinaus. Im Jahre 1940 war die UdSSR für Deutschland bei einer Reihe von Warengruppen (z. B Getreide, Mineralöl, Chrom, Mangan und Platin) der wichtigste Lieferant. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit erlaubte

es Deutschland, die englisch-französische Wirtschaftsblockade mit Hilfe sowjetischer Rohstofflieferungen zu umgehen. Diese Lieferungen verschafften Deutschland einen Vorteil gegenüber Grossbritannien, «den zu beseitigen Churchill und Hugh Dalton (Minister für Wirtschaftskriegführung) um jeden Preis entschlossen waren». Deshalb entschied das britische Kriegskabinett bzw. die von ihm gegründete Spezial-Organisation SOI,⁴³ Hitler durch vorge-täuschte Friedensverhandlungen «zu ermutigen, Russland anzugreifen durch die Täuschung..., dass es in Grossbritannien weite Kreise lieber sähen, wenn das russische Regime gestürzt würde als das deutsche und die auch bereit wä-ren, einen Kompromissfrieden zwischen Grossbritannien und Deutschland zu erzwingen». (Post, S. 531; Allen, S. 151)

- **Geheimnisverrat:** Im Januar 1941 erhielt Roosevelt auf Umwegen Kenntnis über den Barbarossa-Plan Hitlers. Informant war Erwin Respondek, früher An-hänger von Ex-Reichskanzler Brüning und Reichstagsabgeordneter der Zen-trumpartei, dann Nazi-Gegner. Respondek hatte Zugang zu Generalstabschef Halder. Von dort gelangten wichtige Informationen über Hitlers Aufmarsch-plan über den Handelsattaché Sam E. Woods in das Weisse Haus. Nach einer Authentifizierung Respondeks (dem Woods aus Sicherheitsgründen in allen seinen Unterlagen den Codenamen «Ralph» gab) als «verlässlicher Mann» durch seinen ehemaligen Parteifreund, den Ex-Reichskanzler Heinrich Brü-ning, der zu dieser Zeit als Exilant in den Vereinigten Staaten lebte und als Professor an der Harvard Universität lehrte, wurde Respondek vom US-ameri-kanischen Aussenministerium auch als zuverlässige Quelle eingestuft. Der US-amerikanische Aussenminister Cordeil Hull berichtete 1948 in seinen Memoi-ren, dass die Warnung von «Woods anonymem Freund Ralph» eine «triftige Begründung für die Annahme lieferte, dass Hitler Russland angreifen würde» («provided excellent reason to believe Hitler would attack Russia») und die «Grundlage der amerikanischen Warnung an die Sowjetunion» (dass eine deut-sche Invasion bevorstehe) gebildet habe. (Bavendamm, S. 387/388; Wikipedia, *Erwin Respondek*. Siehe auch Eintrag *1. März 1941*.)

43 Die SO 1 war der kleinere Teil der vom britischen Kriegskabinett im Juli 1940 ins Leben gerufenen Special Operation Executive (SOE; dt., *Sondereinsatztruppe*), die von Churchill den Auftrag hatte, «Europa in Brand zu setzen». Die zentrale Aufgabe der SOI war die «politische Kriegführung». Diese zielte darauf, durch den Einsatz aller verfügbaren Mittel «politischen» Schaden beim Gegner anzu-richten und damit inner- halbdes politischen Systems Deutschlands für Instabilität zu sorgen, indem man streng geheime, aber vorgetäuschte Friedensverhandlungen aufgriff. (Allen, S. 136 f.)

- **Sowjetischer Mobilmachungsplan:** Am 12. Februar 1941 genehmigte die Sowjetregierung einen Mobilmachungsplan mit einer Truppenstärke von 9 Millionen Mann, 37.800 Panzern und 22.200 Kampfflugzeugen. Hierdurch hatte die Rote Armee eine überwältigende Überlegenheit über Deutschland und seine Verbündeten erlangt. Im Verlauf des Jahres 1941 war die Sowjetunion tatsächlich in der Lage, Kräfte in annäherndem Umfang zu mobilisieren. (Post, S. 557/558)
- **Sowjetische Luftwaffe eine Bedrohung für Deutschland:** Während Hitler die Stärke der Roten Armee erheblich unterschätzte, sah er in der zukünftigen Entwicklung des sowjetischen Rüstungspotenzials eine Gefahr für Deutschland. Nach seiner Einschätzung stellte die sowjetische Luftwaffe eine erhebliche Bedrohung für die deutsche Industrie und Ölversorgung dar. Schon bei der ersten Besprechung über einen möglichen Russlandfeldzug am 21. Juli 1940 hatte Hitler von der Gefahr eines überraschenden Schlages der sowjetischen Luftstreitkräfte gegen die rumänischen Ölfelder oder gegen die mittel- und ostdeutschen Hydrierwerke gesprochen. Franz Halder, Generalstabschef des Heeres, notierte am 17. Februar 1941 in seinem Tagebuch: «Äusserung des Führers über Russland: Er sei betroffen über die Nachrichten über russische Luftwaffe. Auseinandersetzung sei unvermeidlich.» (Post, S. 547/548)
- **Volk im Angriffsgeist erziehen:** Am 22. Februar 1941 schrieb die *Lenin-gradskaja Prawda* «Wir müssen unser Volk im Geiste der allergrössten Aktivität, im Geiste der Bereitschaft zu einem entscheidenden Angriff auf den Kapitalismus erziehen... Wir müssen, wenn dies erforderlich ist, angreifen...» (Adamheit, S. 289)
- **«Knochenkegeln mit den Hunnen»:** Der britische Minister für Kriegswirtschaft und geheime Minister für Spezielle Operationen (SOE), Hugh Dalton,



Edward Hugh John Neale Dalton, bekannt als Baron Dalton (1887/1962), war ursprünglich Mitglied der Labour-Partei und gehörte seit 1924 dem britischen Unterhaus an. 1940 wurde er Minister für Kriegswirtschaft und geheim, als Minister of Special Operations, Leiter des SOE sowie 1942 Handelsminister. Von 1945 bis 1947 war er Schatzkanzler.

dass das Unternehmen Herren HHHH ... das Ziel hat, diese Funktion zu übernehmen, aber ich glaube kaum, dass wir es moralisch rechtfertigen können, dass wir es dazu benutzen, um das angestrebte Ergebnis zu erzielen...»

(Allen, S. 162)

erkannte die wahren Ziele des «UnternehmensHHHH»⁴⁴ und sah die riesigen Menschenverluste voraus, die ein Krieg Deutschlands gegen die Sowjetunion bedeutete. In seinem Brief vom 25. Februar 1941 an Aussenminister Eden schrieb er unter anderem: «...dass wir voraussichtlich den Krieg in Europa nicht gewinnen können, wohl aber einen Weltkrieg...» Wenn England aber in der Lage wäre, den Konflikt in einen Weltkrieg auszudehnen, dann würde es genügend Bundesgenossen finden – hierbei dachte er in erster Linie an die UdSSR und die USA –, «um auf lange Sicht die Deutschen zu schlagen». Dalton weiter: «Was Churchill nun vorgeschlagen hat, ist so entsetzlich, dass ich mir nicht sicher bin, dass es mein Gewissen erlaubt, mich daran zu beteiligen. Ich bin stets auf dem Standpunkt gestanden, dass in diesem Krieg Knochenkegeln (gemeint ist hier eine extrem unfaire Kriegsführung, d. Übers.) mit den Hunnen gerechtfertigt ist und

44 In England wurde der Plan, Hitler in die Falle getürkter Friedensverhandlungen tappen zu lassen, mit dem Decknamen «Unternehmen HHHH» oder «Operation Herren HHHH» (Hitler, Hess, die Brüder Albrecht und Heinz Haushofer) versehen. Die streng geheime Aktion des britischen Geheimdienstes signalisierte den Deutschen, dass bestimmte britische Politiker willens seien, einen Kompromissfrieden mit Deutschland durchzusetzen und dabei gleichzeitig Hitler alle Freiheiten für einen Angriff auf die Sowjetunion zu geben. Karl Haushofer, der Vater der Gebrüder Haushofer, war langjähriger aussenpolitischer Berater von Rudolf Hess. Allen, S. 10, 83, 141.

- **Sowjetunion über deutschen Aufmarsch-Plan informiert:** Am 1. März 1941 gab US-Unterstaatssekretär Sumner Welles Respondeks Informationen über den deutschen Aufmarsch-Plan an den sowjetischen Botschafter Konstantin Umanski in Washington weiter. Am 27. März deutete Umanski in einer von Stalin autorisierten Erklärung eine langfristige Interessenidentität zwischen den USA und der UdSSR an – ein unübersehbares Signal an Roosevelt, dass der sowjetische Diktator verstanden hatte, worum es ging. (Bavendamm, S. 389)
- **Sowjetische Angriffs Strategie:** Am 5. März 1941 sprach Stalin in einer Rede vor den Absolventen der Militärakademie von den enormen Fortschritten in der Modernisierung der Roten Armee, die jetzt 300 Divisionen umfasse, von denen ein Drittel motorisiert sei. In der deutschen Armee habe sich dagegen Selbstzufriedenheit und Stagnation bereitgemacht, sie sei keineswegs unbesiegbare. Beim letzten Trinkspruch erklärte Stalin gemäss Tagebuchaufzeichnung Georgi Dimitroffs, des Komintern-Vorsitzenden von 1935 bis 1943: «Unsere Politik des Friedens und der Sicherheit ist gleichzeitig eine Politik der Kriegsvorbereitung. Es gibt keine Verteidigung ohne Angriff. Man muss die Armee im Geist des Angriffs erziehen. Man muss sie auf den Krieg vorbereiten.» (Post, S. 558)
- **«Vernichtungskampf»:** Am 30. März 1941 hielt Hitler vor seinen Generalen eine Rede über den Charakter des bevorstehenden Krieges gegen die Sowjetunion. Nach den Notizen von Franz Halder sagte Hitler unter anderem: «Kampf zweier Weltanschauungen gegeneinander. Vernichtendes Urteil über Bolschewismus, ist gleich asoziales Verbrechen. Kommunismus ungeheure Gefahr für die Zukunft... Es handelt sich um einen Vernichtungskampf... Kampf gegen Russland: Vernichtung der bolschewistischen Kommissare und der kommunistischen Intelligenz... Die Truppe muss sich mit den Mitteln zur Wehr setzen, mit denen sie angegriffen wird. Kommissare und GPU-Leute sind Verbrecher und müssen als solche behandelt werden... Der Kampf wird sich sehr unterscheiden vom Kampf im Westen. Die Führer müssen von sich das Opfer verlangen, ihre Bedenken zu überwinden.» Hitler sprach in dieser Rede von einem «Vernichtungskampf» gegen das staatliche Gebilde Sowjetunion, gegen die Kommunistische Partei und gegen die kommunistisch-jüdische Intelligenz. Im Gegensatz zu der Behauptung mancher Historiker war von einer «Vernichtung» der russischen oder slawischen Zivilbevölkerung keine Rede. Eine Folge dieser Rede waren der «Kommissarbefehl» (sofortige Erschiessung gefangener

sowjetischer Politkommissare) und der «Kriegsgerichtsbarkeitserlass Barbarossa». Mit diesen Befehlen wollte Hitler die für die Wehrmacht bestehenden völkerrechtlichen Bindungen lockern, um der Truppe die Möglichkeit zu geben, sich gegen die erwartete völkerrechtswidrige Kriegsführung der sowjetischen Partisanen besser zur Wehr setzen zu können. Die von Hitler persönlich veranlassenen Befehle zur rücksichtslosen Bekämpfung der Partisanen trugen zur Eskalation des Kampfes und der Verbitterung der Bevölkerung gegenüber den Deutschen bei. Das Bild, das Hitler und die Wehrmachtsführung von der Sowjetunion und der Roten Armee hatten, war geprägt von den Berichten über die Greuel des Russischen und des Spanischen Bürgerkrieges sowie durch die Berichte von Widerstandsgruppen in den zwischen 1939 und 1940 von der Sowjetunion besetzten Gebieten. Ausserdem hatte die Sowjetunion das geltende Kriegsvölkerrecht, d.h. die Haager Landkriegsordnung von 1907 und die Genfer Konvention von 1929 zum Schutz der Kriegsgefangenen – im Gegensatz zu Deutschland und den West-Alliierten – nicht unterzeichnet. Es war daher zu erwarten, dass die Sowjetführung sofort nach Kriegsbeginn eine Partisanenbewegung organisieren, Kriegsgefangene systematisch ermorden und zu Mitteln der heimtückischen Kriegsführung greifen würde. Diese Annahmen der deutschen Führung haben sich in vollem Umfang bestätigt. (Post, S. 549; Gehlen, S. 99.)

- **Jugoslawischer Beistandspakt mit Moskau:** Der deutsch-sowjetische Interessenkonflikt griff im ersten Halbjahr 1941 auch auf Jugoslawien über. Im Verlauf des März 1941 gelang es der deutschen Führung, die jugoslawische Regierung zum Beitritt zum Dreimächtepakt zu überreden. Am 25. März erklärte Belgrad sein Einverständnis zum Beitritt, zwei Tage später wurde jedoch die jugoslawische Regierung durch einen Putsch des Generals Simowitsch gestürzt. Der Staatsstreich wurde vom englischen, amerikanischen und sowjetischen Geheimdienst unterstützt. Die Sowjetregierung zeigte sich über den Putsch in Belgrad hochofrenet. Am 5. April 1941 unterzeichneten Molotow und der jugoslawische Botschafter Gawrilowitsch in Moskau einen Freundschafts- und Nichtangriffspakt. Stalin wollte mit diesem Schritt den Krieg auf den Balkan «verlagern» und damit die deutsche Gefahr für sein eigenes Land abwenden. Churchill begrüßte den Regierungswechsel in Belgrad und liess starke britische Truppen in Griechenland und auf Kreta landen. (Post, S. 535 f.)

- **Sowjetisch-japanischer Neutralitätspakt:** Am 13. April 1941 unterzeichneten der japanische Außenminister Yōsuke Matsuoka und sein sowjetischer Amtskollege Molotow in Moskau einen Nichtangriffspakt zwischen Japan und der Sowjetunion. Stalin schien es ratsam, die sowjetische Fernostgrenze im Hinblick auf einen möglichen Krieg mit Deutschland durch ein Abkommen mit Japan zu entlasten. Dem in Moskau geschlossenen Pakt war eine Deklaration angeschlossen, der zufolge die beiden Staaten ihre Interessensphären in der Mongolischen Volksrepublik und in der Mandschurei gegenseitig anerkannten. Zwischen den beiden Atombombenabwürfen der USA erklärte die Sowjetunion am 8. August 1945 Japan den Krieg und kündigte dieses Bündnis auf. Daraufhin marschierte die Sowjetunion in Mandschukuo ein und besetzte gleichzeitig die Kurilen. (Post, 537 f.)
- **Von der Verteidigung zum Angriff:** Am 6. Mai 1941 übernahm Stalin, bis dahin Parteivorsitzender ohne Staatsamt, offiziell die Regierungsgewalt in der UdSSR. Vor Absolventen der 16 Militärakademien stellte er die Lage Deutschlands als labil dar. Nach Stalins Analyse hatte sich Deutschland als Folge der bisherigen Militärerfolge wirtschaftlich und ideologisch «überdehnt». Deutschland habe den Krieg unter dem Motto «Befreiung von Versailles» begonnen und das Mitgefühl der Völker gewonnen, die unter dem Versailler-System litten. Jetzt aber setze Deutschland den Krieg unter der Hegemonialflagge der Eroberung und der Unterwerfung anderer Völker fort. Das sei ein grosser Nachteil für die deutsche Armee. Sie habe nicht nur die Sympathie einer Reihe von Völkern und Ländern eingebüsst, sondern stehe auch in Konfrontation mit vielen von ihr besetzten Ländern. Die Armee, die sich feindlichen Territorien und Massen gegenübersehe, sei einer richtigen Gefahr ausgesetzt. Stalin bezeichnete die deutsche Armee als besiegbar und sagte dann wörtlich: «Jetzt aber, da wir unsere Armee umgestaltet haben, sie reichlich mit Technik für den modernen Kampf ausgestattet haben, da wir stark geworden sind, jetzt muss man von der Verteidigung zum Angriff übergehen.»

Zehn Tage nach Stalins Rede legte der Generalstabschef der Roten Armee, Georgi Schukow, am 15. Mai 1941 einen aktualisierten Bericht über die Angriffsvorbereitungen der Roten Armee vor. Er ist als «Schukow-Plan» bekannt geworden. Schukow spricht darin davon, die Deutschen könnten den sowjetischen Absichten zuvorkommen und betont diesen Punkt selbst: «Wenn man in Betracht zieht, dass Deutschland sein gesamtes Heer einschliesslich rückwärtig-

ger Dienste mobilisiert hat, so besteht die Möglichkeit, dass es uns beim Aufmarsch zuvorkommt und einen Überraschungsschlag führt.» Angesichts dessen ging Schukow seinerseits davon aus, die sowjetischen Pläne beschleunigen zu können, danach die deutschen Truppen in einem Monat zu überrennen und Breslau zu erreichen. Dann sollte nach Norden und Süden geschwenkt werden, um die deutsche Wehrmacht ganz besiegen zu können. In einem abschliessenden Kapitel liess er Stalin wissen, Befehle für den ‚Übergang zum Angriff‘ seien bereits gegeben – ein Element, das regelmässig übersehen wird. Der Schukow-Plan belegt nicht nur die Existenz konkreter sowjetischer Angriffspläne und die tatsächliche Mobilmachung der Roten Armee, sondern auch das Wissen der sowjetischen Armeeführung über den präventiven Charakter der deutschen Vorbereitungen. Der Plan beweist zudem, dass sich die Generalität der hochgerüsteten Roten Armee die Führung eines Angriffskrieges zutraute und dass sogar erste Angriffsbefehle bereits gegeben worden waren.

(Stefan Scheil, *Von der Verteidigung zum Angriff übergehen*, in: *Junge Freiheit* 25/11, 17.6.2011)

«Mächtige sowjetische Truppenkonzentrationen»: Am 9. Mai 1941 dementierte die sowjetische Nachrichtenagentur TASS in scharfer Form Berichte der japanischen Nachrichtenagentur Domei Tsusin über «mächtige sowjetische Truppenkonzentrationen» an der Grenze zum deutschen Machtbereich. Dieses Dementi war in den Augen Hitlers und der deutschen militärischen Führung eine glatte Unwahrheit, denn OKH und OKW erhielten seit Wochen Meldungen und Aufklärungsergebnisse über einen Grossaufmarsch der Roten Armee in den sowjetischen Westgebieten. Das Oberkommando der Wehrmacht kam aufgrund dieser Tatsachen zu der Überzeugung, «dass dieses, einer Mobilmachung gleichkommende Mass des russischen Aufmarsches an der deutschen Ostgrenze nur noch als Vorbereitung für russische Offensivmassnahmen grössten Umfangs gedeutet werden kann. Die Gefahr eines bewaffneten Konflikts rückt daher in bedrohliche Nähe.» (Post, S. 542/543)

Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, bereitete sich die Sowjetunion spätestens ab Ende 1940 sehr intensiv auf einen Angriff auf Deutschland vor. Im Frühjahr 1941 liess Stalin nachweisbar entlang der deutschsowjetischen Demarkationslinie die grösste Invasionsarmee aller Zeiten bereitstellen, um im geeigneten Moment seinen deutschen Verbündeten zu überfallen. Es wurden grenznah

neue Flugplätze gebaut und die alten ausgebaut sowie die serienmässige Produktion von Kampfflugzeugen und Panzern aufgenommen, um die Streitkräfte im Laufe des Jahres 1941 umzurüsten. Die Eisenbahnlinien und Strassen wurden bis zur deutschen Grenze hin ausgebaut sowie Vorräte an Lebensmitteln, Treib- und Rohstoffen für den künftigen Krieg angelegt. Auch eine polnische Division liess Stalin im Juni 1941 aufstellen, die in einem Krieg gegen Deutschland eingesetzt werden sollte. Der sowjetische Hauptstoss sollte durch das deutsch besetzte Polen gehen. Inmitten dieser Vorbereitungen, am 22. Juni 1941, griff Deutschland die Sowjetunion an, ohne dass Hitler und seine Generale von den auf Hochtouren laufenden sowjetischen Kriegsvorbereitungen in ihrer Gesamtheit etwas geahnt hätten. Sie waren gemäss Goebbels Tagebucheintrag vom 19. August 1941 über den Stand der Kriegsvorbereitungen nicht «im Bilde». Hitler unterschätzte die Stärke der Roten Armee, erst recht aber den Umfang der Rüstung, zum Beispiel die der sowjetischen Panzerwaffe, die Stalin als die Waffe der Zukunft ansah. Während das Deutsche Reich bei Kriegsausbruch über 2.600 Panzer verfügte, Frankreich über 3.200, konnte die UdSSR im Januar 1941 sage und schreibe 23.300 Panzer ins Feld schicken. Zu der gewaltigen Aufrüstung auf allen Gebieten hatten auch Lieferungen beigetragen, zu denen sich Deutschland 1939 im Rahmen des deutsch-sowjetischen Paktes verpflichtet hatte, jenes Paktes, den Deutschland mit seinem weltanschaulichen Hauptfeind schliessen musste, um zu verhindern, dass Grossbritannien und Frankreich einen solchen Vertrag mit der Sowjetunion eingingen. Die deutschen Anfangserfolge sind wohl damit zu erklären, dass die Umstrukturierung der Roten Armee zu einer Angriffsarmee im Sommer 1941 noch nicht abgeschlossen war. Auch waren grosse Teile der Sowjetbevölkerung, die von bolschewistischen Säuberungsaktionen, Zwangskollektivierungen und anderen Formen des Terrors malträtiert worden waren, nicht bereit, für dieses Regime zu kämpfen. Vielfach wurde die Wehrmacht als Befreier begrüsst. Im Verlauf des Krieges kämpften insgesamt 1,5 Millionen Sowjetbürger mit der Waffe in der Hand gegen das Sowjetregime. Stalin blieb nichts anderes übrig, als gegen das eigene Volk Massenterror anzuwenden. Der sowjetische Geheimdienst NKWD, aber auch Spezialeinheiten der Roten Armee gingen mit Vernichtungsbataillonen, Sondergruppen und Sperrabteilungen gegen «Feiglinge und Verräter» vor. Die Einheiten wurden angewiesen, mit allen Mitteln die Disziplin aufrechtzuerhalten und den Rückzug von Truppenteilen zu verhindern. Jeder Soldat, der zu fliehen oder gar zu den deutschen Truppen überzulaufen versuchte, sollte erschossen werden. 1,3 Millionen Fahnenflüchtige wurden festgenommen, die entweder liquidiert oder in Strafeinheiten gesteckt wurden, um zu

Himmelfahrtskommandos eingesetzt zu werden. Vaterlandsverrat, Panikmache, Zweifel am Sieg der Sowjetunion, Verbreiten von Gerüchten – alles das waren Gründe für brutalste Strafen. Tatsächlich gelang es Stalin, dass allmählich die Zahl der Kampfunwilligen zurückging. Wer in deutsche Kriegsgefangenschaft geriet, gegen dessen Familie wurde Sippenhaft verhängt. (Hans-Joachim von Leesen, *Beutegier und Vernichtungswille*, in: *Junge Freiheit* 34/10, 20.8.2010)

Bericht über sowjetische Truppenkonzentration an Westgrenze: Am 16. Mai 1941 berichtete der deutsche Gesandte am schwedischen Hof, Viktor Prinz zu Wied, über sowjetische Truppenkonzentrationen an der Westgrenze: «Hiesige sowjetische Gesandtin, Alexandra Michailowna Kollontay, äusserte dieser Tage, dass zu keinem Zeitpunkt in der russischen Geschichte an der Westgrenze stärkere Truppenkontingente zusammengezogen worden seien als jetzt.» (Schütz/v. Preradovich, S. 229)

- **Polnische Schützendivision:** Am 4. Juni 1941, knapp drei Wochen vor dem deutschen Angriff, beschloss das Politbüro der KPdSU, eine Schützendivision aus ehemaligen polnischen Staatsbürgern aufzustellen. Dieser Verband sollte den Kern einer polnischen «Befreiungsarmee» bilden, deren Auftrag darin bestand, hinter den Angriffsspitzen der Südwestfront aus dem Raum Lemberg vorzugehen und politische Agitation unter der Bevölkerung Polens zu treiben. Der sowjetische Aufmarsch war zu diesem Zeitpunkt bereits in vollem Gange. Im April und Mai 1941 wurden nahezu 800.000 Reservisten einberufen und die Truppen der westlichen Militärbezirke praktisch auf Kriegsstärke gebracht. (Post, S. 558)
- **Untersuchung des russischen Aufmarsches:** Nach zweijähriger sorgfältiger Analyse des sowjetischen Aufmarsches kam die ‚Abteilung Fremde Heere Ost‘ im Jahr 1943 zum Ergebnis, «dass fast die gesamte verfügbare Streitmacht der Sowjetunion in einer Monate dauernden Bewegung aus dem Inneren Russlands an die deutsche Ostfront herantransportiert worden war. (...) Schwerpunkte lassen deutlich die Absicht erkennen, durch Vorstoss in allgemeiner Richtung Litzmannstadt die in dem vorspringenden Teil des Generalgouvernements stehenden deutschen Kräfte einzukesseln und zu vernichten, und bei günstiger Entwicklung der Lage im Norden durch Vorstoss in Richtung Elbing Ostpreussen vom Reich zu trennen.» Stefan Scheil: *Man ist Stalin zuvorgekommen*, in: *Junge Freiheit* 26/11, 24.6.2011)

- **Deutsche Angriffsvorbereitungen:** Seit dem 10. Juni 1941 liefen die deutschen Vorbereitungen für das Unternehmen «Barbarossa». Zu dieser Zeit waren Einflüge sowjetischer Aufklärer in die deutschen Ostgebiete an der Tagesordnung. Hitler gab die Luftaufklärung über der Sowjetunion entlang der Grenze am 31. Mai frei. (Ruland, S. 362)
- **Sowjetunion zum Angriff bereit:** Am 11. Juni 1941 informierte der Chef des OKW, Generalfeldmarschall Keitel, Aussenminister Ribbentrop und die Reichsregierung über die Bedrohungslage im Osten: «... inzwischen (hat sich) klar erwiesen, dass die militärischen Massnahmen der Sowjetunion eindeutig auf die Vorbereitung eines Angriffs auf das Deutsche Reich eingestellt sind.⁴⁵ Diese Entwicklung (hat) zu einem Grossaufmarsch der Roten Armee vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee geführt... Das Oberkommando der Wehrmacht hat angesichts dieser Truppenverstärkungen der Roten Armee nach und nach erhebliche Kräfte an die deutsche Ostgrenze verlegen müssen... Der Bedrohung, die aus dem Aufmarsch der sowjetrussischen Armee für Deutschland erwächst, entspricht der in ihr hochgezüchtete deutsch-feindliche Geist, der dauernd geschürt und wachgehalten wird durch eine feindselige Propaganda. Hierfür liegen zahllose Nachrichten auch von befreundeten und neutralen Beobachtern vor. Aus Ziffer VI der Anlage ergibt sich, dass der Aufmarsch der Roten Armee im Wesentlichen als abgeschlossen angesehen werden muss... Alle diese Tatsachen, verbunden mit dem in der russischen Wehrmacht gezüchteten Vernichtungswillen gegen Deutschland, zwingen notwendig zu dem Schluss, dass die Sowjetunion sich vorbereitet, in jedem ihr geeignet erscheinenden Augenblick zum Angriff gegen das Grossdeutsche Reich anzutreten.» (Post, S. 550 ff.)
- **Bolschewistischer Terror gegen das lettische Volk:** Am 15. Juni 1941, als man den Krieg kommen sah, wurden alle lettischen Offiziere von den sowjetischen Besatzern erschossen. Dreihundert Offizieren wurden die Hände mit Staheldraht zusammengebunden, worauf man sie vier Tage lang folterte. Dann

45 Der ehemalige Offizier des sowjetischen Militärgeheimdienstes GRU, Viktor Suworow, bestätigt in seinen Büchern *Stalins verhindertes Erstschlag – Hitler erstickt die Weltrevolution* und *Marschall Schukow – Lebensweg über Leichen. Der Kriegstreiber Stalins – ‚Befreier‘ von Berlin – Held der Sowjetunion*, dass Stalin nie von dem Ziel der kommunistischen Weltrevolution abgerückt ist und dass der Zweck seines im Juli 1941 geplanten Überfalls auf das Deutsche Reich die Eroberung ganz Europas und seiner Kolonien war.

wurden sie gruppenweise erschossen. Viele wurden lebendig begraben. Am 27. Juni legte man Feuer an die alten, wertvollen Häuser in Riga. Innerhalb einiger Stunden standen Rigas schönste Kulturdenkmäler in Flammen, erschreckt flohen die Einwohner, sie wurden aber mit Maschinengewehren niedergemacht. Die brennende Stadt wurde dann mit Artillerie beschossen. «Die Granaten fuhrten heulend über das Stadttinnere und explodierten in dem flammenden Feuerherd, der die historischen Denkmäler der westindischen Kultur vernichtete. Der 130 Meter hohe Turm der Petrikirche stürzte zusammen, seine Splitter fielen in die alten, malerischen Strassen rings um dieses ehrwürdige Gotteshaus.» Ein schwedischer Berichterstatter (O. B.) schrieb am 20. Juli 1941 über die alte, vornehme Stadt Riga: «Die Altstadt von Riga existiert nicht mehr. Es gibt kein Schwarzhäupterhaus mehr, keine Petrikirche, kein Rathaus. Die Bibliothek, in der Millionen von Dokumenten aus der Geschichte des Baltikums bisher aufbewahrt wurden, ist dem Erdboden gleichgemacht. Rigas weltbekannte romantische Silhouette mit ihren spitzen Türmen über dem breiten Flussbett der Düna gehört der Vergangenheit an. Und diese Verwüstung ist kein Werk des Krieges, sondern ein Dokument des kommunistischen Zerstörungswillens, der sich gegen alles richtet, was Kultur heisst. Zehntausend Letten sind verschwunden, von Säuglingen bis zu Achtzigjährigen. Die meisten sind in die russischen Steppen und ins arktische Sibirien verschleppt worden. Keiner weiss, wohin sie gekommen sind, aber man weiss zum Beispiel, dass ein ganzer mit Letten vollgestopfter Eisenbahnzug auf dem Wege nach Osten von den deutschen Truppen gefunden wurde, in dem kein einziger von den unglücklichen Insassen am Leben war. Alle waren erschossen. Für die Vernichtung des lettischen Volkes war ein genauer Plan ausgearbeitet worden. Es wird mehrere Jahre dauern, bis man einen Überblick darüber erhält, was ein Jahr Bolschewismus für die Letten bedeutet hat.» Aus der sowjetischen Instruktion zur Evakuierung geht hervor, dass die Absicht vorlag, allmählich das ganze lettische Volk systematisch aus Lettland in die unendlichen Steppen zu überführen. Die Verschickungen gingen insgeheim vor sich. Jungen im Alter von 14 bis 16 Jahren wurden mit dem Versprechen von 200 Rubeln im Monat zu gewissen Lehrlingskursen gelockt, aber sie kehrten nie von dort zurück. Arbeiterkinder wurden in Jungkommunistenlagern gesammelt, sie kamen nie zu ihren Eltern zurück. Auf einem Güterbahnhof in Riga wurden nach der Besetzung vier plombierte Wagen voller Kinderleichen gefunden. Der Berichterstatter war selbst zugegen, als man versuchte, die Leichname der kleinen Arbeiterkinder zu identifizieren. Er sagt, er könne es nicht über sich bringen, die Szenen, die er sah, zu schildern.

Auch Erwachsene und Greise wurden verschleppt. Verkäuferinnen und Handlungsgehilfen verschwanden. Politische «Verbrecher» wurden nachts von den Henkern der GPU aus ihren Wohnungen geholt; man hörte nichts mehr von ihnen. Unzählige Massengräber werden nun in Riga geöffnet. Sie sind stumme Zeugen gegen den Kommunismus. (Hedin, S. 141-143)⁴⁶

- **Keine Alternative zum Angriff:** Im Frühsommer 1941 erklärte Hitler in der Reichskanzlei vor den Oberbefehlshabern der Heeresgruppen und der Armeen des Ostheeres: «Seit Monaten nun beobachte ich mit grösster Sorge, wie Russland sich anschickt, in die Reihen unserer Gegner zu treten. Die Zusammenballung von 140 bis 160 Divisionen gegenüber unserer Ostgrenze lässt keinen Zweifel mehr offen über die wahren Absichten Stalins. England hat damit wieder einen kontinentalen Bundesgenossen gefunden und schöpft neue Hoffnung. Diesem wahnwitzigen Spiel des Herrn Churchill, sich mit dem Bolschewismus zu verbünden, werde ich jedoch zuvorkommen, ehe wir erneut in einen Zweifrontenkrieg verwickelt werden. Ich werde Russland hinwegfegen und damit dem Bolschewismus den Todesstoss versetzen. England soll sich ja nicht einbilden, in die Ordnung der europäischen Verbündeten führend eingreifen zu können. Ich kämpfe diesen Kampf nicht für Deutschland allein, nein – für ganz Europa, für die Zukunft der zivilisierten Welt, für die Erhaltung der europäischen Kultur! Das Schicksal hat uns zu dieser Aufgabe berufen. Und ich als verantwortlicher Führer des deutschen Volkes kann und werde dieser Entscheidung nicht ausweichen. Es gibt keine andere Möglichkeit!» (Ruland, S. 358)
- **Deutsche Note an die Regierung der Sowjetunion:** Am Morgen des 2. Juni um 5.30 Uhr, also zwei Stunden nach Beginn des deutschen Angriffs, wurden Schulenburg und Hilger von Molotow im Kreml empfangen. Schulenburg übergab dem Volkskommissar eine kurze Note folgenden Inhalts: «Angesichts

46 Die frühere lettische Aussenministerin und spätere EU-Kommissarin, Sandra Kainiete, hat sich 2004 bei der Eröffnungsveranstaltung der Leipziger Buchmesse auch zu der teilweise blutigen Geschichte ihres Landes geäußert. Ihre Feststellung, das sowjetische Regime habe die Verfolgung und Vernichtung der Völker Osteuropas und auch des eigenen Volkes fortgesetzt, empörte den Vizepräsidenten des Zentralrates der Juden, Salomon Korn, so sehr, dass er die Eröffnungsveranstaltung verliess. Nach seiner Meinung handele es sich um eine erschreckende Entgleisung der lettischen Politikerin. Es dürfe keineswegs toleriert werden, dass man im Zusammenhang mit den Kommunisten von einem «genozidalen Völkermord» spreche. Der Leipziger Bürgermeister bat Korn wegen der «unerträglichen» Rede von Kainiete offiziell um Verzeihung. (Bericht *Tausende von Büchern und ein Eklat*, in: *Preussische Allgemeine Zeitung* vom 3. April 2004)

des unerträglichen Masses an Bedrohung, das infolge der massierten Konzentration und der Vorbereitung aller bewaffneten Kräfte der Roten Armee für die deutsche Ostgrenze entstanden ist, sieht sich die Deutsche Reichsregierung genötigt, umgehend militärische Gegenmassnahmen zu ergreifen.» Molotow fragte, was die Note zu bedeuten habe, worauf Schulenburg antwortete, dies sei der Anfang des Krieges. Daraufhin erklärte Molotow unter anderem: «Deutschland hat ungeachtet der friedliebenden Position der Sowjetregierung einen Angriff auf die UdSSR vollbracht, und genau dadurch ist Deutschland die angreifende Seite... Jeden Versuch von seiten Deutschlands, einen Anlass zum Angriff auf die UdSSR zu finden, halte ich für eine Lüge oder Provokation...» Schulenburg erwiderte, er habe seiner Weisung nichts hinzuzufügen. Molotow bemerkte abschliessend: «Wozu hat Deutschland einen Nichtangriffspakt abgeschlossen, wenn es ihn so leicht gebrochen hat? Der von deutscher Seite angegebene Grund ist ein leerer Vorwand! Von sowjetischen Truppenzusammenziehungen an der deutschen Grenze kann keine Rede sein. Der Aufenthalt sowjetischer Truppen im Grenzgebiet ist lediglich durch die Sommermanöver bedingt, die in der dortigen Gegend stattfinden.» Molotow schloss seine Philippika mit den Worten: «Das haben wir nicht verdient».

(Post, S. 554/555; Ruland, S. 364)

- **War der deutsche Angriff ein «Überfall auf die friedliebende Sowjetunion»?**

Nach vorherrschender Geschichtsschreibung («vorherrschender Interpretation», Davies, S. 61) wurde Stalin vom deutschen Angriff «vollkommen überrascht». Doch das Gegenteil trifft zu: Stalin war über den bevorstehenden deutschen Angriff gegen seine übermächtige Rote Armee voll informiert, weil ihm bis zum Vorabend «alles berichtet» worden ist. Inzwischen veröffentlichte Dokumente zeugen davon, dass der sowjetische Diktator «über die Aufklärungskanäle umfassende und vollständige Informationen über die Vorbereitungen des faschistischen Deutschlands» hatte. Nikita Chruschtschow, während des Zweiten Weltkrieges Politoffizier und Organisator des Partisanenkampfes in der Ukraine, räumt in seinen Erinnerungen ein, dass man in Moskau in den letzten Tagen vor dem 22. Juni die zur Entladung drängende Spannung spüren konnte. Stalin habe sehr wohl verstanden, dass der Beginn des Krieges unmittelbar bevorstand. Chruschtschow wörtlich: «Niemand, der auch nur den geringsten politischen Verstand besitzt, kann glauben, dass wir von einem unerwarteten, hinterhältigen Angriff überrascht worden sind.» (Post, S. 555; Beitrag *Stalin war voll im Bilde*, in: *Junge Freiheit* 27/11, 1.7.2011; Joachim Hofmann,

- **Der deutsche Angriff gegen die Sowjetunion:** Der Aufmarsch der Roten Armee gliederte sich in zwei strategische Staffeln. Eine dritte strategische Staffel befand sich in Aufstellung. Am 22. Juni waren 237 Divisionen aufmarschiert oder im Aufmarsch begriffen. Die erste strategische Staffel verfügte über 170 Divisionen. Die deutsche Aufklärung hatte 160 sowjetische Divisionen der ersten strategischen Staffel erkannt, die zweite und dritte strategische Staffel blieben wegen mangelnder Reichweite der deutschen Aufklärungsflugzeuge unentdeckt. Dies führte dazu, dass die Gesamtstärke der sowjetischen Streitkräfte von deutscher Seite erheblich unterschätzt wurde. Die Rote Armee besass insgesamt 23.200 Panzer, von denen am 22. Juni 14.700 gefechtsbereit waren; unter diesen befanden sich über 1.861 T-34 und KW, die damals allen deutschen Typen erheblich überlegen waren. Ausserdem verfügte das russische Heer über mehr als 79.100 Geschütze und Granatwerfer. Die sowjetischen Luftstreitkräfte besaßen etwa 20.000 Frontflugzeuge, von denen am 22. Juni 13.300 einsatzbereit waren. Etwa 3.719 davon konnten als modern und den deutschen Typen ebenbürtig angesehen werden. Am 22. Juni 1941 standen auf deutscher Seite folgende Kräfte für das «Unternehmen Barbarossa» bereit: 153 Divisionen, davon 19 Panzer- und 14 motorisierte Divisionen, sowie 37 Divisionen der Verbündeten, insgesamt also 190 Divisionen. Das deutsche Heer verfügte über 3.582 Panzer. An Artillerie waren 8.072 Geschütze der Feldartillerie und der schweren Flak vorhanden. Die Luftwaffe besass 2.510 Frontflugzeuge, denen noch 900 Maschinen der Verbündeten hinzugerechnet werden konnten. Das deutsche Heer war bei Beginn von «Unternehmen Barbarossa» kaum stärker als im Frankreichfeldzug ein Jahr zuvor. Die Luftwaffe trat im Ostfeldzug mit rund 1.000 Flugzeugen weniger an als beim Westfeldzug im Mai 1940. Die aufmarschierten zwei strategischen Staffeln der Roten Armee waren dem deutschen Ostheer und seinen Verbündeten von der Zahl der Divisionen her nur im Verhältnis 1,3:1 überlegen, bei den schweren Waffen war das sowjetische Übergewicht aber erheblich. Es betrug bei der Artillerie 8:1, bei den einsatzbereiten Panzern 4:1 und bei den einsatzbereiten Flugzeugen 4,5:1. Dabei verfügten die russischen Fliegerkräfte über mindestens ebenso viele moderne Frontflugzeuge wie die Verbände der deutschen Luftwaffe im Osten. Diese zahlenmässige Überlegenheit wurde in der Praxis durch die schlechtere Ausbildung und Führung der sowjetischen Truppen vielfach wieder aufgehoben. Die sowjetische Führung hatte die Tragweite dieser Mängel wohl deutlich unterschätzt. (Post, S. 561/562)

Am 22. Juni 1941 griffen die deutschen Truppen um 3.30 Uhr vom Baltikum bis Rumänien Sowjetrußland an. Im Norden beteiligte sich bald Finnland am Krieg, um die im Vorjahr verlorenen Gebiete zurückzuerobern. Im Süden kämpften rumänische Truppen auf deutscher Seite, auch in der Hoffnung, Bessarabien zurückzugewinnen. Später nahmen spanische, italienische, ungarische und slowakische Verbände neben Freiwilligen fast aller europäischen Staaten am Kampf gegen den Bolschewismus teil. Die «Weisung Barbarossa» wurde Dank der guten Arbeit der sowjetischen Nachrichtendienste bereits elf Tage nach deren Unterzeichnung dem Moskauer Generalstab bekannt, der auch in den folgenden Monaten über die deutschen militärischen Vorbereitungen gut unterrichtet war. Der Angriff der deutschen Wehrmacht traf die Rote Armee mitten in ihrem nicht abgeschlossenen Aufmarsch und damit in einer entscheidenden Schwachstelle. Um zwölf Uhr mittags unterbrach der Moskauer Rundfunk sein Sonntagsprogramm. Molotow setzte die fassungslose Bevölkerung davon in Kenntnis, dass die «faschistischen Aggressoren und Menschenfresser» die Sowjetunion überfallen haben. (Post, S. 554; Ruland, S. 367)

Von deutscher Seite wurde die Befreiung Russlands vom Kommunismus als Kriegsziel herausgestellt. Da die Bevölkerung der Sowjetunion unter dem Terror des Stalinregimes schwer zu leiden hatte, wurden die deutschen Truppen überall, sowohl im nördlichen wie im mittleren Teil Russlands, in der Ukraine ebenso wie in Bessarabien, von der Bevölkerung mit Blumen begrüßt und als Befreier gefeiert. Ukrainer und andere Angehörige der Völker der Sowjetunion wurden als Hilfs- und Freiwillige (sog. «Hiwis») in die deutschen Einheiten für Dienstleistungen verschiedenster Art aufgenommen. Die Zahl der Hilfswilligen im Sommer 1942 wird mit 700.000 bis zu einer Million Mann beziffert. Ein grosser Teil dieser Hilfswilligen kämpfte in der Truppe mit. Hitlers Kriegführung zeigte jedoch, dass er das Primat der Politik vollkommen zugunsten der totalen militärischen Entscheidung aufgegeben hatte. Hitler verstand es nicht, das psychologische Potenzial der Völker der Sowjetunion, die in der ersten Phase des Krieges den Deutschen gegenüber zu grossen Teilen durchaus wohlgesonnen waren, zu nutzen. Durch seine Sachwalter wie Koch, Sauckel und Kube wurden die guten Beziehungen zu den Deutschen in unerträglicher Weise belastet und die enttäuschten Hoffnungen der Menschen in Hass verwandelt. Das war der eigentliche Fehler des Diktators. Dieser Fehler wog schwerer als manche operative Fehlentscheidung. Stalin gelang es, die Energien des russischen Volkes zu mobilisieren, indem er auf den Begriff des «Va-

terländischen Krieges» zurückgegriffen und eine Art Sowjetpatriotismus geschaffen hatte. (Gehlen, S. 90-94, 104, 112)

- **NKWD-Massenmord in Lemberg:** Nach dem Einmarsch in Polen besetzte die Sowjetunion auch die ihr im deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 zugestandene Westukraine (Ostgalizien) mit Lemberg. Als nach Beginn des Russlandfeldzuges die deutsche Wehrmacht schnell nach Osten vorrückte, verübte der sowjetische Geheimdienst NKWD nach vorherigen Deportationen noch grausame Massenmorde an Zehntausenden inhaftierter Antikommunisten und Nationalisten vom Baltikum über Weissrussland bis nach Galizien und die Ukraine. Ein solches Massaker des NKWD mit rund 3.000 meist ukrainischen, aber auch polnischen, jüdischen und kriegsgefangenen deutschen Opfern ereignete sich Ende Juni 1941 in den Gefängnissen der Stadt Lemberg, bevor die ersten deutschen Truppen dort am Morgen des 30. Juni 1941 einrückten. Beim Abzug der sowjetischen Einheiten und des NKWD am 28. Juni hatte es einen Aufstand der einheimischen Ukrainer und ein Pogrom an den für die sowjetischen Grausamkeiten verantwortlich gemachten Juden gegeben. (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 699-701)
- **Politik der «verbrannten Erde»:** Der deutschen Wehrmacht wird immer wieder vorgeworfen (siehe z.B. Reemtsmas «Wehrmachtsausstellung»), schon von Kriegsbeginn an das Prinzip der «verbrannten Erde» angewandt zu haben. Die Sowjets hätten dagegen diese Methode erst später durchgeführt. Das ist falsch. Bereits am 29. Juni 1941 wurde durch eine Verordnung des Zentralkomitees und des Rates der Volkskommissare die Politik der «verbrannten Erde» für die sowjetischen Streitkräfte ausdrücklich befohlen. Am 3. Juli 1941 bekräftigte Stalin sie in einer Rede vor den Partei- und Staatsorganen. Eine besondere Art der «verbrannten Erde» übten die Sowjets aus, indem sie in manchen vor den Deutschen geräumten Städten Minen mit Zeitzündler legten, so dass die Zerstörung erst nach dem Einmarsch der Wehrmacht erfolgte und viele deutsche Soldaten mit in den Tod riss. Das verheerendste Beispiel dafür lieferte die ukrainische Hauptstadt Kiew, die am 19. September 1941 von deutschen Streitkräften erobert worden war. Fünf Tage später wurde die gesamte historische Innenstadt durch vorher verlegte sowjetische Minen gesprengt und in Brand gesetzt, obwohl es noch gelungen war, rund 10.000 Minen zu entschärfen. Dabei wurde das Etappenkommando der deutschen 6. Armee im «Hotel Continental» in die Luft gesprengt. Die Sprengfallen waren von den Sowjets vor ihrem Abzug angelegt worden. Viele Todesopfer unter den Soldaten und

Zivilisten – man sprach von 3.000 – waren zu beklagen. Rund 50.000 Einheimische wurden obdachlos. (*Der Grosse Wendig*, Band 3, S. 127 ff., 370 ff.)

- **US-Waffenhilfe an die UdSSR:** Bereits unmittelbar nach dem Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion im Juni 1941 sicherte US-Präsident Roosevelt Stalin die Rüstungsunterstützung der USA zu (Hopkins-Mission). Gleichzeitig weiteten die USA das Gebiet, in dem sie mit ihrem bewaffneten Geleitschutz eigene Waffen-Transportkonvois vor deutschen Angriffen völkerrechtswidrig schützten, bis nach Island aus. Stalin liess den Waffenbedarf der UdSSR in einer Anforderungsliste zusammenstellen. Bereits im September 1941 trafen die ersten amerikanischen Militärflugzeuge in der Sowjetunion ein. Auf der «AtlantikKonferenz» vom 14. August 1941 beschlossen Roosevelt und Churchill eine massive Erhöhung der Waffenlieferungen an Grossbritannien und die Sowjetunion. Ende 1941 stand die Sowjetunion kurz vor dem ökonomischen Kollaps. Die wichtigsten Industrie- und Landwirtschaftszentren des Landes, u.a. der «Brotkorb Ukraine» und grosse Teile des Zentrums der Schwerindustrie (Donezbecken), welches in der Bedeutung dem Ruhrgebiet für Deutschland gleichkam, waren von der deutschen Armee besetzt. Zwar wurde ein grosser Teil der Industrieanlagen Ende 1941 nach Osten evakuiert und so dem Zugriff der Wehrmacht entzogen, doch dauerte es noch bis zur ersten Jahreshälfte des Jahres 1942, bis die hinter dem Ural wiedererrichteten Werke den daraus resultierenden Produktionseinbruch ausgeglichen hatten. An Waffensystemen erhielt die Sowjetunion von den USA insgesamt u.a.:

- 4.795 Flugzeuge
- 7.056 Panzer
- 8.218 Flakgeschütze
- 131.633 Maschinengewehre
- 105 U-Boot-Jäger
- 197 Torpedoboote
- 15.417 Millionen Paar Stiefel

Noch wesentlich umfangreicher waren die Lieferungen von Nahrungsmitteln, Rohstoffen, Maschinen und Industrieausrüstungen:

- 4,478 Millionen Tonnen Lebensmittel
- 2,8 Millionen Tonnen Stahl
- 802.000 Tonnen Nichteisenmetalle
- 842.000 Tonnen Chemikalien
- 2,67 Millionen Tonnen Petrochemikalien

Darüberhinaus lieferten die USA grosse Mengen sonstiger Materialien und Ausrüstungen. Eine Besonderheit war, dass die Amerikaner 90% des gesamten hochoktanigen Flugbenzins an die Alliierten lieferten und 58% des gesamten hochoktanigen Treibstoffs an die Sowjetunion. Ohne dieses Hochleistungsbenzin war damals an eine leistungsfähige Luft- und Panzerwaffe nicht zu denken. Stalin äusserte auf der Konferenz von Teheran: «Dies ist ein Krieg der Motoren und der Oktanzahl. Ich erhebe mein Glas auf die amerikanische Autoindustrie und die amerikanische Ölindustrie.» Die US-Waffenlieferungen waren ein eklatanter Bruch des Völkerrechts, da die USA zu diesem Zeitpunkt zumindest offiziell noch neutral waren. Neben den USA lieferten auch England und Kanada Material in umfangreichen Mengen.

(Wikipedia, *Leih- und Pachtgesetz, Die Hilflieferungen an die Sowjetunion*)

In einem Bericht von Averell Harriman, 1943 bis 1946 US-Botschafter in der UdSSR, an das State Department (US-Aussenministerium) vom Juni 1944 heisst es: «Stalin zollte seine Anerkennung für die Hilfe, die ihm von den Vereinigten Staaten für die Sowjetindustrie vor und während des Krieges gewährt wurde. Er sagte, dass ungefähr zwei Drittel aller grossen Industrie-Unternehmen in der Sowjetunion mit Hilfe der Vereinigten Staaten oder durch deren technischen Beistand gebaut wurden.» (Gary Allen, Band 1, S. 138)

Pakt mit Ungeheuern und Kannibalen – «Verbrannte Erde»: In seiner ersten Rundfunkrede am 3. Juli 1941 nach dem deutschen Angriff legte Stalin dar, warum seine Regierung einen Vertrag mit HitlerDeutschland abgeschlossen hatte: «Man könnte fragen: Wie konnte es geschehen, dass sich die Sowjetregierung auf den Abschluss eines Nichtangriffspaktes mit solchen wortbrüchigen Leuten und Ungeheuern wie Hitler und Ribbentrop eingelassen hat? Ist hier von der Sowjetregierung nicht ein Fehler begangen worden? Natürlich nicht! Ein Nichtangriffspakt ist ein Friedenspakt zwischen zwei Staaten. Eben einen solchen Pakt hat Deutschland uns im Jahre 1939 angeboten. Konnte die Sowjetregierung ein solches Angebot ablehnen? Ich denke, kein einziger friedliebender Staat kann ein Friedensabkommen mit einem benachbarten Reich ablehnen, selbst wenn an der Spitze dieses Reiches solche Ungeheuer und Kannibalen stehen wie Hitler und Ribbentrop... Was haben wir durch den Abschluss des Nichtangriffspaktes mit Deutschland gewonnen? Wir haben unserem Land für anderthalb Jahre den Frieden gesichert sowie die Möglichkeit, unsere Kräfte zur Abwehr vorzubereiten, falls das faschistische Deutschland

es riskieren sollte, unser Land trotz des Pakts zu überfallen. Das ist ein unbestreitbarer Gewinn für uns und ein Verlust für das faschistische Deutschland.» (Ruland, S. 369; Leonhard, S. 75)

In dieser Rundfunkrede forderte Stalin – wie bereits erwähnt – die Bevölkerung, die Soldaten und die Partisanen auf: «Wir müssen einen schonungslosen Kampf organisieren. Dem Feind darf kein Transportmittel, kein Kilogramm Brot, kein Liter Treibstoff in die Hände fallen. Die Kollektivbauern müssen das Vieh wegtreiben und das Getreide wegschaffen. Was nicht abtransportiert werden kann, muss vernichtet werden. Brücken und Strassen sind zu sprengen, Wälder und Depots niederzubrennen. Für den Feind müssen unerträgliche Bedingungen geschaffen werden.» Das war eine klare Aufforderung zur Politik der «verbrannten Erde». Diese Politik, die «Strategie der Verwüstung», ist übrigens so alt wie der Krieg. Wer Krieg führte, verbrannte die Erde: Franzosen und Schweden, Amerikaner und Engländer, Russen und Deutsche, Sowjets, Japaner und Chinesen. Im Zweiten Weltkrieg war es Stalin, der sie als erster proklamierte und als wesentlichen Bestandteil in seine Operationen einfügte. (Carell, *Unternehmen Barbarossa*, S. 319 f.)

- **Verschärfte GPU-Kontrolle:** Stalin sah sich abermals gezwungen, durch einen speziellen Erlass (Ukas) die politische Kontrolle der Roten Armee durch die Kriegskommissare zu verschärfen. In dem Ukas vom 16. Juli 1941 heisst es in Ziffer 5: «Der Kriegskommissar ist verpflichtet, dem Oberkommando und der Regierung rechtzeitig solche Kommandeure und politische Arbeiter anzuzeigen, die ihrer Stellung als Kommandeur oder politischer Leiter nicht würdig sind und deren Benehmen die Ehre der Roten Arbeiter- und Bauernarmee befleckt.» Ziffer 8: «Der Kriegskommissar ist verpflichtet, sich, auf die breiten Massen der Rotarmisten und Kommandeure stützend, den Kampf gegen Feiglinge, Panikmacher und Deserteure erbarmungslos zu führen und mit fester Hand revolutionäre Ordnung und Kriegsdisziplin zu schaffen. Indem er seine Handlungen mit den Organen der 3. Verwaltung des Volkskommissariats für Verteidigung in Einklang bringt, ist der Kriegskommissar verpflichtet, jeglichen Verrat an der Wurzel zu unterbinden.» In der Praxis standen die roten Kommissare mit Sperrkompanien hinter den angreifenden Verbänden und drohten, auf sie zu feuern, falls sie zurückgehen sollten. Ganze Divisionen waren nur mit der Drohung zum Einsatz zu bringen, dass sie beim Zurückgehen von zuverlässigen Sperrverbänden zusammengeschossen werden würden. Angesichts dieser rigorosen Weisungen kann es kein Zufall sein, dass die Rote



Der Schauspieler und Regisseur Solomon Michailowitsch Michoels (recte: Schiloma Wowski, 1890-1948) war Vorsitzender des Jüdischen Antifaschistischen Komitee in der UdSSR.

Armee sowohl die grösste Zahl von Deserteuren als auch die grösste Zahl an Männern hatte, die sich mit Hurrufen auf den Lippen in den sicheren Tod stürzten. (Adamheit, Nachwort, S. 289/290, 292/293; Davies, S. 92; Carell, *Unternehmen Barbarossa*, S. 142, 154)

Jüdisches Antifaschistisches Komitee: Das Jüdische Antifaschistische Komitee, kurz JAFK oder JAK, war eine Gruppe von bekannten jüdischen Intellektuellen in der Sowjetunion, die während des Zweiten Weltkriegs auf Veranlassung der sowjetischen Regierung geschaffen wurde, um weltweit Unterstützung aus jüdischen Kreisen für den sowjetischen Krieg gegen das Deutsche Reich zu gewinnen. Zu Beginn des Jahres 1942 wurde das Komitee dem Sowinformbüro⁴⁷ unterstellt und war damit Teil der sowjetischen Propaganda. Gegründet wurde das JAFK am 24. August

1941 in Moskau unter anderem durch Solomon Michoels, Ilja Ehrenburg und David Bergelson. Am 7. April 1942 veröffentlichte das Komitee seinen ersten Appell an die Juden der ganzen Welt, der von 47 Personen des öffentlichen Lebens unterzeichnet wurde. Solomon Michoels wurde zum Vorsitzenden des JAFK ernannt. Am 24. Mai 1942 erfolgte in der zweiten Zusammenkunft der «Vertreter des jüdischen Volkes» ein weltweiter Spendenaufruf zur Sammlung von Geld zum Kauf von 1.000 Panzern und 500 Flugzeugen für die Rote Armee. 1943 begaben sich Michoels und Itzik Feffer auf eine siebenmonatige Reise durch die USA, Mexiko, Kanada und Grossbritannien, um für Verstärkung zu werben. In den USA wur-

47 Das Sowjetische Informationsbüro (Sowinformbüro) wurde im Juni 1941 gegründet. An die Spitze der neuen Organisation trat Alexander Schtscherbakow, Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei. Sein Stellvertreter und späterer Nachfolger war der stellvertretende Volkskommissar (Minister) für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Salomon Losowski (Drisdo).

(www.de.rian.ru/comments_interviews)

den sie von einem Nationalen Empfangskomitee, dessen Vorsitzende Albert Einstein und B.Z. Goldberg waren, sowie vom American Jewish Joint Distribution Committee willkommen geheissen. Die grösste pro-sowjetische Versammlung, die es in den Vereinigten Staaten von Amerika jemals gegeben hat, fand am 8. Juli in den Polo Grounds statt, als 50.000 Menschen Michoels, Feffer, Fiorello LaGuardia, Sholem Asch und Rabbiner Stephen Wise, dem Vorsitzenden des American Jewish Congress, zuhörten. Neben anderen Personen trafen die sowjetischen Juden Chaim Weizmann, Charlie Chaplin, Marc Chagall, Paul Robeson und Lion Feuchtwanger. Zusätzlich zu den Kriegsanleihen für den sowjetischen Krieg (16 Millionen Dollar in den USA, 15 Millionen in England, 1 Million in Mexiko, 750.000 in Palästina) wurde auch andere Hilfe beigesteuert: Maschinen, medizinische Ausrüstung, Medikamente, Krankenwagen, Kleidung. Am 16. Juli 1943 berichtete die *Prawda*: «Michoels und Feffer haben eine Nachricht aus Chicago erhalten, wonach eine Sonder-Hilfskonferenz eine Kampagne zur Finanzierung von eintausend Krankenwagen zum Nutzen der Roten Armee ins Leben gerufen hat.» Der Besuch bewirkte auch ein Wachrütteln der US-amerikanischen Öffentlichkeit in Bezug auf die Notwendigkeit, sich in den europäischen Krieg einzuschalten.
(Wikipedia, *Jüdisches Antifaschistisches Komitee*)

Der im Westen erzielte Erfolg des JAFK hat nach Einschätzung Solschenizyns selbst die optimistischsten Erwartungen Moskaus übertroffen. In den alliierten Ländern seien jüdische Organisationen entstanden, die Mittel für die Rote Armee sammelten. Im Kreml ist daher die Einsicht gereift, wie nützlich die Existenz eines ständigen Jüdischen Komitees in der UdSSR sei. «So begann 1941 die Zusammenarbeit zwischen der sowjetischen Regierung und dem Weltzionismus, die sieben Jahre andauern sollte», hat G. W. Kostyrshenko, der Erforscher dieser Periode, in seinem Buch *Tajnaja politika Stalina* (dt., *Die geheime Politik Stalins*) festgestellt. Die Hauptaufgaben dieses Komitees seien die Einflussnahme auf die internationale öffentliche Meinung und die Werbung um finanzielle Unterstützung für die Sowjetunion gewesen. Im Sommer 1943 sei es Michoels und Feffer während ihrer triumphalen Reise durch die USA (es gab Veranstaltungen in 14 amerikanischen Grossstädten, in New York mit 50.000 Teilnehmern) gelungen, unter Berufung auf eine mündliche Zusage Molotows, mit den US-amerikanischen Zionisten Verhandlungen über eine finanzielle Unterstützung einer jüdischen Umsiedlung auf die Krim zu führen. Aber Stalin habe dem Krimprojekt, das ihm aufgrund der strategischen Bedeutung der Krim missfiel, sein Einverständnis verweigert. Im JAFK habe es noch das Projekt gegeben, auf dem Gebiet der Republik der Wolgadeutschen eine

jüdische Republik zu gründen. Nach der Vertreibung der Deutschen seien dort jüdische Siedlungen entstanden. JAFK-Mitglied Perez Markisch habe in einem Brief die «Übergabe der ehemaligen Republik der Wolgadeutschen an die Juden» vorgeschlagen. All diese Pläne seien der Höhepunkt der jüdischen Hoffnungen gewesen. G. W. Kostyrschenko schreibt: Die Anführer des JAFK «verfielen in eine Euphorie. Sie begannen zu glauben (besonders nach der Reise von Michoels und Feffer in den Westen), dass sie mit stetigem Druck, ähnlich der Elite des amerikanischen Judentums, Einfluss auf die sowjetischen Regierungskreise ausüben und an der Bestimmung des politischen Kurses zugunsten der Interessen der sowjetischen Juden teilhaben könnten.» (Solschenizyn, Band 2, S. 368/369, 407/408)

- **Verbannung der Wolgadeutschen:** Am 28. August 1941 erliess der Oberste Sowjet ein Dekret über die Verbannung der Wolgadeutschen. Die Vertreibung der Wolgadeutschen sowie der Deutschen aus anderen angestammten Siedlungsgebieten (Krim, Kaukasus, Ukraine) wurde in dem Erlass des Obersten Sowjets wie folgt begründet: «Nach verlässlichen Informationen, die den Militärbehörden zugegangen sind, gibt es unter der deutschen Bevölkerung im Wolgagebiet Tausende und Zehntausende Diversanten und Spione, die auf ein Signal aus Deutschland in dem von den Wolgadeutschen bewohnten Gebiet Sabotageakte durchführen sollen. Keiner der Deutschen im Wolgagebiet hat den sowjetischen Behörden die Anwesenheit einer so grossen Zahl von Diversanten und Spionen unter den Wolgadeutschen angezeigt; folglich verbirgt die deutsche Bevölkerung des Wolgagebietes in ihrer Mitte Feinde des Sowjetvolkes und der Sowjetmacht.» Die «Zusicherung, dass den Umsiedlern Land zugeteilt wird» und dass sie bei der Niederlassung in andere Gebiete staatliche Unterstützung erhalten sollten, erwies sich spätestens in den Steppen Kasachstans und Sibiriens als blanker Hohn. Über 400.000 Deutsche allein von der Wolga wurden unter erbärmlichen Bedingungen deportiert und mussten im stalinistischen Gulag-System als Arbeitssklaven schuften. Andere lud man, viele hundert Kilometer von jeglicher Zivilisation entfernt, in den Weiten der kasachischen Steppe aus, wo sie ohne Lebensmittel, Baustoffe oder Heizmaterial auf sich gestellt waren, unfähig, den lebensfeindlichen Bedingungen zu trotzen. Von den etwa eine Million deportierten Deutschen in Russland sind schätzungsweise 300.000 diesem Völkermord zum Opfer gefallen. (Robert Korn, *Stalins Geiseln von der Wolga*, in: *Junge Freiheit* 35/11, 26.8.2011; *Lupenreine Geschichtswissenschaft. Einschüchterung statt Haft: Russische Historiker werden wegen der Aufarbeitung der Geschichte der Russlanddeutschen gemassregelt*, in: *Junge Freiheit* 52/11-1/12, 23./30.12. 2011)

- **Leningrader Blockade – Tragödie einer Stadt:** Leningrads Schicksal im Zweiten Weltkrieg begann mit einem verhängnisvollen Fehler des Kriegsherrn Hitler. Statt Leningrad – wie es im «Barbarossa»-Plan vorgesehen war – als erstes Ziel der Heeresgruppe Nord noch vor dem Angriff auf Moskau im zusammengefassten Panzersturm zu nehmen, hielt Hitler am 24. September 1941 den Angriff in den Vororten der Riesenstadt plötzlich an und befahl Generalfeldmarschall von Leeb, sich mit ihrer Einschliessung zu begnügen. Die Einnahme der Stadt wäre nur noch eine Frage von Tagen gewesen. Als die Stadt bereits von Panik geschüttelt war, zog Hitler die Panzerkräfte zum Angriff auf Moskau ab. Er wollte Leningrad durch Aushungern bezwingen. Hitler lagen präzise Informationen des Geheimdienstes über die Lage in Leningrad vor. Denn es war damit zu rechnen, dass, ebenso wie in Kiew, wo durch Sprengungen mit Zeitzündern die schwersten Gefahren für die Truppen entstanden waren, auch Leningrad und Moskau, eventuell in noch stärkerem Masse unterminiert waren und bis zum letzten Mann verteidigt werden würden. Letzteres hat der sowjetische Rundfunk selbst bekannt gegeben. Diese Informationen über sowjetische Vorbereitungen zur Sprengung der Stadt wurden durch sowjetische Veröffentlichungen in den Nachkriegsjahren voll bestätigt. In einem 1965 in Moskau erschienenen Bericht, *Die Seefront*, berichtet Admiral Pantelejew, dass seit dem 12. September 1941 in Leningrad Sondereinheiten unter Führung der Partei gebildet wurden, die damit beauftragt waren, die totale Zerstörung der Stadt vorzubereiten. Die taktische und operative Leitung lag bei einer Spezialtruppe in der Hauptverwaltung für das Partisanenwesen. Als Leitsatz galt: «Dringt der Gegner in unsere Stadt ein, muss er unter Trümmern begraben werden.» In den Plänen waren für alle wichtigen Gebäude, Brücken, Unterführungen, Bahnhöfe, Parks usw. präzise Vernichtungsvorschriften aufgestellt. Es hiess: «Wird gesprengt. Wird verbrannt. Wird vernichtet. Mit Zeitmine versehen.» Der Ladoga-See bot vom ersten Tag der Einschliessung an ein Schlupfloch für Leningrad. Der deutsche Versuch, im Oktober und November 1941 mit Panzerverbänden um den See herumzugreifen, sich mit den Finnen zu vereinen und so die Blockade vollständig zu machen, war misslungen.

Als Hitler im Frühjahr 1942 den Fehler erkannte, den er im Herbst 1941 vor Leningrad begangen hatte, entschloss er sich, ihn zu korrigieren, «Leningrad ist zu Fall zu bringen», stand in der Weisung Nr. 41, dem Operationsplan für das Jahr 1942. Doch die Eroberung der Stadt misslang. Die Leningrader Blockade dauerte bis zum 27. Januar 1944. Der Hunger war in dieser Zeit ein

schrecklicher Antreiber. Er zwang alle Einwohner zur Arbeit und in die Kampf-bataillone. Wer nicht arbeitete und nicht kämpfte, bekam keine Ration und starb. Es gibt keine statistisch belegte Zahl über die Opfer von Leningrad. Sowjetische Quellen bezifferten die Verluste auf 600.000 bis 700.000 Tote. Die meisten Opfer waren Hungeropfer. Die Belagerung einer verteidigten Stadt galt nach dem Kriegsvölkerrecht als erlaubt. Heutzutage wird die Blockade Leningrads als eklatantes Kriegsverbrechen angesehen.

(Carell, *Verbrannte Erde*, S. 196 ff.; Wikipedia, *Leningrader Blockade*)

- **Belagerungszustand über Moskau und Standgerichte:** Am 20. Oktober 1941 verhängte Stalin über Moskau den Belagerungszustand. Die Hauptstadt wurde zum Kriegsgebiet erklärt. Das Gesetz der Front bestimmte das Leben. Der amtliche sowjetische Chronist A. M. Samsonow schrieb in seinem Buch *Die grosse Schlacht vor Moskau*: «Alarmstimmung verbreitete sich in der Stadt... In dieser Zeit gab es auch einzelne Erscheinungen von Verwirrung unter der Bevölkerung... Es gab auch Verräter, die die Lage nutzten, sozialistisches Eigentum stahlen und die Macht des sowjetischen Staates zu untergraben versuchten. Der Beschluss verfügte, alle Feinde der Ordnung unverzüglich den Standgerichten zu übergeben und alle Provokateure, Spione und andere Feinde, die zur Rebellion aufriefen, auf der Stelle zu erschiessen.»

(Carell, *Unternehmen Barbarossa*, S. 127 f.)

- **Stalins «Fackelmänner-Befehl»:** Seit der «Wehrmachtsausstellung» des Hamburger Instituts für Sozialforschung (Reemtsma-Ausstellung 1995-1999 und 2001-2004) wird den Soldaten des deutschen Ostheeres vorgeworfen, einen «brutalen Vernichtungskrieg» gegen die Sowjetunion geführt zu haben. Dabei werden den deutschen Soldaten fälschlicherweise Verbrechen angelastet, die in Wirklichkeit die Rote Armee und ihre Partisanen in deutschen Beutuniformen verübt hatten. Die Grundlage dazu bildete Stalins sogenannter «Fackelmännerbefehl» (Befehl Nr. 0428) vom 17. November 1941, der erst nach dem Umbruch im Osten bekannt wurde und zu der sowjetischen Taktik der verbrannten Erde führte. Der Befehl lautet in deutscher Übersetzung:

Das Hauptquartier des Kommandos des Obersten Befehlshabers (Stawka) befiehlt: «Alle Siedlungsgebiete, in denen sich deutsche Truppen befinden, sind auf 40 bis 60 Kilometer von der Hauptkampflinie in die Tiefe zu zerstören und in Brand zu setzen. 20 bis 30 Kilometer nach rechts und links von den Wegen.

Zur Vernichtung der Siedlungsgebiete im angegebenen Radius ist die Luftwaffe hinzuzuziehen, sind Artillerie- und Granatwerfer grossflächig zu nutzen, ebenso die Kommandos der Aufklärer, Skiläufer und Partisanen-Diversionsgruppen, die mit Brennstoff-Flaschen ausgerüstet sind. Die Jagdkommandos sollen, überwiegend aus Beutebeständen in Uniformen des deutschen Heeres und der Waffen-SS eingekleidet, die Vernichtungsaktionen ausführen. Das schürt den Hass auf die faschistischen Besatzer und erleichtert die Anwerbung von Partisanen im Hinterland der Faschisten. Es ist darauf zu achten, dass Überlebende zurückbleiben, die über ‚deutsche Greuelthaten‘ berichten können. Zu diesem Zweck sind in jedem Regiment Jagdkommandos in Stärke von 20 bis 30 Mann zu bilden, mit der Aufgabe, Sprengungen und Inbrandsetzungen der Siedlungspunkte durchzuführen. Es müssen mutige Kämpfer für diese Aktionen der Vernichtung von Siedlungsgebieten ausgewählt werden. Besonders jene, die hinter den deutschen Linien (in gegnerischer Uniform) Siedlungspunkte vernichten, sind zu Ordensverleihungen vorzuschlagen. In der Bevölkerung ist zu verbreiten, dass die Deutschen die Dörfer und Ortschaften in Brand setzen, um Partisanen zu bestrafen.» Selbst *Der Spiegel*, Nr. 6, brachte im Jahre 2000 ein Beispiel dieser sowjetischen Taktik, als er anhand von durch den russischen Geheimdienst FSB freigegebenen Akten den Fall der russischen Partisanin Sonja Kosmodemsjanskaja beschrieb, die mit anderen Freischärlern das in der Nähe von Moskau gelegene Dorf Petritschewo gemäss dem Fackelmänner-Befehl in Brand steckte. Die Partisanin geriet später durch russischen Verrat in die Hände der Wehrmacht und wurde wegen ihrer Teilnahme an Verbrechen gehängt. Von der Sowjetpropaganda wurde sie anschliessend als «Heldin des grossen Vaterländischen Krieges» gefeiert und den Jungen Pionieren in Mitteldeutschland in der DDR-Zeit als Vorbild einer Heldin dargestellt. (*Der Grosse Wendig*, Band 4, S. 411/412; Wikipedia, *Fackelmänner-Befehl* –, Peter Fischer, *Moskau: Stalins Fackelmänner-Befehl bestätigt*, in: *Ostpreussenblatt* vom 12.2.2000)

- **Sowjetische Kriegsgefangene:** Die ideologischen Grundüberzeugungen sowohl auf Seiten der nationalsozialistischen Führung als auch auf Seiten des Bolschewismus gaben dem Krieg zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion von Anfang an eine besondere Prägung, die zu weitreichenden Völkerrechtsverletzungen, auch gegenüber den jeweiligen Kriegsgefangenen, führten. «Dieser Krieg war eine Auseinandersetzung auf Leben und Tod zwischen zwei totalitären Systemen, die sich zur Erreichung ihrer politischen Ziele der

gleichen Mittel und Methoden bedienten.» (Dr. Kehring im Vorwort zu Hoffmanns Buch *Stalins Vernichtungskrieg*) Im Unterschied zu ihren westlichen Verbündeten verübte die Sowjetunion ihre tief greifenden Völkerrechtsverstöße gegenüber Kriegsgefangenen nicht erst nach der Kapitulation der Wehrmacht, sondern von Beginn der Kampfhandlungen am 22. Juni 1941 an. Sie fanden ihre höchste Steigerung bei der Besetzung des deutschen Staatsgebietes im Zuge der Schlussoffensive ab Januar 1945. Bei keiner ihrer militärischen Aktionen – sei es der Krieg gegen Finnland, der Einmarsch in Ostpolen, die Besetzung der baltischen Staaten und schliesslich auch der Kriegseintritt gegen Japan – hat die Sowjetunion die Konventionen des Völkerrechts eingehalten. Die Missachtung der Schutzbestimmungen für Kriegsgefangene kann auch keinesfalls mit Übergriffen der Fronttruppen abgetan werden. Diese Verstöße wurden von den Führern auf allen Ebenen nicht nur geduldet. Hierzu wurde auch zu unterschiedlichen Zeiten durch die Frontbefehlshaber regelrecht aufgerufen. Die unglaublich brutale Kampfweise der Partisanenverbände (nach sowjetischen Angaben sollen ihnen ca. 300.000 deutsche Soldaten zum Opfer gefallen sein) führte in einem System von Aktion und Gegenaktion zu ebenso nicht zu rechtfertigenden Übergriffen auf Seiten der deutschen Truppen. Die Brutalisierung der Kriegsführung auf der Grundlage politischer Vorgaben (Stalin, Zentralkomitee der Partei) machte vor den eigenen Soldaten nicht Halt. Als einziger Staat der Welt erklärte die Sowjetunion die Gefangennahme eigener Soldaten zu einem Schwerverbrechen. Die Gefangennahme sollte mit allen Mitteln, beispielsweise dem Verbot einer Aufgabe des Kampfes oder einer Kapitulation, unterbunden werden. Mittelbar wirkte sich dies auf den Zustand sowjetischer Gefangener bei ihrer Gefangennahme aus.

Die Behauptung Hitlers bei seiner Ansprache vor Generalen der Wehrmacht am 30. März 1941 – «Der Kampf (gegen die Sowjetunion) wird sich sehr unterscheiden vom Kampf im Westen.» – wurde zwar durch die tatsächlichen Gegebenheiten in der Folge bestätigt, sie beruhte aber auch auf eigenen ideologischen Vorstellungen über die Inhumanität des bolschewistischen Systems und die angebliche «UntermenschenMentalität» der slawischen Bevölkerung. Formell wurde durch Hitler die HLKO im Krieg gegen die Sowjetunion nicht ausser Kraft gesetzt, durch die praktizierte Besatzungspolitik gegenüber der Bevölkerung der Sowjetunion⁴⁸ aber in allen wesentlichen Belangen missachtet. In Bezug auf Kriegsgefangene lässt sich aber sagen, dass innerhalb der

48 Versuch, die Sowjetunion als Staat zu zerschlagen; Bildung von Vasallenstaaten; rücksichtslose Ausbeutung der Rohstoffquellen und der Wirtschaftskraft des Landes; Missbrauch der Bevölkerung als

Wehrmacht weder im Bereich der Führungsorganisation noch bei der Fronttruppe die Absicht bestand, die sowjetischen Kriegsgefangenen ihres Schutzes durch die Genfer Konvention und die HLKO systematisch zu berauben.

Dennoch ist unbestreitbar, dass es im ersten Kriegsjahr ein Massensterben sowjetischer Kriegsgefangener gab. Diese traurige Tatsache kann jedoch auf keinen Fall der deutschen Truppe angelastet werden. «Stalin nahm ungeheure Verluste in Kauf, um den Vormarsch der Wehrmacht bis zum Wintereinbruch um jeden Preis zum Stehen zu bringen. Seine äusserst rücksichtslose Kriegführung trug Mitverantwortung am Verlust von 3,3 Millionen Kriegsgefangenen und mindestens 1,75 Millionen Gefallenen allein bis Jahresende 1941.» (Heinz Magenheimer, S. 169) Diese Zahl ist lediglich eine Schätzung. Aufgrund von Veröffentlichungen in russischen Medien (z.B. am 25. Juni 1998 in der *Iswestja*), gestützt auf Quellenangaben des russischen Generalstabes, kann davon ausgegangen werden, dass insgesamt 1.784.000 russische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam ums Leben kamen. Der Massenansturm von Kriegsgefangenen in wenigen Monaten als Folge der Kesselschlachten und zugleich im Rahmen eines stürmischen Vormarsches stellte die Führung der Truppe vor zunächst unlösbare Aufgaben. Die Zahl von 3,3 Millionen gefangenen Rotarmisten entsprach ungefähr dem Umfang des gesamten deutschen Ostheeres. Damit war eine Verdoppelung des ohnehin schon kaum zu bewältigenden Versorgungsaufwandes gegeben, von den administrativen Aufgaben für Unterbringung, Bewachung etc. ganz abgesehen. So kam es in dieser Phase des Krieges zu einem fürchterlichen Massensterben sowjetischer Gefangener. Hierfür gab es eine Vielzahl von Ursachen und Gründen, von denen hier nur die wichtigsten aufgeführt werden können.

1. Mit seiner Weisung vom 31. Oktober 1941 genehmigte Hitler den Abtransport einer grösseren Anzahl von sowjetischen Kriegsgefangenen in das Reichsgebiet. Als dieser Befehl die Truppe erreichte, war in Russland der Winter eingeekehrt. Die folgenden schwierigsten Transportverhältnisse auf Bahn und Strassen machten es spätestens jetzt unmöglich, eine grössere Anzahl Gefangener in das Reichsgebiet zu bringen, wo gegebenenfalls eine ausreichende Betreuungsmöglichkeit zur Verfügung gestanden hätte. Dies ist nach Meinung von Hans Roschmann – er war damals als Quartiermeister eines Armeekorps für die Behandlung von Kriegsgefangenen zuständig –

«die Hauptursache für die hohen Verlustzahlen ... nach den grossen Kesselschlachten».

2. Weitere Ursachen waren Tod an den Folgen schwerer Verwundungen, Erschöpfung, Unterernährung und Erfrierungen aufgrund des zu späten Einstellens der Kampfhandlungen. Bald kamen auch Seuchen wie Fleckfieber, Cholera, Typhus hinzu, die wegen fehlender sanitätsdienstlicher Versorgung und medizinischer Betreuung fatale Auswirkungen zur Folge hatten.
3. Bedingt durch die äusserst schwierigen, immer länger werdenden Transportwege konnte auch die eigene Truppe häufig nur unzulänglich versorgt werden. Erschwert wurde die Lage zusätzlich durch die planmässige Vernichtung aller logistischen Einrichtungen durch die Rote Armee bei ihrem Rückzug (Taktik der «Verbrannten Erde»). Schmerzliche Prioritätsentscheidungen der militärischen Führung waren die Folge. Sie hatte zu wählen zwischen der Beachtung des Kriegsvölkerrechts einerseits und der Fürsorge und Verantwortung für die eigene Truppe im Rahmen des militärischen Auftrages andererseits. Zahlreiche Zeugnisse belegen, dass die militärischen Führer auf allen Ebenen das Möglichste taten, um Notsituationen auch für die Gefangenen zu meistern.

Es trifft zu, dass es bei der Rückführung der Kriegsgefangenen in das Reichsgebiet vielfach zu Übergriffen und Erschiessungen, z.B. von nicht mehr marschfähigen Rotarmisten, kam. Aufgrund des geringen Überwachungspersonals glückte vielen Gefangenen die Flucht. Als sogenannte ‚Abgänge beim Transport‘ wurden sie, weil genaue Zahlen fehlten, fälschlicherweise zu den «Umgekommenen» gezählt. Für die schlimmen Mordaktionen und Verbrechen an Gefangenen und Juden durch Einsatzgruppen und bestimmte SS-Verbände, denen eine grosse Anzahl von Kriegsgefangenen zum Opfer fiel, kann die Truppe nicht verantwortlich gemacht werden. Man kann ihr allerdings vorwerfen, dass – obwohl das Schicksal gefangener Juden oder Kommissare in den Händen der Einsatzgruppen des SD bekannt sein musste – durch das ‚Abschieben‘ solcher Gefangener eine als nicht legal erachtete Aufgabe, nämlich sie selbst zu liquidieren, nur an andere weitergegeben wurde.

(Zips, *Kriegsende*, S. 17-19)

- **Stalin-Gegner Wlassow:** Im Juni 1942 geriet der russische Generalleutnant Andrei Andrejewitsch Wlassow in deutsche Gefangenschaft. Er war einer jener sowjetischen Armeeführer, die den deutschen Angriff auf Moskau mit Erfolg abgewehrt hatten. Später forderte er in einem Aufruf die Offiziere und Soldaten der Roten Armee zum Kampf gegen das Stalin-Regime auf. Daraufhin stellten

sich viele Tausende Sowjetsoldaten den deutschen Fronttruppen innerhalb weniger Tage zur Verfügung. Im August 1944 genehmigte Himmler die Bildung eines «Komitees zur Befreiung der Völker Russlands», an dessen Spitze General Wlassow trat. Die Wlassow zugesagten zehn Divisionen wurden schliesslich auf drei reduziert und sollten ihm sofort unterstellt werden. Himmler versprach ausserdem die Gleichstellung sowjetischer Kriegsgefangener und Ostarbeiter mit den Gefangenen und Arbeitern anderer Völker. Seine aus Verzweiflung und Opportunität geborene Einsicht kam jedoch zu spät. Wlassow und seine Soldaten wurden nach Kriegsende zusammen mit ihren Familien von den Engländern an die Sowjets ausgeliefert und in der Sowjetunion als Verräter hingerichtet. (Gehlen, S. 96, 105; Werner H. Krause, *Kosaken und Wehrmacht*, Leopold Stocker-Verlag, 2007j

- **Konferenz von Casablanca – Kriegsziele der Westalliierten:** Bei einem Geheimtreffen vom 14. bis¹ 25. Januar 1943 in der marokkanischen Stadt Casablanca legten Roosevelt und Churchill mit ihren Stabschefs die weitere Kriegführung fest. Nach zehntägiger Beratung teilten die Westalliierten der Presse erstmals ihre offiziellen Kriegsziele mit: bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches, Italiens und Japans. Der europäische Kriegsschauplatz sollte Vorrang vor dem pazifischen haben. Zudem beschlossen die Westalliierten die Verstärkung der Luftangriffe auf deutsche Städte. Fortan flogen die Briten nachts und die US-amerikanischen Bomber tagsüber. Die Forderung der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands bedeutete unter anderem, dass dieses sich nicht auf die in der «**Atlantik-Charta**» festgelegten Prinzipien berufen konnte. Diese Forderung schloss ferner eine vorzeitige Beendigung des Krieges auf dem Verhandlungsweg aus und erhöhte noch einmal den verzweifelten Widerstand der Deutschen. Zu den einflussreichsten Befürwortern der verhängnisvollen Forderung nach «bedingungsloser Kapitulation» und des Morgenthau-Plans gehörte Felix Frankfurter, Richter am Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten. Die US-amerikanische Politik gegenüber Deutschland wurde zu einem Teil von jenen Personen inspiriert, die Stalins Diktatur nicht so ablehnend gegenüberstanden wie einst der Diktatur Hitlers und denen die Bestrafung der Deutschen noch immer mehr am Herzen lag als ein Aufhalten der Kommunisten. (Wikipedia, *Casablanca-Konferenz*; Freda Utley, S. 338 f.)
- **Krieg bis zum bitteren Ende:** Zu den «wesentlichen Zielen der Kriegführung» gehörte auch die Forderung, dass kein Waffenstillstand mit Deutschland verhandelt werden solle, bis das Reich endgültig geschlagen sei. Mit Churchills

Worten war dies «eine Erklärung der festen Absichten der Vereinigten Staaten und des britischen Empires, den Krieg unbarmherzig fortzuführen bis zur ‚bedingungslosen Kapitulation‘ Deutschlands und Japans». Für Hitler war die Casablanca-Erklärung nur die Bestätigung für seinen kompromisslosen Standpunkt – Sieg oder Untergang. Jede Hoffnung für einen Kompromissfrieden war damit aus der Welt geräumt. (Allen, S. 223/224)

Die Katastrophe von Stalingrad: Stalin war nicht gewillt, «seine» Stadt ohne erbitterten Kampf aufzugeben. Er hatte einen seiner bewährtesten Gefolgsleute und glühendsten Bolschewiken als politischen Kriegsrat an die Front geschickt: Nikita S. Chruschtschow. Er machte den Opfertod für Stalins Stadt zur Ehrensache jedes Kommunisten. Es wurden 50.000 freiwillige Zivilisten in die «Volkswehr» eingereiht. 75.000 Einwohner wurden der 62. Armee zugeteilt. 3.000 junge Mädchen wurden als Krankenschwestern und Nachrichtenhelferinnen eingezogen. 7.000 Dreizehn- bis Sechzehnjährige der kommunistischen Jugendorganisation «Komsomol» wurden bewaffnet und in die kämpfende Truppe eingegliedert. Die Arbeiter wurden mit ihren produzierten Waffen aus der Fabrik direkt aufs Schlachtfeld beordert. Die Kanonen der Geschützfabrik «Rote Brigade» gingen nach Fertigstellung aus der Werkhalle sofort auf dem Fabrikgelände in Stellung. Am 31. Januar 1943 kapitulierte die Südgruppe der 6. Armee unter Führung von Generalfeldmarschall Friedrich Paulus in Stalingrad. (Carell, *Unternehmen Barbarossa*, S. 494 ff.)

- **Moskauer Erklärung über die Behandlung der deutschen Kriegsverbrecher:** In der Moskauer Erklärung vom 1. November 1943 kamen die Regierungen der Vereinigten Staaten, Grossbritanniens und der Sowjetunion überein, nach siegreicher Beendigung des Krieges Angehörige der Achsenmächte, also Deutschlands, Italiens und Japans, wegen Kriegsverbrechen vor Gericht zu stellen. Dieses Dokument enthielt aber noch keinerlei Hinweis darauf, dass der Angriffskrieg von den Alliierten als Verbrechen angesehen wurde. Ein wesentliches Thema war die Frage, welche Gestalt das Deutsche Reich nach dem Krieg annehmen sollte. Vereinbart wurde, die vollständige Abrüstung Deutschlands zu fordern und die Spitzen des NS-Staates und Kriegsverbrecher vor ein internationales Militärgericht zu stellen. Der angebliche oder tatsächliche systematische Massenmord an Juden, Staatenlosen und Zivilisten, der nicht nur in den besetzten Ländern begangen worden war, sondern auch in Deutschland, Österreich und Ungarn selbst, wurde in der Erklärung nicht erwähnt. In der Moskauer Deklaration erklärten die Aussenminister den «Anschluss» Österreichs an das

Deutsche Reich im März 1938 für ungültig und erklärten, nach dem Zweiten Weltkrieg den souveränen Staat Österreich wiederherstellen zu wollen.
(Wikipedia, *Moskauer Deklaration* –, Post, S. 9)



Der Journalist und Schriftsteller Ilja Grigorjewitsch Ehrenburg (1891-1967).

Deutsche Untermenschen:

Am 23. November 1943 schrieb Ilja Ehrenburg, der Chefpropagandist Stalins, in dem von der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee herausgegebenem «Notizblock des Propagandisten»: «Es genügt nicht, die Deutschen nach Westen zu treiben. Die Deutschen müssen ins Grab hineingejagt werden. Gewiss ist ein geschlagener Fritz besser als ein unverschämter. Von allen Fritzen aber sind die toten die besten.» In dem zweiten Band seines 1943 erschienenen Buches *Der Krieg* schlug Ehrenburg vor, alle Deutschen als Untermenschen zu behandeln. Teile dieses Buches wurden in der *Krasnaja Swesda* abgedruckt und sogar als Flugblätter verteilt. In einem berühmten Passus hetzte Ehrenburg: «Die Deut-

schen sind keine Menschen. Von jetzt ab ist das Wort ‚Deutscher‘ für uns der allerschlimmste Fluch. Von jetzt ab bringt das Wort ‚Deutscher‘ ein Gewehr zur Entladung. Wir werden nicht sprechen. Wir werden uns nicht aufregen. Wir werden töten. Wenn Du nicht im Laufe eines Tages wenigstens einen Deutschen getötet hast, so ist es für Dich ein verlorener Tag gewesen... Wenn Du einen Deutschen getötet hast, so töte einen zweiten – für uns gibt es nichts lustigeres als deutsche Leichen... Zähle nur eines: Die von Dir getöteten Deutschen! Töte den Deutschen! – Dieses bittet Dich Deine greise Mutter. Töte den Deutschen! – Dieses bitten Dich Deine Kinder. Töte den Deutschen! – So ruft die Heimerde. Versäume nichts! Versieh Dich nicht! Töte!» Wie es zu diesem Hassdenken kam, beschreibt der russisch-jüdische Schriftsteller Lew Kopelew in seinem autobiographischen Buch *Aufbewahren für alle Zeit*, dtv, 8. Auflage, 1984, auf S. 19 folgendermassen: «In den Zeitungen, im Radio riefen wir auf zur heiligen Rache. Aber was für Rächer waren das, und an wem haben sie sich gerächt? Warum entpuppten sich so viele unserer Soldaten als gemeine Banditen, die rudelweise Frauen und Mädchen vergewaltigten – am Strassenrand im Schnee, in Hauseingängen; die Unbewaffnete totschiessen, alles, was sie nicht

mitschleppen konnten, kaputtmachen, verhunzten, verbrannten? Sinnlos – aus purer Zerstörungswut... Wir, die Politarbeiter, lehrten sie hassen, überzeugten sie, dass der Deutsche schon deshalb schlecht ist, weil er Deutscher ist; wir verherrlichten den Mord in Gedichten, Prosa und Malerei. ‚Papa, erschlag den Deutschen!‘ Es gab eine Zeit, in der ich mich fast schämte, kein persönliches Konto’ erschlagener Deutscher zu haben.»
(de Zayas, S. 85; *Der Grosse Wendig* Band 1, S. 778-781)⁴⁹

- **Konferenz von Teheran:** Auf der ersten Kriegskonferenz der «Grossen Drei», die vom 28. November bis zum 1. Dezember 1943 in Teheran stattfand, drängte Stalin auf die Landung der Westalliierten in Frankreich und forderte die Annektierung Ostpolens. Roosevelt und Churchill stimmten sofort zu. Churchill setzte sich «für eine Westverschiebung Polens bis zur Oder und für die Überlassung des nördlichen Drittels Ostpreussens samt Königsberg an die Sowjetunion» ein. Nach dem Teheraner Treffen der «Grossen Drei» forderte das Organ der «Union polnischer Patrioten» die Austreibung von 7,5 Millionen Ostdeutscher aus Ostpreussen, Pommern und Schlesien.
(*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 576)
- **Vertuschung sowjetischer Gewaltverbrechen:** Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges wurden in der Weltöffentlichkeit immer mehr Einzelheiten über die brutale und völkerrechtswidrige Kampfweise der Roten Armee und ihre unmenschliche Behandlung der Bewohner besetzter Gebiete bekannt. Weil noch Schlimmeres beim Einbruch der roten Soldateska in deutsche Gebiete zu erwarten war, glaubte das britische Informationsministerium, solche Berichte am besten durch verstärkte Verbreitung angeblicher deutscher Verbrechen konterkarieren zu können. In einer Note vom 29. Februar 1944 wurden Presse und Rundfunk aufgefordert, deutsche Untaten zur Sprache zu bringen, um von den Verbrechen der Roten Armee abzulenken. Die Note lautete:

«Wir kennen die vom bolschewistischen Diktator angewandten Herrschaftsmethoden in Russland selbst, und zwar durch die Artikel und Reden des Premierministers persönlich im Verlauf der letzten zwanzig Jahre. Wir wissen, wie die

⁴⁹ 1948 wurde Ehrenburg mit dem Stalin-Orden ausgezeichnet. 1952 bekam er den Internationalen Lenin-Friedenspreis. Von 1950 bis zu seinem Tod war Ehrenburg zudem Vizepräsident des Weltfriedensrates.

Rote Armee sich in Polen 1920 verhielt und in Finnland, Estland, Litauen, Galizien und Bessarabien erst kürzlich. Wir müssen daher in Rechnung stellen, wie die Rote Armee sich sicherlich verhalten wird, wenn sie Zentral-Europa überrennen wird. Wenn nicht Vorsichtsmassnahmen in Angriff genommen werden, dann werden die augenscheinlich unvermeidlichen Schrecken, die sich ergeben, eine unpassende Belastung der öffentlichen Meinung in diesem Land bedeuten. Wir können die Bolschewisten nicht reformieren, aber wir können unser Bestes tun, um sie – und uns – vor den Konsequenzen ihres Handelns zu retten. Die einzige Alternative zur Verleugnung ist, die öffentliche Aufmerksamkeit von dem ganzen Thema abzulenken. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die beste Ablenkung eine gegen den Feind gerichtete Greuelpropaganda ist. Unglücklicherweise ist die Öffentlichkeit nicht mehr so empfänglich wie in den Tagen der ‚Leichenfabriken‘, der ‚verstümmelten belgischen Kinder‘ und der ‚gekreuzigten Kanadier‘. Ihre Zusammenarbeit ist daher ernsthaft erbeten, um die öffentliche Aufmerksamkeit von den Taten der Roten Armee abzulenken, und zwar durch Ihre volle Unterstützung der verschiedenartigen Anklagen gegen die Deutschen und Japaner, welche bereits vom Ministerium in Umlauf gesetzt worden sind und weiter in Umlauf gebracht werden. Ich bin, Sir, Ihr ergebener Diener, gezeichnet H. Hewet, Assistant Secretary.»⁵⁰
(*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 768/769)

- **Provisorische polnische Regierung:** Im Juli 1944 wurde in Moskau das kommunistische «Polnische Komitee der Nationalen Befreiung» mit dem Ziel gegründet, in Polen formell die Macht zu ergreifen. Dies geschah in Lublin am 22. Juli 1944; daher auch der Name «Lubliner Komitee». An der Spitze der provisorischen Regierung stand der Altkommunist Boleslaw Bierut. (siehe auch «Bierut-Dekrete»)
- **Warschauer Aufstand:** Als sich die Rote Armee von Osten her Warschau näherte und fast die Weichsel erreicht hatte, befahl der polnische General Tadeusz Bór-Komorowski zum 1. August 1944 den Aufstand der Polen in Warschau. Dabei hoffte er auf die nahe sowjetische Hilfe und einen baldigen Entsatz durch

50 «Wir wenden jeden, auch den schmutzigsten Trick an, der sich nur denken lässt. Jeder Griff ist erlaubt, je übler, desto besser. Lügen, Betrug – alles. Für einige dieser Geschichten bekamen wir die Ideen und das Material von einem speziellen Gerüchte-Ausschuss geliefert.» Der britische Chefpropagandist im Zweiten Weltkrieg, Sefton Delmer, in seinen 1962 erschienenen Memoiren *Die Deutschen und ich* über die britische Lügenpropaganda. (Zips, S. 49)

die Rote Armee. Der Aufstand brachte zunächst grosse Teile der Stadt in die Hände der Aufständischen, wobei viele deutsche Soldaten, auch Verwundete, von den Partisanen ermordet wurden. Unter dem Kommando von SS-Obergruppenführer Erich von dem Bach-Zelewski wurde der Aufstand vom 4. August bis 2. Oktober 1944 niedergeschlagen. Erst nach der Niederschlagung des Aufstandes setzten die Sowjets ihre Angriffe gegen die deutsche Front fort. (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 706-709)

- **Die Stunde der Rache:** Als die Rote Armee an der Schwelle des Reiches stand, schrieb Ehrenburg am 17. September 1944 in der Frontzeitung *Unitschtoshim Wraga* (dt., *Vernichte den Feind*) –. «Die Deutschen werden die Stunde verfluchen, da sie unseren Boden betraten. Die deutschen Frauen werden die Stunde verfluchen, in der sie ihre Söhne – Wüteriche – geboren haben. Wir werden nicht schänden. Wir werden nicht verfluchen. Wir werden nicht hören. Wir werden totschiagen.» Einige Wochen später war es soweit, und am 24. Oktober 1944 schrieb Ehrenburg in einem Artikel in *Krasnaja Swesda* unter dem Titel *Der Grosse Tag*.: «Jetzt ist die Gerechtigkeit in dieses Land eingezogen. Wir befinden uns in der Heimat Erich Kochs, des Statthalters der Ukraine – damit ist alles gesagt. Wir haben es oft genug wiederholt: das Gericht kommt! Jetzt ist es da.» In einem ähnlichen Artikel in der *Krasnaja Swesda* vom 31. Januar 1945. «Wir vergessen nichts. Wir marschieren durch Pommern, vor unseren Augen aber liegt das zerstörte, blutende Weissrussland... Vor Königsberg, vor Breslau und vor Schneidemühl denken wir an die Ruinen von Woronesch und von Stalingrad. Rotarmisten, die z. Zt. deutsche Städte stürmen, vergessen nicht, wie in Leningrad Mütter ihre toten Kinder auf kleinen Handschlitten fort-schafften. Für die Qualen Leningrads hat Berlin uns noch nichts bezahlt...» Aber Ehrenburg war keineswegs der einzige Hetzer. Auch die Schriften Alexej Tolstojs, Konstantin Simonows, Alexej Surkows und vieler anderer hatten bedeutsame Auswirkungen auf die Moral der Truppe. In den ersten Wochen der sowjetischen Invasion las man in Ostpreussen und Schlesien Plakate: «Rotarmist: Du stehst jetzt auf deutschem Boden – die Stunde der Rache hat geschlagen!» Ohne jeden militärischen Nutzen wurden ganze Städte niedergebrannt, weil sie deutsche Städte waren, zum Beispiel Allenstein, das den Sowjets unversehrt in die Hände gefallen war. (de Zayas, S. 85/86)

Auch diese sowjetischen Schriftsteller hetzten neben Ilja Ehrenburg zu Mord und Totschlag an den Deutschen auf



Aleksej Aleksandrowitsch Surkow (1899-1983).



Konstantin (Kirill) Michailowitsch Simonow (1915-1979), Sohn des zaristischen Generalmajors Michail Simonow und seiner Frau Alexandra, einer Tochter aus dem fürstlichen Hause der Obolenski.



Alexej Nikolajewitsch Graf Tolstoi (1882-1946). Er wandelte sich vom Propagandisten der zar-treuen Weissgardisten des Generals Denikin zum glühenden Stalinverehrer.

- **Sowjetisches Massaker in Nemmersdorf:** Am 21. Oktober 1944 eroberten Spitzen der sowjetischen Armee das ostpreussische Dorf Nemmersdorf südlich von Gumbinnen. In diesem Dorf tobte sich die durch Propaganda aufgepeitschte rote Soldateska zuerst gegen deutsche Zivilisten aus, die auf entsetzliche Weise von ihrem Leben «befreit» wurden. Nachdem die Wehrmacht das besetzte Dorf wenige Stunden später zurückerobert hatte, fanden die deutschen Soldaten mindestens 23 getötete Zivilpersonen vor – in der Mehrzahl Frauen und Kinder. Diese Menschen, fast alle Bäuerinnen, wurden vergewaltigt, erschlagen, gekreuzigt, erschossen. Die Ermordung dieser Menschen gilt als das erste dokumentierte Verbrechen der Roten Armee auf deutschem Boden und wurde in Deutschland als «Massaker von Nemmersdorf» bekannt. Im Gegensatz zu anderen angeblichen oder tatsächlichen Verbrechen ist es nicht im kollektiven Gedächtnis der Deutschen geblieben. (*Der Grosse Wendig*, Band 2, S. 228-232; Thorsten Hinz, *Die Imperative der Sieger. Die Vertreibung als Sprachspiel: Alliierte Propaganda und bundesrepublikanische Lebenslügen*, in: *Junge Freiheit* 33/10, 13. 8. 2010; Nawratil, S. 28 ff.)
- **Deportation deutscher Zivilisten:** Durch den sowjetischen Geheimdienst NKWD wurden ab Dezember 1944 Hunderttausende deutscher Zivilisten zur Zwangsarbeit in Lager (Gulag) der Sowjetunion deportiert, überwiegend

Frauen. Davon waren zuerst die deutschen Minderheiten auf dem Balkan, die sogenannten Volksdeutschen betroffen. Mit Erreichen des Reichsgebietes wurden die Deportationen im heute russisch bzw. polnisch besetzten deutschen Gebiet fortgesetzt und erst an der zukünftigen Oder-Neisse-Grenze gestoppt. Diese Zivildeportationen wurden auf der Konferenz von Jalta als *reparations in kind* (dt., Reparationen in Form von Sachleistungen) von den Alliierten legitimiert. Etwa ein Drittel dieser Deportierten starb aufgrund der Haftbedingungen durch Hunger, Krankheiten und Kälte oder schon während der Transporte in Viehwaggons.

- **«Brenne, verfluchtes Deutschland!»** Am 25. Januar 1945 schrieb angesichts des brennenden Insterburg ein sowjetischer Berichtersteller in der Frontzeitung *Krasnoarmejskaja Prawda*: «Es gibt kaum ein erziehenderes Schauspiel als eine brennende feindliche Stadt. Man sucht in seiner Seele nach einem Gefühl, das dem Mitleid ähnlich wäre, doch man findet es nicht... Brenne, Deutschland, du hast es nicht besser verdient. Ich will und werde dir nichts von dem verzeihen, was uns angetan wurde durch dich... Brenne, verfluchtes Deutschland.» (de Zayas, S. 85/86)
- **Jalta-Konferenz und die Vertreibung der Deutschen:** Auf der vom 4. bis 11. Februar 1945 stattfindenden Konferenz von Jalta legten die «Grossen Drei», Stalin, Roosevelt und Churchill, die Einzelheiten der bedingungslosen Kapitulation fest und beschlossen endgültig die Teilung Deutschlands in vier Besatzungszonen, die «Westverschiebung» Polens, die Interessensphären für Ost und West, Reparationsforderungen an Deutschland sowie dessen Entmilitarisierung «für ewige Zeiten». Im Ergebnis lieferten damit die Westmächte ganz Ost- und Teile Mitteleuropas der sowjetischen Herrschaft aus. Auf der Konferenz von Jalta erklärte Churchill am 7. Februar 1945 bezüglich der Neisse: «Wir haben immer die Bewegung der polnischen Grenzlinien nach dem Westen unterstützt, aber unter der Bedingung, dass sie nicht mehr nehmen, als sie wünschen und als sie handhaben können. Es wäre sehr schade, die polnische Gans mit deutschem Futter so vollzustopfen, dass sie an einer Magenverstimung zugrunde ginge. Ein grosser Teil der öffentlichen Meinung ist über den Gedanken empört, viele Millionen Menschen mit Gewalt zu transferieren. Ich bin nicht empört. Ich weise auf den Erfolg der griechisch-türkischen Transfers nach dem letzten Krieg hin – allerdings betrafen diese nur eine halbe Million Menschen. Wenn die Polen Ostpreussen und Schlesien bis zur Oder übernehmen, bedeutet das die Umsiedlung von 6 Millionen Deutschen. Dies könnte mit

modernen Einrichtungen geschafft werden... Wir haben 5 oder 6 Millionen (Deutsche) getötet und werden vor Beendigung des Krieges wahrscheinlich noch eine weitere Million töten. Dadurch müsste in Deutschland für die transferierten Menschen Raum genug vorhanden sein. Sie werden gebraucht werden, um die Lücken zu füllen; daher fürchte ich das Problem einer Transferierung nicht, solange es im richtigen Verhältnis steht.»
(*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 576/577)

Am 8. Februar 1945 legte Churchill den Konferenzteilnehmern einen abgeänderten Entwurf vor, in dem er den Polen «die von Polen gewünschten Gebiete östlich der Oder-Linie» zusprach. Nach seiner Rückkehr berichtete er dem Parlament über die Grenzen Polens: «Die drei Mächte haben sich jetzt geeinigt, dass Polen beträchtlichen Landzuwachs sowohl im Norden wie im Westen erhalten soll. Im Norden wird es sicherlich anstelle des gefährdeten Korridors die Grossstadt Danzig, den grösseren Teil Ostpreussens westlich und südlich Königsbergs erhalten, dazu einen langen, breiten Küstenstreifen an der Ostsee. Im Westen wird es die wichtige Industrieprovinz Oberschlesien bekommen, dazu die Gebiete östlich der Oder, die bei der Friedensregelung vielleicht von Deutschland abgetrennt werden...» So hatten die Herrschenden in Moskau, London und Washington die Vertreibung von Millionen Deutscher beschlossen ohne Rücksicht auf das uralte Heimatrecht und die Menschenwürde der Betroffenen. Polen und Tschechen konnten sich schon bei den ersten wilden Vertreibungen vor der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 auf die stillschweigende Duldung, nach dem Potsdamer Treffen auf die offizielle Billigung durch die Sieger berufen, (de Zayas, S. 73 ff.; *Der Grosse Wendig*, Band 1, a.a.O.)

Die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht:

Die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht, die zum Ende der militärischen Feindseligkeiten der Alliierten gegen Deutschland führte, wurde am 7. Mai 1945 von Generaloberst Alfred Jodl im Hauptquartier der US-Streitkräfte in Reims unterzeichnet und trat am 8. Mai um 23.01 Uhr für alle Fronten in Kraft. Aus protokollarischen Gründen wurde die Unterzeichnung am 9. Mai im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst wiederholt. Hier unterschrieb Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel die Kapitulationsurkunde. Die deutsche Staats- und Wehrmachtsführung räumte mit der Kapitulation den alliierten Siegermächten das Recht ein, alle politischen, militärischen und gesellschaftlichen Angelegenheiten des Deutschen Reiches zu regeln. Eine Kapitulation Deutschlands, d.h. des Deutschen Reiches hat am 8. Mai 1945 nach in

der Rechtswissenschaft vorherrschender Meinung nicht stattgefunden. Auch bezweckte die Kapitulation der Wehrmacht keine Änderung in der Staatlichkeit, sie behielt ihren Rechtscharakter als Kriegsvertrag und völkerrechtliche Vereinbarung rein militärischen Inhalts. Auf die Völkerrechtssubjektivität des Deutschen Reiches nach dem 8. Mai 1945 waren keine Schlüsse aus ihr zu ziehen. Jodl und Keitel wurden im Nürnberger Prozess 1946 zum Tode verurteilt und durch den Strang hingerichtet.

- **Sowjet-KZs:** Von Mai bis Juli 1945 errichtete die sowjetische Militäradministration in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) in dem von den Sowjets besetzten Gebieten Deutschlands in kurzer Zeit zahlreiche Konzentrationslager, sogenannte «Speziallager, in die wahllos Deutsche verschleppt wurden, unter anderem Ketschendorf, Berlin-Hohenschönhausen, Bautzen, Landsberg, Neubrandenburg, Sachsenhausen, Buchenwald, Mühlberg/Elbe, Jamlitz. Zehntausende fanden dort den Tod. (Schütz/v. Preradovich, S. 260)
- **Übernahme der Staatsgewalt durch den Alliierten Kontrollrat:**
Am 5. Juni 1945 wurde der Alliierte Kontrollrat gebildet, mit dem die Siegermächte die Regierungsgewalt in Deutschland übernahmen. In der Verlautbarung der Siegermächte heisst es: «Die deutschen Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft sind vollständig geschlagen und haben bedingungslos kapituliert, und Deutschland, das für den Krieg verantwortlich ist, ist nicht mehr fähig, sich dem Willen der siegreichen Mächte zu widersetzen. Dadurch ist die bedingungslose Kapitulation erfolgt, und Deutschland unterwirft sich allen Forderungen, die ihm jetzt oder später auferlegt werden. Die vier Regierungen übernehmen hiermit die oberste Regierungsgewalt in Deutschland.» (Schütz/v. Preradovich, S. 260)
- **Potsdamer Konferenz:** Vom 17. Juli bis 2. August 1945 trafen sich die «Grossen Drei», Stalin, Truman (für den verstorbenen Roosevelt) und Churchill (bzw. Attlee nach dessen Abwahl), im Schloss Cäcilienhof in Potsdam, um die Kriegsbeute zu verteilen. Ein Vertrag kam nicht zustande. Stattdessen wurden die Absichtserklärungen der Sieger in einem Schlussprotokoll festgehalten. Endgültige Regelungen sollten einer Friedenskonferenz vorbehalten bleiben, die bis heute aussteht.
- In Bezug auf Deutschland heisst es im Schlussprotokoll unter Punkt III.: «Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deut-

sche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büssen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden... Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven... Das deutsche Volk muss überzeugt werden, dass es eine totale militärische Niederlage erlitten hat und dass es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es selbst dadurch auf sich geladen hat, dass seine eigene mitleidlose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben...»

Über die von Deutschland zu leistenden Reparationen steht unter Punkt V.: «In Übereinstimmung mit der Entscheidung der Krim-Konferenz, wonach Deutschland gezwungen werden soll, in grösstmöglichem Ausmass für die Verluste und die Leiden, die es den Vereinten Nationen (sie!) verursacht hat und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen, wurde folgende Übereinkunft über Reparationen erreicht...»

Bezüglich der Westgrenze Polens wurde folgendes Abkommen erzielt (Punkt IX): «Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, dass die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll. Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, dass bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neisse und die westliche Neisse entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft... einschliesslich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig, unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.»

- Über die «ordnungsmässige Überführung deutscher Bevölkerungsteile» heisst es in dem Protokoll unter Punkt XIII.: «Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die Ausweisung Deutscher aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn: Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, dass die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und in Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muss. Sie stimmen

darin überein, dass jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemässer und humaner Weise erfolgen soll...» (*Jalta-Potsdam-Dokumente*, S. 59 ff.; de Zayas, S. 249 ff.; de Zayas, *Die Nemesis von Potsdam – Die Angloamerikaner und die Vertreibung der Deutschen*, 14. Auflage, 2005)

- **Eines der schrecklichsten Kapitel in der menschlichen Geschichte:**

Im Sommer 1945 besuchte eine Gruppe US-amerikanischer Senatoren Europa, um die dortigen Verhältnisse kennenzulernen. Senator Eastland berichtete dem Senat am 4. Dezember 1945 über seine Eindrücke aus der SBZ: «...die Verhältnisse dort (sind) durch das Vorgehen der sowjetischen Regierung und das Verhalten der sowjetischen Truppen über alle Begriffe furchtbar. Nach Augenzeugenberichten bilden Raub und Plünderungen, Krankheiten, Vergewaltigungen und unterschiedslose Morde eines der schrecklichsten Kapitel in der menschlichen Geschichte. Mit Worten lassen sich die Verhältnisse dort nicht wiedergeben. Die Tugend der Frauen und der Wert des menschlichen Lebens sind die heiligsten Güter des zivilisierten Menschen, doch in dem von Russland besetzten Deutschland von heute sind sie das Wertloseste... Tausende sind ermordet worden, Tausende von Frauen vergewaltigt, und es herrschen Lebensbedingungen, die über die Vorstellungskraft der zivilisierten Welt hinausgehen,» (Congressional Record, US-Senat, 4.12.1945, S. 11372; de Zayas, S. 223/224, Anm. 5)

Eine Beurteilung im Rückblick: Der frühere US-amerikanische Marineminister James Forrestal notierte am 27. Dezember 1945 in sein Tagebuch *The Forrestal Diaries*, New York, 1951, Seite 121 f.: «Spielte heute Golf mit Joe Kennedy (Roosevelts Botschafter in London zur Zeit des Kriegsausbruchs). Ich befragte ihn über seine Gespräche mit Roosevelt und Chamberlain von 1938 an. Er sagte: Chamberlains Lage im Jahre 1938 war die, dass England nichts besass, um einen Krieg mit Hitler zu wagen. Kennedys Ansicht: Hitler hätte Russland bekämpft, ohne später mit England in Konflikt zu kommen, wenn nicht Bullitt (damals Botschafter in Paris) immer wieder auf den Präsidenten eingewirkt hätte, dass die Deutschen in der polnischen Angelegenheit gedemütigt werden müssten. Weder die Franzosen noch die Briten hätten Polen zu einem Kriegsgrund gemacht, wenn nicht das dauernde Drängen aus Washington gewesen wäre (im englischen Original: «if it had not been for the constant needling from Washington»)... Chamberlain, so sagte er, habe erklärt, dass Amerika und die Juden in der Welt England in den Krieg gezwungen hätten (im englischen Original: «Chamberlain stated that America and the world Jews had

forced England into the war.»)... Rückblickend gesehen, gibt es unzweifelhaft Gründe für Kennedys Überzeugung, dass es möglich gewesen wäre, Hitlers Vorgehen auf Russland abzulenken...» (Sündermann, S. 55 f.; d'Argile, S. 101, zitiert die Erklärung des britischen Premierministers aus dem Forrester-Tagebuch wie folgt: „Amerika und das Weltjudentum haben England in den Krieg getrieben.«)

Am 5. Januar 1946 schrieb US-Präsident Harry S. Truman an seinen Außenminister: «In Potsdam wurden wir vor eine vollendete Tatsache gestellt und waren durch die Umstände gezwungen, der russischen Besetzung Ostpolens und der polnischen Besetzung des östlich der Oder gelegenen Teil Deutschlands zuzustimmen. Es war ein willkürlicher Gewaltakt!» (Schütz/v. Preradovich, S. 266)

Im März 1946 bekannte Churchill gegenüber US-Präsident Truman, worum es ihm bei der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges eigentlich gegangen war: «Der Krieg ging nicht allein um die Beseitigung des Faschismus, sondern um die Erringung der Absatzmärkte. Wir hätten, wenn wir gewollt hätten, ohne einen Schuss zu tun, verhindern können, dass der Krieg ausbrach, aber wir wollten es nicht.» (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 616/617, 640)

Chamberlain selbst bekannte in der englischen Tageszeitung *News Chronicle* vom 15. Januar 1952: «Präsident Roosevelt und die Juden in aller Welt übten Druck auf mich aus, damit ich von jeglicher Verständigung mit Hitler absehe.» (Rassinier, S. 137)

8. Der Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung

8.1 Die Völkerrechtswidrigkeit des Bombenkrieges gegen die Zivilbevölkerung

Der auf die Zivilbevölkerung zielende Bombenkrieg der Alliierten während des Zweiten Weltkrieges war nach allen nur denkbaren Massstäben eindeutig völkerrechtswidrig. Zivilpersonen sind nach der Haager Landkriegsordnung (HLKO) von 1907 in vielfacher Hinsicht zu schonen und zu schützen. Sie dürfen nicht angegriffen, getötet oder verwundet werden. So ist es gemäss Art. 25 HLKO untersagt, unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude, mit welchen Mitteln es auch

sei, anzugreifen oder zu beschliessen. Eine grosse Bedeutung für die Luftkriegsführung hat auch Art. 27 HLKO, der den Schutz von nicht militärisch genutzten Gebäuden vorsieht, die der Krankenpflege, Wohlfahrt, Kunst, Wissenschaft, Religion und Kultur gewidmet sind. Nach Art. 22 HLKO haben die Kriegführenden darüber hinaus kein unbeschränktes Recht in der Wahl der Mittel zur Schädigung des Feindes. Untersagt ist gemäss Art. 23 lit.b) insbesondere die heimtückische Tötung oder Verwundung von Angehörigen des feindlichen Volkes. In Art. 46 wird nochmals auf den Schutz des Lebens der Bürger und des Privateigentums ausdrücklich hingewiesen. Von grosser Wichtigkeit sind in diesem Zusammenhang auch die in der Präambel der HLKO enthaltenen Grundsätze. Danach sind alle vom geschriebenen Recht nicht ausdrücklich geregelten Angelegenheiten nicht der Willkür der Kriegführenden überlassen, sondern «den Gesetzen der Menschlichkeit» und den «Forderungen des öffentlichen Gewissens» unterworfen.

Auch das völkerrechtliche Gewohnheitsrecht geht davon aus, dass die Zivilbevölkerung nicht angegriffen und bei Angriffen gegen militärische Ziele nicht unterschiedslos in Mitleidenschaft gezogen werden darf (Verbot unterschiedsloser Angriffe). Angriffe gegen militärische Ziele sind unzulässig, wenn der zivile Schaden ausser Verhältnis zu dem zu erwartenden militärischen Nutzen stehen würde (Prinzip der Verhältnismässigkeit). Alle Angriffe, die sich nicht gegen bestimmte militärische Ziele richten oder, mangels Zielgenauigkeit der Waffe, gar nicht gegen solche Ziele gerichtet werden können, sind verboten. Dies bedeutet auch, dass in Situationen, in denen sich einzelne militärische Ziele, die voneinander klar getrennt sind, in bewohnten Gebieten befinden, diese Gebiete nicht einfach flächendeckend angegriffen werden dürfen (Verbot des Flächenbombardements). Nach all diesen völkerrechtlichen Normen und Grundsätzen war der Luftkrieg der Alliierten gegen die deutsche Zivilbevölkerung eindeutig ein Völkerrechtsverbrechen und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Vor dem Interalliierten Nürnberger Tribunal (1945/46) wurden deutsche Politiker wegen «Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit» angeklagt. Die Völkerrechtsverstösse der Sieger werden aber bis heute von der Meinungsindustrie der «Befreier» und «Befreiten» weiterhin verständnisvoll gedeutet, bagatellisiert oder gar geleugnet, was Ausdruck einer bodenlosen Doppelmoral der «westlichen Wertegemeinschaft» ist. (Kriwat, S. 14/15)

8.2 Die vorherrschende Geschichtsschreibung zu den deutschen Luftangriffen

In den deutschen Medien und in der «politisch korrekten» Geschichtsschreibung wird behauptet, dass Deutschland mit dem Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung und gegen zivile Einrichtungen begonnen habe. Als Beispiele werden die Bombardierungen der baskischen Stadt Guernica am 26. April 1937 (200-250 Tote), der polnischen Grenzstadt Wieluri am 1. September 1939 (150 Tote), Warschaus am 25. September 1939 (6.000 Tote), Rotterdams am 14. Mai 1940 (900 Tote), Coventrys am 14. November 1940 (568 Tote) und Belgrads am 6. April 1941 (1.700 Tote) angeführt. Dabei wird geflissentlich verschwiegen, dass die Luftangriffe gegen diese Städte nach dem Völkerkriegsrecht zulässig waren, weil diese Städte (mit Ausnahme der Rüstungsstadt Coventry) jeweils im Kampfgebiet der gegnerischen Bodentruppen lagen und von diesen verteidigt wurden.

Insbesondere der Angriff der «Legion Condor» auf die baskische Kleinstadt Guernica während des Spanischen Bürgerkrieges gilt seit vielen Jahren als «terroristischer» oder «verbrecherischer» Akt und als Beweis dafür, dass Hitlers Luftwaffe bewusst mit dem Bombenterror begonnen habe. Nach der gängigen Sichtweise wollte die Führung der «Legion Condor» Guernica als «Test» für künftige Terrorangriffe nutzen. Tatsachen belegen indes, dass eine Terrorabsicht nicht vorlag. Als Ziel hatte die deutsche Militärführung Guernica aus eindeutig militär-taktischen Gründen ausgewählt. Am Ostrand der Stadt standen drei Waffenfabriken, zudem galt Guernica als letzte Regierungsbastion im Norden auf dem Weg zur bedeutenden Hafen- und Industriestadt Bilbao. Verfolgt von den national-spanischen Truppen General Molas, befanden sich die baskischen Verbände auf dem Rückzug. Um zu verhindern, dass die zurückflutenden Basken die Verteidigungsstellungen um Bilbao verstärken, sollten die wichtige Brücke über den Rio Oca und die Strassenkreuzung der Vorstadt Renteria zerstört werden. Doch der Angriff misslang. Fehlwürfe und ohne ausreichende Bodensicht abgeworfene Bomben lösten Brände aus, die nach und nach die meisten Gebäude in Guernica erfassten. Bei einer kritischen Bestandsaufnahme der Geschehnisse steht fest, dass der Luftangriff der «Legion Condor» gegen Guernica, an dem übrigens auch national-spanische und italienische Luftstreitkräfte beteiligt waren, ein operativ-taktisches Unternehmen zur Unterstützung der Bodentruppen im Zuge eines konventionellen Gefechtes gewesen ist. Die 200 bis 250 zivilen Toten sind einer unglücklichen Verkettung von Umständen geschuldet. Nach den damals gültigen Regeln des Völkerrechts war der Angriff kein Kriegsverbrechen. Im Friedensmuseum von Guernica wird die Brücke von Renteria als militärisches Ziel des Angriffs mittlerweile korrekt angegeben. (Werner Olles,

Historische Korrekturen, in: *Junge Freiheit* 23/13,31. Mai 2013; Zips, *Guernica – Geschichtsjalschung (70 Jahre danach) und kein Ende?*, veröffentlicht in diversen Publikationen; Baumfalk, S. 13/14)

Auch der Luftangriff auf Coventry war eine zulässige Kriegsoperation bzw. die Stadt ein legitimes Bombenziel. Der Angriff galt dem Zentrum der britischen Flugzeugindustrie. Die meisten Rüstungswerke befanden sich im Stadtzentrum oder waren über das ganze Stadtgebiet verstreut. Trotz der zivilen Opfer (568 Tote) und zerstörten Wohnhäuser (sechs Prozent der bebauten Fläche) war der Angriff auch nach britischem Verständnis ein legitimes Ziel, da die RAF-Doktrin durch die Auswahl von Industriezielen in der Nähe von Wohngebieten die Brechung der zivilen Moral vorsah. Tags darauf wurde der Angriff im britischen Kriegskabinett als «bisher schwerster Luftangriff auf ein Rüstungszentrum» bezeichnet. Doch die britische Propaganda stellte den Angriff als «Terrorangriff auf die Zivilbevölkerung» dar. Der englische Historiker Norman Langmate schrieb nach dem Kriege, der Angriff sei eine «legitime Kriegshandlung» gewesen, die, weil auch die Kathedrale von Coventry zerstört worden sei, in der Kriegspropaganda als «Terrorangriff» dargestellt worden sei und einen dramatischen Effekt auf die britische sowie auf die Weltmeinung gehabt habe. Man kann Coventry nicht mit Köln, Hamburg, Dresden oder Pforzheim vergleichen, wo die Tötung möglichst vieler Zivilisten erklärtes Ziel des Luftterrors war. Schon gar nicht kann man Dresden, wie es hierzulande vielfach geschieht, mit Coventry entschuldigen. Der Angriff auf Coventry war ein Angriff auf ein militärisches Ziel, der Angriff auf Dresden galt dagegen der Zivilbevölkerung und war militärisch völlig sinnlos. Angesichts der mit Flüchtlingen überfüllten Stadt und der längst erkennbaren Niederlage der Wehrmacht war er ein Akt nackter Barbarei. (Baumfalk, S. 30)

Zum deutschen Luftangriff auf Coventry heisst es immer wieder: «Erst war Coventry, dann kam Dresden» oder von Coventry habe «ein direkter Weg zur Zerstörung von Dresden am 13./14./15. Februar 1945» geführt. Der Angriff auf Coventry dient den damaligen Kriegsgegnern und heutigen Umerziehern letztlich als Rechtfertigung des alliierten Bombenterrors gegen die deutschen Städte, insbesondere auch gegen Dresden. Er ist bis zur Gegenwart ein publizistischer Dauerbrenner. Dazu zwei Beispiele: Die *Stuttgarter Zeitung* vom 21. November 1963 lügt auf infame Weise, wenn sie schreibt: «...mit dem deutschen Luftangriff auf diese Stadt (habe) die apokalyptische Städteverwüstung des Zweiten Weltkrieges begonnen...» Im *Spiegel* Nr. 46 vom 12. November 1990 heisst es: «Zum ersten Mal wurde eine ganze Stadt durch ein Bombardement nahezu ausgeradiert, wie Hitler angedroht

hatte.» Es ist eine bezeichnende Tatsache, dass beim Nürnberger Prozess eine Erörterung des Luftkrieges nicht zugelassen wurde. Selbst britische Militärhistoriker räumen ein, dass dem alliierten Bombenterror keineswegs ein entsprechender deutscher Bombenterror vorausgegangen war. Die von medialer Seite herangezogenen Luftangriffe auf Guernica, Rotterdam, Warschau und Coventry waren allesamt militärische Operationen zur Brechung des feindlichen Widerstandes und zur Zerstörung von Militäreinrichtungen sowie der Infrastruktur des Kriegsgegners. Das gilt auch für den deutschen Luftangriff auf Belgrad am 6. April 1941 während des Balkanfeldzuges. Es war ebenfalls kein strategischer Angriff gegen die Zivilbevölkerung, sondern er war gezielt gerichtet auf militärische Unterkünfte und Lager, auf Versorgungs- und Verkehrszentren, Flugbasen, Flakstellungen, Regierungs- und Militärbehörden sowie auf das königliche Schloss.

In der Tat sahen die deutschen Militärstrategen die Aufgabe der Luftwaffe ausschliesslich in der Unterstützung von Bodentruppen und dem Schutz der Heimat vor feindlichen Angriffen. Aus diesem Grunde entwickelte man vor allem den Jäger Me 109 und den Sturzkampfbomber «Stuka» Ju 87. Er sollte befestigte Stellungen und Bunker im Kampfgebiet sowie Brücken und Bahnhöfe hinter der Front bekämpfen. An eine Bombardierung offener Städte dachte niemand in Deutschland. Der Kampf gegen unbewaffnete Zivilisten hätte auch jeder Tradition und der in der Wehrmacht anerkannten Auffassung vom ritterlichen Kampf des Soldaten widersprochen. In der während des ganzen Zweiten Weltkrieges geltenden Luftwaffendienstvorschrift LDV 16 hiess es dementsprechend: «Der Angriff auf Städte zum Zwecke des Terrors gegen die Zivilbevölkerung ist grundsätzlich abzulehnen. Erfolge trotzdem Terrorangriffe durch einen Gegner, ...so können Vergeltungsangriffe das einzige Mittel sein, den Gegner von dieser Art der Luftkriegsführung abzubringen...» Danach durften «Ziele in dicht bevölkertem Gebiet und Ziele in unmittelbarer Nähe von Objekten, auf die der Luftangriff verboten ist, nur in gezieltem Bombenabwurf angegriffen werden». Im Gegensatz zu der offensiven Luftstrategie der Alliierten war die deutsche Luftwaffe nur taktisch, als Unterstützung der kämpfenden Bodentruppe, angelegt. Die Bombardierung ziviler Ziele war ausdrücklich verboten. Angriffsziele waren demnach alle militärischen Einrichtungen, die Waffen- und Munitionsindustrie, Flugplätze, Flugzeugwerke, Docks, Hafenanlagen und Werften. (Baumfalk, S. 13; Hans Joachim von Leesen, *Tod aus der Luft*, in: www.deutschlandjournal.de; Hermann Schubart, *Terror gegen die feindliche Moral*, in: *Junge Freiheit* 7/10, 12. 2. 2010; Grayling, 58/59; Boog, *Im Gespräch – Die Unmenschlichkeit einer schrankenlosen Kriegsführung*, in: *Junge Freiheit* Nr. 31-32/03, 25.7.2003; Friedrich, S. 73)

Demgegenüber wurde die Strategie der Zerstörung ganzer Städte in Grossbritannien und in den USA schon Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg geplant und die dazu nötigen Flugzeugtypen entwickelt. Deutlich beschreibt die Dienstvorschrift der RAF für die Kriegführung diese Grundsätze der strategischen Luftkriegführung: «Die Willenskraft einer Nation ist die Grundlage all ihrer Kriegsanstrengungen, denn durch den Willen des Volkes wird die Regierung ermächtigt, die anderen Kraftquellen für die Kriegführung einzusetzen... Eine Nation ist geschlagen, wenn ein Volk oder Regierung keinen eigenen Willen zur Verfolgung ihrer Kriegsziele mehr haben. Dieser Zustand kann durch Ausschaltung der Streitkräfte, aber auch, ohne, dass diese besiegt werden, durch Hungerblockade, innere Zwietracht und Unruhen in der Bevölkerung sowie durch allgemeine Kriegsmüdigkeit angesichts der Verwüstung im Inneren herbeigeführt werden.» Das Flächenbombardement wurde als «wirkungsvollste Methode der Massenvernichtung» angesehen. Mit anderen Worten: Es kam darauf an, durch Terror gegen die Zivilbevölkerung deren Widerstandskraft zu brechen. (Konrad Pingel, *Kampfflieger im Zweiten Weltkrieg* –, Baumfalk, S. 17) Vorrangiges Ziel der alliierten Bombardements waren also nicht militärische oder kriegsrelevante Einrichtungen und Soldaten, sondern die Stadt selbst, ihre zivilen Einwohner und – im Falle von Dresden – die Flüchtlinge, die in dieser Stadt Zuflucht gesucht hatten. (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 830 ff., S. 836 ff.; Karsten Kriwat, *Alliiertes Luftterror*, FZ Verlag, 2003; Wolfgang Schaarschmidt, *Interview*, in: *Junge Freiheit* Nr. 07/05, 11.2.2005)

8.3 Wie kam es zu den alliierten Bombenangriffen auf Deutschland?

«Wir werden Deutschland zur Wüste machen, ja, zu einer Wüste.» Winston Churchill im Sommer 1940. (Klaus Wiegrefe, *Churchill und die Deutschen*, in: www.einstages.spiegel.de)

«Wir haben angefangen, Ziele auf dem deutschen Festland zu bombardieren, bevor die Deutschen begannen, Ziele auf dem britischen Festland zu bombardieren. Das ist eine historische Tatsache...» J.M. Spaight, Unterstaatssekretär im britischen Luftfahrtministerium, in seinem Buch *Bombing Vindicated* (dt., *Rechtfertigung des Bombenkrieges*), London, 1944.

„Adolf Hitler befahl die Bombardierung britischer Ziele widerstrebend, nachdem die RAF begonnen hatte, deutsche zivile Ziele zu bombardieren.«
(J.M. Spaight, *Bombing Vindicated*)

«Hitler hatte weder zu einem Krieg noch zu einem Bombardement Englands einen vorgefassten Plan.» (Friedrich, S. 73)

«Kein Gewaltmittel (...) glich nur entfernt der Gewalt des Bombenkrieges.» (Friedrich, S. 326)

Der Bombenkrieg der Anglo-Amerikaner gegen Deutschland und die Deutschen ist in der Weltgeschichte ohne Beispiel. Noch nie wurde die Zivilbevölkerung eines Landes so massiv und so brutal angegriffen. Noch nie wurden die Städte eines Landes derart in Schutt und Asche gelegt wie in Deutschland. Noch nie wurden die geschichtlichen Zeugnisse und das kulturelle Erbe eines ganzen Volkes in einem solchen Ausmass so absichtlich zerstört. Noch nie setzte sich eine Kriegspartei so rücksichtslos über das Völkerrecht und die Gebote der Menschlichkeit hinweg. Zum ersten Mal wurde die Luftwaffe vorrangig nicht gegen Soldaten und die kriegswichtige Infrastruktur eines Kriegsgegners eingesetzt, sondern vor allem gegen wehrlose Zivilisten und unverteidigte Städte. Der Massenmord an der Zivilbevölkerung und die massive Zerstörung von Wohn- und Kulturstätten wurden eiskalt geplant und durchgeführt. Kinder, Frauen, Alte und Flüchtende wurden genauso als Feind behandelt wie Frontsoldaten. Was diese Menschen durch die Flächenbombardierungen und die Tieffliegerangriffe erlitten und durchlitten haben, ist für die Nachkriegsgenerationen kaum mehr vorstellbar. Noch heute haben Menschen unter diesen traumatischen Kriegserlebnissen zu leiden. Festzuhalten ist: Verbrechen gegen das Völkerrecht und die Gesetze der Menschlichkeit sind zu verurteilen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, unabhängig davon, wer sie begangen hat.

Am 3. September 1939, nur einige Stunden nach der Kriegserklärung Englands und Frankreichs an Deutschland, begannen die Briten mit Bombenangriffen gegen Ziele in Norddeutschland. Am Nachmittag des 3. September versuchte eine Gruppe von Hampden- und Whitley-Bombern, einen deutschen Flottenverband in der Nähe von Wilhelmshaven aufzuspüren und anzugreifen. Doch der Angriff schlug fehl. Der eiserne Ring der schweren Schiffsflak war kaum zu durchbrechen, die abgeworfenen Bomben explodierten nicht. Von den 24 Bombern kehrten 7 nicht zurück. Viele der anderen waren mehr oder weniger schwer beschädigt. Das britische Bomberkommando hatte gehofft, der deutschen Flotte gleich zu Beginn des Krieges schwere Schläge versetzen zu können. Vordergründig lehnte Chamberlain Bombenangriffe auf die Zivilbevölkerung ab, da er zwei Tage vor Kriegsausbruch zugesichert hatte, Grossbritannien werde auf solche Luftangriffe verzichten. Am 14.

September 1939 bekräftigte er vor dem Unterhaus diesen Verzicht: «Die Regierung Seiner Majestät wird niemals vorsätzlich Frauen und Kinder und andere Zivilisten angreifen, nur um Schrecken zu verbreiten.» Mit diesen Aussagen reagierte Chamberlain auf einen Appell von US-Präsident Roosevelt, die europäischen Staaten sollten es nicht zulassen, dass «die Zivilbevölkerung oder unbefestigte Städte aus der Luft bombardiert werden». Weitere Tagesangriffe der RAF auf Einheiten der deutschen Flotte fanden am 3. Dezember 1939 in der Helgoländer Bucht und am 18. Dezember 1939 erneut in Wilhelmshaven statt, wobei über dem Stadtgebiet 12 von 24 Wellington-Maschinen abgeschossen wurden. (Grayling, S. 36, 40/41, 173; Bekker, S. 71-76)

Gleich nach seinem Amtsantritt am 10. Mai 1940 hob Churchill den Grundsatz des Zivilschutzes auf. Mit Beginn des Westfeldzuges gegen Frankreich am 10. Mai 1940 startete die RAF ihre ersten Angriffe auf deutsche Städte. In der Nacht zum 11. Mai 1940 fielen die ersten britischen Bomben auf Städte im Raum Aachen-Geldern-Kleve-Wesel, wobei auch Randbezirke Mönchengladbachs in Mitleidenschaft gezogen wurden. Weitere Angriffe folgten in der Nacht vom 12. auf den 13. Mai 1940 auf Duisburg, Kaldenkirchen, Troisdorf, Zülpich und Schleiden sowie in der darauffolgenden Nacht auf Krefeld. In der Nacht vom 16. auf den 17. Mai 1940 fielen vereinzelt Bomben auf Haldern, Goch, Dorsten, Olfen, Kamen, Oberhausen, Hattingen, Remscheid, Rheydt und Erkelenz, wodurch sechs Menschen getötet und 34 weitere verletzt wurden. (Friedrich, S. 77; Müller, Chronik, S. 247; Christopher Koch, *Flächenbombardierung als Kriegsmittel – Die Luftangriffe auf Kassel im Zweiten Weltkrieg*, 2003, S. 35)

Mit dem britischen Luftangriff auf Mönchengladbach begann ein fast fünf Jahre währender Albtraum für die deutsche Zivilbevölkerung. Der Angriff begann in der Nacht vom 11. auf den 12. Mai 1940 mit 35 Bombern. Die britischen Bomber bombardierten in Mönchengladbach Strassen und Schienenwege. Einige Bomben schlugen im Stadtzentrum ein. Dabei kamen vier Zivilisten um, darunter eine dort ansässige Engländerin. In der Folgezeit flog die RAF wiederholt kleinere Angriffe auf deutsche Städte, darunter allein acht auf Berlin. Die deutsche Luftwaffe antwortete mit Angriffen auf London (7. September) und Coventry (15. November), die damalige Rüstungsschmiede des Empire. Ende 1940 begann die RAF dann, grossangelegte, gegen Zivilisten gerichtete und bis dahin in diesem Ausmass im Zweiten Weltkrieg noch nicht dagewesene Flächenangriffe auf deutsche Städte zu fliegen. Über den britischen Erstangriff schrieb das *Haller Tagblatt* – «Die Wende setzte am 11./12. Mai 1940 mit einem Test-Angriff auf Mönchengladbach ein, dem bis

September weitere Angriffe, teilweise mit Brandbomben, auf Köln, Düsseldorf, Hamburg, München und Berlin folgten.» In einer detaillierten Aufstellung der RAF-Bombenangriffe gegen Deutschland mit zivilen Opferzahlen und RAF-Verlusten listet Grayling allein für das Jahr 1940 insgesamt 88 Luftangriffe auf deutsche Städte auf. Dabei wurden auch kleinere Städte wie Euskirchen, Merseburg, Soest, Hamm, Hanau, Paderborn, Jena, Nordhausen, Bottrop, Lünen, Emden usw. angegriffen. (Videobeitrag: *12. Mai 1940. Erster alliierter Luftangriff auf Deutschland*, in: www.faz.net; Wikipedia, *Bombenangriffe auf Deutschland* –, Beitrag *Bombenkrieg / Aufregung in Grossbritannien*, in: *Haller Tagblatt vom 14.2.2002*; Grayling, Auflistung, S. 341 f.)

8.4 Die Verantwortlichen des Bombenterrors

Die Hauptverantwortung für die Entfesselung und Barbarisierung des grausamen Bombenkrieges gegen die Zivilbevölkerung und zivile Ziele in Deutschland tragen der britische Premierminister Winston Churchill und US-Präsident Franklin D. Roosevelt. Diese Tatsache wird durch folgende Zeugnisse ehemaliger Kriegsgegner bestätigt.

- Schon in den zwanziger und dreissiger Jahren setzten Engländer, Franzosen, Italiener und Spanier Bombenflugzeuge ein, um aufständische Kolonialvölker zur Räson zu bringen. In den zwanziger Jahren machten südafrikanische Flieger mit ihren Flugzeugen Jagd auf Hottentotten. Die Franzosen zerstörten Teile von Damaskus und töteten 1.000 Menschen. Die USA bombten gegen revoltierende Bauern in Nicaragua.

Französischen Piloten der Flugstaffel Escadrille Cheeriffian unter Anleitung Charles Sweeneys, eines US-Piloten der Lafayette Escadrille⁵¹, gebührt der zweifelhafte Ruhm, im November 1925 die marokkanische Stadt Chefchaouen, den heiligen Ort der Rif-Kabylen, bombardiert zu haben. Im Irak liess der spätere Chef des britischen Bomberkommandos, Arthur Harris, gezielt Wohnhäuser und Dörfer bombardieren, damit – so die Absicht der Briten – die Araber und Kurden lernten, dass innerhalb von 45 Minuten ein ganzes Dorf ausgelöscht und ein Drittel der Bewohner getötet werden kann. Harris' Kameraden,

51 Die Lafayette Escadrille war eine Schwadron der französischen Luftstreitkräfte (Aéro- nautique Militaire) im Ersten Weltkrieg, die überwiegend aus Kriegsfreiwilligen US- amerikanischen Piloten bestand.

Männer fürs Grobe, hatten bereits in Kolonialkriegen im Sudan (1916), in Afghanistan (1919) oder in Persien (1920) Volksaufstände niedergebommt – bisweilen so brutal, dass, etwa 1923 im Irak, sogar ein Generalstabsoffizier namens Lionel Charlton das «blinde Bombenwerfen auf die Bevölkerung» als «sinnloses Massaker» anprangerte. Rassismus und Verachtung für die «wilden Stämme» haben den Bombenkrieg von Anfang an enthemmt. (Christoph Kucklick, *Feuersturm – Der Bombenkrieg gegen Deutschland*, 2003, S. 164; *Luftkrieg über Europa: «So muss die Hölle aussehen»*, in: *SpiegelSpezial*, 1/2003, 2. Teil)

- Anlässlich der britisch-französischen Kriegserklärung an Deutschland am 3. September 1939 erklärte Premierminister Churchill in einer Rundfunkrede: «Dieser Krieg ist ein englischer Krieg, und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands.» Die *Daily Mail* unterstrich diese Aussage mit den Worten: «Die Erörterung der Kriegsziele ist sinnlos; das Einzige, was wir zu tun haben, ist, Deutschland zu vernichten.» (Hedin, S. 175)
- Am 11. Mai 1940 erklärte Churchill in seiner ersten Kabinettsitzung als Premierminister: «Ich führe keinen Krieg mit Hitler, sondern ich führe einen Krieg gegen Deutschland.» Und weiter: «Auf deutsche Zivilisten wird bei Luftangriffen fortan keine Rücksicht mehr genommen.» Damit wurden die deutschen Städte und ihre Einwohner für eine Offensive des Bomber Commands freigegeben. (Baumfalk, S. 34; Müller, Chronik, S. 247)
- Am 16. Mai 1940 eröffneten die Briten den strategischen Luftkrieg gegen Deutschland. Ab August/September 1940 begannen die Deutschen, im Rahmen der «Luftschlacht über England» auch britische Städte zu bombardieren. (Müller, S. 62; Bavendamm S. 333/334)
- Im Juni 1940 erklärte Churchill: «Durch ein gewaltiges Feuer in seinem eigenen Hinterhof werden wir Deutschland zu einer Wüste machen, ja zu einer Wüste.» (Baumfalk, S. 34; Klaus Wiegrefe, *Churchill und die Deutschen*», in: *Spiegel*, 13.8.2010)
- Am 5. Juli 1940 schrieb Churchill an den Minister für Flugzeugproduktion, Lord Beaverbrook: «Nichts anderes wird den Deutschen zur Vernunft bringen und in die Knie zwingen als ein absolut verheerender Ausrottungsangriff mit überschweren Bombern.» (Müller, S. 63; Baumfalk, S. 34)

- Im August 1940 kündigte der britische Informationsminister Duff Cooper im Rundfunk und in der Presse an, die Royal Air Force werde Hamburg «pulverisieren». Als Erwiderung drohte Hitler in einer öffentlichen Rede, wenn die Briten Hamburg «pulverisierten», werde Deutschland die englischen Städte «ausradieren». Dieser Ankündigung Hitlers folgten aber keine Taten. In den Nachkriegsbetrachtungen wird stets nur diese Hitler-Rede zitiert, während man Coopers und Churchills vorausgegangene Drohungen völlig verschweigt. (*Rückzugsgefechte der Siegerpropaganda*, in: *Junge Freiheit*, 17.1.2003)
- Im Sommer 1940 warf die RAF Riesenmengen an Phosphorplättchen (Brandplättchen «Razzle» und «Decker») auf deutsche Felder und Wälder, um die Ernte zu vernichten und den Schwarzwald, den Thüringer Wald sowie die Höhen des Harzes abzubrennen. Diese Versuche fanden vom August bis Ende Oktober 1940 insgesamt sieben Mal statt. Im Sommer 1941 wurde der Versuch mit einem Fünfundzwanzigfund-Kanister, der mit einer Gummi-Phosphor-Lösung gefüllt war, wiederholt.

Entsprechende Versuche in England waren aussichtsreich verlaufen. Zehntausende Kanister wurden produziert, die bei Bodenaufschlag zersprangen. Die gelbgraue Flüssigkeit entflammte unter der Einwirkung von Luftsauerstoff. Wie sich jedoch herausstellte, fingen die deutschen Wälder und Acker nicht Feuer, da sie zu grün und zu feucht waren. Die Bomben benötigten zundertrockene Gewächse. Um den Vorrat nicht verschrotten zu müssen, warfen ihn die Briten auf die Städte, so am 8. September 1941 auf die Berliner Bezirke Lichtenberg und Pankow. Dreissigtausend dieser Riesen-Brandbomben fielen auf Wuppertal. (Friedrich, S. 25/26; Kurowski, S. 17/18)

- Am 9. Juli 1941 hatte Charles Portal als Generalstabschef der Royal Air Force – mit Billigung des Kriegskabinetts – eine Direktive an das Bomber Command erlassen, in der dieses angewiesen wurde, sich fortan, statt auf Treibstoff- und Marineziele, auf die «Zerstörung des deutschen Verkehrssystems» und «die Demoralisierung der Zivilbevölkerung insgesamt und der Industriearbeiterschaft im Besonderen» zu konzentrieren. Mit diesen Worten wurde das Flächenbombardement zur offiziellen Luftkriegsstrategie erklärt. (Grayling, S. 62)

Am 22. Februar 1942 trat Arthur Harris als Nachfolger von Richard Peirse seinen Posten als Chef des Bomber Command an. Portal und Harris machten sich für die gezielte Bombardierung der Zivilbevölkerung in deutschen Städten

stark. In der neuen «Area Bombing Directive» (dt., «Anweisung zum Flächenbombardement») vom 14. Februar 1942 an das Bomber Command wurde nun unmissverständlich klargestellt: «Ihre Operationen sollten sich fortan in erster Linie gegen die Moral der feindlichen Zivilbevölkerung und insbesondere gegen die Industriearbeiterschaft richten.» Die Umsetzung begann mit dem Nachtangriff auf Essen am 8. und 9. März 1942 sowie weiteren Luftangriffen auf das Ruhrgebiet. Am 28./29. März 1942 erprobte die RAF das «Area Bombing» mit Hilfe von Brandbomben, was zur Zerstörung der Innenstadt führte. Hitler ordnete daraufhin Vergeltungsangriffe ausserhalb von London an. In einem über Deutschland im Sommer 1942 abgeworfenen Flugblatt hiess es unter anderem: «Wir bombardieren Deutschland, eine Stadt nach der anderen, immer schwerer, um euch die Fortführung des Krieges unmöglich zu machen. Das ist unser Ziel. Wir werden es unerbittlich verfolgen. Stadt für Stadt: Lübeck, Rostock, Köln, Emden, Bremen, Wilhelmshaven, Duisburg, Hamburg – und die Liste wird immer länger. (...) Wir kommen bei Tag und bei Nacht: kein Teil des Reiches ist sicher... Aber die Arbeiter, die (in diesen Werken) beschäftigt sind, wohnen dicht um sie herum. Deshalb fallen unsere Bomben auf eure Wohnhäuser und – auf euch.» Im Jahre 1953 wurde Harris auf Drängen Churchills in den Adelsstand erhoben. Die britische Post würdigte ihn 1986 mit einer Sonderbriefmarke. Im Beisein der britischen Königin-Mutter wurde im Jahre 1992 in London ein Denkmal zu seinen Ehren eingeweiht. (Grayling, S. 65; Müller, Chronik, S. 249; Wikipedia, *Area Bombing Directive* –, Kriwat, S. 19)

- Am 30. März 1942 legte Churchills Chefberater Frederick Alexander Lindemann⁵² (1942 zum Lord Cherwell erhoben) dem Premierminister das sogenannte «Dehousing Paper» (dt., «Enthausungspapier») vor. Das «Dehousing Paper» sah die Zerstörung von 30% aller Wohnbauten in 58 Städten in

52 Frederick Lindemann stammte aus einem wohlhabenden Elternhaus aus der Pfalz. Obwohl er 1886 in Deutschland (in Baden-Baden) geboren wurde und in Berlin studierte, war er einer der wichtigsten Befürworter der flächendeckenden Bombardierung Deutschlands. Der polnische Historiker Janusz Piekalkiewicz schreibt über Lindemann: «Diese graue Eminenz ist wohl der erfolgreichste Hofpolitiker unserer Zeit und hatte mehr unmittelbare Machtbefugnisse als irgendein anderer Wissenschaftler im Laufe der Geschichte. Vorwiegend auf seinen Rat lässt Churchill den totalen Bombenkrieg gegen deutsche Städte eröffnen, was die Taten eines Attila in den Schatten stellt.» Und Prof. Heinz Alex Natan schreibt in seinem 1967 erschienenen Buch *Graue Eminenzen. Geheime Berater im Schatten der Macht* über Lindemann: Er sei von einem «grenzenlosen Deutschenhass» geleitet gewesen. «Die völlige Zerstörung Deutschlands war bei ihm zeitweise geradezu zur Manie geworden.» (Wikipedia, *Frederick Lindemann*, *Heinz Alex Natan* –, Frey, S. 88/89)

Deutschland vor. «Nur» 58 Städte deshalb, da weite Teile Deutschlands zum damaligen Zeitpunkt ausserhalb der Reichweite der britischen Luftstreitkräfte lagen. Das britische Kabinett stimmte den Vorschlag zu und legte somit diese Kriegsstrategie neben anderen strategischen Optionen fest. Der Lindemann-Vernichtungsplan empfahl «die Bombardierung von zivilen und nicht ausschliesslich militärischen Zielen» und nahm daher den Tod und die Zerstörung der Häuser deutscher Arbeiter bewusst in Kauf. Lindemann gelang es, die massgeblichen Männer davon zu überzeugen, dass Wohnviertel in diesem Kriege legitime Ziele seien. Zudem überzeugte Lindemann Churchill davon, dass Grossbritannien auch wirtschaftlich vom sogenannten «Morgenthau-Plan» profitieren würde. In einem Schreiben an Churchills Leibarzt Lord Moran erklärte er, «der Plan würde Grossbritannien vor dem Bankrott retten, da er einen gefährlichen Konkurrenten ausschalte...» (Frey, S. 87 f.; Franz-Willing, S. 56 f., S. 81; *Die Vernichtung von Dresden war ein Ergebnis blinden Hasses*, in: *Welt am Sonntag*, 5.2.1995; Grayling, S. 187)

- Am 27. November 1943, einen Monat nach der Zerstörung Kassels mit 10.000 Toten, verkündete Lord Cherwell via BBC: «Die Krokodilstränen in den Augen so vieler Deutschen können keinerlei Mitleid erwecken. Die Schläge, die Deutschland nun zugefügt werden, sind nur die gerechte Strafe für die Verbrechen, die das Dritte Reich verübt hat.» (Frey, S. 72)
- Am 8. März 1944 liess Churchill eine halbe Million Milzbrandbomben in den USA bestellen, nachdem Lord Chervell dem Premierminister die Wirkungsweise der Milzbrandbakterien erläutert hatte. «Ein halbes Dutzend Lancaster-Bomber könnte genug mit sich führen, um im Falle einer gleichmässigen Verteilung jeden zu töten, der sich in einem Umkreis von zweieinhalb Quadratkilometern aufhält, und dieses Gebiet danach unbewohnbar zu machen.» «Lassen Sie mich unbedingt wissen», schrieb Churchill an den Ausschuss für Bakteriologische Kriegführung, «wann sie zur Verfügung stehen. Wir sollten es als eine erste Lieferung betrachten.» Die alliierte Bodeninvasion von 1944 schloss indes die Verseuchung des Invasionsgebietes aus, so dass sich die «sauberen» Brandangriffe als brauchbarer erwiesen als Milzbrand und Flutkatastrophen. (Friedrich, S. 105; Kurowski, S. 19)
- Churchill war offensichtlich auch von der Möglichkeit fasziniert, Deutschland mit Giftgas zu verseuchen. Am 6. Juli 1944 wandte er sich an die Generalstabs-

chefs: «Ich wünsche von Ihnen, dass Sie sehr ernsthaft über das Problem nachdenken, Gas einzusetzen. Ich muss Sie bitten, mich bei der Anwendung von Gas zu unterstützen. Wir könnten die Städte an der Ruhr und viele andere derart mit Gas überschütten, dass der grösste Teil der deutschen Bevölkerung ständige medizinische Betreuung benötigt... Ich bin der Ansicht, dass es einige Wochen oder Monate dauern kann, bis ich Sie bitten werde, Deutschland mit Giftgas zu durchtränken. Ich wünsche, dass diese Angelegenheit in der Zwischenzeit von vernünftigen Leuten kaltblütig durchdacht wird, und nicht von diesen psalmensingenden uniformierten Miesmachern, die einem immer ins Gehege kommen.» (Kurowski, S. 17; *Spiegel* 2/2003, 6. 1.2003, S. 50)

Sie sprachen sich offen für den Einsatz völkerrechtswidriger Massen vernichtungsmittel aus:



Der Marschall der Royal Air Force Charles Frederick Algonmon Portal, 1. Viscount Portal of Hungerford (1893-1971). Portal war während des Zweiten Weltkriegs als Chef des Luftstabes Oberbefehlshaber der britischen Luftstreitkräfte.



Sir Arthur Travers Harris (1892-1984), Commander-in-Chief (Oberbefehlshaber) des RAF Bomber Command und ab 1943 Air Chief Marshal der Royal Air Force.

- In der Sitzung am 8. Juli 1944 erklärte der Oberbefehlshaber der RAF, Charles

Portal, zum Thema Giftgaseinsatz: «Mit dem Gaskrieg wird eine neue Eskalationsstufe im Bombenkrieg erreicht, die sich durch den uneingeschränkten Einsatz von völkerrechtswidrigen Massenvernichtungsmitteln auszeichnet.» Er schlug vor, im Bombenkrieg nur jede fünfte Bombe mit Giftgas zu füllen, weil dies nicht so sehr auffallen würde. (Kurowski, S. 17)

- Dem Initiator des Bombenkrieges, «Bomber Harris», waren die bisherigen Zerstörungen bei weitem noch nicht genug. Er beabsichtigte, den uneingeschränkten Bombenkrieg noch zu steigern und durch einen überwältigenden Schlag der britisch-US-amerikanischen Bomberkräfte das Deutsche Oberkommando zur sofortigen Aufgabe zu zwingen. Der unbegrenzte Bombenkrieg wurde nun unter dem Codewort «Thunderclap» («Donnerschlag») fortgesetzt. Diese im August 1944 geplante britisch-US-amerikanische Operation sah einen massiven Luftangriff auf Berlin vor, der rund 220.000 Opfer fordern sollte, darunter 110.000 Tote und viele wichtige Arbeitskräfte, was die deutsche Moral zerstören sollte. Nachdem ein solcher Angriff fehlgeschlagen war, entschied man sich stattdessen für eine Reihe von Angriffen auf Städte in Mitteldeutschland, die Verkehrsknotenpunkte in Richtung Osten bildeten und daher als besonders lohnende Ziele galten. Dazu gehörten Berlin, Dresden, Chemnitz, Nordhausen und Leipzig. Diese Städte wurden intensiv bombardiert, um das Hinterland der Front zu zerstören und den sowjetischen Vormarsch zu unterstützen, worum die Sowjetunion auf der Konferenz von Jalta gebeten hatte. Der Planer und Entwickler dieses «Donnerschlages», Sidney Bufton, erklärte dazu: «Seine Zerstörungswucht muss sich wie ein Lauffeuer im Lande verbreiten. Seine Verluste und die Erkenntnis, dass dies jeder anderen deutschen Stadt passieren könnte, wird die Zivilbevölkerung erkennen lassen, dass nicht nur ihr Eigentum zerstört wird, sondern dass auch ihr Leben bedroht ist.» Bufton plädierte dafür, Berlin mit 2.000 Bombern anzugreifen, die 5.000 Tonnen Bomben, überwiegend Brandbomben und Phosphorkanister, abwerfen und damit einen bestimmten Wohnteil der Stadt restlos zerstören sollten. «Es wird 90 Prozent verwüstete Häuser und 110.000 Tote geben.»

(Olaf Groehler, *Bombenkrieg gegen Deutschland*)

Das Unheil nahm nun seinen Lauf. Bis Ende Dezember 1944 hatte das Bomber Command bereits 170.000 Bomben auf Deutschland geworfen. Die 8. USAAF brachte es «nur» auf 145.000 Tonnen. Diese Luftkriegspolitik sollte, so der britische Luftmarschall Arthur William Tedder, zu einer raschen Niederlage

Deutschlands führen. «Thunderclap» sollte gemäss der endgültigen Generalanweisung für den strategischen Luftkrieg vom 1. November 1944 zu den riesigsten Flächenbombardierungen aller Zeiten führen. (Wikipedia, *Operation «Thunderclap»* –, Kurowski, S. 20-22)

- Bereits **ab 1943** wurde der Bombenkrieg der Anglo-Amerikaner gegen Deutschlands Städte intensiviert und perfektioniert. Bis Dezember 1943 wurden bei den alliierten Luftangriffen unter anderem zerstört: Wuppertal (mehr als 6.500 Tote) am 30. Mai/25. Juni; Düsseldorf (5.863 Tote) am 11./12. Juni; Krefeld (2.048 Tote) am 21./22. Juni; Mühlheim/Ruhr (1.305 Tote) am 22./23. Juni; Köln (20.000 Tote) vom 16. Juni bis 9. Juli; Hamburg (40.000 bis 45.000 Tote) am 27./28. Juli; Remscheid (über 1.000 Tote) am 31. Juli; Hannover (6.782 Tote) am 8./9. Oktober; Münster (1.294 Tote) am 10. Oktober; Kassel (10.000 Tote) am 22./23. Oktober; Berlin (etwa 15.000 Tote) am 23. November; Leipzig (etwa 2.500 Tote) am 3./4. Dezember.
- Durch den totalen Bombenkrieg der Alliierten **ab 1944** wurden unter anderem zerstört: Frankfurt/Main (5.500 Tote) am 18./22. März; Aachen (1.525 Tote) am 12. April/25. Mai; Hamm (1.029 Tote) am 22. April; Friedrichshafen (etwa 1.000 Tote) am 28. April; München (6.632 Tote) am 11./13./16. Juli; Kiel (2.263 Tote) am 23./24. Juli; Bremen (über 4.000 Tote) am 18./19. August; Stettin (2.430 Tote) am 16./17./29./30. August; Königsberg (4.200 Tote) am 29./30. August; am 11./12. September Darmstadt (12.300 Tote); Stuttgart (4.562 Tote) am 12. September; Osnabrück (1.134 Tote) am 13. September; Bielefeld (1.108 Tote) am 30. September; Stralsund (1.000 Tote) am 5./6. Oktober; Dortmund (5.579 Tote) am 6./7. Oktober; Duisburg (3.000 Tote) 14./15. Oktober; Braunschweig (2.905 Tote) am 14./15. Oktober; Bochum (4.095 Tote) am 4. November; Solingen (1.850 Tote) am 4./5. November; Gelsenkirchen (über 3.000 Tote) am 6. November; die Ruhrstädte Düren, Jülich und Kleve (Düren 3.127 Tote) am 16. November; Freiburg im Breisgau (2.797 Tote) am 27./28. November; Karlsruhe (1.754 Tote) am 4. Dezember; Heilbronn (6.530 Tote, darunter 1.000 Kinder unter sechs Jahren) am 4./5. Dezember; Ulm (606 Tote) und Neu-Ulm (über 1.200 Tote) am 17. Dezember; Trier (über 400 Tote) am 23. Dezember; Euskirchen (419 Tote) am 27. Dezember; Neuss (537 Tote) am 31. Dezember.

- 1945 setzten die Anglo-Amerikaner die Bombardierungen der deutschen Städte unvermindert fort. Bis zum Ende des Krieges wurden unter anderem zerstört: Nürnberg (6.369 Tote) am 2./3. Januar; Magdeburg (2.000 bis 2.500 Tote) am 16. Januar; Dresden (mindestens 135.000 Tote) am 13./14./15. Februar und am 17. April; Pforzheim (mindestens 20.000 Tote) am 23. Februar; Kitzingen (mehr als 700 Tote) am 23. Februar; Mainz (etwa 2.800 Tote) am 27. Februar; Ingolstadt (über 600 Tote) am 1. März; Chemnitz (4.000 Tote) am 2./3./5. März; Dessau (600 Tote) am 7./8. März; Swinemünde (mindestens 23.000 Tote) am 12. März; Hagen (2.000 Tote) am 15. März; Würzburg (5.000 Tote) am 16. März; Hanau (2.000 Tote) am 19. März; Hildesheim (1.736 Tote) am 22. März; Wesel (über 600 Tote) am 23. März; Paderborn (über 500 Tote) am 27. März; Nordhausen (8.800 Tote) am 3./4. April; Halberstadt (zwischen 1.800 und 3.000 Tote) am 7./8. April; Plauen (2.340 Tote) am 10. April; Potsdam (1.593 Tote) am 14. April. Zerbst (574 Tote) am 16. April; Traunstein (124 Tote), Erding (120 Tote) und Freising (228 Tote) am 18. April. Rosenheim (200 Tote) am 18. April; Donauwörth (fast 300 Tote) am 19. April; Donaueschingen (über 330 Tote) am 20. April; Straubing (376 Tote) am 20. April; Bad Oldesloe (700 Tote) am 24. April.
- Den Höhepunkt erreichte die alliierte Zerstörungsjahre mit der Zerstörung Dresdens am 13./14./15. Februar und am 17. April 1945. Der anglo-amerikanische Generalstab hatte den Angriffsplan auf Dresden so angelegt, dass durch den beabsichtigten Feuersturm der Zivilbevölkerung die Flucht aus den engen Strassen und Gässchen der brennenden Innenstadt unmöglich gemacht wurde. Der «Feuer-Hurrikan», wie ihn die Amerikaner in ihrem Bericht über den Bombenkrieg nannten, verhinderte es, dass die Bewohner der brennenden Altstadt entkommen konnten. Der Labour-Führer Richard H.S. Crossmann, während des Zweiten Weltkrieges Leiter der englischen psychologischen Kriegführung gegen Deutschland, schrieb in der englischen Zeitschrift *New Statesman* am 3. Mai 1963 darüber: «In Dresden wurde der Feuersturm, der in Hamburg und Kassel unerwartet aufgetreten war, zum ersten Male absichtlich hervorgerufen. Zu diesem Zweck richtete sich der erste Angriff mit Brandbomben um 22.10 Uhr gegen die Altstadt, in der sich keine wichtige Fabrik, keine Brücke und nicht einer der 18 Bahnhöfe Dresdens befanden. Der zweite Angriff der RAF war für 1.30 Uhr angesetzt, eine Zeit, zu der die Leute zusammen mit den Feuerwehren und Rettungsmannschaften von ausserhalb aus ihren Luftschutzkellern herauskommen würden. Acht Stunden später kam der dritte Schlag, ein

amerikanischer Tagesangriff, bei dem die Bomber von Hunderten von Mustangs begleitet wurden, die im Tiefflug die Tausende hilfloser Überlebender, die sich in die Parks und an die Flussufer geflüchtet hatten, niederschossen.» Der konzentrierte Einsatz von Brand- und Sprengbomben und die brutale Durchführung des zeitlich genau abgestimmten Plans sind die wesentlichsten Ursachen für die beabsichtigte unverhältnismässig hohe Zahl der Opfer in Dresden. Die mangelnde Luftabwehr begünstigte die Durchführung dieses teuflischen Planes. Der Schriftsteller Gerhart Hauptmann, Zeuge des «Bomben-Holocaust» von Dresden, schrieb in dem weltberühmt gewordenen Artikel *Wer das Weinen verlernt hat...*: «Wer das Weinen verlernt hat, der lernt es wieder beim Untergang Dresdens.» (Weidauer, S. 112, 131/132; www.dresdner-stadtteile.de)

- Der oben genannte Artikel von Crosmann trug die Überschrift: *Kriegsverbrechen*. Darin findet sich die weitere Aussage: «Die Zerstörung von Dresden im Februar 1945 war eines jener Verbrechen gegen die Menschlichkeit, deren Urheber in Nürnberg unter Anklage gestellt worden wären, wenn dieser Gerichtshof nicht in ein blosses Instrument alliierter Rache pervertiert worden wäre.» Der britische Schriftsteller Harold Nicolson stellte im *Observer* vom 5. Mai 1963 fest: «Es war die blutigste Einzelkriegsaktion aller Zeiten., noch verlustreicher als Hiroshima.» In der gleichen Ausgabe des *Observer* bezeichnete Nicolson die Vernichtung Dresdens mit 135.000 Toten als den «grössten Einzelholocaust durch einen Krieg» (im englischen Original: «the greatest single Holocaust by war»). (Baumfalk, S. 93/94)
- Der irische Staatsbürger Dr. Harry O’Flanagan war im Zweiten Weltkrieg Sanitätsoffizier der britischen Bomberpiloten, die am 13. Februar 1945 den Angriff gegen Dresden flogen. Flanagan berichtet darüber, dass keiner der Piloten mit diesem Ziel gerechnet hatte. Der Nachrichtenoffizier habe seine Befehlsausgabe für die Piloten mit den Worten eröffnet: «Sie sind in die Air Force eingetreten, um Deutsche zu töten und heute Nacht werden Sie genau das machen.» Er fuhr dann mit der Erklärung fort, dass durch den Zusammenbruch der Ostfront Flüchtlinge auf der Suche nach Schutz vor der Kälte nach Westen strömten: «Dresden ist die einzige Stadt mit unzerstörten Wohnhäusern, welche diese Menschenmassen aufnehmen kann, man kann annehmen, dass die Stadt vollgestopft ist. In dieser Nacht hat das Unternehmen einen einzigen Zweck: die Stadt und ihre Bevölkerung zu vernichten.» Zusatzbemerkung: In Dresden

demonstrieren heutzutage seit Jahren anlässlich der Trauerkundgebungen sogenannte „Antifaschisten« mit der Parole «Bomber Harris, do it again!» (dt., «Bomber Harris, mach es nochmal!»). (Dr. Alfred Schickel, *Neues zur Zerstörung Dresdens*, in: *Kameraden* 12/2006)

- Bereits 1934, ein Jahr nach Roosevelts Amtsantritt, wurden in den USA die ersten Pläne für einen strategischen Bombenkrieg ausgearbeitet. Man spielte mit dem Gedanken, den Bombenkrieg gegen Japan von China aus zu führen. Eine regierungsamtliche Studie empfahl ausdrücklich die Tötung der Japaner aus der Luft, weil ein «Bajonettkampf Mann gegen Mann» nur dem japanischen Fanatismus in die Hände spielen würde. Darüberhinaus erwog Roosevelt schon früh die Möglichkeit eines Bombenkrieges gegen alle drei Achsenmächte zusammen. Dafür spricht vor allem, dass er die Entwicklung der Langstreckenbomber förderte und diese neue und kostspielige Waffe den Amerikanern schmackhaft zu machen verstand. Bei seiner Entscheidung griff Roosevelt auf die Doktrinen über die Führung künftiger Luftkriege zurück, die bekannte Bomber-Strategen wie der Italiener Giulio Douhet, die Briten Basil H. Lidell-Hart und Hugh Trenchard sowie der US-Amerikaner William «Billy» Mitchell seit dem Ersten Weltkrieg entwickelt hatten. Mitchell profilierte sich danach zum konsequenten Befürworter des strategischen Bombenkrieges. Nach seiner Einschätzung, die schon 1926 in die Lehrpläne der US-amerikanischen Luftwaffenschulen einging, waren Bombenangriffe «eine Methode, eine ganze Bevölkerung zu terrorisieren, ...während sie in höchstem Masse Leben und Eigentum verschonte». Die Bomber würden also den Feind billig und schnell in die bedingungslose Kapitulation bombardieren. (Bavendamm, S. 327-329)
- Unter Roosevelt hatte die Heeresluftwaffe bereits 1935 einen viermotorigen Langstreckenbomber vom Typ B 17 entwickelt, der an Reichweite, Geschwindigkeit, Höhenleistung, Armierung und Bewaffnung alle vergleichbaren Maschinen jener Zeit übertraf. Die US-amerikanische Fernbomber-Waffe war eindeutig eine weitreichende Offensivwaffe. Dafür spricht, dass die US-Heeresluftwaffe in den dreissiger Jahren bereits an Nachfolgemodellen für die B 17 vom Typ B 24 «Liberator» und B 29 «Superfortress»⁵³ arbeitete, die noch weit aus höhere Leistungsmerkmale hatten. Diese Flugzeugtypen eigneten sich

53 Eine B 29 mit dem Namen «Enola Gay» war es schliesslich, die im August 1945 den «Little Boy», die erste Atombombe der Weltgeschichte, in ihrem Zielgebiet über der japanischen Stadt Hiroshima abwarf und mindestens 100.000 Menschen sofort tötete.

nachweislich nicht dazu, feindliche Angriffe, so unwahrscheinlich sie auch waren, auf US-amerikanischem Territorium abzufangen. Die B 29 konnte äusserst massive Bombenlasten in jedes beliebige Land Asiens, Afrikas oder Europas tragen, ohne auf Zwischenlandungen angewiesen zu sein. Schon Mitte der dreissiger Jahre war in den USA von Luftangriffen auf die japanischen «Zündholzschachtel-Städte» aus Holz und Papier die Rede.
(Bavendamm, S. 328/329)

- Am 14. Oktober 1938, vierzehn Tage nach der Münchener Konferenz, auf der Daladier, Chamberlain, Hitler und Mussolini mit vereinten Kräften einen europäischen Krieg abwenden konnten, beauftragte Roosevelt seinen stellvertretenden Verteidigungsminister, Louis Johnson, die Planungsgrundlage für einen forcierten Aufbau der US-amerikanischen Luftstreitkräfte zu erarbeiten. Seine Begründung: Wenn er künftig mit ausländischen Staatsmännern spreche, wolle er einen «dicken Knüppel» in der Hinterhand haben, um seinen Worten Nachdruck zu verleihen. Im Oktober 1938 veranlasste Roosevelt, dass in Kanada Vorbereitungen für den Bau von erst fünf, dann sieben Flugzeugfabriken getroffen wurden. Damit wollte er eine Präsenzstärke von 20.000 und eine Produktionskapazität von 24.000 Maschinen jährlich für die US-Luftwaffe schaffen. Mit diesen Entscheidungen – Vervierfachung der eigenen Luftmacht, Expansion der US-amerikanischen Flugzeugindustrie mit Hilfe britischen und französischen Kapitals⁵⁴ und Ansiedlung zusätzlicher Produktionskapazitäten ausserhalb des Geltungsbereiches des US-amerikanischen Neutralitätsgesetzes – hat Roosevelt im Herbst 1938, ein Jahr vor Ausbruch des europäischen Krieges, den massiven Aufbau der US-Luftstreitkräfte eingeleitet. Sie bildeten von da an die Teilstreitmacht, die in den USA am schnellsten wuchs. Der nächste Schub kam am 16. Mai 1940, als Deutschland das Rückgrat der französischen Armee zerbrach. Jetzt gab Roosevelt dem Aufbau von Luftstreitkräften in einem geradezu exzessiven Ausmass oberste Priorität. In einer Kongressbotschaft forderte er mehr als eine Verdoppelung der 1938 anvisierten Präsenzstärke auf 50.000 Flugzeuge und eine Produktionskapazität von weiteren 50.000 Flugzeugen jährlich, dazu weitere Flugzeuglieferungen an Grossbritannien und Frankreich. (Bavendamm, S. 331/332)

⁵⁴ Finanzierer war Jean Monnet, französischer Unternehmer und später Gründer der Montanunion, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Monnet gilt als einer der Gründerväter der Europäischen Gemeinschaft. (Wikipedia, *Jean Monnet*)

- Nachdem die Engländer im Mai 1940 den Bombenkrieg gegen Deutschland entfesselt hatte, begannen die Deutschen im Rahmen der «Luftschlacht über England» ab August/September 1940 auch britische Städte zu bombardieren. Millionen von US-Amerikanern hörten an ihren Radios, wie die Deutschen London angriffen und wie die US-amerikanischen Reporter mehr oder weniger offen zum «Krieg gegen die Barbaren» aufriefen. Vor dem Hintergrund dieser zum Teil künstlich geschürten Angst und eines sich selbst rechtfertigenden Rachegefühls entwickelten Roosevelt und seine Luftwaffenführung das Konzept des strategischen Bombenkrieges. Der Chef des Luftwaffenstabes, General Henry M. Arnold, und dessen erst kurz zuvor gebildete Kriegsplanungsabteilung legten im Winter 1940/41 fest: 4.000 amerikanische Bomber greifen Deutschland 22 Monate nach dem US-amerikanischen Kriegseintritt an, um es innerhalb eines halben Jahres in die Knie zu zwingen. Ihr Ziel: Die möglichst präzise Zerstörung der deutschen Infrastruktur, vornehmlich Elektrizitätswerke, Verkehrsnetz und Ölindustrie. Ihr Zweck: Sturz Hitlers und bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht nach dem Zusammenbruch der deutschen Kampfmoral. Dieser US-amerikanische Plan, der eine «schwere und nachhaltige Bombardierung von Städten» nicht ausschloss, ging mit Zustimmung Roosevelts und Churchills im März 1941 in die alliierte ABC-Kriegsplanung ein. (Bavendamm, S. 333/334)
- Zu den Architekten des strategischen US-Luftkrieges gehörten General Henry M. Arnold, die Generale Carl Spaatz, erst Chef der Luftkriegsplanungsabteilung, später Kommandierender General der strategischen Luftstreitkräfte in Europa, und Ira C. Eaker, Oberbefehlshaber der 8. US-Luftflotte, deren Maschinen dazu beitrugen, Deutschland von Grossbritannien aus in Schutt und Asche zu legen.⁵⁵ Im pazifischasiatischen Raum sorgten die Generale Haywood Hansell und Curtis E. LeMay mit ihren B 29-Verbänden dafür, die japanischen Städte in flammende Infernos zu verwandeln. Es sind Namen, die das in seiner Art völlig neue Verbrechen eines «Holocausts aus der Luft» symbolisieren, der durchaus genozidale Züge trug. (Bavendamm, S. 336/337)

⁵⁵ Die Generale Arnold und Eaker schrieben in ihrem gemeinsam verfassten Buch *Winged Warfare*, das nur wenige Monate vor dem Kriegseintritt Amerikas erschien: «Menschen sind keine vorrangigen Ziele, ausser in besonderen Situationen. Bomber in viel grösserer Zahl, als heute zur Verfügung stehen, sind notwendig, um Menschen durch Luftbombardements in so grosser Zahl zu töten, dass der Wille eines ganzen Volkes gebrochen wird.» (Grayling, S. 162/163)

- Im Laufe des ersten Halbjahres 1941 ging Roosevelt von der strategischen Defensive zur strategischen Offensive gegen Deutschland und Japan über. Mit dem deutsch-sowjetischen Krieg begann Roosevelts Konzept von Politik und Kriegsführung 1941 aufzugehen: Der Untergang Deutschlands in einem Zwei-Fronten-Krieg. «Das ist der Zeitpunkt, Hitler zu packen», sagte der US-Präsident im Hochsommer 1941 zu Morgenthau. (Bavendamm, S. 388)
- In einem Strategiepapier («Kurzgefasstes Strategisches Konzept der Operationen für die Niederwerfung unserer potenziellen Feinde») vom 31. Juli 1941 hielten Kriegsminister Stimson und Marineminister Knox drei US-Kriegsziele fest: 1. Sicherstellung des Nachschubs für Grossbritannien und alle anderen Gegner der Achsenmächte. 2. Vorbereitung des Weges, auf dem die USA als Verbündete Grossbritanniens und anderer Mächte die Niederlage Deutschlands einleiten können. 3. Totale Niederwerfung Deutschlands. Dieses Strategie-Papier hielt konsequent an Roosevelts «Germany first»-Grundsatz als eigentliches Ziel des «Victory-Programms» fest: «Der Hauptkriegsschauplatz ist Europa, aber andere Kriegsschauplätze könnten später als wünschenswert erscheinen.» Weiter hiess es: «Die Vereinigten Staaten müssen darauf vorbereitet sein, Deutschland direkt zu bekämpfen und es zu besiegen... (...) Das bedeutet, dass die Alliierten die Luftüberlegenheit und starke Seestreitkräfte haben müssen; dass die Vereinigten Staaten eine Produktionskapazität schaffen müssen...» Es folgt eine detaillierte Aufzählung der zu treffenden Massnahmen. (Bavendamm, S. 350/351)
- Auf der Atlantik-Konferenz vom 9. bis 12. August 1941 einigten sich Roosevelt und Churchill insgeheim auf folgende Kriegsziele: 1. Sturz des nationalsozialistischen Systems und militärische Niederlage Deutschlands und zwar so definitiv, dass jedes Nachfolgeregime Friedensbedingungen zustimmen musste, die für die USA annehmbar waren, 2. Kriegseintritt der USA im Fernen Osten selbst dann, wenn Japan nicht angreift. (Bavendamm, S. 349/350)
- Am 4. Dezember 1941 wurde der *Chicago Tribune* ein Dokument über Roosevelts Kriegspläne zugespielt. Es war ein Krieg gegen das deutsche Volk: durch Aushungern, durch Bomben und durch Propaganda müsse man die Kampf-moral der Achsenmächte schwächen und durch subversive Umtriebe ihr Vertrauen erschüttern. (Nicholson Baker, *Menschenrauch – Wie der Zweite Weltkrieg begann und die Zivilisation endete*, Rowohlt Verlag, 2009, S. 486)

- In den USA engagierte sich der aus Deutschland emigrierte Architekt Erich Mendelsohn (1887-1953) in besonderer Weise für die chemische Kriegsführung. Als auch die US-Air Force ab September 1943 – beginnend mit dem verheerenden Angriff auf das militärisch absolut irrelevante ostfriesische Städtchen Esens⁵⁶ am 27. 9. 1943 – mehr und mehr zu unterschiedslosen Flächenbombardements nach dem Muster des «Area Bombing» der RAF überging, wurde Mendelsohn vom US-Korps für chemische Kriegsführung heimlich angeheuert. Auf dem US-Armeegelände von Dugway im Bundesstaat Utah wurde ab 1943 der Feuersturm u.a. mit dem Ziel trainiert, höchstmögliche Wirkung bei der Massenvergasung von Menschen zu erreichen. Gemeinsam mit Technikern von Standard Oil (Rockefeller-Konzern) half Mendelsohn in der Wüste von Utah, ein Berliner Arbeiterviertel zu errichten. An den Nachbauten der Berliner Mietskasernen wurde die Einäscherung von deutschen Städten geübt. Über die Aktivitäten Mendelsohns berichtete der US-amerikanische Kulturhistoriker Davis 1999 im New Yorker Architekturblatt *Grand Street*. «Mendelsohns Auftraggeber hatten es eilig. Trotz erfolgreicher Luftangriffe, die deutsche Städte in Flammenmeere verwandelten, wuchs auf Seiten der Alliierten die Frustration, weil es ihnen nicht gelingen wollte, auch in der Reichshauptstadt einen Feuersturm zu entfachen. Ihre wissenschaftlichen Berater forderten deshalb ein Sofortprogramm, bei dem die Brandeigenschaften von Arbeiterwohnhäusern anhand exakter Abbilder getestet werden sollten. Planung und Bau wurden mit geheimen Forschungen über die Entflammbarkeit japanischer Häuser koordiniert, denn auch die simulierte Vernichtung japanischer Häuser stand auf dem Programm.» Mendelsohn habe «verblüffend genaue Duplikate» der Arbeiterwohnhäuser im Wedding oder in Kreuzberg geschaffen. Der Stararchitekt beschaffte den Amerikanern ausführliche Informationen über die Dachkonstruktionen in den Zielgebieten, da sie einen kritischen Faktor für den

⁵⁶ Das Armen- und Arbeiterhaus wurde dabei total zerstört. Im Keller des Gebäudes starben 102 Schul- und Landjahrkinder.

Erfolg der Brandbomben darstellten. Weil Brandexperten einwandten, Dugways Klima sei zu trocken, mussten GIs die Ziele ständig mit Wasser begiessen, um den Berliner Regen nachzuahmen. Mit der Inneneinrichtung der Häuser wurden versierte Hollywood-Dekorateurs beauftragt. Sogar deutsche Textilien wurden beschafft, „um etwaige typische Eigenschaften von Bettlaken und Vorhängen bei Bränden sorgsam zu studieren“. Innerhalb von 44 Tagen, so Davis weiter, hätten dann Insassen des Staatsgefängnisses von Utah, die in grosser Zahl als Arbeitskräfte verpflichtet worden seien, die von Mendelsohn entworfenen Gebäude von «German Village» auf dem Bombentestgebiet errichtet sowie auch Nach-



Der Architekt Erich Mendelsohn (1887-1953) verschaffte den US-Terrorbomben das nötige Fachwissen, um in Deutschlands Städten vernichtende Feuerstürme zu entfachen.

bauten japanischer Wohnviertel erstellt. «Der gesamte Komplex wurde anschliessend mit Brandbomben beworfen und zwischen Mai und September 1943 mindestens dreimal vollständig wieder aufgebaut.» Wobei die Planer des Luftkrieges vor allem daran interessiert gewesen seien, herauszufinden, welche Wirkung neue Brandstoffe, darunter Napalm, haben würden. Davis: «Die gewonnenen Erkenntnisse wurden von den alliierten Luftwaffen bei ihren Bombenangriffen auf die Zivilbevölkerung verwertet.» Der 1953 verstorbene Mendelsohn wurde von Februar bis Mai 2004 mit einer grossen Ausstellung in der Berliner Akademie der Künste als «prägender Baumeister Berlins» (gemeint waren seine Jahre bis 1933) geehrt. (Frey, S. 89-91) In Allenstein/Ostpreussen erinnert eine Gedenktafel in polnischer und deutscher Sprache an den Geburtsort Mendelsohns: «Der weltberühmte Architekt wurde in diesem Haus geboren und verbrachte hier seine Jugend.» (Wikipedia, *Erich Mendelsohn*)

- Das in Dugway erstmals ausprobierte Napalm feierte 1944 Premiere im Kriegseinsatz. Bei Bombenangriffen und besonders massiv an der Invasionsfront in der Normandie gegen die Deutschen sowie beim «Inseln springen» im Pazifik gegen die Japaner bestand es im wahrsten Sinne des Wortes seine Feuerproben.

Bei Napalm handelt es sich um ein «Abfallprodukt» der US-Giftgasentwicklung im Zweiten Weltkrieg. Sobald Napalm die Haut erreicht, lässt es sich nicht mehr entfernen oder löschen. «Vater» der Napalm-Bombe war der US-Chemiker Louis Frederick Fieser (1899-1977). Er gehörte zu den Wissenschaftlern, die im Juli 1940, anderthalb Jahre vor dem offenen Kriegseintritt der USA, für Kriegszwecke im National Defense Research Committee (NDRC) zusammengerufen wurden. Chef des NDRC war der Leiter des Carnegie-Institut Vannevar Bush. Der Spezialist für chemische Kriegführung Emanuel B. Hershberg war einer der engsten Mitarbeiter Fiesers. Eigentlich arbeitete Fieser an der Weiterentwicklung der herkömmlichen Giftgaswaffen. Sozusagen nebenbei stiess er auf die verheerende Wirkung von Napalm, das die «Vorzüge» des Vergasens und Verbrennens der Opfer in sich vereinigt. 1942 fanden erste Probeprobombardements mit diesem neuen Kampfstoff statt. (Frey, S. 91/92)

8.5 Bilanz des Bombenkrieges gegen Deutschland

Der Luftterror der Anglo-Amerikaner traf unbarmherzig 161 deutsche Städte und über 850 kleinere Orte in Deutschland. Die Mehrzahl der über 1,4 Millionen Starts britischer und US-amerikanischer Bombenflugzeuge in Richtung Deutschland galt den Zivilisten, Frauen, Kindern und Arbeitern, nicht vorgeblichen militärischen oder industriellen Zielen. Bei folgenden Städten wurden zu über 50% Wohnräume zerstört: Friedrichshafen, Pirmasens, Prenzlau, Offenbach, Bad Kreuznach, Mönchengladbach, Siegen, Rheine, Remscheid, Bocholt, Gelsenkirchen, Hagen, Frankfurt/Oder, Ulm und Donauwörth, das am 11. und 19. April 1945 durch zwei US-Luftangriffe zu fast 75% zerstört wurde. Eine ganze Reihe von Städten erlitten starke Zerstörungen, z.B. Neumünster, Offenburg, Reutlingen, Straubing, Fulda, Schweinfurt, Wetzlar, Ingolstadt, Neuss, Oberhausen, Wismar, Minden. Nicht zu vergessen sind die vielen kleineren Orte, die Eifel-Dörfer, die besonders gelitten haben, aber auch andere in ganz Deutschland, etwa ein Dorf in Bayern, auf das US-amerikanische P-47-Jagdbomber noch im Mai 1945 (!) einen Napalm-Angriff geführt haben. (*Spiegel*, 2/2003, S. 48)

Die zivilen Opfer von Luftbombardements werden heutzutage verharmlosend als «Kollateralschaden» (Neben- oder Begleitschaden) bezeichnet. Gemäss dem «US-Strategic Bombing Survey» kamen bei den alliierten Luftangriffen insgesamt 305.000 deutsche Zivilisten ums Leben, 780.000 wurden verwundet. Andere Schätzungen geben eine Obergrenze für die Zahl der deutschen Bombentoten von etwa 500.000 an. (Grayling, S. 123) Nach Franz-Willing (S. 59/60) hat der Bombenkrieg

allein im Reichsgebiet mehr als 600.000 Zivilisten das Leben gekostet. Bekker (S. 523) nennt eine Zahl von 635.000 Toten, darunter 570.000 deutsche Zivilpersonen einschliesslich Flüchtlinge und 32.000 Tote unter Ausländern und Kriegsgefangenen. Friedrich (S. 511) schätzt, dass durch den Bombenkrieg etwa 75.000 Kinder unter vierzehn Jahren – 45.000 Jungen, 30.000 Mädchen – getötet und 116.000 verletzt wurden. Fünfzehn Prozent der gesamten Todesopfer waren Kinder. Czesany hat in seiner Studie folgende Zahlen von Luftkriegsopfern des Deutschen Reiches errechnet: 635.000 Tote, 955.000 Verwundete, darunter 76.000 an Verwundung Gestorbene, Verwundete ohne Todesfolge 879.000. Dazu kommen noch die Verluste der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten und verbündeten Staaten, vor allem in Italien, Frankreich, Belgien und Rumänien. Die deutsche Bundesregierung hat eine Mindestzahl von 635.000 bei Luftangriffen getöteten Zivilisten, Luftschutz- und Polizeikräften errechnet (nicht geschätzt). Mehrere Tausend Zivilisten wurden in Frankreich, Italien, Rumänien, Ungarn, im Protektorat Böhmen und Mähren sowie in der Slowakei getötet. Zum Vergleich: Grossbritannien hatte rund 65.000 Luftkriegstote zu beklagen. Insgesamt wurden durch den Bombenkrieg auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands 3.370.000 Wohnungen zerstört.

Nach Grayling warf das Bomber Command im Jahr 1940 5.000 Tonnen Bomben auf Deutschland ab. Im Jahr 1941 waren es 23.000 Tonnen, 1942 37.000 Tonnen, 1943 180.000 Tonnen, 1944 474.000 Tonnen, und in den vier Monaten von Januar bis einschliesslich April 1945, als der Krieg bereits unverkennbar gewonnen war, wurden sogar 181.000 Tonnen abgeworfen (was hochgerechnet einer Jahresmenge von 724.000 Tonnen entsprochen hätte). Die letzte Zahl entspricht fast einem Fünftel der Gesamttonnage des ganzen Krieges, was bedeutet, dass über Deutschland eine regelrechte Bombenflut niederging. In diesen Zahlen sind die Tonnagen der 8. Army Air Force nicht enthalten. Insgesamt warfen anglo-amerikanische Bomber 1.996.036 Tonnen Bomben auf Westeuropa ab; Deutschland (in seinen Grenzen von 1937) wurde mit 1.350.000 Tonnen bedacht, Österreich und der Balkan mit 180.000 Tonnen, Frankreich mit 590.000, Italien mit 370.000 und verschiedene andere Ziele wie Böhmen und Mähren, die Slowakei und Polen mit 200.000 Tonnen. Deutschland dagegen warf nur eine Gesamtmenge von 74.172 Tonnen Bomben auf England ab (einschliesslich der VI- und V2-Raketen), also gerade 5% der Menge, die die Angloamerikaner auf Deutschland niedergehen liessen. «Abgesehen von den Erfolgen der RAF bei der Entfachung des Feuersturms», schrieb der britische Labour-Politiker Richard Crossman, Spezialist für Psychologische Kriegführung und ein führender Zionist, «der 50.000 Hamburger und 150.000 Dresdner geröstet

hat, während offiziell behauptet wurde, wir hätten nur militärische Ziele bombardiert, sind subversive Operationen und schwarze Propaganda die einzigen Aspekte gewesen, in deren Rahmen wir wirklich Hervorragendes geleistet haben». Nach Luftmarschall Harris wurden 23 deutsche Städte mit mehr als 60% ihrer bebauten Fläche zerstört, 46 weitere zur Hälfte vernichtet. Nach Angabe des US-Historikers A.R. Wesseler hat Churchill-Berater Lindemann errechnet, «dass unter dem Einsatz von 10.000 schweren Bombern zur Zerstörung der 58 grössten Städte ein Drittel der deutschen Bevölkerung ihrer Behausung beraubt werden würde (im englischen Original: de-housed)». Dabei wurde natürlich vorausgesetzt, dass von diesen 25-27 Millionen obdachlosen Menschen wenigstens 10% (zwei bis drei Millionen) getötet werden würden. Allein in dieser Beziehung verdienen es Winston Churchill und seine Berater, zu den wüstesten Massenmördern der Geschichte gezählt zu werden. (Grayling, S. 123; Franz-Willing, S. 59/60; Bekker, S. 523; *Spiegel-Serie: Der Bombenkrieg gegen die Deutschen. Als Feuer vom Himmelfiel*; Jochen Bölsche: *So muss die Hölle aussehen*, in: *Der Spiegel* 2/2003)

8.6 Zerstörung von Kulturgütern

«Hatten die Alliierten und insbesondere die für die Planung und Durchführung der Bombenoffensiven Verantwortlichen vielleicht unausgesprochen die Absicht, die kulturelle Identität der beiden wichtigsten Achsenmächte auszulöschen, eine Art ‚Kulturozid‘ zu begehen?» (Grayling, S. 34)

Die Bombardierung deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg war nicht nur eine humanitäre und wirtschaftliche, sondern auch eine kulturelle Katastrophe für Deutschland und Europa. Die Zerstörung von Städten bedeutete nicht nur, dass Zehntausende, ja Hunderttausende von Menschen getötet und traumatisiert wurden. Durch die Bombardierungen wurden unersetzliche Kulturwerke und Kulturstätten wie Denkmäler, Bibliotheken, Schulen, Universitäten, Theater, Museen, Kunstgalerien, Geschäfte, architektonische Schätze, Krankenhäuser, Hotels, Ateliers, Konzertsäle, historische Bauten und die Eckpfeiler des Wirtschaftslebens, die die Identität einer Gesellschaft ausmachen, kurz: die kulturelle Substanz, die materiellen Zeugnisse der deutschen Geschichte und Wesensart, zerstört. (Grayling, S. 183) Durch die britisch-US-amerikanischen Flächenbombardierungen wurden der abendländischen Kultur unheilbare Wunden zugefügt. Grayling (siehe einleitendes Zitat und S. 324, Anm. 9) spricht sogar davon, man müsse der Tatsache offen ins Auge sehen, dass die Alliierten ernsthaft in Erwägung zogen, die deutsche und die japanische Kultur

mit Hilfe von Flächenbombardements dauerhaft zu zerstören. So wurde zum Beispiel am 5. April 1945 nachmittags durch einen Tieffliegerangriff das Haus Wahnfried in Bayreuth zu zwei Drittel zerstört. Am 29. April 1945 wurde ein gezielter englischer Bombenangriff gegen die Bismarckstätten in Friedrichsruh geflogen, Wohn- und Wirtschaftsgebäude sowie die Gruftkapelle wurden getroffen, dabei der mittlere Wohntrakt, Bismarcks Wohnsitz, fast vollständig vernichtet. Alle Bewohner, einschliesslich des schwedischen diplomatischen Personals (zwei Tote), das hier Zuflucht gesucht hatte, fanden damals Unterkunft im überfüllten Marstall, den der Sohn Herbert Bismarck (1849-1904) nach dem Tode des Vaters gebaut hatte. Der Wohnsitz des Alt-Reichskanzlers konnte nicht wieder aufgebaut werden. Der britische Aussenminister Anthony Eden überreichte im Jahre 1943 dem sowjetischen Diktator Stalin ein Foto-Album mit Luftaufnahmen zerstörter deutscher Städte, um den britischen Anteil am Kampf gegen Deutschland zu dokumentieren. Für Luftmarschall Harris waren die Kulturstätten ohnehin nur «Ansichtskartenplunder». (Franz-Willing, S. 61, 192) Der Luftterror der Anglo-Amerikaner traf vor allem Städte und Ortschaften West- und Mitteldeutschlands. Aber auch die Städte im Osten Deutschlands hatten unter dem Bombenterror der Alliierten und beim Einmarsch der Roten Armee schwer zu leiden. Ganze Stadtteile wurden ausgebombt, nach dem Einmarsch der Roten Armee vorsätzlich in Brand gesteckt oder gesprengt. Dies belegen die nachfolgenden Beispiele.

8.7 Zerstörung Stettins am 17./29./30. August 1944

Stettin (1939: 383.000 Einwohner), die Hauptstadt Pommerns, war Deutschlands grösster Ostseehafen. Die Stadt erhielt 1243 das Magdeburger Stadtrecht und war seit 1278 Hansestadt, bis zum 17. Jahrhundert Residenz der pommerschen Herzöge, dann wichtige preussische Festung. Der Hafen ist Umschlagplatz von Nordsee, Mittelmeer und Übersee. Zugleich ist Stettin die bedeutendste Industriestadt Pommerns. Kriege, Belagerungen und Brände haben viel vom alten Stettin zerstört. Erhalten blieben: Herzogschloss (Baubeginn 1346, umgebaut) mit Schlosskirche, Gruft, riesiger Uhr; Peter- und Paul-Kirche (um 1430) und die Jakobikirche, ein Meisterwerk norddeutscher Backsteingotik mit 119m hohem Turm, der die Stadtsilhouette beherrscht. An ihrer Orgel (4.000 Stimmen) wirkte 40 Jahre lang als Organist der grosse Balladenkomponist Carl Loewe. Zwei Barocktore erinnern an die Festungszeit Stettins. Seine Prachtbauten verdankt es dem Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I.

Stettin war Ziel mehrerer anglo-amerikanischer Luftangriffe. Schon 1940/41 waren die ersten Wellingtons über Stettin aufgetaucht, um geeignete Bombenziele zu erkunden. Die Oderwerke und die Vulkanwerft bauten weltberühmte Schiffe, drei hatten das Blaue Band gewonnen: «Kaiser Wilhelm der Grosse» (1897), «Deutschland» (1900) und «Kaiser Wilhelm II.» (1906). Ferner gab es die Hütte «Kraft» und das 1940 angelaufene Pölitzer Hydrierwerk zur Flugbenzinerzeugung. In der Nacht vom 20. auf den 21. April 1943 griff die RAF mit 339 Maschinen den fast tausend Kilometer entfernten Ort an, markierte und traf perfekt die Stettiner Innenstadt. Das Stadtzentrum erlitt schwere Schäden, 586 Personen wurden bei diesem Angriff getötet. Die Bomben, auf die grünen Zielmarkierungen in der Südstadt gesetzt, liessen 276 Feuer und Flammensäulen von viertausend Meter Höhe entstehen. In der Nacht zum 6. Januar 1944 warfen 348 RAF-Flugzeuge 1.118 Tonnen Bomben auf Stettin. Am nächsten Morgen wurden 244 Tote geborgen, schwere Brände loderten in der Altstadt. Acht Schiffe, darunter das Schulschiff «Helios» und das Vermessungsschiff «Triton» wurden im Hafen und in den Werften versenkt. Am 11. April 1944 flog die 8. US-Flotte einen Luftangriff auf Stettin und versenkte mehrere Schiffe und Fähren. In der Nacht vom 16. auf den 17. August 1944 griff das Bomber Command mit 461 Maschinen wieder Stettin an. Hierbei wurden fünf Schiffe versenkt und die Hafenanlagen sowie acht Schiffe schwer beschädigt. In der Nacht vom 29. zum 30. August 1944 flog die Kanadische Luftwaffe RCAF mit 402 Bombern einen Luftangriff auf Stettin. Auch bei diesem Angriff wurden Frachtschiffe und Räumboote versenkt. Durch die Bombenangriffe wurden 2.430 Stettiner getötet und das Innenstadtviertel zwischen dem bollwerkbewehrten Oderufer und der Peter- und Paul-Kirche, 1124 an der Stelle eines slawischen Heiligtums errichtet, total zerstört. Die berühmteste Backsteinkirche Pommerns, St. Jacobi, auf Pfählen ruhend, bekam den letzten Stoss. Das gotische Alte Rathaus mit seinen wunderbar verzierten zwölf Sternengewölben des Ratweinkellers brannte aus. Das Greifenschloss der Pommernherzöge, 1346 von Barnim II. begonnen, überstand die Bombenangriffe nicht. Ein Raub der Flammen wurde die florentinisch anmutende Schlosskirche mit dem holzgeschnitzten Grabmal Bogislaws, des Grössten seines Geschlechts. Mit der Zertrümmerung des Jacobi-Kirchenschiffes wurde auch die Orgel Arp Schnitgers für immer stumm, (www.tenhubergreinhard.de; Friedrich, S. 187-189)

8.8 Zerstörung Königsbergs am 29./30. August 1944

Königsberg (1939: 372.000 Einwohner), die Hauptstadt Ostpreussens, war der kulturelle und wirtschaftliche Mittelpunkt Nordostdeutschlands mit der ältesten Uni-

versität Preussens (gegründet 1544) und eine bedeutende Handelsstadt mit dem modernsten Hafen der Ostsee und den grössten Silos des Kontinents. Königsberg wurde 1255 vom Deutschen Ritterorden zum Schutz des eroberten Samlandes gegründet und nach König Ottokar von Böhmen benannt. Die kulturelle Bedeutung für Deutschland zeigt die grosse Zahl bekannter Männer und Frauen, die hier geboren wurden, unter anderem Immanuel Kant (1724-1804). Zu den Sehenswürdigkeiten der vielfach noch altertümlichen, im Ganzen aber erstaunlich modernen, lebhaften Stadt gehörten das Schloss mit der Krönungskirche, die ehemaligen königlichen Gemächer, der Moskowitersaal, die Ordensräume (Silberbibliothek Herzog Albrechts) und die Kunstsammlungen, ferner das Prussiamuseum mit reichen Funden aus der germanischen Vorzeit und das «Blutgericht», eine altertümliche Weinstube. Auf der Dominsel standen der monumentale Backsteinbau des Domes (1333) mit Kants Grab und die alte Universität (jetzt Stadtbibliothek). Auf dem Paradeplatz lagen die neue Universität, die grösste Buchhandlung Deutschlands (Gräfe & Unzer) und das Opernhaus.

Die ostpreussische Provinzhauptstadt war zunächst von Kriegshandlungen weitgehend verschont geblieben, abgesehen von vereinzelt sowjetischen Bomben, die 1941 und 1943 auf die Stadt fielen. Doch die Fernkampfbomber der RAF erreichten auch Königsberg und machten die Stadt in kürzester Zeit zu einer brennenden Menschenfalle und löschten eine Stadtsilhouette von vollendeter Harmonie aus. In den Nächten vom 26. zum 27. August und vom 29. zum 30. August 1944 warfen die Briten die todbringende Last ihrer gekoppelten Phosphor- und Sprengbomben über Königsberg ab, die sofort dichtgedrängte Brände hervorriefen. Das Feuer durchraste die historische Innenstadt. Riesige Flächen brannten lichterloh, die Menschen versuchten, dem Sog der Flammen zu entkommen, die von dem jahrhundertalten Balkenwerk gespeist wurden. Frauen, Kinder, alte Männer und Soldaten starben in diesen Nächten schnell oder langsam, in allen Fällen auf entsetzliche Weise. Durch die beiden nächtlichen Angriffe wurden der alte Königsberger Stadtkern (Altstadt, Löbenicht und Kneiphof) praktisch zu 100%, das weitere Königsberger Stadtgebiet (etwa bis zu den alten Befestigungen) zu 50% und das «neue» Königsberg aus dem 19. und 20. Jahrhundert zu ungefähr 10% zerstört. Zu den zerstörten öffentlichen Gebäuden zählten der Dom und zwölf weitere Kirchen, die alte und die neue Universität, das Kneiphöfische Rathaus, das Schloss, die Börse, die Speicher, das Opernhaus, die Staatsbibliothek, zahlreiche Universitätsinstitute und Kliniken, Zeitungsgebäude und etwa die Hälfte aller Schulen. Kasernen, Industrie- und Hafenanlagen blieben hingegen weitgehend verschont. Die Zahl der Menschen, die bei

dem Inferno ihr Leben liessen, wird zusammen mit den Vermissten auf 4.200 geschätzt. 200.000 Königsberger waren obdachlos geworden. (Hans-Georg Tautorat, *Königsberger Bürgerbriefe*, Ausgabe 59, 2002, S. 58/59; Artikel von Andreas Kosen vom 3. März 2008, *Ostpreussens Untergang*, in: www.zeit.de)

Der in Königsberg geborene und später von den Nationalsozialisten als sogenannter «Geltungsjude»⁵⁷ bezeichnete Michael Wieck hat seine Erlebnisse während der Vor-, Kriegs- und Nachkriegszeit in einem autobiographischen Buch festgehalten. Darin beschreibt er das Inferno von Königsberg, das er als 17-Jähriger erlebte, wie folgt: «Nur drei Nächte später – am 29. August – wurden wir wieder in den Keller gejagt, und diesmal lässt sich das Inferno kaum noch beschreiben. Der Angriff und das Explodieren der Bomben nahmen kein Ende. (...) Diesmal überschütteten die Bomber mit System und Sorgfalt die gesamte Innenstadt vom Nordbahnhof bis zum Hauptbahnhof mit erstmalig eingesetzten Napalmkanistern, Spreng- und Brandbomben verschiedener Bauart, so dass innerhalb kurzer Zeit die ganze Stadt gleichzeitig zu brennen anfang. Durch die Hitzeentwicklung und den sofort entstehenden Feuersturm hatte die in den engeren Strassen wohnende Zivilbevölkerung keine Chance zu entkommen. Sie verbrannte vor den Häusern genauso wie in den Kellern. Überleben konnte nur, wer rechtzeitig die Gefahr erkannte und noch während des Angriffs – bevor sich das Feuer entfaltete – die Innenstadt verliess. Manche sprangen in den Pregel. Was jedermann über den Luftangriff auf Dresden weiss, weil er oft in aller Schrecklichkeit beschrieben wurde, erlebten die Königsberger schon sechs Monate vorher. Während noch Tausende verzweifelt versuchten, aus dem Feuerofen zu entkommen, stand ich wieder auf dem Balkon und sah die Flammen der lichterloh brennenden Stadt zum Himmel lodern. Für jeden Rettungsversuch war es zu spät. Der Rauchpilz, der sich immer deutlicher gegen den morgendämmerigen Himmel abzeichnete, war so gross und hoch, dass er den Rauchgebirgen späterer Atomexplosionen glich. (...) Für die Berufsfeuerwehr war an Löschen nicht zu denken. Jede Annäherung auf weniger als zwanzig Meter verbot sich durch die mörderische Hitze. Rettungsaktivitäten konzentrierten sich auf die in den Randbezirken vereinzelt brennenden Häuser. Das historische Königsberg musste man seinem Schicksal überlassen. Ohnmächtig sahen wir zu, wie es abbrannte. Als ich

57 Der Begriff «Geltungsjude» war in der NS-Zeit gebräuchlich und bezeichnete jenen Teil der «Mischlinge», die per Definition als Juden galten im Unterschied zu den Personen, die nach der Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 als jüdische Mischlinge bezeichnet wurden. (Wikipedia, *Geltungsjude*)

Stunden später um die brennende Stadt herumging,... war das Elend unbeschreiblich. Mit Leiterwagen, Handkarren, Kinderwagen, Schubkarren und allem, was Räder hatte, zogen oder lagerten hunderttausend Obdachlose in den Anlagen. Überall Koffer, Taschen und Gepäckstücke, die Reste der geretteten Habe. (...) Viele waren russverschmiert, trugen verbrannte Kleider und weinten um die Vermissten. Mit verdecktem Stern ging ich voller Mitgefühl für Kinder, Mütter und hilflose alte Menschen wieder nach Hause. Ungefähr drei Tage konnte man die Stadt nicht betreten. Auch als keine Flammen mehr loderten, waren Steine und Boden glühend heiss und kühlten sich nur ganz allmählich wieder ab. Was übrig blieb, waren schwarze Ruinen mit Fensterhöhlen, die Totenschädeln glichen. Spezialtrupps suchten die Leichen zusammen, die nicht nur verkohlt auf den Strassen, sondern auch in ihren Kellern erstickt und von der Hitze geschrumpft herumlagen; es waren viele Tausende. Lauter Einzelschicksale, unter denen es auch einige in Mischehen lebende Juden gab, wie sich später herausstellte. Wer kann über die letzten Minuten dieser Unglücklichen berichten? Kann man sie sich überhaupt vorstellen? Wie gross muss Hitze werden, bis man sein Bewusstsein verliert? Jeder war geschockt über eine Wirklichkeit, eine Dimension des Krieges, die niemand für möglich gehalten hatte. Die Organisationen der Partei spielten sich mit Decken, Kaffee und Zuspruch als Retter in der Not auf; eine Not, die sie selber herbeigeführt hatten. Die Alliierten hätten wissen müssen, dass solche Angriffe Zivilisten, Frauen und Kinder trafen und das Kriegsgeschehen kaum beeinflussten. Diese Racheaktionen waren weder heldenhaft noch sinnvoll und zeugten von einer bereits ebenfalls korrumpierten Mentalität. So war Hitlers Kriegsmaschinerie nicht zu stoppen – im Gegenteil. Man lieferte Gründe für Verbitterung und Verzweiflungstaten.»

Wieck zitiert aus dem Buch von Major Kurt Dieckert *Der Kampf um Ostpreussen*: «Ein wesentlich schwererer Angriff durch etwa 600 Bomber, die nach dem Wehrmachtsbericht über schwedisches Hoheitsgebiet einflogen, traf in der Nacht vom 29./30. August die dicht bebaute Innenstadt mit verheerenden Folgen. Mit grausigem Erfolg wurden die neuen Brandstrahlbomben erprobt. Brandstürme, denen viele der Flüchtenden zum Opfer fielen, tobten durch die Strassen. Feuerwehr und Luftschutz waren machtlos. Diesmal waren nur Wohnviertel mit in üblicher Weise eingestreuten Läden und Verwaltungsgebäuden getroffen worden, so dass man mit Recht von einem Terrorangriff sprechen kann. Fast alle kulturell wertvollen Gebäude mit ihrem unersetzbaren Inhalt wie der Dom, die Schlosskirche, die Universität, das alte Speicherviertel wurden ein Raub der Flammen. Der durch die beiden Luftangriffe verursachte Gebäudeschaden betrug über 50 Prozent, die Zahl der meist zivilen Todesopfer schätzt man auf 3.500 (es waren viel mehr), und über 150.000 Menschen wurden obdachlos. Noch tagelang wüteten in Königsberg Brän-

de. Auch die meisten der nicht betroffenen Einwohner verliessen fluchtartig die Stadt, um in der näheren oder weiteren Umgebung ein meist recht primitives Unterkommen zu finden. Die Königsberger werden diese Schreckensnächte nicht aus ihrer Erinnerung löschen können.» (Michael Wieck, *Zeugnis vom Untergang Königsbergs – Ein «Geltungsjude» berichtet*, 5. Auflage, 1993, S. 151-154)

8.9 Zerstörung Aliensteins am 22. Januar 1945

Allenstein (1939: 46.500 Einwohner) liegt an der Grenze zwischen dem Ermland und dem Oberland. Die Stadt blickt auf eine wechselvolle Geschichte zurück. In Masuren lebten Deutsche und Polen nebeneinander. Nach den Bestimmungen des Versailler Diktats wurde in diesem Gebiet – wie auch in Schlesien – eine Volksabstimmung durchgeführt. In Allenstein stimmten 98 Prozent der Einwohner für Deutschland. Anfang 1945 flüchteten die meisten Einwohner der Stadt vor der heranrückenden Front. Soldaten der Roten Armee nahmen die Stadt am 22. Januar kampflos ein. Die Stadt hatte durch Bomben und Artilleriebeschuss kaum gelitten. Aber schon in der ersten Nacht begannen die Brände. Auf einem der Hauptplätze wurde ein vierstöckiges Kaufhaus angezündet. Es kam auch zu Misshandlungen der verbliebenen Zivilbevölkerung. Zu besonders grausamen Übergriffen kam es nach Augenzeugenberichten in der zum Feldlazarett umfunktionierten Heilanstalt Kortau, wo alle Lazarett-Patienten und das Personal den Tod fanden. Dort wurden bei Bauarbeiten in den fünfziger Jahren mehrere kleinere und grössere Massengräber entdeckt; das grösste von ihnen barg 227 Leichen. Bis März 1945 wurden in Allenstein durch vorsätzliche Brandstiftung 1.040 Häuser (40 Prozent der Bausubstanz) zerstört, bevor die Rote Armee die Kontrolle über die Stadt der polnischen Verwaltung übergab. Das Vorgehen der sowjetischen Armee in Ostpreussen am Ende des Krieges und die dabei geduldeten Ausschreitungen werden u.a. auch in Werken der russischen Schriftsteller Alexander Solschenizyn (vgl. sein Buch *Ostpreussische Nächte*) und Lew Kopelew (vgl. sein Buch *Aufbewahren für alle Zeit*) thematisiert. Beide waren damals selbst Soldaten und daher direkte Augen- und Zeitzeugen. Die Narben des Krieges sind noch heute zu sehen. Den historischen Stadtkern haben die Polen in Anlehnung an die alte Architektur neu errichtet. (Wikipedia, *Olsztyn (Allenstein)* –, *Allenstein (Olsztyn)* unter www.polish-online.com)

8.10 Zerstörung Danzigs am 9. März 1945

Danzig (1939: 260.000 Einwohner) war Hauptstadt von Westpreussen und von Januar 1920 bis September 1939 «Freie Stadt» unter Aufsicht des Völkerbundes. Im

13. Jahrhundert als deutsche Stadt gegründet, dem Deutschen Ritterorden angeschlossen, erlebte Danzig seine erste Blütezeit als Vorposten der Hanse. 1454 wurde der König von Polen als Schutzherr anerkannt. Die zweite Blütezeit Danzigs war um 1600, als der aufblühende Handel Baukunst, wissenschaftliche Forschung, Theater und Kunstgewerbe in norddeutscher Eigenart reich entwickeln liess. 1793 wurde das Danziger Gebiet mit Preussen vereinigt. Von 1807 bis 1813 war die Stadt von Franzosen besetzt und hiess «Freie Stadt», ohne es zu sein. 1814 wurde sie wieder mit Preussen vereinigt. Im 19. Jahrhundert wurde die Stadt durch die preussische Politik der «Dotationen» gefördert: Provinzhauptstadt, bedeutende Garnison, Hafenbauten, Verlagerung der Weichselmündung, Technische Hochschule u.a. m. Durch das Versailler Diktat wurde Danzig ein selbständiges Staatswesen, dem ausser der Stadt mit Vororten (Langfuhr, Oliva, Neufahrwasser) das bedeutende Ostseebad Zopot sowie das ganze Weichselmündungsgebiet mit drei Landkreisen zugeteilt wurde. Polen hatte vertraglich festgelegte Rechte in Danzig, entsprechend der Auflage der Freien Stadt, Polen einen freien Zugang zum Meer zu schaffen. Die Sonderrechte Polens wurden durch eine Reihe von Verträgen zwischen beiden Staaten geregelt und gesichert. Der deutsche Charakter der Stadt und ihres Eigenlebens wurde von den Siegermächten anerkannt. 95 Prozent der Gesamtbevölkerung der Freien Stadt waren Deutsche.

Der erste Luftangriff auf Danzig durch die britische RAF erfolgte am 11. Juli 1942 mit 44 Lancastern der 5. Bomber Group. Ziel der Bomber waren der Bahnhof, die Werften, der Hafen, das Elektrizitätswerk und wichtige Brücken. Die Bomben wurden aber ungenau geworfen. Sie zerstörten und beschädigten fast ausschliesslich Privathäuser, sie zertrümmerten die Kinderstation des Diakonissenkrankenhauses und verletzten und töteten zahlreiche Patienten. Auch die Werften wurden getroffen, ebenso mehrere Kriegsschiffe, die im Hafen vor Anker lagen. Hier und bei der Zivilbevölkerung gab es Tote und Verwundete. Die *Danziger Neuesten Nachrichten* vom 13. Juli 1942 berichteten über den britischen Luftangriff unter der Überschrift *Der britische Fliiegerangriff auf Danzig. Bombardierung der Frauen- und Kinderstation des Diakonissenkrankenhauses – Verluste der Zivilbevölkerung an Toten und Verwundeten*. Es wurden namentlich 89 Tote aufgeführt, die bei dem Luftangriff ums Leben kamen. Schwere Schäden richtete am 9. Oktober 1943 ein US-amerikanischer Luftangriff mit 378 Bombern an.

Seit dem 9. März 1945 wurde die Danziger Innenstadt fast täglich durch sowjetische Luftangriffe bombardiert, später auch mit Artillerie beschossen. Am 26. März wur-

de Danzig durch die Rote Armee erobert. Nach der Einnahme der Stadt kam es zu zahlreichen Brandstiftungen und Grausamkeiten gegen die Bevölkerung. Die Einwohner wurden, soweit nicht vorher geflohen, ermordet, verschleppt bzw. vertrieben. Tausende kamen dabei ums Leben. Bis zu einer Million Menschen waren im Kessel von Danzig und Gdingen eingeschlossen. Tiefflieger beschossen die Stadt, die Menschen kauerten in Kellern und Bunkern, niemand löschte mehr die Brände, die die historische Bausubstanz zerstörten. Schwer getroffen wurden die Kirchen St. Barbara, St. Bartholomäus, St. Johannes, St. Joseph, St. Katharina und die Birginitiner Klosterkirche. St. Peter und Paul, St. Elisabeth, St. Ignatius, St. Jakob, St. Trinitatis nahmen schweren Schaden. Ferner wurden der Artushof, die Ordensmühle, das Reichsstädtische Rathaus, das Heiliggeist-Tor und das städtische Wahrzeichen, das 1444 begonnene Krantor, zerstört bzw. schwer beschädigt. Verwüstet wurden auch die Speicherbauten auf der Speicherinsel und die strassenweise niedergeworfenen Patrizierhäuser. Günter Grass hat ihren Untergang in seinem Roman «Die Blechtrommel» geschildert. Nach dem Krieg wurden unter anderem originalgetreu wiederaufgebaut: der Artushof, das Grüne Tor, das mittelalterliche Krantor. (www.forum.danzig.de; Peter Oliver Loew, *Danzig – Biographie einer Stadt*, S. 226; www.lexikon-zweiter-weltkrieg.de; www.deutsche-schutzgebiete.de; www.ordenland.de; Friedrich, S. 190)

8.11 Zerstörung von Leobschütz (OS) am 16. März 1945 – Leobschützer Todeszug

Leobschütz (1939: 13.400 Einwohner) wurde erst zum Ende des Krieges zerstört. Am 16. März 1945 gab es den ersten sowjetischen Fliegerangriff auf die Stadt. Der Ring, das Rathaus, die Kreuzstrasse, die Laubenstrasse und Taumlitz wurden getroffen. Weitere Angriffe der sowjetischen Luftwaffe brachten im ganzen Stadtgebiet grosse Zerstörungen durch Brand- und Sprengbomben. Am 17. März 1945 war Leobschütz fast ausgestorben. Um 13.00 Uhr wurde die Zwangsevakuierung befohlen. Die verunsicherte Bevölkerung floh vor den Sowjets in Richtung Westen. Unzählige Trecks waren in Richtung Jägerndorf und in das Sudetenland unterwegs. Um 14.30 Uhr und 17.00 Uhr fuhren die letzten Sonderzüge aus Leobschütz ab. Von den 14.000 Einwohnern der Stadt sind etwa 250 zurückgeblieben. Am 24. März 1945 marschierten sowjetische Abteilungen in Leobschütz ein. Am 11. Mai 1945 übernahm die polnische Administration die Stadt von den Russen. In Massen kehrte die geflüchtete Bevölkerung in die Stadt und in die Gemeinden zurück. Anfang Juni 1945 waren ca. 3.500 Leobschützer wieder in der Stadt zurückgekehrt. Unter schwierigsten Bedingungen versuchten sie einen Neuanfang. Für sie begann

ein unvorstellbarer Leidensweg. Zeitgleich trafen die ersten polnischen «Repatrianten» in Glubczyce – wie die polnischen Besatzer Leobschütz nennen – ein. Die Umsiedlung der polnischen Bevölkerung aus Ostpolen hatte begonnen.

Leobschützer Todeszug: Stellvertretend für den Leidensweg der deutschen Bevölkerung aus der Stadt und dem Landkreis Leobschütz wird hier der folgende Bericht eines Augenzeugen über die Vertreibung aus Leobschütz im September 1945 wiedergegeben. Am 26. September 1945, frühmorgens gegen 5.00 Uhr, begann die Razzia gegen die Deutschen. Die polnische Miliz drang in die Häuser ein und jagte alle Deutschen auf die Strasse. Die wenigsten hatten noch Zeit und Gelegenheit, etwas von ihren wenigen Habseligkeiten mitzunehmen. Man trieb alle auf dem Ring zusammen und schaffte sie von dort teils in Lastautos, teils zu Fuss in das Lager von Marschke und Zilger. Seit sechs Wochen befand sich die Bevölkerung von Schiegenberg in diesem Lager, ca. 3.000 Menschen auf engstem Raum zusammengepfercht. Während der ganzen Nacht mussten die Männer ungeschützt im Regen stehen. Am folgenden Tage wurde die Belegschaft des Lagers vom Stadtkommandanten und der polnischen Miliz nach der Parole ausgesondert: «Frauen mit Kindern und alte Leute kommen ins Reich, arbeitsfähige Männer, Frauen ohne Kinder und junge Mädchen bleiben hier zur Arbeit.» Am 27. September 1945 gegen 5.00 Uhr nachmittags wurden die für den Abtransport bestimmten Personen zur Bahn gebracht. Nachdem man 70 bis 80 Personen wie Vieh in einen Güterwagen zusammengepfercht hatte, begann die Fahrt gegen 8.00 Uhr abends. Die polnische Miliz war dem Transport als Bewachung beigegeben. Niemand wusste, wohin die Fahrt geht. Am 28. September 1945 kam der Transport in Neisse (Oberschlesien) an und wurde vier Tage auf einem toten Gleis stehen gelassen. Da keine Lebensmittel mitgenommen waren, sich auch sonst niemand um die Verpflegung kümmerte, schrien die Menschen vor Hunger nach Brot. Aber keiner gab es ihnen. Soweit die Wagen von der polnischen Miliz geöffnet wurden, konnten die hungernden Menschen heraus und suchten sich Rüben und Kartoffeln auf den nächstliegenden Feldern. Dabei wurden viele, besonders alte Frauen, von der polnischen Miliz mit Gummiknüppeln und Gewehrkolben geschlagen. Pater Ludwig begrub in den Wällen der Festung Neisse die ersten sieben Toten. Sie waren buchstäblich verhungert. In der Nacht drangen polnische Milizionäre in die Wagen ein, nahmen den Frauen die Handtaschen ab, durchsuchten sie und stahlen, was ihnen gefiel. Immer wieder wurde versucht, Frauen aus den Wagen herauszuziehen und sie zu vergewaltigen. Viele Kinder und alte Leute starben. Auf jeder Haltestelle wurden die Toten ausgeladen und an den Fahrdämmen, in Schanzlöchern oder auf freiem Felde beerdigt. Die Überlebenden des Transports erreichten über Camenz, Kroischwitz, Königszelt, Striegau, Maltsh, Liegnitz, Siegersdorf, Wehrkirch, Löbau und Zittau am 11. Oktober 1945 das Lager «Kosa» in Niederoderwitz, Kreis Zittau/Sachsen. Auf der 15-tägigen Fahrt starben 88 Menschen an Hungertod und durch Erschöpfung. Weitere 280 Personen starben an Typhus und den Folgen der Ausweisung wenige Wochen später in

Zittau/Sachsen und im Lager in Niederoderwitz. (Bericht des Pfarrers N.N. aus Leobschütz, in: *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa*, Bd. 1/2, S. 708 f. [Auszug])

8.12 Zerstörung Ratibors (Oberschlesien) am 31. März 1945

Ratibor (1939: 49.700 Einwohner) gehört zu den ältesten Städten Schlesiens. Die Stadtgründung geht auf eine 1108 erstmals erwähnte Wallburg an der Oder zurück. Im Mittelalter galt Ratibor als Handelsort, ausserdem waren Tuchmacherei, Gerberei und Brauerei wichtige Wirtschaftsfaktoren. Durch Zerstörungen im Dreissigjährigen Krieg und durch zahlreiche Brände im 17. Jahrhundert verlor Ratibor vorübergehend an Bedeutung. Mit dem Bau der Eisenbahnlinie Berlin-Wien, die durch Ratibor führte, kam es zu einem erneuten Aufschwung und zur Ansiedlung von Industrie. 1903 wurde Ratibor Kreisstadt. Die Einwohnerzahl stieg von 32.500 auf 49.700 im Jahre 1939. Ratibor besass eine dichte geschlossene Bebauung im Jugendstil mit mittelalterlicher Anordnung. Das Zentrum bildet der Ring mit der barocken Mariensäule, ein Werk von Johannes Melchior Österreicher aus dem Jahre 1727. Eine der Figuren zeigt den Heiligen Marcellus, den Schutzheiligen der Stadt mit seinem charakteristischen Stab. Der Landkreis Ratibor umfasste im Jahre 1919 auch die Stadt Hultschin, 113 Gemeinden und 90 Gutsbesitze mit einer Fläche von 83.654 Hektar, die von 118.823 Menschen bewohnt waren. Nach den Bestimmungen des Versailler Diktats wurde am 20. Januar 1920 das «Hultschiner Ländchen» ohne Volksabstimmung von der Tschechoslowakischen Republik besetzt, wodurch der Kreis Ratibor die Stadt Hultschin, 35 Dorfgemeinden und 28 Gutsbesitze mit 45.856 Einwohnern verlor. Die am 20. März 1921 in Oberschlesien durchgeführte Volksabstimmung hatte zur Folge, dass trotz einer Stimmenmehrheit für Deutschland⁵⁸ ein Teil der Ortschaften am östlichen Oderufer vom Kreis Ratibor abgetrennt und der neu gegründeten Republik Polen zugeordnet wurden. Dadurch verlor der Kreis Ratibor weitere 21 Ortschaften und Gutsbesitze mit 16.022 Einwohnern. Der grosse deutsche Romantiker Joseph von Eichendorff wurde 1788 in Lubowitz bei Ratibor geboren. 1994 wurde für ihn in Ratibor ein Denkmal wiedererrichtet.

58 Bei der am 20. März 1921 durchgeführten Volksabstimmung votierten im Stimmkreis Ratibor-Stadt 25.336 Personen (87,98% der Stimmberechtigten) für einen Verbleib bei Deutschland, 2.227 für Polen (8,79%). Im Stimmkreis Ratibor-Land sprachen sich 25.986 Personen (56,83%) für einen Verbleib bei Deutschland und 18.403 (40,25%) für Polen aus. Durch die östlich verlaufende Grenzziehung verlor Ratibor neben Landbesitz auch einen Teil seines wirtschaftlich bedeutenden Hinterlandes. (Wikipedia, *Raciborz* [*Ratibor*])

Im Januar 1945 eroberte die Rote Armee grosse Teile Oberschlesiens. Ihr Vorstoss zur Oder blieb allerdings bei Ratibor stecken. Die Stadt blieb dadurch zunächst vom Kriegsgeschehen verschont. Bis März 1945 flüchtete der grösste Teil der Einwohner in Richtung Mähren. Am 30. März 1945 stürmte die Rote Armee die Stadt. Nach der Eroberung am 31. März wurden viele Kunstschätze, wie die gotische Ratiborer Custodia, geraubt. Die Altstadt ging durch brandschatzende Soldaten in Flammen auf. Die noch verbliebenen deutschen Bewohner wurden zum grossen Teil vertrieben. Rund 85 Prozent der Gebäude lagen in Trümmern. Am Ring wurden nahezu alle Bürgerhäuser und das an der östlichen Seite gelegene Rathaus zerstört. Die noch verwertbaren Reste haben die Sieger geplündert. Zahlreiche sakrale Kunstwerke, darunter die berühmte Ratiborer Monstranz, gingen verloren. Ganze Strassenzüge wurden in Trümmerschuchten mit ausgebrannten Häuserfassaden verwandelt. Systematisch abgerissen dienten sie nach Kriegsende als Reservoir von Ziegelsteinen, die zum Wiederaufbau Warschaus verwendet wurden. Von der evangelischen Kirche mit ihren zwei 60 Meter hohen Türmen ist keine Spur übriggeblieben. (www.die-ratiborer.de; www.leverkusen.com; www.grosspeterwitz.de; www.schlesisches-museum.de)

8.13 Zerstörung von Neisse (Oberschlesien) am 31. März 1945

Neisse (1939: 35.400 Einwohner) war früher Hauptort des gleichnamigen Fürstentums, das 1201 dem Bistum Breslau und 1810 unmittelbar der Krone zugeordnet wurde. Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges wurde Neisse von sowjetischen Truppen erobert. Die bis dahin gut erhaltene Altstadt mit ihrer Vielzahl an Kirchen und Bürgerhäusern der Renaissance und des Barock, derentwegen Neisse den Beinamen «Schlesisches Rom» erhalten hatte, wurde durch Kampfhandlungen und nachfolgende Brandstiftungen schwer zerstört. Konrad Fuchs schrieb über das Schicksal der Neisser Bevölkerung beim Einmarsch der sowjetischen Truppen: «Was auch immer die schlesische Bevölkerung tat, ob sie nun floh oder nicht, ihre Lage gestaltete sich katastrophal. Das bestätigt in erschütternder Weise der Fall der Stadt Neisse, in die sowjetische Truppen am 24. März 1945 einrückten. Von den Einwohnern der Stadt waren 1945 nur noch etwa 2.000 anwesend, darunter rund zwanzig Laienbrüder und zweihundert Nonnen. Sie waren zurückgeblieben, um Alte und Kranke zu pflegen.» Die historische Bausubstanz von Neisse wurde total zerstört. (Wikipedia, *Nysa [Neisse]*)

8.14 1. April 1945: Beginn der Zerstörung Breslaus

Breslau (1939: 621.000 Einwohner) wurde nach dem böhmischen Herzog Wratislaw benannt. 1241 als deutsche Stadt neu gegründet, entwickelte sich Breslau zum Mittelpunkt des weitreichenden Ost-West-Handels. Von 1335 gehörte es zu Böhmen, dessen österreichischen Erben es 1741 Friedrich der Grosse entriss. In der Folge spielte Breslau eine gewichtige Rolle in der Geschichte Preussens und Deutschlands. Ungewöhnlich reich war das bauliche Erbe der Stadt.

Anfang Februar 1945 gab es in Deutschland nur noch zwei Grossstädte, die fast unversehrt geblieben waren: Dresden und Breslau. Beide gehörten vor dem Krieg mit über 600.000 Einwohnern zu den grössten des Reiches. Dresden war die Hauptstadt Sachsens, Breslau die von Schlesien. Mag sein, dass die barocke Pracht der sächsischen Residenzstadt, der Glanz ihrer Kunst und Kostbarkeiten heller strahlten. Doch auch Breslau zählte mit seiner imposanten Altstadt, den von Patrizierhäusern gesäumten grossen Marktplätzen, dem spätgotischen Rathaus und den hoch aufragenden Türmen seiner mächtigen Kirchen, die vom Rang der mittelalterlichen Handelsmetropole zeugten, aber auch mit barocken Palais, eleganten Villenvororten und den über die ganze Stadt verstreuten Juwelen der architektonischen Moderne zu den schönsten und eindrucksvollsten Stadtkunstwerken Mitteleuropas. Als am 12. Januar 1945 die erwartete sowjetische Grossoffensive von den Stellungen an der Weichsel begann, brach binnen kurzem die gesamte Ostfront zusammen. Die Wehrmacht zog sich, in Auflösung begriffen, nach Westen zurück. Die Angriffskeile der Roten Armee stiessen nach und schoben dabei wie eine Bugwelle die in Panik flüchtende Zivilbevölkerung vor sich her. Bald erreichten die Flüchtlingstrecks auch Breslau und zogen als Elendskolonnen tagelang durch die Stadt. Pfarrer Paul Peikert, der Chronist der Festungszeit, schrieb in sein Tagebuch: «Ununterbrochene Kolonnen von Bauernwagen, mit Pferden oder Kühen bespannt, dazu die Handwagen der Arbeiterinnen oder die Kolonnen der Kriegsgefangenen, Ausländer, Russen, Franzosen, Serben usw. mit kleinen Schlitten, auf denen sie ihr Gepäck fuhren. (...) Dazu trifft die Massenflucht in strenge Wintertage, 13-15 Grad Kälte und noch mehr ist die Temperatur dieser Tage. Kinder erfrieren und werden von ihren Angehörigen an den Strassenrand gelegt. Es wird berichtet, dass ganze Lastautos solcher erfrorener Kinder in den hiesigen Leichenhallen eingeliefert werden.» Am 19. Januar gab der in Breslau residierende Gauleiter von Niederschlesien, Karl Hanke, den Befehl zur Evakuierung der Stadt. Für eine geordnete Räumung, die er bislang kategorisch abgelehnt hatte, war es nun jedoch zu spät. Flüchtlingstrecks verstopften die Strassen, und die Reichsbahn verfügte nicht mehr über die

Kapazitäten, um eine Grossstadt wie Breslau zu evakuieren. Auf den Bahnhöfen brach Panik aus, Kinder verloren im Gewühl ihre Mütter oder wurden von den Menschenmengen zerdrückt und zertrampelt. Am 20. Januar liess Hanke per Strassenlautsprecher verkünden, dass Frauen und Kinder die Stadt sofort zu Fuss zu verlassen hätten. Bei klirrender Kälte schlossen sich daraufhin Hunderttausende Breslauer den Trecks über die schneebedeckten Landstrassen in die Sudeten an. Zehntausende erfroren und starben an Entkräftung. Die Überlebenden erreichten nach entsetzlichen Entbehungen Orte in Sachsen. Besonders viele suchten in Dresden Unterkunft. Nur wenige Tage konnten sie sich in der schönen Stadt geborgen fühlen, dann holte sie der Krieg auch hier ein. Am 13./14. Februar 1945 starben unzählige von ihnen gemeinsam mit den Dresdnern bei einem der verheerendsten Luftangriffe der bisherigen Kriegsgeschichte.

Am 22. Januar wurde die Breslauer Universität nach Dresden verlegt und die Behörden und öffentlichen Dienststellen aus der Stadt evakuiert. Als sich der Belagerungsring am 15. Februar 1945 um Breslau schloss, waren noch etwa 200.000 Zivilisten in der Stadt. Zunächst überrannten die sowjetischen Truppen die vorgelagerten Verteidigungsstellungen und drangen tief in den Süden der Stadt vor. Dort allerdings brachten die Festungstruppen unter der Führung von General Hans von Ahlfen, später unter General Hermann Niehoff, den sowjetischen Vormarsch zum Stehen. Fortan sollte es für die Rote Armee nur noch im erbitterten Häuserkampf vorwärts gehen: Strasse um Strasse, Haus um Haus, Stockwerk um Stockwerk. Die «Festung Breslau» wurde zum Stalingrad an der Oder. Am Morgen des Ostersonntags, des 1. Aprils, begann der Generalangriff der Russen auf Breslau, begleitet von einem schweren Bombardement auf das Stadtzentrum. Die Feuerwehr, die bis dahin einen Ausbruch von Grossbränden noch immer verhindern konnte, hatte nun keine Chance mehr. Ernst Hornig, bis zuletzt evangelischer Pfarrer in Breslau, erinnert sich an das Inferno der Ostertage: «Wo man auch hinsah, überall raste ein unvorstellbarer Feuersturm durch die Innenstadt. Es brannte überall, die Dominsel und der Dom, der Ring an seinen vier Fronten, es brannten die Strassen, die vom Ring in alle vier Himmelsrichtungen gehen. Tausende und Abertausende von Feuerflocken jagte der Sturm durch die Fensterhöhlen, die Strassen entlang und über die Dächer hinweg. Sie fanden immer neue Nahrung in den jahrhundertealten ausgetrockneten Dachstühlen der Altbau-Viertel.» Pfarrer Peikert hatte sich gerade noch an die Oder, auf die Kaiserbrücke, retten können. Von dort aus bot sich ihm «der unbeschreiblich traurige Anblick der brennenden Stadt Breslau, ein unvergessliches, grauerregendes Schauspiel». Am 6. Mai unterschrieb der Kommandant der Festung Breslau, General Niehoff, die Kapitulationsurkunde und gab sich mit den

Resten der Festungsbesatzung in sowjetische Gefangenschaft. Gauleiter Hanke, von Hitler in seinem Testament zum Nachfolger Himmlers bestimmt, hatte sich in der vorausgehenden Nacht schon mit dem letzten Flugzeug davongemacht. Im Juni wurde er, auf der Flucht durchs Sudetenland, von tschechischen Milizionären erschlagen. In der Nacht zum 7. Mai rückte die Rote Armee in das Stadtzentrum ein. Zwei Tage später setzt sich von Krakau aus das Vorauskommando der zukünftigen polnischen Stadtverwaltung von Breslau in Bewegung. Als der neue polnische Oberbürgermeister, Boleslaw Drobner, am 10. Mai in Breslau eintraf, war die Stadt nur noch ein Schatten ihrer selbst. Ganze Viertel waren unbewohnbar geworden, die meisten Baudenkmäler nur noch Ruinen, ein erheblicher Teil der Kunstschätze, Bibliotheken und Archivalien waren unwiederbringlich verloren. Erstaunlicherweise blieben das Rathaus und viele Häuser am Ring unzerstört. (Gregor Thum, *Stalingrad an der Oder*, Beitrag vom 3. März 2005 unter www.zeit.de; *Breslauer Chronik* unter www.breslau-wroclaw.de; *Festung Breslau* unter www.wissen.de)

9. Das Deutschlandbild der Anglo-Amerikaner

Vordergründig kämpften die Anglo-Amerikaner für die edlen Werte der Demokratie, Freiheit, Humanität und Zivilisation. In Wirklichkeit haben sie selbst gegen die von ihnen propagierten Grundsätze verstossen, das Kriegsvölkerrecht ohne Skrupel gebrochen und den Missbrauch und die Missachtung der anerkannten Regeln des Völkerrechts bewusst geplant, organisiert und praktiziert. Man wird die von den westalliierten Demokratien verübten Verbrechen nur verstehen, wenn man die politischen Ziele und Ansichten der anglo-amerikanischen Staatsmänner und ihrer Protagonisten vor, während und nach Ende des Krieges kennt. Zu nennen sind hier vor allem Personen wie Churchill, Roosevelt, Vansittart, Eden, Kaufman, Hemingway, Hooton, Nizer und Morgenthau jun.

9.1 Der Kaufman-Plan: Sterilisation der Deutschen

Bereits im Februar 1941, ein halbes Jahr vor Eintritt der USA in den Krieg, forderte Theodore Newman Kaufman (1910-1986), seinerzeit Präsident der Amerikanischen Friedensliga, in seinem Buch *Germany must perish (Deutschland muss zugrunde gehen)* die Zwangssterilisation aller Deutschen, selbst wenn sie Antinazis, Kommunisten oder Judenfreunde seien. In drei Monaten sollte es keinen zeugungsfähigen Deutschen in Europa mehr geben und das deutsche Volk in 60 Jahren auf dem

Kontinent völlig ausgelöscht sein. Wiedergegeben seien hier einige Zitate aus diesem Buch:

«Der jetzige Krieg ist kein Krieg gegen Adolf Hitler. Genau sowenig ist er ein Krieg gegen die Nazis. Er ist ein Krieg von Völkern gegen Völker; von zivilisierten Völkern, die Licht im Bewusstsein tragen, gegen unzivilisierte Barbaren, die die Dunkelheit lieben... Es ist ein Kampf zwischen der deutschen Nation und der Menschheit. Hitler ist für diesen Krieg nicht mehr Schuld zuzuschreiben als dem Kaiser für den letzten. Oder als Bismarck vor dem Kaiser. Diese Männer waren nicht die Urheber oder Führer von Deutschlands Kriegen gegen die Welt. Sie spiegeln nur die jahrhundertalte angeborene Lust der deutschen Nation nach Eroberung und Massenmord wider.» (S. 5) «Und es gibt eine und nur eine solche totale Strafe: Deutschland muss für immer beseitigt werden! Als Tatsache – nicht als Wunschbild!»

(S. 7) «Das deutsche Volk in solcher Analogie mit einer wilden Bestie zu verbinden ist kein geschmackloser Vergleich. Ich empfinde gegenüber diesem Volk nicht mehr Hass, als ich gegenüber einer Herde wilder Tiere oder einem Schwärm giftiger Kriechtiere empfinde.» (S. 16) «Die Deutschen sind ein abscheuliches Volk! Sie denken und träumen nichts anderes als Niederträchtigkeiten... Ihr Land zu lieben, bedeutet für sie, jedes andere Land zu verachten, zu verhöhnen und zu beleidigen. Sie sind kaum in der Lage, etwas anderes zu tun, als zu hassen und zu lügen.» (S. 23) «Weil es vor Tausenden von Jahren keine Anstrengungen unternommen hat, zivilisiert zu werden wie seine Nachbarn, ist Deutschland heute ein Aussenseiter unter allen zivilisierten Nationen. Die Entwicklungen, für deren Aufnahme andere Nationen Tausende von Jahren benötigten, können nicht von Deutschland plötzlich über Nacht aufgenommen werden. Infolgedessen wird Deutschlands Weiterbestehen unter ihnen in zunehmendem Masse schädlich für die besten Interessen der zivilisierten Nationen.» (S. 80)⁵⁹

59 Man muss zu diesem in Buchform vorgelegten Plan Kaufmans allerdings einschränkend bemerken, dass es sich um die Meinung eines offensichtlich pathologisch belasteten Einzelgängers handelt. *Germany must perish!* wurde von Kaufman im Selbstverlag veröffentlicht und fand in der Öffentlichkeit keinen Widerhall. Kaufman hatte auch weder Kontakte zum Weissen Haus noch eine nennenswerte publizistische Plattform in der US-amerikanischen Öffentlichkeit. Anders liegen die Dinge jedoch bei Ernest Hemingway. Ob seine Sterilisationsphantasien, deren Bekanntmachung er aus rein taktischen Erwägungen zurückstellen wollte, von Kaufman inspiriert worden sind, ist bisher noch nicht geklärt.

9.2 Ernest Hemingway: Sterilisation als Endlösung

Ernest Hemingway gilt als einer der grossen US-amerikanischen Schriftsteller und als herausragender Vertreter der US-Kultur. Im Jahre 1942 veröffentlichte der spätere Nobelpreisträger das Buch *Men at War* mit deutschfeindlichen Aussagen in der Einführung. Grundsätzlich spricht er sich darin für eine Sterilisation der Deutschen aus, ähnlich wie um dieselbe Zeit Theodore N. Kaufman. Wörtlich heisst es bei Hemingway: «Als jener Krieg (der Erste Weltkrieg) gewonnen wurde, hätte Deutschland tatsächlich so zerstört werden müssen, dass wir es für hundert Jahre nicht mehr zu bekämpfen hätten oder gar für immer, wenn es richtig gemacht worden wäre.

Das lässt sich wahrscheinlich nur durch Sterilisation erzielen... Alle Mitglieder der NS-Organisationen müssten diesem Eingriff unterzogen werden, falls wir einen Frieden anstreben, der nicht bloss ein frischer Luftzug zwischen zwei Kriegen ist. Die Art und Weise, wie wir den Krieg gewinnen und den Frieden aufzwingen werden, spielt überhaupt keine Rolle, wenn wir nicht zu dieser Massnahme greifen... Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wäre es aber nicht angezeigt, sich zum Fürsprecher der Sterilisation zu machen, das würde den Widerstand, dem die Regierung und die alliierten Truppen vor Ort begegnen, nur noch verstärken. Deshalb trete ich nicht dafür ein. Ich bin dagegen. Nichtsdestoweniger liegt hier die Endlösung.»
(*Der Grosse Wendig*, Band 2, S. 392)

9.3 Der Hooton-Plan: Bevölkerungsvermischung durch Immigration

Bereits mitten im Krieg legten vor allem die USA konkrete Planungen für Nachkriegsdeutschland offen. Die ethnische Vernichtung des deutschen Volkes wurde zum gemeinsamen Nenner, zum Hauptkriegsziel der Alliierten, erhoben. Es galt offenkundig, die Zahl der Deutschen soweit wie möglich zu dezimieren und sie schliesslich zu eliminieren. Diese Zielsetzung stellte der US-amerikanische Professor für Paläoanthropologie Earnest Albert Hooton (1887-1954) in der New Yorker Zeitung *PM's Daily* vom 4. Januar 1943 auf. Der in besagtem Zeitungsartikel formulierte «Hooton-Plan» kann als heutigentags in die Realität umgesetzter Rahmenplan zur Zerstörung der Identität der Deutschen bezeichnet werden. Zunächst stellt Hooton allgemeines zum Verhalten einer Nation fest und äussert die Ansicht, dass nicht nur äussere Einflüsse (sprich Umerziehung) erforderlich seien, um eine nachhaltige Veränderung dieses Verhaltens zu bewirken, sondern auch biologische Massnahmen. Als Massnahmen zur Erreichung dieses Zieles regt Hooton an:

1. Hinrichtung oder lebenslängliche Verurteilung aller Führer der Nazipartei; dauerhafte Verbannung aller Berufsoffiziere.
2. Verwendung der gegenwärtigen Masse der deutschen Armee für eine Dauer von 20 oder mehr Jahren als Arbeitskräfte zum Wiederaufbau in zerstörten Gebieten der Kriegssalliierten in Europa und anderswo. (...) Das Ziel dieser Massnahme ist unter anderem eine Reduzierung der Geburtenrate von ‚reinrassigen‘ Deutschen, die Neutralisierung der deutschen Aggressivität durch deren Herauszüchtung und die Destabilisierung von indoktrinierten Personen.
3. Fragmentierung des Deutschen Reichs in mehrere Staaten, wobei jeder Einzelne im Rahmen von in angemessenen Abständen seitens der Alliierten durchgeführten Inspektionen seine eigene Form einer antifaschistischen Regierungsweise wählen sollte. Das Ziel dieser Massnahme ist es, den nationalen Rahmen für eine vereinte deutsche Aggression zu zerstören.
4. Während der Phase der Überwachung und Besetzung der Einzelstaaten durch militärisches und ziviles Personal der Alliierten Förderung von Ehen zwischen Besatzungspersonal und deutschen Frauen sowie deren dauernde Niederlassung in Deutschland. Während dieser Phase sollte auch die Immigration und Niederlassung von insbesondere männlichen Ausländern in den deutschen Einzelstaaten gefördert werden.» (*Der Grosse Wendig*, Band 2, S. 388/389)

9.4 Der Nizer-Plan: Nachkriegs-Deutschland muss total umgestaltet werden

Eine weitere in diese Richtung zielende Publikation ist der Bestseller von Louis Nizer *What to do with Germany* (dt., *Was tun mit Deutschland*), erschienen 1943/44 in New York. Nizer war ein Prominenten-Anwalt und Mitglied der jüdischen B'nai B'rith-Loge (hebräisch: «Söhne des Bundes»).

Den grössten Teil des Buches widmet Louis Nizer (1902-1994) der Frage, wie die Deutschen zu bestrafen seien. Unter der Überschrift: «Tag des Göttlichen Strafgerichts» stellt Nizer das Programm der Bestrafung des deutschen Volkes im Einzelnen vor: «Besetzung Deutschlands – Hoheitsrechte aussetzen». Das Volk als Ganzes müsse «in Schutzhaft genommen werden», so Nizer wörtlich. «Ihr Staat als geschlossene Einheit, durch die sie handelten, muss aufgelöst werden. Ihre nationale Einheit haben sie so lange verwirkt, bis sie durch Annahme zivilisierter Lebensregeln ihre Umformung bewiesen haben. Kurz gesagt, die deutsche Staatshoheit muss ausser Kraft gesetzt werden. Das Land muss vollständig von den Streitkräften der Vereinten Nationen (sie!) besetzt werden... Psychologisch gesehen, ist die vollständige Besetzung eine notwendige Vorbedingung für das Erziehungsprogramm, über

das wir später reden werden... Es darf daher keine Friedensverhandlungen mit Deutschland geben, denn Frieden können nur zwei selbständige Staaten miteinander schliessen. Der Vertrag sollte Deutschlands Entlassung aus der Probezeit in die deutsche Eigenstaatlichkeit abwarten. Es dürfte kaum wahrscheinlich sein, dass Deutschland trotz des später noch von uns zu behandelnden Programms gelernt hat, die Regeln eines guten internationalen Betragens über eine längere Zeit hinweg anzunehmen...» (S. 97-101)

Wen die Strafe treffen soll, darüber gibt Nizer folgende Auskunft: «Die Naziparteiführer müssen als erste herangezogen werden. Ihre Schuld nachzuprüfen, ist überflüssig. Die Waffenstillstandsbedingungen sollen sie einfach für schuldig erklären. Es würde ein Possenspiel bedeuten, Hitler, Himmler, Göring, Streicher, Ley oder andere Massenmörder vor Gericht zu stellen... Die Ungeheuerlichkeit der Verbrechen, von den Verbrechern selbst veröffentlicht, und das Leben von Millionen von Witwen, machen die Forderung nach Beweisen zu einem leeren Formalismus. Da der Sinn dieses Verfahrens ja auch vor zukünftigen internationalen Verbrechen abschrecken soll, so würde jede Paragraphenreiterei, jede Anwendung eines tölpelhaften Brauchtums zur Beweisführung des Selbstverständlichen nur Verachtung statt Respekt vor dem Gesetz verursachen. Dabei ist zu bedenken, dass die Sorge, es könne unter Umständen ein Unschuldiger Opfer scharfer Gesetze werden, zu einer abgeschmackten Überempfindlichkeit wird. Wir haben uns dem Dialekt des gesunden Menschenverstandes zu fügen... Nur so wird das Verlangen nach Vergeltung in gesunde Gesetzeskanäle geleitet... Nur mit solch derben Methoden kann das Rückgrat des Nazismus und des Preussentums gebrochen und die Gefahr zukünftiger Angriffskriege verringert werden.» (S. 101-104)

Im Abschnitt «Abstufung der Strafmasse» stellt Nizer fest, dass die Verwüstung Deutschlands der gerechte Preis für die von Deutschen begangenen Verbrechen sei: «Denn zwei Ziele müssen immer im Auge behalten werden. Durch die verwirkte deutsche Staatshoheit bestrafen wir Deutschland und schützen uns selber, aber wir stellen ein Ende der Probezeit in Aussicht und die Wiederherstellung Deutschlands als gleichberechtigtes Mitglied der Völkerfamilie, wenn es sich gewandelt hat.⁶⁰ Um seine Militärligue mit der Wurzel auszurotten, werden wir für die gewissenlosesten Mörder der Geschichte die Todesstrafe verhängen. Gleichzeitig befreien wir

⁶⁰ Die Probezeit für Deutschland ist bis heute offensichtlich noch nicht abgelaufen, denn auch 70 Jahre nach Kriegsende ist die sog. «Feindstaatenklausel» der UN-Charta noch immer in Kraft. Es gibt bis heute keinen Friedensvertrag.

das deutsche Volk von seiner Führerschaft, die teils heimlich, teils offen verehrt wurde, was sie zu den wiederholten Blutorgien ermuntert hat. Durch Wiedergutmachung in Form von Eigentum und Arbeit geben wir den Opfern einige ihrer rücksichtslos gestohlenen oder zerstörten Werke zurück. Gleichzeitig wird das deutsche Volk daraus lernen. Es wird den einfachen amerikanischen Spruch lernen, dass Verbrechen sich nicht auszahlen. Nicht nur die erzwungene Herausgabe der Beute, sondern auch die Verwüstung ihres eigenen Landes dürfte eine ernüchternde Wirkung nicht verfehlen. Die in Aussicht genommenen Strafen an sich können uns weder vollen Schutz gewähren noch ausreichende erzieherische Abschreckung erzielen. Es muss noch viel mehr getan werden.» (S. 115)

Unter der Überschrift *Erziehung Kains* behandelt Nizer Erziehungsfragen. Einleitend zitiert er einen Ausspruch von Professor Karl Allen Kuhn aus seinem Buch *Die wahren Kriegsursachen*. «Muss die Kultur über Berge von Leichen, durch Ozeane von Tränen ihre Dome errichten unter der Todesrassel der Sieger? Ja, sie muss!...Die Macht des Siegers ist das höchste Gesetz der Moral, vor dem sich der Besiegte zu beugen hat.» (S. 155-157) Folgende Straf- und Erziehungsmassnahmen hat Nizer für Deutschland vorgesehen:

Strafe für Deutschland: «Erstens sprechen wir Deutschland alle Hoheitsrechte über die Nation ab. Wir werden sie wiederherstellen, wenn und wann es aufhört, eine Bedrohung für die Gemeinschaft der Völker zu sein. Wir haben aufgezeichnet, wie diese Entscheidung gefällt werden soll. Zweitens, nachdem wir die Nation als eine Wesenheit gestraft haben, bestrafen wir die einzelnen Kriegsverbrecher... Die zweite Art ist der Internationale Gerichtshof mit seinen strafrechtlichen und militärischen Ablegern. Sie handeln als Gerichtshof ohne Berufungsmöglichkeit und ziehen ‚Regierende‘ und andere grosse Verbrecher vor Gericht... Drittens sollen internationale wie auch nationale Kommissionen die im Überfluss vorhandenen Angaben über die verbrecherischen Handlungen unter der unmittelbaren Leitung der Ankläger sammeln. Viertens nehmen wir die Gruppe der Verfechter des grossdeutschen Gedankens in Listen auf. Die amtlich organisierte Brutalität ist nämlich ihr Werk. Sie müssen als erste der unerbittlichen Rachejustiz ins Auge sehen... Fünftens haben wir Hinweise gegeben, wie gewisse lästige Fragen (sie!) in Bezug auf das internationale Recht beantwortet werden sollten, wie zum Beispiel die Verteidigung mit dem Vorbringen, dass der Befehl eines höheren Offiziers ausgeführt worden wäre. Sechstens haben wir Massnahmen vorgeschlagen, die verhindern sollen, dass Schuldige Asyl in neutralen Ländern erhalten... Der preussische Kriegskult und sein nazistischer hoher Vollstrecker müssen zerstört werden...» (S. 196-197)

Das «Erziehungsprogramm» Nizers:

«1. Das gesamte Erziehungssystem Deutschlands muss vernichtet werden, genau wie seine Rüstungswerke. Seine geistige Verfassung, deren Ergebnis für die Menschheit nicht weniger gefährlich ist als die verschiedenen Granaten aus den Munitionsfabriken, hat es sich selbst zuzuschreiben.

2. Die Aufgabe, die falschen Lehren des deutschen Nationalismus auszurotten, kann nicht den Deutschen allein anvertraut werden... Wir haben die entartete Erziehungsmethode nach dem Ersten Weltkrieg kennengelernt, als wir sie unbehindert den Deutschen zur Lösung überlassen hatten. Gut gemeinte Noten blieben ebenso wie feierliche Aufforderungen zur Abrüstung unbeachtet. Der Preis für unsere Fehler war der Zweite Weltkrieg.

3. Das Erziehungsprogramm muss unter internationaler Schirmherrschaft durchgeführt werden. Wenn eine übernationale Aufsicht erstellt ist, wird es die zweckmäßigste und am wenigsten auffallende Überwachung erfordern... Die bestmögliche Lösung für die Einzelheiten der Erziehungsreform, wie z.B. die Überwachung der Lehrpläne an den Schulen, die Auswahl der Lehrer und Lesebücher und der pädagogischen Fragen im Allgemeinen, würde eine Internationale Universität sein... Alle deutschen Schulbücher müssen den Zulassungstempel der Internationalen Universität haben. Übertragenden deutschen Studenten soll Gelegenheit zu einem Studium an der Internationalen Universität angeboten werden. Sie werden nach Deutschland als Lehrer zurückkehren, um den Grundstock zu einer neuen Kulturtradition zu legen, die von einem internationalen Bürgersinn durchtränkt sein muss.



Louis Nizer (1902-1994) war ein bekannter jüdisch-US-amerikanischer Strafverteidiger und SeniorPartner der Kanzlei Phillips, Nizer, Benjamin, Krim & Ballon.

4. Soweit es möglich ist, sollten die Professoren aus deutschen Liberalen und Demokraten ausgewählt werden. Fehlende werden international gewählt. Wir haben auch die Aufreizung durch 'ausländische' Einflüsse in Betracht gezogen... Sie dürfen nicht zur Begründung dienen, die Aufsicht abzuschaffen.

5. Die Wiederbelebung demokratischer Kultur muß sich jeder erdenkbaren Mittel zur Beeinflussung der Geisteshaltung bedienen. Wir haben aufgezeigt, wie in dieser Hinsicht Kirche, Film, Theater, Radio, Presse und Gewerkschaften eingespannt werden können. Es wird also einen Erziehungsdienst statt Militärdienst geben, und jeder Deutsche wird auf seine dem Frieden dienende Pflicht zwangsweise so vor-

bereitet wie einst auf den Kriegsdienst.

6. Ein breit gefächertes Erziehungsprogramm wird als Hauptziel die Erziehung zur demokratischen Selbstregierung haben. Wenn und wann das deutsche Volk nach dem unparteiischen Urteil der Internationalen Universität auf den rechten Platz in der Gesellschaft vorbereitet ist, werden wir sie mit ihren neuen Verbindlichkeiten willkommen heissen. Die Deutschen werden dann nicht länger mehr als Bedrohung angesehen. Sie werden ihre Hoheitsrechte wieder erhalten. Ihre Auflösung ist ganz einfach durch die neue Geisteshaltung vorgenommen. Denn nur, wenn ihre Absichten und Ansichten normal sind, werden die äusserlichen Schutzmassnahmen gegen sie überflüssig. (...) In gewissem Sinne sind **wir** die Wächter für die Zukunft...» (S. 202-206) Soweit die lehrreichen Auszüge aus dem Buch von Louis Nizer.

9.5 Der Morgenthau-Plan: Deindustrialisierung und Agrarisierung Deutschlands

Den grössten Ruhm als Nachkriegsplaner für Deutschland erwarb sich Henry Morgenthau junior, von 1934 bis 1945 Finanzminister von Präsident Roosevelt und Schlüsselfigur seines «New Deal». Am 15. September 1944 stimmten Roosevelt und Churchill auf der zweiten Quebec-Konferenz dem Plan zu. Der «Morgenthau-Plan» enthielt folgende wesentlichen Punkte: 1. Demilitarisierung Deutschlands.

2. Aufteilung Ostpreussens zwischen der Sowjetunion und Polen. Polen soll Schlesien erhalten, Frankreich das Saarland und einige linksrheinische Gebiete zwischen Rhein und Mosel.
3. Teilung Deutschlands in zwei unabhängige Staaten im Norden und Süden, Zollunion zwischen dem Süden und Österreich.
4. Vollständige Demontage der Industrie im Ruhrgebiet einschliesslich des Rheinlandes. Verbot der Reindustrialisierung auf absehbare Zeit.
5. Entschädigungen und Reparationen.
6. Entnazifizierung von Schulen, Universitäten, Zeitungen, Rundfunk, Schliessung und Neuaufbau durch eine alliierte Erziehungskommission.
7. Politische Dezentralisierung (Föderalisierung).
8. Kontrolle der Wirtschaft durch die UNO.
9. Zerschlagung des Grossgrundbesitzes, Verteilung an die Bauern.
10. Bestrafung von Kriegsverbrechen.

Die wesentlichen Vorschläge des Morgenthau-Planes flossen in die Direktive «Joint Chief of Staff 1067» vom Mai 1945 ein, so daß die Forderungen des Planes zumindest teilweise von der US-amerikanischen Militärregierung und nach ihrem Vorbild auch von den anderen Besatzungsmächten verwirklicht wurden. Diese Direktive wurde am 17. Oktober 1945 veröffentlicht und blieb bis zum 14. Juli 1947 in Kraft. In dieser Direktive heißt es: «Es sollte den Deutschen beigebracht werden, daß Deutschlands skrupellose Kriegführung aus dem Geist des fanatischen Nazi-Widerstandes die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht hat, und dass die Deutschen der Verantwort-



Henry Morgenthau junior (1891-1967) war von 1934 bis 1945 US-Finanzminister.

lichkeit nicht entrinnen können für das, was sie selbst über sich gebracht haben. Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zweck der Befreiung, sondern als eine besiegte Feindnation.» Als Morgenthau am 6. Februar 1967 verstorben war, urteilte der *Spiegel* in seinem Nachruf auf den «Enkel eines jüdischen Zigarrenhändlers aus Mannheim»: «Er wollte das schöne Deutschland verderben, seine Gruben schlies-

sen und seine Hochöfen löschen, seine Junker enteignen und seine Nazis erschies- sen – ohne Urteil. Das Dichtervolk sollte Rüben ziehen und Rindvieh züchten – ohne Gnade.» (*Der Spiegel*, Nr. 8, 13.2.1967, S. 91; Nawratil, S. 126; *Der Grosse Wendig*, Band 3, S. 741-744; Wikipedia, *Morgenthau-Plan*)

9.6 Andere antideutsche Stimmen

Der Chor antideutscher Stimmen war seinerzeit sehr gross. Zu ihnen gehörte in Grossbritannien vor allem Lord Robert Vansittart, von dem der auf die Deutschen bezogene Ausdruck «kollektive Schuld» geprägt wurde. Sein radikaler Deutschenhass und seine ablehnende Haltung gegen «Beschwichtiger» führten dazu, dass er zum «ausserpolitischen Berater» Churchills befördert wurde. Vansittart benutzte das Oberhaus als Plattform, um ein hartes Durchgreifen gegen Deutschland nach Kriegsende zu fordern. Seine Ansichten waren so extrem, dass einige Spielarten des Deutschenhasses «Vansittarismus» genannt wurden. Im Januar 1941 eröffnete Vansittart eine Reihe britischer Rundfunkansprachen, in denen er die Deutschen kollektiv als Räuber, Betrüger, Barbaren, Kriegsliebende, Feinde der Menschlichkeit, des Liberalismus und der christlichen Zivilisation gebrandmarkt hatte. Hier einige Beispiele: «Nun, durch Winkelzüge und Gaunerei – besonders Gaunerei – brachte es der (deutsche) Raubwürger vor 1914 auf drei Kriege (1864, 1866 und 1870).⁶¹

61 Der Krieg von 1864 war ein gemeinsamer Krieg Preussens und Österreichs gegen Dänemark, um die stark deutsch besiedelten Herzogtümer Schleswig und Holstein für Deutschland zu sichern. Der Krieg von 1866 entstand aus eben dieser Sache und war ein Bruderkrieg zwischen Deutschen, in dem die süddeutschen Staaten sowohl als auch Hannover, Hessen und Nassau auf Seiten Österreichs gegen Preussen standen. Beide Kriege wurden um Deutschlands Einigung willen geführt, die vom Volk, durch die Napoleonischen Kriege zu Beginn des Jahrhunderts angefeuert, heiss ersehnt wurde. Der deutsch-französische Krieg von 1870 ist von den Franzosen provoziert worden. 1905 zwang Deutschland Frankreich, sein Abkommen mit England über Marokko zu revidieren. (Lutz, S. 7-9)

Jeder dieser Kriege war vom Raubwürger sorgfältig geplant und provoziert. Dann, 1905, brachte er es beinahe zu einem weiteren Krieg... 1911 rutschte er wiederum knapp an einem Krieg vorbei, doch 1914 landete der Raubwürger glatt seinen vierten Krieg... Und so erlebte Europa fünf Kriege in funfundsiebzig Jahren!... Und an Hitler ist da nichts Neues... Er ist das natürliche und fortlaufende Erzeugnis einer Brut, die seit dem Anbruch der Geschichte räuberisch und kriegslüstern gewesen ist.» Über den deutschen Volkscharakter erklärte Vansittart: «Gewalt und Betrug, Betrug und Gewalt: das ist das alte deutsche Evangelium... Die Deutschen haben nie ein Wort verpfändet, ohne es zu brechen, haben keinen Vertrag geschlossen, ohne ihn zu schänden, berührten kein internationales Treuegesetz, ohne es zu besudeln. Seit Generationen haben sie jegliches Vertrauen unter den Menschen zerstört.» Im Jahr 1943 behauptete Vansittart, dass 75 Prozent der Deutschen 75 Jahre lang «erpicht waren auf jeglichen Überfall auf ihre Nachbarn». Am 10. März 1943 sagte Vansittart während einer Debatte über Nachkriegsdeutschland im Oberhaus: «Ich möchte Deutschland nicht zerstören. Ich möchte Deutschland nur als militärische Macht zerstören; und ausserdem möchte ich allen deutschen Ambitionen, Intrigen und Bemühungen, die wirtschaftliche Vormachtstellung in Europa zu erlangen, ein für alle Mal ein Ende setzen...» (Grayling, S. 190 f.; Nawratil, S. 121)

1945 erliess er in englischer und französischer Sprache eine eindringliche Warnung: «Die Deutschen sind ihrem Wesen nach falsch... Es steckt nichts moralisch Gesundes in ihnen. Vergesst daher nie, dass eine deutsche Verpflichtung oder Zusage den al-

Robert Gilbert Vansittart, 1. Baron Vansittart (1881-1957), 1929 bis 1937 als Unterstaatssekretär höchster Beamter im britischen Ausussenministerium, danach als Gegner der Appeasementpolitik ein extrem deutschfeindlicher Propagandist und Regierungsberater.



lgeringsten Wert hat; sie sind im Gegenteil Fallstricke...» Diese Rundfunkansprachen wurden durch die britische Presse weithin verbreitet und später «auf sehr zahlreiche Bitten hin» als Flugschrift gedruckt, von der innerhalb eines Jahres 500.000 verkauft wurden. (Lutz, S. 3-5)

Als weiteres Beispiel sei die Rundfunkbotschaft des britischen Feldmarschalls Bernard Montgomery vom 10. Juni 1945 erwähnt. *The London Times* druckte sie am 11. Juni mit der grosse Überschrift *Warum die Deutschen gemieden werden. Der Preis der Schuld ab*. Der Feldmarschall begann mit dem Krieg von 1914, «der von Euren Führern gestartet wurde», und er erklärte, im Vertrag von Versailles «gaben Eure Führer zu, dass Deutschland für den Krieg verantwortlich war». Diese Rundfunkansprache wurde in ganz Deutschland verbreitet, aber die Deutschen betrachteten damals diese Behauptungen als «alte abgedroschene Lüge». Sein Waffengefährte, General George C. Marschall, charakterisierte in einem offiziellen Bericht vom 1. Juli 1943 Deutschland als «verbrecherische Nation».
(Lutz, Geleitwort, S. XXIX, S. 29)

Neben Kaufman, Hemingway, Hooton, Nizer, Morgenthau & Co. gab es auch auf östlicher Seite eine Reihe Vernichtungs- und Umerziehungsplaner sowie Hasspropagandisten. Bereits seit 1942 ergingen die Mordaufrufe des jüdisch-sowjetischen Propagandisten Ilja Ehrenburg: «Es gibt nichts, was an den Deutschen unschuldig ist, die Lebenden nicht und die Ungeborenen nicht!.. Zerstampft für immer das faschistische Tier in seiner Höhle... Brecht mit Gewalt den Rassenhochmut der germanischen Frauen. Nehmt sie als rechtmässige Beute. Tötet, ihr tapferen, vorwärtstürmenden Rotarmisten, tötet... Wir wollen nicht reden, wir wollen uns nicht entrüsten. Wir wollen töten. Wenn Du nicht im Laufe eines Tages wenigstens einen Deutschen getötet hast, ist Dein Tag verloren. Wenn Du einen Deutschen getötet hast, so töte einen zweiten. Es gibt nichts Schöneres für uns als deutsche Leichen... Zähle nicht die Kilometer. Zähle nur eines: Die von Dir getöteten Deutschen!» Die «historische Mission» der Sowjetarmee «besteht bescheiden und ehrenwert darin, die Bevölkerung von Deutschland zu vermindern», schrieb Ehrenburg in einem Leitartikel am 3. Februar 1945. (*Die Massaker der Roten Armee und der Untergang Preussens*, in: *Focus*, 7/2005, 14. 2. 2005, S. 76)

Der sowjetrussische Oberkommandierende, Marschall Schukow, erliess im Januar 1945 bei Beginn der Offensive der Roten Armee auf das Reichsgebiet einen Aufruf an seine Truppen, in dem es unter anderem heisst: «Die Zeit ist gekommen, mit den deutsch-faschistischen Halunken abzurechnen. Gross und brennend ist unser Hass. Wir haben die Qual und das Leid nicht vergessen, welche von den Hitlerschen Menschenfressern unserem Volke zugefügt wurde. Wir haben unsere niedergebrannten Städte und Dörfer nicht vergessen. Wir gedenken unserer Brüder und Schwestern, unserer Mütter und Väter, unserer Frauen und Kinder, die von den Deutschen zu

Tode gequält wurden. Wir werden uns rächen für die in den Teufelsöfen Verbrannten, für die in den Gaskammern Erstickten, für die Erschossenen und Gemarterten. Wir werden uns grausam rächen für alles.» Schukow hatte im Jahre 1956 in einem Vortrag vor den Kadetten der Frunse-Militärakademie Ehrenburgs Greuelpropaganda für die Übergriffe, Greuelthaten und Vergewaltigungen verantwortlich gemacht, die von den Rotarmisten in den von ihnen eroberten und besetzten Ländern Ostmitteleuropas und Südosteuropas begangen worden waren. Er erwähnte auch das «bedauerliche» Flugblatt Ehrenburgs, in dem die Sowjetsoldaten aufgefordert wurden, Rache zu nehmen an den Deutschen und nicht einmal das Kind im Mutterleib zu schonen. Der Marschall suchte anscheinend auch eine Art Entschuldigung für seinen eigenen, oben angeführten Mordbefehl vorzubringen, der im Text teilweise den Mordaufrufen Ehrenburgs ähnelt und damit die Verantwortung für die unmenschlichen Greuelthaten der Roten Armee auf Ehrenburg abzuwälzen. Noch am 3. März 1945 sah der Chefpropagandist Stalins in einem Leitartikel die «bescheidene und ehrenwerte» Hauptaufgabe der «historischen Mission» der Sowjetarmee darin, «die Bevölkerung Deutschlands zu vermindern». (Franz-Willing, S. 211/212; *Die Massaker der Roten Armee und der Untergang Preussens*, in: *Focus* Nr. 7/2005, 14.2.2005, S. 76)

10. Wie kam es zum Genozid an 15 Millionen Deutschen?

«Die nach unserem Ermessen befriedigendste und dauerhafteste Methode ist die Vertreibung. Sie wird die Vermischung von Bevölkerungen abschaffen, die zu endlosen Schwierigkeiten führt... Man wird reinen Tisch machen. Mich beunruhigen diese grossen Umsiedlungen nicht, die unter modernen Verhältnissen besser als je zuvor durchgeführt werden können.» Winston Churchill am 15. Dezember 1944 vor dem britischen Unterhaus, (de Zayas, S. 25)

«Die Katastrophe, die über dieses Gebiet mit dem Einzug der sowjetischen Truppen hereinbrach, hat in der modernen europäischen Geschichte keine Parallele. Es gab weite Landstriche, in denen (...) nach dem ersten Durchzug der Sowjets von der einheimischen Bevölkerung kaum noch ein Mensch – Mann, Frau oder Kind – am Leben war, und es ist einfach nicht glaubhaft, dass sie allesamt in den Westen entkommen wären.»

George F. Kennan, *Memoiren eines Diplomaten*, S. 269.

«Roosevelt stimmt der Konzeption zu, dass die Zahl der Deutschen in der Tschechoslowakei nach diesem Krieg so viel wie möglich herabgesetzt werden muss.» Beneš am 13. Mai 1943 in einem Telegramm aus Washington an seinen Beauftragten in London, H. Ripka. (Wolfgang Popp, *Wehe den Besiegten*, 2007, S. 163; Zips, *Zitatensammlung*, S. 49/50)

«Die Austreibung der Deutschen aus ihrer eigenen, in mehr als tausendjähriger Kultur... ausgestalteten und unverlierbar geliebten Heimat war Völkermord.» Jakob Altmaier, SPD-Abgeordneter und Holocaust-Überlebender, am 8. Juli 1954 im Deutschen Bundestag. (PAZ 29/09, 18.7.2009)

10.1 Vorgeschichte der Vertreibung – die Rolle der Westmächte

Es entspricht nicht den Tatsachen, wenn Medien und Politiker für die Vertreibung der 15 Millionen Deutschen aus ihren jahrhundertealten Siedlungsgebieten immer wieder Hitler und die nationalsozialistischen Verbrechen verantwortlich machen. So zum Beispiel im 1980 erschienenen Buch von Frank Grube/Gerhard Richter *Flucht und Vertreibung*, wo es im Editorial wörtlich heisst: «Der Verlust der deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neisse und die Vertreibung von Millionen Menschen aus ihren angestammten Siedlungsgebieten sind die Konsequenzen der Hitlerschen Eroberungspolitik und die Folge der Terrorherrschaft und Ausrottungsfeldzüge gegen Tschechen, Polen, Russen und viele andere mehr.» (S. 6) Auch im recht umfangreichen Begleitbuch von Hermann Schäfer zur Ausstellung «Flucht, Vertreibung, Integration», die im Dezember 2005 im «Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland» in Bonn eröffnet wurde, wird gleich auf den ersten Seiten das Verbrechen der Vertreibung mit der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges im ursächlichen Zusammenhang gesehen: «Ohne den Waffengang, der von deutscher Seite vor allem im Osten als Rassen- und Vernichtungskrieg geführt worden war, wäre es nicht zu millionenfacher Flucht und zur Vertreibung gekommen. Der Zweite Weltkrieg und die nationalsozialistischen Verbrechen waren unmittelbarer Anlass für die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten.» Selbst unterstellt, dass diese Argumentation von den historischen Kausalitäten aus betrachtet korrekt ist, bedeutet dies letztendlich, dass ein Verbrechen das nächste Verbrechen rechtfertigt. An dieser grausamen These wird bis heute eisern festgehalten.

Der von Hitler begonnene, aber nicht verursachte Zweite Weltkrieg gab den Vertreiberstaaten und ihren Unterstützern lediglich den Anlass und die Möglichkeit zu

der lange vorher geplanten Vertreibung, war aber nicht ihre Ursache. Der historische Kontext ist wichtig, er beginnt aber nicht erst 1933 oder 1939. Die Ursachen der Vertreibung sind komplex und reichen zum Teil bis ins 19. Jahrhundert zurück. Polnische und tschechische Politiker hatten schon lange vor Hitler offen grosse Gebiete Ostdeutschlands gefordert. So forderte auf der Versailler Friedenskonferenz 1919 in Paris die polnische Regierung unter anderem 80 Prozent des schlesischen Regierungsbezirks Oppeln. In der Zwischenkriegszeit gab es in Polen ganz offen vorgebrachte Forderungen auf deutsche Gebiete, teilweise bis hin zur Oder-Neisse-Linie. Vom tschechischen Aussenminister und späterem Staatspräsidenten, Edvard Beneš, gibt es schon 1918 Hinweise auf Vertreibungsabsichten. Noch vor dem Münchener Abkommen vom September 1938 unterbreitete er einen Vorschlag, etwa 18 Prozent des Sudetenlandes an Deutschland abzutreten, falls rund 55 Prozent der Sudetendeutschen ihre Heimat verliessen – ein kaum verhüllter Vertreibungsplan. Bald nach dem Münchener Abkommen und noch vor Kriegsausbruch warb Beneš in Gesprächen mit Stalin, Churchill und Roosevelt abermals für den «Transfer» einer möglichst grossen Zahl von Sudetendeutschen. Die Schaffung eines nationalen Staates ohne Minderheiten war eines seiner zentralen Ziele. Deshalb mussten auch 68.000 Ungarn ihre nordungarische, von den Tschechoslowaken okkupierte Heimat verlassen.

Durch Annexionen seitens Polens, Tschechiens und der Sowjetunion verlor Deutschland fast 130.000 Quadratkilometer seines Territoriums. Die Vertreibung von 15 Millionen Deutschen aus ihren Heimatgebieten wäre ohne Billigung Englands, der USA und der UdSSR nicht möglich gewesen. In den bundesdeutschen Medien und von deutschen Politikern wird bei der Betrachtung des Schicksals Osteuropas und der deutschen Ostgebiete für die Westmächte entschuldigend angeführt, dass diese sich in Jalta und Potsdam 1945 den Ansprüchen der Sowjets auf Ost- und Teile Mitteleuropas hätten fügen müssen. Die Westmächte hätten lediglich Stalins Politik der vollendeten Tatsachen anerkannt, wird immer wieder argumentiert. Das ist falsch und verzerrt die historische Wahrheit. In Wirklichkeit haben die Westmächte nicht «die von Stalin geschaffenen Tatsachen anerkannt» und ihm «notgedrungen» insbesondere die deutschen Oder-Neisse-Gebiete überlassen, sondern sie haben sie ihm von sich aus angeboten. London und Washington planten bereits 1942/1943, zeitlich vor den Sowjets, die Abtretung Ostdeutschlands und des Sudetenlandes mit den millionenfachen Vertreibungen. Das wurde dann bei der Konferenz der «Grossen Drei» von Jalta im Februar 1945 mit Stalin besprochen, als die Sowjets erste Teile von Deutschland erobert hatten. Dass dem so ist, bestätigte unter anderem in einer allgemeinen Bewertung George F. Kennan, einer der

bedeutendsten Russlandkenner der USA, indem er bekannte: «Die Vorschläge der Oder-Neisse-Linie (...) kamen, ich bedauere, es sagen zu müssen, zuerst von den westlichen Staatsmännern, nicht von Stalin... Dadurch, dass wir den Russen erlaubt haben, Königsberg zu annektieren und Wien und Weimar zu besetzen, haben wir das Äusserste getan, um zweitausend Jahre europäische Geschichte ungeschehen zu machen.» (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 783) Auf der Konferenz von Jalta sprachen Stalin und Churchill unter anderem über die Frage der gewaltsamen Umsiedlung der Deutschen aus Schlesien und Ostpreussen. Im Protokoll von Jalta (Februar 1945) wird Stalin wie folgt zitiert: «Dort werden keine Deutschen mehr sein, denn wenn unsere Truppen kommen, laufen die Deutschen weg.» Churchill: «Dann ist das Problem, was man in Deutschland mit ihnen macht. Wir haben sechs oder sieben Millionen von ihnen getötet und werden bis Ende des Krieges noch eine Million töten.» Stalin: «Eine oder zwei?» Churchill: «Oh, ich ziehe da keine Grenze nach oben.» (*Welt am Sonntag*, 1. Mai 2005, S. 10; Zips, *Zitatensammlung*, S. 58/59)

Die historischen Tatsachen sind eindeutig: Nachdem Stalin auf der ersten Kriegskonferenz der «Grossen Drei» in Teheran (28.11.-1.12.1943) Ostpolen gefordert und sofort von den Westmächten bewilligt bekommen hatte, setzte sich Churchill für «eine Westverschiebung Polens bis zur Oder und für die Überlassung des nördlichen Drittels Ostpreussens samt Königsberg an die Sowjetunion» ein. In einer ausführlichen Unterhausdebatte am 22. Februar 1944 versuchte der britische Aussenminister Eden die geplante Vertreibung der Ostdeutschen zu rechtfertigen. Das Oberhaus diskutierte am 8. März 1944 die Vertreibungspläne. Als erster Regierungschef eines westlichen Staates sprach sich Charles de Gaulle bei seinem Besuch in Moskau am 10. Dezember 1944 zugunsten der Grenzlinie an der Oder und eindeutig an der Lausitzer Neisse aus. Ähnlich früh unterstützte Washington die Abtrennung Ost- und Südostdeutschlands und Vertreibungen. Bereits im März 1943 konnte zwischen Eden und Roosevelt die Frage der künftigen polnischen Grenze geklärt werden. Am 7. Juni 1943 gab Beneš die Zusicherung Roosevelts zur Vertreibung der Sudetendeutschen bekannt. Der US-Präsident wollte sogar ganz Europa den Sowjets überlassen. Zum New Yorker Erzbischof Francis Spellman⁶² äusserte er, die europäische Bevölkerung müsse sich mit russischer Herrschaft abfinden, er hoffe aber, der europäische Einfluss werde die Russen dazu bringen, «weniger barbarisch zu werden...» Diese Einstellung der Westmächte zur Abtretung

62 Spellman war auch Militärerzbischof der USA. Am 11. Dezember 1939 wurde er zum Apostolischen Vikar ernannt und war für die seelsorgerische Betreuung der römisch-katholischen Mitglieder der US-Streitkräfte zuständig.

Ostdeutschlands und des Sudetenlandes mit Inkaufnahme bisher in dieser Grössenordnung nie gekannter Vertreibungen galt auch für 1945 und wurde im Potsdamer Protokoll wirksam. (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 783-786)

10.2 Chronologie der Ereignisse

Die nachfolgende Chronologie der Ereignisse stellt klar, wie es zur Vertreibung der Deutschen kam und welche Mächte dafür verantwortlich sind.

- **Entledigung der Deutschen:** Im Dezember 1938 erklärte Beneš in einer Rundfunkrede aus London: «Wir müssen uns all jener Deutschen entledigen, die 1938 dem tschechoslowakischen Staat den Dolch in den Rücken gestossen haben.» Pläne zur Vertreibung der Deutschen aus dem Sudetenland gab es im Spätherbst 1938 auch im tschechischen Exil in Paris. (de Zayas, S. 55, S. 203, Anm. 16; *Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 574)
- **England und Frankreich für eine längere Meeresküste Polens:** Am 9. November 1939 verkündete der exilpolnische Ministerpräsident General W. Sikorski bei einer Pressekonferenz in London: «Grossbritannien und Frankreich stimmen zu, dass Polen in erster Linie eine längere Meeresküste, als sie ihm im Versailler Vertrag zugestanden worden sei, benötige.» (Grube/Richter, *Flucht und Vertreibung*, Chronik 1938-1947, Anhang)
- **Polens höchste Aufgabe:** Am 20. Dezember 1939 verkündete die polnische Exilregierung in Paris: «Sie anerkenne als höchste polnische Aufgabe, Polen – ausser einem unmittelbaren und breiten Zugang zum Meer – solche Grenzen zu verschaffen, die seine Sicherheit gewährleisten würden.» (ebda.)
- **Die Westgrenze Polens muss...:** Am 3. Dezember 1940 forderte die exilpolnische Zeitung *Dziennik Zwiqzkowy* in Chicago: «Die Westgrenze Polens muss eine Linie bilden, die zumindest etliche 10 km westlich der unteren Oder und dann zum Erzgebirge hin verläuft.» (ebda.)
- **Für ein starkes Polen:** Im April 1941 wurde in der englischen Monatsschrift *Nineteenth Century* (dt., *Das 19. Jahrhundert*) bezüglich des deutschen Territoriums ein Vorschlag veröffentlicht, der weit über die Versailler Pläne hinausging: «Polen muss so stark werden, dass es seine Unabhängigkeit verteidigen kann. Dies kann es nur, wenn es Ostpreussen und Danzig besitzt, so dass es

über eine ausreichende Meeresküste und Flotten- und Luftstützpunkte verfügt, von denen aus es mit unmittelbarer Wirkung Schläge gegen Deutschland führen kann. Es muss auch Oberschlesien erhalten, damit es eine ausreichende Kriegsindustrie besitzt und eine solide industrielle Grundlage schaffen kann für die geplante politische und wirtschaftliche Vereinigung mit der Tschechoslowakei... Dies muss um jeden Preis erreicht werden, um der Menschheit einen dritten Weltkrieg zu ersparen.» (Hedin, S. 174/175)

- **Deutsch-sowjetische Verträge hinfällig:** Am 30. Juli 1941 schloss die exilpolitische Regierung mit der Sowjetregierung in London ein Abkommen, in dem die Sowjetregierung die deutsch-sowjetischen Verträge von 1939 für hinfällig erklärte, jedoch eine Anerkennung der sowjetisch-polnischen Grenze von 1921 ablehnte. (Grube/Richter, Chronik, wie vor)
- **Die künftigen Grenzen Polens:** Am 24. September 1941 erklärte der exilpolitische Außenminister Edward Raczyński anlässlich der nachträglichen Unterzeichnung der ‚Atlantik-Charta‘ in London: «Die künftigen Grenzen Polens sollten Polens Lebensinteresse nach einem breiten Zugang zur See, genügend geschützt vor fremder Einwirkung und ferner eine wirtschaftliche Entfaltung in einem der Zahl seiner Bevölkerung entsprechenden Verhältnis sichern.» (Gruber/Richter, Chronik, wie vor)
- **Tausendfache Rache:** Am 1. Oktober 1941 rief Beneš über Radio London: «...jede Untat, jede Gewalttat, jeder Mord vonseiten der nazistischen Übeltäter in der CSR und in den übrigen besetzten Gebieten muss und wird tausendfach gerächt werden!» (Beneš, *Sechs Jahre im Exil* [tschech., *let v exilu*], Orbisverlag, Prag, 1946, S. 133; Reichenberger, S. 55/56)
- **Moskau fordert Abtretung Ostpreussens an Polen:** Am 16. Dezember 1941 verlangten Stalin und Molotow von Eden in Moskau die Abtretung Ostpreussens an Polen und die «Curzon-Linie» als sowjetisch-polnische Grenze. (Grube/Richter, Chronik, wie vor)
- **Britisches Gutachten zur Vertreibung:** Nach seinem Besuch in Moskau im Dezember 1941 gab der britische Außenminister Anthony Eden seinem «Foreign Research and Press Service» ein Gutachten über Ostmitteleuropa in Auftrag. In dem Gutachten vom 12. Februar 1942 wurde die Abtretung von Ostpreussen, Oberschlesien und des Sudetenlandes mit der Vertreibung von 3 bis

nahezu 7 Millionen Deutscher vorgeschlagen.
(*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 575)

- **Vertreibung der Deutschen durch vollendete Tatsachen:** Im Frühjahr 1942 erklärte Beneš vor Militärs, «sich etwa zwei Millionen Deutscher zu entledigen», werde «sehr schwer sein. Am besten wird es sein, es durch *via facti* (dt., mittels der Schaffung von Tatsachen) zu erledigen, sonst durch Übereinkommen. Alle jungen Deutschen bis zu einem bestimmten Alter müssen weg.» Diese Pläne bestätigte Benešs aussenpolitischer Berater Jan Masaryk den darüber beunruhigten sudetendeutschen Juden ausdrücklich in einem Brief vom 5. Mai 1942. (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 575; Nawratil, S. 95)
- **Britisches Einverständnis mit Vertreibung:** Am 7. Juli 1942 informierte der britische Aussenminister Eden Beneš, dass «seine Kollegen mit dem Prinzip der Vertreibung einverstanden» seien. Kurz darauf wurde er von einem Beschluss des britischen Kabinetts unterrichtet, keine Einwände gegen die Aussiedlung von Sudetendeutschen zu erheben. Dieser ersten offiziellen Zustimmung zum Vertreibungsplan folgten im Sommer 1943 die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, (de Zayas, S. 56)
- Im September 1942 teilte die britische Regierung der tschechoslowakischen Exilregierung in London mit, dass sie im Prinzip nichts gegen eine Ausweisung der Sudetendeutschen einzuwenden habe. (Grube/ Richter, Chronik, wie vor)
- **Beneš fordert die Ausweisung der Sudetendeutschen:** Am 5. Dezember 1942 forderte Beneš in einem Vortrag vor der Universität Manchester die «Ausweisung der Sudetendeutschen», (ebda.)
- **Forderungen der Polen:** General Sikorski forderte auf einer Pressekonferenz in Chicago neben einem erweiterten Zugang zur Ostsee auch «deutsche Grenzgebiete im Westen Polens sowie die polnische Besetzung aller deutschen Gebiete östlich der Oder.» (ebda.)
- **USA und UdSSR stimmen der Abtretung Ostpreussens zu:** Am 15. März 1943 stimmte US-Präsident Roosevelt bei einer Besprechung mit dem britischen Aussenminister Eden der Abtretung Ostpreussens an Polen zu. Harry

Hopkins⁶³ hielt in einem Memorandum fest: «Polen will Ostpreussen haben, und der Präsident und Eden sind beide der Meinung, Polen sollte es erhalten. Eden sagte, die Russen seien insgeheim einverstanden, aber nicht bereit, ihre Zustimmung den Polen mitzuteilen, weil sie hier ein Handelsobjekt für die Friedenskonferenz sähen.» Am folgenden Tag sprach Hopkins bei dem russischen Botschafter Litwinow vor, um Edens Erklärungen zu bestätigen. Litwinow unterrichtete Hopkins, «Russland sei einverstanden, dass Polen Ostpreussen bekomme...» (de Zayas, S. 62)

- **Roosevelt stimmt «Transfer» zu:** Am 12. Mai 1943 stimmte Roosevelt gegenüber Beneš der geplanten Ausweisung der Sudetendeutschen zu, nachdem dieser behauptet hatte, er habe bereits die entsprechende Zustimmung der Sowjets sozusagen «in der Tasche». In der Unterredung mit Beneš sprach sich Roosevelt auch für die Ausweisung der Deutschen aus Ostpreussen und aus Siebenbürgen aus. (Grube/Richter, Chronik, wie vor)
- **Forderungen der Polen:** Am 28. Juni 1943 forderte die «Union polnischer Patrioten»⁶⁴ in Moskau die Eingliederung von Ostpreussen, Danzig und Oberschlesien an Polen. Gleichzeitig bezeichnete sie die Abtretung der polnischen Gebiete östlich der «Curzon-Linie» an die Sowjetunion als begrüßenswert. (Grube/Richter, Chronik, wie vor)
- **Vertreibung der Deutschen durch Terror:** Im Juli 1943 sprach der polnische Widerstandskämpfer und Diplomat, Jan Karski (recte: Jan Koziński), bei US-Präsident Roosevelt vor, um ihn über die Situation der Juden in Osteuropa zu informieren. Er prognostizierte: «Wir haben vor, im Augenblick des deutschen Zusammenbruchs einen kurzen, sehr schrecklichen Terror gegen die deutsche Bevölkerung zu organisieren, so dass diese von sich aus massenhaft das Gebiet Polens (also Ostdeutschlands) verlassen wird.» Roosevelt antwortete: «Die Deutschen haben das verdient.» (Thorsten Hinz, *Ein Fetisch namens Versöhnung*, in: *Junge Freiheit* 12/11, 18.3.2011)
- **USA und UdSSR stimmen der Vertreibung der Sudetendeutschen und der**

63 Harry Lloyd Hopkins (1890-1946) war einer der wichtigsten Ratgeber des US-amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt.

64 Die «Union Polnischer Patrioten» wurde von polnischen Staatsangehörigen auf sowjetische Initiative nach Auflösung der Armee von General Anders in Ost-Polen gegründet.

Ostdeutschen zu: Nach der im Juli 1942 erfolgten ersten offiziellen Zustimmung des britischen Kabinetts stimmten im Sommer 1943 auch die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion der Vertreibung der Sudetendeutschen zu. 1943 wurde ferner angekündigt, dass die Bevölkerung Ostpreussens in den Westen «umgesiedelt» werden solle. 1944 nannte man die übrigen Opfer des geplanten Genozids: die Deutschen aus Pommern, dem östlichen Brandenburg und aus Schlesien. 1945 wurden diese Pläne zur grausamen Realität.

- **USA für Aufteilung Deutschlands:** Am 5. Oktober 1943 sprach sich Roosevelt entschieden für eine Aufteilung Deutschlands in staatsrechtlich unabhängige Staaten aus. Ostpreussen sollte von Deutschland abgetrennt und alle «gefährlichen Elemente der Bevölkerung» zwangsweise ausgesiedelt werden. (Grube/Richter, Chronik, wie vor)
- **Britischer Kabinettsbeschluss zur Vertreibung:** Am 8. Oktober 1943 beschloss das britische Kabinett die «Abtretung Ostpreussens, Danzigs und Oberschlesiens von Deutschland» sowie die Vertreibung von 3 bis 5 Millionen Ostdeutscher und 1 bis 1,5 Millionen Sudetendeutscher (mit Ausnahme der Bewohner des Egerlandes). (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 576)
- **Deutschland muss Eroberungen aufgeben:** Am 25. Oktober 1943 erzielten die Aussenminister Hull, Eden und Molotow auf der Aussenminister-Konferenz in Moskau Übereinstimmung darüber, dass «Deutschland alle seine Eroberungen aufgeben und zu seinen Grenzen von 1938 zurückkehren solle; Ostpreussen sollte von Deutschland abgetrennt werden.» (Grube/Richter, Chronik, wie vor)
- **Beneš kündigt Blutrache an Deutschen an:** Am 27. Oktober 1943 erklärte Beneš über Radio London: «In unserem Land wird das Kriegsende mit Blut geschrieben werden. Den Deutschen wird mitleidlos und vervielfacht alles heimgezahlt werden, was sie in unseren Ländern seit 1938 begangen haben. Die ganze Nation wird sich an diesem Kampf beteiligen. Es wird keinen Tschechoslowaken geben, der sich dieser Aufgabe entzieht, und kein Patriot wird es versäumen, gerechte Rache für die Leiden der Nation zu nehmen...» (Reichenberger, S. 56; Beitrag *Vertreibungsverbrecher Eduard Beneš* unter www.kreis-landskron.de/vertreibung/verbrecher/Beneš)

- **Abtretung deutscher Gebiete an Polen keine Entschädigung für die Abtretung polnischer Gebiete an die Sowjetunion:** Am 17. November 1943 übermittelte Exil-Premierminister Stanislaw Mikolajczyk ein Memorandum an Präsident Roosevelt, in dem er nachdrücklich gegen den sowjetischen Vorschlag protestierte, die Abtretung deutscher Gebiete an Polen als Entschädigung für die Abtretung polnischer Gebiete an die Sowjetunion zu betrachten. In der Denkschrift hiess es: «Die Zuerkennung von Ostpreussen, Danzig, Oberschlesien und die Begradigung und Verkürzung der polnischen Westgrenze werden auf jeden Fall von der Notwendigkeit diktiert, für die Stabilität des künftigen Friedens zu sorgen, für die Entwaffnung Deutschlands und die Sicherheit Polens wie anderer Länder Mitteleuropas. Der Anschluss dieser Gebiete kann deshalb gerechterweise nicht als Gegenstand der Entschädigung für die Abtretung Ostpolens an die UdSSR behandelt werden...» (de Zayas, S. 207, Anm. 13)
- **Stalin fordert Annektierung Ostpolens:** In der ersten Kriegskonferenz der «Grossen Drei» in Teheran vom 28. November bis 1. Dezember 1943 forderte Stalin die Annektierung Ostpolens. Roosevelt und Churchill stimmten sofort zu. Churchill setzte sich «für eine Westverschiebung Polens bis zur Oder und für die Überlassung des nördlichen Drittels Ostpreussens samt Königsberg an die Sowjetunion» ein. Nach dem Teheraner Treffen forderte die «Union polnischer Patrioten» in Moskau die Austreibung von 7,5 Millionen Ostdeutscher aus Ostpreussen, Pommern und Schlesien. (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 576)
- **Drei Streichhölzer und das Schicksal von Millionen:** Auf der Teheraner Konferenz hatten die Alliierten auch das Problem der polnischen Nachkriegsgrenzen besprochen. Churchill war der Ansicht: «Polen könnte sich nach Westen verlagern, wie Soldaten die seitlich wegtreten. Falls es dabei auf einige deutsche Zehen trete, könne man das nicht ändern, doch müsse Polen auf alle Fälle stark sein.» Stalin schlug vor, die Polen sollten im Westen bis an die Oder vorrücken. Vor Teheran hatten die Alliierten nur Ostpreussen, Danzig und Oberschlesien für Polen ins Gespräch gebracht; mehr war niemals ernsthaft erwogen worden. Nun aber bemerkte Eden: «Was Polen im Osten verliert, könnte es im Westen gewinnen.» Nicht bereit, sich mit der Sowjetunion über das Schicksal von Ostpolen zu streiten, zogen es die westlichen Alliierten vor, Polen auf Kosten des gemeinsamen Feindes Deutschland zu entschädigen. Aus der Teheran-Konferenz ging eine Regelung ohne jede Rücksicht auf die Rechte von Millionen betroffener Menschen hervor. In bekannter Weise illustrierte Churchill dann die Verlagerung Polens nach Westen durch drei

Streichhölzer, die die UdSSR, Polen und Deutschland darstellten. Als das sowjetische Streichholz nach Westen geschoben wurde, gerieten auch das polnische und das deutsche in Bewegung. Letztlich bekam Stalin das, was er forderte. Die Polen wurden auf Kosten Deutschlands entschädigt. In einer Zusammenfassung der Ergebnisse von Teheran schlug Churchill eine vorläufige Formel für die Grenzen von Nachkriegs-Polen vor: «Man ist der Meinung, dass sich das Territorium des polnischen Staates und des polnischen Volkes im Prinzip ungefähr zwischen der sogenannten Curzon-Linie und der Oder erstrecken soll, und zwar unter Einschluss Ostpreussens und Oppelns; die eigentliche Grenzziehung erfordert jedoch weiteres eingehendes Studium und möglicherweise an einigen Punkten Bevölkerungsverschiebungen.» (de Zayas, S. 63-65)

- **Beneš unterstützt sowjetischen Plan:** Am 10. Januar 1944 versuchte der tschechische Exil-Präsident Beneš, die polnische Exilregierung in London zum Einverständnis mit der «Curzon-Linie» als Ostgrenze Polens zu bewegen. Beneš argumentierte, «Moskau könne in der Frage der Curzon-Linie nicht nachgeben, sei aber bereit zu territorialen Entschädigungen Polens auf Kosten Deutschlands, bei voller Übereinstimmung mit Polen, Grossbritannien und Amerika. Moskau werde jede westliche Grenze anerkennen, auf die man sich einige, und sei es die Oder-Linie.» (de Zayas, S. 66)
- **Polen soll erweitert werden:** Am 11. Januar 1944 verbreitete die sowjetische Nachrichtenagentur TASS die Meldung, dass Polen durch Aneignung deutscher Gebiete im Westen erweitert werden soll. (Grube/Richter, Chronik, wie vor)
- Am 22. Januar 1944 informierte Churchill Mikolajczyk über die Ergebnisse der Konferenz von Teheran: «Im Westen werden 7 Millionen Deutsche, die zwischen der deutsch-polnischen Grenze und der Oder leben, in das ‚eigentliche‘ Deutschland ausgewiesen.» (Grube/Richter, Chronik, wie vor)
- **Beneš kündigt einen blutigen, unbarmherzigen Kampf gegen die Deutschen an:** Am 3. Februar 1944 erklärte Beneš vor dem tschechischen Staatsrat im Exil: Der Umsturz in der Heimat müsse «gewaltsam, eine gewaltige Volksabrechnung mit den Deutschen, (...) ein blutiger, unbarmherziger Kampf sein». (Zitate aus den Reden von Eduard Beneš unter www.kreis-landskron.de/vertreibung/verbrecher/Beneš)

- **Stalin fordert nordöstlichen Teil von Ostpreussen:** Am 4. Februar 1944 schrieb Stalin an Churchill: «Was ihre Erklärung an die Polen betrifft, dass Polen seine Grenzen im Westen und Norden beträchtlich erweitern könne, so sind wir damit einverstanden mit, wie Sie ja wissen, einer Abänderung. Ich erwähnte Ihnen und dem Präsidenten (Roosevelt) gegenüber diese Abänderung in Teheran. Wir fordern die Übertragung des nordöstlichen Teils von Ostpreussen, den Hafen von Königsberg als eisfreien Hafen eingeschlossen, an die Sowjetunion. Dies ist das einzige von uns beanspruchte deutsche Gebiet...» (Lutz, Geleitwort, S. XIX)
- **Churchill schenkt Stalin Ostpreussen:** Am 20. Februar 1944 schrieb Churchill an Stalin: «... Am 6. Februar habe ich zum ersten Mal der polnischen Regierung erklärt, dass die Sowjetregierung in Ostpreussen eine Grenzziehung wünscht, die auf russischer Seite Königsberg einschliesst. Diese Information war ein Schock für die polnische Regierung, die in einer solchen Entscheidung eine wesentliche Verminderung des Umfangs und der ökonomischen Wichtigkeit des deutschen Territoriums sieht, das Polen auf dem Weg der Entschädigung einverleibt werden soll. Ich habe jedoch dargelegt, dass dies nach Ansicht der Regierung Seiner Majestät ein berechtigter Anspruch von seifen Russlands ist. Da ich diesen Krieg gegen die deutsche Aggression als Ganzes und als dreissigjährigen Krieg von 1914 an betrachte, erinnerte ich Herrn Mikolajczyk an die Tatsache, dass die Erde dieses Teils von Ostpreussen mit russischem Blut getränkt sei, das reichlich für die gemeinsame Sache vergossen wurde. Hier hatten die russischen Armeen, die im August 1914 vorrückten und die Schlacht von Gumbinnen⁶⁵ und andere Gefechte gewannen, durch ihre Vorstösse unter grossem Schaden für ihre eigene Mobilmachung die Deutschen

⁶⁵ Dass sich bereits die zaristische Armee anno 1914 völkerrechtswidrig verhalten hat, geht aus folgender Schilderung hervor: «Im August 1914 hatte sich etwas Unerhörtes ereignet: Das russische Heer hatte sich nicht an die bis dahin auch von Russland anerkannten völkerrechtlichen Konventionen gehalten, nach denen Kriege nur zwischen Truppenteilen, nicht aber gegen die Zivilbevölkerung geführt werden durften. Schon in den ersten Tagen der nur so kurzen russischen Besetzung der Provinz (Ostpreussen) waren ca. 20.000 deutsche Zivilisten nach Sibirien verschleppt und Leben, Gesundheit und Eigentum weiterer vieler Tausender ostpreussischer Landeskinder zerstört oder verletzt worden. Auch bei den zivilisierteren europäischen Mächten gewann die Vorstellung überhand, dass es sich im Kriegsfall nicht um den Gewinn von Schlachten, sondern um die Existenz der bekämpften Nationen handeln müsse, dass das Ziel der Kampfhandlungen die Zerstörung der Wirtschaftskraft des Feindes und der in ihr tätigen Personen sein müsse. Die bisher selbstverständliche Rücksicht auf Leben und Eigentum der Zivilpersonen verfiel immer mehr, ihre Verluste übertrafen schliesslich die der kämpfenden Truppe.»

gezwungen, zwei Armeekorps vom Vormarsch auf Paris abzuziehen, was wesentlich zum Sieg an der Marne beitrug. Die Katastrophe bei Tannenberg hat diesen grossen Erfolg in keiner Weise zunichte gemacht. Deshalb schiene mir, dass die Russen einen historischen und wohlbegründeten Anspruch auf dieses deutsche Gebiet hätten...» (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 782, 784; Lutz, Geleitwort, S. XIX-XX)

- **Atlantik-Charta gilt nicht für Deutschland:** Am 22. Februar 1944 informierte Churchill das britische Unterhaus, dass Polen im Norden und Westen zu Lasten Deutschlands Kompensationen erhalten werde, dass die ‚Atlantik-Charta‘ auf Deutschland keine Anwendung finde und daher Gebietsübertragungen und Grenzberichtigungen zu Lasten des Feindstaates zulässig seien. In der Debatte im Unterhaus sprachen sich mehrere Abgeordnete scharf gegen die Vertreibung aus. (Grube/ Richter, Chronik, wie vor)
- **Leiden der Deutschen in Kauf nehmen:** Auch in der Oberhausdebatte am 8. März 1944 wendeten sich mehrere Abgeordnete scharf gegen die Vertreibung. Der Earl of Mansfield sprach die vorherrschende Ansicht aus, dass die Massendeportationen nicht übereilt werden dürften. Es gäbe jedoch «überhaupt keinen Grund, weshalb wir nicht (...) alle unvermeidlichen Leiden in Kauf nehmen, denen die deutschen Minderheiten im Vollzug ihrer Umsiedlung ausgesetzt werden könnten». (de Zayas, S. 38, 109)
- **USA stimmen der Annexion zu:** Im Mai 1944 empfahl das US-Aussenministerium in einem Memorandum: «Diese Regierung sollte sich nicht widersetzen, wenn Polen die folgenden Gebiete annektiert: Ostpreussen, Danzig und in Deutsch-Oberschlesien den Industriebezirk mit einem ländlichen Hinterland, das in erster Linie von ethnischen Kriterien bestimmt werden sollte. Die Vereinigten Staaten wären dagegen nicht geneigt, zu befürworten, dass Polen weitere deutsch bewohnte Gebiete jenseits der Oder annektiert.» Gleichzeitig empfahl das Memorandum, einen übergreifenden Ausschuss für Deutschland einzusetzen, der die folgenden Themen untersucht: «a) Kriterien für die Selektion der auszusiedelnden Bevölkerung; b) eine interalliierte Besetzung Ostpreussens und c) die Gründung einer interalliierten Kommission zur Überwachung der Bevölkerungsumsiedlungen.» (de Zayas, S. 65, 99)

- **Vertreibung ist wirtschaftliches Unrecht:** In einem weiteren Memorandum vom 31. Mai 1944 empfahl das US-amerikanische Aussenministerium, dass sich die US-amerikanische Regierung bei Beendigung der Kriegshandlungen der sofortigen Ausweisung der Deutschen widersetzen solle, damit man Anordnungen für die geregelte Durchführung treffen könne. Es hiess hier weiter, dass «ernstzunehmendes wirtschaftliches Unrecht geschähe, falls diese Leute unterschiedslos von ihrem Zuhause vertrieben und ohne Entschädigung für ihren Besitz und ohne Vorsorge für ihren Lebensunterhalt nach Deutschland verfrachtet werden sollten», (de Zayas, S. 35)
- **Polen will Ostpreussen:** Nachdem in Teheran beschlossen worden war, dass Polen Ostpreussen erhalten sollte, besuchte der polnische ExilPremierminister Mikolajczyk die Vereinigten Staaten und erklärte vor der Presse am 14. Juni 1944 in Washington: «Polen wünscht nach dem Krieg Ostpreussen, das bisher wie ein Messer auf Polens Herz zielte.» (de Zayas, S. 207, Anm. 8)
- **Abkommen über die Verwaltung befreiter Gebiete:** In einem Aufruf vom 22. Juli 1944 rief das kommunistische «Polnische Komitee der Nationalen Befreiung» (PKWN) in Lublin zum Kampf für die «Rückkehr» Pommerns, Oberschlesiens, Ostpreussens und der Gebiete bis zur Oder zu Polen auf. Vier Tage später schloss das Lubliner Komitee mit der Sowjetunion ein Abkommen über die Verwaltung befreiter polnischer Gebiete ab. Unterzeichnet wurde es vom sowjetischen Aussenminister Molotow und von Edward Osóbka-Morawski, dem Vorsitzenden des in Moskau ins Leben gerufenen kommunistischen Polnischen Komitees für Nationale Befreiung (Lubliner Komitee, PKWN). Die Curzon-Linie wurde als polnische Ostgrenze anerkannt. (Grube/Richter, Chronik, wie vor)
- **Grundsätze für die Behandlung von Territorialstreitigkeiten:** Am 28. Juli 1944 legte der US-amerikanische Regierungsausschuss für die Nachkriegsplanung Grundsätze für die Behandlung von Territorialstreitigkeiten in Europa fest. Darin heisst es: «Den frei geäusserten Wünschen der betreffenden Völker sowie den politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten sollte mehr Gewicht beigemessen werden als historisch oder strategisch begründeten Ansprüchen. Jede Lösung soll einen Beitrag zum Frieden bilden.» (Grube/Richter, Chronik, wie vor)

- **Anerkennung der polnischen Ostgrenze für neue Westgrenze:** Am 3. August 1944 forderte Stalin von Mikolajczyk bei dessen Besuch in Moskau die Anerkennung der «Curzon-Linie» als Ostgrenze Polens. Dafür versprach er ihm im Westen die Oder-Neisse-Linie als Westgrenze einschliesslich Breslau, Stettin und Ostpreussen. Nur Königsberg und Umgebung forderte er für Russland. Mikolajczyk protestierte unter Hinweis auf die «Atlantik-Charta». Stalin erwähnte die Ausweisung der gesamten deutschen Bevölkerung. (Grube/Richter, Chronik, wie vor)
- **Churchill und Stalin einig über deutsche Gebiete für Polen:** Am 13. Oktober 1944 widersetzte sich Mikolajczyk in Moskau bei Verhandlungen mit Stalin, Molotow, Churchill, Eden und Harriman der Abtretung Ostpolens an die Sowjetunion. Churchill und Stalin einigten sich, Polen die Oder-Linie einschliesslich Stettin zuzugestehen. (Grube/ Richter, Chronik, wie vor)
- **Spiel mit Grenzen:** Bei der Besprechung am 14. Oktober 1944 in Moskau übten Churchill und Eden massiven Druck auf Mikolajczyk aus, damit er sich mit der «Curzon-Linie» einverstanden erklärte. Sie boten an, Polen auf Kosten Deutschlands zu entschädigen. Stalin bot Mikolajczyk nicht nur die Oder-Grenze an, sondern darüber hinaus die Ausdehnung nach Westen bis an die Görlitzer Neisse. Die Begegnung zwischen Churchill und Mikolajczyk ist es wert, wenigstens in einigen Sätzen wiedergegeben zu werden. Churchill: «Falls Sie die Grenze nicht akzeptieren, scheiden Sie für alle Zeiten aus dem Spiel aus. Die Russen werden durch Ihr Land stürmen, und Ihr Volk wird liquidiert werden. Sie stehen am Abgrund der völligen Vernichtung...» Churchill: «Sie sind keine Regierung, wenn Sie nicht imstande sind, eine Entscheidung zu treffen... Ich werde mich an die anderen Polen wenden müssen, und diese Lubliner Regierung wird vielleicht sehr gut arbeiten. Sie wird die Regierung sein. Sie machen den kriminellen Versuch, durch Ihr ‚liberum veto‘ das Einverständnis unter den Verbündeten zu stören. Das ist Feigheit von Ihnen.» Die Grossen hatten also beschlossen, Polen müsse die «Curzon-Linie» annehmen und auf Lemberg und die galizischen Ölfelder verzichten. (de Zayas, S. 68-70)
- **Aufruf zum Massenmord an den Deutschen:** Am 3. November 1944 rief der tschechische Exil-Kriegsminister Jan Sergej Ingr in der *BBC* ungestraft zum Massenmord an den Deutschen auf: «Wenn unser Tag kommt, wird die ganze Nation dem alten Kriegsaufruf der Hussiten folgen: ‚Schlagt sie, tötet sie, lasst

niemandem am Leben!' Jedermann sollte sich bereits jetzt nach der bestmöglichen Waffe umsehen. Wenn keine Feuerwaffe zur Hand ist, sollte man irgendeine sonstige Waffe vorbereiten und verstecken – eine Waffe, die schneidet, sticht oder trifft.»

(*Der Grosse Wendig*, Band 2, S. 421-427; Nawratil, S. 53)

- **Keine US-Einwände gegen Umsiedlung:** Am 17. November 1944 bestätigte Roosevelt Mikolajczyk schriftlich die Kompensationen zu Lasten Deutschlands. Gleichzeitig bestätigte er, dass die Regierung der Vereinigten Staaten keine Einwände gegen die Umsiedlung von Deutschen erheben und diese so weit wie möglich erleichtern werde, (de Zayas, S. 33; Grube/Richter, Chronik, wie vor)
- **«Deutsche entfernen!»** Am 23. November 1944 legte der spätere tschechoslowakische Aussenhandelsminister Hubert Ripka in seiner Funktion als Staatssekretär im Aussenministerium der tschechoslowakischen Exilregierung in London den alliierten Regierungen ein Memorandum vor, das den Wunsch seiner Regierung aussprach, die Deutschen so bald wie möglich aus der Tschechoslowakei zu entfernen, einschliesslich der Deutschen aus dem Sudetengebiet, das die Tschechoslowakei nach Kriegsende wieder in Besitz nehmen wollte, (de Zayas, S. 110)
- **«Es wird ein schreckliches Elend geben.»** In einem Bericht einer US-amerikanischen Quäkerin über ihre Unterredung mit dem tschechischen Exil-Justizminister Jaroslav Stránský am 28. November 1944 heisst es: «Stránský ... glaubt, die Verhältnisse im Sudetenland nach dem Waffenstillstand würden derartige sein, dass sich das deutsche Problem zum guten Teil ohne Transfer von selber lösen wird. Die sudetendeutsche Bevölkerung würde sogar ohne offiziellen Transfer drastisch reduziert werden... Es wird ein schreckliches Elend geben (im tschechischen Original: «bude hrozna bida»). Es wird daher erwartet, dass es in der ersten Periode nach der Befreiung im Sudetenland eine sehr hohe Sterblichkeit geben wird.» (Nawratil, S. 89)
- **Französisch-sowjetischer Beistandspakt:** Am 10. Dezember 1944 schloss General de Gaulle, Chef der provisorischen französischen Regierung, bei seinem Besuch in Moskau einen Beistandspakt mit der Sowjetunion. Beide Seiten kamen überein, das linke Rheinufer an Frankreich, Ostpreussen, Pommern und Schlesien an Polen fallen zu lassen. (Grube/Richter, Chronik, wie vor) Dieser

Pakt war ausdrücklich gegen das Wiederaufleben einer «deutschen Gefahr» gerichtet und zielte im Kern darauf ab, Frankreich die sowjetische Unterstützung für seine Forderungen gegenüber Nachkriegsdeutschland zu sichern. In dem Vertrag ist die Rede von der gemeinsamen Abwehr jeder künftigen deutschen Aggression. Der französische Außenminister Georges Bidault nannte den Pakt, der auf 50 Jahre abgeschlossen wurde, einen «Akt der Gerechtigkeit». Englands Außenminister Ernest Bevin sprach davon, dass das «schreckliche und teuflische Unheil eines deutschen Angriffs nie wieder losbrechen» dürfe. (Andreas Wilkens, *Der unstete Nachbar: Frankreich, die deutsche Ostpolitik und die Berliner Vier-Mächte Verhandlungen 1969-1974*, München, 1990, S. 24; *Zwischen Block und Bündnis: Moskau – Deutschland nicht das einzige Thema*, in: *Der Spiegel*, 10/1947, 8.3.1947, unter www.spiegel.de/spiegel/print/d-41121333.html)

- **Churchill für totale Vertreibung der Deutschen:** Am 15. Dezember 1944 erklärte Premierminister Churchill in seiner vielzitierten Rede vor dem Unterhaus zur vorgeschlagenen Vertreibung der Deutschen: «Die nach unserem Ermessen befriedigendste und dauerhafteste Methode ist die Vertreibung. Es wird keine Mischung der Bevölkerung geben, wodurch endlose Unannehmlichkeiten entstehen, wie zum Beispiel im Fall von Elsass-Lothringen. Reiner Tisch wird gemacht werden. Mich beunruhigt die Aussicht des [Bevölkerungsaustau-](#)

sches ebenso wenig wie die grossen Umsiedlungen, die unter den modernen Bedingungen viel leichter möglich sind als je zuvor.» Und weiter: «Die Übersiedlung von mehreren Millionen Menschen müsste vom Osten nach Westen oder Norden gerichtet sein, ebenso wie die Vertreibung der Deutschen – denn das eben wird vorgeschlagen: die totale Vertreibung der Deutschen – aus dem Gebiet, das jetzt Polen im Westen und im Norden haben soll.» Viele Autoren der ehemaligen Ostblockstaaten beriefen sich auf Churchills Erklärung und interpretierten seine Worte als uneingeschränkte Zustimmung, die umfassend genug sei, alles zu decken, was dann geschah, (de Zayas, S. 25, 34, 100/101; Nawratil, S. 136)

- **USA sagen Unterstützung für Umsiedlungen aus Polen zu:** Am 18. Dezember 1944 wurde die Absicht der US-Regierung, keine Einwände gegen eine Umsiedlung der Deutschen zu erheben, in einer öffentlichen Erklärung bekräftigt: «Wenn die Regierung und das Volk von Polen beschliessen, im Interesse des polnischen Staates nationale Gruppen umzusiedeln, wird die Regierung der Vereinigten Staaten in Zusammenarbeit mit anderen Regierungen Polen nach Möglichkeit dabei unterstützen.» (de Zayas, S. 33)
- **Sowjetunion unterstützt Polens Gebietsansprüche:** Am 18. Dezember 1944 veröffentlichte die *Prawda* einen Artikel von Stefan Jędrzychowski, dem Propagandachef des «Lubliner Komitees» in Moskau. In diesem Artikel empfahl Jędrzychowski, Polens Westgrenze von Stettin nach Süden an der Oder und der westlichen (der Görlitzer) Neisse entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze zu ziehen. Polens offizieller Vorschlag für seine «Entschädigung» (für den Verlust von mehrheitlich nicht durch Polen besiedelte Gebiete) umfasste jetzt nicht nur ganz Deutschland östlich der Oder, sondern auch beachtliche deutsche Gebiete westlich der Oder, wodurch zusätzlich drei Millionen Deutsche betroffen wurden. Stettin, die Hauptstadt der Provinz Pommern, liegt auf dem westlichen Oderufer, sollte aber polnischer Hafen werden. Ferner wurde ganz Niederschlesien westlich der Oder mit Breslau gefordert. Die westlichen Alliierten lehnten diesen Vorschlag eindeutig ab, doch die Tatsache, dass Jędrzychowski Artikel in der *Prawda* erschien, liess deutlich erkennen, dass die sowjetische Regierung die polnische Forderung unterstützte, dass also der Artikel die neue sowjetische Vorstellung über den künftigen Grenzverlauf wiedergab. In einem Memorandum zu der geplanten Grenzziehung empfahl die Delegation der Vereinigten Staaten, sich nachdrücklich den Bestrebungen zu widersetzen, «die polnische Grenze bis an die Oder-Linie oder an die Oder-Neisse-Linie vorzuschie-

ben». Doch wie Jalta und Potsdam zeigten, war der Protest längst nicht nachdrücklich genug. Lange vor Kriegsende erhielten die polnischen Behörden von der sowjetischen Besatzungsmacht die Genehmigung, in die deutschen Provinzen Ostpreussen, Pommern und Schlesien einzuziehen. Einheimische Deutsche mussten ihre Wohnungen räumen, andere, die ihr Zuhause behalten hatten, wurden durch Ausschreitungen von Angehörigen der polnischen und sowjetischen Streitkräfte gezwungen, alles aufzugeben und nach Westen zu fliehen. Sie brauchten also später nicht mehr ausgewiesen zu werden, (de Zayas, S. 70-73, 124)

- **Legalisierung der Enteignung:** Am 22. Dezember 1944 beschloss die jugoslawische Regierung, deutsches und volksdeutsches Vermögen in Staatseigentum zu überführen und damit die Enteignung zu legalisieren. (Grube/Richter, Chronik, wie vor)
- **Deportationen deutscher Zivilisten:** Durch den dem sowjetische Innenministerium NKWD unterstehenden Geheimdienst NKGB wurden ab Dezember 1944 bis Januar 1945 Hunderttausende deutscher Zivilisten zur Zwangsarbeit in Lager (Gulag) der Sowjetunion deportiert, überwiegend Frauen. Davon waren zuerst die deutschen Minderheiten auf dem Balkan, die sogenannten Volksdeutschen, betroffen. Mit Erreichen des Reichsgebietes wurden die Deportationen im heute polnisch besetzten deutschen Staatsgebiet fortgesetzt und erst an der zukünftigen Oder-Neisse-Grenze gestoppt. Diese Zivildeportationen wurden auf der Konferenz von Jalta als sogenannte *reparations in kind* (dt., *Reparationen in Form von Sachleistungen*) von den Alliierten legitimiert. Etwa ein Drittel dieser Deportierten starb aufgrund der Haftbedingungen durch Hunger, Krankheiten und Kälte oder schon während der Transporte in Viehwaggons. (Wikipedia, *Deportationen*; Grube/Richter, Chronik, wie vor)
- **Versenkung des Flüchtlingsschiffes «Wilhelm Gustloff»:** Am 30. Januar 1945 wurde das Flüchtlingsschiff «Wilhelm Gustloff» mit insgesamt 10.582 Menschen an Bord von den Torpedos des sowjetischen U-Bootes «S-13» getroffen und versank innerhalb einer Stunde in der eiskalten Ostsee. Beim Untergang kamen mehr als 9.000 Flüchtlinge ums Leben. Nur rund 1.200 Schiffbrüchige konnten gerettet werden. Die Versenkung dieses Schiffes gilt heute als die grösste Schiffskatastrophe aller Zeiten. (*Der Grosse Wendig*, Band 2, S. 212, Band 3, S. 639643. Siehe auch Eintrag zum 16. April 1945)

- **Jalta-Konferenz und die Vertreibung der Deutschen:** Die «Grossen Drei» Stalin, Roosevelt und Churchill, beschlossen auf der Jalta-Konferenz (4.-11. Februar 1945) endgültig die «Westverschiebung» Polens. Churchill erklärte auf der Konferenz am 7. Februar 1945: «Bezüglich der Neisse: Wir haben immer die Bewegung der polnischen Grenzlinien nach dem Westen unterstützt, aber unter der Bedingung, dass sie nicht mehr nehmen, als sie wünschen und als sie handhaben können. Es wäre sehr schade, die polnische Gans mit deutschem Futter so vollzustopfen, dass sie an einer Magenverstimmung zugrunde ginge. Ein grosser Teil der öffentlichen Meinung ist über den Gedanken empört, viele Millionen Menschen mit Gewalt zu transferieren. Ich bin nicht empört. Ich weise auf den Erfolg der griechisch-türkischen Transferierungen nach dem letzten Krieg hin – allerdings betrafen diese nur Vi(?) Million Menschen. Wenn die Polen Ostpreussen und Schlesien bis zur Oder übernehmen, bedeutet das die Transferierung von 6.000.000 Deutschen. Dies könnte mit modernen Einrichtungen geschafft werden... Wir haben 5 oder 6 Millionen (Deutsche) getötet und werden vor Beendigung des Krieges wahrscheinlich noch eine weitere Million töten. Dadurch müsste in Deutschland für die transferierten Menschen Raum genug vorhanden sein. Sie werden gebraucht werden, um die Lücken zu füllen; daher fürchte ich das Problem einer Transferierung nicht, solange es im richtigen Verhältnis steht.»

So hatten sich die Herrschenden in Moskau, London und Washington mit der Vertreibung von Millionen Deutscher einverstanden erklärt – schon bevor die später den Deutschen vorgeworfenen Kriegsverbrechen bekannt gemacht worden sind. Besorgnis erhob sich höchstens noch wegen der Frage, ob das zerstörte Restdeutschland in der Lage sein würde, solche Mengen entwurzelter Menschen aufzunehmen. (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 576/577)

Am 8. Februar 1945 legte Churchill den Konferenzteilnehmern einen abgeänderten Entwurf vor, in dem er den Polen «die von Polen gewünschten Gebiete östlich der Oder-Linie» zusprach. Nach seiner Rückkehr berichtete er dem Parlament über die Grenzen Polens: «Die drei Mächte haben sich jetzt geeinigt, dass Polen beträchtlichen Landzuwachs sowohl im Norden wie im Westen erhalten soll. Im Norden wird es sicherlich anstelle des gefährdeten Korridors die Grossstadt Danzig, den grösseren Teil Ostpreussens westlich und südlich Königsbergs erhalten, dazu einen langen, breiten Küstenstreifen an der Ostsee. Im Westen wird es die wichtige Industrieprovinz Oberschlesien bekommen, dazu die Gebiete östlich der Oder, die bei der Friedensregelung vielleicht von

Deutschland abgetrennt werden...» Die Vertreibung von Millionen Deutscher wurde ohne Rücksicht auf das uralte Heimatrecht, das Eigentumsrecht, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Menschenwürde der Betroffenen beschlossen. Das Verhängnis nahm so seinen Lauf. Polen und Tschechen konnten sich schon bei den ersten wilden Vertreibungen vor der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 auf die stillschweigende Duldung durch die Alliierten berufen, nach dem Potsdamer Treffen auf die offizielle Billigung durch die Sieger, (de Zayas, S. 73 ff.)

- **Widerstand wird erbarmungslos gebrochen:** Am 12. Februar 1945 erklärte Beneš wieder über Radio London: «Wo sich ein Widerstand findet, wird er erbarmungslos gebrochen.» (Beneš, *Sechs Jahre im Exil*, S. 225) Aus diesem systematisch gezüchteten Geiste des Hasses entstanden die «Bartholomäusnächte» von Prag und Aussig an der Elbe und ein tausendfaches Lidice. (Reichenberger, S. 56)
- **«Deutsche Gefahr» für Generationen gebannt:** Am 27. Februar 1945 erklärte Churchill im britischen Unterhaus: «...Wir brauchen nicht zu befürchten, dass die Aufgabe, die neue Grenzlinie zu halten, sich als zu schwer für Polen erweisen oder eine neue deutsche Revanche heraufbeschwören wird oder, um eine landläufige Phrase zu gebrauchen, die Saat für künftige Kriege legen werde. Wir gedenken weitaus drastischere und wirksamere Massnahmen als nach dem letzten Krieg zu ergreifen, weil wir ja jetzt mehr von diesem Geschäft verstehen, so dass ein offensives Vorgehen von Seiten Deutschlands auf Generationen hin gänzlich unmöglich gemacht werden wird.» (Detlef Brandes, *Der Weg zur Vertreibung 1938-1945*, 2. Auflage, 2005, S. 408)
- **Aberkennung der Staatsangehörigkeit:** Am 28. Februar 1945 beschloss die polnische Regierung, polnischen Staatsangehörigen deutscher Abstammung in dem Gebiet Polens von 1919 bis 1939 die polnische Staatsangehörigkeit abzuerkennen. Die Deutschen wurden interniert, enteignet und zur Zwangsarbeit herangezogen. (Grube/Richter, Chronik, wie vor)
- **Regelung der Westgrenze Polens soll Friedenskonferenz vorbehalten bleiben:** Am 1. März 1945 berichtete US-Präsident Roosevelt dem Kongress über die Ergebnisse der Konferenz von Jalta. Dabei bezeichnete er die gefundenen Lösungen als «gerechten Kompromiss». Die Regelung der Westgrenze Polens

solle einer Friedenskonferenz vorbehalten bleiben.
(Grube/Richter, Chronik, wie vor)

- **Kein Mitleid, keine Gnade für Deutsche:** In der Debatte im Unterhaus konstatierte der spätere britische Premier Clement Attlee in seiner Funktion als Vorsitzender der Labourpartei am 1. März 1945 zur deutschen Frage: «Sie haben die alten Schranken eingerissen, und deshalb sage ich, dass sie sich nicht auf das alte Europa berufen können. Falls sie sich fügen, falls sie wiedergutmachen müssen, haben sie kein Recht, die Grundlage der Moralgesetze zu beschwören, die sie selbst nicht beachtet haben, oder auf Mitleid und Gnade zu rechnen, die sie niemals anderen zuteil werden liessen.» Der Säugling in der Wiege hatte also im Prinzip ebenso wenig «auf Mitleid und Gnade zu rechnen» wie der NSDAP-Kreisleiter. «Outlaws» waren sie alle, und so konnte man ihre «unvermeidlichen Leiden» ohne «unangebrachte Bestürzung» zur Kenntnis nehmen. Die «Nemesis» schmetterte sie alle zu Boden, die Ostpreussen, die Pommern, die Schlesier, die Sudetendeutschen, alle Deutschen. – Sie hatten keine Rechte. (Nawratil, S. 122; de Zayas, S. 38/39)
- **Flüchtlingsmassaker von Swinemünde am 12. März 1945:** Swinemünde war ab Februar 1945 zum Zentralhafen der «ostdeutschen Fluchtbewegung» geworden. Konteradmiral Conrad Engelhard hatte im Auftrag von Dönitz die Rettungsaktion für die Flüchtlinge aus Ostpreussen und Danzig organisiert. Er hatte sich für Swinemünde als Anlandehafen für die Flüchtlingsschiffe entschieden, da die westlich Kiel und Hamburg sowie östlich Kolberg und Stolpmünde gelegenen Häfen zu gefährdet gewesen wären. Zwischen dem 4. und 9. März fuhren allein 10 Geleite von Ostpreussen nach Swinemünde. Wenn man weiss, dass die Fähren nach Swinemünde täglich 12.000 Personen befördern, die Eisenbahnfähren gar 15.000 Menschen übersetzen konnten, kann man ahnen, wie viele Menschen sich am 12. März 1945 in Swinemünde aufgehalten haben. Die Angreifer wussten genau, dass der Ort mit Flüchtlingen überfüllt war. Die Frauen hatten zum Teil grauenhafte Erlebnisse mit dem S sadismus der siegestrunkenen sowjetischen Soldateska hinter sich. Auch etwa 900 Gerettete der ‚Wilhelm Gustloff‘ waren darunter. Der kleine Hafen quoll über von Schiffen und Flüchtlingen. Überfüllte Eisenbahnzüge warteten am Kai. Die total übermüdeten und verängstigten Menschen, die nur noch ihr nacktes Leben retten wollten, hofften auf eine Weiterfahrt nach Dänemark oder ins Landesinnere. Sie biwaktierten in Parks, auf Schiffen, in Zügen, am Ufer der Swine. Über keinen Ort in Deutschland waren die Alliierten besser informiert

als über Usedom mit dem V-2-Gelände in Peenemünde. Sie kannten auch die ausgedehnten Flüchtlingslager in den breiten Parkanlagen vor der Stadt. Daher verwendeten sie Bomben mit Berührungszündern, die schon in den Baumkronen explodierten und unter den darunter Lagernden ein Blutbad anrichteten. Am Vormittag waren 14 Schiffe aus Stolpmünde eingetroffen und lagen noch am Kai. Die meisten Flüchtlinge hatten noch nicht von Bord gehen können. Als Fliegeralarm gegeben wurde, verliessen die meisten Schiffe fluchtartig den Hafen. Der Dampfer «Andross» der gerade mit der Ausschiffung der Flüchtlinge begonnen hatte, wurde durch drei Bomben getroffen.

Je nach Quelle, kamen dabei zwischen 600 und 1.000 Menschen allein auf der «Andross» um. Der von der 8. US-Air Force ab 12:06 Uhr bis 12:58 Uhr durchgeführte Angriff ging eindeutig auf sowjetrussisches Drängen zurück, wie deren Kriegstagebuch zu entnehmen ist: «Eine Aufforderung der Sowjetunion in letzter Stunde zu einem Angriff auf Swinemünde, einem Ostseehafen, der (...) als Zentrum des deutschen Nachschubs zur See taktische Bedeutung hatte, führte zu einem starken Einsatz.» Die Russen, die einen Grossangriff vorbereiteten und deren Frontlinien nur 15 bis 20 Meilen entfernt lagen, konnten offenbar nicht selber den strategischen Schlag ausführen, weil die an der Front eingesetzte Rote Luftwaffe kein Flächenbombardement dieses Ausmasses durchzuführen vermochte.

Die 671 US-Bomber und 412 Begleitjäger mit 1.609 Tonnen Bomben forderten nach offiziellen Angaben 23.000 Opfer. Der Zahlmeisterassistent Heinz Schön, der die Gustloff-Tragödie überlebt hatte und sich am 12. März 1945 in Swinemünde befand, nennt sogar die Zahl 28.000. Die Zahl 23.000 Opfer bezieht sich offensichtlich auf die auf dem Golm (Usedom) tatsächlich Bestatteten. Nur 1.667 von ihnen wurden identifiziert. Die meisten waren namenlose, weil nicht registrierte Flüchtlinge, in der überwiegenden Mehrzahl Frauen, Kinder und alte Männer. Das Massaker von Swinemünde steht in den Annalen der 8. US-Flotte nicht als solches verzeichnet, auch nicht in den Annalen der Zeitgeschichte. Die US-Air-Force verbuchte es als Verkehrsangriff auf «Rangierbahnhöfe». Auf einer grauen Betonwand der Gedenkstätte Golm stehen die Worte: «...dass nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint.» Der Angriff der US-Amerikaner auf den kleinen beschaulichen Badeort an der Küste von Usedom kann, mehr noch als Dresden und Pforzheim, als Gipfel der Grausamkeit und als Sinnbild des Hasses der Sieger gesehen werden. (Wikipedia, Luftangriff auf

Swinemünde; Baumfalk, S. 96 f.; Friedrich, S. 176; Helmut Schnatz, *Der Luftangriff auf Swinemünde – Dokumentation einer Tragödie*, 2004, S. 19)

- **Errichtung von Wojwodschaften in den deutschen Ostprovinzen:**
Am 14. März 1945 errichtete die polnische Regierung auf dem Gebiet der deutschen Ostprovinzen die Wojwodschaften Masuren, Oberschlesien, Niederschlesien und Pommern. Am 20. März folgte die Gründung der Wojwodschaft Danzig. (Grube/Richter, Chronik, wie vor)
- **Gründung der neuen tschechoslowakischen Regierung – Kaschauer Programm:** Am 5. April 1945 wurde im ostslowakischen Kaschau die provisorische «Regierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken» gegründet. Die Verfolgung der Deutschen wurde durch die Agitation des tschechischen Exilpräsidenten Beneš und ab Frühjahr 1945 durch die provisorische Regierung eingeleitet. Die Liquidation der sudetendeutschen Volksgruppe wurde offiziell mit «Verrat an der tschechoslowakischen Nation» und «kollektiver Bestrafung wegen der Untaten der Nazis» begründet. Mit chauvinistischen Parolen wurde ein Vorwand für die Vernichtung einer ganzen Volksgruppe geschaffen. So hiess es in einer Broschüre der in Prag führenden «Nationalsozialistischen Partei»⁷⁴: «Der Teufel spricht Deutsch... Es gibt keine guten Deutschen, es gibt nur schlechte und noch schlimmere, ... Derjenige tschechische Vater, der seine Kinder nicht zum Hass gegen die deutsche Lügenkultur und Unmenschlichkeit erzieht, ist nicht nur ein schlechter Vaterlandsanhänger, sondern auch ein schlechter Vater...» Das «Kaschauer Programm» sah in Art. VIII. vor, gegen die Schuldigen deutschen und ungarischen Bürger «streng und unerbittlich» vorzugehen. In Art. IX. machte es sich die Regierung zur höchsten verantwortungsvollen und moralischen Aufgabe, «alle Verräter, alle bewussten und aktiven Helfer der deutschen und der madjarischen⁷⁵ Unterdrücker zu ergreifen und dem Gericht und der Bestrafung zu übergeben. Diese Aufgabe wird die Regierung ohne jeden Aufschub, ohne Schwanken und ohne Nachsicht gegen irgend jemanden durchführen.»
(Nawratil, S. 88 f.; www.forost.ungarisches-institut.de)
- **Tragödie des Flüchtlingsschiffs «Goya» am 16. April 1945:** Bis April 1945 hatte die «Goya», ein modernes und sehr schnelles Frachtschiff, vier Transporte nach Westen mit fast 20.000 Passagieren erfolgreich durchgeführt. Der fünfte Transport sollte von der Halbinsel Heia in der Danziger Bucht ausgehen.

74 Die Beneš-Partei hiess tatsächlich genauso wie die NSDAP.

75 ungarischen

Immer noch befanden sich Zehntausende von Menschen dort, deren einziger Fluchtweg über die Ostsee führte. Unter ständigem Artilleriebeschuss und bei mehreren Luftangriffen nahm die «Goya» zusammen mit anderen Schiffen auf der Halbinsel Heia Flüchtlinge, Verwundete und Wehrmachtseinheiten an Bord. Am Abend des 16. April 1945 befanden sich auf der «Goya» weit über 7.000 Menschen. In langsamer Fahrt lief der Verband gegen 19 Uhr in Richtung auf Swinemünde aus. Seit dem Abend lag im flachen Küstenwasser das sowjetische Garde-U-Boot «L 3» unter dem Kommandanten Wladimir Konowalow⁶⁶ auf Lauer. Er hatte den Befehl, die deutschen Transportwege zu unterbrechen. Am Abend zuvor hatte er bereits zwanzig Minen vor Heia abgesetzt. Als die Beobachter des U-Bootes den Konvoi meldeten, nahm «L 3» langsam Fahrt auf und folgte den Schiffen. Auf Schussweite herangekommen, liess Konowalow zwei Torpedos auf die «Goya» feuern. Um 23:52 Uhr trafen beide Torpedos das Schiff, das innerhalb von sieben Minuten sank. Über 7.000 Menschen fanden dabei den Tod. Der Untergang dieses Schiffes ist damit die nach der «Wilhelm Gustloff» vermutlich grösste bekannte Katastrophe der Seefahrtsgeschichte. (*Der Grosse Wendig*, Band 3, S. 644-646)

- **Aufruf der Kaschauer Regierung:** Am 17. April 1945 erliess die Kaschauer Regierung folgenden Aufruf: «Geht abrechnen mit den Deutschen für ihre Greuelthaten, und habt kein Erbarmen mit den deutschen Mördern.» (Zitate von Eduard Beneš unter www.kreis-landskron.de/vertreibung/verbrecher/Beneš)
- **Deutsche Frage definitiv liquidieren:** Am 12. Mai 1945 sagte Beneš in Brünn: «Wir (müssen) das deutsche Problem in der Republik definitiv liquidieren.» (im tschechischen Original: vylikvidovat) Und: «Wir werden Ordnung bei uns schaffen, besonders auch hier in der Stadt Brünn mit den Deutschen und allen anderen.» Am 30. Mai 1945 begann dann der Todesmarsch von Brünn, in dessen Verlauf mehrere Tausend Deutsche ermordet wurden, vor allem Frauen

66 Für die Versenkung der «Goya» bekam der in einer jüdischen Familie in der Landwirtschaftskolonie Nadjoschnoje im Südosten der Ukraine 1911 geborene Konowalow am 8. Juli 1945 die Auszeichnung «Held der Sowjetunion» verliehen.

Im Laufe seiner Karriere wurde Konowalow dreimal der Leninorden verliehen, ausserdem der Uschakoworden Zweiter Klasse, zweimal der Orden des Grossen Vaterländischen Krieges Erster Klasse und zweimal der Orden des Roten Sterns.

und Kinder – die Männer waren bereits zur Sklavenarbeit deportiert worden, (ebda.)

- **Kompromisslose Liquidierung der Deutschen und Ungarn:** Unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Prag am 16. Mai 1945 verkündete Beneš vor einer begeisterten Menge auf dem Altstädter Ring: «Es wird notwendig sein..., insbesondere kompromisslos die Deutschen in den tschechischen Ländern und die Ungarn in der Slowakei völlig zu liquidieren, soweit diese Liquidierung im Interesse des einheitlichen Nationalstaates der Tschechen und Slowaken überhaupt nur möglich ist. Unsere Losung muss es sein, unser Land kulturell, wirtschaftlich und politisch endgültig zu entgermanisieren.» (im tschechischen Original: «Bude tfeba vylikvidovat zejmena nekompromisne Nemce v ceskych zemich a Mad'ary na Slovensku, jak se jen likvidace ta da v zäjmu jednotneho národního statu provest!»). Einen Tag später begann das Massaker von Landskron. (Wikipedia, *Edvard Beneš* –, Zitate von Eduard Beneš unter www.kreis-landskron.de/vertreibung/verbrecher/Beneš)
- **Raus mit den Deutschen:** Am 3. Juni 1945 erklärte Beneš in Tabor: «Ich erteile allen ‚Narodny Vybor‘ (Mitgliedern des Nationalausschusses) strengen Befehl, unseren Leuten im Grenzgebiet Platz zu verschaffen. Werft die Deutschen aus ihren Wohnungen und macht den unsrigen Platz! Alle Deutschen müssen verschwinden! Was wir im Jahre 1918 schon durchführen wollten, erledigen wir jetzt! Damals schon wollten wir alle Deutschen abschieben. Deutschland war aber noch nicht vernichtet und England hielt uns die Hände, jetzt muss aber alles erledigt werden! Kein deutscher Bauer darf auch nur einen Quadratmeter Boden unter seinen Füßen haben, kein deutscher Gewerbetreibender oder Geschäftsmann darf sein Unternehmen weiterführen! Wir wollten das auf eine etwas feinere Weise zur Durchführung bringen, aber da kam uns das Jahr 1938 dazwischen. All dessen muss sich jeder Narodny Vybor bewusst sein und rasch handeln! Wegen der Öffentlichkeit muss ich noch bei den ‚Grossen Drei‘ die Bewilligung einholen, aber das ändert nichts mehr, denn es ist schon alles beschlossen.» (Zitate von Eduard Beneš unter www.kreis-landskron.de/vertreibung/verbrecher/Beneš)
- **Die ganze Republik entgermanisieren:** Am 16. Juni 1945 erklärte Beneš ebenfalls in Tabor: «...Es geht um die Entgermanisierung der Namen, der Gegend, der Sitten, es geht um alles, was überhaupt zu entgermanisieren ist. Heute

ist die Zeit dafür gekommen. Erinnert euch daran, was uns durch die Germanisierung über die Jahrhunderte hinweg seit der Hussitenzeit alles geschehen ist. Also wird unsere Losung so lauten: Überall und in allem unsere Republik zu entgermanisieren.» (ebda.)

- **Deutschland ein Feindstaat:** Am 26. Juni 1945 wurde in San Franzisko von 50 Gründungsmitgliedern die «Charta der Vereinten Nationen» beschlossen. Diese Verfassung der Vereinten Nationen schloss die deutschen Vertriebenen aus der internationalen Flüchtlingsfürsorge aus. Weil die Alliierten Deutschland als besiegte Feindnation betrachteten, wurde in die UN-Charta auch eine sogenannte «Feindstaatenklausel» aufgenommen. In dem bis heute geltendem Artikel 53 werden als Feindstaaten jene Staaten definiert, die während des Zweiten Weltkrieges Feind eines Unterzeichnerstaates der UN-Charta waren, also primär Deutschland und Japan. Bereits in der Direktive JCS 1067 vom 23. März 1945, die von US-Präsident Roosevelt gebilligt und von seinem Nachfolger Truman übernommen wurde, heisst es: «Deutschland wird nicht besetzt zum Zweck der Befreiung, sondern als eine besiegte Feindnation. Der Zweck ist nicht Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands zum Zweck der Durchsetzung gewisser alliierter Ziele...» (Grube/Richter, Chronik, wie vor; Grabert, *Jalta-Potsdam und die Dokumente zur Zerstörung Europas*)
- **Deutsche nur Halb-Menschen:** Am 18. Juli 1945 schrieb die tschechische Zeitung *Svobodny Smer*. «Es ist unmöglich zu begreifen, wie es noch Leute gibt, welche die Deutschen in Schutz nehmen wollen... Was hilft es uns, wenn die Öffentlichkeit in Amerika unsere Meinung teilt, dass die Deutschen keine menschlichen Wesen sind, sondern nur Halb-Menschen, oder wenn sie der These zustimmt, dass die Deutschen so behandelt werden müssen, wie sie es verdienen, wenn zur selben Zeit junge Leute aus Oklahoma oder Michigan über die Strassen zwischen Marienbad, Eger und Asch in ihren Sechszylindern reisen und kein Interesse zeigen...» In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass die Amerikaner 1945 das westliche Sudetenland (Egerland, Böhmerwald) besetzt hatten und nicht selten die deutsche Bevölkerung vor den Übergriffen der tschechischen «Goldgräber» in Schutz nehmen mussten. (Nawratil, S. 117)
- **Oder-Neisse-Linie als Westgrenze Polens nicht endgültig: Am 31. Juli 1945** forderte US-Aussenminister Byrnes auf der Potsdamer Konferenz, dass die Festlegung der Oder-Neisse-Linie als Westgrenze Polens nicht endgültig erfolge. Bis zum Abschluss des Friedensvertrages soll die Oder-Neisse-Linie als

Grenze der polnischen Auftragsverwaltung in den deutschen Gebieten gelten. Stalin stimmte dieser Forderung zu. (Grube/Richter, Chronik, wie vor)

- **Potsdamer Erklärungen zur Westgrenze Polens und zur Ausweisung der Deutschen:** Auf der Konferenz der «Grossen Drei» (Stalin, Truman und Churchill) in Potsdam vom 17. Juli bis 2. August 1945 wurden die Absichtserklärungen der Sieger in Bezug auf Deutschland in einem Schlussprotokoll («Potsdamer Abkommen») festgehalten. Bezüglich der Westgrenze Polens wurde folgende Übereinkunft erzielt (Punkt IX): «Die drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, dass die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll. Sie stimmen darin überein, dass bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neisse und die westliche Neisse entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft... einschliesslich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig, unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.» Über die Ausweisung der Deutschen steht im Protokoll unter Punkt XIII.: «Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die Ausweisung Deutscher aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn: Die drei Regierungen erkennen an, dass die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und in Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muss. Sie stimmen darin überein, dass jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemässer und humaner Weise erfolgen soll...» In Potsdam haben Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn einen Freibrief zur Austreibung der Deutschen aus ihrer Heimat erhalten. Es war zu erwarten, dass die Regierungen der Balkanländer folgen würden. (Grabert, *Jalta-Potsdam und die Dokumente zur Zerstörung Europas*, S. 59 ff.; de Zayas, *Dokumente*, S. 249 ff.)
- **Alles wird entdeutscht:** Am 28. Juli 1945 hielt der tschechoslowakische Informationsminister Vaclav Kopecky eine Rede in Reichenberg (tschech., Liberec). Darin hiess es: «Wir werden alle Deutschen vertreiben, wir werden ihren Besitz beschlagnahmen, wir werden nicht nur die Städte, sondern das ganze Gebiet entdeutschen..., so dass der siegreiche Geist des Slawentums das

Land von den Grenzgebieten bis ins Innere durchdringen wird.» (Gollancz, *Unser bedrohtes Erbe*, 1947, S. 70)

- **Endgültige Grenzen erst nach einem Friedensvertrag:** Am 9. August 1945 erklärte US-Präsident Truman in einer Rundfunkrede an die Nation zur Frage der deutschen Grenzen, die provisorische polnische Regierung der Nationalen Einheit stimme mit den «Grossen Drei» darin überein, «dass die endgültige Bestimmung der Grenzen nicht in Berlin unternommen wurde, sondern auf die Friedensregelung warten solle». Ein beträchtlicher Teil der bisherigen sowjetischen Besatzungszone in Deutschland sei bei der Berliner Konferenz Polen zur Verwaltung übergeben worden, und zwar bis zu den endgültigen Beschlüssen der Friedensregelung, (de Zayas, S. 174/175)
- **Konfisziertes Eigentum der Deutschen wird an Partisanen übergeben:** In ihrem Programm vom 5. April 1945 («Kaschauer Programm») versprach die provisorische tschechischoslowakische Regierung den Partisanen eine bevorzugte Beteiligung am Vermögen der enteigneten Deutschen und Ungarn. In einer Pressenotiz vom 11. August 1945 über die «Privilegien für Mitglieder der Widerstandsbewegung» heisst es: «Für Mitglieder der Widerstandsbewegung werden Posten als Staatsbeamte, in Betrieben, Fabriken und staatlichen und privaten Geschäften reserviert werden. Sie werden bevorzugte Behandlung bei Erteilung von Handelslizenzen und Zuteilung von konfisziertem Land oder industriellem Eigentum der Deutschen erhalten. Das gilt auch mit Bezug auf freies Studium. Als Mitglieder der nationalen Widerstandsbewegung werden angesehen: Mitglieder der Auslandsarmee, der Partisanenabteilungen und der Widerstandsbewegung daheim.» (Nawratil, S. 86)
- **Churchill bekräftigt provisorischen Charakter der polnischen Westgrenze:** Am 16. August 1945 bestätigte Winston Churchill als Oppositionsführer im Unterhaus noch einmal die offizielle Auffassung der britischen Regierung zur polnischen Westgrenze und fuhr fort: «Ich muss meine persönliche Meinung zu Protokoll geben, dass die Polen zugestandene, provisorische Westgrenze, die (...) ein Viertel des Ackerlandes ganz Deutschlands umschliesst, kein gutes Vorzeichen für die künftige Karte Europas ist.» Es ist die eindeutige Feststellung der Tatsache, dass Grossbritannien ohne Unterschied der Parteien die westlichen Grenzen Polens nur unter bestimmten Bedingungen anerkennen würde. (de Zayas, S. 175-177)

- **Vorläufigkeit der territorialen Regelungen:** Am 16. August 1945 schlossen Polen und die Sowjetunion einen Vertrag über ihre gemeinsame Grenze durch das deutsche Ostpreussen. Die endgültige Grenzziehung wurde ausdrücklich bis zum Friedensvertrag aufgeschoben, was völlig unnötig gewesen wäre, wenn Polens Grenzen nicht mehr Gegenstand einer Revision sein sollten. Diese Tatsache ist ein überzeugender Beweis dafür, dass die Sowjetunion und Polen durchaus von der Vorläufigkeit der territorialen Regelungen ausgingen. Erst im Vertrag vom 8. Juli 1948 wurde die sowjetisch-polnische Grenze durch Ostpreussen «endgültig festgesetzt», natürlich ohne Zustimmung der westlichen Alliierten. (de Zayas, S. 175, S. 238 Anm. 39)
- **Angst vor angeblichen «Werwolf»-Unternehmungen:** In einer Rundfunkrede vom 20. August 1945 erklärte der spätere tschechoslowakische Aussenhandelsminister Ripka in Prag: «...Wir sind uns der technischen und der Ernährungsprobleme durchaus bewusst, welche die Alliierten im Zusammenhang mit der Deportation der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen nach Deutschland zu überwinden haben, doch man sollte Verständnis dafür aufbringen, dass die Gefühle unserer Bevölkerung ständig durch Werwolf-Organisationen aufgewühlt werden und dass ihr Eigentum immer noch zerstört wird. Wir erleben grossangelegte Sabotageakte wie kürzlich in Usti nad Labern (dt., Aussig an der Elbe). Viele Angehörige unseres Volkes fühlen sich nicht sicher, bis sie wissen, dass die Deutschen fortziehen.» Die Angst der Tschechen war allerdings völlig unbegründet, denn die Sudetendeutschen waren entwaffnet und warteten zu Hunderttausenden in Lagern auf ihren Abtransport. Die noch in den Dörfern Verbliebenen konnten kaum eine Gefahr für die tschechoslowakische Bevölkerung bilden, (de Zayas, S. 116)
- **Kolonnen halbverhungelter Menschen:** Am 23. August 1945 berichtete die *Neue Züricher Zeitung*. «Britische Beobachter in Wien teilen mit, dass auch nach der Erklärung von Potsdam Hunderttausende von Vertriebenen die österreichische Grenze überschritten haben. Es wird ausdrücklich festgestellt, dass die Vertreibungen, nicht wie Churchill annahm, auf russischen Befehl, sondern auf Veranlassung der örtlichen tschechischen Behörden erfolgen, welche Prag nicht wirksam zu kontrollieren vermöge. Im Bericht eines Holländers, der aus der Tschechoslowakei eintraf, heisst es, dass die tschechische Miliz ihre Opfer häufig in die nächstliegenden Häuser und Höfe treibt, wenn russisches Militär sich nähert... In Berlin und vom Mecklenburgischen bis nach Sachsen treffen Kolonnen halbverhungelter Menschen ein, die von Stadt zu Stadt, von Dorf zu

Dorf weitergeschickt werden. Tausende erreichen überhaupt kein Ziel mehr und leben in Strassengräben und Wäldern.» (de Zayas, S. 117)

- **Grobe Missachtung der Potsdamer Vereinbarung:** Der britische Korrespondent Norman Clark berichtete am 24. August 1945 aus Berlin im *Chronicle*. «Unter dem zerbombten Dach des Stettiner Bahnhofs... blickte ich heute Nachmittag in einen Viehwagen... Auf der einen Seite lagen vier Gestalten tot unter Decken, in einer anderen Ecke vier weitere, alles Frauen, im Sterben. Eine rief kaum hörbar nach Wasser... Der Zug kam aus Danzig. Er war sieben Tage unterwegs gewesen. Manchmal dauert es länger. Diese Leute im Viehwagen und Hunderte, die auf den Bündeln mit ihrer Habe auf dem Bahnsteig und in der Bahnhofshalle lagen, waren das tote oder sterbende oder verhungemde Strandgut, das die Flut menschlichen Elends, die täglich Berlin erreicht, zurückgelassen hatte. Am nächsten Tag wird es in einen anderen Zug gepackt, der eine andere Stadt ansteuert, immer in hoffnungsloser Suche nach Nahrung und Hilfe. Tausende – bis zu fünfundzwanzigtausend am Tag – kommen zu Fuss in die Aussenbezirke gewandert, wo man sie anhält und ihnen den Zugang zu der bereits überfüllten Stadt verwehrt. Jeden Tag werden zwischen fünfzig und hundert Kinder – bisher in kurzer Zeit schon insgesamt fünftausend –, die beide Eltern verloren haben oder verlassen worden sind, auf den Berliner Bahnhöfen aufgesammelt und in Waisenhäuser oder zu Pflegemüttern in Berlin gebracht. Ohne eine zentrale Kontrolle versuchen die Wohlfahrtsausschüsse, mit Schwierigkeiten fertig zu werden, die über ihre Kräfte gehen. (...). Das ist eine grobe Missachtung der Potsdamer Vereinbarung, in der gefordert wird, dass die Umsiedlungen von Menschen in geregelter und humaner Weise' vorsieh gehen sollen...» (de Zayas, S. 129/130)
- **Polnische Konzentrationslager:** In einem vertraulichen Bericht des US-Diplomaten R.W. Basford an das Foreign Office, der in Berlin im Sommer 1945 entstanden ist, heisst es über die polnischen Konzentrationslager: «Die Konzentrationslager sind nicht aufgehoben, sondern von den neuen Besitzern übernommen worden. Meistens werden sie von polnischer Miliz geleitet. In Schwientochlowitz (Oberschlesien) müssen Gefangene, die nicht verhungern oder zu Tode geprügelt werden, Nacht für Nacht bis zum Hals in kaltem Wasser stehen, bis sie sterben. In Breslau gibt es Keller, aus denen Tag und Nacht die Schreie der Opfer dringen.» In einem weiteren Bericht vom 28. August 1945, der im US-Senat behandelt wurde, heisst es: «Im oberschlesischen Y. ist ein

Aussiedlungslager eingerichtet worden, in dem zur Zeit tausend Menschen untergebracht sind. Ungefähr vierhundert von ihnen, Männer, Frauen und Kinder, stammen aus Dörfern der Umgebung. Ungefähr siebenhundert wurden als Zivilarbeiter nach B. gebracht und sind jetzt von der Gnade der Polen abhängig. Viele von ihnen leiden an Hungersymptomen; es gibt Fälle von Tuberkulose und immer neue Typhusfälle... Zwei Leute, die schwer an Syphilis erkrankt waren, sind auf sehr einfache Weise behandelt worden; man hat sie erschossen und in flachen Gräbern beerdigt. Gestern wurde eine Frau aus K. erschossen und ein Kind verwundet... Zuverlässige Augenzeugen sagen aus, dass in Y. ein polnisches Konzentrationslager besteht, in dem deutsche Gefangene ebensolche Grausamkeiten erdulden. Ein Insasse, der die polnische Miliz gestört hatte, wurde furchtbar geprügelt und musste den Rest der Nacht in einem Keller bis zum Hals in Wasser stehen... Abgesehen von diesem Lager gibt es zum Beispiel einen Gefangenenkeller der polnischen Miliz in B., wo die Gefangenen so schrecklich geschlagen werden, dass die Einwohner der Häuser in der Umgebung ausziehen wollen, weil sie die Schreie der Opfer nicht länger ertragen können.» Schlimme Ausschreitungen ereigneten sich auch im Lager Lamsdorf in Oberschlesien, wo die achttausendvierundsechzig Internierten buchstäblich dezimiert wurden durch Hunger, Krankheit, harte Arbeit und körperliche Misshandlungen. Der überlebende Lagerarzt Heinz Esser berichtete, dass 6.480 Internierte, darunter 628 Kinder, im Lager umgekommen sind, (de Zayas, S. 140/141; *Zgoda – Deutsche im Todeslager der polnischen Geheimpolizei* unter www.pommerscher-buchdienst.de)

- **Elend der Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten:** In einem Telegramm vom 1. September 1945 an das Foreign Office berichtete Sir William Strang, politischer Berater der britischen Militärregierung in Berlin, über die «Tragödie hinter dem Eisernen Vorhang» (so Churchill in seiner Rede vom 16. August 1945): «Die Vertreibungen werden kaum vorher angekündigt, die Flüchtlinge gehen mit dem, was sie tragen können. Viele streben nach Berlin, weil Eisenbahnlinien dorthin führen und sie auf eine zentrale Organisation hoffen, die ihnen hilft. Auf dem Weg zu den Bahnstationen leben sie von dem, was sie auf dem Feld und in Häusern stehlen können, Kranke und Alte bleiben unterwegs liegen. Die meisten Flüchtlinge haben bei der Ankunft in Berlin keinerlei persönlichen Besitz, weil sie ihn gegen Nahrungsmittel eingetauscht haben oder unterwegs von den Soldaten beraubt worden sind.» Weiter heisst es in dem Bericht, die Räumung werde oft durch Vorenthaltung von Lebensmittelkarten veranlasst, durch «Finden» von Waffen in deutschen Häusern, durch Rauben

und Plündern und die Drohung mit dem, was allen Deutschen zustossen werde, wenn die Gebiete endgültig polnisch würden. Bestimmte Waren, z.B. Medikamente, könnten nur in Zlotys bezahlt werden, die Deutsche nicht erhalten, und die Preise steigen teilweise um tausend Prozent. Viele Deutsche weigerten sich noch, das Land zu räumen, weil sie hofften, dass die Grenze weiter östlich festgelegt werde. Die Lebensmittelrationen seien so gering (von 500 bis 700 g Brot in der Woche, kein Fleisch oder Fett), dass die Sterblichkeit bereits alarmierend sei. (de Zayas, S. 128/129)

- **Polen und Tschechen lehnen Einstellung der Vertreibungen ab:**

Am 9. September 1945 schlug die britische Botschaft dem US-Aussenminister vor, gemeinsam die polnische Regierung zu ersuchen, die Vertreibungen sofort zu stoppen. In dem Ersuchen hiess es, dass «... die polnischen Behörden fortfahren, die noch verbliebenen deutschen Einwohner aus den der polnischen Verwaltung unterstellten deutschen Gebieten zu vertreiben. Die Schwierigkeiten für die Kontrollkommission, die bereits durch die vorausgegangenen Vertreibungen unabsehbar sind, werden von Tag zu Tag schlimmer.» Die Polen erklärten sich lediglich dazu bereit, die Vertreibungen einstweilen auszusetzen, «ausgenommen aus Oppeln und Stettin». Ähnlich wie die Polen umging auch die tschechoslowakische Regierung den britischen und amerikanischen Widerstand, indem sie die Ausgewiesenen in grösserer Zahl in die sowjetische Besatzungszone schickte, (de Zayas, S. 115)

- **Ein Beispiel für «geregelt und humane» Aussiedlung:** Am 10. September 1945 berichtete der Berlin-Korrespondent der Londoner *Times*. «Es gibt keine zuverlässigen Angaben über die Zahl ausgewiesener Deutscher, die von der Ostgrenze und durch die russische Zone kommen, aber wahrscheinlich sind es Millionen. Mit ihrem Wunsch, den Westen zu erreichen, stehen sie schliesslich vor den gesperrten Grenzen der britischen und der amerikanischen Zone, die selbst schon genügend Schwierigkeiten haben. (...) Angesichts solcher entsetzlicher Berichte, wie sie der Konferenz aus Städten wie Breslau und Stettin vorgelegt wurden, hat man die betreffenden Länder aufgefordert, weitere Ausweisungen zunächst aufzuschieben. Es gibt aber keinen Hinweis darauf, dass diese Anordnung befolgt worden ist. Hier im Robert-Koch-Krankenhaus, das ich heute morgen besuchte, sind mehr als sechzig deutsche Frauen und Kinder, die allesamt vor einem Monat aus einem Danziger Kranken- und einem Waisenhaus geholt und in Viehwagen ohne Stroh, ohne jede Nahrung oder Wasser, nach Deutschland transportiert worden sind. Als der Zug Berlin erreichte, hiess

es, dass von dreiundachtzig Personen, die in zwei Waggons zusammengepfercht gewesen, zwanzig gestorben waren... Man darf sich sicherlich nicht damit beruhigen, dass die Deutschen sich dieses Elend selbst zuzuschreiben haben; Brutalität und Zynismus, gegen die der Krieg geführt wurde, sind in Europa immer noch am Werke, und wir werden Zeugen von menschlichem Leiden, das fast an das von den Nazis verursachte heranreicht...» (de Zayas, S. 130/131)

- **Eine erschütternde Tragödie:** Am 15. September 1945 schrieb der Londoner *Economist* «Obwohl die Potsdamer Erklärungen das Einstellen von ungeordneten und unmenschlichen Massenvertreibungen der Deutschen verlangen, geht die gewaltsame Abschiebung aus den Provinzen Ostpreussen, Pommern, Schlesien und Teilen von Brandenburg weiter. Auch die Vertreibung der dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei wird fortgesetzt... Der Rat der Aussenminister muss dieser erschütternden Tragödie ein Ende machen. Die in diesen Landstrichen umherziehenden Millionen sind praktisch ohne Unterkunft und Nahrung. Die bewohnbaren städtischen Zentren waren schon vor ihrer Ankunft überfüllt, und das flache Land kann sie nur begrenzt aufnehmen. Unweigerlich werden deshalb Millionen an Hunger und Erschöpfung sterben. Selbstverständlich haben die Deutschen Strafe verdient, aber keine Folterung dieser Art. Wenn die Polen und Tschechen für zivilisierter als die Nazis gelten möchten, werden sie die Vertreibung sofort unterlassen.» (de Zayas, S. 117)
- **Schicksal der vertriebenen Kinder:** Die gemischte Hilfskommission des Internationalen Roten Kreuzes berichtete im September 1945 über die Sinnlosigkeit und Unmenschlichkeit der Vertreibung: «Diese entwurzelten Massen wanderten über Hauptstrassen, hungrig, krank und müde, oft voller Ungeziefer. Wo immer sie auftauchten, wurden sie weitergeschickt, bald in diese, bald in eine andere Richtung. Nehmen Sie als Beispiel den Fall eines Schlesiens und seiner Frau. Sie kamen bis Mecklenburg, wo sie die offizielle Anweisung erhielten, nach Schlesien zurückzukehren. Der Mann ging zu seinem Karren zurück, setzte seine Frau darauf, die nicht mehr gehen konnte, und kehrte nach Schlesien zurück. Kaum waren sie angekommen, wurden sie sofort wieder ausgewiesen... Oder denken Sie an die Kinder. Am 27. Juni 1945 kam im Westhafen von Berlin ein Schiff mit der traurigen Fracht von rund dreihundert fast zu Tode verhungerten Kindern an, die aus einem Heim im pommerschen Finkenwalde stammten. Kinder von zwei bis vierzehn Jahren lagen bewegungslos auf

dem Schiffsboden, die Gesichter von Hunger gezeichnet, an Krätze leidend, von Ungeziffer zerfressen. Leib und Knie und Füsse waren geschwollen – ein bekanntes Symptom des Hungers.» (de Zayas, S. 127, 224, Anm. 11, unter Bezugnahme auf den *Report of the Joint Commission of the International Red Cross*, 1941 -1946, S. 103/104)

- **US-Truppen verhindern Übergriffe gegen hilflose Zivilisten:** Im September 1945 unterrichtete das Hauptquartier der US-Streitkräfte den Kommandierenden General für den östlichen Militärdistrikt, General George S. Patton,⁶⁷ dass viele Deutsche in die US-amerikanische Besatzungszone geflüchtet seien. Es hiess, dass die Behandlung der Deutschen in der Tschechoslowakei der Grund sei, weshalb viele Menschen Sicherheit und Zuflucht im US-amerikanisch besetzten Gebiet suchten. Zahlreiche Aussagen, die sich in den Ostdokumenten des Koblenzer Archivs befinden, bezeugen die Flucht mehrerer sudetendeutscher Familien, die sich damals zu den US-Amerikanern retteten, weil sie entweder von den Tschechen misshandelt worden waren oder sich vor unmittelbarer Bedrohung fürchteten. Entgegen den Tatsachen behauptete der US-amerikanische Botschafter in der Tschechoslowakei, Laurence Steinhardt, dass die

67 In seinem 1974 erschienenen dokumentarischen Nachlass (Tagebuch) notierte US-General Patton am 31. August 1945: «Ich habe grosse Achtung für die deutschen Soldaten. In Wirklichkeit sind die Deutschen das einzige anständige in Europa lebende Volk.» (Wikipedia, *George S. Patton*)



Negierte in zynischer Weise die mit der Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei einhergehenden Massenmorde und Brutalitäten – Der US-Botschafter in Prag, Laurence Adolph Steinhardt (1892-1950). Er war Mitglied der Federation of American Zionists und des American Zion Commonwealth.

Behandlung der Deutschen nicht unangemessen grob sei. In einer Note an US-Aussenminister Byrnes fand er es erstaunlich «wie selten es zu schlechter Behandlung der Deutschen, zu willkürlichen Vertreibungen oder freiwilligem Abzug kommt». US-amerikanische Militärdienststellen waren zunehmend besorgt wegen der anti-tschechischen Einstellung, die sich unter den US-amerikanischen Soldaten verbreitete, weil sie häufig Zeugen der Übergriffe gegen hilflose Zivilisten geworden waren. Viele Male mussten amerikanische Soldaten eingreifen, um deutsche Frauen und Kinder vor den Ausschreitungen der tschechischen Miliz zu schützen. Steinhardt will davon nichts gewusst haben, (de Zayas, S. 134/135)

- **Britischer Protest gegen Fortsetzung der Vertreibungen:** Am 10. Oktober 1945 bestätigte Aussenminister Bevin im Unterhaus, dass die britische Regierung bei der polnischen Regierung «gegen die Grausamkeiten, die deutschen Frauen und Kindern im Zusammenhang mit ihrer Vertreibung zugefügt werden», protestiert habe. Die polnische Regierung sei ersucht worden, «alle weiteren Vertreibungen von Deutschen in diesem Augenblick zu unterlassen...» Der polnische Botschafter in London versicherte, es seien «strenge Befehle ausgegeben worden, alle Vertreibungen von Deutschen aus den von Polen besetzten Gebieten künftig zu unterlassen». Am 22. Oktober 1945 informierte der Abgeordnete Captain Marples das Unterhaus, dass «nach einem Bericht des Internationalen Roten Kreuzes Proteste gegen unorganisierte Deportationen von Deutschen durch Polen und Tschechen ohne Wirkung geblieben sind, dass immer noch Flüchtlinge nach Berlin strömen und zu Tausenden auf den Straßen sterben». Trotz all dieser Proteste gingen die Vertreibungen unvermindert

weiter, (de Zayas, S. 117/118)

- **Rücksichtslose Ausweisungen und Ausplünderungen:** Am 12. Oktober 1945 richtete der politische Berater der US-amerikanischen Militärregierung in Berlin, Robert Murphy, ein dringendes Memorandum an das State Department. Darin hiess es: «Allein auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin haben unsere Sanitätsdienststellen täglich im Durchschnitt zehn Menschen gezählt, die an Erschöpfung, Unterernährung und Krankheit gestorben sind. Sieht man das Elend und die Verzweiflung dieser Unglücklichen, spürt man den Gestank des Schmutzes, der sie umgibt, stellt sich sofort die Erinnerung an Dachau und Buchenwald ein. Hier ist Strafe im Übermass – aber nicht für die Parteibonzen, sondern für Frauen und Kinder, die Armen, die Kranken... Dass im Sudetenland die Deportationen nicht fortgesetzt werden, liegt zum Teil an der Anwesenheit unserer Truppen, deren Kommandeure den ansässigen Tschechen erklärt haben, dass gewisse Vorgänge im Namen der Menschlichkeit nicht geduldet werden können; doch trotzdem haben sich rücksichtslose Ausweisungen ereignet, und zwar so häufig, dass unsere Soldaten oft Hass auf das befreite tschechische Volk empfinden.» Da die Situation in Berlin immer unerträglicher wurde und der Winter heranrückte, schickte Murphy am 23. Oktober 1945 ein zweites Telegramm an Byrnes, in dem er die furchtbare Lage der deutschen Vertriebenen bedauerte: «Mitarbeiter, die Flüchtlingszüge aus dem Osten ankommen sahen, stellen fest, dass sich die Leute meistens in bedauernswertem Zustand befinden. Einzelne erzählten, sie seien nach kurzer Benachrichtigung aus ihren Häusern vertrieben worden und in vielen Fällen von dem Augenblick an, wo sie ihre Wohnung verliessen, bis zur Ankunft in Berlin beraubt wurden. Sie berichten, dass sie ausgeplündert und um die wenigen Habseligkeiten gebracht wurden, die sie überhaupt mitnehmen durften. Die meisten Menschen, die in Berlin ankamen, hatten nur wenig Handgepäck. Die Mission hat Beweise von unterschiedlichster Herkunft, aus denen hervorgeht, dass schlechte Behandlung und Beraubung weit verbreitet sind.» (de Zayas, S. 132/133, 25, Anm. 24 und 26; *Foreign Relations of the United States 1945*, Band 2, S. 1290-1292, S. 1312)
- **Fort mit den Deutschen:** In einer Ansprache am 14. Oktober 1945 in Melnik erklärte Staatspräsident Beneš unter anderem: «In letzter Zeit werden wir von der internationalen Presse kritisiert, weil die Umsiedlung der Deutschen bei uns in einer unwürdigen und unzulässigen Weise durchgeführt werde. Wir tun angeblich dasselbe, was die Nazisten uns angetan haben; dadurch würden wir unsere eigene nationale Tradition und unseren bisher unberührten sittlichen Ruf

antasten... Mögen diese Vorwürfe vielleicht in Einzelheiten wahr sein oder auch nicht, ich erkläre ganz kategorisch: unsere Deutschen müssen ins Reich fortgehen, und sie werden in jedem Falle fortgehen.» (Nawratil, S. 53/54)

- **Durch Massendeportationen viele Millionen Deutsche auslöschen:** Am 19. Oktober 1945 schrieb Bertrand Russell, der weltweit bekannte Aktivist für Frieden und Abrüstung, aufgerüttelt durch die Berichte über die Massenvertreibung, an die *Times*: «In Osteuropa werden jetzt von unseren Verbündeten Massendeportationen in einem unerhörten Ausmass durchgeführt, und man hat ganz offensichtlich die Absicht, viele Millionen Deutsche auszulöschen, nicht durch Gas, sondern dadurch, dass man ihnen ihr Zuhause und ihre Nahrung nimmt und sie einem langen und schmerzhaften Hungertod ausliefert. Das gilt nicht als Kriegsakt, sondern als Teil einer bewussten ‚Friedens‘politik...» (de Zayas, S. 129)
- **Missachtung der Potsdamer Vereinbarung durch die Vertreiberstaaten:** Am 25. Oktober 1945 empfing Premierminister Attlee eine Abordnung, die sich aus sieben Parlamentsabgeordneten, vier Bischöfen, dem berühmten Verleger Victor Gollancz und mehreren anderen prominenten Engländern zusammensetzte. Sie drängten darauf, dass angesichts der unmittelbar drohenden Hungersnot und des Elends von Millionen Menschen die britische Regierung «mit der russischen, der polnischen und der tschechoslowakischen Regierung verhandeln sollte, um zu erreichen, dass sofort und den ganzen Winter hindurch keine Deutschen aus ihrer Heimat in Osteuropa vertrieben werden und dass eine gemeinsame interalliierte Politik in dieser Frage noch vor dem Frühjahr entwickelt wird». In der am folgenden Tag stattfindenden Parlamentsdebatte verdammt der Abgeordnete Michael Foot die unverhüllte und eindeutige Missachtung der Potsdamer Vereinbarung durch die Vertreiberstaaten, (de Zayas, S. 118)
- **Ein jämmerlicher Anblick:** Außenminister Ernest Bevin, der sich persönlich einen Eindruck vom Elend der Vertriebenen in Berlin verschaffte, berichtete am 26. Oktober 1945 vor dem Unterhaus: «Es war ein jämmerlicher Anblick – dieser lange Zug von Kinderwagen und kleinen Fahrzeugen aller Art, und die Leute fast alles Frauen und Kinder und ganz wenige Männer. Man könnte auch sagen: ‚Mein Gott, das ist der Preis für Dummheit und Krieg.‘ Es war der schlimmste Anblick, den man sich denken kann.»

(de Zayas, S. 132, 225, Anm. 23)

- **Breslau binnen sechs Monaten die zweite Stadt ganz Polens:** Am 27. Oktober 1945 berichtete die Londoner *Times*: «Die polnischen Behörden in Breslau zerstörten heute eines der wenigen deutschen Denkmäler in der Stadt, das Standbild Kaiser Wilhelms I., und gaben bekannt, dass die noch in Breslau anwesenden 200.000 Deutschen gezwungen werden sollten, in eine der besetzten Zonen Deutschlands umzusiedeln. Der Bürgermeister, Mr. Stanislaw Gosniew, erklärte in einer Rede vor dem Denkmal, dass ‚jede Woche 4.000 Deutsche die Stadt verlassen, und binnen sechs Monaten Wroclaw (Breslau) die zweite Stadt ganz Polens sein werde.‘» (de Zayas, S. 118/119)
- **«Heute können wir es tun»:** Am 28. Oktober 1945 erklärte Beneš an die vorläufige Nationalversammlung gerichtet: «...Nach dem Jahre 1918 konnten wir das, was wir heute tun, nicht tun, da sich weder die internationale Welt noch unsere internen Verhältnisse soweit entwickelt hatten, wie dies heute der Fall ist...» (Zitate von Eduard Beneš unter www.kreis-landskron.de/vertreibung/verbrecher/Beneš)
- **Spendenlieferungen zugunsten der hungernden Deutschen zunächst abgelehnt:** Gemäss dem Potsdamer Abkommen sollten die Alliierten darüber wachen, in Deutschland «einen durchschnittlichen Lebensstandard aufrechtzuerhalten, der den durchschnittlichen Lebensstandard europäischer Länder nicht übersteigt». Dieser Punkt wurde dann so strikt befolgt, dass die Besatzungsbehörden in allen vier Zonen mehrmals die dringenden Bitten des Internationalen Roten Kreuzes (IRK) zugunsten der hungernden deutschen Bevölkerung abschlugen und die Lieferung von Nahrungsmitteln und Medizin um viele Monate verzögerten. Als erste gestattete die britische Zone im Oktober 1945 dem Roten Kreuz Hilfslieferungen zu schicken, dann folgten die Franzosen im Dezember des Jahres. Doch die US-amerikanische und die sowjetische Zone wiesen in dem sehr strengen Winter 1945/46 alle Spenden zurück. US-Militärbehörden rieten den Delegierten des Internationalen Roten Kreuzes in Berlin, alle verfügbaren Hilfslieferungen in andere bedürftige Gebiete Europas zu schicken, obwohl umfangreiche irische und schweizerische Spenden ausdrücklich für Deutschland bestimmt waren. Diese Entscheidung wirkte sich bei den Heimatvertriebenen besonders verheerend aus, deren Lage viel prekärer war als die der übrigen Bevölkerung. Schliesslich konnten ab März 1946 Spenden in die US-amerikanische, ab April auch in die sowjetische Zone geliefert werden.

Doch Zehntausende von Deutschen waren inzwischen verhungert, und viele mussten noch sterben, ehe die Spendenvorräte des IRK sie erreichen konnten, (de Zayas, S. 148/149)

- **Vertreibungen gehen trotz Proteste weiter:** Die britische Zeitung *Economist* stellte am 10. November 1945 fest: «Es ist eine feststehende Tatsache, dass die Proteste der Westmächte gegen die sofort vorgenommenen Vertreibungen von Deutschen aus den Gebieten an Oder und Neisse und aus dem Sudetenland unwirksam waren. Die Vertreibungen gehen weiter...» Der in Artikel XIII des Potsdamer Protokolls verlangte Aufschub wurde also von den Vertreiberstaaten völlig missachtet. Die Regierungen Polens und der Tschechoslowakei weigerten sich, obwohl sie das Gegenteil beteuerten, den Westmächten eine Atempause einzuräumen. Der Zustrom verelendeter Vertriebenen in die zerstörten britischen und US-amerikanischen Zonen ging weiter. Appelle, die Vertreibung bis Winterende einzustellen, waren erfolglos geblieben. Die Flüchtlinge kamen in ein Land, in dem die täglichen Rationen auf 1.000 Kalorien gesunken waren, ein Land, wo in manchen Städten nur noch zehn bis zwanzig Prozent der Vorkriegswohnungen zur Verfügung standen, wo der Mangel an Heizmaterial dazu führte, dass zahlreiche Familien erfroren. Das Elend der deutschen Vertriebenen stieß in der Welt auf taube Ohren und blinde Augen. Auch fast siebenzig Jahre nach dem Krieg übersteigt der Umfang dieser menschlichen Katastrophe die Vorstellungskraft. (de Zayas, S. 119-122)
- **Zusätzlicher Landraub:** Am 19. November 1945 besetzte Polen widerrechtlich aufgrund von Sonderverhandlungen mit der Sowjetunion ein Gebiet von etwa 850 km² westlich der Oder mit Stettin, Pölitz und Swinemünde. (Grube/Richter, Chronik, wie vor)
- **Unterwegs gestorben:** Im November 1945 berichtete F.A. Voigt in *Nineteenth Century and After*. «Ein Zug, der am 31.8. Berlin erreichte, war am 24. in Danzig abgefahren mit dreihundertfünfundzwanzig Patienten und Waisen aus dem Marienkrankenhaus und dem Waisenhaus in der Weidlegasse. Sie waren in fünf Viehwagen zusammengepfercht, auf dem nackten Boden, ohne Stroh. Es gab weder Ärzte noch Schwestern oder Medikamente. Die einzige Nahrung erhielten die Waisen zu Beginn der Fahrt: 20 Kartoffeln und 2 Stück Brot. Die Patienten hatten nichts, doch von Zeit zu Zeit hielt der Zug, und die Mitfahrenden, die dazu noch imstande waren, versuchten Nahrungsmittel aufzutreiben... Zwischen sechs und zehn Patienten, in jedem Wagen starben unterwegs. Die

Leichen wurden einfach aus dem Zug geworfen. Als der Zug in Berlin ankam, wurden fünfundsechzig Patienten und Waisen in das Robert-Koch-Krankenhaus gebracht, wo neun von ihnen starben. Was aus den übrigen geworden ist, wissen wir nicht... Ungefähr um die gleiche Zeit kam ein Transport mit sudetendeutschen Männern, Frauen und Kindern aus Troppau. Sie waren achtzehn Tage lang in offenen Viehwagen unterwegs gewesen. Zweitausendvierhundert Menschen hatten die Fahrt angetreten, eintausenddreihundertfünfzig erreichten Berlin. Es sind also mehr als tausend unterwegs gestorben.» (*Congressional Record*, US-Senat, 29. 3. 1946, S. 2806; de Zayas, S. 131)

- **US-Protest würde die Polen verärgern:** Am 30. November 1945 wies US-Aussenminister Byrnes in einem Telegramm den US-amerikanischen Botschafter in Polen, Arthur Bliss Lane, an, der provisorischen Regierung die US-amerikanische Missbilligung auszudrücken: «Die US-Regierung ist ernstlich bestürzt über Berichte von fortgesetzten Massentransporten mit deutschen Flüchtlingen... Diese Leute sind vermutlich in Eile aus ihren Wohnungen vertrieben und um all ihren Besitz gebracht worden, bis auf das, was sie tragen konnten. Berichte zeigen, dass diese Flüchtlinge, meistens Frauen und Kinder und alte Leute, in einem erschreckenden Zustand der Erschöpfung angekommen sind, dass manche an ansteckenden Krankheiten leiden, dass vielen ihre letzte persönliche Habe genommen worden ist. Solches Massenelend und die schlechte Behandlung Schwacher und Hilfloser lassen sich mit dem Potsdamer Protokoll nicht vereinbaren... ebenso wenig mit internationalen Regeln für die Behandlung von Flüchtlingen.» Statt diese Anweisung sofort auszuführen, telegraphierte Lane zurück. Er meinte, dass die Deutschen wahrscheinlich die schlechte Behandlung übertrieben darstellten, «wie es ihrer Art entspricht, nach einem verlorenen Krieg zu jammern». In einem zweiten Telegramm wies Lane daraufhin, dass der britische Botschafter in Warschau seine Meinung vollständig teile. Es sei unklug, der polnischen Regierung Vorhaltungen über die Behandlung von Deutschen zu machen, weil solche Proteste die Polen nur ärgern und kaum die Dinge ändern würden. Byrnes liess sich von ihm überzeugen und erlaubte Lane, die polnische Regierung zu beruhigen. (de Zayas, S. 132/133)
- **Massensterben:** Am 8. Dezember 1945 meldete sich Bertrand Russell angesichts der Fortdauer der rücksichtslosen Vertreibungen mit ihren vielfach tödlichen Konsequenzen nochmals zu Wort. Er schrieb diesmal im *New Leader*. «Jederzeit werden Frauen und Kinder in Eisenbahnzügen zusammengetrieben, jeder nur mit einem Koffer, dessen Inhalt unterwegs meistens geraubt wird. Die

Reise nach Berlin dauert viele Tage, in denen keine Nahrungsmittel verteilt werden. Viele erreichen Berlin als Tote; Kinder, die unterwegs sterben, werden aus dem Fenster geworfen... Viele von denen, die man aus ihrem Haus treibt, werden nicht mit der Eisenbahn befördert, sondern müssen zu Fuss nach Westen wandern. Genaue Statistiken über die Zahl der auf diese Weise Vertriebenen sind nicht zu erhalten, denn nur die Russen könnten sie vorlegen. Bevin schätzt sie auf neun Millionen. Nach der Aussage eines britischen Offiziers, der sich jetzt in Berlin aufhält, sterben ganze Bevölkerungen, und die Berliner Krankenhäuser lassen den Anblick von Konzentrationslagern ganz normal erscheinen'.»

(*Congressional Record*, US-Senat, 5.2.1946, S. 878/879; de Zayas, S. 129)

- **Erklärung der (west-)deutschen Bischöfe zur Vertreibung:** Die katholischen Bischöfe Westdeutschlands erklärten in der Kanzelverkündigung vom 30. Januar 1946: «Die Austreibung (der Deutschen) ist mit furchtbarer Brutalität, unter Nichtachtung aller Menschlichkeit erfolgt... Wir wissen, dass (...) Deutsche furchtbare Verbrechen an den Angehörigen anderer Nationen begangen haben. Aber seit wann ist es erlaubt, an Unschuldigen sich zu rächen und Verbrechen durch Verbrechen zu sühnen? Man soll die wirklich Schuldigen zu unerbittlicher Rechenschaft ziehen. Aber wer will das Massensterben von Kindern, Müttern, alten Leuten verantworten?» (Nawratil, S. 122)
- **Unvergleichbare Verbrechen gegen die Menschheit:** Im Februar 1946 berichtete Anne O'Hare McCormick, Sonderkorrespondentin der *New York Times*, aus Deutschland: «... Aber wie jedermann weiss, der den schrecklichen Anblick der Empfangsstellen in Berlin und München erlebt hat, vollzieht sich der Exodus unter albraumhaften Zuständen, ohne internationale Beaufsichtigung oder auch nur vorgespülte humane Behandlung. Wir sind mitverantwortlich für Greuel, die nur mit den Grausamkeiten der Nazis zu vergleichen sind...» Im Oktober 1946 berichtete McCormick wieder über den Fortgang der Umsiedlung: «Der Umfang dieser Umschichtung und die Verhältnisse, unter denen sie vor sich geht, haben in der Geschichte nichts Vergleichbares. Niemand, der diese Greuel unmittelbar erlebt, kann daran zweifeln, dass es sich um ein Verbrechen gegen die Menschheit handelt, für das die Geschichte eine furchtbare Vergeltung üben wird...» Im Katastrophenjahr 1945/46 starben Tausende Flüchtlinge an Unterkühlung oder erfroren einfach während des langen Transports in ungeheizten Wagen. Als dann der Winter 1946/47 einsetzte,

konnten westliche Militärdienststellen mehrere Eisenbahntransporte verhindern und damit auch eine Wiederholung der Katastrophe von 1945/46. (de Zayas, S. 138)

- **Polens widerrechtliche Übergriffe gegen Deutschland:** Am 5. März 1946 brachte Winston Churchill sein Unbehagen über den Missbrauch, den die vertreibenden Staaten mit der Bevölkerungsumsiedlung trieben, in einer weithin bekannt gewordenen Ansprache im Westminster College von Fulton/Missouri zum Ausdruck: «Die von den Russen gegängelte polnische Regierung ist ermutigt worden, sehr umfassende und widerrechtliche Übergriffe gegen Deutschland zu unternehmen, und jetzt finden Massenvertreibungen von Deutschen in einem bedrückenden und ungeahnten Ausmass statt.» Tatsächlich überstiegen die Vertreibungen bei weitem alles, was Churchill oder Truman zu genehmigen bereit waren. Die vorgesehene Umsiedlung von drei bis sechs Millionen Deutschen schwoll zu einer Massenvertreibung von fünfzehn Millionen an. (de Zayas, S. 108)
- **Operation «Swallow» (dt., Operation «Schwalbe»):** Mit diesem Codenamen bezeichneten die britischen Militärbehörden die Ausweisungsaktionen der polnischen Behörden. Die Menschen mussten in wenigen Stunden und mit dürftigstem Gepäck ihre Heimat verlassen. Sie wurden in Güterzüge gesperrt, von der Miliz gefilzt und gepeinigt und trafen erst nach vielen Tagen in Westdeutschland ein, verschmutzt, verlaust, ausgehungert. Über solche «Schwalbentransporte» aus Schlesien in die britische Besatzungszone im Jahr 1946 berichtete der Lübecker Korrespondent des *Manchester Guardian* am 10. März 1946: «Trotz der Potsdamer Vereinbarung (...) vertreiben die polnischen Behörden Deutsche aus den neuerdings polnischen Gebieten. Sie kündigen die Ausweisung zehn Minuten vorher an und schicken die Menschen ohne Nahrungsmittel in überfüllten Zügen in die britische Besatzungszone. Ein 73-jähriger Mann und ein Kind von achtzehn Monaten wurden tot im ersten Transport aufgefunden, der in Lübeck unter der Bezeichnung ‚Operation Swallow‘ am 3. März ankam. Im zweiten Transport lagen drei Tote. Im Allgemeinen packt man eintausendfünfhundert Menschen in einen Zug mit 26 Waggons, die ungeheizt und zum grössten Teil beschädigt sind. Der vierte Transport brachte aber zweitausendsiebzig Menschen, so dass die Leute kaum stehen, geschweige denn sitzen konnten. Die britischen und polnischen Behörden waren übereingekommen, dass die Polen den Ausgewiesenen Rationen für eine Reise von ein bis zwei Tagen mitgeben sollten, aber es wird kaum etwas verteilt. Im

ersten Transport erhielt jede Person ein halbes Brot, im zweiten wurde ein Dreipfundbrot unter acht Leute verteilt, dazu ein Pfund Zucker. Im dritten Zug gab es keine Nahrungsmittel, nur heisses Wasser und Tee. Die Rationen sollten nur für die Reise von Stettin nach Lübeck reichen, die 22 Stunden dauert, doch bis zum Sammelpunkt Stettin sind die Flüchtlinge oft sieben Tage unterwegs, so dass sie schliesslich zehn Tage lang keine ordentliche Mahlzeit erhalten. Sie kommen erschöpft oder krank in den Durchgangslagern an. Im ersten Transport waren dreihundertfünfzig Menschen krank, von denen zweihundert in ein Lübecker Krankenhaus geschafft werden mussten. In den späteren Transporten war die Zahl der Kranken noch grösser. Die meisten leiden an Krätze, Typhus ist noch nicht aufgetreten. Im Allgemeinen ist ihre körperliche Verfassung schlechter als die der früheren Flüchtlinge aus der russischen Zone, und manche tragen noch Spuren von Misshandlung. Die britischen Sanitätsoffiziere haben festgestellt, dass die meisten Frauen vergewaltigt worden sind, darunter ein Kind von zehn Jahren, eines von sechzehn Jahren. Die meisten Leute sind über fünfzig Jahre alt, manche in den Achtzigern. Es sind Kranke und Krüppel darunter, obwohl Briten und Polen verabredet hatten, dass keine Kranken geschickt werden sollten. Es kommen auffallend wenige junge Leute, die offenbar in Polen zur Zwangsarbeit zurückgehalten werden...» (de Zayas, S. 137/138; *Operation Schwalbe – Elendszüge zum Siegener Wellersberg* unter www.migrationsroute.nrw.de)

- **Tschechische Konzentrationslager:** Zu den schlimmsten Lagern in der Tschechoslowakei der Nachkriegszeit gehörte das ehemalige KL Theresienstadt. H.G. Adler, der als Jude dort inhaftiert gewesen war, schildert die Verhältnisse im Lager von 1946: «Bestimmt gab es unter ihnen welche, die sich während der Besetzungsjahre manches haben zuschulden kommen lassen, aber die Mehrzahl, darunter viele Kinder und Halbwüchsige, wurden bloss eingesperrt, weil sie Deutsche waren. Nur weil sie Deutsche waren...? Der Satz klingt erschreckend bekannt; man hatte bloss das Wort Juden' mit ‚Deutsche' vertauscht. Die Fetzen, in die man die Deutschen hüllte, waren mit Hakenkreuzen beschmiert. Die Menschen wurden elend ernährt, misshandelt, und es ist ihnen um nichts besser ergangen, als man es von deutschen Konzentrationslagern her gewohnt war. Der Unterschied bestand lediglich darin, dass der herzlosen Rache, die hier am Werke war, das von der SS zugrundegelegte grosszügige Vernichtungssystem fehlte. Das Lager stand unter tschechischer Verwaltung, doch wurde von dieser nicht verhindert, dass Russen gefangene Frauen vergewaltig-

ten...» Ähnliche Zustände wie in Theresienstadt gab es auch in dem berüchtigten Internierungslager Budweis in Südböhmen. Der stellvertretende Leiter dieses Lagers 1945/46, Vaclav Hrnccek, floh später nach Bayern, wo er von ehemaligen Lagerinsassen erkannt wurde. Ein Gericht der US-amerikanischen Hochkommission für Deutschland verurteilte ihn wegen bewiesener Tatsache, dass Budweis auf verbrecherische und grausame Weise geleitet worden war, zu acht Jahre Freiheitsentzug, (de Zayas, S. 140-142)

- **Endgültige Festlegung der Westgrenze Polens erst nach einvernehmlicher Regelung:** In seiner berühmten Stuttgarter Rede vom 6. September 1946 sagte der US-amerikanische Außenminister James J. Byrnes zur Frage der Westgrenze Polens: „Als Ergebnis der Vereinbarung von Jalta trat Polen an die Sowjetunion Territorien östlich der Curzon-Linie ab. Aus diesem Grund verlangte Polen im Norden und Westen Grenzverschiebungen. Die Vereinigten Staaten werden eine Revision dieser Grenzen zugunsten Polens unterstützen. Doch der Umfang des an Polen abzutretenden Gebietes kann erst bestimmt werden, wenn man sich auf die endgültige Regelung einigt.« Mit dieser Erklärung wies Byrnes die sowjetische Behauptung zurück, dass Polens Westgrenze bereits bei der Potsdamer Konferenz festgelegt worden sei. (de Zayas, S. 178)
- **Oder-Neisse-Grenze nicht endgültig:** Am 22. Oktober 1946 wiederholte Außenminister Bevin die bekannte britische Ansicht, dass die Oder-Neisse-Grenze nicht endgültig sei und dass ihre Anerkennung von vielen noch nicht vorhandenen Faktoren abhängen würde. In seiner Ansprache vor dem Unterhaus erklärte er: «Wir sehen keinen Grund, warum wir schliesslich die Abtretung dieses grossen Gebietes an Polen ratifizieren sollten, wenn wir nicht gewiss sind, dass diese Zusicherungen (bezüglich freier und unbehinderter Wahlen) tatsächlich voll verwirklicht worden sind. Wir möchten auch unbedingt wissen, ob die Polen imstande sind, das Gebiet zu entwickeln, damit die wirtschaftlichen Ressourcen angemessen genutzt werden, so dass hier nicht eine Odisee entsteht, aus der die Deutschen ausgeschlossen worden sind, die aber von den Polen nicht bevölkert werden kann.« (de Zayas, S. 177/178)
- **Stellungnahmen der Regierungen zur deutschen Grenzfrage:**
Im November/Dezember 1946 trat der «Rat der Außenminister»⁷⁸ in New York zusammen, um über den Frieden mit Deutschland zu beraten. Um die neuen Grenzen zu bestimmen, beschloss der Rat, die Ansichten der Regierungen jener Staaten einzuholen, deren Streitkräfte am gemeinsamen Kampf gegen

die Achse teilgenommen hatten. Wie vorauszusehen, empfahlen sämtliche Länder Osteuropas als Grenze die Oder-Neisse-Linie, die von der Sowjetunion und der von ihr beherrschten polnischen Regierung gewünscht wurde. Die Regierung der Tschechoslowakei schlug sogar Berichtigungen ihrer Grenze mit Deutschland vor, bei denen sie zusätzliches deutsches Gebiet im Norden und Westen erhalten hätte. Die Vertreter Belgiens und der Niederlande erklärten, nach ihrer Meinung werde kein Frieden von Dauer sein, wenn nicht eine teilweise Rückgabe der unter polnischer Verwaltung gestellten deutschen Gebiete erfolge, oder, als Alternative, «eine Regelung, wonach das Land und seine Erträge für das überbevölkerte Deutschland und seinen Nahrungsbedarf zugänglich gemacht werden». Die südafrikanische Regierung verlangte ausdrücklich eine Revision der polnisch-deutschen *de-facto-Grenze* und lehnte «jeden Versuch ab, grosse, dem Wesen nach deutsche Wohngebiete zu verriegeln». Andererseits gab die Regierung zu, dass «eine gemässigte Berichtigung der Grenzen zugunsten Polens möglich sein sollte.» Kanadas Regierung bemerkte, dass «übertriebene Verschiebungen der Bevölkerung, die aus politischen Gründen ohne Rücksicht auf wirtschaftliche und soziale Bedingungen unternommen werden, schwere Nachteile mit sich bringen und vielleicht zu ernststen Gefahren führen». Die Regierung Australiens schlug vor, dass «bei der Grenzziehung die

78 Der «Rat der Aussenminister» wurde von den Siegermächten geschaffen, um regelmässig über die Behandlung Deutschlands zu beraten.

Atlantik-Charta berücksichtigt wird, wobei allerdings zu bedenken ist, dass bestimmte Ansprüche, die aus Sicherheitsgründen gestellt werden, von überragender Bedeutung sein können». Allerdings wurden weder die Atlantik-Charta noch der Leitgedanke der Selbstbestimmung in der Charta der Vereinten Nationen von den meisten Mitgliedern der Vereinten Nationen als Hindernis für eine harte Behandlung Deutschlands angesehen, (de Zayas, S. 178/179)

Im sogenannten «Deutschland-Vertrag» vom 23. Oktober 1954, in Kraft getreten am 5. Mai 1955, heisst es in Artikel 7 Ziff. 1: «Die Bundesrepublik und die Drei Mächte sind darüber einig, dass ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden soll. Sie sind weiterhin darüber einig, dass die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser Regelung aufgeschoben werden muss.» (de Zayas, S. 162)

- **Weihnachten ohne Deutsche:** In seiner Weihnachtsansprache vom 24. Dezember 1946 erklärte Staatspräsident Beneš: «Die diesjährigen Weihnachten bekamen eine besondere Bedeutung, einen eigenen Charakter dadurch, dass wir sie in unserem Vaterland zum ersten Mal ohne die Deutschen feiern. Das ist ein Ereignis, auf dessen unermessliche historische Bedeutung ich schon mehrmals hingewiesen habe... Mit dieser Tatsache wurde eines der grossen Kapitel unserer Vergangenheit liquidiert.» Zu diesem Zeitpunkt befanden sich noch Zehntausende Deutsche in tschechischen Konzentrationslagern. Die letzten Überlebenden wurden erst 1955 in die westlichen Besatzungszonen Deutschlands abgeschoben. (Zitate von Eduard Beneš unter www.kreis-landskron.de/vertreibung/verbrecher/Beneš)

10.3 Die Vertreibung der Sudetendeutschen und die Annexion des Sudetenlandes

Die Vertreibung der etwa 3,5 Millionen Sudetendeutschen, von denen rund 250.000 durch Mord und Totschlag ihr Leben verloren hatten, erfolgte aufgrund der sogenannten Beneš-Dekrete. Es waren jene 143 Präsidialdekrete, die von der tschechoslowakischen Exil-Regierung in London während des Zweiten Weltkrieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit bis zur Ernennung der vorläufigen Nationalversammlung am 21. Oktober 1945 erlassen und später nachträglich von der provisorischen tschechoslowakischen Nationalversammlung im März 1946 gebilligt wurden. Aufgrund dieser Dekrete wurden bis 1947 alle Deutschen (mit wenigen Ausnahmen) mit Wohnsitz in der Tschechoslowakei pauschal zu Staatsfeinden deklariert, ausgebürgert, enteignet und vertrieben. Die Vertreibung in den Jahren 1945/1946 erfüllt nach Ansicht des österreichischen Völkerrechtlers Felix Ermacora, der lange als Gutachter der UNO tätig war, sowohl den Tatbestand des Völkermordes als auch des Verbrechens gegen die Menschlichkeit.

(Wikipedia, *Beneš-Dekrete*)

Die von Beneš erlassenen Dekrete wurden mit Verfassungsgesetz vom 28. März 1946 von der provisorischen Nationalversammlung rückwirkend bestätigt und in den Rang von Verfassungsgesetzen erhoben. Sie gelten noch heute. Am 8. Mai 1946 verabschiedete die gleiche Nationalversammlung ein «Gesetz über die Rechtmäßigkeit von Handlungen, welche mit dem Kampf um die Wiedergewinnung der Freiheit der Tschechen und Slowaken zusammenhängen» (Gesetz Nr. 115). Danach ist «eine Handlung, die in der Zeit vom 30. 9. 1938 bis zum 28. 10. 1945 vorgenommen

wurde und deren Zweck es war, einen Beitrag zum Kampf um die Wiedergewinnung der Freiheit der Tschechen und Slowaken zu leisten, oder die eine gerechte Vergeltung für Taten der Okkupanten oder ihrer Helfershelfer zum Ziele hatte, auch dann nicht widerrechtlich, wenn sie sonst nach den geltenden Vorschriften strafbar gewesen wäre». Dieses «Straftatenrechtfertigungsgesetz» ist als Normsetzung das wohl absonderlichste und furchtbarste Gesetz, das je von einem Staat verabschiedet wurde. Als Mittel eines totalitären Unrechtsstaates ist es die absolute Verneinung der Rechtsidee. Offenkundiges Unrecht wurde per Verfassungsgesetz zum «Recht» erklärt. «Werft die Deutschen aus ihren Wohnungen, macht Platz für unsere Menschen – wir hätten das schon im Jahre 1918 erledigen wollen, aber damals hielten uns die Briten die Hände gebunden, jetzt aber wollen wir das erledigen», formulierte Beneš in einer Rede am 3. Juni 1945 in Tabor. Die Vertreibung der Sudetendeutschen war also eine schon vor Kriegsbeginn vorhandene Zielsetzung. Sie sind zwangsweise ausgebürgert worden. Ihr Eigentum an Grund und Boden, Geldmitteln und beweglichen Gütern fiel an den tschechoslowakischen Staat. Die Deutschen mussten – dem «Judenstern» vergleichbar – eine Armbinde mit der Aufschrift «N» (N = Nemeč = Deutscher) tragen und waren dadurch völlig rechtlos.

Die Beneš-Dekrete und ihr Rechtfertigungsgesetz sind bis heute Bestandteil der tschechischen «Rechtsordnung». Das Gesetz Nr. 115 schliesst nicht nur die Wiedergutmachung aus, sondern rechtfertigt auch die grausame Ermordung unschuldiger Menschen, darunter viele Frauen und Kinder. Die Ermordeten sind bis heute nicht rehabilitiert worden. Die Tschechei hat nicht einmal einen Weg gesucht, diese Mordtaten wenigstens für rechtswidrig zu erklären und die Mörder, soweit sie noch leben, zur Rechenschaft zu ziehen. In einer Deutsch-Tschechischen Erklärung von 1997 hat Tschechien lediglich die Folgen dieses Gesetzes «bedauert». Da das Gesetz bislang nicht aufgehoben wurde, müssen die Hinterbliebenen der Ermordeten bis heute damit leben, dass nach tschechischem Recht ihre Angehörigen «rechtmässig» umgebracht worden sind. Mit dieser «Rechtsordnung» ist die Tschechei der EU beigetreten. Das Europäische Parlament hat im November 2002 in einer Entschliessung zu Recht erklärt, das Gesetz Nr. 115 vom 8. Mai 1946 habe vom Standpunkt moderner Rechtsstaatlichkeit keine Existenzberechtigung. Die Massnahmen verstiessen eklatant gegen europäische Grundrechte und die gemeinsame Rechtskultur der Europäer. Durchgesetzt hat sich aber nicht das EU-Parlament, sondern eine Stellungnahme des Prager Aussenministeriums aus dem Jahre 2002. Danach sollen die Beneš-Dekrete gar «zum Fundament der Europäischen Union» (!) gehören. Nicht die Beibehaltung der Dekrete, sondern die Forderung nach ihrer Aufhebung stelle «die Grundlagen der Europäischen Union selbst in Frage». Die EU nahm

also einen Staat auf, der nicht bereit ist, sein brutales totalitäres Vorgehen gegenüber der deutschen Minderheit aufzuarbeiten, sondern ganz im Gegenteil das geschehene Unrecht von Zeit zu Zeit durch besondere Erklärungen auch noch verfestigt. (Wolfgang Philipp, *Die EU und die tschechischen Vertreibungsdekrete. Verneinung der Rechtsidee*, in: *Junge Freiheit* 26/10, 25.6.2010; *Der Grosse Wendig*, Band 2, S. 412 ff.)

In der nachfolgenden Darstellung der von den Tschechen an den Deutschen begangenen Verbrechen sind nur die bekanntesten Untaten beschrieben, die bis heute ungesühnt geblieben sind. Vorangestellt sei zuerst ein US-amerikanischer Bericht aus dem Jahre 1947 als wichtiges historisches Zeitdokument.

10.4 Der Bericht des Komitees gegen Massenvertreibung

1947 gab das «Committee against Mass Expulsion» (dt., «Komitee gegen Massenvertreibung») in New York zwei bedeutsame Broschüren heraus: *The Land of the Dead* über die Deportationen aus Ostdeutschland und *Tragedy of a people* über den Rassismus in der Tschechei. Zu den Mitherausgebern der Broschüren gehörte auch der Herausgeber der angesehenen Zeitschrift *America*, Father John LaFarge. In seinem 1948 erschienenen Buch *Ostdeutsche Passion* veröffentlichte Father Emmanuel Reichenberger, der 1938 aus dem Sudetenland über die Tschechei, Frankreich und England 1940 in die USA emigrierte, Auszüge aus dem Bericht. In dem Bericht wird einleitend festgestellt, dass die Massenausweisung, wann immer, wo immer und durch wen immer begangen, eine Verletzung der fundamentalen Rechte darstelle, die jedem Menschen eigen seien. Die Vertreibung verletze dazu die sittlichen Ideale jeder christlichen oder demokratischen Gesellschaft. Sie sei ein Verbrechen, das man heute Genozid (von lat. *genus* [dt., *Abstammung* und lat. *occidere* [dt., *umbringen*]) nenne. Die Massenausweisung sei direkter, geplanter Rassenmord: Das sei im Ergebnis Mord, nur langsamer, qualvoller, unmenschlicher. Wörtlich heisst es dort weiter, dass «Menschenrechte nur dann erfolgreich verteidigt werden könnten, wenn sie allgemein verteidigt und dass tatsächlich die Behandlung unserer Gegner der Prüfstein unserer Grundsätze und unseres Glaubens ist.»

Der Bericht behandelt die unmenschlichen Austreibungen der Deutschen aus der Tschechoslowakei, aus Polen, Ungarn, Jugoslawien und Rumänien. Auch Jugoslawien und Rumänien habe sich an dem Raub- und Mordplan beteiligt, obwohl beide in Potsdam keine Lizenz dafür erhielten. Diese Länder haben sich selber, mit der-

selben «Moral» wie die Tschechen, das Jagdrecht genommen. In jedem dieser¹ Länder haben sich die Verbrechen der Türken an den Armeniern⁶⁸ wiederholt: Diebstahl, Raub, Massenmord, Schändungen, Arbeitslager, Sklaverei, kurz, jedes Verbrechen, das ein perverses Gehirn sich nur ausdenken kann. In dem Bericht des «Komitees gegen Massenvertreibung» werden folgende Einzelfälle «aus absolut einwandfreier Quelle» genannt: «Landesschulinspektor Fritz Andreasch wurde im Kaunitzlager Brünn zu Tode gemartert. Unter einem Drahtgitter wurde dem Gefesselten eine Ratte an den Bauch gesperrt, die innerhalb dreier Tage den Körper bis auf die Gedärme anfrass. Erst am siebenten Tage trat der Tod ein. In Pohrlitz (in Südmähren ca. 25 km von Brünn, G.Z.) wurden kleine Kinder wie Keulen geschwungen und an den Strassenbäumen zerschmettert. In Moleis bei Pohrlitz wurden die zusammengetriebenen Männer gezwungen, Menschenkot zu essen, und widernatürliche Handlungen zu vollbringen. Wer sich weigerte, wurde erschlagen. Im Lager Pohrlitz gab man den Häftlingen am siebten Tag zum ersten Mal verdünnte Jauche statt Wasser. In Schapenz bei Iglau wurden 40 Kinder im Ortsteich ertränkt, mit Stangen vom Ufer ferngehalten und untergetaucht» etc. etc. Der Bericht betont, dass «nationale Manie, nicht Mitarbeit mit Hitler der wahre Grund für die Skandale» sei; «dass diese Untaten zumeist kaltblütig kalkulierte Massnahmen gewisser osteuropäischer Regierungen seien mit dem Ziel der wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und physischen Austilgung ganzer Gruppen». In dem Bericht wird appelliert: «Wir müssen den Schandfleck an unserem Gewissen und an der Ehre Amerikas austilgen, der durch die Unterschrift unseres Repräsentanten und durch unser feiges Schweigen zu diesem Verbrechen entstanden ist. Wir stehen vor der ganzen Welt als Heuchler da, wenn wir weiter schweigen. Der weitere Grund: Der Bolschewismus muss zwangsläufig in Europa siegen, wenn dieses Problem nicht gelöst und die für diese ‚Verbrechen gegen die Menschlichkeit‘ Schuldigen nicht nach unseren Nürnberger Gesetzen gerichtet werden.» Soweit die Auszüge aus dem Bericht des US-amerikanischen «Komitees gegen Massenvertreibung» aus dem Jahre 1947. (Reichenberger, S. 28-32)

68 Der Völkermord an den Armeniern war einer der ersten systematischen Genozide des 20. Jahrhunderts. Ihm fielen bei Massakern und Todesmärschen, die im Wesentlichen in den Jahren 1915 und 1916 stattfanden, je nach Schätzung zwischen 300.000 und mehr als 1,5 Millionen Menschen zum Opfer. Die Angaben zu den getöteten Armeniern während der Übergriffe in den beiden vorangegangenen Jahrzehnten variieren zwischen Zehntausenden und Hunderttausenden. Der Völkermord an den Armeniern geschah während des Ersten Weltkrieges unter der Verantwortung der «jungtürkischen» Regierung des Osmanischen Reiches. (Wikipedia, *Völkermord an den Armeniern*)

10.5 Das Massaker von Prag

Am 5. Mai 1945, eine Woche nach Hitlers Selbstmord, brach der sogenannte «Prager Aufstand» aus. Kommunistische Kampfgruppen rissen die Führung an sich. Jeder deutsche Soldat, der unterwegs war, wurde gelyncht. Deutsche Wohnungen wurden geplündert, die Bewohner misshandelt, erschlagen oder aus dem Fenster geworfen. Wehrmachtshelferinnen, die dem tschechischen Mob in die Hände fielen, wurden zum Wolschaner Friedhof getrieben und dort mit Maschinengewehren zusammengeschossen. Hunderte von Schülern der Prager Adolf-Hitler-Schule wurden ebenso erschossen. In einem Aufruf des «aufständischen» Prager Rundfunks aus diesen Tagen hiess es: «Erschlagt die Deutschen, wo ihr sie trefft! Nehmt keine Rücksicht auf Kinder, Frauen und Greise! Jeder Deutsche ist unser Feind! Jetzt ist die Zeit, unsere Feinde endgültig zu vernichten... Rottet sie mit Stumpf und Stiel aus!» Der tschechische Schriftsteller Pavel Kohut schrieb dazu: «Schon in den ersten Stunden nach Bekanntgabe dieser Losungen liefen massenhaft Meldungen über Ermordungen und grauenhafte Misshandlungen deutscher Soldaten und Zivilisten ein. Berichte über das Entsetzen der ersten lebenden Fackeln von Prag wurden von Augenzeugen durchgegeben.» Kohout, damals 17 Jahre alt, bezeichnete die Tage des Aufstandes als «Sternstunde der Mörder». Das grauenhafteste Bild der Prager Ereignisse seien aber «die an den Laternenmasten des Wenzelsplatzes mit dem Kopf nach unten aufgehängten Deutschen, die dann angezündet wurden», gewesen. Die tschechische Autorin und Journalistin, Sidonia Dedina, schreibt in ihrem Buch *Edvard Beneš – Der Liquidator*. «Niemals hätte man vermuten oder erwarten können, dass die Tschechen, welche während des ganzen Krieges nie den geringsten offenen Widerstand gegen die deutsche bewaffnete Macht wagten, nach der Kapitulation gegen wehrlose Menschen in einen beispiellosen Paroxysmus⁶⁹ der Grausamkeit verfallen und hierbei auch vor verwundeten Soldaten, Frauen und Kindern nicht Halt machen würden». (Carl Gustav Ströhm, *Tod den Deutschen*, in: *Junge Freiheit* 08/02, 15. Februar 2002 unter www.jf-archiv.de; Artikelserie *Totentanz in Prag*, in: *Kronen Zeitung*, Wien, Februar 2002)

Über die Geschehnisse in Prag berichtet der Buchautor Jürgen Thorwald (recte: Heinz Bongartz) folgendes: «Am Nachmittag des 5. Mai 1945 wurden die Deutschen aus ihren Häusern geholt und in Gefängnisse, Schulen, Kinos, Garagen und Kellern zusammengetrieben. Dabei kam es bereits zu den ersten Massenprügeleien und Erschiessungen, an denen ein immer grösserer Teil der Prager Bevölkerung

69 Als Paroxysmus bezeichnet man eine Folge von sich steigernden Ausbrüchen.

aktiv oder passiv teilnahm. Die Deutschen wurden ausgeplündert, erhielten nichts zu essen und zu trinken und verbrachten die Nacht auf den 6. Mai häufig in fürchterlicher Enge. Am 6. Mai begannen in den Strassen Prags die ersten öffentlichen Misshandlungen der Deutschen. Die Tschechen fielen über die Deutschen her, bewarfen sie mit Steinen, spieen sie an und schlugen mit allem auf sie ein, was sich zum Schlagen eignete. Ganze Gruppen verhafteter Deutscher, Frauen, Männer und Kinder, mussten vor ihren Gefängnissen Spiessruten laufen und taumelten unter den Schlägen und Fusstritten mit erhobenen Armen dahin. Frauen, gleich welchen Alters, wurden aus den Gruppen herausgerissen und in irgendwelche Häuser und Lokale geschleppt. Dort wurden ihnen die Köpfe kahlgeschoren. Man riss ihnen die Kleider vom Leibe und malte Hakenkreuze auf Rücken und Brust. Sie wurden geschändet, viele wurden gezwungen, ihren Mund zu öffnen, damit ihre Peiniger hineinspieen konnten. Zahlreiche Deutsche wurden in die unterirdischen Klosettanlagen am Wenzelplatz hineingepfercht, nachdem man sie gezwungen hatte, den einen Kilometer langen Platz auf einem Bein entlang zu hüpfen, wobei die Menge wahllos auf sie einschlug, wenn ihr zweites Bein einmal den Boden berührte.

Die Deutschen, die man am 6. und am 7. Mai in das Prager Zuchthaus Ruzyn getrieben hatte, wurden am Vormittag des 9. Mai zum ersten Mal aus den brütend heissen, stinkenden, zehn- oder zwanzigfach überbelegten Zellen ins Freie geführt. Die Kinder waren vor Erschöpfung zusammengebrochen, alle erhielten zum ersten Mal nach Tagen eine Blechschale mit Wasser. Man sagte den Deutschen, der Krieg sei zu Ende und jetzt sei es ihre Ehrenpflicht, die Schäden in der Stadt und die Barrikaden wieder zu beseitigen. Plötzlich fuhren Lastwagen mit verwundeten deutschen Soldaten in den Gefängnishof. Die Soldaten, die eigentlich unter dem Schutz des Roten Kreuzes standen, trugen blutdurchtränkte Verbände. Die Gesichter der sie begleitenden Ärzte und Schwestern verrieten ein solches Mass an Schrecken, dass die umstehenden Deutschen erschauerten. In diesen Stunden geschah in vielen Prager Lazaretten Schreckliches: Nicht nur nationalistische oder kommunistische Aufständische, sondern auch mitlaufende Männer und Frauen, warfen Verwundete aus ihren Betten, erschlugen Hilflose und erdrosselten, entmannten oder ertränkten sie in ihren Waschschüsseln oder warfen sie in Schuppen oder Garagen oder luden sie auf Lastwagen und legten sie an einigen Stellen auf die Strasse, damit Soldaten zu Pferde über sie hinwegreiten konnten. Die Verwundeten, die hier nach Ruzyn kamen, entkamen ihrem Schicksal nicht. Denn als sie noch furchtsam und bleich neben ihrem Wagen standen, stürzte sich eine Gruppe von Aufständischen, welche im Hofe lauerte, auf sie, riss ihnen Krücken, Stöcke und Verbände weg, schlug sie zu Boden und hieb solange mit Knüppeln, Stangen und Hämmern auf sie ein, bis

sie in ihrem Blute lagen und sich nicht mehr rührten. Das war für die Deutschen, die dies in Ruzyn erlebten, der Auftakt zum 9. Mai, einem Höllentag, wie ihn die Weltgeschichte bis dahin kaum gesehen hatte.

Auf die vielen Deutschen, die an diesem Tage aus den Gefängnissen und Behelfsgefängnissen herausgeholt wurden, wartete an vielen Strassen und an den Barrikaden bereits die Menge. Aus zahlreichen Fenstern blickten Augen, die sich das Schauspiel der Rache nicht entgehen lassen wollten. Diejenigen, die an den Strassen standen, hatten vom heissen Teer bis zur Schere alles mitgebracht, womit sie ihren Hass und ihre Rachegeleüste zu befriedigen dachten. Am 9. Mai wurden auf dem Wenzelplatz, auf dem Karlsplatz und in der Rittergasse Deutsche – und nicht nur SS-Leute – mit Benzin Übergossen, mit den Füßen nach oben an Masten und Laternen gehängt und angezündet. Die Menge sah johlend den brennenden Fackeln und ihren Qualen zu, die umso länger dauerten, weil die Köpfe der Brennenden unten hingen und der aufsteigende Rauch sie nicht ersticken konnte. Deutsche Soldaten, aber ebenso Zivilisten wurden mit Stacheldraht zusammengebunden, zusammengeschossen und die Menschenbündel in die Moldau gestürzt. Deutsche Kinder wurden in den Löschwasserbehältern ertränkt und Frauen und Kinder aus den Fenstern auf die Strasse geworfen. Auf jeden Deutschen wurde solange eingepöbeln, bis er zusammenbrach. Deutsche Frauen wurden gezwungen, nackt Steine wegzuräumen, ihnen wurden die Achillessehnen durchgeschnitten. Aus den unterirdischen Klosettanlagen des Wenzelplatzes wurden die Deutschen heraufgeholt, mit Knüppeln niedergeschlagen und buchstäblich zu Tode getreten. Wehrmachtshelferinnen, die den Peinigern in die Hände gefallen waren, wurden – nachdem man ihnen die Kleider geraubt hatte – durch die Fachobastrasse zum Wolschaner Friedhof getrieben und dort mit Maschinengewehren zusammengeschossen. Andere wurden mit Schlägen und Stichen in Heuhaufen hineingetrieben, die dann angezündet wurden. Das was in Prag geschah, setzte sich im ganzen Land fort. Die Deutschen wurden, wo immer sie auch lebten, zum Freiwild. Dabei spielte es keine Rolle, ob es sich um Deutsche handelte, die seit Jahrhunderten im Lande lebten oder um Deutsche, die erst nach 1939 zugewandert waren oder um jene Masse der Flüchtlinge, die sich auf der Flucht vor den Russen noch in Böhmen aufhielten. Das entsetzliche bestialische Wüten vom Mai bis zum Herbst 1945 war eine öffentliche Sache, die keinem Tschechen verborgen blieb und an der Hunderttausende als Täter oder aber als aufpeitschende und mithelfende Zuschauer ihren Anteil hatten.» (Thorwald, S. 250 ff., 305 ff; über den «Prager Aufstand» siehe auch die Dokumentation bei Reichenberger, S. 101-113)

Der tschechische Schachweltmeister und Publizist Ludek Pachmann, der als Augenzeuge beim Einzug von Staatspräsident Beneš in Prag im Mai 1945 dabei war, schrieb über die damaligen Vorgänge in Prag: «Die Furien der Hölle – hier waren sie losgelassen. Wenn es die Hölle auf Erden gibt, dann nach dem 5. Mai 1945 in Prag. An den Strassenkandelabern meiner geliebten Stadt hingen an den Füßen aufgeknüpfte SS-Männer als menschliche Fackeln. Vom Kopf hinauf brennend. Umgeben von lachendem, sich daran ergötzendem Pöbel, der sich jetzt für die begangenen Untaten der Deutschen rächen wollte. Bewaffnete Banditen, die sich ‚Partisanen‘ nannten, holten willkürlich deutsche Mitbürger aus ihren Häusern. An der Einmündung zur Wassergasse hingen drei nackte Leichen, bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt, die Zähne restlos herausgeschlagen, der Mund nur noch ein blutiges Loch. Andere Deutsche mussten ihre toten Landsleute in die Stefangasse schleifen. ‚Tojsou prece vasi brati, ted’ jepolibetje!‘ – ‚Das sind doch eure Brüder, küsst sie!‘ Und so mussten die noch lebenden Deutschen mit zusammengepressten Lippen die Toten küssen. Greise, Frauen, Kinder wurden verstümmelt, totgeprügelt. Vergewaltigungen, barbarische Grausamkeiten. Schreckens-Furien der Hölle. Hier waren sie losgelassen.» (*Der Grosse Wendig*, Band 2, S. 415. Der Bericht von Pachmann wurde veröffentlicht in *Hör Zu*, Nr. 45, 5.11. 1982, S. 24; siehe auch Rathay-Biographien unter www.peter-rathay.de; siehe auch Video-Beitrag *Tschechisches Fernsehen zeigt Massaker an Deutschen* aufYouTube)

Man kann diese und viele andere Verbrechen nicht vom Tisch wischen, wenn eine echte Versöhnung zwischen dem deutschen und tschechischen Volk zustande kommen soll. Nur die ganze Wahrheit kann die Wunden heilen.

10.6 Das Massaker von Postelberg

Zwischen dem 3. und 7. Juni 1945, nachdem die sowjetischen Truppen abgezogen waren, wurden auf dem Kasernengelände des im nordwestböhmisches Bezirk Laun gelegenen sudetendeutschen Städtchens Postelberg (tschech., Postoloprty) mindestens 763 deutsche Männer und Jungen im Alter von 15 bis über 60 Jahre gefoltert und erschossen. Die tatsächliche Zahl der Opfer kann bis heute nicht genau beziffert werden. Man geht jedoch von etwa 1.500 Toten aus. Sie stammten – jedenfalls überwiegend – aus der Nachbarstadt Saaz (tschech., Zatec) und waren am 3. Juni auf einem Todesmarsch nach Postelberg getrieben worden.

In ihrem Bericht schildert Edith Bergler den Geschehensablauf in Postelberg wie folgt: «Am Sonntag, dem 3. Juni 1945, wurden alle deutschstämmigen Männer von

Saaz (13 bis 65 Jahre alt, auch Kranke und Behinderte) mit Gewalt und Schüssen auf dem Marktplatz von Saaz zusammengetrieben. Es waren ungefähr 5.000 Menschen. Nachzügler wurden auf der Stelle erschossen. Drei Deutsche, die von ihren Wohnungen aus dieses unmenschliche Treiben verfolgten, nahmen sich das Leben, um nicht in die Hände der Verbrecher zu fallen. Im Laufe des Vormittags wurden die Männer und Knaben in drei Kolonnen unter Peitschenhieben und Schüssen nach Postelberg getrieben, das 15 km von Saaz entfernt liegt. Wer nicht mehr gehen konnte, wurde sofort erschossen. Postelberg war menschenleer, da die Bewohner zuvor in Lager getrieben worden waren. Um Mitternacht erreichte ein Nachtrupp mehr tot als lebendig den Kasernenhof in Postelberg. Dabei handelte es sich um 150 Männer, die aus dem Gefängnis in Saaz herausgetrieben worden waren. Alle Männer sassen während der Nacht auf dem Boden des Kasernenhofs und durften auch zur Notdurft ihren Platz nicht verlassen. Sobald einer sich erhob, wurde geschossen. Es gab Tote und Verwundete, um die sich niemand kümmerte. Zuerst mussten die Deutschen ihre Toten und Verwundeten in den Splittergraben werfen, der die Latrine war. Schüsse aus Maschinenpistolen erlösten die Verwundeten von ihren Leiden. Dann sammelten die Tschechen in grossen Kisten Geld, Uhren und Ringe ein. Briefe, Dokumente und Medikamente wurden vernichtet. Die Nacht zum 5. Juni verbrachten die Postelberger in den Ställen, in denen man wegen der Hitze und Enge kaum atmen konnte. Im Hof wurden während der ganzen Nacht Männer wegen Nichtigkeiten erschossen. Am 5. Juni begann das Aussortieren für das planmässige Morden. Die Stalltüren wurden geöffnet. Wer nicht schnell genug in den Hof rannte, wurde erschossen. Es wurden Abteilungen gebildet, in denen sich die Männer der SS, SA, NSKK, der Wehrmacht und der Sudetendeutschen Partei sammeln sollten. Die einen kamen hinter Stacheldraht, die anderen sperrte man in Ställe ein, andere wurden in Arbeitsgruppen eingeteilt. Gruppen wurden zum Lagertor hinausgeprügelt und kamen nicht zurück. Sie gingen in den Tod. In diesem unbeschreiblichen Durcheinander wurde ständig geschossen und geschlagen. Tote mussten in die Latrine geworfen werden. Geschah das nicht schnell genug, beförderte ein Schuss den Transporteur gleich hinterher. Es gab auch an diesem Tag nichts zu essen. Der 6. Juni war der Tag des Kindermordes und der planmässigen Erschiesungen. In der Nähe des Kasernentors sassen wie alle Tage etwa 120 Jungen im Alter von 13 bis 18 Jahren. Als ein Arbeitstrupp die Kaserne verliess, schlossen sich fünf Jugendliche unauffällig an. Sie wollten so dieser Hölle entgehen. In Postelberg wurden sie aufgegriffen und zurückgebracht. Vor den versammelten Gefangenen mussten sich diese Knaben entkleiden. Sie wurden am ganzen Körper gepeitscht, so dass das Blut in Strömen floss und sie in einer grossen Blutlache kauerten oder lagen. Niemand im Hof durfte sich rühren. Nach einer halben Stunde

wurden die Geschundenen einzeln nach der Reihe erschossen. Anschliessend wurden Trupps mit bis zu 80 Mann aus der Kaserne hinausgeführt. Die Männer wussten, dass sie in den Tod gingen. Am 6. Juni wurden 800 bis 1.000 Männer in das KT (= KZ) 28 Litvinov (dt., Oberleutensdorf) überstellt, andere wurden zur Zwangsarbeit nach Laun (tschech., Louny) zugewiesen, ein Teil der Geschundenen kehrte nach Saaz (tschech., Zatec) zurück, wo man sie in den dortigen Lagern konzentrierte. Auf Veranlassung einer Kommission für Staatssicherheit im Parlament kam es 1947 zu einer Untersuchung des Falles. Es wurden 763 Skelette exhumiert. Vojtech Cerny gab zu, den Befehl zu dieser Aktion aus Prag bekommen zu haben. Nach dieser Aussage folgte die Untersuchungskommission 1947 der Empfehlung des Innenministers Vaclav Nosek, der vorschlug, ‚die Sache ohne jeglichen Eingriff in die breite Öffentlichkeit‘ zu lösen. Nosek hatte 1945 mit grösster Wahrscheinlichkeit den Befehl dazu erteilt.› (Edith Bergler, *Die Massenerschiessung der Männer von Saaz/Zatec vom 3 bis 6. Juni 1945*, unter www.egerer-landtag.de; *Der Grosse Wendig*, Band 2, S. 418 ff.; Bericht im *Spiegel* 36/09, 31.8.2009; Karl Peter Schwarz, *Wir sagen es niemandem*, in: *FAZ*, 10.5.2006)

Am 3. Juni 2010 wurde in Postelberg eine Gedenktafel für die unschuldigen Opfer des tschechischen Massakers eingeweiht. Der auf einer Kupferplatte eingravierte Text lautet vage: «Den unschuldigen Opfern der Ereignisse in Postelberg im Mai und Juni». Selbst dieser unkonkrete Text war in der Gemeindevertretung des Orts hart umkämpft. Dass es z.B. auch noch im Juni 1945 Massenmorde an Deutschen gab, war erst nachträglich hinzugefügt worden. (Hinrich Rohbohm, *Vor 65 Jahren fand im Sudetenland das Massaker von Postelberg statt/Zaghafte Erinnerung an dieses Verbrechen in der Gegenwart*, in: *Junge Freiheit* 23/10, 4.6.2010)

10.7 Das Massaker von Lodenitz

Am 8. Mai 1945 wurde ein kleiner Trupp von 18 Deutschen und einem Tschechen über die Landstrasse zwischen Lodenitz (tschech., Lodenice) und Beraun (tschech., Beroun), südwestlich von Prag, getrieben. Der Marsch in ein Internierungslager wurde für diese Menschen (Frauen und Männer, die Jüngste 18, der Ältteste 62) zum Todesmarsch. Wiederholt brachen einige von ihnen, entkräftet und von Schlägen gebeugt, zusammen. Ihre eigenen tschechischen Mitbewohner aus Lodenitz beteiligten sich an den Peinigungen. Es waren Leute, die mit den Deutschen kollaboriert hatten und die nun Zeugen beseitigen wollten. Überall in Böhmen und Mähren waren in jenen Tagen «Revolutionsgarden» unterwegs, um Rache an Unschuldigen zu nehmen. Manche Tschechen nannten sie hinter vorgehaltener Hand «Raubgarden».

Sie waren das Vorspiel zur kollektiven Enteignung und Vertreibung von Millionen Deutschen aus ihrer Heimat. In Lodenitz war vor allem Adolf Lange das Ziel ihres Wütens. Der Deutsche, Besitzer einer Holzfabrik, hatte viele Tschechen angestellt und so vor der Zwangsarbeit im Reich bewahrt. Lange wusste genau, wer von den Einheimischen mit den Deutschen zusammengearbeitet hatte. Dieses Wissen war am Ende sein Todesurteil. Der Marsch der 19 kam nie im Internierungslager Beraun an. Auf halbem Weg, direkt am Strassenrand, wurden die Menschen kurzerhand erschossen. Niemand wurde je dafür zur Verantwortung gezogen, weil in Prag solche Massaker per Gesetz amnestiert worden waren. (Hans-Jörg Schmidt, *Wiesenblumen und ein geweihtes Kreuz für die Todgeweihten von Lodenitz. Tschechen erinnern an ein Massaker an Deutschen im Mai 1945 in einem Dorf bei Prag – Nazikollaborateure wollten damals Zeugen beseitigen*, in: *Die Welt*, 30.6.2008)

10.8 Das Massaker von Libeznice/Rothkirchen

Am 9. Mai 1945 fand in Libeznice, einem Ort zwischen Melnik und Prag, eines der grössten Massaker an deutschen Soldaten statt. An diesem Tag wurden hier 318 entwaffnete deutsche Soldaten hinterhältig erschossen. Ludwig Breyer hat das Geschehen in einem Bericht vom 29. Januar 1951 aufgezeichnet. Danach mussten sich die entwaffneten Soldaten in Fünferreihen Arm an Arm gruppieren. Zwischen 14 und 16 Uhr nachmittags marschierten die Soldaten, begleitet von Partisanen, aus Melnik auf der Reichsstrasse 96 in Richtung Prag. Etwa 200 bis 300 Meter vor dem Ort Libeznice – die Melniker Partisanen waren unterwegs von anderen abgelöst worden, – musste die Kolonne anhalten. Alles, was die deutschen Soldaten noch bei sich trugen, mussten sie in den Strassengraben werfen. Nur die Uniformen behielten sie auf dem Leibe. Dann kam das Kommando: «Hände hoch! Im Dauerlauf in die Ortschaft.» Kaum hatten die Soldaten die ersten Häuser erreicht, ging das Schiessen los. Gefeuert wurde aus allen Fenstern und Türen, von überall her, mit allen Waffenarten. Nur den wenigsten Soldaten gelang es, zu entkommen. «Als es wieder ruhig geworden war, lagen die toten und die verwundeten Kameraden auf der Strasse. Die Verwundeten wurden durch Genickschüsse getötet. Unter den 57 Männern, die dem Tode zunächst entronnen waren und von den Tschechen wieder gefangen wurden, war auch ich. Wir wurden nach Prag transportiert», berichtet der junge deutsche Hauptfeldwebel, unter dessen Führung die Truppe abmarschiert war. Als später Prager Deutsche als Arbeitssklaven nach Libeznice kamen, fanden sie die blutdurchtränkten Uniformen der deutschen Soldaten in Scheunen. Erst meuchlings niedergeschossen, waren sie nachher völlig entkleidet im Vorfriedhof von Libeznice einfach verscharrt worden. (Ludwig Breyer, *Mord an 318 deutschen*

Soldaten am 9. Mai 1945, unter www.mitteuropa.de)

10.9 Das Massaker von Nachod

Nach Angabe des Publizisten Konrad Badenheuer wurden in Nachod in Nordostböhmen in den Tagen vom 8. bis 12. Mai 1945 zwischen 400 und 520 Deutsche erschossen, überwiegend entwaffnete ungarndeutsche Soldaten. (Quelle wie vor) In seiner Dokumentation *Das andere Lidice* hat Erich Kern Unterlagen zu diesem Fall zusammengestellt. Der Augenzeuge Ehrenhard Adam berichtet, dass in Nachod 220 Angehörige der Waffen-SS von der tschechischen Zivilbevölkerung bestialisch umgebracht worden seien: «Die SS-Leute wurden von den Frauen mit Messern und Dolchen erstochen, mit Knüppeln und Gewehrkolben erschlagen. Körper, die noch Leben zeigten, wurden mit Benzin übergossen und verbrannt.» Eine gewisse Frau Zinke aus Nachod, Kamenskeho 33, habe sich dabei besonders hervorgetan. (*Der Grosse Wendig*, Band 2, S. 414 f.) Aufgrund einer Strafanzeige führte die Staatsanwaltschaft Hof/Saale wegen des Massakers von Nachod Ermittlungen durch und leitete die Akten im Rahmen eines Rechtshilfeabkommens an die tschechische Strafverfolgungsbehörde weiter. Der tschechischen Staatsanwaltschaft sind die Namen der mutmasslichen Täter mitgeteilt worden. Auch Fotos der Partisanengruppe «Vaclawik», auf denen einige Tatverdächtige zu sehen sind, wurden der Staatsanwaltschaft zugeleitet. Das Bezirksermittlungsamt Königgrätz (tschech., Hradec Králové) stellte das Verfahren ein. Die Einstellung wurde damit begründet, dass es «nicht gelungen ist, Tatsachen zu ermitteln, die die Einleitung der Strafverfolgung begründen würde». (Adolf Wolf, *Bleibt das Massaker von Nachod ungesühnt?*, unter www.sudetendeutsche-in-hessen.de)

10.10 Das Massaker von Prerau

Zu den vielen Massenmorden gehört auch das Massaker von Prerau (Pferov) in Zentralmähren. Der tschechische Schriftsteller Ota Filip (geb. 1930) beschrieb es mit folgenden Worten nach dem tschechischen Polizeiprotokoll vom 19. Juni 1945: «Am Nachmittag des 18. Juni 1945 machte in Pferov ein Zug halt, der 265 im Herbst 1944 aus der Slowakei nach Nordböhmen transportierte Karpatendeutsche zurück in ihre Heimat bringen sollte. Für 71 Männer im Alter von 14 bis 80 Jahren, für 120 Frauen und 74 Kinder war Pferov Endstation. Im Morgengrauen des 19. Juni 1945

lagen sie alle in einem Massengrab. Ihr Mörder, Leutnant Karol Pazur, Nachrichtendienstoffizier im Stab der 4. Division der Svoboda-Armee,⁷⁰ hat in den späten Nachmittagsstunden des 18. Juni 1945 die Karpatendeutschen aus dem Zug geholt. Zwanzig Soldaten mit Maschinengewehren trieben sie unter dem Kommando von Karol Pazur nach Lovesice, unweit des Pferover Bahnhofs. Dort wurden alle 265 Karpatendeutsche in Gruppen von hinten niedergemetzelt.⁷¹ Die Personalausweise der Ermordeten befahl Leutnant Pazur im Massengrab zu verbrennen. Die Wertgegenstände der Toten, Geld, Uhren und Juwelen, verteilte der Mörder unter seinem Mordkommando. Zur Belohnung durften die Mordschützen auch noch den Zug plündern.» Pazur gehörte im Zweiten Weltkrieg zu der faschistisch-militanten «Hink-Garde», trat dann 1944 rechtzeitig noch in die tschechoslowakische Svoboda-Armee sowie in die Kommunistische Partei ein. Nach seiner Verhaftung am 4. Juni 1948 wurde Pazur am 14. Januar 1949 von einem Militärgericht in Pressburg wegen des Massenmordes zu siebeneinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, in einem neuen Verfahren zu 20 Jahren Haft. 1951 wurde er zu zehn Jahren Haft begnadigt, insgesamt sass er nicht ganz sechs Jahre ab. In den sechziger Jahren zählte er zu den führenden Funktionären des «Verbandes antifaschistischer Kämpfer». Damit gehörte Pazur zu den wenigen tschechischen Massenmördern, die wegen ihrer Untaten überhaupt belangt wurden. (*Der Grosse Wendig*, Band 2, S. 416/417; Wikipedia, *Massaker von Prerau*)

10.11 Das «Blutgericht von Landskron» – Volksgericht auf tschechisch

Als «Blutgericht von Landskron» wird ein nach dem Zweiten Weltkrieg vom 17. bis 21. Mai 1945 in Landskron, einem mährischen Städtchen unweit von Olmütz, gegen die deutschen Bewohner der Stadt und der umliegenden Dörfer abgehaltenes

70 Die Svoboda-Armee, genannt nach General Ludvik Svoboda, geb. 1895 in Mähren. Er war im Ersten Weltkrieg bei der Tschechischen Legion, dann tschechischer Offizier, ging 1939 in den Untergrund, führte eine Brigade in der Roten Armee, war nach 1945 Verteidigungsminister und wurde unter Alexander Dubcek Staatspräsident.

71 In seinem Erinnerungsbuch spricht Simon Frömmel von 277 ermordeten Karpatendeutschen. In der Mehrzahl seien es Frauen und Kinder gewesen, das jüngste Kind etwa ein halbes Jahr alt. Unter diesen Personen befanden sich 36 Bewohner aus seinem Heimatdorf Drexlerhau, unter diesen auch Nachbarn von ihm. Die anderen seien Deutsche aus dem Zipser Siedlungsraum gewesen. An die Ermordeten erinnert ein Gedenkstein in slowakischer und deutscher Sprache: «An dieser Stelle wurden nach der Exhumierung im Jahre 1947 die sterblichen Überreste von Karpatendeutschen aus der Slowakei beigesetzt. Sie wurden mit Frauen und Kindern in der Nacht vom 18. auf den 19. Juni 1945 durch Angehörige des 17. Infanterieregiments aus Petrzalka auf der Schwedenschanze ermordet.» (Simon Frömmel, *Verlorene Heimat – Verlorene Illusion*, 2010, S. 51 ff.)

«Volksgericht» bezeichnet. Dieses Volksgericht wurde von tschechischen Partisanen aus der nahegelegenen Stadt Hohenmauth durchgeführt. Es wird «Blutgericht» genannt, da in vielen Fällen die Todesstrafe sofort vollzogen wurde.

Ablauf: Am 17. Mai 1945 trafen gegen 11 Uhr Busse mit tschechischen Partisanen auf dem Stadtplatz von Landskron ein. Die Partisanen verteilten sich in der Stadt und trieben die deutschen Bewohner auf dem Stadtplatz zusammen. Vor dem Landratsamt hatte sich das «Volksgericht» aufgebaut und verhängte nun Urteile in rascher Folge. Die Urteile sahen zumeist körperliche Züchtigungen vor, wobei diese sofort vollstreckt wurden. Nach Augenzeugenberichten wurden einige der Verurteilten durch die Schläge getötet, andere an der Rathausmauer erschossen oder an Strassenlaternen aufgehängt. Am ersten Tag wurden 24 Verurteilte getötet und weit mehr als 100 durch Schläge bestraft. Am zweiten Tag kam es zu einem Zwischenfall, als die Besitzerin eines an den Stadtplatz angrenzenden Ladens sich und ihr Haus anzündete, wodurch die Verurteilungen für diesen Tag unterbrochen wurden. Am dritten Tag wurden die deutschen Bewohner von Thomigsdorf nach Landskron geführt. Am 20. Mai 1945, dem Pfingstsonntag, pausierte das Gericht. Am darauffolgenden 21. Mai 1945 waren die Bewohner aus Lukau und Nieder Johnsdorf an der Reihe. Von den in Landskron zusammengetriebenen Deutschen wurden 1.200 Männer ausgewählt und im Gebäude des Landskroner Gymnasiums interniert. Sie wurden zunächst ins Konzentrationslager Auschwitz und von dort aus nach Sibirien zur Zwangsarbeit gebracht. Während des Landskroner Blutgerichts begingen mehr als 100 Personen Selbstmord und töteten teilweise zuvor auch andere Familienmitglieder. Eine juristische Aufarbeitung des Geschehens hat bisher nicht stattgefunden. Aufgrund des «Amnestie-Gesetzes» Nr. 115 vom 8. Mai 1946 sind derlei bis zum 28. Oktober 1945 begangene Taten straffrei. (Wikipedia, *Blutgericht von Landskron*)

Ein Augenzeuge berichtet über das Blutgericht von Landskron unter anderem: «An dem ‚Partisanen-Richtertisch‘ sassen der Vorsitzende namens Hrabacek, vier weitere Zivilisten, ein Gendarm, ferner stand dabei ein Partisanenweib, welches einige Deutsche, darunter auch mich, mit einem Gummiknüppel viermal ins Gesicht schlug, bis ein Tscheche aus dem ersten Stockwerk des Landratsamtes ihr dies verbot. Andere Tschechen in Zivil, die die Misshandlungen an den Verurteilten zu vollstrecken hatten, standen um das Partisanengericht herum. Dieses Blutgericht ‚verurteilte‘ die herangeschleppten Deutschen entweder zu Prügelstrafen zwischen 10 bis 100 Schlägen oder zum Tod durch Erschiessen oder Erhängen. Die zu Prü-

geln Verurteilten wurden an jenen zwei Tagen in die Toreinfahrt des Gemeindehauses geschleppt, dort auf ein vorbereitetes neues breites Bett geworfen und, ohne dass einer der Henker zählte, mit Gummiknäppeln, Ochsenziemern, Gewehrkolben und Stöcken über den ganzen Körper, auch über den Kopf und Hals, geschlagen und mit Füßen getreten. Vor mir erhielt Brauereidirektor Gustav Zimmermann zehn Schläge zudiktiert. Die gellenden Schmerzensschreie der Geprügelten waren den ganzen Tag über in grauenerregender Stärke zu hören. Damit vermengten sich ununterbrochen die Gewehr- und Maschinenpistolensalven. Ein Kandelaber vor dem Gasthaus Schmeiser diente als Galgen. Ich sah, wie der Installateur Josef Jurenka gehängt wurde. Er ging selbst auf den Galgen zu, legte sich die Schlinge um den Hals, ein Partisan stieß den Hocker weg... Links vor dem Ausgang zum Rathaus (Amtsgericht) befand sich ein Luftschutzwasserbassin, in das mehrere Deutsche hineingeworfen wurden, worauf die Partisanen auf sie schossen. Die am Leben Gebliebenen wurden herausgezogen, über das Gelände geworfen, mit Feuerwehrschläuchen bespritzt, so dass sie umfielen, sodann wurden die meisten von ihnen an die Mauer gestellt und von Partisanen durch Feuerstöße aus Maschinenpistolen niedergestreckt. Die Ermordeten lagen dort auf einem Haufen, wurden gegen Abend auf einen Planwagen des Fuhrwerkers Stransky geworfen, auf den Friedhof gebracht und, wie ich später erfuhr, in einem Massengrab begraben...» (Richard Grill, *Orte Deutscher Geschichte. Ein Konterbild. Untersuchungen – Betrachtungen – Skizzen*. Herausgegeben vom Heimatkreis Mies-Pilsen e.V., Dinkelsbühl, 2002, S. 147 ff.; Internet: <http://www.mies-pilsen.de>. Zum Blutbad von Landskron siehe auch den ausführlichen Bericht von Julius Friedel unter www.Wintersonnenwende.com. Eine ausführliche Dokumentation über die Austreibung der Sudeten-deutschen mit Berichten der Überlebenden siehe unter www.rathay-biographien.de)

10.12 Der Todesmarsch von Brünn

Die Vertreibung der deutschsprachigen Einwohner aus der mährischen Hauptstadt Brünn (tschech., Brno) gilt als sogenannte «wilde Vertreibung». Sie begann am 31. Mai 1945, als die deutschsprachige Bevölkerung beim Augustinerkloster zusammengetrieben wurde. Am nächsten Tag wurden diese Menschen zusammen mit den deutsch- und zweisprachigen Bewohnern der umliegenden Dörfer rund 55 Kilometer in Richtung österreichische Grenze getrieben. Der Zug bestand hauptsächlich aus Frauen, Kindern, auch Kleinkindern und Säuglingen, sowie alten Menschen. Die meisten männlichen Einwohner von Brünn befanden sich zu diesem Zeitpunkt in Kriegsgefangenschaft oder waren in Lagern in der Stadt oder der näheren Umgebung, z.B. in der Brünnener Festung Spielberg interniert. Viele der Älteren, Kinder

und Frauen waren den Strapazen des Marsches in grösster Hitze und bei schlechter Wasserversorgung nicht gewachsen und brachen am Strassenrand zusammen. Nachdem der Übertritt der österreichischen Grenze zunächst verweigert wurde, sperrte man die bis dahin Überlebenden in Pohrlitz (tschech. Pohofelice) in Lagerhallen für Getreide. Dort traten weitere grosse Verluste an Menschenleben ein, weil in diesem Lager Hunger und Seuchen ausbrachen. Erst nach längerem Zögern wurde im Juni 1945 die Grenze zum damals sowjetisch besetzten Niederösterreich geöffnet. Aber auch nach dem Erreichen österreichischen Staatsgebietes setzte sich das Sterben der kranken und unterernährten Opfer fort. Ungefähr 1.000 von ihnen fanden auf österreichischen Friedhöfen ihre letzte Ruhestätte. Die Zahl der Teilnehmer des Marsches kann heute durch tschechische Akten relativ zuverlässig mit rund 27.000 angegeben werden. Das entspricht fast genau der Hälfte der damaligen deutschen Bevölkerung Brünns von rund 53.000.

Bei der Anzahl der Opfer des «Brünner Todesmarsches» gehen die Schätzungen weit auseinander. Auf deutscher Seite wurde die Spanne 4.000 bis 8.000 genannt, von tschechischer Seite nur wenige Hundert. Neuere Studien der neunziger Jahre führen zu einer Zahl von rund 5.200 Toten. Mit Sicherheit belegt sind etwas über 2.000 Todesfälle, davon 890 in einem Massengrab bei Pohrlitz und weitere etwas über 1.000, die auf mehreren Friedhöfen auf österreichischer Seite (im unmittelbaren Grenzgebiet und entlang der Strasse nach Wien) in Einzelgräbern bestattet wurden. Da die gesamte Historiographie davon ausgeht, dass auf der tschechischen Seite der Grenze weit mehr Opfer zu beklagen waren als im Schlusskapitel des Todesmarsches zwischen der Grenze und Wien, kann die Zahl 5.200 als gut gesichert gelten. Es liegen – anders als im Falle des Massakers von Aussig – auch Vermisstenmeldungen in entsprechender Zahl vor. Die Opfer kamen während des Marsches oder unmittelbar danach um. Die meisten Opfer starben an Entkräftung, Hunger, Durst und Typhus, aber einige wurden wohl auch durch tschechische Begleitmannschaften erschossen. (Wikipedia, *Brünner Todesmarsch*)

Die Londoner *Daily Mail* schilderte in einem Bericht der britischen Journalistin Rhona Churchill vom 6. August 1945, was sich damals in Brünn zugetragen hatte: «In Brno (beschlossen) junge Revolutionäre der tschechischen Nationalgarde, die Stadt zu ‚reinigen. Kurz vor neun Uhr abends marschierten sie durch die Strassen und riefen alle deutschen Bürger auf, um neun Uhr vor ihren Häusern zu stehen, ein Gepäckstück in jeder Hand, bereit, die Stadt für immer zu verlassen. Den Frauen blieben zehn Minuten, die Kinder zu wecken, sie anzuziehen, ein paar Habseligkeiten zusammenzupacken und sich auf die Strasse zu stellen. Hier mussten sie allen

Schmuck, Uhren, Pelze und Geld den Nationalgardisten ausliefern, bis auf den Ehe- ring; dann wurden sie mit vorgehaltenen Gewehren in Marsch gesetzt, der österrei- chischen Grenze entgegen. Es war stockfinster, als sie die Grenze erreichten, die Kinder weinten, die Frauen stolperten vorwärts. Die tschechischen Grenzwach- en drängten sie über die Grenze den österreichischen Grenzwach- en entgegen. Da kam es zu neuer Verwirrung. Die Österreicher weigerten sich, die Leute aufzunehmen, die Tschechen, sie wieder ins Land zu lassen. Sie wurden für die Nacht auf ein offenes Feld getrieben. Am nächsten Morgen erschienen ein paar Rumänen als Wa- che. Sie sind immer noch auf diesem Feld, das zum Konzentrationslager geworden ist. Sie haben nur zu essen, was ihnen die Wachen gelegentlich bringen. Rationen haben sie nicht... Jetzt wütet eine Typhusepidemie unter ihnen, und es heisst, dass täglich hundert sterben. Fünfundzwanzigtausend Männer, Frauen und Kinder haben diesen Gewaltmarsch aus Brünn mitgemacht, darunter eine Engländerin, die mit einem Nazi verheiratet ist, eine Österreicherin von siebzig Jahren, eine 66-jährige Italienerin. Überall im Lande werden jetzt Konzentrationslager für Deutsche einge- richtet. Man schickt die Leute unterschiedslos hinein, während sie auf ihr Visum für Deutschland warten. Sogar deutsche Juden und Nazigegner, die erst kürzlich aus den Konzentrationslagern der SS befreit wurden, sind nicht sicher...»
(de Zayas, S. 125)

Der Brüner Todesmarsch stellte einen Höhepunkt der sogenannten wilden Vertrei- bungen vor der Potsdamer Konferenz der alliierten Siegermächte Ende Juli 1945 dar. Diese Aktionen waren fast ausnahmslos bestens organisiert und von der Staats- spitze in Prag direkt angeordnet oder unterstützt worden. Zahlreiche Aufrufe der damaligen Verantwortlichen in aller Öffentlichkeit sprechen eine eindeutige Spra- che. Kein anderer als Staatspräsident Edvard Beneš forderte am 16. Mai 1945 auf dem Altstädter Ring in Prag die kompromisslose «Liquidierung der Deutschen». Ohne Wissen und Wollen hoher Regierungsstellen und der anwesenden sowjeti- schen Besatzungsmacht wären die «wild- en Vertreibungen» nicht möglich gewesen. Dies zeigt auch die Lage im von UStruppen eroberten Westböhmen, wo es keine einzige dieser Aktionen gab. Im Falle des Brüner Todesmarsches lässt sich die massgebliche Verstrickung der Staatsspitze besonders gut belegen. Das vorwiegend von tschechischen Arbeitern der «Brüner Waffenwerke» durchgeführte Verbrechen wurde massgeblich von einem tschechischen Hauptmann («Stabskapitän») na- mens Bedrich Pokorny organisiert. Der Geheimdienstoffizier, der in der Protektoratszeit als Gestapo-Spitzel tätig gewesen sein soll, hat nach der Wiederherstellung der CSR seine Tätigkeit fortgesetzt. Nach dem Sieg der Roten Armee wurde er in die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KSQ und zudem in das «Korps

der nationalen Sicherheit» (Sbor národní bezpečnosti, SNB) aufgenommen. Nicht einmal zwei Wochen vor dem Brünner Todesmarsch, am 18. Mai 1945, erhielt er das Kommando des SNB in Mähren und war als solcher unmittelbar für die Vertreibung der Brünner Deutschen verantwortlich. Einen Monat nach der Tat, am 2. Juli 1945, wurde er auf persönliche Weisung des kommunistischen Innenministers, Vaclav Nosek, an die Spitze des Inlandsgeheimdienstes «Obranne zpravodajstvi» (OBZ) berufen. Nachdem Pokorny zuvor nur faktisch den Dienst geleitet hatte, übernahm der vormalige Stellvertreter am 15. Januar 1946 auch offiziell die Leitung des OBZ, welcher bei der kommunistischen Gleichschaltung der CSR eine unrühmliche Bedeutung gewinnen sollte. (Artikel *Höhepunkt der ‚wilden Vertreibungen‘. Vor 65 Jahren begann der Brünner Todesmarsch – schlimmstes Nachkriegsverbrechen bis Srebrenica*, in: *Preussische Allgemeine Zeitung*, 30. 5. 2010, unter www.preussische-allgemeine.de)

10.13 Das Massaker von Aussig

Das Massaker von Aussig am 31. Juli 1945 war ein gegen die deutsche Zivilbevölkerung gerichteter Pogrom der Tschechen. Den Anlass zu diesem Pogrom gab eine an diesem Tage erfolgte Explosion eines Munitionsdepots im Stadtteil Schönriesen, welche als Anschlag der «Werwölfe» deklariert wurde. Nach Erkenntnissen aus der Forschung und geheimen tschechischen Unterlagen kann davon ausgegangen werden, dass der Anschlag auf das Depot und auch die angebliche Reaktion der Bevölkerung eine gezielte Aktion der Abteilung Z des tschechoslowakischen Innenministeriums, des OBZ, gewesen ist. Das Ziel der Aktion war, einen für das Ausland klar erkennbaren Grund zu schaffen, die restlose Vertreibung der Deutschen aus dem Sudetenland zu vollziehen. Um diesbezügliche Informationen und Zusammenhänge in die gewünschte Richtung zu lenken, wurde der Initiator dieses Pogroms, Stabshauptmann Bedrich Pokorny, mit der offiziellen Untersuchung der Vorgänge beauftragt. Sofort nach der Explosion wurden deutsche Zivilisten von tschechischen Revolutionsgarden ohne nähere Untersuchung als vermeintlich Schuldige ausgemacht. Erkennbar waren die Deutschen an weissen Armbinden, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis mindestens Ende 1946 alle Deutschen in der Tschechoslowakei tragen mussten. Die Menschen wurden erschlagen, in einem Löschwasserspeicher ertränkt oder von der Elbebrücke gestossen und im Wasser beschossen. Die Leichen trieben bis ins benachbarte Sachsen. 80 Leichen wurden allein bei Meissen aus der Elbe gezogen, weitere Leichen wurden bei Pirna und Bad Schandau angeschwemmt. Die Zahl der Toten bei diesem Massaker wurde jahre-

lang mit etwa 2.000 angegeben. Genaue Opferzahlen sind schwer festzustellen, zumal die tschechischen Archive nicht freigegeben wurden. Die Angaben von deutschen Überlebenden schwanken zwischen 1.000 und 2.700. Es gibt seit Langem Behauptungen, dieses Massaker sei von der damaligen tschechoslowakischen Regierung unter Ministerpräsident Zdenek Fierlinger⁷² organisiert worden. Durch die Arbeit von Otfried Pustejovsky⁷³ gilt heute als gesichert, dass der im tschechoslowakischen Innenministerium tätige Stabskapitän Bedrich Pokorny ein Hauptorganisator dieses Verbrechens war. Er hatte neun Wochen zuvor den Brünner Todesmarsch (Beginn am 31. Mai 1945) organisiert. Eine offizielle juristische Aufbereitung des Geschehens hat nicht stattgefunden. Das Beneš-Dekret 115/46 erklärte derlei Handlungen bis 28. Oktober 1945 «im Kampfe zur Wiedergewinnung der Freiheit,... oder die eine gerechte Vergeltung für Taten der Okkupanten oder ihrer Helfershelfer zum Ziel hatte, ...für nicht widerrechtlich.» (Wikipedia, *Massaker von Aussig*)

Nach einem Augenzeugenbericht, aufgezeichnet vom sudetendeutschen Sozialdemokraten Alois Ullmann, hat sich in Aussig folgendes zugetragen. Schon am Vormittag des 31. Juli 1945 waren die «Svoboda-Garde» sowie ca. 300 sehr zweifelhaft aussehende Personen, die mit einem Zug aus Prag angereist waren, in der Stadt eingetroffen. Im Stadtteil Schönriesen lagerte in einem Depot in der Zuckerfabrik eine grosse Menge verschiedener Munition, die von der Wehrmacht zurückgelassen worden war. Dort beschäftigte man deutsche Häftlinge aus dem tschechischen Konzentrationslager Tabor (dt., Konzentrationslager) Ústí-Vseborice (dt., Aussig-Schöbritz), die an diesem Tag bereits um 14.45 Uhr aus der Zuckerfabrik entfernt wurden. Gegen 15.00 Uhr explodierte das Munitionsdepot. Das war der Startschuss. Die Jagd auf alle Deutschen begann. Um 15 Uhr war aber auch Betriebsschluss im Industriegebiet Schreckenstein. Die deutschen Arbeiter aus den Schichtwerken und anderen Betrieben kehrten in die Stadt zurück. An ihren weissen Armbinden waren sie eindeutig als Deutsche zu erkennen. Wollten sie in die Stadt gelangen, mussten sie über die Elbe-Brücke gehen, weil sie keine öffentlichen Verkehrsmittel benutzen durften. Daher hatten sich in der Nähe des Bahnhofs und des Marktplatzes die wildesten Schläger postiert, um Deutsche dort auch im Wasserreservoir zu ertränken. Wer auf die 13 Meter hohe Brücke gedrängt wurde, die die Elbe in einem weiten Stahlbogen

72 Fierlinger wurde nach dem Zweiten Weltkrieg Ministerpräsident in der tschechoslowakischen Regierung. Unter seiner Regierungszeit erfolgten in den Jahren 1945 und 1946 die Enteignung und Vertreibung der Deutschen, legalisiert durch die Benes-Dekrete. (Wikipedia, *Zdenek Fierlinger*)

73 Otfried Pustejovsky, *Die Konferenz von Potsdam und die Massaker von Aussig am 31. Juli 1945*, Herbig Verlag, München, 2001.

überspannt, hatte verloren. Männer, Frauen, sogar eine Frau mit einem Kinderwagen, wurden über das Brückengeländer geworfen und waren Zielscheiben, bis sie nicht mehr aus den Fluten auftauchten. Niemand weiss die Zahl dieser Toten, von denen der Fluss viele auf deutschem Gebiet an das Ufer spülte. Aber auch aus den Häusern wurden die Deutschen herausgetrieben und mit Beilen, Brechstangen und ähnlichem traktiert, zur Elbe getrieben, erschlagen, erschossen. Nach dem Bericht eines ehemaligen Funktionärs der tschechoslowakischen Verwaltungskommission in Aussig⁷⁴ wurden am Abend des Massakers mehr als 2.000 Tote in der Stadt an mehreren Stellen zusammengetragen, geplündert, von internierten Deutschen auf Autos geladen und zur Kremation nach Theresienstadt (tschech., Terezin) gebracht. Die Begleiter der Toten kehrten nicht zurück. Er sagte: «Lidice war ein lebendiges Denkmal des unseligen ‚Furor teutonicus‘, und Aussig war eine Rehabilitierung der deutschen nazistischen Mörder.» Die Zahl der Opfer in Aussig betrug fast das vierfache. Wird dieses Verbrechen nicht als «Furor Cechoslowaka plebs» in die Geschichte eingehen?» (Alois Ullman, *Es gibt nicht nur ein Lidice*, in: Ernst Paul, *Es gibt nicht nur ein Lidice*, 3. Auflage, München, 1994. Ullman stammte aus Aussig ander Elbe und war als Sozialdemokrat von 1939 bis 1945 im KL Dachau interniert.⁷⁵ (Edith Bergler, *Die Massaker von Aussig am 31. Juli 1945* unter www.egerer-landtag.de)

Wer heute in Aussig über die nach Edvard Beneš benannte Elbbrücke geht, findet dort am Geländer der flussabwärts gewandten Seite eine im Jahre 2005 angebrachte Gedenktafel. Sie trägt die kryptische zweisprachige Inschrift: «Zum Gedenken an die Opfer der Gewalt vom 31. Juli 1945». Gedacht werden soll an die deutschen Opfer des Pogroms, das an diesem Tag tschechische Milizionäre und Zivilisten in Aussig nicht nur auf dieser Brücke verübten.

74 Siehe dazu den Bericht Nr. 53, *Die Austreibungsaktion im Bezirk von Aussig Mitte Juni 1945; das Massaker an der deutschen Bevölkerung von Aussig am 31. Juli 1945*, unter www.z-g-v.de/doku/archiv/

75 Ein deutscher kommunistischer Funktionär, der sieben Jahre lang von den Nationalsozialisten in Haft gehalten worden war, schrieb am 7. August 1945 in einem Bericht an die Parteizentrale in Prag: «Man gibt den Leuten auf der Strasse Ohrfeigen, man jagt sie aus dem Geschäft. Jetzt sollen die, welche Genossen waren und im Kampf standen und während der ganzen Hitlerzeit sich nicht gebeugt haben, genauso behandelt werden wie ein Faschist. Du bist eben ein Deutscher und als solcher stehst Du noch eben unter einem Hunde.» (Andreas Wiedemann, *Auf einmal war man nur noch Deutscher*, 18.11.2006, unter www.radio.cz)

10.14 Weitere tschechische Nachkriegsverbrechen im Sommer 1945

Auch in vielen anderen Orten haben die Tschechen nach Kriegsende schwere Verbrechen an den Deutschen begangen. Die nachfolgend erwähnten Ereignisse sind nur Beispiele und bei weitem nicht vollständig.

Totzau/Tocov: In dem nicht mehr existierenden Ort wurden am 5. Juni 1945 32 Deutsche ermordet.

Podersam/Podborany: Hier wurden am 7. Juni 1945 68 Deutsche ermordet.

Komotau/Chomutov: Am 9. Juni 1945 mussten sich alle 8.000 deutschen Männer zwischen 13 und 65 Jahren aus Komotau und den umliegenden Dörfern auf dem Jahn-Sportplatz sammeln. Dort wurden nach Augenzeugenberichten zwischen 12 und 20 von ihnen erschossen, darunter einige Angehörige der Waffen-SS. Beim Todesmarsch von Komotau nach Malthuern starben weitere 70 Menschen, weil sie dem Zug nicht folgen konnten. Im Lager Sklarna wurden 40 Menschen ermordet. Ausserdem wurden einige Menschen von tschechischen Soldaten aus dem Lager geholt und an einem anderen Ort ermordet. Insgesamt gab es hier etwa 140 Todesopfer.

Duppau/Doupov: 1930 hatte die nordböhmische Stadt 1.524 Einwohner (1.506 Deutsche, 18 Tschechen). Im Juni 1945 wurden hier 24 Deutsche ermordet. Nach der Vertreibung der Deutschen wurde die Stadt dem Verfall preisgegeben. Seit 1955 gehört sie samt Umgebung zu einem Truppenübungsplatz und wurde bis auf die Grundmauern abgetragen. In der Gemarkung stehen bis heute nur noch zwei Gebäude: die Grabkapelle der Familie Zedtwitz und eine Scheune.

Jägerndorf/Krnov: Nach Kriegsende gab es antideutsche Massnahmen durch nationale tschechische Milizen und Revolutionsgarden. Im Juni 1945 wurde ein Teil der deutschen Einwohner in drei Lagern interniert und die Mehrzahl von ihnen bis zum Jahr 1946 nach Deutschland vertrieben. Ihr Vermögen wurde aufgrund der Beneš-Dekrete konfisziert.

Taus/Domazlice: Nach Kriegsende kam es in der westböhmischen Stadt Taus und deren Umgebung beim Beginn der Vertreibung zu schweren Ausschreitungen von Tschechen gegen die deutsche Bevölkerung, wobei etwa 200 Deutsche ermordet wurden. Im Juli 2005 wurde bei Taus ein Massengrab mit 54 Deutschen, überwiegend SA-Angehörige aus dem Kreis Bischofteinitz, gefunden. Die Namen der Mörder sind bis heute unbekannt geblieben. (Wikipedia, *Vertreibung der Deutschen, Ereignisse im Sommer 1945*)

10.15 Prager Erzbischof verteidigt Vertreibung der Sudetendeutschen

Wie in Polen waren auch in der Tschechei 1945 katholische Priester bis hin zum Kardinal massgeblich und in wenig christlicher Weise an den Vertreibungsverbrechen und an der Entdeutschung der deutschen Länder beteiligt. So war der katholische Priester Monsignore Jan Sramek als Ministerpräsident der damaligen Prager Regierung einer der Hauptmotoren der ethnischen Säuberung des Sudetenlandes. Noch zwei Jahre nach den grauenhaften Pogromen von 1945 an den Sudetendeutschen verteidigte der tschechische Kardinal Josef Beran, Erzbischof von Prag, dieses Jahrhundertverbrechen als eine für den tschechischen Staat «imperative Notwendigkeit» und sprach sich gegen die Rückgabe deutschen Eigentums an die Eigentümer aus. Sein Bedauern über die Enteignung kirchlichen Hab und Guts durch die Kommunisten bezog sich ausschliesslich nicht auf die Güter des «Deutschen Ritterordens» und der «Zisterzienser», die unter die BenešDekrete fielen, die der Kirchenfürst anerkannte. Die angesehene schweizerische Tageszeitung *Die Tat* veröffentlichte am 25. März 1947 ein Interview mit Erzbischof Beran, in dem er die blutige Vertreibung der Sudetendeutschen als «Transfer» und die Konfiskation ihres Eigentums als gerechtfertigt bezeichnete. Die mehr als 240.000 Vertreibungstoten des Sudetenlandes waren für den Kirchenfürst lediglich «individuelle Übergriffe» und «Einzelfälle, die ausnahmslos verurteilt wurden». Die Entwurzelung und Austreibung eines ganzen Volksstammes von 3,5 Millionen Menschen und der Raub einer ganzen uralten deutschen Provinz begründete Beran mit einer angeblichen «imperativen Notwendigkeit» des tschechischen Staates. 1990 erklärte der Nachfolger Berans im Amt, der damalige Erzbischof von Prag, Kardinal Frantisek

Tomásek: «Viele der drei Millionen Sudetendeutschen hätten das Land unbehindert verlassen dürfen» – ein kaum zu überbietender Zynismus angesichts der Geschehnisse von 1945. Die Herren des Olmützer Domkapitels und sogar der Erzbischof selber fanden es ganz in Ordnung, dass den Schwestern in Olbersdorf das Spital oder dem Deutschen Ritterorden sein Besitztum gestohlen wurden. Der Grosse Wendig Band 2, S. 430-431; Reichenberger, S. 64.

Zur Ehrenrettung der tschechischen Bischöfe sei auf ihren am 19. November 1947 veröffentlichten Hirtenbrief hingewiesen. Im Hinblick auf die Schreckens-taten ihrer Landsleute schreiben die Bischöfe in ihrem Hirtenbrief unter anderem: «Es sind himmelschreiende Unge-rechtigkeiten begangen worden in Bezug auf Besitz und persönliches Recht. Es wurde Missbrauch getrieben im Namen der ‚völkischen Reinigung‘. (...) Und ein Widerruf? Unmöglich! Eine Wiedergut-machung? Ausgeschlossen! So ist die Ehre unseres Volkes vor der ganzen Welt blossgestellt, und wir können die Folgen dieser Handlungsweise gar nicht aus-denken. (...) Es ist eine besonders traurige Tatsache, dass Unaufrichtigkeit und lü-genhafte Darstellung der Tatsachen sich auch in jenen Kreisen, die kulturell tonan-gebend sind, verbreitet, was zur Folge hat,



Josef Kardinal Beran (1888-1969) sprach sich als Erzbischof von Prag für die Vertreibung und Enteignung der Deutschen aus. Wegen seiner «Frömmigkeit, seiner Vaterlandsliebe und seinem Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit» wurde am 2. April 1999 von der römischen Kurie ein Seligsprechungsprozess für Josef Beran eröffnet.



Kardinal Frantisek Tomásek (1899-1992), Weihbischof in Öl mütz, Apostolischer Administrator und später Erzbischof von Prag, meinte noch 1990, die Sudetendeutschen hätten die Tschechei «unbehindert verlassen» dürfen.

dass die öffentliche Meinung falschen Einflüssen ausgesetzt ist. (...) Wehe der Nation, die auf so gefährliche Wege geführt wird! Wir beschwören alle, die nach dem Willen des Volkes für das Geschehen verantwortlich sind – überlegt, wie die Lage wirklich ist! Ihr habt vor unserem Volk und vor Gott grosse Verantwortung. Es ist nicht möglich, die Schuld auf andere zu schieben. Es wäre ein schicksalschwerer Trugschluss, zu denken: Nach uns die Sintflut!». Was man vergebens in dem Hirtenbrief sucht, ist die Verurteilung des «grössten Verbrechens der Geschichte» (Bischof Muench⁸⁷), des Genozids an den Sudetendeutschen, und die Verdammung der Sklaverei an den noch verbliebenen Sudetendeutschen. Zudem muss man sich fragen, warum die tschechischen Bischöfe erst so spät ihr schlechtes Gewissen entdeckt und die himmelschreienden Untaten ihrer Landsleute nicht unverzüglich angeprangert haben. Wussten die tschechischen Bischöfe nichts von den Morden, von den Schändungen, von den Menschen, die am Weg verkamen, von der Lage der Millionen, die sie einmal als «geliebte Diözesanen» anredeten, deren Obsorge ihnen bei der Bischofsweihe in Herz und Gewissen geschrieben wurde? (Reichenberger, S. 84/85, S. 87)

10.16 Ein Fazit

Die Verantwortung für die Vertreibungsverbrechen liegt nicht nur bei den einzelnen Tätern, sondern vor allem bei der tschechischen Regierung. Obwohl das tschechische Volk nach den neutralen Nationen die geringsten materiellen und personellen Verluste während des Zweiten Weltkrieges in Europa erlitt (die Menschenopfer der Sudetendeutschen während des Krieges lagen ungleich höher), erreichte die tschechische Exilregierung als erste die Zustimmung der Alliierten zur Vertreibung der sudetendeutschen Volksgruppe. Auch das Schicksal der deutschen Juden und NS-Gegner nach 1945 beweist, dass es der tschechischen Regierung nicht um Antifaschismus, sondern um expansiven Nationalismus ging. Wer das Schlagwort «Rache für Lidice» als Rechtfertigung des Völkermordes an den Sudetendeutschen ernst nimmt, muss sich zu einer schrecklichen Bilanz bekennen: auf tschechischer Seite ein bzw. zwei vernichtete Dörfer (Lidice und Ležàky) als «Hochwassermarke» des NS-Terrors, auf der sudetendeutschen Seite 459 bis 650

87 Bischof Aloysius Josef Kardinal Muench war ein vatikanischer Diplomat und erster Apostolischer Nuntius in der BRD. Seit 1946 war Muench als Apostolischer Visitator und Leiter der Päpstlichen Mission für Flüchtlinge in Deutschland tätig. Sein Seelsorge-Auftrag umfasste die Betreuung der Geflüchteten und Vertriebenen aus Osteuropa. (Wikipedia, *Aloysius Muench*)

ausgelöschte sudetendeutsche Ortschaften⁸⁸ als «Produkt» der tschechischen Demokratie. Hier 219 von tschechischer Polizei erschossene Männer eines Dorfes, das Partisanen Unterschlupf und Unterstützung gewährte, während des Krieges, dort 272.900 zu Tode gemarterte Männer, Frauen und Kinder im Frieden. Für die Vernichtung einer ganzen deutschen Volksgruppe nach dem Krieg fand Beneš folgende ungeheure Begründung: «Unsere Deutschen hingegen haben den Staat verraten, die Demokratie verraten, uns verraten, die Menschlichkeit verraten und die Menschheit verraten.»⁸⁹ (Nawratil, S. 91, 96, 188)

88 Zu den Gemeinden im Sudetengebiet, an deren Besiedlung «kein Interesse» vorhanden war und die daher «tot bleiben» sollten, gehörte gemäss Beschluss des Besiedlungsamtes und des Fonds für nationale Erneuerung folgende. Im Bezirk Falkenau 25 Gemeinden, im Bezirk Marienbad sechs Gemeinden, im Bezirk Tepl drei, im Bezirk Elbogen drei, im Bezirk Böhmisches-Krumau 25 Siedlungen und Gemeinden, im Bezirk Bärn 14 Gemeinden und Siedlungen, im Bezirk Olmütz drei Siedlungen, im Bezirk Kaplitz 15 Gemeinden und Siedlungen, im Bezirk Prachtitz acht Gemeinden und Siedlungen, im Bezirk Schüttenhof sechs Gemeinden, im Bezirk Klattau drei Gemeinden, im Bezirk Plan drei Gemeinden, im Bezirk Bergreichenstein 20 Siedlungen und Gemeinden, im Bezirk Taus sieben Gemeinden, im Bezirk Eger zwei Gemeinden, im Bezirk Tachau 19 Siedlungen und Gemeinden, im Bezirk Graslitz sechs Gemeinden, im Bezirk Neudeck 19 Gemeinden, im Bezirk Joachimstal sieben Gemeinden, im Bezirk Weipert 14 Gemeinden, im Bezirk Brüx zwei Gemeinden, im Bezirk Trautenau drei Gemeinden, im Bezirk Senftenberg sechs Gemeinden, im Bezirk Neubistritz zwei Gemeinden, im Bezirk Jägerndorf zwei Gemeinden. Es handelte sich insgesamt um 225 Gemeinden und Siedlungen, die planmässig nicht besiedelt, sondern in Weideplätze ungewandelt oder aufgewaldet werden sollten. (Reichenberger, S. 36/37)

89 Es ist interessant und für die Begriffsverwirrung in damaliger Zeit bezeichnend, dass für den Friedensnobelpreis 1947 auch Edward Beneš als Kandidat zu finden war – neben Mahatma Gandhi, dem grossen Inder, der für die Idee der Gewaltlosigkeit, für einen Frieden ohne Bajonette, sondern auf sittliche Werte gestützt, geopfert, gearbeitet, gefastet und gebetet hatte. Ausgerechnet Edward Beneš, den Urheber der Raubgesetze der Tschechei, den geistigen Urheber des Genozids an den Sudetendeutschen, den Wegbereiter des Bolschewismus, schlug man für den Friedensnobelpreis vor. Beneš war übrigens Mitglied in der Freimaurerloge «Grand Orient Paris». Das ist wohl der Schlüssel zur Erklärung des Einflusses und der Elogen der – von derselben Macht beherrschten – Weltpresse auf ihn. (Reichenberger, S. 54/55, 59, 76)

11. Die Vertreibung der Ostdeutschen und die Annexion der Ostprovinzen durch Polen

Mit den Bierut-Dekreten wurden in der Zeit von 1945 bis 1946 von der provisorischen polnischen Regierung die Vertreibung und Enteignung der deutschen Bevölkerung aus den deutschen Provinzen Ostpreussen, Pommern, Schlesien und

Ost-Brandenburg befohlen und legitimiert. Die Bierut-Dekrete sind das polnische Pendant der tschechischen Beneš-Dekrete. Es handelt sich im Wesentlichen um folgende juristische und faktische Massnahmen.

Die kommunistische Regierung Polens hatte schon Ende 1944 verfügt, dass jeder Bürger, der unter deutscher Besatzung «seine deutsche Volkszugehörigkeit erklärt hat, auf unbestimmte Zeit der Unterbringung in einem Isolierungsort (Lager) und der Unterwerfung unter die Zwangsarbeit unterliegt». (Gerhard Gnauck, *Letzter Lagerkommandant Polens soll vor Gericht*, in: *Die Welt* vom 19.5.2008 unter www.welt.de)

- Am 14. März 1945 wurden von der nach Warschau übergesiedelten polnischen provisorischen Regierung in den «wiedergewonnenen Gebieten» vier Wojwodschaften errichtet: Masuren, Oberschlesien, Niederschlesien und Pommern. Am 30. März folgte die Wojwodschaft Danzig. Minister für die «befreiten Gebiete» wurde Wladyslaw Gomulka, stellvertretender Ministerpräsident der Lubliner Regierung und Generalsekretär der Polnischen Arbeiterpartei (PPR). (Reitor, S. 102)
- Gesetz vom 6. Mai 1945 über den Ausschluss feindlicher Elemente aus der polnischen Volksgemeinschaft.
- Gesetz vom 6. Mai 1945 über das verlassene und aufgegebene Vermögen.
- Gesetz vom 3. Januar 1946 betreffend Übernahme der Grundzweige der nationalen Wirtschaft in das Eigentum des Staates.
- Dekret vom 8. März 1946 über das verlassene ehemals deutsche Vermögen.
- Verordnung des Ministerrats für die wiedergewonnenen Gebiete vom 24. März 1946 über die Durchführung einer Erfassung des ehemals deutschen beweglichen Vermögens.
- Dekret vom 8. Mai 1946 über das verlassene ehemals deutsche Vermögen.
- Dekret vom 13. September 1946 über den Ausschluss von Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Volksgemeinschaft. Die polnischen Vertreibungs- und Enteignungsdekrete sind auch heute noch gültig und Bestandteil des innerpolnischen Rechts. (Wikipedia, *BierutDekrete*)
- Die Übernahme der Verwaltung in den deutschen Ostgebieten erfolgte in Form von Vereinbarungen zwischen den sowjetischen Militärbefehlshabern und den polnischen Regierungsvertretern. In Oberschlesien waren dies der

schlesische Wojwode Aleksander Zawadzki⁸⁸ und der Kriegsrat der 1. Ukrainischen Front, die sich am 7. und 8. März 1945 zum ersten Mal trafen. Das Gebiet rechts der Oder (Städte Hindenburg und Beuthen, die Kreise Beuthen, Gleiwitz, Kreuzberg, Cosel, Rosenberg, Oppeln, Gross Strehlitz) wurde den Polen Mitte März 1945 übertragen. Das Land links der Oder (die Kreise Ratibor, Leobschütz, Neustadt, Neisse, Grottkau und Falkenberg) einen Monat später. Im Juli/September 1945 war der Aufbau der polnischen Verwaltung im deutschen Oberschlesien faktisch beendet.
(Reitor, S. 102/103)

- Die Einsetzung der polnischen Verwaltungsbehörden sowie die Absiedlung von Polen wurde von der polnischen Bürgermiliz (Milicja Obywatelska, abgekürzt MO) überwacht.⁸⁹ Sie bestand fast überall aus fragwürdigen Elementen, die meist im Gefolge der Roten Armee nach Schlesien gekommen waren, oder aber sich dort als Zwangsarbeiter bereits befunden hatten. Die Miliz herrschte als «Organ der öffentlichen Sicherheit» (Urząd Bezpieczerstwa, abgekürzt UB) grausam und willkürlich, plünderte und quälte fast ausnahmslos unschuldige Deutsche. (Reitor, S. 103)
- Am 18. März 1945 fand in Kattowitz die Hauptfeier im Zusammenhang mit der «Wiederkehr des befreiten Oppelner Schlesiens» statt. In seiner Rede führte General Zawadzki unter anderem aus: «Heute hat sich das polnische Volk vereint mit seinen Brüdern, die über viele Jahrhunderte abgetrennt waren von ihrem Mutterland, mit Gewalt eingegliedert in den deutschen Staat, wo sie brutal germanisiert worden sind. Heute ist das Oppelner Land für immer zurückgekehrt zu seinem polnischen Mutterland... »
(Reitor, S. 102)
- Die Politik der provisorischen polnischen Regierung war bestrebt, in den «wiedergewonnenen Gebieten» möglichst schnell vollendete Tatsachen zu

88 General Aleksander Zawadzki erliess in seiner Eigenschaft als Wojwode in den besetzten deutschen Gebieten am 18. Juni 1945 den Befehl, die deutsche Zivilbevölkerung aus ihren Wohnungen zu vertreiben und sie in Internierungslager zu schaffen. Dieser von ihm erteilte Befehl führte dann zur Einrichtung des Lagers in Lamsdorf. Von 1952 bis 1964 war Zawadzki Staatsratsvorsitzender der Volksrepublik Polen. (Wikipedia, *Aleksander Zawadzki*)

89 Milicja Obywatelska (MO) (dt., Bürgermiliz) war der offizielle Name der polnischen Polizei von 1944 bis 1990.

schaffen. Bereits Mitte Juni 1945 – noch vor der Potsdamer Konferenz – wurde die schlesische Hauptstadt Breslau den polnischen Behörden übergeben. Am 20. Juni desselben Monats wurden die ersten polnischen Schlagbäume und Grenzpfähle am östlichen Ufer von Oder und Neisse aufgestellt. Damit waren die vor der Roten Armee geflüchteten Deutschen von ihrer Heimat abgeschnitten. Kurze Zeit später wurde der polnische Zloty als Währung in den deutschen Ostgebieten eingeführt. Angesichts der unentgeltlichen Zwangsarbeit konnten viele Deutsche die geforderten hohen Zloty-Preise für Lebensmittel oft nicht aufbringen. (Reitor, S. 104/105)

- Am 6. April 1946 erging die Verordnung «über das Verfahren zur Feststellung der polnischen nationalen Zugehörigkeit von Personen, die in den wiedergewonnenen Gebieten wohnhaft sind». Sie brauchten nur einen Antrag zu stellen, ihre polnische Abstammung nachweisen und eine «Treueerklärung» zu Polen abgeben. Zur Feststellung der polnischen nationalen Zugehörigkeit wurden Verifikationskommissionen eingesetzt, die nach dem Leitsatz «Keine einzige polnische Seele den Deutschen!» vorgingen. Die Kenntnis der polnischen Sprache oder des oberschlesischen, masurischen oder kaschubischen Idioms, ein womöglich slawisch klingender Name reichten schon für die «polnische nationale Zugehörigkeit». Seit 1951 wurde schliesslich auf jegliche Volkstumsvoraussetzung für den Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit verzichtet. Den Autochtonen wurde der Gebrauch der deutschen Sprache in Schule, Kirche und Behörde untersagt. Mit Dekret vom 10. November 1945 wurde die «Angleichung verunstalteter Namensschreibung an die Regeln der polnischen Rechtschreibung» den Behörden vorgeschrieben.

Die Änderung der deutschen Namen geschah einfach von Amts wegen – oft gegen den Willen der Betroffenen. Deutsche Vornamen wurden verboten. Die Oberschlesier trugen schwer an diesem Namensunrecht. Das führte zu dem Ergebnis, dass sich die meisten dem «Deutschtum» umso mehr verbunden fühlten, manche so stark, dass in Oberschlesien deutsche Untergrundgruppierungen («Wehrwolf, «Freies Deutschland», «Edelweisspiraten») entstanden. Selbst Polen kritisierten diese Art der «Repolonisierung» der einheimischen, oberschlesischen Bevölkerung. Ein polnischer Journalist schrieb: «Die Volksrepublik hat es geschafft, was weder Bismarck noch Hitler gelungen ist, die Oberschlesier zu Deutschen zu machen.» (Reitor, S. 105/106)

- Nach Abschluss der ethnischen Säuberung waren die ehemaligen deutschen Ostgebiete praktisch «entdeutsch». Zurückgeblieben waren nur die «anerkannten Deutschen» und nach einer Verifizierung zur «Repolonisierung» vorgesehenen ‚Autochtonen‘. Reitor, S. 98.

Die polnischen Manager von Vertreibung und Massenmord:



Wladystaw Gomulka (1905-1982) war Parteichef der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei.



Boleslaw Bierut (1892-1956) war von 1944 bis 1956 der stalinistische Diktator der Volksrepublik Polen.



Der Initiator des polnischen Vernichtungslagers Lamsdorf in Oberschlesien: General Aleksander Zawadzki (1899/1964). Er war von 1952-1964 Staatsratsvorsitzender der Volksrepublik Polen.

Als Mitte Januar 1945 die Armeen der 1. und 2. Weissrussischen Front unter den Marschällen Schukow und Rokossowski zum Angriff auf die deutschen Ostpro-

vinzen angesetzt hatten, löste dies vor allem in Ost- und Westpreussen eine gewaltige Fluchtwelle unter der dortigen Bevölkerung aus. Denn jedermann wusste, wie die «Befreier» im benachbarten Ostpreussen im Herbst 1944 gewütet hatten, nachdem der Wehrmacht bei Goldap vorübergehend die Wiedereroberung gelungen war. Ebenso fürchteten viele eine Wiederholung der von Polen initiierten Pogrome vom Spätsommer 1939. Während des Trecks nach Westen starben unzählige Zivilisten – sie wurden von Panzerketten zerquetscht, von Marodeuren hingemetzelt, im Rahmen abscheulicher sexueller Übergriffe zu Tode gebracht oder erfroren bei Temperaturen von unter minus 20 Grad, nachdem man sie ihrer letzten Habe beraubt hatte. Den Gewaltexzessen gegenüber den Flüchtenden folgte ab März 1945 die «wilde» Vertreibung des nicht geflohenen Drittels der Westpreussen durch polnische Milizen, welche später in eine «organisierte» Abschiebung überging. Auch hier kam es wieder zu massenhaften Raubdelikten, Körperverletzungen und Morden, insbesondere im Zusammenhang mit Überfällen auf die vollgestopften «Evakuierungs»-Züge, bei denen die Plünderer alle niedermachten, die sich ihnen in den Weg stellten. Das dunkelste Kapitel dieser Epoche sind freilich die Zwangs- und Internierungslager, in die an die 100.000 Einwohner Westpreussens getrieben wurden, darunter viele Kinder. Es gab sogar ein Kinderlager auf dem Gelände der früheren Nervenheilanstalt Schwetz an der Weichsel. Dort verlieren sich die Spuren etlicher deutscher Minderjähriger, die in den Schreckenstagen des Jahres 1945 absichtlich von ihren Eltern getrennt worden waren. Andere wiederum überlebten hier und in anderen Lagern die Misshandlungen, den Hunger, mangelbedingte Krankheiten, versuchte und vollendete Vergewaltigungen und die Zwangsarbeit, zu der teilweise auch schon die Kleineren geholt wurden. Kein Stolperstein in polnischen Städten erinnert an diese Schicksale, in den Geschichtsbüchern der polnischen Schulen steht nichts davon.

Noch berüchtigter als Schwetz war das Lager Kaltwasser in Bromberg. Augenzeugen berichten von Massenerschiessungen durch polnische Milizen ab Februar 1945. Der Historiker Hugo Rasmus, der sich als erster an das lange ignorierte Thema heranwagte, schätzt, dass allein diesen Mordaktionen etwa 12.000 Deutsche zum Opfer gefallen sind. Eine ebenso traurige Berühmtheit erlangte das «Zentrale Arbeitslager» im westpreussischen Potulitz, dessen über 37.000 Insassen als regelrechte Arbeitsklaven behandelt wurden. Hier starben rund 12.000 der Inhaftierten, was in diesem Falle sowohl an der gnadenlosen Ausbeutung bei gleichzeitig erniedrigender Behandlung und minimalster Verpflegung als auch am sadistischen Regime des Lagerarztes Ignacy Cedrowski (vulgo: Isidor Zederbaum

gemäss «Polnischer Personendatenbank», www.baza-nazwisk.de) lag. Nach Aussagen von Überlebenden sah dieser seine Aufgabe gegenüber den «deutschen Schweinen» nämlich vor allem darin, dafür zu sorgen, dass sie «schneller krepieren». Dabei war Cedrowski beileibe kein Einzelfall. Wie der Historiker Jan Maria Piskorski⁹⁰ 2005 feststellte, befanden sich andere polnische Lager zu dieser Zeit ebenfalls in der Hand derartiger «junger, hemmungsloser Verbrecher».

Häufig wird behauptet, die flächendeckenden Vertreibungsorgien seien eine zwangsläufige Reaktion auf Hitlers Krieg im Osten gewesen, in dessen Verlauf vergleichbare Untaten begangen worden seien. Dies ist jedoch schon deshalb unhaltbar, weil die Pläne, die Deutschen aus Ostmitteleuropa zu verdrängen und ihre Siedlungsgebiete vom Reich abzutrennen, bereits viele Jahre vor Hitlers Angriff auf Polen entwickelt worden waren. So boten die Sowjets ihren polnischen Nachbarn bereits im Herbst 1923 einen Kuhhandel an. Wenn Warschau bereit sei, die bolschewistischen Machtambitionen gegenüber Deutschland zu tolerieren, so könnte es sich als Gegenleistung Ostpreussen einverleiben. Hierauf und auf weitere derartige Avancen Moskaus an die Adresse Polens verweist der Berliner Historiker Jürgen W. Schmidt im ausführlichen Vorspann seines Sammelbandes *Als die Heimat zur Fremde wurde... Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Westpreussen*. Schmidt gibt den Betroffenen von Flucht, Vertreibung und Lagerhaft durch den Abdruck ihrer Erlebnisberichte eine Stimme. Das lesenswerte Buch, erschienen 2011 im Verlag Dr. Koester, Berlin, bietet auch eine Analyse der bundesdeutschen Vertriebenenpolitik, die mittlerweile zu einer blossen «Verdrängungspolitik» verkommen ist. Die «Normalgesellschaft» schuldet den Vertriebenen wenigstens die Pflege ihrer Erinnerung, die Arbeit am kulturellen Erbe und Gedächtnis. (Wolfgang Kaufmann, *Mordland an der Weichsel*, in: *Junge Freiheit* 31-32, 29. 7. 2011; Helga Hirsch, *Die Rache der Opfer*, Berlin, 1998, S. 101 ff.)

11.1 Das Polnische Nachkriegs-KZ Lamsdorf

Zu den berüchtigsten polnischen Konzentrationslagern in Oberschlesien gehörte das Lager in Lamsdorf (Lambinowice), Kreis Falkenberg (Niemodlin), das als «Hölle von Lamsdorf in die Geschichte einging. Lamsdorf, zwischen Oppeln und

⁹⁰ Piskorski ist z. Zt. Professor für Vergleichende Geschichte Europas an der Universität Stettin und Vorsitzender der Menschenrechtsstiftung «Humanity in Action, Poland». In den Jahren 2000 bis 2006 war er stellvertretender Vorsitzender der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission der UNESCO.

Neisse gelegen, war 1921 Flüchtlingslager für aus Ost-Oberschlesien geflohene Deutsche, im Zweiten Weltkrieg Kriegsgefangenenlager und von Juni 1945 bis Herbst 1946 polnisches KZ. Erster Lagerkommandant war Sergeant Czeslaw Gęborski, später Oberst des Sicherheitsdienstes (UB) in Kattowitz. Er gilt als der Hauptdenker des Lagers. Sein Stellvertreter war Ignaz Szygula.

Nach Feststellung des Lagerarztes Dr. Heinz Esser wurden im Vernichtungslager Lamsdorf 6.488 Deutsche umgebracht. Die Männer, Frauen, Kinder und Säuglinge wurden erschossen, erschlagen, erhängt, verbrannt, in Fässern zu Tode gerollt, oder sie starben an Hunger und Infektionskrankheiten. Im Lager waren 828 Kinder, wovon etwa 100 wieder herauskamen. Von diesen kamen nach späteren Feststellungen in den Kasematten in Neisse schätzungsweise 60 bis 70% durch Krankheit, Hunger und Kälte um. Von den über 700 im Lager verbliebenen starben 218 ebenfalls an Hunger und Infektionskrankheiten. Von den Überlebenden kamen durch ärztliche Bemühungen nach Fühlungnahme mit Geistlichen ausserhalb des Lagers 78 Waisenkinder zur Entlassung und zu Pflegeeltern, während die übrigen anderweitig entlassen wurden. (Esser, S. 22, 28, 98) Die auf den S. 99-127 abgedruckte Namensliste der Toten von Lamsdorf umfasst insgesamt 1.462 ehemalige Häftlinge. Es handelt sich nur um einen Bruchteil der Gesamtzahl der Toten. Die grausamen Mordtaten und die unmenschliche Behandlung der Lagerinsassen durch die Polen unter dem Lagerkommandanten Gęborski sind in dem Buch *Die Hölle von Lamsdorf* dokumentiert und können hier aus Platzgründen nur auszugsweise kurz wiedergegeben werden. Dr. Esser berichtet:

Die Deutschen, hauptsächlich Bauern- und Arbeiterfamilien, aber auch Geschäftsleute, Lehrer, Beamte, Angestellte usw. wurden unerwartet und plötzlich aus ihren Häusern getrieben, zusammengejagt und nach Lamsdorf verschleppt. «Politisch Belastete» wurden in einem Raum zu etwa 45 Mann zusammengefasst. Diese Männer wurden meist denunziert und nach grausamen Folterungen und Misshandlungen im Laufe der Zeit alle ermordet. Bei der Registrierung im Lager wurde den Menschen das letzte geraubt, sie wurden verprügelt, mit Gewehrkolben gestossen, mit Bleikabeln geschlagen, so dass ihre Gesichter völlig unkenntlich, blutüberströmt und ihre Glieder und Rippen zerbrochen wurden. Sie wurden geschlagen und getötet, nur weil sie Deutsche waren. Die Menschen wurden mit Knüppeln oder Zaunlatten erschlagen, wobei sie meist niederknien mussten und nach den Schlägen regelmässig tot umfielen. Sie wurden durch Fusstritte in den Leib, den Kopf und den Hals ermordet. Oft bediente man sich eines Henkersknechtes, wie

z.B. des sechzehnjährigen Ukrainers und polnischen Spitzels namens Jusek oder des «deutschen Lagerführers» Jan Fuhrmann, der früher polnischer Korporal, dann deutscher Staatsangehöriger und später wieder Pole wurde. Vor ihm zitterte jeder Deutsche. Einmal riss er einer misshandelten Mutter den Säugling aus den Armen und erschlug ihn. Er stahl den Frauen die dürftigen Päckchen, die sie ihren gefangenen Männern brachten und teilte sie mit seinen Günstlingen. Um sich vor seinen polnischen Auftraggebern auszuzeichnen, veranstaltete er die jedem Lamsdorfer in grausamer Erinnerung gebliebene «Nachtübung», bei der 25 Männer völlig entstellt und 15 getötet wurden. Bei den Vernehmungen wurden die Häftlinge gefesselt, getreten, mit dem Kopf nach unten aufgehängt und immer wieder geschlagen, bis das Blut aus zahlreichen Wunden floss und den Gefolterten ein Geständnis einer nicht begangenen Tat abgepresst wurde. Auch während des täglichen «Frühsports», den alle Männer ohne Rücksicht auf Krankheit oder Behinderung und Alter mitmachen mussten, kam es zu Misshandlungen, die regelmässig oft zum Tode von mehreren Menschen führten. Am 15. September 1945 wurden 16 Männer vor einen Wagen gespannt und mussten unter ständigen Stockschlägen schwere Eisenteile im Nachbardorf holen. Sie konnten sich kaum halten vor Schwäche und Hunger. Unterwegs im Walde wurden auf diese Männer regelrechte «Schiessübungen» veranstaltet, wobei die Hälfte der Unglücklichen unter Feuer in einen Teich gejagt wurde und darin ertrank. Aufgrund der Schreckenserlebnisse verloren drei überlebende Männer die Sprache. Einer erlitt vier tiefe Bajonettstiche, durfte aber nicht ärztlich behandelt werden. Er erhängte sich in derselben Nacht neben der Schlafstelle eines Mithäftlings.

Die Häftlinge mussten am Tage bei einer täglichen Verpflegung von etwa 3 bis 4 Kartoffeln (etwa 200 bis 300 Kalorien) schwerste Feldarbeiten bei jeder Witterung verrichten. Frauen und Männer wurden zu 10 bis 12 vor den Pflug oder die Egge gespannt oder mussten mit Kartoffeln überladene schwere Pferdewagen oder Jauchefässer ziehen usw. Sie wurden beim Barackenbau eingesetzt und mussten dabei überschwere Lasten tragen, bis sie entkräftet und blutüberströmt zusammenbrachen. Sie mussten auf dem Lagergelände mit blossen Händen Hunderte von Leichen, die längst verwest waren, ausgraben und waren dabei stundenlang dem penetranten Verwesungsgeruch ausgesetzt. Dabei mussten sie sogar verweste Leichenteile mit dem Munde berühren oder Kot essen.

Lehrer, Beamte, Kaufleute und Geistliche waren besonderen Schikanen ausgesetzt, die fast immer tödlich endeten. Die polnische Miliz trieb zum Beispiel unter

die Zehennägel der Gefolterten lange Nadeln, knebelte sie, übergoss sie unter Schlägen mit Kot und Urin (Alois St. aus Proskau) oder liess Frauen und Männer sich entkleiden und zwang sie unter Schlägen zu sexuellen und sadistischen Handlungen, liess sie manchmal auch menschliche Exkremente essen (Ing. Sch. aus Berlin). Entkleideten Mädchen wurden mit Petroleum getränkte Geldscheine zwischen die Glieder gepresst und angezündet, wodurch den Opfern furchtbare Brandwunden beigebracht wurden, ohne dass später Verbandsmaterial oder ärztliche Behandlung zur Verfügung stand (Geschwister H. aus Lamsdorf u.a.). Der Oberstudienrat Kr. aus Neustadt wurde fünf Minuten nach seiner Einlieferung als Leiche aus dem Lager herausgetragen, weil er eine «Intelligenz-Brille» trug. Ebenso erging es dem Bürgermeister F. von Buchelsdorf, weil er so gross «wie ein SS-Mann» war und vielen anderen mehr.

Der 4. Oktober 1945 wurde für viele Männer und Frauen zum Todestag. Am Mittag dieses Tages brach in der Baracke 12 ein Brand aus, dessen Ursache nie aufgeklärt wurde. Das Feuer entstand plötzlich, während in der Wachstube eine Orgie mit Wodka gefeiert wurde, an der auch ein Brandsachverständiger namens Nowack in polnischer Feuerwehruniform teilnahm. Der Lagerkommandant Gęborski war mit seinen Milizianten an der Brandstelle, bevor die Gefangenen überhaupt ahnten, was geschehen war. Die Lagerinsassen wurden sofort alarmiert und die Männer und Frauen mit Schlägen zur Brandstelle getrieben, um das Feuer zu löschen. Etwa 30 Posten liefen mit vorgehaltenen Schusswaffen hinter den ratlosen, nach Löschmitteln suchenden Menschen, wobei sie einen Kordon um die Brandstelle bildeten und ihre Gewehre und Maschinengewehre schussfertig machten. Der erste Schuss war das Signal zum Beginn eines furchtbaren Massakers. Man schoss ununterbrochen auf jeden, der vor der Hitze zurückwich und in die Nähe des Postenrings kam. Sie wurden durch gezielte Kopfschüsse, oft aus einer Entfernung von 1 bis 3 Metern, getötet. Andere wurden bei lebendigem Leib in die Flammen getrieben. Nachdem die Baracke abgebrannt war, ging die Jagd auf die Menschen im Lager weiter. Am nächsten Tag lagen an der Brandstelle und fernab davon Leichen der Erschossenen. Bei dem Massaker kamen zu Tode: 36 Männer und 11 Frauen – diese wurden erschossen; 25 Männer und 15 Frauen – diese waren in den Flammen verbrannt und blieben als verkohlte Leichen übrig; 285 Männer und Frauen – diese wurden mit Gewalt aus der Krankenstube in ein Massengrab geworfen, wobei sie vorher durch Genickschuss getötet oder durch Kolbenschläge betäubt, noch lebendig ins Grab geworfen wurden; 209 Männer und Frauen – diese starben am nächsten Tag oder einige Stunden später an den Folgen der während

der Brandkatastrophe erlittenen Schuss- oder Körperverletzungen.
(Esser, S. 13-29)

Der Massenmord von Lamsdorf fand bis heute keine Sühne. Versuche dazu wurden in der Bundesrepublik Deutschland von amtlichen Stellen verhindert. Hierzu schrieb die *Welt* vom 4. Mai 1979 unter der Überschrift *Die Morde von Lamsdorf bleiben ungesühnt*. «Der Hagener Staatsanwalt KarlHeinz Toenges musste nach bald vierjährigen Ermittlungen die Akten über das polnische Vernichtungslager Lamsdorf beiseitelegen. Der erste Versuch mit dem Ziel, auch Kriegsverbrechen der anderen Seite zu ahnden, war gescheitert. Der gewaltsame Tod von mehr als 6.000 Oberschlesiern bleibt ungesühnt... Von der *Welt* nach dem Stand der Bonner Beratungen über ein mögliches Strafverfolgungsersuchen befragt..., betrachtet es die Bundesregierung als nicht sinnvoll, Warschau Beweismaterial über Straftaten bei der Vertreibung zuzuleiten, weil diese Taten nach polnischem Recht verjährt seien... (...) Die Dokumentation der Bundesregierung über Vertreibungsverbrechen – sie enthält auch Aufzeichnungen des Arztes Esser und genaue Schilderungen der begangenen Grausamkeiten – soll in Bonn weiterhin unter Verschluss gehalten werden.» Soweit der *Welt*-Bericht.

1968, nach der Veröffentlichung der Publikation *Die Hölle von Lamsdorf* des Lagerarztes Heinz Esser, der selbst dort inhaftiert war, kam es zu Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Hagen gegen Gęborski und weitere sieben polnische Angehörige der damaligen Wachmannschaft. 1977 wurde Anklage erhoben, das Verfahren jedoch eingestellt, da eine Auslieferung der Angeklagten aus Polen an Deutschland nicht stattfand, aber auch aus politischer Rücksichtnahme auf die Politik der damaligen sozialliberalen Regierung in Bonn, die damit die Beziehungen zum kommunistisch regierten Polen nicht belasten wollte. 1989, nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft und dem politischen Umbruch in Polen, zeigten Oberschlesier polnischer Staatsbürgerschaft, die in Lamsdorf inhaftiert gewesen waren, Gęborski an, der mittlerweile pensionierter Geheimdienstmitarbeiter war. Gęborski, der zur Tatzeit zwanzigjähriger Feldwebel der Miliz war, wurde im Jahr 2000 in einem Verfahren in Oppeln (poln., Opole) achtundvierzigfacher Mord an Lagerinsassen vorgeworfen. Die Rechtsvertreter von Ex-Häftlingen des Lagers Lamsdorf warfen den polnischen Justizbehörden vor, den Prozess absichtlich zu verzögern, um einen Urteilsspruch zu vermeiden. In der Tat verstarb Gęborski vor Prozessende am 14. Juni 2006. (Wikipedia, *Czesław Gfborski*; Pressemitteilung *Massenmörder von Lamsdorf, Czesław Gęborski, gestorben*, 23. Juni 2006, unter www.bund-der-vertriebenen.de)

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* brachte am 5. September 1990 einen Artikel *Die Verbrechen von Lamsdorf*, in dem es heisst: «Die deutsche Bevölkerung der Umgebung kam geschlossen in dieses Lager, das heisst, es handelte sich um Familien, Sippen und Nachbarn, die sich natürlich gut kannten, so dass von den wenigen Überlebenden sehr genaue Berichte über die Verhältnisse im Lager vorliegen. Insgesamt sind in dieses Lager mehr als 8.000 Deutsche eingeliefert worden; der Tod von etwa 6.500 zum Teil namentlich bekannten ist durch Zeugenaussagen belegt. Im Wesentlichen handelt es sich um Frauen, Kinder und ältere Menschen. Die Berichte über die einzelnen Vorfälle in diesem Lager übersteigen jedes menschliche Vorstellungsvermögen... Die Frage, ob das Lager ein autorisiertes war, wurde auch in dem Verfahren vor dem Schwurgericht beim Landgericht in Hannover verhandelt. Es heisst dort (Zitat): ‚Ob das Lager von der polnischen Regierung ausdrücklich eingerichtet worden ist, hat nicht aufgeklärt werden können. Es scheint eher, als ob polnische Partisanen – allerdings mit stillschweigender Duldung polnischer Regierungsstellen – dieses Lager von sich aus eingerichtet haben.‘ Letztlich kann diese Frage – offizielles Lager oder nicht – keine entlastende Wirkung haben. Das Lager hat von Juli 1945 etwa ein Jahr lang existiert. Die polnischen Behörden waren voll informiert. Es ist nachgewiesen, dass die inzwischen im Landkreis Falkenberg eingerichtete polnische Verwaltung jeden Eingriff und jede Hilfe für die Menschen im Lager ablehnte. Der katholische polnische Geistliche in Lamsdorf weigerte sich, den nach Folter im Lager sterbenden Deutschen den letzten Trost und die Sakramente zu geben.»

Die vorstehenden Berichte wurden von den Polen als «Provokation» abgestritten, wie die nachstehenden Zeilen der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* Nr. 58/1980 zeigen: «Zu den Besonderheiten des ‚normalisierten‘ deutsch-polnischen Verhältnisses gehört es, dass gelegentlich trotz der offiziell verkündeten Aussöhnung die Schatten der Vergangenheit aktiviert werden. Zur Zeit kritisiert die polnische Presse die Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft in Hagen als ‚Provokation‘. (...) Durch das Verfahren wegen ‚angeblicher polnischer Verbrechen‘ solle – so das Warschauer Presseorgan *Trybuna Ludu* – nur von den Untaten in Polen abgelenkt werden.» Wer die vorstehenden, belegten Berichte liest, fragt sich mit Recht, weshalb in den Medien unentwegt fragwürdige Erzeugnisse der Presse und Filmindustrie über angebliche deutsche Untaten gebracht, aber nachgewiesene Verbrechen an Deutschen verschwiegen werden und ungesühnt bleiben. Der mündige Bürger möge sich hierüber seine eigenen Gedanken machen.
(*Der Grosse Wendig*, Band 2, S. 528 ff.; de Zayas, S. 142)

11.2 «Aus einem Totenland» – Eine historische Reportage aus Polen 1945

Über die Zustände in den polnisch besetzten deutschen Ostgebieten veröffentlichte der jüdische Emigrant und gebürtige Berliner Robert Jungk (recte: Robert Baum), später ein bekannter Publizist, Journalist und einer der ersten sog. Zukunftsforscher, am 16. November 1945 in der *Züricher Weltwoche* einen Erlebnisbericht. Der Bericht trug den Titel *Aus einem Totenland*. Als wichtiges Dokument der Zeitgeschichte wird der Bericht hier auszugsweise wiedergegeben.

«Hinter der Oder-Neisse-Linie beginnt das Land ohne Sicherheit, das Land ohne Gesetz, das Land der Vogelfreien, das Totenland. Während in der von den Russen okkupierten Zone heute doch eine gewisse Ordnung herrscht und Unrecht mehr zufällig als planmässig geschieht,⁹¹ regiert in den weiten Gebieten zwischen der früheren deutsch-polnischen Grenze und der Oder die Willkür und die Gewalt. (...) Dort liegen leer geplünderte Städte, Pestdörfer, Konzentrationslager, öde, unbestellte Felder, leichenbesäte Strassen, an denen Wegelagerer lauern und Flüchtlinge die letzte Habe rauben. All das und alles, was in den kommenden Zeilen beschrieben werden wird, ist leider wahr. (...) Es ist wahr, dass in dem Ort G. auf öffentlichem Platze Mädchen, Frauen, Greisinnen von Angehörigen der polnischen Miliz vergewaltigt wurden. Es ist wahr, dass auf dem Bahnhof von S. sämtliche Flüchtlingszüge regelmässig derart ausgeraubt werden, dass die Insassen nackt weiter gen Westen reisen müssen. Es ist wahr, dass in weiten Gegenden Schlesiens kein einziges Kind unter einem Jahr mehr am Leben ist, weil sie alle verhungern mussten oder erschlagen wurden. Es ist wahr, dass in Oberschlesien die von Syphilis angesteckten Frauen als ‚Behandlung‘ einfach einen Kopfschuss erhalten. Und es ist wahr, dass eine Selbstmordwelle durch das Land geht. In einzelnen Orten hat sich ein Zwölftel, in anderen bereits ein Zehntel oder sogar ein Fünftel der Bevölkerung ums Leben gebracht. Es ist wahr, dass in den sogenannten Arbeitslagern S. und C. Insassen nächtelang bis zum Hals in eiskaltem Wasser stehen müssen und dass man sie bis zur Bewusstlosigkeit schlägt.

(...) Die Polen taten alles, um die deutsche Bevölkerung, die sie los sein wollten, zum ‚freiwilligen‘ Verlassen des neuen polnischen Territoriums zu veranlassen.

91 In den von der Sowjetischen Militäradministration in der SBZ betriebenen «Speziallagern» kamen zu jener Zeit Zehntausende von Deutschen ums Leben. Hunderttausende, darunter viele Frauen, wurden in die Weiten der Sowjetunion deportiert. (Anm. d. A.)

Das verhältnismässig noch mildeste Mittel, das die neu eingesetzten polnischen Wojwoden und Bürgermeister anwenden, ist die Aushungerung. In dem Städtchen S. werden für die 15.000 deutschen Einwohner nur 7.000 Brotrationskarten ausgegeben. Die 8.000, die keine Rationierung zugeteilt erhalten, können noch eine Zeit lang durch den Verkauf ihrer Habseligkeiten auf dem schwarzen Markt etwas Brot bekommen, dann bleibt ihnen nur der Hungertod oder – die freiwillige' Wanderung nach dem Westen. Schlimmer noch steht es in Breslau. Dort gibt es überhaupt kein allgemeines Rationierungssystem. Seit der deutschen Kapitulation hat es in Breslau weder Fett noch Fleisch gegeben. Die Bewohner machen Proviantexpeditionen ins Hinterland der Stadt. Sind sie glücklich genug, ein paar Rüben und Kartoffeln zu bekommen, so wird ihnen das meist bei der Rückkehr schon in den Vororten von den polnischen Milizsoldaten wieder abgenommen. Dass die Sterblichkeit unter diesen Umständen enorm ist, kann nicht wundernehmen. Polnische Beamte, die übrigens infolge der Unordnung in der Breslauer Stadtverwaltung selbst seit Monaten keine Zahlungen erhalten haben, geben ganz offen zu, dass sie hoffen, durch die Hungerdeziplinierung der deutschen Bevölkerung werde bis Weihnachten das gleiche Ziel erreicht sein, das ursprünglich durch Deportation hatte erreicht werden sollen.

Mindestens ebenso schlimm wie den Hunger empfinden die noch in dieser Zone lebenden Deutschen den Mangel an Sicherheit und Recht. Es gibt keine Instanzen, an die ein Bauer, der von Plünderern überfallen wurde, sich wenden könnte, es gibt keine Polizei, die ihn schützt, keine Richter, die ihm Recht verschaffen könnten. Jedermann muss stündlich und täglich Gewaltattacken auf Gut und Leben erwarten, ohne dass ihm eine Möglichkeit legaler Gegenwehr gegeben wäre. Dass bei solchen Raubzügen auch gerade solche Deutsche leiden mussten, die erwiesenerweise im Kampf gegen die Nazis ihre engsten Verwandten verloren, dass Juden, die in stillen Landkreisen hatten untertauchen können, nun da sie wähten, gerettet zu werden, von den Polen umgebracht werden, das sind besonders dunkle Schatten auf einem ohnehin schon düsteren Bilde. Zu allem kommt noch Krankheit und Seuche. Je weiter man von Berlin gegen Osten fährt, desto häufiger sieht man an den Ortseingängen die grossen Plakate mit dem in lateinischer und kyrillischer Schrift aufgemalten Warnungswort: TYPHUS! Die ausgemergelten Körper der Hungernden geben noch Nährboden für den Bazillus ab, und die Seuche entwickelt sich mit der Schnelligkeit eines Waldbrandes im ganzen Gebiete östlich der Oder-Neisse-Linie. Aber es ist ein ‚Waldbrand‘, dem sich auch keine Feu-

erwehrleute entgegenstellen. Erschütternd lesen sich Berichte aus den Seuchengebieten: ‚In St. sind 80 Personen von einer Bevölkerung von 400 an Typhus erkrankt. Keine Medikamente im Dorf. Kein Doktor auf dem Rechtsufer der Oder. Der Sekretär der Caritas in Str. berichtet, dass auch seine Medikamente zur Neige gehen. Da wir durch die Seuche isoliert sind, will uns niemand Nahrungsmittel bringen. Wir können den Kranken nicht helfen. Alles, was wir tun können, ist, sie zu isolieren. Ziemlich alle Dörfer an der Eisenbahnlinie Breslau-Frankenstein sind vom Typhus infiziert.‘ (...) Solange alles deutsche Gebiet jenseits der Oder, wie das in Potsdam geschah, allein unter polnischer Kontrolle bleibt, wird sich vermutlich nicht viel ändern. Denn da dieses Territorium erst von der kommenden Friedenskonferenz endgültig als polnisch anerkannt werden kann, tun die Polen alles, um in möglichster Eile und Rücksichtslosigkeit ihre ‚Zone‘ im Hinblick auf die endgültige Grenzziehung zu entgermanisieren. Diejenigen, die vor Hunger, Seuche, Misshandlung und Plünderung aus den von den Polen besetzten Regionen fliehen, haben vor dem Verlassen der polnischen Zone einen Schein zu unterzeichnen, in dem sie erklären, sie seien selbstverständlich aus freiem Willen gegangen. Es soll doch niemand später am grünen Tisch sagen können, dass nicht alles korrekt zugegangen sei! (...)

Wenn alle diejenigen, die Hitler und Mussolini unter grossen Opfern bekämpften, um eine bessere Welt aufzubauen, es zulassen, dass ihr Kampf jetzt von Rowdys und Chauvinisten ausgenützt und beschmutzt wird, dann sehen wir keine grosse Hoffnung für die Zukunft. Man hat mit Recht den Deutschen vorgeworfen, dass sie in ihrem Glauben an die Mission ihres Vaterlandes so lange die Augen vor den Greueln des Nazismus verschlossen hätten. Sollen die Vorkämpfer der Demokratie später einmal den gleichen Vorwurf auf sich sitzen lassen müssen? Auch wir alle werden ‚mitschuldig‘ sein, wenn wir nicht täglich und stündlich die Schandtaten, die heute im Namen der Demokratie und der Freiheit begangen werden, enthüllen. Nichts anderes wollten diese ersten Zeilen aus dem Land der Vogelfreien, aus dem Totenland jenseits der Oder.» © *Die Weltwoche*, Zürich. Der Artikel wurde dem Buch *Die Flucht: Über die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten* entnommen, das im Jahre 2003 von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegeben wurde. Er ist auch im *Spiegel Spezial 2/2002* unter der Überschrift *Die Flucht der Deutschen* vollständig abgedruckt.

(Siehe auch FAZ-Archiv: *Was Robert Jungk im Herbst 1945 berichtete*)

11.3 Deportationsbericht des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* vom 25. Januar 1947

Über die Transporte der vertriebenen Deutschen aus Schlesien hat das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* in seiner Titelgeschichte vom 25. Januar 1947 unter dem Titel *Die 65. Tote. Ein Kälte-Experiment* berichtet. Als wichtiges zeitgeschichtliches Dokument wird der Bericht nachfolgend auszugsweise zitiert.

«Im Krankenhaus Bückeberg erfolgte der 65. Todesfall eines Deportierten-Transports aus Schlesien. In vier Krankenhäusern, Hameln, Stadthagen, Rinteln und Bückeberg, liegen noch 120 Mitdeportierte, die alle an einem Tag eingeliefert wurden: am Heiligabend des Jahres 1946. Ursprünglich waren es 160, aber 30 von ihnen sind trotz pfleglicher Behandlung inzwischen verstorben. 35 waren gestorben, bevor ein Krankenhaus sie aufnehmen konnte. Anfang Dezember wurde England in Warschau vorstellig, die Ausweisung der Deutschen bis nach der Schlechtwetterperiode zu verschieben. Am 16. Dezember rollte aus dem Breslauer Bahnhof der Deportiertenzug Nr. 514. Er bestand aus einer Lokomotive, einem geheizten Personenwagen und zweiundfünfzig ungeheizten Viehwagen. In dem geheizten Personenwagen fuhren fünf Mann polnisches Bewachungspersonal, in den ungeheizten Wagen 1.543 ausgewiesene Deutsche. Der jüngste Ausgewiesene war drei Monate alt; die Aussentemperatur betrug minus 15 Grad Celsius. Die Viehwagen waren ausgestattet wie für den Transport von Seefischen. Es gab in ihnen weder Stroh noch Torf. Offenstehende Luken und Ritzen sorgten für gute Durchlüftung. Fünfunddreissig Menschen nebst Gepäck füllten einen Wagen. (...) Die 65. Tote war Frau Hedwig Deichsel, 77 Jahre alt. Sie ist in dem Augenblick, als der Photograph die Aufnahme machte, gestorben. Sie besass in Breslau zwei Zimmer und war nach Aussagen ihrer Bekannten rüstig wie eine Sechzigjährige. In den vierzehn Tagen nach ihrer Abfahrt ist sie um zwanzig Jahre gealtert; sie wollte nicht länger leben. Auch die 86-jährige Maria Kunschke will sterben. Ihr Mann hatte eine Schweisserei in Breslau. Sie besaßen zwei Häuser. Den Mann haben die Polen fortgeschafft, sie weiss nicht, wo er geblieben ist. ‚Wo soll ich noch hin?‘ Meint sie. ‚Ich habe keine Familie mehr. Niemand will die Deutschen haben.‘ Georg Queck (siehe Titelbild) besitzt nichts mehr als ein Päckchen dickverschürter Papiere. Diese letzten Beweise seines früheren Lebens als Kaufmann gibt der 75-Jährige nie aus der Hand. Was er sonst noch besass, wurde ihm in Breslau auf dem Bahnsteig weggenommen. Am Kopfende hat er eine Schachtel

Streichhölzer liegen, denn manch einer der zahlreichen Besucher schenkte ihm eine Zigarette. Vor ihnen schämt er sich, unrasiert wie er ist und will den letzten Mark-Schein in dem Bündel für einen Barbier aufwenden. Georg Queck will nach Süddeutschland zu seiner Frau. Er muss nur warten, bis seine erfrorenen Füße wieder heil sind.

Der Niedersächsische Landtag hat sich mit dem Erfrierungs-Transport befasst. Verschiedene Partei-, Frauen- und Wohlfahrtsorganisationen haben protestiert. Das Montgomery-Krankenhaus in Bückeberg schickte Wolldecken, Flanellhemden und Nahrungsmittel. Die Militärregierung hat angekündigt, dass sie keine ungeheizten Transporte mehr annehmen wird. Von Polen ist noch keine Stellungnahme eingegangen.» (*Der Spiegel*, 25. Januar 1947)

11.4 Das Massaker von Niederkaina

Am 22. April 1945 sind 195 Volkssturm-Männer in der Scheune des Ritterguts Loebenstein von polnischen Soldaten bei lebendigem Leib verbrannt worden. Weitere 27 Volkssturm-Männer wurden im Schiessstand durch Genickschuss ermordet, 55 im Schlosspark. Niederkaina in Ostsachsen ist nicht das einzige Beispiel für Gruppenschießungen deutscher Gefangener in den letzten Kriegstagen, aber das bekannteste. Nachdem Bautzen von deutschen Truppen zurückerobert wurde, berichteten Ende April 1945 die *Oberlausitzer Tageszeitung* und die Frontzeitung *Raupe und Rad* über das Schicksal der Volkssturm-Männer und das Wüten der sowjetischen und polnischen Soldaten gegenüber der Zivilbevölkerung. Die Verbrechen, die sich an anderen ostsächsischen Orten ereigneten, werden bis heute kaum wahrgenommen. Die Betroffenen finden die Geschichte ihrer Familien bisher in keinem Geschichtsbuch wieder. Um dieses Kapitel der deutschen Geschichte der Vergessenheit zu entreissen, hat der Berliner Jurist und persönlich Betroffene Theodor Seidel (sein Vater gehörte als Angehöriger des 33. Volkssturmbataillons zu den Opfern des Massakers von Niederkaina) eine Dokumentation erstellt: *Kriegsverbrechen in Sachsen. Die vergessenen Toten von April/Mai 1945* – Seidel befragte Zeitzeugen, las zeitnahe Aufzeichnungen und wurde vor allem in den Begräbnisbüchern fündig. Die Pfarrer hatten die Todesursache notiert: erschossen, erschlagen, erstochen, durch Feindeinwirkung gestorben, Selbstmord. Im Begräbnisbuch von Niesky steht: «Unter den Opfern befanden sich zwei Kinder im Alter von fünf bzw. acht Jahren.» Seidel räumt auch mit den Lügen auf, die Rote Armee sei mit den in der Lausitz lebenden Sorben human

umgegangen. Als einen Beweis führt er die Aufzeichnungen des Pfarrers Teichmann aus Crostwitz an. «Aus verständlichen Gründen kenne ich nicht alle geschändeten sorbischen Frauen und Mädchen», notiert er. «Die Menschen in den Dörfern und auch die Angehörigen der Erschossenen weinten nicht mehr; sie waren wie gelähmt. So hatte sich keiner die Befreiung durch die slawischen Völker vorgestellt. Aber auch das Morden und Plündern und Quälen ging unvermindert weiter.» Die Bilanz des Juristen ist erschütternd. «Zwischen Bad Muskau, Kamenz und Bautzen wurden zwischen dem 16. April und 10. Mai 1945 mehr als 600 deutsche Kriegsgefangene und mindestens 1.080 Zivilisten von sowjetischen und polnischen Soldaten ermordet. (...) Erschiessungen, Plünderungen und Vergewaltigungen waren flächendeckend», konstatiert Seidel. Und auch in Brandenburg sei es genauso gewesen. Seidel war früher Vorsitzender Richter einer Grossen Strafkammer und zuletzt Vorsitzender eines Schwurgerichts in Berlin. (Buchbesprechung von Paul Leonhard *In Deutschland bisher nicht zur Kenntnis genommen. Der Berliner Jurist Theodor Seidel weist auf massive Kriegsverbrechen polnischer und sowjetischer Truppen in Sachsen 1945 hin*, in: *Junge Freiheit* 19/10, 7.5.2010)

11.5 Die Rolle des polnischen Klerus bei der Entdeutschung der eroberten Gebiete

Bei dem ab 1944 im östlichen Deutschland durch Angehörige der Roten Armee verübten vieltausendfachen Mord an wehrlosen Zivilisten mussten auch viele Priester und Pfarrer ihr Leben lassen. Ihr geistliches Gewand schützte sie nicht davor, wie alle Deutsche von den Rotarmisten oder den in ihrem Gefolge einziehenden Polen übel misshandelt und in vielen Fällen ermordet zu werden. In der Dokumentation *Vom Sterben schlesischer Priester 1945/1946* ist das Schicksal von mehr als 80 solcher gewaltsam ums Leben gekommener Geistlicher allein aus der Provinz Schlesien festgehalten worden, die pflichtgemäss bei ihren Gemeinden geblieben waren und den Einmarsch der Sowjets und die anschliessende polnische Besetzungsherrschaft erlebt hatten. Die Berichte beinhalten eine ausführliche Darstellung mit den Aussagen von Augenzeugen. In den anderen ostdeutschen Provinzen spielten sich ähnliche Tragödien ab, von denen die nachwachsende Generation viel zu wenig erfährt, weil diese Schicksale im Schulunterricht, an den Universitäten und von den BRD-Massenmedien gar nicht oder nur sehr selten erwähnt werden. (*Der Grosse Wendig*, Band 2, S. 411 ff., mit Einzelbeispielen)

Über die Rolle des polnischen Klerus bei der Vertreibung der Deutschen und insbesondere der deutschen Priester und Pfarrer aus den eroberten Gebieten berichtet Steward W. Herman in seinem 1946 in New York erschienenen und 1952 in München verlegten Buch *Die 7.000 Zeugen*. Der Autor wirkte sechs Jahre als evangelisch-lutherischer Geistlicher an der Amerikanischen Kirche in Berlin, wo er am 7. Dezember 1941 den letzten Gottesdienst hielt. Im Auftrag des Weltkirchenrates bereiste Herman unmittelbar nach Kriegsende «kreuz und quer» das am Boden liegende Deutschland. Im sechsten Kapitel *Zwischen Hammer und Sichel* beschreibt Herman die Zustände in den Gebieten jenseits der östlichen Demarkationslinie:

«Die Gebiete unter polnischer Kontrolle wurden systematisch von Deutschen entvölkert. Katholische wie lutherische Pfarrer wurden mit ihren Gemeinden rücksichtslos vertrieben. Alle kirchlichen Einrichtungen wurden nach bruchstückhaften, aber sehr zuverlässigen Berichten von polnischen katholischen Priestern übernommen. Dies trifft zu für die polnisch besetzten Teile Ostpreussens, Danzig, Ostpommern und den grössten Teil von Schlesien, praktisch also für das ganze Gebiet östlich der Oder- und Neisselinie. Man schätzt, dass sieben Millionen evangelische Deutsche in dem Gebiet zwischen der Oder und der alten polnisch-deutschen Grenze lebten, Ostpreussen und Danzig nicht eingerechnet. (S. 180-184)

Es dauerte nicht lange, bis der Sturm des Krieges auch über Danzig hereinbrach und furchtbare Zerstörungen in der malerischen alten Hansestadt anrichtete, wobei von vielen Kirchen nur Ruinen übrig blieben. (...) Allmählich bekamen die Polen mehr Macht, und eine Kirche nach der anderen wurde geschlossen. Polnisches Militär ging von Strasse zu Strasse mit Ausweisungsbefehlen für alle deutschen Familien in den Händen. In einem Vorort von Danzig wurde am 22. Juli 1945 der letzte evangelische Gottesdienst gehalten. In den folgenden Tagen wurden Pfarrhaus und Kirche zusammen mit allem persönlichen Eigentum, Bibliothek und Kirchenbüchern von einem polnischen katholischen Priester übernommen. Katholische und evangelische Deutsche mussten, nach dem Bericht eines Pfarrers, den er mir kurz nach seiner Ankunft in Berlin gab, miteinander Danzig verlassen und führen von Gdingen aus mit dem, was sie in der Hand tragen konnten, nach Stettin. (S. 185).

Ungefähr dasselbe lässt sich von dem ganzen weiten Gebiet von Danzig bis zur Oder sagen. (...) Von den deutschen Kirchen wurde während der ganzen übrigen

Monate des Jahres 1945 eine nach der anderen beschlagnahmt Für die Enteignung und Umgestaltung des Besitzes für römisch-katholische Zwecke ist nach den Berichten der Erzbischof von Krakau⁹² verantwortlich. (...) Die polnischen Katholiken warteten nicht immer, bis die Deutschen die Gebiete aufgaben. Sie vertrieben sie, wie bereits geschildert. Zwischen den verschiedenen katholischen Orden gab es einen Kampf bis aufs Messer um das neue Eigentum. Häufig wurden die kleineren, deutschen katholischen Kirchen geflissentlich übergangen in der Balgerei um die grösseren evangelischen Kirchen. In Posen blieb für die polnischen Protestanten nicht eine Kirche übrig. In Dutzenden von Städten geschah das gleiche. Die Polen waren der Ansicht, dass kein Mensch deutscher Abstammung etwas im neuen Polen zu schaffen hätte ... (S. 186/187)

Zur Erzwingung der Auswanderung wurden verschiedene Wege eingeschlagen. In manchen Fällen wurden die Deutschen zusammengetrieben und in Konzentrationslager gesteckt. In anderen Fällen wurden ihnen alle Lebensmittel weggenommen oder sie wurden mit oder ohne irgendeinem Vorwand aus ihren Wohnungen vertrieben. In den meisten Fällen wurde von ihnen verlangt, ein Papier mit der Erklärung zu unterschreiben, sie verliessen Polen ‚freiwillig‘. (...) In Breslau verkündete der polnische Bischof von Kattowitz, Dr. (Stanislaw) Adamski, je schneller die Deutschen aus Schlesien verschwänden, desto besser sei es. Deutsche Schulen wurden nicht geduldet. Die Universität Lodz sollte nach Breslau und die Universität Wilna nach Stettin überführt werden. Diesmal sollte es kein ‚Minoritätenproblem‘ geben. Als Konsequenz der Ansprache des Bischofs wurde in Oberschlesien (...) die deutsche Sprache sofort verboten und alle deutschen Kirchen entweiht. Ali dies war für den deutschen Durchschnittskatholiken unbegreiflich, der sich sagte: ‚Die Nationalsozialisten waren die erklärten Feinde des Christentums und wollten als solche angesehen werden, aber wie kann ein katholisches Volk wie die Polen Verbrechen begehen, die noch viel schrecklicher sind?‘ (S. 190-192)

In einem offiziellen Bericht an den Vatikan beschrieb ein Bezirksdekan alle Quälereien, denen die Deutschen ausgesetzt waren, und fügte folgende Bemerkungen hinzu: ‚Die gleichen Leute, die uns quälen, uns ausplündern, uns verhungern lassen und uns in die Verzweiflung treiben, besuchen öffentliche polnische Gottes-

92 Von 1911 bis 1951 war Adam Stefan Sapieha Erzbischof von Krakau.

dienste und halten die religiösen Feiertage. Die polnische Soldateska, die jede andere an Unmenschlichkeit übertrifft, drängt sich selbst durch die Ministranten am Altar. Diese Ärgernisse, die die polnischen Katholiken in unserer deutschen Gemeinde geben (...) können wohl kaum übertroffen werden.' Um allem die Krone aufzusetzen, wies die neue Apostolische Administration von Niederschlesien die deutschen Priester an, von ihren Kanzeln anzukündigen, dass alle Anordnungen und Gesetze der polnischen Regierung gewissensbindend seien. Polnische Priester, die im Gefolge der Besatzungstruppen ankamen, sagten öffentlich von ihren Kanzeln, Deutsche hätten kein Recht und kein Eigentum. Es sei Aufgabe des polnischen Volkes, dafür zu sorgen, dass jeder Deutsche ‚unschädlich‘ gemacht werde. (S. 192).

Einige Wochen nach dem Tod des Breslauer Erzbischofs Kardinal Adolf Bertram am 6. Juli 1945 kam Kardinal Hlond, der römisch-katholische Primas von Polen, in Breslau an. Am 12. August 1945 kündigte er dem deutschen General-Vikar, Ferdinand Piontek, an, dass im September polnische Administratoren mit den Rechten residierender Bischöfe die Jurisdiktion über alle deutschen Kirchen in den von Polen regierten Gebieten übernehmen würden.⁹³ Die polnischen Administratoren sollten am 1. September, am Jahrestag des Kriegsausbruchs gegen Polen, ihr Amt antreten. Nachdem sich Piontek noch einmal ausdrücklich bei Kardinal Hlond versichert hatte, ob dies der Wille des Papstes sei, verzichtete er auf die ihm zustehende Jurisdiktion. Die im September eingesetzten polnischen Adminis-

93 Kardinal Augustyn Hlond war am 14. September 1939 über Rumänien nach Rom geflohen. Er traf am 20. Juli 1945 wieder in Polen ein. In Posen und in Krakau stellte er in Gesprächen mit hohen polnischen Kirchenvertretern diesen ihre baldige Einsetzung auf bisher deutsche Kirchenposten in Schlesien und Ostpreussen in Aussicht. Seine Absicht war offenbar, schnell die deutschen Kirchenleitungen in ganz Ostdeutschland zu verdrängen und durch polnische zu ersetzen. Die Massnahmen wurden streng geheimgehalten, so dass die davon betroffenen Deutschen zunächst nichts erfuhren. Am 12. August 1945 kam Kardinal Hlond unerwartet zu dem vom Breslauer Domkapitel gewählten Kapitelsvikar Dr. Ferdinand Piontek als Vertreter der alten Erzdiözese Breslau. Der Primas teilte ihm nach Pionteks eigenen Aufzeichnungen wahrheitswidrig mit, «dass sich der Heilige Vater angesichts der besonderen Zeitverhältnisse entschlossen habe, für die unter der Verwaltung des polnischen Staates stehenden Gebiete Apostolische Administratoren zu bestellen.» Kardinal Hlond hatte keinen päpstlichen Auftrag zur Entfernung der deutschen Kirchenvertreter, das war auch nicht der Wunsch des Papstes oder der Kurie. (*Der Grosse Wendig*, Band 3, S. 716 ff.; Kapitelsvikar Bischof Ferdinand Piontek unter www.home.arcor.de) Die römische Kurie erklärte diese Willkürakte jedoch weder für ungültig noch machte sie diese rückgängig. 1992 leitete die katholische Kirche Polens den Seligsprechungsprozess für Kardinal Hlond ein.

tratoren stellten sich auf den Standpunkt, dass die Annexion Schlesiens durch Polen endgültig sei und daher die polnische Sprache im kirchlichen Briefverkehr zu verwenden sei. Mit einem in Latein und Polnisch geschriebenen Hirtenbrief wurde dem Kirchenvolk in Schlesien die polnische Administration in Schlesien mitgeteilt. Die schlesischen Katholiken schickten Protestbriefe an den Vatikan, in denen sie die brutale ‚Polonisierung‘ dieser Gebiete als Verstoss gegen die in Potsdam getroffenen Abmachungen brandmarkten, nach denen Polen das Gebiet nur bis zum endgültigen Friedensvertrag verwalten sollte. Sie baten ferner darum, dass Kardinal Hlond selber oder ein Neutraler für das vakante Erzbistum bestimmt werde. Ein ‚Apostolischer Administrator‘ habe sogar angeordnet, dass die besten Plätze in den katholischen Kirchen für Polen reserviert werden müssten. 1945 und anfangs 1946 war noch kein Zeichen dafür zu beobachten, dass die deutschen Kirchenführer den ungleichen Kampf um die Erhaltung der deutschen Kirche einfach aufgaben, weder in der russischen Zone noch in den polnischen Gebieten, wo alle deutschen Wurzeln entweder untergepflügt oder ausgerissen und über die Oder geworfen wurden.» (S. 192-193)

Soweit der Auszug aus dem zeitgeschichtlichen Dokument des US-amerikanischen Geistlichen Herman.

Sie steuerten hinter den Kulissen und hinter einer Fassade christlicher Scheinheiligkeit die brutale Entdeutschung der ostdeutschen Kirchenprovinzen.



*Adam Stefan Stanislaw Bonfatusz Józef
Kardinal Sapieha (1867-1951), Erzbischof
von Krakau.*



*August Kardinal Hlond (1881-1948), 1925
Bischof von Kattowitz, seit 1926 Erzbischof
von Gnesen und Posen, Primas von Polen
und seit 1946 auch Erzbischof von War-
schau.*



Stefan Kardinal Wyszyński, (1901-1981) zunächst Bischof von Lublin, ab 1948 Erzbischof von Gnesen und Warschau und damit zugleich Primas von Polen und Vorsitzender der polnischen Bischofkonferenz.

Der aus einer deutschen Arbeiterfamilie stammende, in Hohensalza (Provinz Posen) geborene Józef Kardinal Glemp (1929-2013) stand als Hlonds Nachfolger als polnischer Primas und Erzbischof von Warschau von 1981 bis 2009 an der Spitze der römisch-katholischen Kirche Polens.

Während einer Wallfahrt bemerkte er zu den Wünschen der noch im polnischen Machtbereich lebenden Deutschen am 15. August 1984 in Tschenstochau: «Wir können nicht reinen Gewissens Gebete in fremder Sprache abhalten für solche, die diese Sprache gar nicht kennen und sie erst in der Liturgie kennenlernen wollen. Es kann nämlich jemand nicht Ausländer sein, der das Ausland nicht gese-

hen hat.» Im selben Jahr schrieb Józef Glemp einen Brief an den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, in dem er behauptete, in Polen gebe es keine deutsche Minderheit, infolgedessen sei auch eine deutsche katholische Seelsorge überflüssig.

Der polnische Episkopat stellte in einem gemeinsamen Fastenhirtenbrief jede Schuld der polnischen Nation an der Vertreibung der Deutschen in Abrede. In dem Antrittshirtenbrief vom 1. September 1945 des ersten Breslauer polnischen Administrators Dr. K. Milik hiesst es: «Da, wo Gewalt war, Raub, Lüge, Rechtsbruch..., dort war Polen nicht dabei!» Aber nicht «Umsiedlung», «Aus-siedlung», «Bevölkerungstransfer», «Entfernung von Menschen» gibt die Realität wieder, sondern Vertreibung. Vertreibung definiert als zwangsweise, widerrechtliche Entfernung vom Heimatboden, soziale Entwurzelung und Auflösung einer gewachsenen Sozietät. (Reitor, *Vom Lager zum Lehrstuhl*, S. 97)



Abschliessend sei noch eine Äusserung des langjährigen polnischen Primas Stefan Kardinal Wyszynski wiedergegeben. In Verdrehung der geschichtlichen Wahrheit erklärte Wyszynski in Breslau am 29. Mai 1952: «Wir sind in unser Eigentum als rechtmässige Eigentümer zurückgekommen. Wir kamen zurück aufgrund der richterlichen Entscheidung der göttlichen Gerechtigkeit... Es waltet Gerechtigkeit unter den Völkern, grausame und (...) blutvergiessende Völker müssen früher oder später den Völkern, die sie vergewaltigt haben, die gerechte Sühne leisten.» Wyszynski predigte noch 1957: «Wir sind zurückgekehrt auf unsere urpolnische Erde... Schaut – es bleibt keine Spur von ihnen (den Deutschen), und in die Erde unserer Urväter, die uns mit Gewalt entrissen wurde, hat Gott den goldenen Weizen eurer Herzen gesät!... Die Austreibung der Deutschen war Gottes Fügung.» (*Der Grosse Wendig*, Band 3, S. 724 und Band 1, S. 527)

11.6 Der Raub Stettins 1945

Die Vorgänge um die scheinweise Annexion der Stadt Stettin und ihres westlichen Umlandes durch Polen bilden einen Sonderfall beim Raub Ostdeutschlands 1945. Stettin, erst durch westalliierte Bombenangriffe völlig zerstört, wurde am 26. April 1945 von der Roten Armee kampflos besetzt. Bis auf rund 6.000 waren alle Einwohner geflohen. Von den Sowjets wurde zunächst der deutsche Kommunist Ernst Rusch als deutscher Bürgermeister für Stettin und dessen Umland eingesetzt. Er liess eine deutsche Zivilverwaltung einrichten, der ab 2. Mai als neuer Bürgermeister der Deutsche Erich Spiegel vorstand. Am 28. April traf eine polnische «Operationsgruppe» unter Piotr Zaremba⁹⁴ in Stettin ein. Sie musste die Stadt jedoch wieder verlassen, obwohl der sowjetische Stadtkommandant zunächst erklärt hatte, dass die Polen die Verwaltung übernommen hätten. Viele deutsche Flüchtlinge kehrten daraufhin nach Stettin zurück, da die Stadt anscheinend deutsch bleiben würde. Die ab 20. Mai 1945 dort erscheinende *Deutsche Zeitung* schrieb am 22. Mai: «Stettin erhebt zu neuem Leben.» Am 23. Mai wurden Teile

94 Der Architekt und Stadtplaner Piotr Zaremba (*1910 in Heidelberg; † 1993 in Stettin) studierte in Posen und Lemberg Architektur und Städtebau, wurde 1945 zum Stadtpräsidenten von Stettin ernannt und übte dieses Amt bis 1950 aus. Beim Wiederaufbau der Stadt strebte er an, die historisch nach Berlin ausgerichtete Orientierung der Stadt aufzuheben. Stattdessen initiierte er die planerische Ausrichtung der Stadt nach Osten. Zaremba war Ehrenmitglied der Polnischen Akademie der Wissenschaften. 1999 wählten ihn die Leser der Stettiner Ausgabe der *Gazeta Wyborcza* zum beliebtesten Stettiner des Jahrhunderts.

des westlich der Oder liegenden, bereits 1939 zugunsten von Grossstettin aufgelösten Kreises Randow der Stettiner Verwaltung unterstellt. Bürgermeister von Stettin wurde an diesem Tag der Deutsche Erich Wiesner, der bisherige Bürgermeister Erich Spiegel wurde Landrat. Am 9. Juni 1945 erlaubten die Sowjets die Rückkehr der polnischen «Operationsgruppe Zaremba», machten allerdings die Auflage, dass sie sich nur um die in Stettin lebenden Polen kümmern dürfe. Nachdem am 9. Juni die sowjetische Militärverwaltung für Deutschland eingerichtet worden und Marschall Schukow Militärgouverneur geworden war, nahm er am 11. Juni Stettin aus der Verantwortung der 2. Weissrussischen Front heraus und unterstellte sich die Stadt. Am 5. Juli 1945 – nach dem Rückzug der Westalliierten aus Sachsen und Mecklenburg – übergaben die Sowjets überraschend Stettin, für das sie sich weiter die Oberhoheit vorbehielten, der polnischen Verwaltung und wiesen die deutschen kommunistischen Beamten aus. Am 10. Juli wurde von der sowjetischen Militärverwaltung in Berlin eine vorläufige Demarkationslinie festgelegt, die das nun polnisch verwaltete Stettin vom Landkreis Randow trennte, aber noch drei Stadtteile Stettins in deutscher Verwaltung belies.

Die Stadt Stettin, die damals flächenmässig drittgrösste Stadt Deutschlands mit vorher 268.500 Bewohnern, liegt grösstenteils auf dem westlichen Ufer der Oder und gehörte deswegen nach dem Potsdamer Protokoll der Siegermächte nicht zu dem Polen zur Verwaltung überlassenen Gebiet, sondern zur Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Nach dem Potsdamer Protokoll gehörte Stettin also eindeutig zur SBZ und nicht zu dem Polen zugesprochenen Gebiet. Stillschweigend haben die Westalliierten in Potsdam und später die von Moskau eingeleiteten Vorgänge in Stettin gebilligt. Auf jeden Fall haben sie nichts gegen Stalins Eigenmächtigkeit unternommen. Da nichts Genaueres vereinbart war, kam es in den folgenden Monaten immer wieder zu Grenzstreitigkeiten und Zwischenfällen, bei denen Polen sein Zuständigkeitsgebiet nach und nach weiter von der eigentlichen Stadt Stettin auf deren westliches Umland ausdehnte. Nach Stettin kamen ab Juni 1945 viele Deutsche, die aus Danzig vertrieben worden waren, so dass hier kurz nach Kriegsende ein furchtbares Chaos herrschte. Nach einer polnisch-sowjetischen Vereinbarung vom 21. September 1945 in Schwerin zwischen der sowjetischen Militärverwaltung und polnischen Stettiner Behörden kam der sogenannte «Stettiner Zipfel», Teile der Kreise Randow, Ueckermünde und Usedom, am 4. Oktober 1945 an Polen. Nur der Bezirk Pölitz blieb zunächst weiter unter sowjetischer Hoheit und wurde deutsch verwaltet. Erst am 19. November 1945 dehnte Polen in Verletzung

des Potsdamer Protokolls nach Sonderverhandlungen mit der Sowjetunion offiziell seine Verwaltung auf die ganze Stadt Stettin und ihr westlich gelegenes Umland mit Pölitz, Neuwarp und Swinemünde mit einer Fläche von rund 850 Quadratkilometern aus. Die deutsche Verwaltung der Sowjetischen Besatzungszone konnte sich nicht dagegen wehren. Nach der völkerrechtswidrigen Besetzung Stettins durch die Polen setzten verstärkt die Vertreibungen der Deutschen aus dieser Stadt ein. Diese Verbrechen erreichten 1946 ihren Höhepunkt. (*Der Grosse Wendig*, Band 4, S. 512 ff.)

11.7 Ein Fazit

1945 war für Polen die Sternstunde des polnischen Chauvinismus und Imperialismus. Die Konjunktion der anglo-amerikanischen Bestrafungstheologie mit der sowjetischen Hegemonialstrategie am Ende der «unvermeidlichen deutschen Katastrophe» brachte den Polen den erhofften «höchsten Gewinn», die grösste Expansion des polnischen Siedlungsgebietes in der Geschichte. Obendrein konnte sich der historische polnische Chauvinismus an den schütz- und rechtlosen Deutschen austoben und im Gewand der Kompensations- und Kollektivschuldtheorie bei den westlichen Politik- und Gesellschaftskreisen Verständnis finden. Radikale polnische Politiker nutzten die sich ihnen bietende Chance, um ihre extremen Expansionspläne zu verwirklichen. Durch unerträgliche Lebensbedingungen für die verbliebene deutsche Bevölkerung sollten die deutschen Ostprovinzen so schnell wie möglich menschenleer gemacht werden. Straflosigkeit bei Verbrechen, Möglichkeiten persönlicher Bereicherung und eine exzessive Hasspropaganda waren die realen Hintergründe der meisten Verbrechen gegen die Ostdeutschen. Das Geschehen in den Gebieten rechts der Oder war nicht das zufällige Ineinanderlaufen unzähliger Einzelaktionen aus dem Hass und dem Rachedurst und der Gier blindwütig gewordener Soldaten und Zivilisten, sondern ein wohlvorbereitetes System zur Dezimierung und Vertreibung der Deutschen aus diesem Gebiet. Mit anderen Worten: Die Vertreibungsverbrechen stellen nicht eine Häufung von Ausschreitungen dar, sondern eine gezielte Form staatlich gelenkter Liquidationspolitik.

Das wichtigste Vertreibungsargument der polnischen Regierung war die angeblich nötige Kompensation für die «verlorenen ostpolnischen Gebiete». Diese Gebiete wurden überwiegend erst in den Jahren 1920/1921 völkerrechtswidrig von Polen annektiert und hatten niemals eine polnische Bevölkerungsmehrheit. Es ka-

men daher auch nur etwa 1,5 Millionen polnischer Flüchtlinge aus diesen Gebieten in die «wiedergewonnen Gebiete». Man hätte sie unschwer in den verlassenen Wohnsitzen der zwei Millionen zählenden deutschen Minderheit unterbringen können, die es schon nach dem Ersten Weltkrieg in Polen gab. (Nawratil, S. 116, 184, 188)

12. «Auge um Auge» – Jüdische Verbrechen an Deutschen in Ostdeutschland 1945

An den Verbrechen gegen Deutsche waren nicht nur Polen, Tschechen, Russen und Jugoslawen beteiligt, sondern auch Juden. Der jüdische US-Journalist John Sack veröffentlichte 1993 ein Buch⁹⁵ über die furchtbaren Lager, die Polen 1945 in den besetzten deutschen Ostgebieten für Deutsche errichteten und deren Kommandanten oft Juden waren. Sack recherchierte und sammelte sieben Jahre lang Materialien in Polen, Deutschland, Israel und den Vereinigten Staaten, um die von Juden an Deutschen begangenen Verbrechen zu dokumentieren. Nach Angabe von Sack haben in diesen Lagern bis zu 80.000 Deutsche ihr Leben auf zum Teil grausamste Weise verloren. Die in ihrer alten Heimat aus welchen Gründen auch immer verbliebenen Deutschen mussten das bittere Schicksal auf sich nehmen, stellvertretend für «die Deutschen» Angeklagte und Verhöhnnte, Drangsalierte und Entrechtete zu sein. Über die Situation in den polnischen Internierungslagern für Deutsche und die Geschehnisse in den von den Russen eroberten und den Polen überlassenen deutschen Städten berichtet Sack.

Die Geschehnisse im Zwangsarbeitslager Schwientochlowitz-Zgoda

Vorbemerkung: Das von den Deutschen geräumte Lager «Eintrachthütte» in Schwientochlowitz wurde am 23. Januar 1945 von der Roten Armee besetzt. Nun

95 John Sack, *Auge um Auge: Die Geschichte von Juden, die Rache für den Holocaust suchten*.

Deutsche Ausgabe 1995 im Kabel-Verlag. Ursprünglich sollte das Buch im Münchener Piper-Verlag erscheinen, der das Buch übersetzen und 6.000 Exemplare drucken liess. Nach einer Warnung, dass Neonazis das Buch für ihre Zwecke nutzen könnten, zog sich der Verlag von der Veröffentlichung zurück und liess die gesamte Auflage einstampfen. Siehe dazu Beitrag von Franz Uhle-Wettler, *Die Schere im Kopf des Historikers*, in: *Junge Freiheit*, 42/05, 14. 10. 2005. In Polen erschien das Buch 1995 unter dem Titel *Oko za Oko, Przemilczana historia Żydów, którzy w 1945 r. mścili się na Niemcach* (dt., *Auge um Auge – Verschwiegene Geschichte der Juden, die sich im Jahre 1945 an Deutschen gerächt haben*).

wurde es in «Zgoda» umbenannt und im Februar 1945 der polnischen Geheimpolizei, dem Ministerium für Öffentliche Sicherheit (Ministerstwo Bezpieczerstwa Publicznego)⁹⁶ in Warschau, unterstellt und weiterbenutzt. Es wurde somit zu einem der 1.255 Internierungslager für gefangene Deutsche in Polen, in denen von etwa insgesamt inhaftierten 110.000 Menschen 15 bis 20 Prozent ums Leben kamen. Lagerkommandant in Zgoda war Salomon Morel, dessen Eltern und Bruder von den Polen erschlagen worden waren. Morel, damals 26 Jahre, war ehemaliger Partisan und Mitglied der kommunistischen Untergrundarmee «Armia Ludowa» («Volksarmee»). Die Zahl der Insassen im Lager Zgoda variierte. Anfang August 1945 erreichte sie mit ca. 5.000 Menschen, einschliesslich Kindern und Frauen – etwa 60% waren Frauen, 20 bis 25% Kinder, der Rest alte Menschen –, ihren Höhepunkt. Es handelte sich dabei mehrheitlich um Reichsdeutsche (aus den deutschen Ostgebieten) und Volksdeutsche (aus Polen), die dort im Zuge der Vertreibungen zunächst zusammengefasst wurden; andere Nationalitäten wie Ukrainer stellten die Minderheit. Die Zahl der Todesopfer wird auf über 2.000 Personen geschätzt. Nach Berechnung des polnischen Instituts für Nationales Gedenken kamen in Zgoda 1.855 Menschen ums Leben, viele weitere wurden systematisch gequält. Im Bericht eines amerikanischen Diplomaten an das Foreign Office heisst es: *«Konzentrationslager sind nicht aufgehoben, sondern von den neuen Besitzern übernommen worden. Meistens werden sie von der polnischen Miliz geleitet. In Schwientochlowitz (...) müssen Gefangene, die nicht verhungern oder zu Tode geprügelt werden, Nacht für Nacht bis zum Hals im kalten Wasser stehen, bis sie sterben.»* Der ehemalige Kommandant Salomon Morel floh 1994 nach Israel. Er wurde von der polnischen Regierung wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gesucht. Polen beantragte seine Auslieferung, der Antrag wurde jedoch seitens Israels abgelehnt. Morel starb 2007 in Israel. (Wikipedia, *Lager Zgoda* –, Schwientochlowitz-Lager unter www.dpjw.org; Sack, S. 173)

Sack greift den Fall Morel in seinem Buch «Auge um Auge» auf und schildert, wie es in diesem Todeslager zuging.

96 Chef des Amtes für Öffentliche Sicherheit war Jakub Berman. Mit Boleslaw Bierut und Hilary Mine bildete er in den folgenden Jahren das Führungstriumvirat der stalinistischen Parteiführung, wobei er für die Staatssicherheit, Propaganda und Ideologie zuständig war. Berman war damit einer der Hauptverantwortlichen für die blutige Unterdrückung der antikommunistischen Opposition im Polen der zweiten Hälfte der vierziger Jahre. (Wikipedia, *Jakub Berman*)

Das Todeslager Schwientochlowitz-Zgoda wurde von Juden geführt. Der Kommandant Morel studierte die Thora und den Talmud. Im März 1943 schloss er sich den jüdischen Partisanen an. Er empfand keinen Hass gegen die Polen, obwohl sie seine ganze Familie von der Erdoberfläche verschwinden liessen. Nach der Befreiung wurde Morel im Alter von sechsundzwanzig Jahren zum Kommandanten des Lagers ernannt. Er forderte die Deutschen wiederholt auf, das «Horst-Wessel-Lied» und «Die Fahne hoch!» zu singen. Weil niemand den Mund aufmachte, schlug Morel mit seinem harten Gummiknüppel oder einem hölzernen Hocker auf die Deutschen ein. «Ihr Schweine! Ihr Nazischweine! Wir werden euch erledigen!» – schrie Morell sie an. Manche fielen durch die Schläge bereits tot auf den Betonfussboden, die anderen wurden von Morel und seinen Untergebenen mit blossen Händen oder einem Gurt erwürgt. Die zehn Leute vom «Himmelfahrtskommando» legten die Toten auf Liegen, trugen sie in die hölzerne Leichenhalle und bestreuten die Leichen mit Chlorkalk, um den üblen Gestank zu vermeiden. In kurzer Zeit waren die nächsten Deutschen tot, und in der Morgendämmerung brachte sie das «Himmelfahrtskommando» in die stinkende Leichenhalle, von wo sie dann mit Pferdewagen zum Massengrab unweit des Friedhofes am Fluss Rawa gebracht wurden. In der sogenannten «braunen Baracke» waren mindestens sechshundert Deutsche untergebracht. Bei bestem Willen waren die Wärter nicht in der Lage, an einem Abend mehr als den zehnten Teil dieser Leute zu bestrafen. Mit Freude hätten sie alle erschossen, aber der Knüppel gab ihnen mehr emotionale Genugtuung, also marschierten sie in die dunkle Baracke und schlugen mit den Knüppeln drauflos. In Auschwitz war es der SS-Mannschaft verboten, Juden aus persönlicher Freude zu töten, und die SS-Männer die es taten, wurden dafür sogar mit Gefängnis bestraft, aber Morel und seine Knechte fürchteten nicht, dass «das Amt» sie bestrafen würde. Die toten Körper wanderten jeden Morgen in die Leichenhalle. Den Frauen der Verstorbenen wurde mitgeteilt, dass der Gefangene an einer Herzattacke verstorben sei. Die Wärter trieben die Deutschen in ihre Hundebuden und schlugen sie, wenn sie nicht bellen wollten. Man zwang die Deutschen, sich gegenseitig zu schlagen und auf den Rücken zu springen. Wenn ein Gefangener seinen Körper schützen wollte, schlugen die Wärter so stark zu, dass einmal einem Gefangenen das Glasauge herausfiel. Sie vergewaltigten Deutsche – eine dreizehnjährige wurde schwanger –, und sie richteten ihre Hunde so ab, dass sie auf das Kommando «Sic» den Deutschen in die Genitalien bissen. Im August brach im Lager eine Typhusepidemie aus. Die Zahl der Todesfälle erhöhte sich auf einhundert täglich. Mit der Zeit starben drei Viertel der Gefangenen, und

Morel erklärte: «Was die Deutschen in Auschwitz nicht in sechs Jahren vollbrachten, habe ich in Schwientochlowitz in sechs Monaten geschafft.»

Die Deutschen versuchten, die Welt über ihr Schicksal zu informieren. Einer von ihnen ging an den Zaundraht und schrie: «Das ist hier die Hölle!» Er wurde sofort getötet. Ein anderer, der eine Nachricht nach aussen schmuggeln wollte, wurde gefoltert. Einem Hitlerjungen aus Gleiwitz gelang die Flucht, indem er sich gegen drei Uhr morgens in der Männerlatrine versteckte und um sechs Uhr mit der Bergmänner-Brigade floh. Er wurde jedoch in Gleiwitz gefunden und von Morel persönlich nach Schwientochlowitz gebracht. Morel sagte zu ihm: «Du müsstest krepieren, Du Schwein». Die Wärter schlugen den Jungen mit eisernen Stangen windelweich, und danach hat niemand mehr versucht zu fliehen. Ganze Tage und Nächte hörten die Bewohner in Schwientochlowitz die Schreie der Deutschen. Ein älterer katholischer Pfarrer versuchte, dies der Welt mitzuteilen und fuhr mit dem Zug nach Berlin. Dort berichtete er einem britischen Offizier über die Geschehnisse in Zgoda. Dieser schrieb daraufhin eine «deprimierende Notiz» per Post nach London. Am Massengrab innerhalb des alten Friedhofes in Schwientochlowitz steht jetzt ein Gedenkstein mit der Aufschrift: DEN OPFERN DES LAGERS SCHWIENTOCHLOWITZ/ZGODA. (Sack, S. 319-322, Anmerkungen 50 und 51 mit umfangreichen Quellenangaben; Gerhard Gnauck, *Polens letzter lebender Lagerkommandant soll vor Gericht*, in: *Die Welt* vom 19. 5. 2008; Über das Lager Zgoda siehe auch die Dokumentation von Sepp Jendryschik, *Zgoda, Eine Station auf dem schlesischen Leidensweg*, Viöl, 2. Auflage 2000)

12.1 Die Geschehnisse im Lager Potulice

Vorbemerkung: Das Zentrale Arbeitslager (poln., Centralny Oboz Pracy) in Potulitz (poln., Potulice) an der Ostsee war in den Jahren 1945 bis 1950 ein polnisches Internierungs- und Arbeitslager. In diesem Lager waren etwa 36.000 Deutsche, aber auch antikommunistisch eingestellte polnische Zivilisten untergebracht. Etwa 3.500 Deutsche starben in dem Lager, zum Teil durch Seuchen. Die Leichen der Deutschen wurden in eine Grube bei der Stadt geworfen und zugeschüttet. Später entstand an dieser Stelle eine Mülldeponie. Kommandiert wurde das Lager COP zunächst von der Bürgermiliz (poln., Milicja Obywatelska), später direkt vom Ministerium für Öffentliche Sicherheit. (Wikipedia, *Zentrales Arbeitslager Potulice*)

Nach Angaben von Sack waren in Potulice dreissigtausend Deutsche untergebracht. Jeden Abend ging der dortige Kommandant zu den Baracken und rief: „Achtung! Singen: Es geht alles vorüber!“ Als die Deutschen sangen, schrie der Kommandant sie an: «Ihr Schweine!» und schlug mit einem Stuhlhocker auf sie ein, wobei einige tot umfielen. Danach rief der Wärter: «Ausziehen!» Als die Deutschen nackt waren, schlug er sie und begoss sie mit Jauche. Wenn er eine Kröte fing, schob er das fette Wesen in den Mund irgendeines Deutschen, der kurz danach verstarb. In Potuliz verloren mehr Deutsche ihr Leben, als dort während des Krieges Juden umkamen. (Sack, S. 167-190)

12.2 Die Geschehnisse im Lager Myslowitz, Grottkau

Vorbemerkung: Nach Angaben polnischer Historiker kamen in das Lager Myslowitz (poln., Myslowice) bei Kattowitz binnen zwei Jahren etwa 14.000 Deutsche, von denen mindestens 2.281 ums Leben kamen, vor allem aufgrund einer Typhusepidemie. Andere wurden aus dem Lager zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt. Im Herbst 1946 wurde das Lager aufgelöst. Kommandant des Lagers Myslowitz war Tadeusz Skowyra, damals gerade 21 Jahre alt, bis 1974 als Leiter verschiedener Gefängnisse in Polen tätig. Nach dem politischen Umbruch versuchte die polnische Justiz, den inzwischen 84-jährigen Skowyra für die Leiden der deutschen Zivilisten zur Rechenschaft zu ziehen. Das Verfahren wurde jedoch eingestellt, weil der Angeklagte krank und verhandlungsunfähig geworden war. (Gerhard Gnauck, *Letzter Lagerkommandant Polens soll vor Gericht*, in: *Die Welt* vom 19.5.2008)

Im Konzentrationslager von Myslowitz starben jeden Tag etwa einhundert Deutsche. Die aus Auschwitz befreiten Juden forderten auch hier die Deutschen auf, ein Lied zu singen, «sonst Kugel in den Mund!» Also begannen die Gefangenen das Lied zu singen, welches sie alle bereits im Kindergarten gelernt hatten: «Alle Vöglein sind schon da...» Darauf schrien die Juden «Ihr Schweine!» und prügelten auf die Deutschen ein. In Grottkau wurden die Deutschen in Kartoffelsäcken begraben, in Hohensalza gingen sie direkt in den Sarg und der Kommandant liess sie dort liegen. In Blechhammer wollte der jüdische Kommandant die Deutschen nicht einmal anblicken, also starben sie vergessen. Der Status «verdächtig» war zu wenig, als dass irgendein Deutscher in Polen barmherzig behandelt wurde. In den 1.255 Lagern für Deutsche starben buchstäblich zwischen zwanzig und fünfzig Prozent der Gefangenen. Insgesamt verloren zwischen sechzigtausend und

achtzigtausend Menschen ihr Leben, bedeutend weniger als die Zahl der in Auschwitz umgekommenen Juden, aber mehr, als jene in Belsen, Buchenwald und an tausend anderen Orten starben. (Sack, S. 167-190)

12.3 Die Geschehnisse in Gleiwitz

Gleiwitz wurde am 23. Januar 1945 von den Sowjets besetzt. Die deutschen Einwohner wurden oft willkürlich getötet. Die Soldaten, es waren meistens Asiaten, riefen: «Du Gitler!» – und schossen auf Polizisten, Feuerwehrmänner, Briefträger und Schaffner in granatfarbigen Uniformen. Sie töteten sogar einen Mann, in dessen Haus sie ein goldenes Schulterstück aus dem Ersten Weltkrieg fanden. Sie erschossen eine Anzahl von Ärzten, Juristen, Schneidern, Krankenschwestern, Zimmerleuten, Friseuren, Zollbeamten, Uhrmachern, Inhabern von Tabakläden, Strassenbahnführern, Bergmännern, sogar einige Flüchtlinge aus Auschwitz, darunter auch Juden. Die Frauen schnitten sich ihre Haare ab, damit sie die Soldaten nicht vergewaltigten. «Frau komm!» sagten die Sowjets und stellten sich in Reihen auf, um sogar ein achtjähriges Mädchen und eine achtzigjährige Klosterschwester zu vergewaltigen. Im Januar 1945 galt verbindlich der Plan, wonach Gleiwitz, Breslau, Stettin, Stolberg mit 44.000 Quadratmeilen von Deutschland an die Vertreter der polnischen Behörden übertragen werden sollte. Anfang Februar forderte Stalin zweihunderttausend Arbeitskräfte aus Deutschland. Also wurden am 14. Februar 1945 in Gleiwitz folgende Plakate ausgehängt: 1. «Alle Deutsche männlichen Geschlechts, zwischen dem 16-ten und dem 50-ten Lebensjahr, haben sich innerhalb von 48 Stunden beim Büro für Rekrutierung von Arbeitskräften zu melden.

2. Alle haben mindestens zwei komplette Winterkleidung, Woldecken, Essbesteck und Lebensmittel für mindestens zehn Tage mitzubringen.»
(Sack, S. 88-90)

12.4 Die Geschehnisse in Breslau

In Kattowitz, ebenso wie in Kielce, Breslau, Stettin und einigen anderen Städten waren die Polizeichefs Juden. Viele von ihnen waren ehemalige Partisanen, die bereits im August 1944 in Lublin ihren Sieg feierten. 1945 wurden diese Leute Polizeichefs im grössten Teil Polens und in dem von Polen verwalteten Teil Deutschlands. In Breslau, dem grössten eroberten Ort, waren der Polizeiführer und der Chef des Amtes für deutsche Angelegenheiten, der Chef des Korpus für Innere

Sicherheit, ja sogar der Bürgermeister der Stadt Juden. Vom August an gingen die Soldaten in die deutschen Häuser und riefen: «Heraus!» – und fügten mit vorgehaltenen Maschinenpistolen hinzu: «So wie ihr es getan habt. Ihr habt sieben Minuten. Sechs Minuten. Fünf. Vier...» Danach trieben sie die Deutschen zum Breslauer Bahnhof. Ihnen wurde erlaubt, zweiundzwanzig Pfund Lebensmittel, Wasser und Kleidung (Schmuck war nicht erlaubt) in die ausgebrannten Viehwaggons mitzunehmen. Die Sachen wurden ihnen jedoch von der polnischen Polizei wieder weggenommen, so dass viele von ihnen an Kälte und Hunger verstarben. Die Verstorbenen wurden in braunes Packpapier eingewickelt und begraben. Täglich starben auf jenem Bahnsteig zehn Deutsche. Mit der Zeit siedelten die Überlebenden nach Ost- und West-Deutschland um. Danach wurden sie – wie die Juden auch – gezählt und es kam ans Tageslicht, dass von zehn Millionen Deutschen, die nach dem Kriege in Polen und in dem von Polen verwalteten Teil Deutschlands lebten, anderthalb Millionen das Leben verloren. «Das, was mit den Juden geschah war schlimm – sagte eine Mutter aus Gleiwitz. Aber das war auch ein anderer Holocaust.» (Sack, S. 226-228)

12.5 Die Geschehnisse in Neisse, Glatz und Ottmachau

Als Morel erfuhr, dass er in die Polnische Armee einberufen werden sollte, setzte er sich nach Neisse ab. Kommandant in Neisse war Kapitän Stilberg aus Bedzin. Am nächsten Tag begann die Suche nach Nazi-Verdächtigen.

Der Suchtrupp ging durch die Breslauer Strasse, die Hauptstrasse von Neisse. Er führte einige Deutsche mit sich, die für 200 Dollar pro Kopf sagten: «Dort! Dieser Mann war ein Nazi!» oder «Diese Frau war in der Partei!» Mit vorgehaltener Pistole nahmen die Männer die verdächtigen Deutschen fest und führten sie zu Fuss in die Kochstrasse. Tag für Tag wanderten die Deutschen zum Büro von Morel im ersten und zweiten Stock. Nicht weniger als acht Untersuchungsrichter, fast alle Juden, standen im Kreis eines beliebigen Deutschen und fragten ihn: «Warst Du in der Nazi-Partei?» Antwortete der Deutsche mit «Ja», dann riefen die Männer: «Du Schwein!» Sie schlugen ihn, brachen ihm sogar die Hand, bevor sie ihn nach Schwientochlowitz oder zum Gericht nach Kattowitz abtransportierten. Unter den Schlägen erklärten neunzig Prozent der Deutschen im Keller von Salomon, fünf- undachtzig von vierundneunzig Männern: «Ich war in der Partei.» Das gleiche taten die Männer und Frauen in den anderen Kellern des Sicherheitsdienstes. Es

gab viele solcher Keller, sehr viele, in denen die Deutschen mit der Peitsche, einem Knüppel oder mit der Strassenbahn-Kette geschlagen oder ihre Finger zwischen die Tür und das Futter eingequetscht wurden. Den Opfern wurden manchmal in die Fingernägel hölzerne Keile getrieben, immer tiefer, bis der Deutsche (oder die Deutsche) sagte: «Ja!» Diese Täter ermittelten die Wahrheit auf die gleiche Weise, wie andere aus Oliven Öl gewinnen. Für jedes «Ja» und für alle «Nein» wurden die Opfer geschlagen. In Glatz fragte der jüdische Kommandant einen deutschen Polizisten: «Warst Du in der Partei?» «Selbstverständlich! Ich musste sein!» «Hinlegen!» befahl der Kommandant, und sechs Wochen später schlugen die Täter immer noch auf die Fusssohlen dieses Deutschen. In einem anderen Keller in Glatz wurden einem Deutschen die Rippen gebrochen, erst dann unterschrieb er: «Ich verpflichte mich, mit dem Amt zusammenzuarbeiten.» In einem Keller in Ottmachau wurde ein deutscher Gefangener nackt im kalten Wasser gehalten, bis er unterschrieb, dass er für sie spionieren wird. Morel wusste, dass die wirklichen Nazis im Januar geflohen sind und die verbliebenen von den Russen erschossen wurden. Er wusste, dass die Deutschen, die in Schlesien geblieben sind, wahrscheinlich keine Nazis waren und dass der Deutsche, der in der Partei war, nicht unbedingt schlecht sein musste. Zu neunzig Prozent waren diese Leute unschuldig! (Sack, S. 127-137)

13. Der Krieg auf dem Balkan

Was sich nach der Kapitulation der jugoslawischen Armee am 17. April 1941 bis Ende 1949 auf dem Balkan abspielte, übertrifft den Russlandfeldzug noch an Grausamkeit und Brutalität. Schon drei Monate nach der Kapitulation begann in Serbien unter der Führung des Kommunisten Josip Broz, genannt Tito, der Guerillakrieg gegen die deutsche Besatzung. Die Methode: Kampf aus dem Hinterhalt, das Ziel: Vernichtung des Gegners. Dies war ein Krieg ohne Gnade, ohne Pardon, dem die Deutschen ohne ein geeignetes Konzept gegenüberstanden. Die Partisanen, die oft in Zivilkleidung kämpften und ihre Waffen niemals sichtbar trugen, griffen stets aus Verstecken an. Sie marterten, verstümmelten und töteten erbarmungslos. Die Kampfweise missachtete alle Regeln des Völkerrechts und der Menschlichkeit und forderte damit Vergeltungsmassnahmen der Wehrmacht heraus, die ihrerseits den durch das Völkerrecht begrenzten Rahmen überschritten. Gerade dies wurde von seiten der Partisanenführung bezweckt. Es schreckte sie keineswegs ab, sondern trug vielmehr noch zu einer Steigerung ihrer Grausamkeit bei. Der interessierte Leser findet bei Carell eine Fülle von schauerlichen Beispielen dieser «Spirale des Todes». (Paul Carell/Günter Böddeker, *Die Gefangenen*, Ullstein Verlag, 1980)

Anfang Mai 1945 stand die Masse der deutschen Südost-Armee nach schweren



Rückzugsgefechten gegen Titos Partisanen und Teilen der bulgarischen Armee im Raum Agram (kroat., Zagreb). Ziel war der Rückzug nach Österreich in das von den Engländern besetzte Gebiet. Doch es kam zu Verzögerungen mit katastrophalen Folgen für die fast 200.000 deutschen Solda-

Der kommunistische Partisanenmarschall Josip Broz, genannt «Tito» (1892-1980).

ten der Heeresgruppe E, denn noch vor Erreichen der österreichischen Grenze kam der Befehl der Kapitulation. Die Jugoslawen schlossen mit den deutschen Truppen Kapitulationsverträge – zum Schein, wie

sich sehr bald zeigen sollte, denn diese Verträge wurden von den Jugoslawen alle nicht eingehalten. So fielen 175.000 deutsche Soldaten in die Hände von Titos Partisanenverbänden. Was danach kam, übertraf alles, was die deutschen Kriegsgefangenen, beispielsweise auf den «Rheinwiesen» oder selbst in sowjetischer Kriegsgefangenschaft, erdulden mussten. Die Todesraten bei den folgenden «Sühnemärschen» und in den Gefangenenlagern waren enorm hoch. Begleitet von grausamsten Foltern und schlimmsten und unmenschlichsten Bedingungen mussten die deutschen Gefangenen Sklavenarbeit verrichten. Zehntausende wurden unter oft tage- und wochenlangen Quälereien gezwungen, Kriegsverbrechen an der jugoslawischen Bevölkerung einzugestehen und entsprechende Geständnisse zu unterschreiben. In Wahrheit brauchten die Partisanen Verantwortliche für die von ihnen selbst an der eigenen Bevölkerung begangenen Verbrechen. Noch nach dem Kriege wurden von den Kommunisten Hunderttausende von angeblichen Kollaborateuren umgebracht. Mit den erzwungenen Geständnissen wurde der Einsatz deutscher Kriegsgefangener zur Leistung von Reparationen begründet. Das Martyrium im «Vorhof der Hölle» endete für die deutschen Gefangenen erst im Jahre 1949. Über 80.000 (nach einer vorsichtigen Schätzung) verloren bis dahin ihr Leben, oft nach entsetzlichen monatelangen Misshandlungen. Die Verlustquote von nahezu 50% übersteigt alle anderen bekannten Fälle. Den Gipfel eines menschenverachtenden Zynismus stellte die Behauptung dar, die Zahl der in Gefangenschaft ums Leben gekommenen deutschen Soldaten habe nur 6.215 Mann betragen. (Zips, *Kriegsende*, S. 26/27)

14. Die Vertreibung der Deutschen aus Jugoslawien

Der Völkermord an den Deutschen aus Jugoslawien – den Donauschwaben – ist wenig bekannt, obwohl eine entsprechende amtliche Dokumentation bereits 1961 erschienen war. Eine kurze Schilderung dieses Schicksals ist daher geboten. Nach der Zurückdrängung der Türken besiedelten die habsburgischen Herrscher im 18. Jahrhundert das Land zu beiden Seiten der mittleren Donau von der Raab bis zum Eisernen Tor vorwiegend mit Süddeutschen. Diese rund 1,5 Millionen Donauschwaben lebten bis zum Ende des Ersten Weltkrieges im ungarischen Landesteil der Habsburger Monarchie und wurden im Diktat von Trianon 1920 auf Ungarn, Rumänien und den neuen, später Jugoslawien genannten Staat aufgeteilt. Das Schicksal der Siebenbürger Sachsen in Rumänien und der Ungarndeutschen war nach 1945 auch sehr hart. Am weitaus schlimmsten traf es jedoch die Jugoslawiendeutschen.

Als die deutschen Truppen sich ab Herbst 1944 aus Jugoslawien zurückziehen mussten, flüchteten viele alteingesessene Volksdeutsche mit ihnen. Einschliesslich der als Soldaten eingezogenen Männer befanden sich Ende 1944 rund 340.000 Deutsche Jugoslawiens ausserhalb ihrer Heimat. Für die 200.000 Verbliebenen setzte ab Oktober 1944 eine gnadenlose Verfolgung ein. Tausende deutscher Zivilisten wurden von den jugoslawischen Partisanen ermordet, die restlichen wurden in Arbeits- und Vernichtungslagern, teilweise bis 1948, eingekerkert. Mehr als 12.000 Personen wurden nach Weihnachten 1944 in die Sowjetunion zur Zwangsarbeit deportiert. Viele Kinder wurden in Heimen slawisiert. Durch die Dekrete des sogenannten ‚Antifaschistischen Rates der Nationalen Befreiung Jugoslawiens‘ (abgekürzt AVNOJ) vom 21. November 1944 wurden alle Deutschen in Jugoslawien vom Tito-Regime zu Feinden Jugoslawiens und für rechtlos erklärt, völlig enteignet, von ihrem Besitz vertrieben und zur Sklavenarbeit gezwungen. Artikel I dieser Verordnung lautete: «Mit dem Tag des Inkrafttretens dieses Beschlusses gehen in das Eigentum des Staates über 1. Sämtliches Vermögen des Deutschen Reiches und seiner Staatsbürger, das sich auf dem Territorium von Jugoslawien befindet. 2. Sämtliches Vermögen von Personen deutscher Volkszugehörigkeit mit Ausnahme derjenigen Deutschen, die in den Reihen der Nationalen Befreiungsarmee und der Partisaneneinheiten Jugoslawiens gekämpft haben...»

Sorgfältige Nachforschungen der Landsmannschaften ergaben die folgende zahlenmässige Aufstellung der Opfer unter den Jugoslawiendeutschen. Schon von

Juli 1941 bis Oktober 1944 wurden durch Partisanenüberfälle 1.500 deutsche Zivilisten bestialisch ermordet. Von Oktober 1944 bis Juni 1945 sind durch Erschiessungen und andere Mordpraktiken sowie durch die «Aktion Intelligenzija» etwa 9.500 Deutsche umgekommen. Die Ermordeten mussten ihre Gräber teilweise selbst schaufeln. Von den 170.000 internierten Zivilpersonen gingen, insbesondere in den berüchtigten Todeslagern, so in Sterntal bei Pettau oder Tüchern bei Cilli (slowen., Celje), von Oktober 1944 bis März 1948 51.000 Deutsche meist durch Hunger und Seuchen elend zugrunde. Überlebende wurden nach Österreich abgeschoben. Über einen Fall berichtete der *News Chronicle* am 15. Oktober 1945 aus Wien: «Ein Zug, der nun auf einem Nebengleis in Wilfersdorf bei Bruck steht, fuhr vor 16 Tagen aus Jugoslawien ab mit 650 deutschen Frauen und Kindern und einigen wenigen Männern aus Südwest-Ungarn. Sie haben nur das zu essen, was sie bei sich hatten. Niemand kümmert sich um sie. Der Zug wurde nach Wien und wieder zurückgefahren, da die Leute nirgends hingehen konnten. Das österreichische Rote Kreuz erhält keine Erlaubnis, die Flüchtlingslager zu betreten oder den Insassen zu helfen.» Von den Ende 1944/Anfang 1945 zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportierten mehr als 8.000 Frauen und 4.000 Männer sind mindestens 2.000 unter den herrschenden Umständen zugrunde gegangen. Damit sind von den 200.000 in Jugoslawien 1944 verbliebenen Volksdeutschen mindestens 64.000, und damit fast ein Drittel, dem Völkermord anheimgefallen. Von den AVNOJ-Enteignungen waren übrigens auch sogenannte einheimische «Kollaborateure», aber auch Italiener (in Istrien) und Ungarn (Wojwodina, Komitat Braunau [ungar., Baranya], Übermurgebiet) betroffen.

(*Der Grosse Wendig*, Band 2, S. 435-437; de Zayas, S. 135)

14.1 Das Massaker von Cilli

Über die Verbrechen bei Cilli wird nachstehender Kurzbericht des Obmannes des neu gegründeten Kulturvereins Cilli an der Sann, Andrej Aidic, aus der Zeitschrift «Der Untersteirer» wiedergegeben: «Als zu Kriegsende die Kommunisten in Jugoslawien die Macht übernahmen, flüchteten Soldaten, Zivilisten und Angehörige des antikommunistischen Blocks Anfang Mai über die Grenze nach Österreich. Dort wu/den sie allerdings von englischen Besatzern gefangen genommen und nach Jugoslawien ausgeliefert. Als ‚Feinde des Volkes‘ landeten an die 40.000 Menschen vom Kleinkind bis zum Greis im KZ Tüchern (slowen., Teharje) bei Cilli (slowen., Celje). Es waren slowenische Domobranzen (Slowenische Landwehr), kroatische Soldaten, Angehörige der Ustascha und viele Deutsche. Die

Kinder wurden von den Eltern getrennt, fast alle Erwachsenen wurden nach und nach umgebracht, nur sehr wenige überlebten. Die kleinen Kinder und Säuglinge warf man auf Leiterwagen, setzte sie Hunger und Kälte aus und liess sie sterben. Die grösseren kamen auf einen Gutshof am Berg Petrischek in Leisbach bei Cilli, dessen Besitzer man im Lager Tüchern oder Tiiffer (slowen., Lasko) ermordet hatte. Die Kinder wurden durch Gehirnwäsche und mit härtesten Methoden zu Kommunisten erzogen. Prügel waren noch die mindeste Strafe. Wurden die Kinder beim Aufklauben von Fallobst oder beim Beten erwischt, sperrte man sie in die Räucherammer und heizte den Ofen an. Drei Kinder, denen zunächst die Flucht gelungen war, wurden vor den Augen der anderen blutig geschlagen, erschossen und im Wald verscharrt. Rund 80 Kinder lebten am Ort des Grauens. Kleinkinder wurden zur Adoption an kommunistische Eltern weitergegeben, kranke Kinder verschwanden über Nacht. Die Kinderlager so wie andere Orte des Grauens in Slowenien blieben ein Staatsgeheimnis. Erst einige Jahre nach dem Zerfall Jugoslawiens meldeten sich einige Überlebende und wagten es, ihre grauenvollen Erinnerungen zu erzählen.» (Carl Gustaf Ströhm, *Slovenien: Im Gegensatz zu den Opfern der Prager Beneš-Dekrete können die Betroffenen der AVNOJ-Dekrete auf symbolische Entschädigung hoffen*, in: *Junge Freiheit*, 16.8.2002 (Archiv) und Beitrag: *Ungarn ehrt Opfer des Gonozidi an Deutschen*, in: *Junge Freiheit* 12/11, 18.3.2011; *Mitteilungen des Allgemeinen Deutschen Kulturverbandes Wien*, Dezember 2011, *Das Grauen der Kinder vom Berg Petrischek bei Cilli/Untersteiermark.*)

14.2 Das Massaker von Dobrava

Im Frühsommer 2007 wurde in einem Wald bei Dobrava in der Nähe der Stadt Marburg an der Drau (slowen., Maribor) ein Massengrab mit vermutlich bis zu 40.000 Leichen entdeckt. Es sind allesamt Opfer der TitoPartisanen, die nach dem Zweiten Weltkrieg im heutigen Slowenien einen Massenmord verübten, wie es ihn in der Nachkriegszeit in dieser Heftigkeit nirgendwo sonst in Europa gegeben hat. Was hier unweit der Drau gefunden wurde, sind die Leichen von Deutschen und Kroaten, aber auch einigen slowenischen, serbischen und montenegrinischen Kollaborateuren, die in den ersten Maitagen des Jahres 1945 von Partisanen erschossen wurden.

Das Massengrab ist ein ehemaliger Panzergraben. Hier nahmen Titos Partisanen ab 1945 ihre Exekutionen vor. Ganze Familien wurden ausgelöscht, vor allem

jene, die der deutscher. Minderheit in der Untersteiermark angehörten. Bereits 1999 wurden bei Bauarbeiten für eine Autobahn in der Region Marburg an der Grenze zu Österreich 1.179 Skelette ausgegraben. Die Entdeckung ist so grauenerregend, dass Joze Dezman, Leiter der Historikerkommission, das heutige Slowenien als «Epizentrum eines Massenmordes» bezeichnet, der in Europa seinesgleichen sucht. «Das Verbrechen von Srebrenica mit seinen 8.000 ermordeten Moslems wird fälschlicherweise als der grösste Völkermord nach dem Zweiten Weltkrieg dargestellt», so Dezman. «In Slowenien hat es acht bis zehn Srebrenicas gegeben.» Dezman bestätigt auch, dass in Dobrava nicht nur Soldaten erschossen wurden. «Wir haben auch Krücken gefunden, das heisst, dass auch Kranke und Verwundete hingerichtet wurden.» Ein Grossteil der Toten sind kroatische Ustaša-Kämpfer und «weissgardistische» Angehörige der «Slowenischen Landwehr» (Domobranzen), die sich als Verbündete der Deutschen gegen die Tito-Partisanen bis in die Steiermark und nach Kärnten zurückgezogen hatten. Dort sind – das Schicksal der an die Sowjets ausgelieferten Kosaken teilend – von den britischen Besatzungstruppen nach dem 8. Mai 1945 an Tito in den sicheren Tod ausgeliefert worden. Viele Deutsche, aber auch ungarische und italienische Kriegsgefangene wurden ebenfalls dort ermordet. Zu den Opfern zählen auch viele vor der Roten Armee 1945 nach Westen geflüchtete deutschstämmige Banater oder Donauschwaben, die in die Hände der Tito-Partisanen gefallen waren. Alle Jugoslawen deutscher Volkszugehörigkeit waren vom ‚Antifaschistischen Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens‘ (AVNOJ) für «vogelfrei erklärt worden. Wer die Lagergräuere überlebte, wurde vertrieben. Die Menschen- und völkerrechtswidrigen AVNOJ-Beschlüsse bilden immer noch ein Bestandteil der slowenischen Rechtsordnung (Gustav Strasser, *Die Killing Fields an der Drau – Riesige Massengräber am der Nachkriegszeit in Slowenien entdeckt/Deutsche Kriegsgefangene und Zivilisten unter den Opfern*, in: *Junge Freiheit* 36/07, 31.8. 2007)

14.3 Das Massaker von Liescha (slowen)

Das Erdreich der Republik Slowenien gleicht einem Schlachtfeld. Erst unlängst wurde wieder ein Massengrab mit 700 Leichen gefunden. Das 21 Meter lange und drei Meter breite Grab liegt in der Ortschaft Liescha (slowen., Lese) in der Gemeinde Prävali (slowen., Prevalje) nahe der Grenze zu Kärnten. In Slowenien hat man seit der Wende bislang 500 solcher Massengräber entdeckt. Experten wie Marko Strov, Leiter der Einrichtung «Dienst für Kriegsgräber im slowenischen Aussenministerium, glauben, dass diese Zahl noch steigen wird. Die Opfer von Liescha weisen «massive Schlag- und Schussverletzungen auf und wurden kniend

hingerichtet. Es handelte sich nach Kriminaltechnikern der Polizeidirektion Windischgraz (slowen., Slovenj Gradec) um eine Massenexekution. Einige wurden erschossen, die meisten aber grausam mit Stöcken und Äxten erschlagen. Der Fall liegt jetzt bei der Staatsanwaltschaft in Laibach. Über DNA-Analysen hofft man mehr über die Identität der Opfer dieses Massakers sagen zu können. Nach Abschluss der Untersuchungen soll für die Opfer eine letzte Ruhestätte gefunden werden. Über die Täter dieses Massakers sind sich die Historiker einig: Es waren kommunistische Tito-Partisanen, die ab den Herbstmonaten 1944 eine Blutspur durch das gesamte jugoslawische Staatsgebiet zogen. Slowenien zeigt Interesse an der Aufarbeitung des Unrechts. Zu den geschätzten bis zu 40.000 Opfern zählten neben Angehörigen der Wehrmacht auch Volksdeutsche, königstreue serbische Cetniks, Mitglieder der kroatischen Ustasa-Bewegung, slowenische Weissgardisten (Domobranzen) und Angehörige des slowenischen Städtebürgertums. Österreiche Historiker gehen davon aus, dass sich unter den Opfern auch etwa hundert Kärntner befinden, die von den Partisanen über die Karawanken verschleppt worden waren. Viele der Opfer, unter ihnen vor allem wohlhabende slowenische Familien, waren zuvor auf der Burg Gutenstein (slowen., Ravne) inhaftiert. Der Kärntner Landtagspräsident Josef Lobnig (Freiheitliche) schlug wegen der Opfer aus Kärnten vergangene Woche vor, eine eigene Untersuchungskommission zu den Massengräbern zu entsenden. Für die Kommunisten galten sie pauschal als Kollaborateure und Volksfeinde. Zieht man die Ergebnisse, die man aus Untersuchungen der bisherigen Massengräber kennt, zum Vergleich heran, decken sie sich mit den Erzählungen aus Liescha. Die Morde geschahen vom 17. bis zum 19. Mai 1945, 19 vorbeifahrende Lastwagen wurden in der Ortschaft beobachtet. Auf den Ladeflächen hockten dicht aneinandergedrängte Gefangene. Sie wurden in den Wald geführt und dort hingerichtet. Nach diesem Muster funktionierte die Mordmaschinerie der nicht selten mit sadistischer Grausamkeit vorgehenden Partisanen. Obwohl oftmals wegen ihrer Untaten lokal bekannt, wurden sie nach 1945 in keinem bekannten Fall zur Rechenschaft gezogen. Das brutale Morden ereignete sich vorzugsweise in Karsthöhlen, Steinbrüchen und Schluchten abgelegener Wälder. Traurige Bekanntheit erlangte seit 1990 die Hinrichtungsstätte im südlich von Laibach gelegenen Hornwald (slowen., Kocevski Rog) in der Gottschee, wo seit der Umsiedlung der deutschen Gottscheer 1942 hinter die Grenzen des Grossdeutschen Reiches nur 50 Kilometer entfernt ein unbewohntes Rückzugsgebiet der Partisanenbewegung entstand (Basislager, Baza 20).

Die slowenische Regierung bemüht sich zwar, nach Jahrzehnten des Schweigens die eigene Geschichte aufzuarbeiten, was jedoch nicht heisst, dass man für die

Verbrechen der Vergangenheit die Verantwortung übernimmt. Politik, Medien und der Grossteil der Bevölkerung stecken noch immer in ihrer antifaschistischen Rechtfertigungsideologie fest. Unter dem Trauma der Vergangenheit leidet auch die kleine deutsche Volksgruppe in Slowenien. Immerhin gewährt die slowenische Verfassung anderen kleinen Volksgruppen wie den 3.000 Italienern oder 8.000 Ungarn ein autochthones Volksgruppenstatut. Der deutschen Volksgruppe von etwa 2.500 Personen werden solche Privilegien bislang vorenthalten, was elementaren europäischen Minderheitenrechten widerspricht. (Peter Wassertheurer, *Südlich der Karawanken herrschte der Schrecken – Neue Funde von Massengräbern weisen auf die Blutspur hin, die die Tito-Partisanen am Ende des Zweiten Weltkriegs zogen*, in: *Junge Freiheit*, 39/10, 24.9.2010)

14.4 Das Massaker in der Wojwodina/Banat

Wie schon erwähnt, wurden von Tito-Partisanen zwischen Oktober 1944 und Juni 1945 etwa 9.500 Frauen und Männer durch Erschiessungen und andere Mordpraktiken sowie durch die ‚Aktion Intelligenzija‘ ermordet. Bei der ‚Aktion Intelligenzija‘ handelte es sich um ein einheitliches Vorgehen der Tito-Partisanen in der Wojwodina, also im Banat, der Batschka und in Syrmien. Offenkundig liessen sich die jugoslawischen Kommunisten dabei von ihren sowjetischen Idolen leiten. Unter den Opfern befanden sich fast ausnahmslos Personen, die als «Kapitalisten» und «bürgerliche Klassenfeinde» zu den potenziellen «Konterrevolutionären» gerechnet wurden. Mobile Erschiessungskommandos kamen in die Ortschaften und verhafteten zum Teil gegen den Widerstand ortsansässiger slawischer Mitbürger führende, angesehene und wohlhabende Deutsche sowie antikommunistische slawische Führungspersönlichkeiten, um sie meist nach grausamen Folterungen zu töten. Zu den Opfern gehörten auch 29 Geistliche. Am 25. November 1944 wurden insgesamt 212 Deutsche aus Filipowa ermordet, darunter der damals 16-jährige Bruder von Robert Zollitsch, heute Vorsitzender der deutschen Bischofskonferenz und gebürtiger Filipowaer. Auch an seinen älteren Bruder dürfte der Erzbischof von Freiburg deshalb gedacht haben, als er am Tag der Heimat im September 2008 mahnte: «Wer all die menschlichen Schicksale, das vielfältige Leid, die unfasslichen Geschehnisse um unsere Landsleute verdrängt, der macht sie ein weiteres Mal zu Opfern, zu Opfern des Vergessens.»

Der 43-jährige Jovica Stevic aus Syrmien – der Landschaft zwischen den Flüssen Donau und Save – sagte in einer Erklärung 2007, dass auch über sechzig Jahre

nach dem Völkermord an den Deutschen in Jugoslawien in vielen Orten «Verbrecher und Mörder, Wächter und Kommandanten, die in Lagern töteten und unschuldige deutsche Kinder, Frauen und Männer folterten (leben). Man kennt sie und ihre Verbrechen.» Dennoch können die Täter unbehelligt ihren Lebensabend genießen. Für seinen Kampf um die Wahrheit und um die Wiedergutmachung der Ungerechtigkeiten, die an den Deutschen in der Wojwodina begangen wurden, wurde Stevic zu Beginn des Jahres 2010 mit dem Silbernen Verdienstzeichen der Republik Österreich ausgezeichnet. (Richard Hausner, *Tito ahmte Katyn auf dem Balkan nach – Jugoslawische Partisanen mordeten unter den Donauschwaben nach ähnlichem Schema, wie es die Sowjets gegenüber der polnischen Elite vor-machten*, in: *Junge Freiheit* 20/10, 14.5.2010)

14.5 Das Massaker von Rab

Ein besonders grausames, heute weithin vergessenes Massaker an Deutschen in Jugoslawien ereignete sich im Mai 1945 auf der heute von Touristen, auch vielen Bundesbürgern, gerne besuchten Adria-Insel Rab. Mehr als vierzig Jahre nach dem damaligen Geschehen gab im Jahre 1986 ein in Kanada lebender ehemaliger Angehöriger von Titos-Partisanen an, dass sich im Mai 1945 auf der Insel Rab rund 3.500 deutsche Soldaten ergeben hätten. Er teilte dann wörtlich mit: «Diese Kriegsgefangenen wurden von den Partisanen auf alle mögliche Art gefoltert und gequält. Danach wurden sie in einen Bunker geführt, der noch aus der Zeit des Königreiches Jugoslawien stammte. Man band ihnen die Hände mit Draht auf den Rücken und mauerte den Eingang zu. Die Türen wurden zubetoniert. So starben alle diese Deutschen in dieser gewaltigen Grabkammer. Das Grab befindet sich in einem mit Fichten bewachsenen Hügel unweit des Hotels ‚Imperial‘. Ich halte es nach so vielen Jahren für meine Pflicht, an dieses Verbrechen zu erinnern, das noch keinen Namen trägt.» In Istrien sollen deutsche Gefangene von Titos Partisanen lebend in Karsthöhlen geworfen worden sein. Über andere Schicksale der knapp 200.000 deutschen Soldaten, die den jugoslawischen Partisanen in die Hände fielen, berichten Carell und Boeddeker in ihrer Monographie mit vielen Zitaten aus der regierungsamtlichen Dokumentation über die deutschen Kriegsgefangenen. Die Leiden und Verfolgungen der Volksdeutschen in Jugoslawien werden in der vierbändigen Dokumentation der Donauschwaben beschrieben. (*Der Grosse Wendig*, Band 3, S. 624/625; siehe auch die Dokumentation über die Ermordung und Folterung deutscher Kriegsgefangener unter: www.nexusboard.net)

14.6 Das Massaker von Bleiburg und weitere Verbrechen des Tito-Regimes

Hunderttausende Zivilisten, Soldaten der serbischen «Tschetniks» (dt., Scharen), der kroatischen «Ustascha» und der slowenischen «Weissen Garde» («Domobranzen») wussten, welches Schicksal ihnen nach dem Sieg der kommunistischen Tito-Partisanen drohte. Sie strömten in Richtung der Grenzen nach Österreich und Italien, um sich den alliierten Streitkräften zu ergeben. Vielen gelang es tatsächlich, die Grenze zu überqueren und sich britischen Einheiten zu ergeben. Die Briten hatten jedoch auf höchster Ebene beschlossen, die meisten dieser Flüchtlinge zu den Partisanen zurückzuschicken.» Gemäss einer Übereinkunft mit den Partisanen lieferte beispielsweise das britische V. Korps etwa 18.585 verzweifelte Menschen, Zivilisten, ehemalige Soldaten und Untergrundkämpfer, den Partisanen aus. Die Walisische Garde überliess ebenfalls 5.000 Kroaten der Willkür der Partisanen; andere Einheiten übergaben weitere Tausende. Die meisten wurden später ermordet. Bei einem dieser Massaker lagen auf einer Strecke von knapp zwei Kilometern im Wald von Bresowiza schätzungsweise zwischen 5.000 und 10.000 Leichen. Vergleichbare Massaker erlitten zweifellos auch die 12.196 Kroaten, 5.480 Serben, 8.263 Slowenen und 400 Montenegriner, die das britische V. Korps bis zum 1. Juni 1945 wieder nach Jugoslawien abschob.

Etwa 100.000 kroatische Soldaten und Zivilisten, die an deutscher Seite für ein unabhängiges Kroatien gekämpft hatten, flohen im Mai 1945 vor den Mörderbanden Titos nach Kärnten, um sich den englischen Besatzern unter General Patrick Scott zu ergeben. Die Zivilisten baten um Asyl, die Soldaten um Übernahme in die englische Kriegsgefangenschaft. Die Menschen drängten sich an einem grossen Platz ausserhalb der Stadt Bleiburg nahe der jugoslawischen Grenze. Sie winkten, hissten weisse Fahnen und legten ihre Waffen nieder, im Glauben, die Briten würden ihnen Schutz gewähren. Die britische Generalität zeigte jedoch keinerlei Erbarmen mit den Flüchtlingen und lieferte die 150.000 Männer, Frauen und Kinder unbewaffnet und schutzlos an die Meuchelmörder Titos aus. Noch in der Nacht begannen Massenerschiessungen am Loibacher Feld. Mehrere Zehntausend Menschen starben an Hunger, Durst und Misshandlungen auf den Todesmär-

schen¹⁰⁰ von Kärnten bis an die serbisch-bulgarische Grenze. Auf der Höhe der Drau in Österreich zwangen die Briten weitere Zehntausende von Panik ergriffener Flüchtlinge zur Umkehr. Milovan Djilas, zum damaligen Zeitpunkt Mitglied in Titos Politbüro, kommentierte das Geschehen mit Blick auf die Tschetniks und ihre Sympathisanten. Doch seine Worte waren auch für alle anderen Flüchtlinge zutreffend: „Um ganz ehrlich zu sein – wir verstanden überhaupt nicht, warum die Briten diese Leute unbedingt zurückschicken wollten.« Was auch immer der Grund gewesen sein mag, insgesamt sahen sich eine Viertelmillion Kroaten und Zehntausende anderer der Willkür Titos ausgeliefert. Die Partisanen und ihre Geheimpolizei verüb-



Der Partisanengeneral Kosta Nad (1911-1986), einer von Titos fleissigsten Massenmördern.

ten an diesen Menschen ein Massaker von schrecklichsten Ausmassen. Sie wurden mit Maschinengewehren niedergemäht wie auf dem Bleiburger Feld, erschossen, erstochen oder zu Tode geprügelt, oder sie starben auf den unmenschlichen Todesmärschen, wurden in Flüssen ertränkt oder in tiefe Schluchten gestürzt. Ganz in der Nähe von Gottschee (slowen., Kocevje) im südlichen Slowenien, so berichtete ein junger Partisan nach seiner geglückten Flucht, brüsteten sich die Henker damit, in acht Tagen 30.000 bis 40.000 Menschen liquidiert zu haben (was durch andere Augenzeugen bestätigt wurde). Rund 5.000 serbische Tschetniks sowie zwischen 12.000 und 15.000 Kroaten und Slowenen, die man in St. Vid festgehalten hatte, wurden im Mai 1945 in das Kamnik-Gebirge südlich der österreichischen Grenze gebracht und dort am Rand von Panzerabwehrgräben durch Kommandos mit Maschinengewehren erschossen. Etwa 10.000 andere Gefangene wurden auf ähnliche Weise niedergestreckt. Weitere Zehntausende – ihre Zahl verringerte sich jedoch rapide – mussten über Wochen und Monate Hunderte von Kilometern zu Fuss zurücklegen und dabei immer wieder Dörfer und Städte passieren, deren Bewohner vorher zu «Übergriffen» aufgehetzt worden waren. Letztendlich überlebten wohl kaum mehr als 5 Prozent aller Flüchtlinge. Die Gesamtzahl der Ermordeten dürfte bei über 300.000 liegen – eine unfassbare Zahl, die aber noch nicht diejenigen Kroaten, Slowenen und Serben berücksichtigt, die in ihren Städ-

ten und Dörfern geblieben waren und dort hingerichtet wurden. Der frühere Partisanengeneral Kosta Nad gab im Belgrader Wochenblatt *Reporter* im Januar 1985 zu, dass jene 150.000 Menschen, die allein seiner Dritten Armee ausgeliefert worden waren oder ihr in die Hände fielen, «am Ende selbstverständlich liquidiert wurden».

In den zehn Monaten zwischen der Legalisierung der Regierung Tito und dem Kriegsende liess Tito vermutlich zwischen 300.000 und 750.000 Kroaten, Slowenen und Serben sowie deutsche Kriegsgefangene ermorden. Antikommunisten wurden noch lange nach dem Kriegsende unerbittlich gejagt und ermordet. Grundbesitzer, Wohlhabende und «Standardfeinde» der Kommunisten ereilte oft das gleiche Schicksal. Auch religiöse Würdenträger und unbequeme Intellektuelle zählten zu den Opfern. Nach dem Krieg wurden 200 Nonnen und Geistliche hingerichtet (darunter viele wegen ihrer Zusammenarbeit mit den Ustascha-Leuten). Ein anschauliches Beispiel für den gewissenlosen Demozid der Regierung Tito lieferte die kurzzeitige Besetzung von Triest, jenseits der Grenze in Italien. Nach 40 Tagen widerrechtlicher Besetzung gab Tito schliesslich dem britischen Druck nach und zog seine Truppen ab. Während dieser kurzen Besetzungszeit hatten die Kommunisten in Triest und Umgebung (Görz, Istrien und Rijeka) schon Tausende festgenommen und vermutlich 10.000 bis 15.000 Menschen umgebracht. (*Das Massaker von Bleiburg – 65 Jahre ungesühntes Kriegsverbrechen* unter www.politikforen.net; Rudolf J. Rummel, *Demozid – der befohlene Tod*, Lit Verlag, Münster-Hamburg-London 2003, S. 299/300. Der Autor war Professor für Politische Wissenschaft an der University of Hawaii.)

Die zweite grosse Tragödie ereignete sich bei Viktring am Südrand Klagenfurts. Am 15. Mai erhielten die 8. britische Armee und das V. Korps, unter dessen Kontrolle die Flüchtlinge standen, vom Hauptquartier des britischen Oberbefehlshabers in Caserta die Weisung, diese an die jugoslawischen Behörden auszuliefern. Nach der Auslieferung begannen die Massenexekutionen, gefolgt von den Todesmärschen. Vielfach wurden unterschiedslos Soldaten, Frauen und Kinder ermordet. Die Tötungsstätten liegen in Südkärnten, vor allem aber in Slowenien. Allein dort fand man 600 Massengraber unterschiedlicher Grösse, in denen Schätzungen zufolge bis zu 100.000 Leichen liegen. Nicht zu Unrecht wurde Slowenien als das grösste Massengrab Europas bezeichnet. In Kroatien spricht man von 900 Tötungsstätten mit etwa 90.000 Opfern. (Heinz Magenheimer, wie vor)

15. Die Vertreibung der Deutschen aus Ungarn

Nach der Vertreibung der Ostdeutschen aus den 1945 von der Sowjetunion und Polen annektierten deutschen Ostprovinzen wurden auch viele Volksdeutsche aus Ungarn vertrieben. Von den 477.000 Ungarndeutschen, die sich in der Volkszählung vom 21. Dezember 1941 als «Volksdeutsche» bekannt hatten, wurden 225.000 in den ersten drei Jahren nach Kriegsende von Haus und Hof ausser Landes verjagt. Entschuldigung wurde von ungarischer Seite angeführt, dass diese Massnahme von der alliierten Konferenz in Potsdam beschlossen oder von der Sowjetunion befohlen worden sei. Doch das war nicht der Fall. Richtig ist, dass die damalige ungarische Regierung für diese gegen das Menschen- und Völkerrecht verstossende Vertreibung verantwortlich war, sie aus chauvinistischen Gründen geplant und durchgeführt hat und dass auch die verschiedenen ungarischen Parteien die Enteignung und Vertreibung der Deutschen damals forderten und unterstützten.

In einer offiziellen Note der ungarischen Regierung vom 26. Mai 1945 an die Sowjetregierung hiess es: «Die ungarische Regierung ist zu dem Entschluss gelangt, dass es notwendig ist, jene Deutschen, die die Sache Ungarn verrieten und in den Dienst Hitlers traten, aus dem Lande zu entfernen, weil nur auf diese Weise sicherzustellen ist, dass der deutsche Geist und die deutsche Unterdrückung nicht mehr darin Herr werden.» Moskau wurde um Einverständnis gebeten, die zu entfernenden 200.000 bis 250.000 Deutschen nach Restdeutschland auszusiedeln. Die Vertreibung der Ungarndeutschen ging also von Budapest, nicht von Moskau aus und wurde bereits vor der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 eingeleitet. Die von der ungarischen Regierung geplante Vertreibung der «Schwaben» wurde in der Verordnung Nr. 12330 im *Ungarischen Staatsanzeiger* Nr. 211 vom 29. Dezember 1945 veröffentlicht. Es heisst darin unter anderem: «Zur Umsiedlung sind jene ungarischen Staatsbürger verpflichtet, die sich anlässlich der Volkszählung zur deutschen Nationalität oder Muttersprache bekannt haben oder ihren magyarischen Namen wieder in einen deutsch klingenden umändern liessen, ferner diejenigen, die Mitglied des Volksbundes oder einer bewaffneten deutschen Formation (SS) waren.» Vor allem die ungarische Nationale Bauernpartei rief gegen die «Schwaben» – so wurden die Deutschen genannt – und zu deren Enteignung auf. Im Parteiorgan der Kleinlandwirte, *Kis Ujsag*, hiess es am 18. April 1945, das «deutsche Gift» müsse entfernt, das «deutsche Geschwür aus dem nun heilenden Körper der Nation herausgeschnitten werden».

Als die Kommunisten 1948 die Macht übernahmen, gab es sogar erste Erleichterungen für die zurückgebliebenen Deutschen. 1950 hob der Stalinist Mátyás Rákosi (recte: Rosenfeld) die von den Vorgängerregierungen gegen die im Lande verbliebenen Deutschen erlassenen Gesetze auf. Die Durchführung der Vertreibung der Ungarndeutschen begann am 19. Januar 1946 mit dem gewaltsamen Abtransport einer ersten Gruppe aus dem Budapester Vorort Wudersch (dt., Budaaörs), dessen Bewohner zu mehr als 85 Prozent aus Deutschen bestanden. In Zügen mit Viehwaggons wurden jeweils rund 1.000 Menschen in mehrwöchiger Reise ohne Proviant in die US-amerikanische Zone Deutschlands abgeschoben, wo bald US-General Lucius Clay gegen die unmenschliche Behandlung der Vertriebenen protestierte und sich schliesslich weigerte, noch mehr der armen Menschen in seine Zone aufzunehmen, in die schon viele Sudetendeutsche gekommen waren. Nach seinen Angaben kamen bis zum 1. Dezember 1946 168.000 Ungarndeutsche in die US-amerikanische Zone, als er die Aufnahme beendete. Bis zum Sommer 1948 wurden dann noch einmal über 50.000 «Schwaben» aus Ungarn in die Sowjetzone vertrieben, von wo viele anschliessend nach Westdeutschland gingen, ein Teil dann in die USA auswanderte. Gleichzeitig wurden rund 64.000 Deutsche aus Ungarn in die Sowjetunion zur Zwangsarbeit verschleppt, von denen 16.000 umkamen. Insgesamt wurden 225.000 «Schwaben» vertrieben. Hinzugefügt sei, dass die ungarischen Bischöfe, deren Lage wahrhaftig nicht einfach war, den Mut hatten, gegen die unterschiedslose Vertreibung der Deutschen aus Ungarn und gegen den Raub ihrer Rechte und ihres Eigentums zu protestieren. (Reinhard Olt, *Das deutsche Geschwür im Körper der Nation*, FAZ, 9.9.2009; *Der Grosse Wendig*, Band 3, S. 626-628; Reichenberger, S. 87)

Nachtrag: Ohne Gegenstimme hat das ungarische Parlament Mitte Dezember 2012 den 19. Januar, den Jahrestag des Beginns der Vertreibung im Jahr 1946, zum Gedenktag der «unrechtmässigen Verschleppung» der Ungarndeutschen bestimmt. Mit ihm soll der Deutschen, die am Ende des Zweiten Weltkrieges und in der Zeit danach Verfolgung, Demütigung, Beraubung ihrer Güter und sogar den Tod erleiden mussten, würdig gedacht werden.

Unterstützt werden soll zudem die Organisation von Gedenkveranstaltungen sowie Unterrichtsmaterialien bezüglich der Verfolgung, Verschleppung und Vertreibung der Ungarndeutschen. Was während der Kommunistischen Ära in Ungarn tabu war dafür hat sich Ungarns erstes frei gewähltes Parlament bereits 1990 in aller Form entschuldigt: Das ungarische Verfassungsgericht hat alle Bestimmungen, auf denen die Vertreibung fusste, annulliert. ‚Dokumente der Schande‘ nannte die vormalige

Sozialistin Katalin Szili, von 2002 bis 2009 Parlamentspräsidentin, die Vertreibungsdekrete der ungarischen Nachkriegsregierung. Seit 1995 ist in Ungarn ein Minderheitengesetz in Kraft. Seit 1995 verfügen alle Volksgruppen, auch die deutsche, über Selbstverwaltungsorgane. (Reinhard Liesing, *Dokumente der Schande Ungarn: Wie es zur Vertreibung der Ungarndeutschen kam und wem die Urheberchaft zukommt*, in; *junge Freiheit* 4/13, 18.1.2013)

16. Die Vertreibung Deutschen aus Rumänien

Das Deutschtum in Rumänien war erst nach dem Ersten Weltkrieg zahlenmäßig von Bedeutung, da die Gebiete mit hohem deutschsprachigen Bevölkerungsanteil, wie das Banat und Siebenbürgen, erst durch den Vertrag von Trianon und nach der Ungarisch-Rumänischen Krise von 1919 Teil Rumäniens wurden. Umsiedlung und Flucht am Ende des Zweiten Weltkriegs, die Emigration aufgrund der Unterdrückung während der Zeit des Kommunismus sowie die Massenauswanderung nach der Rumänischen Revolution von 1989 reduzierten die Zahl der Rumäniendeutschen stark. Von ehemals über eine halbe Million leben heute nur noch etwa 36.000 im Land. Die wichtigsten Volksgruppen innerhalb der Rumäniendeutschen sind die Siebenbürger Sachsen und die Banater Schwaben, letztgenannte aus der übergeordneten Volksgruppe der Donauschwaben. Die Siebenbürger Sachsen waren seit der Reformation überwiegend evangelisch. Sie siedelten sich im 12. Jahrhundert unter dem ungarischen König Geza II. in Siebenbürgen an. Die Banater Schwaben siedelten sich im 17. bis zur zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Laufe der vom Hause Habsburg organisierten Schwabenzüge in den Ländern der Stephanskrone an, besonders in der Pannonischen Tiefebene entlang des Mittellaufes der Donau. Die Siedler waren vorwiegend katholischen Glaubens.

Bei der ersten Volkszählung nach dem Zweiten Weltkrieg Ende Januar 1948 wurden in Rumänien rund 345.000 Menschen deutscher Volkszugehörigkeit registriert. Als vorgebliche «Kollaborateure Hitlers» wurde die Volksgruppe für mehrere Jahre kollektiv entrechtet und der Willkür staatlicher Stellen ausgesetzt. Hierzu gehören die Verschleppung in die Sowjetunion im Januar 1945 und die Deportation in die Baragan-Steppe im Juni 1951. Zudem wurde infolge des Bodenreformgesetzes im März 1945 den Rumäniendeutschen auf dem Lande der Feldbesitz, die Häuser, das Grossvieh und alle landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte enteignet. Erst durch einen Ministerialbeschluss im Dezember 1955, der die Befreiung und Heimkehr der Baragan-Deportierten regelte, wurden der Feldbesitz und die Häuser teilweise – und hauptsächlich in kleineren Gemeinden – zurückerstattet. Im Gegenzug mussten die Eigentümer jedoch in die Kollektive der kommunistisch gelenkten Landwirtschaftsbetriebe eintreten. Trotz der zeitweiligen Lockerung dieser Repressionen in den sechziger und siebziger Jahren

verspürte die überwiegende Mehrheit der Rumäniendeutschen den Wunsch, das Land zu verlassen, was ihnen zu dieser Zeit nur in seltenen Fällen gelang. Mit dem Freikauf von Rumäniendeutschen durch die deutsche Bundesregierung wurde zwischen 1967 und 1989 die Ausreise von 226.654 Rumäniendeutschen in die Bundesrepublik Deutschland erwirkt. Die Höhe der Zahlungen für das sogenannte Kopfgeld wurde auf über 1 Milliarde DM geschätzt.

17. Rheinwiesenerlager – Der elende Tod deutscher Kriegsgefangener

Rheinwiesenerlager waren Kriegsgefangenenlager der US-Armee in der Rheinland am Ende des Zweiten Weltkrieges. Etwa eine Million deutsche Häftlinge waren von Frühjahr bis Spätsommer 1945 in diesen Einrichtungen inhaftiert. Zu ihnen gehörten Soldaten, Angehörige des Reichsarbeitsdienstes, Hitlerjungen und Zivilisten, die zufällig einen Armeemantel trugen. Diese Gefangenen wurden zu «entwaffneten feindlichen Streitkräften erklärt, um ihnen ihre Rechte gemäss der Genfer Konvention zu verweigern. So konnte auch das Rote Kreuz die Lager nicht mehr inspizieren. Diese Internierungslager wurden nicht auf Initiative der Armee, sondern der Politik errichtet. Dies entsprang dem Wunsch nach Vergeltung, nach Bestrafung und Rache an den Deutschen. Die Versorgung in den Lagern war völlig unzureichend. Für die meisten Insassen gab es keine Unterkünfte, ebenso kaum sanitäre Einrichtungen, kaum medizinische Betreuung, ja sogar zu wenig Trinkwasser. Täglich kamen Tausende Neuankömmlinge per Lastwagen in die überfüllten Lager. Unglücklicherweise war zudem das Wetter kalt und nass, und bald glichen die Lager riesigen Schlammseen. Die Häftlinge gruben aus Verzweiflung Erdlöcher, weil sie sonst keinen Schutz fanden. Cholera und Typhus breiteten sich aus. Tausende starben an Krankheiten, Unterernährung, der Witterung und an seelischem Zusammenbruch. Der deutschen Bevölkerung wurde verboten, die Lagerinsassen zu versorgen. Deutsche Verwundete aus den Hospitälern wurden in die Lager verlegt, obwohl sie dort nicht entsprechend versorgt werden konnten. Die Zeit der US-Besatzung war eine Zeit der Rechtlosigkeit der Deutschen und eine Zeit auch von Verbrechen und Grausamkeiten, die ebenfalls von US-amerikanischen Soldaten verübt wurden. (Interview mit Merrit P. Drucker¹⁰⁰: *Ich bitte um Verzeihung*, in: *Junge Freiheit* 26/12, 22. 6. 2012)

Drucker geht ähnlich wie der kanadische Buchautor James Bacque (*Der geplante Tod*) von einer Opferzahl von 750.000 Toten aus. Die tatsächliche Anzahl der Toten im US-amerikanischen Gewahrsam wird sich nie ganz genau ermitteln lassen. Es waren mit grösster Wahrscheinlichkeit mehrere zehntausend Deutsche,

100 Drucker, Jahrgang 1951, ist ehemaliger Major der US-Armee mit Studienabschlüssen in Psychologie, Philosophie und Management. Bekannt wurde er, als das Nachrichtenmagazin *Focus* Ende 2011 seine Entschuldigung an die Deutschen ganzseitig abdruckte.

die nach Kriegsende in US-amerikanischen Gefangenenlagern auf deutschem Boden elend zugrunde gehen mussten, und es waren Millionen, die entsetzliche Leiden und Demütigungen durchlebten. Zumindest letzteres entsprach durchaus den Absichten der massgeblichen US-amerikanischen Politiker und Militärs. Ihnen ging es darum, die ehemaligen deutschen Soldaten durch «Hungern und Frieren zu erniedrigen, um ihnen eine fundamentale Lektion zu erteilen, so dass sie nie mehr «auf dumme Gedanken kommen würden. Dass dabei unvermeidlich einige Zehntausend «Krauts in den Lagern sinnlos krepieren mussten, war in den Augen der Verantwortlichen kaum mehr als ein «Kollateralschaden dieser zentralen Reeducation-Massnahme. (Dag Krienen, *Zynische Missachtung deutschen Lebens*, in: *Junge Freiheit*, 3/11, 14.1.2011)

18. Die Hauptakteure im Zweiten Weltkrieg

Der Zweite Weltkrieg hatte mehrere Väter. Die These von der deutschen Alleinschuld ist längst unhaltbar und durch Fakten widerlegt. Darin stimmen viele jüngere Historiker weitgehend überein. Durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde die Stimmung gegen Deutschland auf internationaler Ebene erheblich verstärkt. Wie vor dem Ersten Weltkrieg wurde das Deutsche Reich auch vor dem Zweiten Weltkrieg durch Bündnisse seiner Gegner eingekreist bzw. ausgegrenzt. Im Mai 1935 wurde der französisch-sowjetische Beistandspakt geschlossen; im gleichen Monat schloss die Tschechoslowakei mit der Sowjetunion einen Beistandspakt. Am 26. August 1938 forderte Churchill im Unterhaus ein «offensives und defensives Grossbündnis zwischen Frankreich, England und Russland» gegen Deutschland. Am selben Tag bekundete der Chef der Labour Party, Attlee, die Absicht, «eine englisch-französisch-russische Einheitsfront» gegen Deutschland zu bilden. Damit sprachen sich beide Politiker gegen die Verständigungspolitik Chamberlains aus. Am 31. März 1939 gab Grossbritannien eine Garantieerklärung gegenüber Polen ab, mit der Polen faktisch einen Blankoscheck erhalten hatte, alle Verhandlungsangebote Deutschlands zu ignorieren und sich seinerseits aggressiv zu verhalten. Mit dieser Garantie-Erklärung verschärfte sich die Spannungen zwischen Polen und Deutschland erheblich. Gleichzeitig kam es zu immer schlimmeren Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit in Polen. Die Entscheidung über Krieg und Frieden hing nun letztlich von Warschau ab. Am 25. August 1939 wurde ein geheimes Zusatzprotokoll zum britisch-polnischen Beistandspakt unterzeichnet, dessen Artikel 1 bestimmte: «Unter dem Ausdruck ‚eine europäische Macht‘, der in diesem Abkommen angewandt wird, soll Deutschland verstanden werden.» Damit war klar, dass England Polen seine Unterstützung und Hilfe nur für den Fall eines Angriffs durch Deutschland versprach, nicht aber für den Fall einer Aggression durch die Sowjetunion. (Rassinier, S. 135; Post, S. 275, 314, 386 f.; A. v. Ribbentrop, S. 253/254; *Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 640/641; Schultze-Rhonhof, S. 457 f.)

18. Die Rolle Stalins

«Stalin-Herrschaft – das ist an die Macht gelangtes politisches Banditentum. Die Stalin-Herrschaft mit ihrem Völkermord und der Zersetzung der Persönlichkeit, mit ihrer Theorie und Praxis der Gewalt war in ihren Folgen mörderischer als die Weltkriege.» (Antonow-Owssejenko, *Stalin – Porträt einer Tyrannei*, Vorwort, S. XV)

«Es ist heute zweifelsfrei erwiesen, dass Stalin über den deutschen Angriff vom 22. 6. 1941 genauestens unterrichtet war. Chruschtschow liess daran ebenfalls keine Zweifel. Zitat: ‚Niemand, der auch nur den geringsten politischen Verstand besitzt, kann glauben, dass wir von einem unerwarteten, hinterhältigen Angriff überrascht worden sind.‘» (Joachim Hofmann, *Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945*, S. 79; Zips, *Zitatensammlung*, S. 41)

«Im Februar 1941 ernannte Stalin Marschall Schukow zu seinem Generalstabschef. In dieser Funktion bereitete Schukow den Krieg gegen Deutschland vor. Stalin hatte den Befehl zur heimlichen Mobilmachung bewusst am 19. 8. 1939 erteilt. Von diesem Tag an war... der Krieg nicht mehr aufzuhalten. Deshalb ist der 19.8.1939 der Tag, an dem Stalin den Zweiten Weltkrieg auslöste. Die heimliche Mobilmachung sollte mit dem Angriff auf Deutschland und Rumänien am 6.6.1941 abgeschlossen werden.» (Viktor Suworow, *Der Tag M*, S. 73/74, und *Der Eisbrecher*, S. 429 f., Zips, *Zitatensammlung*, S. 41)

«Der vollständige Aufmarsch der sowjetischen Truppen an der deutschen Grenze war für den 10. Juli 1941 geplant. Nahezu ein halbes Jahr lang war das Eisenbahntransportwesen durch die geheimen Truppenverlegungen gelähmt.» (Viktor Suworow, *Stalins Krieg*, S. 174/175, Zips, *Zitatensammlung*, S. 41)

Zu den Hauptkriegstreibern gehörte der sowjetische Diktator Stalin, der die kommunistische Weltherrschaft anstrebte. Um dieses Ziel zu erreichen, bereitete sich die Sowjetunion trotz des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts vom 23. August 1939 (Ribbentrop-Molotow-Abkommen) systematisch auf den kommenden Krieg vor und wartete nur auf eine günstige Gelegenheit, Deutschland in den Rücken zu fallen.¹⁰¹ Stalin wollte den Krieg, um den Kommunismus auf den ganzen europäischen Kontinent auszuweiten, was ihm nach Kriegsende mit Hilfe seiner demokratischen Verbündeten USA und Grossbritannien beinahe gelungen ist. Hitler war seinen Gegenspielern an Perfidie und Raffinesse hoffnungslos unterlegen. Er durchschaute aber Stalins Doppelspiel und kam dem erwarteten Angriff der Sowjetunion zuvor. Mit Stalin, dem grössten Diktator, Tyrannen, Massenmörder und Kulturzerstörer aller Zeiten, schlossen die westlichen Demokratien in voller Kenntnis seiner Untaten ein Kampfbündnis, um einen anderen Diktator und Tyrannen zu

101 «Hätte Hitler Stalin nicht angegriffen, hätte Stalin nahezu sicher an irgendeinem Punkt Hitler angegriffen.» *Focus* vom 11. April 2005.

beseitigen, nämlich Hitler. Den vereinten Alliierten ging es vor allem darum, Deutschland mit vereinten Kräften zu zerschlagen und das deutsche Volk zu dezimieren. Gegen die vereinte Übermacht der Grossmächte USA, Grossbritannien und Sowjetunion konnte Deutschland nichts ausrichten und war von Anfang an zum Untergang verurteilt.

Nach Ansicht einer wachsenden Zahl russischer Historiker war der deutschsowjetische Nichtangriffspakt Ausgangspunkt von Stalins Strategiekonzept. Stalin begründete den Paktabschluss in einer Geheimrede vor dem Politbüro damit, dass er zum Ausbruch des Krieges zwischen Deutschland und dem «englisch-französischen Block» führen werde und damit im Interesse der Sowjetunion liege, damit sich die beiden Seiten in ihm erschöpften und am Ende ein «sowjetisches Deutschland» stehe und auch Frankreich sowjetisiert werde. Mit dem Pakt gab Stalin Hitler grünes Licht für seinen Angriff auf Polen, dem am 3. September 1939 die Kriegserklärung der beiden Westmächte an Deutschland folgen musste. Dadurch wurde jener «zweite Krieg» ausgelöst, auf dessen «Unvermeidlichkeit» der sowjetische Diktator schon seit den zwanziger Jahren unentwegt gesetzt hatte. Der Krieg sollte die kapitalistischen Mächte bis zur Erschöpfung schwächen, um der Sowjetunion als «lachendem Dritten» (Lenin) die Gelegenheit zu geben, als letzte in die Auseinandersetzung einzugreifen und der kommunistischen Weltrevolution in Europa zum Durchbruch zu verhelfen. Die beiden totalitären Kontrahenten, so ihr Fazit, haben in ihrem indirekten Zusammenspiel den Zweiten Weltkrieg ausgelöst, so dass Stalin am Abend des Vertragsabschlusses im vertrauten Kreis sagen konnte: «Ich habe Hitler überlistet», eine Feststellung, die freilich Hitlers Verantwortung in diesem Komplott durch seinen Angriff auf Polen nicht mindert. Auch bezüglich der Vorbereitungen des sowjetischen Angriffskrieges gegen Deutschland sind sich die russischen Historiker weitgehend einig. Die Aufrüstung Russlands hat 1940/1941, besonders bei Panzern, Artillerie und Luftstreitkräften, ihren Höhepunkt erreicht, so dass die Autoren von einem wahrscheinlichen Angriffstermin noch im Juli 1941 ausgehen. (Klaus Hornung, *Der lachende Dritte war bereit*, in: *Junge Freiheit*, 26/12 22. 6. 2012. Der Sammelband des russischen Historikers Dmitrij Chmelnizki über die Kriegsvorbereitungen der Sowjetunion vor dem Angriff der Wehrmacht trägt den Titel *Die Rote Walze. Wie Stalin den Westen überrollen wollte.*)

Auch der polnische Historiker Bogdan Musial kommt in seinen Forschungen zum Ergebnis, dass Stalin sich spätestens seit Ende 1940 sehr intensiv auf einen Angriff

auf Deutschland vorbereitete, wobei er trotz zahlreicher Warnungen nicht an die Entschlossenheit Deutschlands glaubte, schon bald selbst präventiv anzugreifen. Er liess die Armee noch einmal grundlegend umstrukturieren, ausbauen und umrüsten. Im Frühjahr 1941 war Stalin unbestreitbar dabei, entlang der deutsch-sowjetischen Demarkationslinie die grösste Invasionsarmee aller Zeiten aufzubauen, um im geeigneten Moment seinen deutschen Verbündeten zu überfallen. Neue Flugplätze an der deutsch-sowjetischen Grenze wurden gebaut und die alten ausgebaut, die serienmässige Produktion von Kampfflugzeugen und Panzern aufgenommen, um die Streitkräfte im Laufe des Jahres 1941 umzurüsten. Die Eisenbahnlinien und Strassen bis zur deutschen Grenze hin wurden ausgebaut, Vorräte an Lebensmitteln, Treib- und Rohstoffen für den künftigen Krieg angelegt. Auch eine polnische Division liess Stalin im Juni 1941 aufstellen, die im Krieg gegen Deutschland eingesetzt werden sollte. Der Hauptstoss sollte ja durch das deutsch besetzte Polen gehen. Inmitten dieser Vorbereitungen, am 22. Juni 1941, griff Deutschland die Sowjetunion an, ohne dass Hitler und seine Generale von den auf Hochtouren laufenden sowjetischen Kriegsvorbereitungen in ihrer Gesamtheit etwas geahnt hätten. Sie waren vor dem 22. Juni 1941 über den Stand der Kriegsvorbereitungen nicht «im Bilde», wie es Goebbels am 19. August 1941 in seinem Tagebuch formulierte. Hitler unterschätzte die Stärke der Roten Armee, erst recht aber den Umfang der Rüstung, zum Beispiel die der sowjetischen Panzerwaffe, die Stalin als die Waffe der Zukunft ansah. Während das Deutsche Reich bei Kriegsausbruch über 2.600 Panzer verfügte, Frankreich über 3.200, konnte die UdSSR im Januar 1941 sage und schreibe 23.300 Panzer ins Feld schicken. Zu der gewaltigen Aufrüstung auf allen Gebieten hatten auch Lieferungen beigetragen, zu denen sich Deutschland 1939 im Rahmen des deutsch-sowjetischen Paktes verpflichtet hatte. Diesen Pakt musste Deutschland mit seinem weltanschaulichen Hauptfeind schliessen, um zu verhindern, dass Grossbritannien und Frankreich einen ebensolchen Vertrag mit der Sowjetunion eingingen. Da die Umstrukturierung der Roten Armee zu einer Angriffsarmee im Sommer 1941 noch nicht abgeschlossen war, konnte die Wehrmacht grosse Anfängererfolge erzielen. Auch waren grosse Teile der Sowjetbevölkerung, die noch nicht von bolschewistischen Säuberungsaktionen, Zwangskollektivierungen und anderen Formen des Terrors malträtiert worden waren, nicht bereit, für dieses Regime zu kämpfen. Vielfach wurde die Wehrmacht als Befreier begrüsst. Im Verlauf des Krieges kämpften insgesamt 1,5 Millionen Sowjetbürger mit der Waffe in der Hand gegen das Sowjetregime. Stalin blieb nichts anderes übrig, als gegen das eigene Volk Massenterror anzuwenden. Der sowjetische Geheimdienst

NKWD, aber auch Spezialeinheiten der Roten Armee gingen mit Vernichtungsbataillonen, Sondergruppen, Sperrabteilungen gegen «Feiglinge und Verräter» vor. Die Einheiten wurden angewiesen, mit allen Mitteln die Disziplin aufrechtzuerhalten und den Rückzug von Truppenteilen zu verhindern. Jeder Soldat, der Anstalten machte, zu fliehen oder gar zu den deutschen Truppen überzulaufen, sollte erschossen werden. 1,3 Millionen Fahnenflüchtige wurden festgenommen, entweder sofort liquidiert oder in Strafeinheiten gesteckt, um zu Himmelfahrtkommandos eingesetzt zu werden. Vaterlandsverrat, Panikmache, Zweifel am Sieg der Sowjetunion, Verbreiten von Gerüchten – alles waren Gründe für brutalste Strafen. Tatsächlich gelang es Stalin, dass allmählich die Zahl der Kampfwilligen zurückging. Wer in deutsche Kriegsgefangenschaft geriet, gegen dessen Familie wurde Sippenhaftung verhängt. (Hans-Joachim von Leesen, *Beutegier und Vernichtungswille*, in: *Junge Freiheit* 34/10, 20.8.2010. Das 2010 erschienene Buch von Bogdan Musial trägt den Titel *Stalins Beutezug – Die Plünderung Deutschlands und der Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht*.)

Der Beitrag Stalins und der Sowjetunion zum Kriegsausbruch lässt sich wie folgt zusammenfassen. Zum Kriegsausbruch trug zumindest in indirekter Weise der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Kommunismus und der Weltmissionswille der Sowjetunion als Ergebnis der bolschewistischen Revolution bei. Mit einem neuen Krieg in Europa wollte die Sowjetunion die demokratischen Gesellschaften durch Kriegselend und Kriegsfolgen für die Idee des Kommunismus empfänglicher machen, um das Gesellschaftssystem in den kapitalistischen Staaten zu verändern. Die zwei Ziele Stalins waren auf kurze Sicht «Ostpolen», das er wiedergewinnen wollte, und auf weite Sicht die Ausbreitung des Kommunismus in Westeuropa. So setzte er zunächst auf das «Pferd» der Briten und Franzosen, die seine Waffenhilfe brauchten. Er köderte beide mit dem Angebot von 120 Divisionen für einen neuen Krieg gegen Deutschland. Er bestätigte sie darin, anstatt Danzig an das Deutsche Reich zurückzugeben, lieber einen Krieg zu wagen. Als Polen diese Art von Kriegsallianz zunichte machte und als erkennbar wurde, dass die Briten und Franzosen den Sowjets die Hauptlast dieses Krieges überlassen wollten, setzte Stalin auf das «Pferd» der Deutschen. Er sicherte Hitler Handlungsfreiheit zu, liess sich im «Geheimen Zusatzprotokoll» die Rückeroberung der verlorenen Randgebiete des alten Zarenreiches – wenn auch nur verschlüsselt – genehmigen und strich dann ohne eigene Opfer «Ostpolen» ein. Doch Stalins Rechnung ging zunächst nicht völlig auf. Der deutsche Feldzug gegen Polen war sehr schnell beendet, und es kam 1939 nicht zu dem erhofften Erschöpfungskrieg der kapitalistischen Staaten

Deutschland und Frankreich-England. So waren am Ende der Auseinandersetzung um Polen weder die Menschen in den kapitalistischen Staaten reif für eine bolschewistische Revolution, noch konnte die Sowjetunion – wie Lenin das vorausgedacht hatte – als letzte starke Grossmacht in Europa die kapitalistischen Staaten «an der Gurgel packen». Dazu musste die Sowjetunion noch einmal die Seite wechseln und selbst furchtbar bluten. Auch bei den Verhandlungen mit den Engländern und Franzosen hatte sich Stalin die Interventionsrechte gegenüber Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien als Gegenleistung für seine Waffenhilfe gegen Deutschland zusichern lassen. Stalin wollte die für Sowjetrußland angestrebten Territorialgewinne im Schatten eines Krieges erreichen, den Briten, Deutsche und Franzosen miteinander führten. Zu diesem Zwecke kam ihm der Streit um Danzig und die deutsche Minderheit in Polen gerade recht. Die sowjetische Führung versuchte kein einziges Mal, bei den Differenzen zwischen den Deutschen und den Polen zu vermitteln, um dem Frieden eine Chance zu geben. Stalin setzte von Anfang an auf Krieg, von dem er annahm, dass er die territoriale Ordnung Osteuropas zum Vorteil der Sowjetunion verändern würde. (Schultze-Rhonhof, S. 552-554)

18.2 Die Rolle Churchills

«Wir werden Hitler den Krieg aufzwingen, ob er will oder nicht.» «Deutschland wird zu stark, wir müssen es zerschlagen.» Winston Churchill im August 1939 zu General Wood. (Fakten, Zitate, Dokumente unter www.ober Schlesien.aktuell.de)

«Von Halifax angestachelt, sorgte Chamberlain dafür, dass er den Krieg bekam, den er niemals gewollt hatte, und dass Churchill den Krieg bekam, den er immer gewollt hatte.» Patrick J. Buchanan, ehemaliger US-Präsidentschaftskandidat, in: *Churchill, Hitler und der unnötige Krieg*, 2008, S. 215.

«Jetzt hat Churchill seinen Krieg.» Lloyd George, zitiert in: Stefan Scheil, *Churchill, Hitler und der Antisemitismus*, S. 273.

«Dieser Krieg ist ein englischer Krieg und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands.» Hedin, S. 175.

Zu den Hauptkriegstreibern gehörte ferner der britische Premierminister Churchill. Es war Churchill, der den regional begrenzten Konflikt zwischen Deutschland und Polen durch die britisch-französische Kriegserklärung vom 3. September 1939 zu

einem Weltkrieg machte. Es war Churchill, der den Auftrag hatte, «Europa in Brand zu setzen» und «den Krieg gegen Deutschland mit allen Mitteln fortzusetzen, bis dessen Macht und der Hitlerismus endgültig zerschlagen sind...» Es war Churchill, der «klare Vorstellungen davon hatte, dass es in diesem Krieg keinen Raum für Debatten über moralische Haltungen geben konnte... Alles, aber wirklich alles, sollte im Kampf um den Sieg erlaubt sein; ganz gleich, wie gefährlich oder gewissenlos jener auch sein würde. Nur eins zählte: die Niederlage Hitlers und Deutschlands.» Robert Vansittart, Freund und Chefberater Churchills, hieb in die gleiche Kerbe. Am 6. September 1940 hob er in einem Brief an seinen Aussenminister hervor, dass es nicht in erster Linie der Nationalsozialismus sei, der eine Gefahr für die britischen Interessen darstellt, sondern Deutschland selbst. Wörtlich heisst es in dem Schreiben: «Die Zukunft der Zivilisation steht auf dem Spiel. Es geht jetzt um unser oder deren Überleben, und entweder unser Land oder das Deutsche Reich muss untergehen, und zwar nicht nur untergehen, sondern vollständig vernichtet werden. Ich bin überzeugt, es wird das Deutsche Reich sein... Das Deutsche Reich und die Reichsidee sind seit 75 Jahren der Fluch der Welt, und wenn wir sie diesmal nicht erledigen, werden wir es nie tun, und dann werden sie uns fertigmachen. Der Feind ist das Deutsche Reich, und nicht etwa der Nazismus... Jede Möglichkeit für einen Kompromiss ist jetzt vorüber, und es muss ein Kampf bis zum Ende, und zwar bis zum endgültigen Ende, geführt werden.» (Martin Allen, S. 124 ff., 136, 192/193. Siehe dazu auch Helmut Simon, *Die Inszenierung eines Krieges*, in: *Junge Freiheit AUW*, 14. 10. 2011)

Es war Churchill, der immer wieder klargemacht hatte, dass er niemals mit Hitler oder der NSDAP verhandeln würde. Es war Churchill, der alle früheren deutschen Friedensvorschläge abgelehnt hatte. Es war Churchill, der um jeden Preis entschlossen war, die Rohstofflieferungen Russlands an Deutschland zu sabotieren. Es war Churchill, der Hitler durch vorgetäuschte Friedensverhandlungen ermutigte, «Russland anzugreifen durch die Täuschung..., dass es in Grossbritannien weite Kreise lieber sähen, wenn das russische Regime gestürzt würde als das deutsche, die auch bereit wären, einen Kompromissfrieden zwischen Grossbritannien und Deutschland zu erzwingen». Diese Strategie «würde den Briten nicht nur die lang-ersehnte zweite Front bringen, die die deutsche Kriegsmaschine an Menschen und Material aussaugen würde, sondern sie würde ebenso einen guten Teil der Rohstoffzufuhr für Deutschland abschneiden». (Martin Allen, S. 150 ff.)

Es war der Kriegstreiber Churchill, der seine Kriegspolitik dadurch zu verschleiern versuchte, dass er Deutschland die alleinige Schuld am Ausbruch der beiden Weltkriege zuschob. So erklärte er am 21. September 1943 vor dem Unterhaus: «Das Mark Deutschlands ist Preussen. Da liegt der Urquell der wiederkehrenden Pest... Ich bin überzeugt, dass das britische, amerikanische und russische Volk, die binnen eines Vierteljahrhunderts zweimal unermessliche Verheerungen, Gefahren und Blutvergiessen durch den germanischen Drang nach Herrschaft erlitten haben, diesmal Schritte unternehmen werden, um Preussen oder ganz Deutschland die Macht zu entziehen, sie mit aufgespeicherter Rachsucht und lange genährten Plänen abermals anzugehen... Die zweifache Wurzel all unserer Übel, Nazi-Tyrannie und preussischer Militarismus, müssen ausgetilgt werden.» (Post, S. 9/10)

Churchill wusste aus vielen Quellen von der deutschen Friedensbereitschaft gegenüber England. Hitler selbst hatte sie in seiner Reichstagsrede am 19. Juli 1940 bekundet. Er war zu weitreichenden Zugeständnissen bereit: zum sofortigen Rückzug der deutschen Truppen aus Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark und Norwegen, zur Wiedergutmachung der entstandenen Schäden, zur Wiederherstellung eines souveränen polnischen Staates und zu umfassender gegenseitiger Abrüstung. Doch Churchill wollte keinen Verhandlungsfrieden. Das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* vom 16. 8. 2010 zitiert in seinem Beitrag *Allein gegen Hitler* Churchill mit dem Satz: «In der Geschichte ist alles immer nur durch Kriege geregelt worden.» Das war in der Tat die Grundeinstellung dieses „Abenteurers, Bellizisten und imperialen Realpolitikers“. (*Der Spiegel*) Im Gegensatz zum «Massenmörder» Hitler, der einen friedlichen Ausgleich mit England und Polen anstrebte, wollte der «Bellizist» Churchill keinen Frieden mit Deutschland, sondern kannte nur ein einziges Ziel: «Sieg – Sieg um jeden Preis, Sieg trotz allem Schrecken...» Um dieses Ziel zu erreichen, liess er durch den Bombenkrieg die Bevölkerung Deutschlands dezimieren und die kulturellen Zeugnisse dieses Landes unwiederbringlich zerstören. Den Briten ging es nicht wirklich um die Erhaltung des Friedens in Europa, den die Deutschen 1939 durchaus wollten und den die Reichsregierung mit vielen Friedensbemühungen zu erhalten versuchte. In Wirklichkeit ging es London darum, durch Krieg einen Wirtschaftskonkurrenten zu beseitigen, Deutschland entscheidend zu schwächen, dessen in den wenigen Jahren des Dritten Reiches erzielten rasanten Fortschritt abzustoppen und seine auch für die Zukunft abzusehende Dynamik auszuschalten. Dass ein Hitler an der Macht war oder dass Judenverfolgungen stattfanden, spielte in den Überlegungen an der Themse keine wesentliche Rolle. Auch ein demokratischer deutscher Staatschef wäre bei einem deutschen

Wirtschaftswunder mit Krieg überzogen worden. Schon im September 1934 meinte Churchill gegenüber dem früheren deutschen Reichskanzler Brüning: «Deutschland muss wieder besiegt werden, und dieses Mal endgültig. Sonst werden Frankreich und England keinen Frieden haben.» Im August 1938 erklärte er gegenüber Brüning: «Was wir wollen, ist die restlose Vernichtung der deutschen Wirtschaft.» In einem Memorandum des Foreign Office für das Kabinett vom Juli 1943 wurde ausgeführt, dass Deutschland wegen seiner starken zentralen Stellung mit seiner grossen Bevölkerung mit hoch entwickelter, leistungsfähiger Industrie die Hauptgefahr für Europa geworden sei. Diesen Grund führte auch der *Sunday Correspondent* vom 16. September 1939 in klarer Eindeutigkeit an: «Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, dass wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren konnten.» Aber Europa musste natürlich die britische Vorherrschaft ertragen. Nur aus diesem britischen Ziel einer Schwächung der deutschen Leistungsfähigkeit und der wirtschaftlichen Überlegenheit werden die Handlungsweisen der Engländer verständlich.
(*Der Grosse Wendig*, Band 3, S. 257-259, 444/445)

Der englische Kriegsbeitrag lässt sich wie folgt zusammenfassen. Mit dem Friedensdiktat von Versailles von 1919 leistete England seinen ersten verhängnisvollen Beitrag dazu, dass dem Frieden bald der nächste Krieg folgte. Gemeinsam mit den anderen alliierten Siegermächten konstruierte die britische Regierung eine neue Variante ihrer «balance of power»-Politik für Europa, die auf einem auf Dauer angelegten Konflikt zwischen Deutschland, der Tschechoslowakei und Polen aufbaute. Die in Versailles beschlossene Eingliederung des Siedlungsraumes von fast fünf Millionen Deutschen in die neugeschaffenen Staaten der Polen, der Tschechen und Slowaken und die Danzig-Pommerellen-Konstruktion waren dazu angelegt, die Deutschen, die Tschechen und die Polen miteinander im Streit zu halten. Besonders Danzig als «Kind» von drei Elternteilen – Deutschland, Polen und dem Völkerbund – musste irgendwann zu Spannungen und Konflikten führen. Ein neuer Krieg war damit seit Versailles abzusehen. Man hat das in England auch erkannt. Die britischen Regierungen seit 1920 haben diese Kriegsgefahr als Begleiterscheinung ihrer «balance of power» billigend in Kauf genommen, wenn nicht sogar bewusst gefördert. Die englische Regierung bot im März 1939 der polnischen eine Garantie gegen Deutschland an, obwohl zu der Zeit die deutsche Reichsregierung

mit der polnischen Staatsführung wegen der Danzig- und Korridorfrage in Verhandlungen stand. England schloss im August 1939 mit Polen einen Beistandspakt mit der Zusage, Warschau «unverzüglich jede in ihrer Macht liegende Unterstützung und Hilfe zu gewähren». Mit den beiden Garantien und Hilfsversprechen nahm London Warschau so gut wie jede Motivation, auf die Berliner Wünsche einzugehen. Überdies wurden durch das englische Versprechen die polnische Regierung und die polnische Öffentlichkeit in eine Siegesicherheit versetzt, die Warschau unnachgiebig gegenüber den berechtigten und durchaus massvollen deutschen Forderungen werden und sogar einen Krieg mit Deutschland riskieren liessen.

Statt die Verhandlungen der deutschen Reichsregierung mit der polnischen Staatsführung zu unterstützen und die polnische Seite zu einem fairen Kompromiss zu bewegen, betrieb die britische Regierung mit der Reichsregierung ein Doppelspiel. In der letzten Woche vor Beginn des Krieges vermittelten Premierminister Chamberlain und sein Aussenminister Halifax Adolf Hitler den Eindruck, dass sie den fairen Makler zwischen Polen und Deutschland spielen wollten und dass sie Interesse an einem britischdeutschen Bündnis hätten, was sie in Wirklichkeit nie hatten. Zur gleichen Zeit liess Minister Halifax Botschafter Kennard in Warschau dem Sinn nach übermitteln, man verlange von Polen nur Gespräche, aber kein Entgegenkommen. Auch bei der Weitergabe von Verhandlungsort und Datum liessen die Briten die Deutschen im falschen Glauben, sie hätten die deutschen Vorschläge den Polen anempfohlen. In Warschau rieten sie indessen dazu, darauf nicht einzugehen. Berlin teilten sie das erst mit, als die Wartefrist verstrichen war. Die britischen Garantien führten jedenfalls dazu, dass die polnische Regierung nun nicht mehr bereit war, mit Deutschland über die beiderseitigen Streitfragen ernsthaft zu verhandeln. Die britische Regierung hat es dabei mit Geschick verstanden, die Rolle des ehrlichen Vermittlers vorzutäuschen und allseits zum Frieden zu mahnen. So konnte sie «mit sauberer Weste» in den Krieg eintreten, auf den sie lange hingearbeitet hat. Die Briten lehnten die zahlreichen deutschen und aus dem Ausland eingeleiteten Friedensbemühungen während des Krieges grundsätzlich ab. Sie unterstützten die Pläne ihrer Verbündeten zur Teilung und Zerstückelung Deutschlands. Die Briten wussten, dass Hitler 1939 vor der Wahl zwischen Verzicht, Verhandlungslösung oder Krieg stand. Sie wussten auch, dass er angesichts seiner Verantwortung für die «abgetrennten» Deutschen, angesichts der immer prekärer werdenden Lage der deutschen Minderheit in Polen und in Anbetracht der drängenden Forderung der Danziger nach Anschluss an ihr Heimatland so gut wie nicht verzichten konnte.

Sie konnten sicher sein, dass Hitler unter diesen Umständen ohne Gesichtsverlust nicht den Rückzug antreten würde. So verstellten sie den Verhandlungsweg, den sie bei den Polen hätten öffnen können. Dabei spielten sie um «fünf vor zwölf» so lange auf Zeit, bis Hitler handelte und den Krieg eröffnete. England hat – zusammen mit Frankreich – das deutsch-polnische Problem geschaffen und 1939 verhindert, dass es ohne Krieg bereinigt werden konnte. Am 3. September 1939 erklärte Grossbritannien dem Deutschen Reich den Krieg. (Schultze-Rhonhoff, S. 540 ff.)

18.3 Die Rolle Roosevelts

«Roosevelt war sehr darum bemüht, sobald wie möglich in den Krieg einzutreten. Durch Betrug trieb er dann das Volk in den Krieg.» Benjamin Colby, *Die Roosevelt-Verschwörung: Amerikanische Kriegspropaganda und Kriegshetze gegen Deutschland*, 2002.

«Jedem Manne, jeder Frau und jedem Kind im Volke sage ich dies: Euer Präsident und euer Staatssekretär¹⁰² gehen den Weg zum Frieden. Wir wappnen uns nicht für irgendeinen fremden Krieg. Wir wapnen uns nicht für eine Eroberung oder eine Einmischung in fremde Streitigkeiten. Ich wiederhole nochmals, dass ich auf dem Boden unserer Partei stehe: ‚Wir werden an keinen fremden Kriegen teilnehmen und werden weder unser Heer noch unsere See- oder Luftstreitkräfte zu Kämpfen in fremden Ländern ausserhalb Amerikas entsenden, es sei denn, wir werden angegriffen.‘» Roosevelt am 23. Oktober 1940 in Philadelphia. (Hedin, S. 97/98)

«Die Nation ist Schritt für Schritt durch eine Periode von drei Jahren amtlicher Propaganda und amtlicher Handlungen immer weiter auf eine Kriegspolitik festgelegt worden, bis nun das letzte und verzweifelte Argument für den Krieg darin besteht, dass wir schon zu weit gegangen wären, um uns zurückziehen zu können. Das amerikanische Volk jedoch glaubt nicht, dass dies sein Krieg ist. Die Abstimmungen zur Erforschung der öffentlichen Meinung zeigen eine stetige, überwältigende Mehrheit gegen unsere Teilnahme. Weit davon entfernt, ‚Amerikas Krieg‘ zu sein, ist dies der ‚Krieg des Präsidenten‘. Präsident Roosevelt begann sich in diesen Krieg, den ‚Krieg des Präsidenten‘, bei der Einweihung der Brücke in Chicago im Jahre 1937 einzulassen. Schritt für Schritt hat er seinen Krieg in das Be-

102 Gemeint ist der US-amerikanische Aussenminister.

wusstsein des amerikanischen Volkes vorgetrieben. Der Präsident selbst hat im Effekt den Krieg bereits erklärt. Er hat den Feind bezeichnet und spricht vom Siege. Der Kongress stellt nicht mehr das Volk dar.» Dr. Morrison, Herausgeber des *Christian Century*, im April 1941. (Hedin, S. 107/108)

«Diese Propaganda ist einer der schlimmsten Feldzüge in der Geschichte, um dem amerikanischen Volke ein Minderwertigkeitsgefühl zu geben und es dem Willen einer kleinen Gruppe fremder Führer unterzuordnen, die darauf ausgehen, uns in den Krieg zu stürzen.» John G. Alexander, Abgeordneter aus Minnesota, am 18. Dezember 1940. (Hedin, S. 101/102)

«Wir werden von denselben Mächten zum Narren gehalten, die uns im Weltkrieg zum Narren gehalten haben. (...) Wenn wir je in diesen Krieg verwickelt werden, so wird er von den künftigen Geschichtsschreibern nur mit einem Namen bezeichnet werden, ‚der Krieg des Präsidenten‘, weil jeder seiner Schritte seit seiner Rede in Chikago auf den Krieg hinlenkte.» US-Senator Gerald P. Nye am 27. April 1941. (Hedin, S. 100/101; Zips, *Zitatensammlung*, S. 42)

«Zehn Prozent unseres Volkes zwingen die Vereinigten Staaten geschickt in den Weltkonflikt, während die Mehrheit von 90 Prozent, die für den Frieden ist, schweigend und hilflos danebensteht.» John Timothy McNicholas, Erzbischof von Cincinnati im Januar 1941. (Hedin, S. 106; Zips, *Zitatensammlung*, S. 40)

Präsident Roosevelt 1945: «In der Politik geschieht nichts zufällig. Wenn etwas geschieht, kann man sicher sein, dass es auf diese Weise geplant war.» (Gary Allen, S. 30)

Einen wesentlichen Anteil an der Entstehung des Zweiten Weltkrieges hatte zweifellos der US-amerikanische Präsident Franklin Delano Roosevelt. Es ist nachgewiesen, dass er an der Verschärfung der europäischen Krise 1938/39 massgeblichen Anteil gehabt hatte. Roosevelt war eng mit den Hochfinanzkreisen der Wallstreet verflochten. Er arbeitete ab 1920 eng mit ihnen zusammen. Diese Kreise finanzierten seinen Präsidentschaftswahlkampf 1932, und er arbeitete ihnen dann mit seinem «New Deal» und anderen Gesetzen ab 1933 in die Hände. (Antony C. Sutton, *Roosevelt und die internationale Hochfinanz – Weltverschwörung in der Wallstreet Nr. 120*, 1990) Mit der Kriegspolitik Roosevelts hatte sich Hamilton Fish, von 1920 bis 1945 Mitglied des US-Kongresses (Republikaner) kritisch auseinandergesetzt.

In seinem Buch *Der zerbrochene Mythos* nahm er dazu unter anderem wie folgt Stellung: «Bereits im April 1939 (!), also vier Monate vor Ausbruch des Krieges, wurde dem amerikanischen Volk klar, dass die Roosevelt-Regierung sich offen für den Krieg entschieden hatte... Die Kriegspsychose wurde zur Raserei angeheizt. Die Hasskampagne ging vom Weissen Haus aus...» (S. 38/39) Und weiter: «Roosevelts Kriegskabinetts wurde weitgehend von der Presse der Ostküste in der Kriegsfrage unterstützt. Die weitreichende Kriegspropaganda wurde durch internationale Banken, Waffenproduzenten und Grosskonzerne wirkungsvoll finanziert... Die meisten Mitglieder des Rooseveltischen Kabinetts, einschliesslich George C. Marshall, würden für einen Krieg gegen Patagonien eingetreten sein, wenn man damit zu einem Krieg gegen Deutschland gekommen wäre.» (Fish, S. 17/18)

Die nachfolgende Chronologie der Ereignisse verdeutlicht die Entwicklung der Rooseveltischen Kriegspolitik.

- Nach der diplomatischen Anerkennung der Sowjetunion am 16. November 1933 sandte Roosevelt als ersten Botschafter William C. Bullitt nach Moskau. Am 20. Dezember 1933 gab Stalin Bullitt gegenüber seiner Freude Ausdruck, dass die UdSSR und die USA de facto Verbündete geworden seien. Hier trat zum ersten Mal die sowjetfreundliche Politik Roosevelts offen zutage. Curtis Bean Dali, Roosevelts Schwiegersohn, beschrieb, was der Präsident damals dachte: «Bereits 1935 war Roosevelt fest davon überzeugt, dass der nächste Weltkrieg zuerst in Europa ausbrechen würde. 1937 hielt er den Krieg gegen Deutschland für unvermeidlich.

Die ‚Germany first‘-Strategie, die die USA im Zweiten Weltkrieg militärisch anwandten, zeichnete sich also bereits lange vor dem Kriege ab.» (Schröcke, S. 185; Wikipedia, *Curtis Bean Dali*) In der sogenannten «Quarantäne-Rede» vom 5. Oktober 1937 in Chicago enthüllte Roosevelt sein Programm, das bis Kriegsende in gleicher Richtung und immer radikaler von den US-amerikanischen Meinungsmachern propagandistisch unterstützt wurde. Er stellte die «fascistischen» Staaten Deutschland, Italien und Japan als gefräßige Länder hin, die, wenn man ihnen nicht entgegenrät, eines Tages die ganze Welt unter sich aufteilen würden. Wörtlich rief er dazu auf, «die Aggressornationen Deutschland, Italien und Japan unter Quarantäne zu stellen». Roosevelt weiter: «Die friedliebenden Nationen müssen sich gemeinsam gegen jene Vertragsverletzungen und gegen jene Missachtung menschlicher Instinkte zur Wehr

setzen, die heute einen Zustand internationaler Anarchie und Unbeständigkeit schaffen. Friede, Freiheit und Sicherheit von 90 Prozent der Menschheit werden von den übrigen 10 Prozent gefährdet... Wenn eine Krankheit sich epidemisch ausbreitet, beschliesst die Gemeinschaft (...) die Patienten unter Quarantäne zu legen. Der Krieg ist eine Seuche, ob er nun erklärt ist oder nicht.» Zu den friedliebenden Ländern wurde freilich auch die UdSSR gerechnet, obwohl der Massenmord gegen die Bauern und die Ukrainer voll im Gange war und im spanischen Bürgerkrieg von Stalins Anhängern spanische Nonnen gekreuzigt und zahlreiche andere Untaten begangen wurden. Diese Drohrede wurde zu einem Zeitpunkt gehalten, als von deutscher Seite noch keinerlei territoriale Revisionen gefordert worden waren. (Schröcke, S. 186; Rassinier, S. 126/127; Post, S. 142; Hedin, S. 97; Sündermann, S. 45)

Zum Jahresende 1937 liess Roosevelt erstmalig eine Kriegsplanung für einen Mehrfrontenkrieg im Pazifik und Atlantik erstellen. Seit dieser Zeit galt für die strategische Kriegsplanung die Devise «Germany first». Zur gleichen Zeit begann die Zusammenarbeit der US-amerikanischen und britischen Kriegsflotten als ungeschriebenes Militärbündnis. Als Roosevelt im September 1938 gefragt wurde, ob ein europäischer Krieg für die Vereinigten Staaten nützlich sei, erklärte er seinem Kabinett (wie das private Tagebuch von Innenminister Herold F. Ickes ausweist): «Ein Krieg in Europa kann für uns nur gut sein. Sie müssen



Trat für eine Verständigung mit dem Deutschen Reich ein – Graf Jerzy Józef Potocki (1889-1961), von 1936 bis 1940 polnischer Botschafter in den USA.

ihre Waffen und Munition von uns kaufen. Das Gold von Europa fließt schon so schnell zu uns, dass wir nicht genug Kriegsschiffe haben, um es über den Atlantik zu bringen!» Am 19. November 1938 erklärte Bullitt in einer Unterredung mit dem polnischen Botschafter in Washington, Graf Jerzy Potocki, der für eine Verständigung mit Deutschland eintrat, «der wahn-sinnigen Expansion Deutschlands» könne nur «durch Gewalt und schliesslich Krieg» ein Ende gemacht werden. Als Potocki Bullitt fragte, «wie er sich den kommenden Krieg vorstelle», antwortete dieser, «dass vor allem die Vereinigten Staaten, Frankreich und England gewaltig aufrüsten müssten, um der deutschen Macht die Stirn bieten zu können. Dann erst, wenn der Augenblick reif

ist», so fuhr Bullitt fort, «wird man zur letzten Entscheidung schreiten können». Als Potocki ihn fragte, ob die USA an einem solchen Krieg teilnehmen würden, antwortete Bullitt: «Zweifellos ja! Aber erst dann, wenn England und Frankreich zuerst losschlagen!» Die Stimmung in den USA sei nach Aussage Bullitts derart gespannt, «dass schon heute unter den Amerikanern eine ähnliche Psychose herrscht wie vor der Kriegserklärung Amerikas an Deutschland im Jahre 1917.»

(Post, S. 296; Sündermann, S. 47; *Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 616)

- Am 14. Dezember 1938 liess Roosevelt Chamberlain wissen: «England werde im Falle eines grossen Krieges gegen die Diktatoren die industriellen Ressourcen der amerikanischen Nation hinter sich haben.» Der wichtigste Arm von Roosevelt in Europa war Bullitt, der amerikanische Botschafter in Frankreich. Bereits bevor Bullitt die neuen Richtlinien empfang, griff er aktiv in die Politik ein. Zum 2. Dezember 1938 notierte der Völkerbundkommissar Burckhardt in Danzig: «Er (Bullitt) erklärte mir mit merkwürdiger Genugtuung, die Polen seien bereit, wegen Danzig Krieg zu führen Im April wird der neue Krieg

ausbrechen Niemals seit der Torpedierung der ‚Lusitania‘ bestand in Amerika solch ein religiöser Hass gegen Deutschland wie heute. Chamberlain und Daladier werden durch die öffentliche Meinung weggeblasen werden. Es handelt sich um einen heiligen Krieg.» (Schröcke, S. 188)

- Am 4. Januar 1939 forderte Präsident Roosevelt in einer Rede vor dem US-Kongress ein entschiedenes Vorgehen gegen die Aggressornationen. Gemeint waren natürlich das nationalsozialistische Deutschland und das faschistische Italien sowie das kaiserliche Japan. Stürme von draussen, so Roosevelt, bedrohten drei «von den Amerikanern jetzt wie immer unentbehrliche» Güter. «Das erste ist die Religion. Sie ist die Quelle der beiden anderen, von Demokratie und Treu und Glauben im internationalen Leben... Wir haben die Erfahrung gemacht, dass die gottesfürchtigen Demokratien der Welt, die die Heiligkeit der Verträge und Treu und Glauben im Verkehr mit anderen Nationen achten, gegenüber internationaler Gesetzlosigkeit irgendwo in der Welt ohne Gefahr nicht gleichgültig bleiben können. Sie dürfen Aggressionshandlungen gegen Schwesternationen nicht ewig, ohne wirksamen Protest hingehen lassen.» Die Berufung auf die Religion legte nahe, dass der «wirksame Protest» irgendwann in einen «heiligen Krieg» münden würde. (Post, S. 296/297) Am gleichen Tag liess Roosevelt die gesamte US-Flotte vom Pazifik durch den Panama-Kanal auf die Atlantikseite zu Manövern in die Karibik laufen. Ferner beantragte er im Kongress weitere 1,3 Milliarden Dollar für die Rüstung und die Aufhebung oder Lockerung der Neutralitätsgesetze. (Schultze-Rhonhof, S. 447)
- In einem weiteren Gespräch am 16. Januar 1939 verdeutlichte Bullitt dem Grafen Potocki nochmals den Standpunkt der USA in der europäischen Krise: 1. Präsident Roosevelt verurteilt scharf und unzweideutig die totalitären Staaten. 2. Die Kriegsvorbereitungen der USA zur See, zu Lande und in der Luft werden in beschleunigtem Tempo durchgeführt. 3. Frankreich und England müssen mit jeder Kompromisspolitik gegenüber den totalitären Staaten Schluss machen. 4. Die Vereinigten Staaten sind bereit, die Isolierungspolitik zu beenden und im Falle eines Krieges aktiv auf Seiten Englands und Frankreichs einzugreifen. (Post, S. 297)
- Im Januar 1939 bedrängte Roosevelt die englische und die französische Regie-

rung, den Danzig-Wünschen der Reichsregierung entgegenzutreten und den Polen eine Garantie zu geben. Dies wurde von Joseph Kennedy, von 1938 bis 1940 US-Botschafter in London, wiederholt bestätigt. Ohne Roosevelt, so Kennedy, hätte Grossbritannien diesen «gigantischsten Fehler seiner Geschichte» nicht begangen. Während der ersten deutschen Sondierungen zu Danzig hatte Roosevelt die polnische Regierung aufgefordert, die deutschen Wünsche abzuweisen. Damit hatte der US-amerikanische Präsident den Kriegsausbruch heraufbeschworen. Der Garantie Englands folgten später notwendigerweise die Kriegserklärungen der Briten und Franzosen, die aus dem deutsch-polnischen Vier-Wochen-Krieg einen Weltkrieg von sechs Jahren werden liessen. Von Mai bis November 1940 lief ein erneuter Präsidentschaftswahlkampf in den USA. Roosevelt betrieb zur gleichen Zeit seinen Wahlkampf und den Kriegseintritt auf zwei parallelen Gleisen. Den Wählern versicherte er wiederholt, er werde Amerika aus dem Krieg heraushalten, so am 30. Oktober 1940: «Ich habe es schon zuvor gesagt, und ich werde es wieder und wieder und wieder sagen: Eure Söhne werden nicht in irgendeine fremden Kriege geschickt!» Auf dem anderen Gleise bereitete er seine Landsleute auf ihre nächste Kriegsteilnahme vor und schürte ihre Angst mit dem Slogan: «Hitler kommt!» Roosevelt hielt Rundfunkreden über den bevorstehenden deutschen Angriff auf die USA und über das, was die Amerikaner dann von den deutschen Besatzungstruppen zu erwarten hätten. (Gerd Schultze-Rhönhof, *Roosevelt wollte von Anfang an den Krieg*, in: *Junge Freiheit* 23/12, 1.6.2012)

- In einem Brief vom 7. Februar 1939 berichtete der polnische Botschafter in Paris, Juliusz Graf Lukaszewicz, über das Gespräch mit US-Botschafter Bullitt: «England könne vielleicht zusammen mit Berlin versuchen, Frankreich im Augenblick irgendeiner Spannung einen mit seinen eigenen Interessen nicht zu vereinbarenden Kompromiss aufzuzwingen. In diesem Falle jedoch wird Frankreich auf die kräftige Unterstützung Washingtons rechnen können. Die Vereinigten Staaten verfügen England gegenüber über verschiedene und ungeheuer bedeutsame Zwangsmittel. Allein die Drohung ihrer Anwendung dürfte genügen, England vor einer Kompromisspolitik auf Kosten Frankreichs zurückzuhalten.» (Rassinier, S. 219)
- Am 27. März 1939 berichtete der deutsche Botschafter in Washington. Dr.

Hans Thomsen, über die aktuelle US-Politik an Aussenminister Ribbentrop: «Die Kundgebungen und Massnahmen der amerikanischen Regierung in den letzten Wochen lassen immer deutlicher erkennen, dass der Führungsanspruch des Präsidenten Roosevelt in weltpolitischen Angelegenheiten in das Ziel einmündet, das nationalsozialistische Deutschland mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu vernichten... Roosevelt ist im seinem Innersten davon überzeugt, dass Deutschland der Feind ist, der vernichtet werden muss, weil er das Gleichgewicht der Kräfte und des Status quo derartig empfindlich gestört hat, dass Amerika die Folgen zu spüren haben wird, wenn es nicht gelingt, das Praevenire (dt., Zuvorkommen) zu spielen...» (Schultze-Rhonhof, S. 448)

- Am 11. März 1941 unterzeichnete Präsident Roosevelt das «Leih- und Pachtgesetz». Dieses Gesetz gewährte dem Präsidenten unbeschränkte Vollmacht zum Verleihen von Kriegsmaterial und Hilfsmittel an verbündete Länder. Die Zuwendungen kamen vor allem Grossbritannien, später auch der UdSSR, China und anderen Staaten zugute. Roosevelt erhielt durch das Gesetz die Vollmacht, durch Verordnungen diejenigen Gesetze zu erlassen, die er für erforderlich hielt. Dazu erklärte Senator Taft (Präsidentschaftskandidat während der letzten Wahlen): «Die Vorlage ermächtigt den Präsidenten, jeder Nation in der Welt den Krieg zu erklären und in den jetzigen Krieg einzutreten, wenn er dies wünscht, wie es anscheinend der Fall ist. Kein Kongress, ausser vielleicht ein ‚Gummistempelkongress‘, würde eine solche Vorlage annehmen.» Senator La Follette: «Das ist eine Vorlage für die Abdankung des Kongresses. Es ist das Verlangen, dass der Kongress sich vitaler und wichtiger Rechte begeben.» Senator Lodge: «Das Leih- und Pachtgesetz würde eine innere Diktatur errichten und die nationale Verteidigungskraft schwächen. Die Vorlage vergrössert nicht nur die Gefahr fremder Kriege und die Gefahr einer totalitären Herrschaft im Lande, sondern sie ermöglicht dem Präsidenten, nach seinem Ermessen in solche Bündnisse mit solchen Staaten einzutreten, die ihm gefallen. Unser Land ist einem Propagandafeldzug ausgesetzt gewesen, der seinesgleichen in der Geschichte nicht hat und dazu bestimmt ist, es in den Krieg zu verwickeln.» (Hedin, S. 102/103) Dazu eine Anmerkung der US-amerikanischen Schriftstellerin Freda Utey: «Kriegspropaganda und Geschichtsfälschung, der die Mehrzahl der Journalisten, Schriftsteller, Professoren und Politiker frönte, haben die amerikanische Öffentlichkeit überzeugt, die Deutschen hätten eine ihnen eigentümliche Abneigung gegen Demokratie und seien ein von Natur

aus aggressives Volk, das immer wieder versuchen werde, die Welt zu beherrschen, wenn es nicht niedergehalten und ihm nicht in einer langen Unterweisung in einer Besserungsanstalt die Liebe zur Demokratie beigebracht werde.» (Utley, S. 13)

- In Washington fanden zwischen dem 29. Januar und dem 27. März 1941 US-amerikanisch-britische Generalstabsbesprechungen statt, bei denen eine gemeinsame Strategie für die Zukunft festgelegt wurde. Im «ABC-1 Staff Agreement» wurde im Fall eines Krieges beschlossen, zuerst Deutschland und dann Japan niederzuringen. Im gemeinsamen Abschlussbericht heisst es dazu: «Die Stabskonferenz geht davon aus, dass die Vereinigten Staaten in einen Krieg mit Italien eintreten werden, sobald sie in einen Krieg mit Deutschland verwickelt sind. Unter diesen Umständen muss mit der Möglichkeit des Ausbruchs eines Krieges zwischen Japan und einer Koalition bestehend aus den Vereinigten Staaten, dem Britischen Commonwealth und seinen Verbündeten... gerechnet werden. Da Deutschland das wichtigste Mitglied der Achse ist, ist der atlantische und europäische Raum als der entscheidende Kriegsschauplatz anzusehen. Die Vereinigten Staaten werden ihre Hauptanstrengungen auf diesen Kriegsschauplatz richten...» (Post, S. 565, 583)
- Im April 1941 wurde die Sicherheitszone der USA auf 2.000 Meilen ausgedehnt. In dieser Zone unterstützten die US-Kriegsschiffe und -Flugzeuge die Engländer. Sie benutzten dazu englische und kanadische Luft- und Seestützpunkte. Gesichtete deutsche U-Boote wurden sofort an die Engländer gemeldet. Im April 1941 besetzten die Amerikaner völkerrechtswidrig Grönland. Im Juni 1941 besetzten US-amerikanische Truppen auch noch – ebenfalls völkerrechtswidrig – das neutrale Island, das auch schon vorher von britischen Streitkräften besetzt worden war. Die einseitig erklärte Sicherheitszone wurde von Deutschland respektiert und strenger Befehl an die deutschen Kriegsschiffe und Flugzeuge erlassen, jeden Zwischenfall zu vermeiden. Trotzdem hoffte Roosevelt nach wie vor auf eine deutsche Reaktion, die ihm erlauben würde, Deutschland als den Angreifer darzustellen. (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 617-619)
- Am 27. Mai 1941 proklamierte Roosevelt den «Zustand eines unberechneten nationalen Notstandes». An jenem Tage «eröffnete» er den Amerikanern, dass

die Deutschen planten, die USA über Spanien, Nord- und Westafrika, den Südatlantik, Brasilien und Panama von Süden her anzugreifen. Der frühere US-Präsident Herbert Hoover vermerkte dazu in seinen Erinnerungen *Freedom Betrayed* (dt., *Verratene Freiheit*) sarkastisch, dass es die deutsche Wehrmacht acht Monate zuvor nicht einmal geschafft hat, die dreissig Kilometer des Ärmelkanals zu überwinden, um England anzugreifen. (Gerd Schultze-Rhonhof, *Roosevelt wollte von Anfang an den Krieg*, in: *Junge Freiheit IHM*, 1.6.2012)

- Am 2. Juni 1941 unterzeichnete US-Kriegsminister Henry Stimson einen ‚Allgemeinen Kriegsplan zur Besiegung der Achsenmächte‘. Der darüber informierte Admiral Kelly Turner wird dazu vom früheren US-Präsidenten Herbert Hoover in seinem Erinnerungsbuch *Freedom Betrayed* so zitiert: «Für den Fall, dass es zu einem Krieg mit Japan ohne Beteiligung Deutschlands kommen sollte, wurde entschieden, dass sich die USA bemühen würden, Deutschland möglichst in den Krieg gegen uns hineinzuziehen.» Pikant ist Hoovers Eingeständnis, dass die Washingtoner Regierung die Kriegsabneigung der Amerikaner und des Kongresses durch einen kriegerischen Akt der Japaner oder der Deutschen kippen wollte. (Schultze-Rhonhof, *Roosevelt wollte von Anfang an den Krieg*, in: *Junge Freiheit* 23/12, 1.6.2012.)
- Am 6. Juni 1941 liess Roosevelt alledeutschen, italienischen, französischen, rumänischen, spanischen und baltischen Schiffe, die sich in nordamerikanischen Häfen befanden, beschlagnahmen. Diese Schiffe wurden völkerrechtswidrig sofort unter dem Sternenbanner in Dienst gestellt. Die beschlagnahmten 30 deutschen und italienischen sowie 35 dänische Schiffe wurden den Engländern überlassen. Diese Massnahme versties eindeutig gegen das Völkerrecht, nach dem kein neutraler Staat derartige Handlungen vornehmen darf. (Post, S. 565/566; Hedin, S. 131 ff.)
- Am 17. Juni 1941 ordnete Präsident Roosevelt die Einfrierung aller deutschen Guthaben in den USA an. Zwei Tage später forderte der Präsident die Schliessung aller deutschen Konsulate und Agenturen. Am Tag darauf verurteilte Roosevelt in einer Rede vor dem Kongress Deutschland als «internationalen Rechtsbrecher.» (Post, S. 568)
- Am 30. Juni 1941 autorisierte US-Präsident Roosevelt Harry L. Hopkins, das «Auge und Ohr des Präsidenten», nach Moskau zu fliegen, Kontakt mit Stalin

aufzunehmen und dabei die brennendste Frage zu klären, ob Russland dem deutschen Blitzkrieg standhalten könne. Hopkins berichtete über seine erste Begegnung mit Stalin: «Ich sagte Herrn Stalin, ich käme als persönlicher Vertreter des Präsidenten. Der Präsident betrachte Hitler als den Feind der Menschheit und wünsche daher, der Sowjetunion in ihrem Kampf gegen Deutschland zu helfen. Indem er von Hitler und Deutschland sprach, betonte Stalin die Notwendigkeit des Vorhandenseins eines Minimums an Moral zwischen den Nationen, und dass ohne dieses Minimum die Nationen nicht nebeneinander existieren könnten. Er stellte fest, dass die gegenwärtigen Führer Deutschlands dieses Minimum an Moral nicht kennen, und dass sie daher in der gegenwärtigen Welt eine antisoziale Macht darstellten. Er sagte, die Deutschen wären ein Volk, das ohne eine Sekunde zu zögern, heute einen Vertrag unterschreiben, ihn morgen brechen und am darauffolgenden Tag einen neuen abschliessen würde...» (Aus den Privatpapieren Harry L. Hopkins: *Sechs Stunden mit Stalin – Er entscheidet allein*, in: *Welt am Sonntag*, 1.8.1948. Ein Hinweis auf Hopkins Privatpapiere findet sich auch im Zeit-Archiv unter dem Datum 16. Februar 1950, *Enthüllungen aus den Privatpapieren Harry Hopkins*.)

- Am 1. Juli 1941 forderte US-Marineminister Frank Knox bei einer Gouverneurskonferenz in Boston «eine Säuberung des Atlantiks von deutschen Schiffen». Isolationisten werteten dies als eindeutigen Hinweis für die Bereitschaft zum Kriegseintritt der Regierung Roosevelt. Am 9. Juli 1941 bestätigte Knox, dass es Befehle zum Angriff auf deutsche U-Boote gäbe. Zwei Tage später gab Knox vor einem Senatsausschuss zu, dass ein US-Zerstörer im Atlantik ein deutsches U-Boot mit Wasserbomben angegriffen hätte. (*Junge Freiheit* 27/11, 1. 7. 2011, *Historisches Kalenderblatt –*, Schultze-Rhonhof, *Roosevelt wollte von Anfang an den Krieg*, in: *Junge Freiheit IHM*, 1.6.2012)
- Anfang Juli 1941 erteilte Roosevelt der gesamten US-Flotte den Befehl, ohne fehl, ohne Warnung deutsche Kriegsschiffe im Atlantik anzugreifen. Der Kommentator Alsop, ein verwandter Roosevelts, hatte schon Anfang Juni 1941 daraufhingewiesen, dass «Roosevelt nur darauf warte, dass von deutscher Seite der erste Schuss fiele, und darauf hoffe, durch Flottenpatrouillen der USA-Marine Deutschland dazu zu provozieren». (Hedin, S. 127)
- Am 7. Juli 1941 besetzten US-amerikanische Truppen Island, um britische Verbände abzulösen und für andere Fronten freizumachen. In einer Botschaft an

den Kongress bezeichnete Roosevelt diesen Vorstoss als eine Massnahme zur Verteidigung der westlichen Hemisphäre gegen eine eventuelle deutsche Invasion. Gegenüber dem britischen Botschafter äusserte er allerdings, er sei sicher, «dass die ganze Sache nun sehr schnell hochkochen und dass es bald zu Schusswechseln kommen würde». Ab Ende Juli 1941 wurden alle deutschen U-Boote auf der Route Neufundland-Island mit scharfen Wasserbomben angegriffen, bis zum 7. Dezember 1941 nicht weniger als achtzigmal. (Post, S. 568/569)

- Am 25./26. Juli 1941 verfügte Roosevelt die Einfrierung der japanischen Guthaben in den USA und verhängte ein vollständiges Olembargo gegen Japan. Innerhalb weniger Tage erliessen Niederländischindien, Grossbritannien, Burma und Indien ähnliche Massnahmen gegen Japan. Damit war die Entscheidung für den Krieg im Pazifik praktisch gefallen. Unterdessen bemühte sich Japan weiterhin um eine friedliche Beilegung des Streites mit den USA. Als Reaktion auf die US-Massnahmen deutete der japanische Aussenminister Toyoda in einem Telegramm vom 31. Juli 1941 an, dass das US-Olembargo Japan dazu zwingen werde, die Ölquellen in Niederländisch-Indien zu besetzen. (Post, S. 588)
- Vom 9. bis 12. August 1941 trafen sich Roosevelt und Churchill auf dem englischen Kriegsschiff «Prince of Wales» vor Neufundland im Atlantik. In der gemeinsam verkündeten ‚Atlantik-Charta‘ identifizierte sich Roosevelt mit den englischen Kriegs- und Nachkriegsplanungen. Nach dem gemeinsamen Absingen des Chorals «Onward, Christian Soldiers!» (dt., «Vorwärts, christliche Soldaten») besprachen die US-amerikanischen und englischen Militärs neue Kriegspläne. Ihre gemeinsamen Kriegsziele verkündeten die beiden Regierungschefs der Öffentlichkeit. Sie legten sie in 8 Punkten nieder, die an die 14 Punkte Wilsons erinnern. Zum Beispiel Punkt 2: «Beide Länder wünschen keine territorialen Veränderungen, die nicht mit dem frei ausgesprochenen Forderungen der Völker selbst in Einklang stehen.» In Punkt 3. versicherten beide, dass sie unter allen Umständen das Recht aller Völker achten würden, sich ihre eigene Regierungsform zu wählen. Punkt 8: Die «angreiferischen» Nationen Deutschland, Italien und Japan sollten bis auf die letzte Patrone entwaffnet und einer Art Polizeikontrolle der «friedliebenden» Mächte unterworfen werden. Als ihr gemeinsames Haupt-Kriegsziel wurde die «endgültige Vernichtung der Nazi-Tyrannie» genannt. Eine Woche später berichtete

Churchill dem britischen Kabinett: «Der Präsident sagte, dass er Krieg führen, aber ihn nicht erklären würde, und dass er mehr und mehr provozieren würde. Er werde nach einem ‚Zwischenfall‘ suchen, der ihm die Rechtfertigung zur Eröffnung der Feindseligkeiten geben würde.» (*Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 619; Post, S. 570)

- Am 13. September 1941 befahl Roosevelt seiner Marine, auf jedes Kriegsschiff der Achsenmächte, das in der US-amerikanischen Sicherheitszone gesichtet wurde, sofort das Feuer zu eröffnen. Tatsächlich war dieser Schiessbefehl schon längst in Kraft. Am 4. September 1941 griff der amerikanische Zerstörer «Greer», der sich auf der Fahrt nach Island befand, das deutsche U-Boot «U 652» mit Wasserbomben an, worauf dieses einen Torpedo abschoss, der aber sein Ziel verfehlte. In einer Rundfunkrede erklärte der Präsident den Zwischenfall mit dem deutschen U-Boot so: «Sie (die «Greer») führte die amerikanische Flagge... Sie wurde auf der Stelle von einem U-Boot angegriffen. Deutschland gibt zu, dass es ein deutsches U-Boot war... Wir haben keinen Schiesskrieg mit Hitler gesucht... Wir sind keine Angreifer. Wir verteidigen uns nur.» Roosevelt verschwieg, dass die «Greer» die Verfolgungsjagd begonnen und versucht hatte, das deutsche U-Boot in die Enge zu treiben. (Post, S. 570/571; *Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 619-621)
- Am 17. September 1941 erhielt die deutsche Kriegsmarine erneut den Befehl, US-amerikanische Handelsschiffe soweit als möglich zu schonen. Sie durften, selbst wenn sie im Geleitzug fuhren, nur in den Gewässern unmittelbar um Grossbritannien angegriffen werden. (Post, S. 571)
- Im September 1941 liess die Roosevelt-Regierung, völkerrechtlich immer noch «neutral», ohne Kriegserklärung das im April 1933 vom Haager Gerichtshof ausdrücklich Dänemark zugesprochene Grönland von US-amerikanischen Truppen besetzen und unterstellte es US-amerikanischer Verwaltung. Es handelt sich eindeutig um einen Akt der Aggression. (Schütz/v. Preradovich, S. 233)
- Am 7. Oktober 1941 versuchte der japanische Aussenminister Toyoda den US-amerikanischen Botschafter Grew ein letztes Mal davon zu überzeugen, dass Japan eine aufrichtige Verständigung mit den USA anstrebe und langfris-

tig zu weitreichenden Konzessionen bereit sei. Unterdessen wurden die militärischen Vorbereitungen der USA und Englands im Südpazifik weiter vorangetrieben. (Post, S. 594/595)

- Am 17. Oktober 1941 kam es zu einem weiteren schweren Zwischenfall. Fünf US-amerikanische Zerstörer eilten von Reykjavik aus einem britischen Geleitzug zu Hilfe, der von einer Gruppe von U-Booten angegriffen wurde. Mitten im Gefecht wurde der Zerstörer «Kearny» irrtümlich für ein britisches Schiff gehalten und von einem deutschen Torpedo getroffen, wodurch elf Seeleute ums Leben kamen. Die «Kearny» konnte sich über Wasser halten und mit langsamer Fahrt nach Island zurücklaufen. Der US-amerikanische Zerstörer hatte im deutschen Operationsgebiet Wasserbomben auf deutsche U-Boote geworfen und konnte daher nicht als unschuldiges Opfer gelten. Roosevelt benutzte diesen Zwischenfall wieder dazu, der US-amerikanischen Öffentlichkeit die Notwendigkeit eines Krieges gegen Nazideutschland nahezubringen. Am 27. Oktober 1941 erklärte er, er «hätte es gewünscht, dass sich das Schiessen vermeiden liess». Aber Amerika sei angegriffen worden: «Die ‚USS Kearny‘ ist nicht bloss ein Schiff der Flotte. Sie gehört jedem Mann, jeder Frau und jedem Kind dieser Nation... Hitlers Torpedo war auf jeden Amerikaner gerichtet.» Roosevelt erklärte weiter, er sei im Besitz einer in Deutschland hergestellten geheimen Landkarte, die den Plan Hitlers enthülle, ganz Südamerika zu erobern. Er besitze ein weiteres Dokument, aus dem hervorgehe, dass Hitler die Absicht habe, im Fall seines Sieges «alle bestehenden Religionen abzuschaffen». Der «Vormarsch des Hitlerismus» müsse daher unbedingt gestoppt werden. «Wir sind verpflichtet, für unser Teil zur Vernichtung des Hitlerismus beizutragen.» Die US Navy habe den Befehl erhalten, bei Begegnungen mit deutschen Schiffen «sofort zu schiessen.» Die «Klapperschlangen zur See» müssten vernichtet werden. Natürlich verschwieg Roosevelt der Öffentlichkeit, dass die deutsche Kriegsmarine Befehl hatte, allen Provokationen auszuweichen und Zwischenfälle mit US-amerikanischen Schiffen, soweit irgend möglich, zu vermeiden. Die beiden «Dokumente» mit den angeblichen Plänen Hitlers waren natürlich Fälschungen. (Post, S. 571/572)



Einer von Roosevelts politisch aktiven Kriegstreibern – Benjamin Sumner Welles (1892-1961), stellvertretender US-Außenminister (Under Secretary of State) von 1937 bis 1943.

Am 11. November 1941 gab stellvertretende US-Außenminister Sumner Welles in einer Rede in Arlington zu verstehen, daß die USA sich faktisch im Krieg mit Deutschland befinden: «Jenseits des Atlantik hat ein finsterner und erbarmungsloser Eroberer mehr als halb Europa zu kriecherischer Leibeigenschaft herabgewürdigt. Er prahlt damit, daß sein System sogar auf der ganzen Erde vorherrschen werde... Das amerikanische Volk hat nach erschöpfender Debatte... über seine Politik entschieden. Es ist verpflichtet..., keine Mühe und kein Opfer zu scheuen, um die endgültige Niederlage des Hitlerismus und alles dessen, was dieser böse Begriff einschließt, zuwege zu bringen...» Allerdings hatte nicht das amerikanische Volk entschieden, sondern die Regierung Roosevelt be-

schlossen, die USA gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit in den Krieg zu führen. (Post, S. 572/573)

- Am 20./21. November 1941 legte die japanische Regierung dem State Department ein letztes Verhandlungsangebot vor. Die Japaner schlugen einen auf sechs Monate befristeten *modus vivendi* vor, der die nötige Zeit gewähren sollte, um eine umfassende Verhandlungslösung zu finden. Die japanische Regierung zeigte sich bereit, sich vom Dreimächtepakt zu distanzieren und versicherte, sie werde «das japanische Volk niemals auf Geheiß einer ausländischen Macht in einen Krieg treiben». Mit der Note des Außenministers Hull vom 26. November 1941 beendete Präsident Roosevelt alle Verhandlungen

mit Japan über die Lockerungen des seit Juli 1941 von den USA verhängten Öl-Embargos und eingefrorener japanischer Auslandskonten.

(Post, S. 600/601; *Junge Freiheit* 48/11, 25.11. 2011, *Historisches Kalenderblatt*)

Am 28. November 1941, genau zehn Tage vor dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor, veröffentlichte der Roosevelt nahestehende Journalist Ralph Ingersoll in seiner prokommunistischen New Yorker Zeitung ‚PAP‘ Aufsätze mit der Überschrift: ‚Amerika muss Japan vernichten«. Darin forderte er, daß die Vereinigten Staaten im Zusammenwirken mit Großbritannien, Sowjetrußland und China die japanische Bedrohung durch „sofortiges Zuschlagen“ beseitigen sollten. Innerhalb von vierundzwanzig Stunden nach der gemeinsamen Kriegserklärung der vier Mächte würden die Briten ihre Flotte aus Singapur auslaufen lassen, um die Japaner aus der Chinesischen See zu vertreiben, die Amerikaner ihre Bombergeschwader von Manila aus in Marsch setzen und die aus «leicht entzündbarem Holz und Papier erbauten Städte Japans» vernichten. Die siegreichen Briten und Amerikaner würden sich dann wenige Tage später in Hongkong treffen.



Einer von Roosevelts medial aktiven Kriegstreibern – Ralph Ingersoll (1900-1985).

Die Säuberung des Pazifischen Ozeans von den Japanern von Westen her sei die alleinige Aufgabe Amerikas. Diese Säuberung mache nicht einmal die Versenkung der japanischen Flotte notwendig, denn wenn alle vier Staaten gleichzeitig zuschlagen, würde der Zusammenbruch Japans schnell erfolgen, «und all dieser Unsinn von den kleinen Übermenschen ist vorüber». Diese Stimmen widerlegen die Behauptung, dass Roosevelt von Japans «Verrat» überrascht worden sei. (Hedin, S. 89/90)

- Am 7. Dezember 1941 griff die japanische Marineluftwaffe mit 355 Bombern Bombern und Torpedoflugzeugen in zwei Wellen die in Pearl Harbor auf der

Hawaii-Insel Oahu stationierte US-Pazifikflotte an, die völlig überrascht wurde, obwohl Washington Bescheid wusste. Die Schäden waren erheblich. Der Stützpunkt hatte 2.403 Tote und 1.178 Verwundete zu beklagen, während die Verluste der japanischen Angreifer nur sehr gering waren. Der Angriff war ein Schock für die Amerikaner. Es war das erste Mal in der jüngeren Geschichte, dass ihr Land von einer fremden Macht direkt angegriffen wurde. Am nächsten Tag erklärten die USA Japan den Krieg. Vor dem Kongress sprach Präsident Roosevelt seine berühmt gewordenen Worte: «Gestern, am 7. Dezember 1941 – einem Tag, der in Schande fortleben wird –, wurden die Vereinigten Staaten von Amerika plötzlich und vorsätzlich von See- und Luftstreitkräften des Kaiserreichs Japan angegriffen. (...) Wir werden uns immer an den Charakter des Angriffs auf uns erinnern.» Waren Kongress und Volk bisher mehrheitlich gegen einen Krieg, so standen sie jetzt geschlossen hinter ihrem Präsidenten. Die japanische Expansion in Asien, deren Triebkraft keineswegs Eroberungssucht, sondern der Mangel an Rohstoffen war, die importiert werden mussten, führte zu immer grösseren Spannungen mit den sich seit ihrer Gründung auf einem hemmungslosen Expansions- und Annektionskurs befindlichen USA. Durch den Krieg, der im September 1939 in Europa ausgebrochen war, erhielten die Spannungen zwischen Japan und den USA aus der Sicht Roosevelts einen neuen Akzent. Ihm ging es nicht mehr um eine Übereinkunft mit Japan. Sein eigentliches Ziel war die Teilnahme am atlantischen Krieg gegen Deutschland. Doch dem würde der Kongress, in dem die Kriegsgegner in der Übermacht waren, niemals zustimmen. Also versuchte Roosevelt, das Deutsche Reich dazu zu provozieren, den ersten Schuss abzugeben, beispielsweise durch den US-Navy-Geleitschutz für britische Konvois trotz der Neutralität der USA. Hitler befahl den U-Booten jedoch grösste Zurückhaltung gegenüber US-Schiffen. So versuchte es Roosevelt durch die «Hintertür» (Charles C. Tansill, *Die Hintertür zum Kriege*). Und die hiess Japan. Um sein Ziel zu erreichen, musste Roosevelt also dafür sorgen, dass Japan den ersten Schuss abgab.¹⁰³ Besonders das US-amerikanische Öl-Embargo schnürte den Handlungsspielraum Japans völlig ein. Alle mit Tokio geführten Verhandlungen über diese Frage erwiesen sich als reine Scheinverhandlungen. Der britische Minister für Produktion, Oliver Lyttelton, hat am 20. Juni 1944 dazu

103 Generalstabschef George C. Marshall telegraphierte am 27. Oktober 1941 streng geheim einem nur begrenzten Kreis von Pazifik-Offizieren: «Wenn Feindseligkeiten nicht vermieden werden können, ziehen die USA es vor, Japan den ersten feindseligen Akt ausführen zu lassen.» (Wikipedia, *Verschwörungstheorien zum Angriff auf Pearl Harbor*)

festgestellt: «Amerika provozierte Japan in einem derartigen Ausmass, dass die Japaner gezwungen waren, Pearl Harbor anzugreifen. Es ist eine Travestie der Geschichte, zu sagen, dass dieser Krieg Amerika aufgezwungen wurde.» Bereits Monate vor dem Angriff war den US-Nachrichtendiensten der Einbruch in den «Purpurcode» gelungen, den Schlüssel, den die Japaner im weltweiten Nachrichtenverkehr mit ihrem diplomatischen Korps nutzten. So erhielten US-Präsident, Aussenminister, Generalstabschef und Marinechef Kenntnis über Zeit und Ort des ersten japanischen Angriffs. Aber sie alle hielten ihre Kenntnisse streng geheim. So erfuhren die Befehlshaber in Pearl Harbor nichts von der ihnen drohenden Gefahr. Die Verantwortlichen hielten es nicht einmal für notwendig, sie rechtzeitig zu warnen, um die nötigen Vorkehrungen treffen zu können. Die erste Warnung vor einem japanischen Luftangriff traf erst sieben Stunden, nachdem der Angriff bereits begonnen hatte, in Pearl Harbor ein. George Morgenstern schreibt dazu: «Pearl Harbor gab der amerikanischen Kriegspartei ein Mittel, sich von der Abhängigkeit von einem zögernden Kongress zu befreien, um ein widerstrebendes Volk in den Krieg zu führen. (...) Verfassungsgemässe Verfahren waren nur noch dazu da, um umgangen zu werden., bis schliesslich die Entscheidungsgewalt über Krieg und Frieden, die in Händen des Kongresses lag, darauf reduziert war, vollendete Tatsachen anzuerkennen.»

(Rolf Bürgel, *Roosevelts Kalkül ging auf*, in: *Junge Freiheit* 50/11, 9.12.2011)

- Am 11. Dezember 1941 erklärten sich auch Deutschland und Italien, nachdem England Japan den Krieg erklärt hatte, aufgrund des Dreimächtepaktes als mit den USA im Krieg befindlich. In der Kriegserklärung wurde festgestellt, dass die Vereinigten Staaten seit dem 11. September 1941 zu offenen kriegerischen Handlungen gegen das Deutsche Reich übergegangen seien. Vor dem Reichstag begründete Hitler die deutsche Kriegserklärung an die USA: «In Verfolg der immer weiteren Ausdehnung einer auf unbegrenzte Weltherrschaftsdiktatur gerichteten Politik des Präsidenten Roosevelt sind die Vereinigten Staaten von Amerika im Verein mit England vor keinem Mittel zurückgewichen, um dem deutschen, dem italienischen und dem japanischen Volk die Voraussetzungen ihrer natürlichen Lebenshaltung zu bestreiten. Die Regierungen Englands und der Vereinigten Staaten von Amerika haben sich aus diesem Grunde nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft jeder berechtigten Revision zur Herbeiführung einer besseren Neuordnung der Welt entgegenge-

setzt. Seit Kriegsbeginn hat sich der amerikanische Präsident Roosevelt in steigendem Masse eine Reihe schwerster völkerrechtswidriger Verbrechen zuschulden kommen lassen.» Nach einer Aufzählung der amerikanischen Neutralitätsverletzungen zog Hitler das Resümee: «Dadurch ist das aufrichtige und von beispiellosem Langmut zeugende Bestreben Deutschlands und Italiens, trotz den seit Jahren erfolgten unerträglichen Provokationen durch den Präsidenten Roosevelt eine Erweiterung des Krieges zu verhüten und die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten, zum Scheitern gebracht worden.» (Post, S. 620. Zur deutschen Kriegserklärung siehe auch: *Der Grosse Wendig*, Band 1, S. 622-624)

- Zur Kriegspolitik Roosevelts abschliessend ein Zitat des Zeitzeugen Ernst Hanfstaengel, Harvard-Absolvent, Intimus Hitlers in den zwanziger Jahren, später sein Auslandspressechef, 1937 nach England emigriert, im Krieg Berater seines Freundes Roosevelt. Er schreibt in seinem Erinnerungsbuch: «Ich sah meine wichtigste Aufgabe darin, den Präsidenten von seiner Anfang Januar proklamierten Casablanca-Formel der bedingungslosen Kapitulation abzubringen. Hier aber erwies sich die ehemalige Tafelrunde im Harvard Club aus dem Ersten Weltkrieg leider als übermächtig, denn dieser Personenkreis, in der Gestalt Morgenthau (1891-1967) und Frankfurters (1882-1965), zählte zu den nächsten Beratern des Präsidenten. So kam es, dass Roosevelt die Weltherrschaftsziele Moskaus verhängnisvoll unterschätzte, den Massenmord von Katyn (1943) schweigend hinnahm und durch die ‚Unconditional Surrender‘-Klausel den Krieg nach dem Fall von Stalingrad (Februar 1943) um zwei volle Jahre verlängerte. (...) Aber meine Stimme verhallte, und der stumpfe Geist der Rache streute seine unselige Saat.» (Hanfstaengel, S. 382 f.)
- Am 26. August 1944 schrieb Präsident Roosevelt an Kriegsminister Stimson: «Dem gesamten deutschen Volk muss eingehämmert werden, dass die ganze Nation an einer gesetzlosen Verschwörung gegen die Gesittung der modernen Welt beteiligt war.» (de Zayas, S. 37)

Der Beitrag der USA und seines Präsidenten Roosevelt lässt sich wie folgt zusammenfassen. Die USA tragen ihre Mitschuld am Desaster von Versailles und daran, dass das Danzig-Korridor-Problem nicht friedlich aus der Welt geschaffen wurde, ehe es zum Anlass eines neuen Weltkrieges wurde. Sehr bald nach Hitlers Amtsantritt reagierte die Roosevelt-Regierung mit einer Schärfe gegen Deutschland, die

zwischen souveränen und friedlichen Staaten äusserst ungewöhnlich war. Die Reaktionen Roosevelts werden in aller Regel allein damit begründet, dass der deutsche Diktator die Demokratie verachtet, die Juden verfolgt und im eigenen Land das Recht gebrochen hatte. Doch die Missachtung der Demokratie, antijüdische Politik und Rechtsbrüche sind auch das Markenzeichen von Staaten und Regierungen, mit denen Roosevelt ohne Berührungängste kollaborierte. So lag der tiefere Grund für Roosevelts feindliche Deutschlandpolitik schon ab dem Frühjahr 1933 offensichtlich in einer Feindlichkeit den Deutschen gegenüber, die er seit dem Ersten Weltkrieg in sich trug. Roosevelts Hassgefühle gegenüber Hitler wurden noch grösser, als der deutsche Diktator auf einem Feld der Politik Erfolg verbuchte, wo er ihn selbst gerne gehabt hätte. Deutschlands 6,3 Millionen Arbeitslose sind 1936 zum grössten Teil wieder in Lohn und Brot, während Roosevelt mit 12,8 Millionen Menschen ohne Job im Jahre 1933 trotz seines «New-Deal»-Programms 1938 immer noch auf 10,4 Millionen Arbeitslosen sass. So wurde Hitlers Weg mit seinem «Wirtschaftswunder» auch zu einem Popularitätsproblem für Roosevelt im eigenen Land. Zum «Wirtschaftswunder» gehörte auch der wachsende devisaunabhängige Handel deutscher Firmen in Südamerika, der den Nordamerikanern ihre Marktanteile deutlich schmälerte. So übte die Lobby der US-Industrie- und Landwirtschaft Druck aus, die deutsche Konkurrenz in Südamerika notfalls durch einen Krieg zu stoppen. Es war Roosevelt, der Hitlers Expansionsdrang an die Wand malte, noch ehe der Diktator sich zu seiner Absicht öffentlich geäussert hat, Österreich und das Sudetenland anzugliedern. Es war Roosevelt, der seinen «Feldzug» gegen Deutschland fortsetzte, auch als Hitler nacheinander einen Freundschaftsvertrag mit Polen schloss, Frankreich den Besitz von Elsass-Lothringen garantierte und England vertraglich zusicherte, die deutsche Flotte bei 35% der britischen Flotte zu begrenzen. Erst mit Hitlers Besetzung der Tschechei im März 1939 gab es für Roosevelt völkerrechtlich einen Grund, gegen Deutschland Krieg zu führen. Doch beim deutschen Einmarsch in die Tschechei waren ihm die Hände vom US-Kongress gebunden. Es war Roosevelt, der den Polen, Briten und Franzosen versprach, sie bei einem Krieg gegen Deutschland aktiv zu unterstützen. Es war Roosevelt, der in London ganz massiv darauf drängte, den Deutschen beim nächsten Revisionswunsch Einhalt zu gebieten. Dabei übersah er, dass es die USA gewesen sind, die in Versailles erst ihr Wort gebrochen und dann den Danzig-Streit geboren haben. Es war Roosevelt, der 1939 eine Danzig-Einigung verhindern und Krieg wollte. Es war Roosevelt, der eine Warnung an die Warschauer Regierung unterliess, als er am 23. August durch den Verrat des deutschen Diplomaten Hans-Heinrich Herwarth von Bittenfeld erfuhr, dass «Ostpolen» soeben mit dem «Geheimen Zusatzprotokoll»

den Sowjets als Interessensphäre zugesprochen worden war. Es war Roosevelt, der so verhindert hatte, dass die aktuelle Kriegsgefahr jetzt noch gebannt wurde. Sein Botschafter in England, Josef Kennedy, sagte im Dezember 1945 rückblickend auf seine Zeit in London: «Weder die Franzosen noch die Briten hätten aus der deutsch-polnischen Frage einen Kriegsgrund gemacht, wenn nicht Washington dauernd gebohrt hätte.» (Schultze Rhonhof, S. 554-558)

18.4 Die Rolle Hitlers

«Hitler wollte alles andere als einen Weltkrieg. Nach Kriegsende sind die wesentlichen deutschen Archive in unsere Hände gefallen, und wir können uns ein präzises Bild von dem ausserordentlichen Grad der Kriegsfurcht in den führenden deutschen Kreisen machen... Die plötzliche Kehrtwendung Englands machte den Krieg unvermeidbar. Auch die Sowjetunion marschierte im September 1939 in Polen ein, jedoch ohne dass England und Frankreich ihr den Krieg erklärten. Das beweist, dass es nicht um Polen, sondern um die Vernichtung Deutschlands ging.» Der britische Historiker Liddell Hart in der *Picture Post*, 3.9.1949 (Joachim Nolywaika, *Ostdeutsche Passion 1918-1948*, 2004, S. 20)

„Adolf Hitler hatte Ende der dreissiger Jahre Jahre keinerlei Interesse an einem Weltkrieg, ja nicht einmal an einem Krieg gegen Polen. Vielmehr sorgte er sich – und zwar zu Recht –, dass sich die Streitmächte Grossbritanniens und Frankreichs gegen die Westgrenze des Deutschen Reiches werfen würden und dass dann zugleich die Rote Armee gegen die deutsche Ostgrenze marschieren würde.» Der israelische Militärhistoriker Uri Milstein in der *Deutschen Militärzeitschrift*, Nr. 72, 2009, S. 44.

«...In den beschlagnahmten deutschen Archiven gibt es kein Zeugnis, dass Hitler eine Offensive gegen die westliche Hemisphäre plante. Aber es gibt eine Fülle von Beweisen, dass er gerade dies vermeiden wollte, bis Amerika in den Krieg eintrat... Roosevelt hat Amerika in den Krieg gelogen, so Claire Booth-Luce während des Parteikonvents der Republikaner 1944.» J. F. C. Fuller, britischer Militärhistoriker, in *A Military History of the Western World*, 1956 (Zips, *Zitatensammlung*, S. 52)

«Was wir im deutschen Widerstand während des Krieges nicht begreifen wollten, haben wir nachträglich vollends gelernt, dass der Krieg schliesslich nicht gegen Hitler, sondern gegen Deutschland geführt wurde.» Der ehemalige Widerständler

(Kreisauer Kreis) und CDU-Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, 21. März 1975.

Vier Monate vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges legte Hitler in seiner Reichstagsrede am 28. April 1939 nochmals die Grundsätze und Ziele seiner Politik dar. Er erneuerte gegenüber Polen seine Vorschläge zur friedlichen Lösung der beiderseitigen Streitfragen und setzte sich nochmals ausführlich mit dem Versailler Diktat auseinander. Er habe nur wiederherstellen wollen, was andere einst mit Gewalt und menschlicher Unvernunft zerbrochen hatten. Er habe keinen Schritt vollzogen, der fremde Rechte verletzte, sondern nur das vor 20 Jahren verletzte Recht wiederhergestellt. Als vor 21 Jahren der blutige Krieg zu Ende ging, hätten Millionen von Menschen gehofft, «dass ein Friede der Vernunft und der Gerechtigkeit die von der furchtbaren Geisel des Weltkrieges heimgesuchten Völker belohnen und beglücken würde». Alle diese Menschen hätten, «ganz gleich wie auch die Feststellungen der Historiker lauten mögen, keine Schuld an diesem furchtbaren Geschehen». Um diesen Frieden seien aber diese Millionen damals betrogen worden, denn nicht nur die Deutschen oder die anderen auf unserer Seite kämpfenden Völker seien durch die Friedensverträge geschlagen worden. Hass, Bosheit und Unvernunft seien die intellektuellen Väter des Versailler Diktates gewesen. Tausendjährige Lebensräume und Staaten seien willkürlich zerschlagen und aufgelöst, seit ewigen Zeiten zueinander gehörige Menschen voneinander gerissen worden, wirtschaftliche Lebensvoraussetzungen missachtet, die Völker selbst aber als Sieger und Besiegte in alleinberechtigte Herren und rechtlose Knechte eingeteilt worden. Nahezu 115 Millionen Menschen seien «von wahnsinnigen Politikern in ihrem Selbstbestimmungsrecht vergewaltigt, willkürlich aus alten Gemeinschaften gelöst und zu neuen Gemeinschaften zusammengeschlossen» worden, «ohne Rücksicht auf Blut, Herkunft, auf die Vernunft und auf alle wirtschaftlichen Lebensbedingungen». Eine sich in fast 2000 Jahren geschichtlicher Entwicklung gebildete Ordnung sei einfach zerrissen und in eine Unordnung verwandelt worden, ohne dabei aber die Probleme selbst lösen zu können. So habe man den teuflischen Plan entwickelt, Generationen mit dem Fluch dieser Diktate zu beladen. 60, 70 oder 100 Jahre lang sollte Deutschland Beiträge zahlen, deren Aufbringung vollkommen schleierhaft bleiben musste. «Tatsächlich haben diese demokratischen Friedensdiktatoren mit ihrem Versailler Wahnsinn die Weltwirtschaft gründlich zerstört... Das Schlimmste war die daraus resultierende vollständige Verzweiflung der Massen, das Verschwinden jedes Vertrauens in die menschliche Vernunft oder gar Gerechtigkeit bei den Gebildeten,

ebenso aber auch das brutale Hervortreten der Selbstsucht aller egoistisch veranlagten Kreaturen...»

Im Hinblick auf die britische Garantieerklärung gegenüber Polen kündigte Hitler den Flottenvertrag mit Grossbritannien vom 18. Juni 1935 und den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt vom Januar 1934. Der Wunsch der Warschauer Regierung nach einem Zugang zur Ostsee sei aber ebenso legitim wie ein Zugang Deutschlands zu seiner ostpreussischen Provinz. Er unterbreitete der polnischen Regierung nochmals einen Vorschlag zur Lösung der beiderseitigen Probleme. Die polnische Regierung habe dieses Angebot jedoch abgelehnt. Das Schlimmste sei, dass nunmehr auch Polen glaube, unter dem Druck einer verlogenen Welthetze Truppen einberufen zu müssen, obwohl Deutschland seinerseits überhaupt nicht daran dachte, irgendwie gegen Polen vorzugehen. Die Deutschland angedichtete Angriffsabsicht habe in der Folge zu dem bekannten Garantieangebot und zu einer Verpflichtung der polnischen Regierung für einen gegenseitigen Beistand geführt, der Polen zwingen würde, im Falle eines Konfliktes Deutschlands mit irgendeiner anderen Macht, durch den wieder England auf den Plan gerufen würde, nun seinerseits gegen Deutschland militärisch vorzugehen. Deshalb betrachte er das von ihm und Marschall Piłsudski seinerzeit geschlossene Abkommen als durch Polen einseitig verletzt und damit als nicht mehr bestehend. Sollte die polnische Regierung Wert darauflegen, zu einer neuen vertraglichen Regelung der Beziehungen zu Deutschland zu kommen, so würde er das nur begrüßen. Wenn nun aus diesen Anlässen in den letzten Wochen eine neue Unruhe über Europa hereingebrochen sei, dann sei «dafür ausschliesslich die im Dienst internationaler Kriegshetzer stehende Propaganda verantwortlich, die versuche, durch eine fortgesetzte Steigerung der Nervosität, durch das Fabrizieren andauernder Gerüchte Europa reif für eine Katastrophe zu machen, jene Katastrophe, von der man dann erhoffe, was auf anderem Weg bisher nicht gelungen sei: die bolschewistische Vernichtung der europäischen Kultur...»

Die Anschuldigungen Präsident Roosevelts wies Hitler mit folgenden Worten zurück: «Diese Furcht vor Kriegen hat ohne Zweifel seit jeher die Menschheit erfüllt, und mit Recht! So sind zum Beispiel nach dem Friedensschluss von Versailles vom Jahre 1919 bis 1938 allein vierzehn Kriege geführt worden, an denen allerdings Deutschland in keinem Fall beteiligt war, wohl aber Staaten der westlichen Halbkugel, in deren Namen Herr Präsident Roosevelt ebenfalls das Wort ergreift.

Die amerikanische Union allein hat in sechs Fällen seit 1918 militärische Interventionen durchgeführt. Sowjetrussland hat seit 1918 zehn Kriege und militärische Aktionen mit blutiger Gewalt geführt. Auch hieran war Deutschland in keinem Fall beteiligt. Es war auch nicht die Ursache eines dieser Vorgänge.» In Afrika habe nicht nur eine Nation ihre Freiheit verloren, sondern nahezu alle früheren Einwohner dieses Kontinents seien mit blutiger Gewalt der Souveränität anderer Völker unterworfen worden und hätten damit ihre Freiheit verloren. Marokkaner, Berber, Araber, Neger usw. seien alle einer fremden Gewalt zum Opfer gefallen, deren Schwerter freilich nicht die Aufschrift «Made in Germany», sondern «Made by Democracies» getragen hätten. Hitler betonte, dass überall dort, wo die höheren Interessen des europäischen Zusammenlebens es erfordern, nationale Interessen zurückgestellt werden müssten. Es sei notwendig, in Europa irgendwie zum Frieden zu kommen und nicht durch die Offenhaltung unbegrenzter Forderungen und ewiger Revisionen den Keim für eine fortdauernde Unsicherheit oder gar Spannung zu legen. Für diese Spannung sei nicht Deutschland verantwortlich, sondern es seien jene internationalen Elemente, die diese Spannung planmässig herbeiführten, um ihren kapitalistischen Interessen dienen zu können.

Zur Einigung in der Sudetenfrage erklärte Hitler, er sei glücklich, dass es gelungen sei, diese mitteleuropäische Katastrophe zu vermeiden. Erst Herr Beneš habe durch Unterdrückung des Deutschtums das Problem geschaffen und zugleich durch die bekannte Mobilmachung versucht, dem deutschen Staat eine internationale Niederlage zuzufügen und sein Prestige zu schädigen. Die damalige Lüge einer deutschen Mobilmachung sei ersichtlich vom Auslande inspiriert und den Tschechen aufgetischt worden, um dem Deutschen Reich eine solche Prestigeniederlage beizubringen. Er brauche es noch nicht einmal zu wiederholen, dass Deutschland im Mai des vergangenen Jahres (1938) keinen einzigen Mann mobilisiert hatte. Eine friedliche Lösung in der Sudetenfrage sei den Hetzern der Demokratie ein Dorn im Auge gewesen. Hitler: «Sie hassen uns Deutsche und möchten uns am liebsten ausrotten. Aber was sind für sie auch schon Tschechen? Ein Mittel zum Zweck! Was interessiert sie das Schicksal eines kleinen braven Volkes, was kümmert sie das Leben von hunderttausend braven Soldaten, die das Opfer ihrer Politik werden mussten? Diesen westeuropäischen Friedenshetzern kam es nicht darauf an, Frieden zu stiften, sondern Blut vergiessen zu lassen. Deshalb wurde die deutsche Mobilmachung erfunden und der Prager Öffentlichkeit vorgeschwindelt. Sie sollte der tschechischen Mobilmachung Argumente liefern.»

Sodann nahm Hitler ausführlich zu den deutsch-britischen Beziehungen Stellung und bekräftigte nochmals seinen Wunsch nach einer engen deutsch-englischen Freundschaft und Zusammenarbeit. Er müsse aber feststellen, dass die Politik Englands inoffiziell und offiziell keinen Zweifel darüber lasse, dass, ganz gleich, in welchen Konflikt Deutschland einmal verwickelt werden würde, Grossbritannien stets gegen Deutschland Stellung nehmen müsste. Man sehe also dort den Krieg gegen Deutschland als etwas Selbstverständliches an. Er bedauere dies tief, denn die einzige Forderung, die er an England stelle und immer stellen werde, sei die Rückgabe der deutschen Kolonien. Dies würde jedoch niemals der Grund für eine kriegerische Auseinandersetzung sein. Wir wollten nichts, was uns nicht einst gehört habe, kein Staat werde von uns in seinem Eigentum jemals beraubt werden. Roosevelt sei ersichtlich die Tatsache entgangen, dass Palästina zur Zeit gar nicht von deutschen Truppen, sondern von Engländern besetzt sei und mit brutalsten Gewaltmitteln in seiner Freiheit beschränkt und um seine Unabhängigkeit gebracht werde und zugunsten jüdischer Eindringlinge die grausamsten Misshandlungen erdulde. Die in diesem Lande lebenden Araber dürften sich gegenüber Roosevelt daher sicher nicht über eine deutsche Aggression beschwert haben, aber sie beklagten sich in andauernden Appellen an die Weltöffentlichkeit über die barbarischen Methoden, mit denen England dort ein seine Freiheit liebendes und nur seine Freiheit verteidigendes Volk niederzuzwingen versuche. «Auch dies wäre vielleicht ein Problem, das man nach der Auffassung des Herrn Roosevelt am Konferenztisch würde lösen müssen und nicht durch brachiale Gewalt, durch militärische Mittel, durch Massenerschiessungen, durch das Niederbrennen von Dörfern, Sprengungen von Häusern usw.» Abschliessend erklärte Hitler: «Die deutsche Regierung ist bereit, jedem dieser genannten einzelnen Staaten diese Zusicherung unter der Voraussetzung der unbedingten Gegenseitigkeit auch zu geben... Und hier erkläre ich feierlich, dass alle irgendwie verbreiteten Behauptungen über einen beabsichtigten deutschen Angriff oder Eingriff auf oder in amerikanische Gebiete plumper Schwindel oder grobe Unwahrheit sind. Ganz abgesehen davon, dass solche Behauptungen übrigens auch vom militärischen Standpunkt aus nur einer albernen Phantasie entstammen können. Allein ich glaube, dadurch noch am ehesten dem zu nützen, was uns allen am Herzen liegt: der Gerechtigkeit, der Wohlfahrt, dem Fortschritt und dem Frieden der ganzen menschlichen Gemeinschaft!» Soweit die Auszüge aus Hitlers Grundsatzerklärung vom 28. April 1939. (Broschüre *Der Führer antwortet Roosevelt. Reichstagsrede vom 28. April 1939*, München, 1939)

Der deutsche Führer und Reichskanzler Adolf Hitler wird heutzutage für die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges allein verantwortlich gemacht. Ihm werden Welt-herrschaftsziele unterstellt und eine «Lebensraum»-Ideologie vorgeworfen, die er bereits in seinem Buch *Mein Kampf* deutlich habe erkennen lassen und mittels Krieg realisieren wollte. Die vorherrschende Historikermeinung in Deutschland geht in der Tat davon aus, dass Hitler einen lang gehegten und seit 1933 vorbereiteten Langzeitplan für einen Eroberungskrieg um «Lebensraum im Osten» hatte. Die Gegenmeinung geht davon aus, dass Hitler 1939 und 1940 zwar seine «Lebensraum»-Absicht immer noch «im Kopf» getragen, aber letztlich doch aufgegeben hatte. Daran änderte auch seine Absicht nichts, die Sowjetunion anzugreifen, nachdem diese sich durch die Annektionen Bessarabiens und der Nordbukowina im Juni 1940 bedrohlich den rumänischen Erdölquellen genähert hatten, aus denen Deutschland zu einem grossen Teil versorgt wurde. Zu der Zeit lagen den sechs deutschen Reservedivisionen an der Grenze zwischen Polen und der Sowjetunion bereits 170 russische Heeresdivisionen gegenüber. Hitler reagierte, indem er im Juli 1940 erstmals an das Oberkommando des Heeres und der Wehrmacht die Weisung gab, die Möglichkeit eines Angriffs gegen die Sowjetunion zu untersuchen. Zeitgleich gab Stalin in Moskau eine Weisung für einen Angriff gegen Deutschland. (Beitrag *Hitlers Kriegsabsichten 1939* unter www.vorkriegsgeschichte.de)

Unabhängig von der Kontroverse um Hitlers «Lebens(t)raum»-Gedanken steht indes fest, dass seine aussenpolitische Konzeption auf Mitteleuropa begrenzt war: auf Österreich, das Sudetenland, den polnischen «Korridor» sowie die Rückgewinnung Danzigs und des Memellandes, das 1923 durch Litauen völkerrechtswidrig annektiert wurde. Hitler gelang es, die durch Versailles verlorengegangenen deutschen Gebiete friedlich wiederzuerlangen, im Falle des Sudetenlandes mit Zustimmung Frankreichs, Grossbritanniens und Italiens. Auf Elsass-Lothringen hatte Hitler bereits 1938 feierlich verzichtet. Die rein deutsche Stadt Danzig wollte er ebenfalls friedlich mit Deutschland wiedervereinigen und für den «Korridor» eine Neuregelung erreichen. Damit ist er gescheitert, aber nicht, weil er die Kriegsbereitschaft des Westens unterschätzte, sondern weil er trotz englisch-polnischer Entschlossenheit, die Waffen sprechen zu lassen, bis zuletzt auf eine friedliche Lösung des Konflikts hoffte. Obwohl Hitler gewiss nicht der Hauptkriegstreiber war, hat er durch die Besetzung der Tschechei 1939, den Einmarsch nach Polen 1939 und den Angriff auf die Sowjetunion 1941 das Odium des Aggressors auf sich und das ganze deutsche Volk geladen. Von dem Ruf des Aggressors und Okkupanten haben sich die Deutschen bis heute nicht befreien können. Durch seine Unduldsamkeit bei der

Lösung von politischen Streitfragen und seine masslose Überschätzung der militärischen Potenz Deutschlands und die fatale Unterschätzung der militärischen und wirtschaftlichen Stärke der Feindmächte trägt Hitler zweifellos eine schwere Mitschuld an der europäischen Katastrophe, am Untergang Deutschlands und am Leiden der Zivilbevölkerung.

Obwohl Hitler entgegen der herrschenden Meinung keinen Krieg, schon gar keinen Weltkrieg wollte, trug er nicht unerheblich dazu bei, dass Deutschland einseitig der «Aggressor»-Status zugeschrieben und mit der «alleinigen Kriegsschuld» belastet wurde. Der eigentliche deutsche Beitrag zum Kriegsausbruch liegt in zwei Ereignissen. Es sind dies die Angliederung des Sudetenlandes an das Reich im Oktober 1938 und die Besetzung der Tschechei als Rest der im März 1939 zerfallenden Tschechoslowakei. Der Anschluss des Sudetenlandes wurde zwar auch in England, Frankreich und Italien als legitim betrachtet, er kam aber nur zustande, weil Hitler den Anschluss mit der Drohung durchsetzte, notfalls Krieg gegen die Tschechoslowakei zu führen. Damals waren weder die Tschechen noch die genannten Mächte in der Lage, eine Besetzung des Sudetenlandes durch Deutschland militärisch zu verhindern. In München zwang Hitler die drei Siegermächte erstmals, eine der Versailler Zwangsmassnahmen selbst aufzuheben. In Paris und London konnte man das danach nicht mehr vergeben und vergessen. Der englische Oppositionspolitiker Winston Churchill bezeichnete das Münchener Abkommen offen als «deutsche Erpressung». Der Anschluss des Sudetenlandes löste in England und Frankreich eine Welle von Kriegsvorbereitungen und antideutschen Stimmungen aus. Seit der Angliederung – und das war Monate, bevor Hitler die «Rest-Tschechei» bedrohte und er damit begann, die Polen wegen Danzig zu bedrängen – begannen in London und Paris die Parlamente und die Presse, von Kriegsgefahr in Europa zu reden und zu schreiben. Den zweiten und durchschlagenden Anlass für den Kriegsausbruch lieferte Hitler mit der Besetzung der Tschechei. Er verletzte damit das Völkerrecht und brach das gegebene Wort, nur deutsche Menschen, «heim ins Deutsche Reich» zu holen. Damit verliess er die bislang legitime Linie seiner Aussenpolitik. Mit der Zerschlagung der Rest-Tschechei und mit dem Einmarsch der Wehrmacht überschritt Hitler die Grenzen dessen, was die Versailler Mächte bereit waren hinzunehmen. (Schultze-Rhonhof, S. 558-560)

Andererseits muss in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, dass in dieser Zeit auch die Westmächte Völkerrechtsbrüche begangen oder toleriert haben. Die USA traten bekanntlich dem Genfer Völkerbund nicht bei und konnten daher ihre

Interessen in Mittelamerika ohne Rücksicht auf das Völkerrecht eher mit der Marineinfanterie als mit juristischen Winkelzügen durchsetzen. Die mit der Unterdrückung ihrer kolonialen Untertanen beschäftigten Briten behandelten das Völkerrecht nicht erst im Ersten Weltkrieg «elastisch», als sie die deutsche Zivilbevölkerung aushungerten. Auch die Franzosen gingen in ihrem Kolonialbereich wenig zimperlich mit dem Völkerrecht um und duldeten 1923 die völkerrechtswidrige Annexion des Memellandes durch Litauen oder die permanente Verletzung der international verbürgten Minderheitenschutzrechte durch die in Prag und Warschau regierenden Chauvinisten. Zudem hatten es die Westmächte seit 1933 nie mit «fortgesetzten Völkerrechtsbrüchen» durch Deutschland, sondern genaugenommen nur mit einem «Bruch» zu tun: der Zerschlagung der Rest-Tschechei. (Buchbesprechung von Jürgen Böttcher, *In Bismarcks Bahnen – Stefan Scheils Neubewertung des NS-Aussenpolitikers Joachim von Ribbentrop*, in: *Junge Freiheit* 28/13, 5.7. 2013)

18.5 Die Rolle Frankreichs

«Es ist nicht Hitler, sondern Deutschland, das besiegt aus diesem Kriege hervorgehen wird.» Die französische Zeitung *Candide* vom 6. September 1939.

«Ein Boche ist ein Boche, ob er sich Erzberger oder Göring nennt.» Die französische Zeitung *Gringoire* vom 7. September 1939.

«Der Krieg gilt den Barbaren und Teutonen, die seit vier Jahrhunderten aus Brutalität die schlimmsten Verbrechen gegen die menschliche Kultur begangen haben.» *Petit Parisien* vom 7. September 1939.

«Das Unglück Deutschlands und unser eigenes ist die deutsche Einheit. (...) Alle Franzosen wissen jetzt, dass sie weder Frieden noch Waffenruhe haben, solange ein Grossdeutschland an ihrer Grenze bestehen wird. Wir wissen, dass ein starkes Deutschland ein unverbesserliches Deutschland ist.» *Gringoire* vom 12. Oktober 1939.

(Die Zitate wurden dem Buch von Jacques Bainville, *Frankreichs Kriegsziel*, Hamburg, 1939/1940, Einführung S. 16/17, entnommen.)

Seit den Tagen König Ludwigs XIII. und seines ersten Ministers, Kardinal Richelieu, ist es das Ziel aller französischen Regierungen gewesen – beginnend mit der

Eroberung Lothringens seit dem Jahre 1633 –, die Ostgrenze Frankreichs zum Rhein hin vorzuschieben. Dieser «Drang nach Osten» war mit der Einverleibung Lothringens und des Elsass keineswegs erfüllt. Als Deutschland sich die zwei Provinzen 1871 für ein knappes halbes Jahrhundert zurückeroberte, sann Frankreich nach Revanche. Die Franzosen wollten nicht nur die beiden Landesteile bei Gelegenheit zurückholen, sondern liessen sich noch im Krieg 1917 in einem Geheimvertrag von den Russen das deutsche Saargebiet zusprechen. In den Versailler Verhandlungen versuchte Frankreich dann, das Saarland und Luxemburg zu annektieren und das deutsche Land beiderseits des Rheins als einen eigenen «Rheinstaat» vom Deutschen Reich zu trennen. Das alles scheiterte nur am Einspruch anderer Siegermächte. Auch nach dem «Friedensvertrag» von Versailles schloss Frankreich keinen echten Frieden mit dem Nachbarn Deutschland. Der sogenannte Friede ächtete Deutschland, liess es ungewöhnlich hart zur Ader und verwehrte ihm seine Selbstschutzzfähigkeit auf Dauer. Solange das geschlagene Deutschland Frankreichs Hand und Hilfe hätte brauchen können, blieben die Franzosen unversöhnlich. Frankreich schaffte 1919 die Mehrzahl aller Gründe für den Zweiten Weltkrieg, auch wenn es 1939 Deutschland war, das einen dieser Gründe zum Anlass für eine Kriegseröffnung nahm.

Der Beitrag zum Kriegsausbruch von 1939, den Frankreich zwischen beiden Kriegen leistete, war dem der Briten ähnlich. Doch Frankreich ging dabei von Anfang an massiv vor, indem es auf vier Wegen versuchte, Deutschlands Souveränität und seine äussere Sicherheit zu untergraben. Als erstes erzielten die Franzosen unter Verletzung ihrer Abrüstungspflichten für gut anderthalb Jahrzehnte eine vielfache Militärüberlegenheit gegenüber ihren deutschen Nachbarn. Hinzu kam zweitens, dass die französischen Regierungen von 1927 bis 1933 die Genfer Abrüstungsverhandlungen mit Erfolg blockierten und so verhinderten, dass Deutschland sich wieder selbst verteidigen konnte. Zum dritten nutzte Frankreich Deutschlands Schwäche mehrfach aus und liess seine Truppen trotz des geschlossenen Friedens in das Deutsche Reich einmarschieren. Viertens errichtete Frankreich binnen weniger Jahre eine Mauer von antideutschen Militärverträgen rund um das Deutsche Reich. Frankreich gelang es, mit Verträgen mit Grossbritannien (1919), Belgien (1920), Polen (1921), der Tschechoslowakei (1924), Rumänien (1926), Jugoslawien (1927), der Sowjetunion (1932) nicht nur Deutschland und Österreich einzukreisen. Es fügte auch eine Allianz zusammen, die Deutschland 12-fach in der Friedensstärke und etwa 100-fach im Kriege überlegen war, so dass sich Hitler und die

Reichswehr ab 1935 beim Aufbau einer neuen Wehrmacht daran orientieren mussten. Frankreich versäumte es, die Drohkulisse rund um Deutschland in den Jahren abzubauen, in denen Hitler angeboten hatte, die deutsche Rüstung zu begrenzen. Frankreichs Sicherheitsanstrengungen nach dem Ersten Weltkrieg bestanden im Ergebnis daraus, Deutschland klein zu halten und nicht darin, sich mit den Deutschen zu vergleichen. Die Franzosen, die den polnisch-deutschen Streit um Danzig in Versailles selbst mit verursacht haben, nutzten ihren Bündniseinfluss auf die Polen nicht im geringsten dazu, eine Friedenslösung anzusteuern. Sie versuchten nicht einmal im Ansatz, zwischen beiden Kontrahenten zu vermitteln oder gar die Probleme selbst anzufassen. Frankreich wollte Deutschland wegen seines Wiederaufstieges und wegen der Tschechei-Besetzung in einem neuen Krieg besiegen. Es bestärkte die polnische Regierung deshalb, den deutschen Forderungen gegenüber hart zu bleiben und notfalls einen Krieg um Danzig zu riskieren. Im Mai 1939 versprach der französische Oberbefehlshaber General Gamelin dem polnischen Kriegsminister Kasprzycki, dass Frankreich gemeinsam mit Polen in einen Feldzug gegen Deutschland ziehen werde. Der französische Premierminister Daladier und sein Aussenminister Bonnet wussten, dass Gamelin dieses Versprechen nicht einlösen konnte. Sie liessen die Polen in dem falschen Glauben, dass sie mit Frankreich gemeinsam gegen Deutschland siegen könnten. Im Mai 1939 waren die Verhandlungsvorschläge der Reichsregierung in Bezug auf Danzig und die Transitwege noch so bescheiden, dass Polen ohne eigene Territorialverluste hätte Frieden haben können. Es war Frankreich, das der polnischen Regierung seinerzeit nicht zur Normalisierung, nicht zu Verhandlungen und nicht zum Frieden zu einem bislang noch minimalen Preis riet, sondern Polen mit falschen Versprechungen verlockte, den Weg zum Krieg einzuschlagen.

Das französische Versprechen, im Falle einer Danzig-Auseinandersetzung Polen zu helfen und Deutschland anzugreifen, wog deshalb schwerer als die Garantie der Briten, weil 1939 nur die Franzosen über ein Heer verfügten, das in der Lage gewesen wäre, Deutschland direkt und unverzüglich anzugreifen. Die Briten mit ihrer Flotte und ihren Luftstreitkräften konnten nur mittelbar und in einem Krieg von langer Dauer den Polen helfen. Polen aber konnte einen Krieg nur mit direkter und schneller Hilfe gewinnen und, wenn es schlecht kommt, überstehen. So war es vor allem die französische Regierung, die Polen mit dem Versprechen des Zweifrontenkrieges gegen Deutschland in den Krieg lockte. Mit einer solchen «guten Aussicht» hatte die polnische Regierung auch kaum noch ein Motiv, mit Deutschland

wegen eines neuen Danzig-Status und eines exterritorialen Transitweges zu verhandeln. Auch als Hitler am 24. August und noch einmal am 30. August die Angriffsbefehle für die Wehrmacht aufhob und damit zeigte, dass er nur Danzig und nicht Polen haben wollte, bestärkte Frankreich Polen, zur vorgeschlagenen, moderaten Danzig-Regelung «Nein!» zu sagen, wohlwissend, dass dies Krieg bedeutete. Am 3. September 1939 erklärte Frankreich dem Deutschen Reich den Krieg. (Schultze-Rhonhof, S. 546-549)

18.6 Die Rolle Polens

«Für Polen gibt es überhaupt keine Wahl. Seine Lage zwingt ihm den Kampf auf, und zwar auf Tod und Leben.» Jacques Bainville, *Frankreichs Kriegsziel*, S. 54.

«Polen muss darauf bestehen, dass es ohne Königsberg, ohne ganz Ostpreussen nicht existieren kann. Wir müssen jetzt in Locarno fordern, dass ganz Ostpreussen liquidiert wird... Sollte dies nicht auf friedlichem Wege geschehen, dann gibt es ein zweites Tannenberg.» *Gazeta Gdanska* am 9. Oktober 1925. (Schultze-Rhonhof, S. 401)

«Fort mit den Deutschen hinter ihre natürliche Grenze! Fort mit ihnen hinter die Oder!» Die Krakauer Zeitung *Ilustrowany Kurier Codzienny* am 20. April 1929. (Fuchs, S. 175/176)

«Nur ein polnisches Armeekorps kann die Danziger Frage lösen.» Der polnische Aussenminister August Zaleski gegenüber dem Danziger Senatspräsidenten Heinrich Sahn im September 1930. (Oscar Reile, *Der deutsche Geheimdienst im Zweiten Weltkrieg*, München, 1989, S. 21)

Polen gibt sich heutzutage als unschuldigtes Opfer aus, das von den übermächtigen Nachbarn Deutschland und der Sowjetunion bedroht und überfallen wurde. Dem äusseren Anschein nach war Polen in der Tat das erste Opfer des Zweiten Weltkrieges. Bei genauerem Betrachten gehört es jedoch auch zu den ersten Aggressorstaaten in Europa. «Die Tatsache, dass das wahre Ziel der herrschenden polnischen Klasse keineswegs nationalistisch, sondern imperialistisch war, dass es die Herrschaft Polens über grosse Zivilbevölkerungsgruppen fremder Abstammung einschloss, ist in Westeuropa niemals genügend verstanden worden», führt der Histo-

riker Stefan Scheil aus. (Stefan Scheil, *Fünf plus Zwei*, 2003, S. 52) Der 1918 wiedererstandene Staat Polen brachte es fertig, in den ersten vier Jahren seiner neuen Existenz Streit und Kriege mit fast allen seinen Nachbarn zu beginnen. 1918, noch vor den Versailler Grenzenscheidungen, nutzte Polen den Waffenstillstand Deutschlands mit den Siegern und die Revolution im Reich, um die Provinz Posen in Besitz zu nehmen. Im Januar 1919, drei Monate bevor die deutsche Delegation in Versailles zugelassen wurde, setzte die polnische Delegation am Konferenzort ausserdem bei den Siegern durch, dass der grösste Teil Westpreussens mit überwiegend deutscher Bevölkerung ohne Volksabstimmung Polen zugesprochen wurde. Dies trennte Ostpreussen vom Deutschen Reich ab. Es war Polen, das die Weichen für diese Trennung stellte und später mit der Unterbrechung der Transitwege drohte. Es war Polen, das 1939 eine moderate Lösung für die Verkehrsanbindung Ostpreussens an das Reich als unzumutbar ablehnte. Polen hat das Korridor-Problem mitgeschaffen und aufrechterhalten, was ihm 1939 zum Verhängnis wurde. In die gleiche Kategorie gehörten von 1919 bis 1921 die polnischen Versuche, in Oberschlesien eine Volksabstimmung zu vereiteln, und als das nicht funktionierte, das deutsche Oberschlesien zu erobern. Das Verhalten der Polen in Oberschlesien trug nicht unerheblich dazu bei, dass ein Grossteil aller Deutschen die Kriegseröffnung durch Hitler als recht und billig akzeptiert hatten.

1920/1921 überfiel Polen die Sowjetunion und raubte Teile der Ukraine, Weissrusslands und Litauens. Erst durch den Hitler-Stalin-Pakt wurde die in Versailles festgelegte Ostgrenze Polens (Curzon-Linie) wieder festgelegt, die bis heute noch Gültigkeit hat. Auch gegenüber Deutschland verhielt sich Polen weiterhin aggressiv. Noch 1932/1933 stand ein polnischer Angriff gegen die späte Weimarer Republik auf der Tagesordnung. Erst der deutschpolnische Nichtangriffspakt vom 26. Januar 1934 leitete vorübergehend eine Entspannung und Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen ein. An der grundsätzlichen Haltung in Warschau, dass man zur Selbstbehauptung und Erweiterung Polens einen Krieg gegen Deutschland führen müsse, hat sich jedoch in den dreissiger Jahren zu keinem Zeitpunkt etwas Substantielles geändert. Die kriegsgeneigten Kreise um Winston Churchill liessen seit Mitte 1938 erkennen, dass sie einen gegen Deutschland gerichteten polnischen Kurs mit handfesten Zusagen bezahlen wollten. Als der polnische Aussenminister Józef Beck im Frühjahr 1939 nach London fuhr, setzte er deshalb offiziell «Kolonien, Juden und Danzig» auf seinen Forderungskatalog. Hitler und Ribbentrop boten der Republik Polen sogar eine Garantie ihres damaligen Territoriums an.

Als Gegenleistung verlangten sie die Rückgabe Danzigs und eine «sichere Landbrücke» durch den Korridor nach Ostpreussen. Polen erreichte damit indirekt die Anerkennung des territorialen status quo durch Deutschland, demonstrierte aber trotzdem gegenüber den Westmächten, dass es eine eigene Politik betreiben wollte und nicht länger bereit war, als billige und stetige Drohkulisse gegen Deutschland aufzutreten. Der polnische Wojwode von Oberschlesien, Micha! Grażyński, fasste die deutschfeindliche Haltung der polnischen Politik zu dieser Zeit mit den lapidaren Worten «Deutsche ausrotten!» zusammen. Von polnischer Seite wurden Forderungen nach Ostpreussen und dem bei Deutschland verbliebenem Teil Oberschlesiens trotz des Abstimmungsergebnisses 1921 und der Teilung Oberschlesiens offen vorgebracht und von einflussreichen Honoratioren des polnischen Staates wiederholt vorgetragen. Diese Forderungen standen ganz in der «plastischen» chauvinistischen Tradition, die bereits 1914 entwickelt wurde. 1921 wurde der imperialistische «Verband zur Verteidigung der westlichen Grenzgebiete» bzw. «Westmarkenverband» (ZOKZ, später PZZ) gegründet. Dieser gab ein eigenes Mitteilungsorgan, *Die Westwacht* (poln., *Straznica Zachodnia*), heraus und machte durch zahlreiche Propagandaveranstaltungen auf sich aufmerksam. Der Verband forderte seit seiner Gründung eine radikale «Entgermanisierung» der 1919/1920 gewonnenen Gebiete sowie eine weitere Ausdehnung Polens auf Kosten Deutschlands, vor allem in Richtung Ostpreussen und Oberschlesien. So bezeichnete der «Westmarkenverband» in seinem offiziellen Programm von April 1926 die Oder als «natürliche Grenze Polens» im Westen und gab die aktuelle Devise aus: «Von Stettin bis Polangen». Ende Juli 1930 forderte der Verband eine Ausdehnung nach Norden (Ostpreussen, Pommern): «Wir werden solange danach rufen und es verlangen, bis die polnische Fahne wieder in Danzig, über Ermland und Masuren, sowie fern der Elbe, mindestens aber über Stolp wehen wird.» Man wollte die Westgrenze Polens weit nach Deutschland hinein verlegen, wenn möglich bis vor Berlin oder noch weiter bis ins Wendland. Zahlreiche politische und gesellschaftliche Kreise waren darüber hinaus der Ansicht, dass Polen durch den Versailler Vertrag noch nicht ausreichend saturiert worden sei. Entsprechende Forderungen wurden offen in der Presse, in Büchern und Broschüren und vor allem von Verbänden lautstark formuliert und waren dementsprechend auch in Deutschland bekannt. Dazu kam die ausgesprochen repressive Politik gegenüber den vielen Minderheiten, unter denen die deutsche Minderheit, die sogenannten Volksdeutschen, besonders zu leiden hatten. (Karl-Heinz Kuhlmann, *Appetit auf deutsches Bauernland*, in: *Junge Freiheit* 46/10, 12.11.2010)

Symptomatisch für die antideutsche Haltung war die Beförderung von Henryk Bagiriski in den polnischen Generalstab. Bagiriski gab 1942 in London zwei Bücher heraus: *Polands Freedom of the Sea* und *Poland and the Baltic*. Ersteres enthält ein Vorwort des polnischen Kriegsministers im Exil, Generalleutnant Marian Kukiel, und bekommt damit quasi einen offiziellen Charakter. In seiner Veröffentlichung forderte Bagiriski die Auslöschung Preussens, die Rückeroberung aller früheren slawischen Länder und die Verlagerung der deutschen Hauptstadt nach Frankfurt am Main, da Berlin auf slawischem Gebiet liege. Bagiriski wörtlich: «Alle Deutschen aus Ostpreussen sowie aus den Gebieten der Oder werden entfernt. Niemals wieder, so schwören die Polen, wird es eine deutsche Minderheit in

Polen geben eine Minderheit, die Schwierigkeiten bereitet und Vorwände für eine Aggression bietet.» (S. 85 f.) Und weiter: „Um die Verteidigung Polens und der Tschechoslowakei zukünftig zu gewährleisten, sollten sie die größtmögliche gemeinsame Grenze haben. Das kann nur erreicht werden, wenn ganz Schlesien bis zu den Oderzuflüssen Bober und Neiße an Polen zurückgegeben (sie!) wird. (...). Westpommern mit Stettin, die Insel Rügen und das Gebiet von Lebus sollte mit Polen vereint werden. (...). Diese beiden Länder gaben nie die Hoffnung auf, die verlorenen Gebiete wiederzugewinnen, was denn auch die Geschichte beweist.» (S. 88; zitiert nach Stefan Scheil, in:

www.pauken-schlag.org/?tag=stefan-scheil)



Generalmajor Marian Włodzimierz Kukiel (1885-1972) – ein typischer Vertreter aggressivsten polnischen Imperialismus.

Polen wollte nicht nur die deutschen Provinzen im Westen und Osten in sein Land eingliedern. Darüber hinaus missachtete es permanent die Rechte der deutschen (und nichtdeutschen) Minderheiten und weigerte sich, bezüglich der Danzig- und Korridorfrage mit Deutschland eine einvernehmliche Regelung zu treffen. Die deutsche Reichsregierung unterbreitete hierzu wiederholt massvolle Vorschläge, die von polnischer Seite stets abgelehnt wurden. Die zahlreichen Gewaltakte, Schikanen und Provokationen der Polen gegenüber der deutschen Minderheit in der Zwischenkriegszeit und die Kriegshetze der polnischen und der alliierten Medien trugen mit zur Katastrophe des Zweiten Weltkrieges bei. Die erste grosse Vertreibung der Deutschen begann bereits nach 1919. Die deutsche Minderheit in Polen nahm bis 1923 um ca. 800.000 auf 1,2 Millionen ab. Als erstes inhaftierte man 16.000 Deutsche als «Staatsfeinde» in zwei Konzentrationslagern im Posener Gebiet. Ab 1922 wurden alle Deutschen ausgewiesen, die nach 1908 ins Land gekommen waren. Man stellte die Deutschen vor die Wahl, sich für Polen zu entscheiden oder für Deutschland zu «optieren» und dorthin auszuwandern. Die «Optanten»,

die sich zu Deutschland oder Österreich bekannten, mussten ab 1925 das Land verlassen. Zudem entliess man die deutschsprachigen Beamten. Etwa die Hälfte der deutschen Schulen und Universitäten mussten schliessen. Der doppelsprachige Unterricht, soweit nach Kriegsende noch erteilt, wurde per Gesetz verboten. Einem grossen Teil der Deutschen genauso wie der Ukrainer, Weissrussen, Juden und Österreicher wurden ihre Arzt- und Apothekerapprobationen und die Geschäfts- und Verlagslizenzen entzogen. Ansonsten wurde seitens der polnischen Administration geschäftlich alles boykottiert, was nicht polnisch war.

Erst im November 1937 schlossen Polen und das Deutsche Reich einen neuen, bilateralen Minderheitenschutzvertrag, der die Last der Diskriminierung der Volksdeutschen in Polen für kurze Zeit erleichterte. Als 1938 erst Österreich und dann das Sudetenland mit dem Deutschen Reich vereinigt wurden, stieg die Angst der Polen, Deutschland könnte auch Land und dessen Einwohner aus dem Bestand des früheren Deutschen Reiches zurückverlangen. Das feindliche Klima gegen die deutschsprachige Minderheit nahm wieder scharfe Formen an. Terrorakte gegen Deutsche, die Zerstörung deutscher Geschäfte und die Brandstiftungen an deutschen Bauernhöfen im grenznahen Gebiet nahmen im Frühjahr 1939 ständig zu. Sofort nach der Garantieerklärung Grossbritanniens und Frankreichs im März 1939 begann die Leidenszeit der Deutschen in Polen, die am 3. September 1939 ihren Höhepunkt im sogenannten «Bromberger Blutsonntag» fand. Nach der Rückgliederung des Memellandes an das Reich im März 1939 wurde die Lage der Deutschen in Polen gänzlich unerträglich. Im Sommer 1939 schwoll die Zahl der Volksdeutschen, die den Verfolgungen entkommen und Polen «illegal» verlassen wollten, ständig an. Die Berichte über den Umgang der Polen mit ihrer deutschen Minderheit und die Schilderungen der Geflohenen waren Öl aufs Feuer des deutsch-polnischen Verhältnisses in den letzten Wochen vor Kriegsausbruch. Der damalige Staatssekretär Ernst von Weizsäcker schrieb dazu in seinen Erinnerungen: «Unsere diplomatischen und Konsularberichte zeigten, wie 1939 die Welle immer höher auflief und das ursprüngliche Problem, Danzig, und die Passage durch den Korridor überdeckte.» Die Zwischenfälle an der deutsch-polnischen Grenze erreichten im Sommer 1939 einen gefährlichen Höhepunkt. Die Volksdeutschen in Westpreussen und Ostoberschlesien wurden ihres Minderheitenschutzes nun völlig beraubt, unterdrückt, enteignet, geschlagen, ermordet und vergewaltigt. Das ist durch zahlreiche Dokumente im Archiv des Auswärtigen Amtes belegt. Dazu einige Beispiele. Ab Mai 1939 forcierten die Polen die Ausschreitungen gegen Deutsche. Auf dem Land wurden deutsche Höfe in grosser Zahl angezündet, die Bauern weggetrieben,

Menschen in den Städten verprügelt, in Einzelfällen totgeschlagen. Am 13./14. Mai 1939 jagten die Polen in Tomaszow (42.000 Einwohner) alle 3.000 Volksdeutschen aus den Fabriken, deutschen Geschäften und demolierten ihre Wohnungen. Die deutsche Regierung musste im Sommer 1939 sogar Auffanglager einrichten, um dem Strom der Flüchtlinge aus Polen Herr zu werden. Im Juli und August setzte eine Flüchtlingswelle von «Volksdeutschen» nach Deutschland ein, die sich von Tag zu Tag verstärkte. Am 17. August zählte man inzwischen über 76.000 Flüchtlinge an den polnisch-deutschen Grenzen und weitere 18.000 auf Danziger Gebiet. In dieser Zeit erreichten die deutschfeindlichen Demonstrationen in Polens Städten einen neuen Höhepunkt. Ende August 1939 wurden sogar Passagierflugzeuge der Lufthansa von polnischer Flak beschossen. (Artikelserie von Schultze-Rhonhof, *Krieg war nur eine Frage der Zeit*, in: *Junge Freiheit* 30/09, 17.7.2009)

Die polnische Bevölkerung wurde mit der Ankündigung kommender Offensiven bis nach Berlin und neuen Grenzen an der Oder in Kriegsbereitschaft, ja geradezu in Kriegshysterie versetzt. Grossflächige polnische Propaganda-Plakate zeigten einen kampfbereiten Soldaten, dessen Zielrichtung durch die Worte: «Na Berlin» (dt., «Nach Berlin») klar vorgegeben war. Dazu schreibt der im Dezember 1920 geborene Zeitzeuge Dr. med. Konrad Voigt aus Berlin in seinem Brief vom 27. September 2011 an den Verfasser: «Mit dem Arbeitsdienst, dem ich seit dem 1. April 1939 angehörte, marschierte ich hinter der Wehrmacht in Polen ein. Als angehender Medizinstudent wurde ich sofort einer polnischen Ärztin zugeteilt, da Polen durch den Krieg von Ärzten praktisch entblösst war. Mit der Ärztin konnte ich mich auf Deutsch gut verständigen und bekam dabei folgendes zu hören: ‚Unsere Regierung hat uns gesagt, dass es jetzt der günstigste Zeitpunkt sei, mit Deutschland Krieg zu führen, um unsere territorialen Forderungen zur Erfüllung zu bringen. Polen muss einen Krieg mit Deutschland z.Zt. begrüssen, da er die einzigartige Chance mit sich bringt, dass England und Frankreich mit Beginn eines Krieges sofort von Westen her in Deutschland einrücken müssten.‘ Wir sind schon am 2. oder 3. Kriegstag der Wehrmacht nachgerückt, und sahen dabei in den kleinsten Dörfern riesige Plakate auf den Mauern der Höfe in Form einer Landkarte, auf der Berlin und Warschau dargestellt wurden. Unter der Karte stand die Inschrift: ‚Auf nach Berlin!‘ Da der Vormarsch der Wehrmacht sehr zügig war, mussten die Plakate schon vor dem Einmarsch der Deutschen geklebt worden sein. Da Polen, und damit auch die polnische Ärztin, nach einigen Tagen erfuhren, dass die Westmächte trotz ihrer Kriegserklärung nicht das geringste unternahmen, um Polen zu helfen, geschweige denn, um in Deutschland einzurücken, war sie tief entsetzt. Hinzu kam,

dass nach Aussagen der Medizinerin die polnische Propaganda schon Wochen vor Kriegsbeginn der Bevölkerung zu suggerieren suchte, dass in Berlin sofort eine Revolution gegen Hitler ausbrechen würde, wenn der Einmarsch deutscher Truppen in Polen bekannt gemacht würde.» Soweit der Bericht des nun 91-jährigen Zeitzeugen. Ein weiterer Zeitzeuge berichtet: «So hörte ich Anfang März 1939 auf Kurzwelle Radio Warschau in deutscher Sprache. Den Inhalt einer Sendung habe ich noch immer im Ohr: Der Sprecher verkündete die Drohung, dass, sollte es zu einem Kriegsausbruch zwischen Deutschland und Polen kommen, drei Wochen später die polnische Kavallerie durch das Brandenburger Tor in Berlin einreiten würde.» (Leserbrief von Hans-Alfred Berger, Bad Bramstedt, in: *Junge Freiheit* 40/10, 1. 10. 2010) Derartige Zeitzeugenberichte sucht man in den Quellen, aus denen die «öffentliche Meinung» gespeist wird, vergeblich.

Zusammenfassend besteht der erste wesentliche Kriegsbeitrag Polens darin, den von Deutschland erstrebten Anschluss Danzigs an das Reich zum Kriegsanlass genommen zu haben. Polen schaffte mit Unterstützung seiner westlichen Verbündeten den Anlass für den Krieg mit Deutschland, indem es ein lokales, nicht kriegswürdiges Problem, bei dem nicht einmal sein eigenes Territorium betroffen war, zum Kriegsanlass erklärte. Erinnert sei hier an die verhängnisvolle Erklärung des polnischen Botschafters Lipski, der die Ablehnung der deutschen Vorschläge mit den Worten begründete: «Ich habe die unangenehme Pflicht, darauf hinzuweisen, dass jegliche weitere Verfolgung dieser deutschen Pläne, insbesondere insoweit sie die Rückkehr Danzigs zum Reich betreffen, den Krieg mit Polen bedeutet.»

Ohne diese vorgezogene Kriegserklärung hätte die Danzig-Frage zu weit geringeren Kosten geregelt werden können. Der zweite grosse Beitrag Polens zum Kriegsausbruch ist seit langem im Umgang der Polen mit ihren nationalen Minderheiten angelegt. Trotz aller Minderheitenschutzverträge, die geschlossen, gekündigt und meist nicht beachtet wurden, war das Los der Deutschen, Weissrussen und Ukrainer in Polen derart hart, dass die Heimatstaaten dieser Minderheiten fast immer einen Anlass gehabt hätten, zum Schutz der in Polen Unterdrückten einzuschreiten. Ab Mai 1939 nahmen die Verfolgungen und Drangsalierungen der Minderheiten wieder in einer Weise zu, dass eine neue vertragliche Absicherung der Menschen- und Bürgerrechte der deutschsprachigen Bürger Polens unaufschiebbar wurde. So überlagerte die deutsch-polnische Minderheitenfrage zum Schluss das Danzig-Korridor-Problem und gab ihm eine eigene, gefährliche Dynamik. Hitler kam damit unter einen Zeitdruck, der allein mit Danzig und dem Korridor so nicht entstanden

wäre. Polens Umgang mit seinen zehn Millionen Bürgern fremder Muttersprache ist der Brandbeschleuniger zum Ausbruch des Krieges am 1. September 1939 gewesen. (Schultze-Rhonhof, S. 549-552)

19. 50 Thesen zur Vertreibung der Deutschen –

Von Prof. Dr. Dr. Alfred M. de Zayas.

Der Autor ist US-amerikanischer Völkerrechtler (Harvard) und Historiker (Göttingen), ehemaliger Sekretär des UNO-Menschenrechtsausschusses und Chef der Petitions-Abteilung im Büro des UNO-Hochkommissars für Menschenrechte, i. R. De Zayas ist zur Zeit Professor für Völkerrecht und Weltgeschichte an der Geneva School of Diplomacy und hält Vorlesungen als Gastprofessor an verschiedenen Universitäten in den USA, Kanada, Irland, Spanien und der Schweiz. Er ist Präsident des P.E.N.-Clubs in der französischsprachigen Schweiz. Die Kernaussagen der einzelnen Thesen lauten wie folgt.

Historische Thesen

1. Die deutsche Präsenz in Ostmittel- und Osteuropa reicht ins frühe und hohe Mittelalter zurück. Die damalige deutsche Ostsiedlung war ganz überwiegend ein friedlicher Prozess, der sich im Konsens und oft sogar auf Initiative der damaligen lokalen Herrscher vollzog. Im späten 14. Jahrhundert, hundert Jahre vor der Entdeckung und Besiedlung Amerikas durch die Europäer, entsprach die ethnische Zusammensetzung Ostmitteleuropas in groben Zügen bereits der Situation bis zur Flucht und Vertreibung der Deutschen in den Jahren 1944 bis 1948.
2. Die weit verbreitete Vorstellung eines gewaltsamen Dranges der Deutschen nach Osten in der Geschichte ist nicht vertretbar, vielmehr existierte ein allmählicher Drang der Slawen nach Westen, vor allem im russischen Kalkül von Zar Peter I. bis Stalin.
3. Viele Städte Polens, der böhmischen Länder und Ungarns waren deutsche Gründungen oder erhielten deutsches Recht. Nach den Türkenkriegen, besonders im 18. Jahrhundert, wurden erneut deutsche Bauern im Raum der mittleren Donau angesiedelt, später Ungarndeutsche und Donauschwaben genannt. Sie liesen sich im heutigen Kroatien (Slawonien) und Serbien (Wojwodina) nieder. Im 18./19. Jahrhundert siedelten weitere Deutsche in Polen (Weichseldeutsche) und in Galizien, im 19. Jahrhundert auch in der Dobrudscha. Die meisten Russlanddeutsche sind Nachkommen der Bauern, die sich ab 1764 auf Einladung von Katharina der Grossen und Alexander I. an der Wolga, im Schwarzmeergebiet und im Kaukasus niederliessen, sowie Nachkommen der zwischen 1812/14 und 1842 in Bessarabien und ab 1830 in Wolhynien angesiedelten Deutschen.

4. Der Minderheitenschutz wurde vor allem durch die Polen und Tschechen missachtet. Im Polen der Jahre 1919 bis 1924 nahm die Diskriminierung der Deutschen bereits die Züge einer Vertreibung an. Allein in diesen sechs Jahren sank die Zahl der in Posen, Westpreussen (Pommerellen) und im östlichen Oberschlesien lebenden Deutschen um fast die Hälfte.

5. Die Flucht, Verschleppung und Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges war die weltweit grösste demographische Umwälzung des 20. Jahrhunderts und eine der grössten der Geschichte. Die Vertreibung der Deutschen ist nach Umfang und Opferzahl weit grösser als die «ethnischen Säuberungen» der Jahre 1992 bis 1999 im ehemaligen Jugoslawien. Diese sind zudem inzwischen durch Rückkehr und Restitution zum Teil wiedergutmacht worden.

6. Vertreibung ist der gewaltsam erzwungene Heimatverlust unter Verlust sämtlichen Eigentums. Der Begriff «Vertreibung» wird zu Recht nicht nur auf die gewaltsamen Austreibungen des Jahres 1945 angewendet, sondern auch auf den anschliessenden organisierten «Bevölkerungstransfer» der Jahre 1946 bis 1948. Auch die von deutschen Behörden organisierten Evakuierungen ab Herbst 1944 und die massenhafte Flucht im Frühjahr 1945 wurde durch die Verweigerung des Rückkehrrechts und die Enteignung der Geflohenen später zur Vertreibung. Das Faktum der Vertreibung darf nicht durch Euphemismen wie «Umsiedlung», «Zwangsmigration», «Völkerwanderung» oder gar «erzwungene Wanderschaft» verniedlicht werden. Der als Euphemismus eingeführte Begriff «ethnische Säuberung» ist hingegen heute so stark negativ belegt, dass seine Verwendung kaum mehr eine Verharmlosung darstellt.

7. Der Zweite Weltkrieg gab den Anlass und die Möglichkeit der Vertreibung, war aber nicht ihre Ursache. Wesentliche Ursachen dieses weltweit beispiellosen Geschehens waren vielmehr bewusste, vielfach von langer Hand herbeigeführte politische Entscheidungen. Dies belegen Dokumente und offene Bekenntnisse der verantwortlichen tschechischen, polnischen und sowjetischen Politiker. Zu den weiteren Ursachen gehören die geopolitischen Ambitionen Stalins und der Wille der Westalliierten, Deutschland nachhaltig zu schwächen. Entsprechende Bestrebungen tschechischer und polnischer Politiker reichen nachweislich viele Jahrzehnte vor den Beginn des Zweiten Weltkrieges und die Machtergreifung Hitlers zurück. Somit darf die Vertreibung nicht allein aus der Perspektive des

1. September 1939 betrachtet werden. Auch der dynamische slawische Nationalismus des 19. Jahrhunderts und die Beschlüsse der Verträge von Versailles, St.-Germain und Trianon von 1919 müssen als Ursachen mitberücksichtigt werden.

8. Nach der Niederwerfung Polens im September 1939 wandten Hitler und Stalin zur dauerhaften Beherrschung ihres jeweiligen Beuteanteils ähnliche Methoden an. Hitler liess etwa 650.000 Polen aus Gebieten Westpolens, die das Deutsche Reich 1919 durch den Versailler Vertrag an Polen verloren hatte, und die nun wieder in das Reich eingegliedert wurden, in das Generalgouvernement umsiedeln. Stalin trachtete während dessen, mittels Deportationen antisowjetisch eingestellter Polen und durch die Ermordung der polnischen militärischen Elite (Massaker von Katyn im Frühjahr 1940) seine Macht im Gebiet östlich der so genannten Ribbentrop-Molotow-Linie zu festigen. Nach Beginn des Ostfeldzugs im Juni 1941 plante Hitler, im europäischen Teil der Sowjetunion grosse deutsche Siedlungskomplexe nach vorheriger Zwangsumsiedlung der einheimischen Bevölkerung zu schaffen (Generalplan Ost).

9. Das Prinzip der Zwangsumsiedlung wurde auf westlicher Seite zunächst von dem tschechischen Exil-Politiker Edvard Beneš propagiert. Bald nach dem Münchner Abkommen und noch vor Kriegsausbruch warb er in Gesprächen mit Stalin, Churchill und Roosevelt für den «Transfer» einer möglichst grossen Zahl von Sudetendeutschen. Zunächst hätten davon nur einige Hunderttausend Sude-tendeutsche betroffen sein sollen, die sich gegenüber dem tschechoslowakischen Staat angeblich «illoyal» verhalten und als Hitlers «fünfte Kolonne» betätigt hätten. Später verfolgte Beneš die möglichst vollständige Vertreibung und Enteignung aller Deutschen als sein primäres Kriegsziel. Sein Ziel war der national homogene, rein slawische tschechoslowakische Nationalstaat ohne deutsche und ungarische Minderheiten.

10. Die Zwangsumsiedlung der Sudetendeutschen als «illoyale Minderheit» wurde von den Alliierten akzeptiert. Dieses Vorgehen wurde auch auf die Deutschen in den östlichen Provinzen des Reiches ausgeweitet. Die Forderung Stalins, polnisches Staatsgebiet östlich der Ribbentrop-Molotow Linie zu annektieren, führte zur Entscheidung, Polen im Westen auf Kosten Deutschlands zu entschädigen. Stalin ging es um eine geopolitische Umwälzung mit einer Westexpansion der Sowjetunion und Polens. Polen sollte deutsches Land ohne deutsche Bevölkerung erhalten. Die Dokumente der Konferenzen von Teheran und Jalta

belegen, dass bei den Entscheidungen über die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Ostdeutschland weder die nationalsozialistischen Zwangsumsiedlungen im Osten noch andere Nazi-Verbrechen eine Rolle spielten. Die Behauptung, es gäbe einen kausalen Nexus¹⁰⁴ zwischen dem «Generalplan Ost» und der Vertreibung ist wissenschaftlich unhaltbar.

11. Nach den westalliierten Planungen sollte zunächst nur Ostpreussen, Danzig und Teile Oberschlesiens, also ohne bedeutende Teile Schlesiens, an Polen fallen. Ausserdem sollte der Vorgang durch eine sog. «Population Transfers Commission» beaufsichtigt werden, um einen stufenweise geordneten Ablauf sowie eine Entschädigung für zurückgelassenes Eigentum zu gewährleisten. Doch im Falle der Deutschen ging es um eine völlig einseitige Vertreibung in ein schwer kriegszerstörtes Land, das beim damaligen Stand der Landwirtschaft schon seine einheimische Bevölkerung nicht selbst ernähren konnte. Auch die Westalliierten nahmen also die Gefahr eines Massensterbens in Kauf.

12. Auf der Potsdamer Konferenz wurde der bekannte Artikel XIII über den «Transfer» der Deutschen angenommen. Dieser Artikel war eine Notmassnahme, weil die von den Westalliierten nicht genehmigten wilden Vertreibungen aus der Tschechoslowakei, aus Polen und den deutschen Ostgebieten eine chaotische Situation in der US-amerikanischen und der britischen Besatzungszone verursacht hatten, nicht zuletzt auch in Berlin. Der Artikel XIII bezweckte zunächst ein Vertreibungsmoratorium und die Übertragung der Zuständigkeit für Umfang und Zeitpunkt weiterer «Transfers» an den Alliierten Kontrollrat in Berlin. In Potsdam trafen die Alliierten keinerlei Vereinbarungen über das zurückgelassene Eigentum der Deutschen und über die künftige Grenzziehung. Zu dieser findet sich im Potsdamer Protokoll der bemerkenswerte Hinweis, die Westalliierten würden bei einer künftigen Friedenskonferenz den Anspruch der UdSSR auf Königsberg unterstützen. Ein Hinweis, dass Grossbritannien und die USA polnische Ansprüche auf ostdeutsche Gebiete bis zu Oder und Neisse unterstützen würden, fehlt dagegen völlig. Diese Gebiete wurden Polen zur Verwaltung unterstellt, womit die USA und Grossbritannien (ebenso wie hinsichtlich der Vertreibung selbst) nur die Fakten nachvollzogen, die Stalin seit März 1945 einseitig geschaffen hatte.

13. Die US-amerikanische und die britische Regierung protestierten in Warschau und Prag wiederholt gegen die unmenschliche Behandlung der deutschen

104 dt., ursächlicher Zusammenhang

Bevölkerung im Zuge der Vertreibung. Die Behauptung, dass die Vertreibungen in «geregelter und humaner Weise» durchgeführt worden seien, wird durch Zehntausende Erlebnisberichte in der Ost-Dokumentation des Bundesarchivs sowie durch US-amerikanische und britische Berichte der Jahre 1945 bis 1948 vollkommen widerlegt. Seit 1989 bestätigen Dokumente aus russischen, tschechischen, polnischen und serbischen Archiven die Grausamkeit der Vertreibung.

14. Ein noch schwereres Schicksal als die Flüchtlinge und Vertriebenen traf mehr als anderthalb Millionen Verschleppte. Hierfür sind die Anglo-Amerikaner mitverantwortlich, denn Churchill und Roosevelt akzeptierten auf der Konferenz von Jalta deutsche Zwangsarbeit als eine Form der Kriegsschädigung. Durch diesen gemeinsamen Beschluss mit Stalin wurden vor allem Volksdeutsche aus Rumänien, Jugoslawien und Ungarn, aber auch Reichsdeutsche aus Ostpreussen, Pommern und Schlesien (sowie aus der SBZ; d. A.) zur Sklavenarbeit in die Sowjetunion verschleppt, gewissermassen als «lebende Reparationen.»

15. Flucht, Vertreibung und Verschleppung haben über zwei Millionen Menschen das Leben gekostet, obwohl diese Gewaltakte zum überwiegenden Teil nach Kriegsende geschehen sind und seitens der Alliierten quasi als Friedensmassnahme angelegt waren. Ein solches Faktum muss von der Welt zur Kenntnis genommen und als unannehmbares Unrecht aufgearbeitet und wiedergutmacht werden. Unangebracht ist der Einwand, dieses Verlangen laufe auf eine «Aufrechnung» mit Nazi-Verbrechen hinaus. Die Rechtfertigung eines Verbrechens mit einem vorangegangenen anderen widerspricht diametral den einfachsten rechtsstaatlichen Grundsätzen.

16. Die 4,5 Millionen deutsche Aussiedler und «Spätaussiedler», die seit 1949 in den Westen gelangten, sind in gewissem Sinne ebenfalls Vertriebene. Denn dieselben Faktoren, die zur Vertreibung führten, machten für sie später ein Leben als Deutsche in den Heimatgebieten unerträglich. Nach UNO-Unterlagen wurden vor 1989 fast überall in Ostmittel- und Osteuropa bereits einfache Minderheitenrechte, vor allem das Recht, die eigene Sprache und Kultur zu pflegen, systematisch verweigert. Ausserdem konnten die wenigen daheim Gebliebenen ihre deutsche Identität nach der Vertreibung ihrer Landsleute kaum mehr bewahren. In der Tschechoslowakei wurden zudem auch diejenigen Deutschen enteignet, die nicht vertrieben wurden.

Die Vorstellung, vollzogene Vertreibungen seien unumkehrbar, ist nicht zutreffend. In Europa und im nördlichen Kaukasus finden sich zahlreiche Beispiele für das Gegenteil. Zum Teil wiedergutmacht wurden die Vertreibung der Karelier (vor allem aus Ingermanland seit 1935), die Deportation der Krimtataren im Jahre 1941 (300.000 sind seit 1989 in die Heimat zurückgekehrt), die Deportation der Tschetschenen und Inguschen 1941, die Deportation von 650.000 Polen aus der Warthegau und von etwa 100.000 Franzosen aus dem Elsass (1939 und 1940) durch das nationalsozialistische Deutschland, die sogenannte «Option» der Südtiroler, die Vertreibung eines grossen Teils der bosnischen Serben, Kroaten und Muslime (1992-1995), die Vertreibung vieler Serben aus der Krajina (1995) sowie die Vertreibung der Albaner aus dem Kosovo im Frühjahr 1999. Auch unter den innerhalb des heutigen Polens vertriebenen Ukrainern und Weissrussen ist ein gewisser Rückkehrprozess im Gange.

Völkerrechtliche Thesen

18. Heimatrecht ist Menschenrecht. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das heute als jus cogens (dt., zwingendes Recht) anerkannt ist, schliesst notwendigerweise das Recht auf die Heimat ein, denn man kann das Selbstbestimmungsrecht nur ausüben, wenn man sich in seiner Heimat aufhalten kann. Ausserdem ist das Heimatrecht eine Voraussetzung zur Ausübung der weitaus meisten bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte.

19. Die Vertreibungen waren nach dem damals geltenden Völkerrecht absolut unzulässig und in der an den Deutschen durchgeführten Form verbrecherisch. Die Haager Landkriegsordnung von 1907 beschränkte in den Artikeln 42 bis 56 die Befugnisse von Okkupanten in besetzten Gebieten und gewährte der Bevölkerung Schutz, insbesondere der Ehre und der Rechte der Familie, des Lebens der Bürger und des Privateigentums (Artikel 46) und verbot Kollektivstrafen (Artikel 50). Eine



Der US-amerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred- Maurice de Zayas (31. Mai 1947 in Havanna) ist seit 2012 UN-Sonderberichterstatter für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung.*

Massenvertreibung bedeutet eine ungeheure Verletzung der Haager Landkriegsordnung. Die für die Vertreibung Verantwortlichen können sich darum nicht auf ein angeblich fehlendes (explizites) völkerrechtliches Vertreibungsverbot berufen.

20. Die Vertreibung kann auch nicht als Repressalie verstanden werden, denn kriegerische Repressalien können nur unter Wahrung des Proportionalitätsprinzips durchgeführt werden. Sie waren bei der Vertreibung der Deutschen in keinem Falle gegeben. Nach der Kapitulation der Wehrmacht durften Repressalien ohnehin nicht mehr angewendet werden. Die Vertreibungen verstießen ausserdem gegen das Völkergewohnheitsrecht sowie die Minderheitenschutzverträge, welche Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien verpflichteten. Ebenso völkerrechtswidrig war die Verweigerung der Rückkehr für die vor dem Beginn der Vertreibung Evakuierten und Geflohenen. Schliesslich verstießen die Vertreibungen ausserhalb der Oder-Neisse-Gebiete vielfach auch gegen das innerstaatliche Recht Polens, der CSR und Ungarns.

21. Die Rechtsprechung des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg verurteilte die von den Nationalsozialisten durchgeführten Vertreibungen zu Recht als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit. Dies setzt deren Völkerrechtswidrigkeit zur Tatzeit, also ab 1939, voraus. Weil das Völkerrecht per definitionem universale Geltung hat, stellen die Vertreibungen der Deutschen durch Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, und Jugoslawien, gemessen an denselben Prinzipien, ebenfalls Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit dar.

22. Kein Sieg, auch nicht der Sieg der Opfer eines Angriffskrieges, gibt dem Sieger eine unbeschränkte Verfügungsgewalt über das Leben und andere elementare Rechte der Besiegten. Die Geschichte der Menschheit ist voller Gesetze und Verträge, die Unrecht bewirken, verstärken oder festschreiben. Die blosses Positivierung macht Unrecht aber nicht zum Recht, eher im Gegenteil: In Vertragsform gegossenes Unrecht tarnt sich als Recht und wird dadurch eher noch gefährlicher.

23. Nach dem heutigen Stand des Völkerrechts sind Zwangsumsiedlungen noch eindeutiger völkerrechtswidrig, als dies bereits 1945 der Fall war. Artikel 49 der IV. Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom

12. August 1949 verbietet Zwangsumsiedlungen explizit. Artikel 17 des Zweiten Zusatzprotokolls von 1977 zu den Genfer Konventionen von 1949 verbietet ausdrücklich Vertreibungen auch in innerstaatlichen Konflikten. In Friedenszeiten verstossen Vertreibungen gegen die UNO-Charta, gegen die Menschenrechtserklärung vom 10. Dezember 1948, gegen die Menschenrechtspakte von 1966 und gegen die Internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung. Sie verstossen ebenfalls gegen das Vierte Protokoll der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, dessen Artikel 3 besagt: «Niemand darf aus dem Hoheitsgebiet des Staates, dessen Staatsangehöriger er ist, durch eine Einzel- oder eine Kollektivmassnahme ausgewiesen werden»; und dessen Artikel 4 legt fest: «Kollektivausweisungen von Fremden sind nicht zulässig.» In Kriegs- und Friedenszeiten stellen Vertreibung und Verschleppung völkerrechtliche Verbrechen dar. Gemäss Artikel 8 des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs von 1998 sind Vertreibungen Kriegsverbrechen, gemäss Art. 7 sind sie Verbrechen gegen die Menschheit. Unter bestimmten Umständen erfüllen sie zudem den Tatbestand des Völkermordes gemäss Artikel 6.

24. Vertreibung und Verschleppung können auch den Tatbestand des Völkermordes erfüllen. Laut Artikel II der UN-Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermordes vom 9. Dezember 1948 ist dafür entscheidend, dass die Verantwortlichen in der Absicht handeln, eine bestimmte nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder auch nur teilweise zu zerstören und in dieser Absicht vorsätzlich Mitglieder dieser Gruppen töten, ihnen unerträgliche Lebensbedingungen auferlegen oder andere Tatbestände verwirklichen, die bei Vertreibungen oft erfüllt sind. Da zumindest einer dieser Tatbestände, nämlich die Zufügung schwerer seelischer Schäden, bei jeder Vertreibung erfüllt ist, sind alle Vertreibungen, die zur zumindest teilweisen Zerstörung einer nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe führen sollen, zugleich auch Völkermorde.

25. Diese Zerstörungsabsicht steht ausser Zweifel bei den jugoslawischen und tschechoslowakischen Staatschefs Josip Broz Tito und Edvard Beneš. Ihre Reden und Dekrete belegen hinreichend, dass die Vertreibungen der Deutschen aus Jugoslawien und der CSR als Völkermorde zu qualifizieren sind. Aus dem Völkermordcharakter dieser Vertreibungen folgt ein absolutes Anerkennungsverbot der dabei durchgeführten Enteignungen. Dieses Anerkennungsverbot gilt gegenüber

der gesamten internationalen Gemeinschaft (erga omnes) und ohne zeitliche Befristung. Das Prinzip der «normativen Kraft des Faktischen» ist im Falle von Völkermorden nicht anwendbar, ja selbst ein Unrecht.

26. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat in ihrer Resolution 47/121 vom 18. Dezember 1992 die sogenannten «ethnischen Säuberungen», die seinerzeit in Jugoslawien stattfanden, als Völkermord eingestuft. Auch der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien hat die dortigen «ethnischen Säuberungen» als Völkermord eingestuft, und namentlich das Massaker von Srebrenica als Genozid bezeichnet. Auf der Basis dieser Rechtsprechung lässt sich feststellen, dass die Vertreibung der Deutschen, die mit hunderttausendfachen Morden und Vergewaltigungen um ein Vielfaches schlimmer war als die Vorgänge im ehemaligen Jugoslawien, ebenfalls als genozidisch einzustufen ist. Auch der Brünner Todesmarsch, die Massaker von Saaz, Postelberg, Aussig und Prerau sowie die massenhaften Tötungen in den Lagern von Lamsdorf, Schwientochlowitz, Gakowo, Rudolfsgnad und viele andere Vertreibungsverbrechen waren genozidisch.

27. Alle Opfer haben einen Anspruch auf die Wahrheit, und sie sollen darauf beharren. Denn Verbrechen, die durch Verschweigen und Unwahrheit verdeckt bleiben, werden auch leichter wiederholt, während unzutreffende Verbrechenbeschuldigungen das Recht und die Menschenwürde, die Ehre und den Ruf der Beschuldigten verletzen (Artikel 17 des UNO-Paktes über bürgerliche und politische Rechte).

28. Das Völkerrecht gilt gleichermassen für alle Menschen und Staaten. Darum sind die Staaten verpflichtet, die Normen des Völkerrechts konsequent anzuwenden, ohne willkürliche Ausnahmen zu machen. Völkermord und Verbrechen gegen die Menschheit sind in gleichem Masse in allen Situationen verwerflich. Sie begründen unabhängig von der Nationalität der Opfer den gleichen Anspruch auf moralische und juristische Genugtuung und materielle Wiedergutmachung. Es ist an der Zeit, sie auch auf die deutschen Vertriebenen anzuwenden.

29. Vertreibungen verletzen auch die Rechte der aufnehmenden Bevölkerung. Diese muss bei grösseren Vertreibungen zumindest übergangsweise mit der Verknappung lebenswichtiger Ressourcen, vor allem Wohnraum und Nahrung, rechnen. Dies ist im Falle der Deutschen tatsächlich eingetreten und hat das Land auf

dem Höhepunkt der Hungersnot im Winter 1945/1946 und 1946/47 an den Rand einer humanitären Katastrophe geführt. Auch unter der einheimischen deutschen Bevölkerung gab es Tausende Todesfälle infolge der Vertreibung.

30. Flüchtlinge und Vertriebene haben Anspruch auf Rehabilitierung und Wiedergutmachung. Sie haben ein Recht auf Rückkehr und Eigentumsrückgabe. Wenn Privateigentum im Zusammenhang mit einem Verbrechen gegen die Menschheit oder einem Völkermord entzogen wurde, muss sich der Staat, dessen Bürger die Opfer sind, für Wiedergutmachung durch Rückgabe oder Entschädigung einsetzen, falls der innerstaatliche Rechtsweg nicht zur Wiedergutmachung führt.

31. Alle Vertreibungsoffer haben ein Recht auf Wiedergutmachung. Weder ein Staat noch eine staatliche oder nichtstaatliche Organisation können darauf stellvertretend für die Opfer verzichten, denn es geht um individuelle Rechte der Opfer eines unverjährbaren Verbrechens. Bei der Verfolgung seines Rechts kann das Opfer zwar keine Beschwerde beim Internationalen Gerichtshof in den Haag einreichen, aber es kann sich an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte oder an den UNO-Menschenrechtsausschuss wenden, nachdem der innerstaatliche Rechtsweg ausgeschöpft wurde. Opfer sollten generell auf ihren Rechten bestehen – nicht um materieller Vorteile willen, sondern um die allgemeine Geltung des Völkerrechts zu sichern.

32. Die anhaltende Verharmlosung der Vertreibung der Deutschen stellt eine Menschenrechtsverletzung dar, denn sie bedeutet eine unzulässige Diskriminierung der Opfer. Artikel 26 des UNO-Paktes über bürgerliche und politische Rechte garantiert die rechtliche Gleichheit aller Menschen und verbietet jede Willkür und Diskriminierung. Eine massive Verharmlosung der Vertreibung oder die Leugnung der Vertreibungsverbrechen kann darüber hinaus eine Verletzung von Artikel 20 dieses UNO-Paktes darstellen, wenn eine Aufstachelung zu Hass, Erniedrigung und Diskriminierung beabsichtigt wird. Zumindest aber stellt eine solche Verharmlosung eine Verletzung von Artikel 17 dieses Paktes dar, der Beeinträchtigungen der Ehre und des Rufes von Menschen verbietet. Die deutschen Vertriebenen und ihre Nachkommen dürfen keine Opfer zweiter Klasse sein. Die anhaltende Diskriminierung der Vertriebenen in den Medien, in Schulbüchern und im politischen Dialog bedeutet eine Verletzung menschenrechtlicher Normen.

33. Bisher haben sämtlich deutsche Bundesregierungen erklärt, dass sie die Vertreibung und entschädigungslose Enteignung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht anerkennen. Seit etwa Mitte der achtziger Jahre hat die Bundesregierung durch konkludentes Handeln mehrfach Grund zu der Einschätzung gegeben, dass sie die durch die Vertreibung geschaffenen Fakten nicht nur politisch hinnehme, sondern sogar rechtlich anerkenne.

34. Im Jahre 2006 und 2007 verlangte Polens Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski von Bundeskanzlerin Angela Merkel mehrfach explizit die Anerkennung der Enteignung der Vertriebenen: alle diesbezüglichen Forderungen der Vertriebenen sollten sich nur noch an die Bundesrepublik Deutschland richten. Doch dazu war Bundeskanzlerin Merkel nicht bereit, was aus völkerrechtlicher Sicht Anerkennung verdient. Anders als beim Eigentum der Vertriebenen hält die deutsche Bundesregierung klar am Ziel der Rückgabe der 1945 von osteuropäischen Staaten erbeuteten deutschen Kulturgüter fest.

35. Beim öffentlichen deutschen Vermögen in den Vertreibungsgebieten könnten – anders als beim privaten Eigentum – die deutsche Bundesregierung oder etwaige andere öffentliche Körperschaften durchaus wirksame Verzichtserklärungen abgeben. Das aber ist nie geschehen. In der Zeit der Ostverträge vermied die sozialliberale Regierung diesen Schritt. Die Regierung Kohl sah zu diesem Schritt keine Veranlassung, spätere Bundesregierungen haben die Frage vermutlich schlicht übersehen. Als Fazit lässt sich feststellen, dass die gültige deutsche Rechtsposition in der Eigentumsfrage der Vertriebenen durch deutsches Regierungshandeln geschwächt wurde.

Schlussfolgerungen

36. Alle Opfer haben dieselbe Menschenwürde. Alle haben einen Anspruch auf Anerkennung und Solidarität – unabhängig von ihrer Nationalität. Die Menschenrechte gebieten, dass aller Opfer mit Ehrfurcht gedacht wird. Der Versuch, ganze Opfergruppen auszublenden und manche Verbrechen zu verharmlosen oder gar zu verschweigen, ist mehr als nur eine Unbarmherzigkeit gegenüber den Opfern.

37. Es gibt keine «humanen» Zwangsumsiedlungen. Dies ist ein Widerspruch in sich, denn der erzwungene Verlust der Heimat kann nie human sein. Vertrei-

bung ist meistens Rassismus und immer Terror. Deshalb sind die tschechoslowakischen Beneš-Dekrete, die jugoslawischen AVNOJ-Beschlüsse und die polnischen Bierut-Dekrete mit dem europäischen Mindeststandard der Menschenrechte unvereinbar.

38. Die Vertreibung der Deutschen gehört zu den folgenschwersten Ereignissen der neueren Geschichte Europas, weil durch sie ein in Jahrhunderten gewachsenes Zusammenleben von Slawen und Deutschen zerstört wurde. Die wirtschaftlichen, moralischen und kulturellen Folgen dieser historischen Zäsur sind auch nach der Osterweiterung der Europäischen Union im Jahre 2004 noch lange nicht bewältigt.

39. Es ist die wissenschaftliche und moralische Pflicht der Historiker, geschichtliche Vorgänge zu erforschen und darzustellen, indem sie die Fakten feststellen und in grössere Zusammenhänge einordnen.

40. Viele Ursachen der Vertreibung liegen lange vor dem 1. September 1939 und dem 30. Januar 1933. Die Ursachen der Vertreibung auf die Politik Hitlers zu reduzieren, ist eine Geschichtsklitterung.

41. Die Vertreibung darf nicht als Bestrafung der Vertriebenen fehlinterpretiert werden. Eine Sanktion ohne Rücksicht auf persönliche Schuld und Verhältnismässigkeit ist keine Strafe, sondern ein Verbrechen.

42. Es gibt keine Kollektivschuld. Der Gedanke der Kollektivschuld ist, wie der britische Denker und Verleger Victor Gollancz treffend feststellte, «ein unsinniger, unliberaler, antichristlicher, beklagenswert nazistischer Gedanke». Schuld ist – wie Unschuld – persönlich und nicht kollektiv. Darum kann das Prinzip einer Kollektivschuld auf die Vertreibung so wenig wie auf den Krieg angewandt werden.

43. Die Erörterung der Vertreibung der Deutschen hat eine eminente Bedeutung für die Gegenwart. Sie ist kein abgeschlossenes Kapitel der Geschichte, wie nicht zuletzt die unverändert belasteten deutsch-polnischen Beziehungen zeigen. Ohne eine wahrhaftige und völkerrechtlich saubere Aufarbeitung der Vertreibung gibt es nur Verdrängung, aber keine Versöhnung, die diesen Namen verdient.

44. Im politischen Bereich sollte die Suche nach gangbaren Wegen für die Verwirklichung des Rechts auf die Heimat und einen gerechten Ausgleich auch in der schwierigen Eigentumsfrage intensiviert werden. Das Völkerrecht ist ebenso unteilbar wie die Moral. Neues Vertrauen zwischen Polen und Deutschland, die Förderung der europäischen Zusammenarbeit, mehr Gerechtigkeit für die Opfer des Holocaust ebenso wie für die deutschen Vertriebenen, aber auch Rechtssicherheit für Polen sind hohe Ziele, die viele geduldige Anstrengungen zu wirklicher Versöhnung rechtfertigen. Die betroffenen Vertriebenen sollten dabei unbedingt einbezogen werden.

45. Die Vertreibung der Deutschen ist als grösste Vertreibung der Geschichte auch deswegen unverändert aktuell, weil nach diesem unaufgearbeiteten Präzedenzfall sich bis heute laufend weitere Vertreibungen in der Welt ereignet haben und noch ereignen. Es ist zu hoffen, dass die Vertreibung der Deutschen in ihrer geschichtlichen Tragweite und Tragik endlich erkannt und anerkannt wird. Gute Nachbarschaft verlangt gegenseitige Offenheit und die Bereitschaft, Fehler zu benennen und der Wahrheit ihren Raum zu geben. In der Europäischen Union, die auf der allgemeinen Geltung der Menschenrechte basiert, sollte dies selbstverständlich sein.

46. Die künstliche Täter-Opfer Schablone stellt nicht nur eine Geschichtsklitterung, sondern auch eine Verletzung der Menschenrechte dar, weil sie die Würde des einzelnen Menschen missachtet. Es ist grotesk, Millionen deutsche Vertriebene undifferenziert als «Täter» zu bezeichnen oder ihr persönliches Leid zu ignorieren, weil sie einer sog. «Tätergeneration» angehören.

47. Die Spätfolgen der Vertreibung der Deutschen müssen noch erforscht werden, etwa die Auswirkung der Traumata der Millionen vergewaltigten Frauen und von Zehntausenden Waisenkindern. Dazu gehören auch die geistigen und psychologischen Konsequenzen des Verlustes der Heimat für die Kinder und Enkel der Vertriebenen, ebenso die gravierenden und langfristig anhaltenden Folgen dieser Vorgänge auf die von der Vertreibung begünstigten Staaten und Völker.

48. Das Phänomen Vertreibung ist kein ausschliesslich deutsches Problem.
49. Die Vertreibung der Deutschen muss interdisziplinär betrachtet und weit intensiver als bisher erforscht werden. Sie hat nicht nur grosse historische und juristische Bedeutung, sondern auch langfristige demographische, soziologische, psychologische, philosophische und kulturelle Implikationen und Konsequenzen.
50. Es gilt, Vertreibungen überzeugend zu ächten und damit künftige «ethnische Säuberungen» zu verhindern. Die «Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen» und das geplante «sichtbare Zeichen» in Berlin können dazu einen wichtigen Beitrag leisten, wenn sie sich strikt an der historischen Wahrheit und am Völkerrecht orientieren, (www.alfreddezayas.com)

20. Literaturverzeichnis

- Adamheit, Th.: *Sowjet-Armee und Weltrevolution – Moskaus Angriff gegen Europa und die Welt*, Berlin/Leipzig, 5. neubearbeitete Auflage, 1942
- Albrecht, Karl: *Der verratene Sozialismus – Zehn Jahre als hoher Staatsbeamter in der Sowjetunion*, Berlin-Leipzig, 1939
- Allen, Gary: *Die Insider – Baumeister der «Neuen Welt-Ordnung»*, Preussisch Oldendorf, 2. Auflage, 1992 (Band 2), 12. Auflage, 1994 (Band 1)
- Allen, Martin: *Das Himmler-Komplott 1943-45 – Die geheimen Friedensverhandlungen des Reichsjührers SS mit den Briten und die mysteriösen Umstände seines Todes 1945*, Stegen am Ammersee, 2005
- Antonow-Owssejenko, Anton: *Stalin – Porträt einer Tyrannei*, München/ Zürich, 2. Auflage 1984
- Bainville, Jacques: *Frankreichs Kriegsziel – Die politischen Konsequenzen des Friedens*, Hamburg, 1939/1940
- Bathe, Rolf: *Der Feldzug der 18 Tage – Chronik des polnischen Dramas*, Oldenburg i. O., 1940
- Baumfalk, Gerhard: *Der Luftkrieg über England und Deutschland 1939/1945*, Tübingen, 2000
- Bavendamm, Dirk: *Roosevelts Krieg – Amerikanische Politik und Strategie 1937-1945*, München-Berlin, 3. Auflage, 2002
- Beckman, Morris: *The 43 Group – Antifaschistischer Kampf in Grossbritannien 1946-1950*, deutsche Ausgabe, 1995
- Beumelburg, Werner: *Deutschland in Ketten – Von Versailles bis zum Youngplan*, Oldenburg i. O., 1931
- Bruendel, Steffen: *Volksgemeinschaft oder Volksstaat – Die «Ideen von 1914» und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg*, Akademie Verlag, Berlin, 2003
- Burg, J. G.: *Schuld und Schicksal – Europas Juden zwischen Henkern und Heuchlern*, Preussisch Oldendorf, 1979
- Carell, Paul: *Unternehmen Barbarossa – Der Marsch nach Russland*, Frankfurt am Main/Berlin, 1963
- Carell, Paul: *Verbrannte Erde – Schlacht zwischen Wolga und Weichsel*, Stuttgart/Hamburg, 1968
- Carrier, Raymond: *Der Zweite Weltkrieg 1939-1941 (Band 1), 1942-1944 (Band 2), 1944-1945 (Band 3)*, jeweils Köln, 1967

- D'Argile, René: *Wer verhinderte ein zweites München? – Französische Historiker zur Kriegsschuldfrage*, Tübingen, 2011
- Davies, Norman: *Die grosse Katastrophe – Europa im Krieg 1939-1945*, München, 2006
- de Zayas, Alfred M.: *Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen*, München, 2. Auflage, 1978
- Derselbe: *... Verdammte Pflicht und Schuldigkeit... – Weg und Erlebnis 1914 1933*, Leoni, 1966 (Band 1)
- Dirksen, Herbert von: *Moskau – Tokio – London. Erinnerungen und Betrachtungen zu 20 Jahren deutscher Aussenpolitik 1919-1939*, Stuttgart, 1949
- Eberspächer, Helmut: *Von Hitler zu Jesus – Leben zwischen Zeitgeist und Gott*, Holzgerlingen, 2007
- Fish, Hamilton: *Der zerbrochene Mythos – F. D. Roosevelts Kriegspolitik 1933 1945*, Tübingen, 2. Auflage, 1986
- Ford, Henry: *Mein Leben und Werk*, 32. Auflage, o. J., deutsche Ausgabe vermutlich 1938 erschienen
- Franz-Willing, Georg: *Umerziehung– Die De-Nationalisierung besiegter Völker im 20. Jahrhundert*, Coburg, 1991
- Frey, Gerhard (Hg.): *Befreiung? Die Wahrheit über den 8. Mai 1945*, München, 2. Auflage, 2006
- Friedrich, Jörg: *Der Brand – Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945*, 6. Auflage, München, 2002
- Fuchs, Werner: *Der neue Polenspiegel– Selbstzeugnisse polnischen Eroberungswillens*, 1930, Faksimile 1990
- Gehlen, Reinhard: *Der Dienst – Erinnerungen 1942-1971*, Stuttgart, 1971
- Giesler, Hermann: *Ein anderer Hitler – Bericht seines Architekten. Erlebnisse – Gespräche – Reflexionen*, Assenhausen, 1977
- Gollancz, Viktor: *Stimme aus dem Chaos*, Nürnberg, 1948
- Grabert, Wigbert: *Jalta-Potsdam und die Dokumente zur Zerstörung Europas*, Tübingen, 1985
- Grayling, A. C.: *Die Toten Städte – Waren die alliierten Bombenangriffe Kriegsverbrechen?* München 2007
- Griffin, Des: *Die Absteiger – Planet der Sklaven?*, Pasadena/USA, 1980/1981, deutsche Lizenzausgabe Vaduz/Liechtenstein, 1981
- Grube, Frank/Richter, Gerhard: *Flucht und Vertreibung – Deutschland zwischen 1944 und 1947*, Hamburg, 1. Auflage, 1980
- Haller, Johannes: *Reden und Aufsätze zur Geschichte und Politik*, Stuttgart,

3. Auflage, 1942

Hanfstaengel, Ernst: *Zwischen Weissem und Braunem Haus – Erinnerungen eines politischen Aussenseiters*, München, 1970

Hedin, Sven: *Amerika im Kampf der Kontinente*, Leipzig, 1942

Herman, Stewart W.: *Die 7000 Zeugen – Kirche im Durchbruch*, München/Berlin, 1952

Hertzberg, Artur/Hirt-Manheimer, Aron: *Wer ist Jude? – Wesen und Prägung eines Volkes*, 1998

Hoare, Sir Samuel: *Gesandter in besonderer Mission*, Hamburg, 1949

Hofer, Walter: *Handbuch der Deutschen Geschichte – Band IV, Abschnitt 4: Die Diktatur Hitlers bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges*, Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion, Konstanz, Lieferung 16a, ohne Jahresangabe

Hoggan, David: *Der erzwungene Krieg – Die Ursachen und Urheber des Zweiten Weltkrieges*, Tübingen, 5. Auflage, 1964

Kommoss, Rudolf: *Juden hinter Stalin – Die jüdische Vormachtstellung in der Sowjetunion auf Grund amtlicher sowjetischer Quellen dargestellt*, Nibelungen-Verlag, 1944, Faksimile-Verlag, Bremen, 1989

Kosiek, Rolf/Rose, Olaf: *Der Grosse Wendig – Richtigstellungen zur Zeitgeschichte*, Band 1-4, Tübingen, ab 2006

Kosiek, Rolf: *Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert – Das Ringen eines Volkes um Einheit und Bestand*, Tübingen, 2004

Krause, Gerhard: *Die Schuld am deutschen Schicksal – Die Wahrheit als Waffe gegen Lüge und Verleumdung*, Preussisch Oldendorf, 1. Auflage, 1973

Kriwat, Karsten: *Alliiertes Luftterror – Von Dresden bis Bagdad*, München, 2003

Kurowski, Franz: *Dresden Februar 1945*, Wien, 2003

Landmann, Salcia: *Die Juden als Rasse*, 2. Auflage, Freiburg, 1988

Leonhard, Wolfgang: *Der Schock des Hitler-Stalin-Paktes – Erinnerungen aus der Sowjetunion, Westeuropa und USA*, Freiburg im Breisgau, 1986

Lutz, Hermann: *«Verbrecher-Volk» im Herzen Europas?*, Tübingen, 1959. Der Autor fertigte im Auftrag des «Untersuchungsausschusses der Deutschen Verfassunggebenden Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages» ein Gutachten zu den Ursachen des Ersten Weltkrieges an. Es ist 1930 unter dem Titel *Die europäische Politik in der Julikrise 1914* veröffentlicht worden. Lutz gelangte zu der Auffassung, die Schuld der deutschen Reichsregierung liege nicht darin, dass sie den Krieg gewollt habe, sondern darin, dass sie nicht genug getan habe, ihn zu verhindern. (Post, S. 53)

- Mackiewicz, Josef: *Katyn – Ungesühntes Verbrechen*, Frankfurt/M., 1983
- Marx, Karl: *Zur Judenfrage*, Berlin, 1919, Faksimile-Verlag, Bremen, 1990
- Mönnich, Horst: *Aufbruch ins Revier – Aufbruch nach Europa. Hoesch 1871-1971*, Jubiläumsschrift der Hoesch AG Dortmund, München, 1971
- Mueller-Graaf, Carl H.: *Irrweg und Umkehr – Betrachtungen über das Schicksal Deutschlands*, Stuttgart, 1948
- Müller, Rolf-Dieter: *Der Bombenkrieg 1939-1945*, Berlin, 2004
- Musial, Bogdan: *Stalins Beutezug – Die Plünderung Deutschlands und der Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht*, München, 2010
- Naumann, Andreas: *Das Reich im Kreuzfeuer der Weltmächte – Stationen der Einkreisung Deutschlands*, Tübingen, 2006
- Nawratil, Heinz: *Vertreibungsverbrechen an Deutschen – Tatbestand, Motive, Bewältigung*, 4. Auflage, München, 1986
- Nizer, Louis: *Was sollen wir mit Deutschland machen?*, erschienen in den USA 1943/44, übersetzt aus dem Amerikanischen, gedruckt in Belgien Orthbandt, Eberhard/Teuffen, Dietrich Hans: *Ein Kreuz und tausend Wege – Die Geschichte des Christentums im Bild*, Konstanz, 1962
- Persich, Walter: *Winston Churchill ganz «privat» – Abenteurer, Lord und Verbrecher*, Berlin, 1940
- Philo-Lexikon – Handbuch des jüdischen Wissens*, Philo-Verlag, Berlin, 1936, unveränderter Nachdruck der 3. Auflage von 1936, erschienen 1982 im Athenäum Verlag, Königstein/Ts.
- Piekalkiewicz, Janusz: *Krieg auf dem Balkan 1940-1945*
- Plack, Arno: *Wie oft wird Hitler noch besiegt?*, Düsseldorf/Heidelberg, 1982
- Ploetz, Karl: *Auszug aus der Geschichte*, Berlin/Leipzig, 21. Auflage, 1937
- Post, Walter: *Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges – Ein Grundriss der internationalen Diplomatie von Versailles bis Pearl Harbor*, Tübingen, 2. Auflage, 2004
- Rassinier, Paul: *Die Jahrhundertprovokation – Wie Deutschland in den Zweiten Weltkrieg getrieben wurde*, Tübingen, 2. Auflage, 1990
- Reed, Douglas: *Der Streit um Zion*, Western Australia, 2011, Teil 1 und Teil 2
- Reichenberger, Father E. J.: *Ostdeutsche Passion*, Düsseldorf, 1948
- Ribbentrop, Annelies von: *Die Kriegsschuld des Widerstandes – Aus britischen Geheimdokumenten 1938/39*, Leoni am Starnberger See, 1974
- Ross, Colin: *Die «Westliche Hemisphäre» als Programm und Phantom des amerikanischen Imperialismus*, Leipzig, 1942
- Ruland, Bernd: *Deutsche Botschaft Moskau – 50 Jahre Schicksal zwischen Ost und West*, Stuttgart/Hamburg, 1964

- Sack, John: *Auge um Auge – Die Geschichte von Juden, die Rache für den Holocaust suchten*, deutsche Ausgabe 1995 im Kabel-Verlag. Ursprünglich sollte das Buch im Münchener Piper-Verlag erscheinen, der das Buch übersetzen und 6'000 Exemplare drucken liess. Nach einer Warnung, dass «Neonazis» das Buch ausbeuten könnten, zog sich der Verlag von der Veröffentlichung zurück und liess die gesamte Auflage einstampfen. Dem Verfasser liegt die polnische Ausgabe dieses Buches vor: *Oko za Oko – Przemilczana historia Żydów, którzy w 1945 r. mścili się na Niemcach*, 1995 (dt., *Auge um Auge – Verschwiegene Geschichte der Juden, die sich im Jahre 1945 an Deutschen gerächt haben*).
- Schaarschmidt, Wolfgang: *Dresden 1945 – Daten-Fakten-Opfer*, München, 2005
- Schaumburg-Lippe, Prinz Friedrich Christian zu: *Damals fing das Neue an – Erlebnisse und Gedanken eines Gefangenen 1945-1948*, Hannover, 1969 (Band 2).
- Schmidt, Paul: *Statist auf diplomatischer Bühne 1923-45 – Erlebnisse des Chefdolmetschers im Auswärtigen Amt mit den Staatsmännern Europas*, Bonn, 1952
- Schröcke, Helmut: *Kriegsursachen und Kriegsschuld des Zweiten Weltkrieges*, Viöl/Nordfriesland, 3. Auflage, 2000
- Schultze-Rhonhof, Gerd: *Der Krieg, der viele Väter hatte – Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg*, München, 6. Auflage, 2007
- Schütz, Waldemar (Herausgeber)/Preradovich, Nikolaus von (Bearbeiter): *Chronologie Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert*, Rosenheim, 1990
- Sjöberg, Valentin: *Der Angriff auf die Flanke der Welt*, Berlin/Leipzig, 1942
- Solschenizyn, Alexander: *Die russisch-jüdische Geschichte 1795-1918 – «Zweihundert Jahre zusammen»*, Band 1, München, 2002
- Solschenizyn, Alexander: *«Zweihundert Jahre zusammen» – Die Juden in der Sowjetunion*, Band 2, München, 2003
- Solschenizyn, Alexander: *Lenin in Zürich – Die entscheidenden Jahre, in denen Lenin die Grundlagen für den Sowjetstaat schuf*, Scherz-Verlag, ohne Jahresangabe, vermutlich 1975
- Sündermann, Helmut: *Das Dritte Reich – Eine Richtigstellung in Umrissen*, Leoni, 1964
- Sutton, Anthony C.: *Roosevelt und die internationale Hochfinanz – Die Weltverschwörung in der Wallstreet Nr. 120*, Tübingen, 1990
- Symanek, Werner: *Deutschland muss vernichtet werden*, Duisburg, 7. Auflage, 2001
- Thiede, Carsten Peter: *Wir in Europa – Wurzeln-Wege-Perspektiven*, herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1995
- Thorwald, Jürgen: *Das Ende an der Elbe*, 1959

Uhle-Wettler, Franz: Der Einfluss der «political correctness» auf unser Geschichtsbild, unter:

http://www.christoph-heger.de/Franz_Uhle-Wettler_Einfluss_der_PC_auf_Geschichtsbild.htm

Ulimann, Hermann: *Durchbruch zur Nation – Geschichte des deutschen Volkes 1919-1933*, Jem, 1933

Utle, Freda: *Kostspielige Rache*, Hamburg, 1950

Zemella, Günter: *Moral Bombing – Die Chronologie des Luftterrors 1939-45*, Tübingen, 2006

Zentner, Kurt: *Illustrierte Geschichte des Dritten Reiches*, Stuttgart/München, 1965

Zips, Alfred: *Kriegsende. 60 Jahre danach – Das Schicksal der Kriegsgefangenen auf beiden Seiten*, Dinkelsbühl, 2007

Zips, Alfred: *Kriegsursachen – Kriegsschuld – Kriegsverbrechen – Kriegsfolgen – Eine Zitatensammlung*, 2. Auflage, Wahlsburg, 2011



Christine Kluge: Die geplante Vernichtung – Der Weg zur Weltherrschaft

Dieses Buch befasst sich mit der Erscheinung der geplanten Vernichtung eines ganzen Volkes – nämlich des deutschen – und spannt dabei den Bogen gekonnt vom Westfälischen Frieden bis zur Rechtfertigung des Bombenterrors gegen wehrlose Frauen und Kinder. Dazu bedient es sich treffsicher der Quellen des Gegners.

Vor allem bestechen die klar erkannten und ebenso knapp wie präzise nachgezeichneten geschichtlichen Wechselwirkungen, was dem Kenner wie dem Laien ein rasches Zurechtfinden in scheinbar verwirrenden Vorgängen erlaubt. Das Gewebe der geschichtlichen Ereignisse wird sichtbar, weil das zeitgleiche Wirken aller Mächte in Vergangenheit und Gegenwart geschildert wird.

Die Autorin, eine geborene Dresdnerin, lebte nach dem Terrorangriff am 13./14. Februar 1945 noch ein Jahr in der russisch besetzten Zone, bevor sie nach Württemberg, der Heimat ihrer Vorfahren, übersiedelte. Dort baute sie zusammen mit ihrem Mann eine neue Existenz auf – nach dem Goethewort «...und neues Leben blüht aus den Ruinen». Die Erzeugnisse eines kleinen Textilunternehmens halfen, den allgemeinen Mangelzustand der Nachkriegszeit zu überbrücken. Es folgte eine arbeitsreiche Zeit und die Familiengründung im neu erstellten Eigenheim. Die Politik nahm Christine Kluge nur am Rande wahr, bis sie dann Mitte der fünfziger Jahre die Wiedereinführung des Wehrdienstes, die SuezKrise und der Aufstand in Ungarn zum Aufhorchen brachten.

1957 emigrierte die Familie nach Kanada, um noch einmal von vorn anzufangen. Erst nach dem Tode ihres Mannes (1987) beschäftigte sich die Autorin intensiv mit der Frage: «Was wird auf dieser Welt eigentlich gespielt? Nach Jahren kritischer Auswertung und Überlegungen ist dieses Buch das Resultat.

352 S. mit zahlr. s/w-Abb., Festeinband, Format: DIN A 5
ISBN: 978-3-941730-07-6

19,95



Noack, Markus: Die frohe Botschaft vom Deutschen Reich – Eine Schrift für international anerkanntes Staats- und Völkerrecht

Warum ist die Kapitulationserklärung vom 8. Mai 1945 gleichzeitig die «Frohe Botschaft vom Deutschen Reich»?

In der am 8. Mai 1945 unterzeichneten Kapitulationserklärung verzichteten die Vier Siegermächte offiziell auf jegliches Recht in Bezug auf das Deutsche Reich («Berlin und Deutschland als Ganzes»). Insofern haben die Oberbefehlshaber der deutschen Wehrmacht ehrenhaft und zum Wohle des deutschen Volkes und des Reiches den «Act of Military Surrender» unterzeichnet.

Einzig und allein der Gemeinschaft der 46 Staaten (den späteren Vereinten Nationen, also der UNO) war es nämlich ausweislich § 4 der von der deutschen Wehrmacht unterzeichneten Kapitulationsurkunde erlaubt, weitere Forderungen an Deutschland und seine Wehrmacht zu stellen.

Insofern ist es unfassbar, dass selbst versierte Völker- und Staatsrechtler übersehen haben, dass die vier alliierten Mächte das Deutsche Reich im eigenen Namen besetzten und sich eigene Besatzungsverwaltungen, z.B. das Land Niedersachsen (lt. Militär-Verordnung Nr. 55 vom 1. November 1946), errichteten, obwohl ihnen diese Handlungen **völkerrechtlich verboten** waren!

Die schockierende Wahrheit ist: Wenn wir uns nicht in geordneten Bahnen von den alliierten Vorgaben befreien, werden auch in Zukunft Milliardensummen mit aberwitzigen Argumenten in wankende Systeme gepumpt, und wir rutschen schlussendlich in die Pleite.

Machen Sie sich Ihr eigenes Bild! Mit der vorliegenden Studie, die im Wesentlichen auf der Auswertung von bislang der Bevölkerung unbekanntem Dokumenten basiert, ist das nun möglich. Es werden neben den politischen und den normativen Vorgaben des Völkerrechtes die Umsetzung der völkerrechtswidrigen Besatzungsmassnahmen untersucht.

Sie lesen einen spannenden, real-politischen, historischen und gleichzeitig höchst aktuellen Politkrimi. **Staats- und Völkerrecht – nicht kompliziert ex cathedra doziert, sondern einmal ganz klar und praktisch!**

19,95

256 S., s/w-Abbildungen, Broschur. ISBN 978-3-941730-00-7



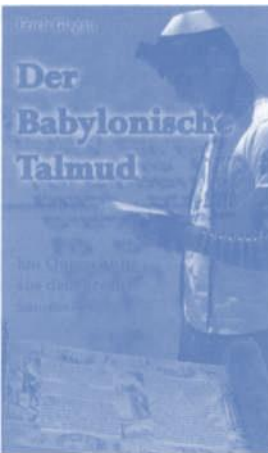
Zips, Alfred E.: Kriegsursachen – Kriegsschuld – Kriegsverbrechen – Kriegsfolgen

Die Zukunft und damit ein dauerhafter Frieden kann nur auf das einzig tragende Fundament gestellt werden: Die WAHRHEIT. Die in dieser Broschüre angeführten Zitate vermitteln ein anderes als das zum Dogma der Siegermächte und der «political correctness» erhobene Geschichtsbild. Sie sind zugleich unwiderlegbare Beweise gegen die **Lüge von der Alleinschuld Deutschlands an beiden Weltkriegen**.

88 S., kart., ISBN 978-3-941730-01-4

einzelnen - 6,80
ab 10 Expl. - 6,00

Glagau, Erich: Der Babylonische Talmud



Dieses Buch setzt sich kritisch mit dem Talmud, der bedeutendsten Zusammenfassung der Lehren, Vorschriften und Überlieferungen des biblischen Judentums, auseinander. Alle orthodoxen Juden schöpfen ihre Moral- und Weltanschauung aus dem Talmud. Er ist somit Richtschnur für das ganze jüdische Leben. Auch heute noch wird der Talmud an jüdischen Schulen gelehrt und besitzt damit nach wie vor Gültigkeit. Von dem Theologen Reinhold Mayer wird ein sogenannter «Querschnitt» des Talmuds angeboten. Dieser ist jedoch völlig einseitig und erfüllt keineswegs den Anspruch auf erschöpfende Informationen. Der Autor dieses Buches hat sich deshalb um eine Ergänzung bemüht und fand sie in der 1926 vom Gericht in Budapest als korrekt anerkannten Übersetzung des Ungarn Luzsenszky. In neuer Form hat der Autor einen Beitrag geleistet, der notwendig

288 S., zahlreiche s/w-Abbildungen, kartoniert.

ist, den unvollständigen „Querschnitt“ zu erweitern, um diesen hohen Anspruch zu erfüllen.

19,80



Meiser, Hans: Ratzeputz – Die Kräuterhexe Fabelhafte Geschichten

Jeden Abend spielt sich in deutschen Kinderhaushalten die gleiche Szene ab: «Sind die Zähne geputzt? – Jetzt aber schnell und dann ab in die Betten. Es ist schon spät!» Und etwas später bettelt es dann aus kuscheligen Federn: «Bitte, bitte, erzähl’ uns noch eine Geschichte! Aber die von der Hexe!»

Natürlich erfüllen Vati oder Mutti, hin und wieder auch die liebe Oma oder der Grossvater, den «lebensverlängernden» Wunsch. Dabei sind Grimms Märchen eine unerschöpfliche Fundgrube. Aber auch der Phantasie des Erzählers sind keine Grenzen gesetzt, zumal nicht immer nur von bösen Hexen die Rede sein sollte. Und so liess sich der Autor vor

vielen Jahren – «Es war einmal!» – bei seinen Enkelkindern die Geschichte von einer guten Kräuterhexe einfallen, die Abend für Abend einer Besuchswoche ihre Fortsetzung forderte und beim nächsten Mal und immer wieder von vorn erzählt werden musste. Bis ihm eines Abends der Gedanke zuflog, die Geschichten zu Papier zu bringen. Schon eilten die Finger wie verhext über die Tasten, und eine gute Fee malte dazu Bilder im anmutigen Stil des 19. Jahrhunderts. Bald schon erzählten die Enkel die einzelnen Geschichten an Hand der Bilder. – Wortgetreu! Oder sie begannen, den Text zu buchstabieren.

Und, oh Wunder: Die Buben tranken nun freudig ihren Kräutertee, und die Mädels kochten ihre ersten Suppen. Natürlich Kräutersuppen mit Kräutern, die die Oma garantiert im Wald bei der Kräuterhexe gekauft hatte. Das schmeckte allen fabelhaft! – Probieren auch Sie es einmal! Ihre Kinder bzw. Enkelkinder werden es Ihnen danken.

72 S., mit zahlreichen farbigen Zeichnungen. Für Jungen und Mädchen ab 4 Jahren.

Festeinband, Fadenheftung, durchgehend farbig auf Bilderdruckpapier. ISBN: 978-3-941730-06-9

13,80



Grimm, Hans: Die Thomas Mann-Schrift

Dieses leidenschaftliche Plädoyer für Deutschland wurde 1945 geschrieben als Antwort auf Thomas Manns «Mahnbrief an die Deutschen» aus Amerika, in einer Zeit, da der Sieger sich auch der von Bitterkeit und Hass gegen Deutschland erfüllten Emigranten bediente.

188 S., kart.

8,50



Grimm, Hans: Der Schriftsteller und seine Zeit

In den Aufsätzen und Briefen von 1929-1954 macht der politische Schriftsteller seine Haltung deutlich: z.B. zum Versailler Vertrag, zur Nationalen Bewegung, zum Nationalsozialismus, Nov. 1933, 2. Weltkrieg, Nachkriegszeit.

274 S., kart.

statt 11,00

nur 5/00



Grimm, Hans: Südafrikanische Novellen

Aus seiner Kenntnis von Land und Leuten in Südafrika schuf Hans Grimm lebensvolle, herb packende, nüchterne Erzählungen, die zugleich einen tiefen Einblick in die Seele der schwarzen und weissen Menschen Südafrikas geben.

192 S., kart.

8/50



Grimm, Hans: Der Richter in der Karu

Der Richter in der Karu; Des Elefanten Wiederkehr; Das Goldstück; Der Pavian. Die vier Schicksalsnovellen gehören zu den grossen Leistungen deutscher Novellenkunst. Hier ist Grimm ein echter Erbe Heinrich von Kleists.

192 S., geb.

6/00



Friedrich Carl Albrecht
Politische Wendepunkte 1806 * 1932 * 2008

Die Politik, die wir erlebt haben und erleben, an der wir verzweifeln und unter deren Folgen wir leiden, bedarf nicht nur nach Meinung des Verfassers einer Erneuerung. In seinen letzten Kapiteln zwingt er uns, darüber nachzudenken, ob das Fundament unseres Staates genügend Tragfähigkeit besitzt, ob Mehrheitsbeschlüsse der Wahrheit letzter Schluss sind, und wie ein «Souverän» beschaffen sein soll. Welches sind, nach Albrecht, notwendige Reformen? Dazu zählen Rückbesinnung auf die von Gott gesetzten Ordnungen, Grundlage des christlichen Abendlandes, klare Gewaltentrennung, Einschränkung

des Einflusses der Parteien und der Bedeutung der Parteizugehörigkeit, Erziehung zum Dienst am Staat und Aufwertung der Stellung des Staatsoberhauptes. 104 Seiten, mit Abbildungen, kartoniert.

statt 9,80
5,00



**Friedrich Carl Albrecht: Blick auf drei Jahrhunderte –
Politische Zitate 1700-2000**

Das Buch ist eine kleine Schatzgrube: es lässt Vergangenes aufscheinen und lädt dazu ein, oft Parallelen zum Heute zu ziehen und sich einmal wieder mit unserer Geschichte zu befassen, wobei die Literaturhinweise von Nutzen sind. Diese Zitatensammlung ist in sich so schlüssig, dass der von unseren Oberen jeglicher Couleur mit Inbrunst stetig wiederholte Vorwurf «bei unserer Vergangenheit...» ad absurdum geführt wird. Wir haben, wie andere Völker auch, eine grosse Vergangenheit, auf die wir stolz sein müssen. Dies wird in diesem Buch sichtbar gemacht. 70 S., kartoniert.

statt 9,80
5,00

Klosterhaus Versandbuchhandlung

Klosterhof 4

37194 Wahlsburg-Lippoldsberg

Tel.: 05572-7310

Fax: 05572 – 99 98 23

klosterhausverlag@gmx.de

Unbeirrbar, frei von den zeitgeistigen Dogmen der politischen Korrektness, die wie eine Grabplatte über unserem Land liegt, und nur der Wahrheit verpflichtet – so wie es der grosse Historiker Leopold von Ranke als Leitspruch verstand, nämlich zu sagen, «wie es gewesen ist» –, zeichnet der Autor die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts nach.

Akribisch und faktenreich, immer dokumentarisch belegt, zerreisst Günter Zemella den Schleier der Unwahrheiten, Halbheiten, Märchen und Mythen der immer noch vorherrschenden alliierten Propaganda, die von der Wiege bis zur Bahre die Seele unseres Volkes verwirrt und vergiftet. Mutig und mit leicht verständlicher Sprache fordert der Verfasser ein verbrieftes Menschenrecht ein, nämlich das «Recht auf Wahrheit»: Ein Appell gegen das gängige und allgegenwärtige Herrschaftsinstrument der deutschen Schuld und des deutschen Schuldbewusstseins.

Dieses Buch ist zugleich ein Aufruf an die herrschenden Klassen, die gerne und häufig von Versöhnung sprechen, aber dabei etwas Entscheidendes vergessen: «Wer Versöhnung anstrebt, muss dazu bereit sein, die volle Wahrheit anzuerkennen.» Dazu muss die Geschichte des «Zweiten dreissigjährigen Krieges gegen Deutschland» neu geschrieben werden. Dieses Buch leistet dazu einen unverzichtbaren Beitrag.



9 783941 730083

8 dt., «Der Anführer der Barbaren».

12 Kernaussage der Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli 1917 war, dass der Reichstag einen «Frieden der Verständigung und dauernden Versöhnung der Völker» erstrebe. Mit diesem Ziel seien «erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar», (www.1000dokumente.de)

99 Die Initiative dazu ging offenbar vom zuständigen Minister Harold Macmillan aus, der von Tito unter Druck gesetzt wurde. Dessen Vertreter argumentierten, dass Kärnten kein Bestandteil Österreichs wäre und somit nicht unter die bisherigen Vereinbarungen fiel. Die Briten entledigten sich der «Peinlichkeit», indem sie bis zum 31. Mai etwa 100.000 Flüchtlinge auslieferten, während die jugoslawische Armee als «Gegenleistung» Kärnten räumte. Dann begannen die Massenexekutionen, gefolgt von den Todesmärschen. (Heinz Magenheimer, *Radau im Totenland. Eine Klagenfurter Dissertation offenbart ein gigantisches Kriegsverbrechen: Die Massenmorde der Tito-Partisanen in Kärnten und Slowenien vom Mai 1945*, in: *Junge Freiheit* 28/13, 5. 7. 2013)